BERNHARD SCHWERTFEGER

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914

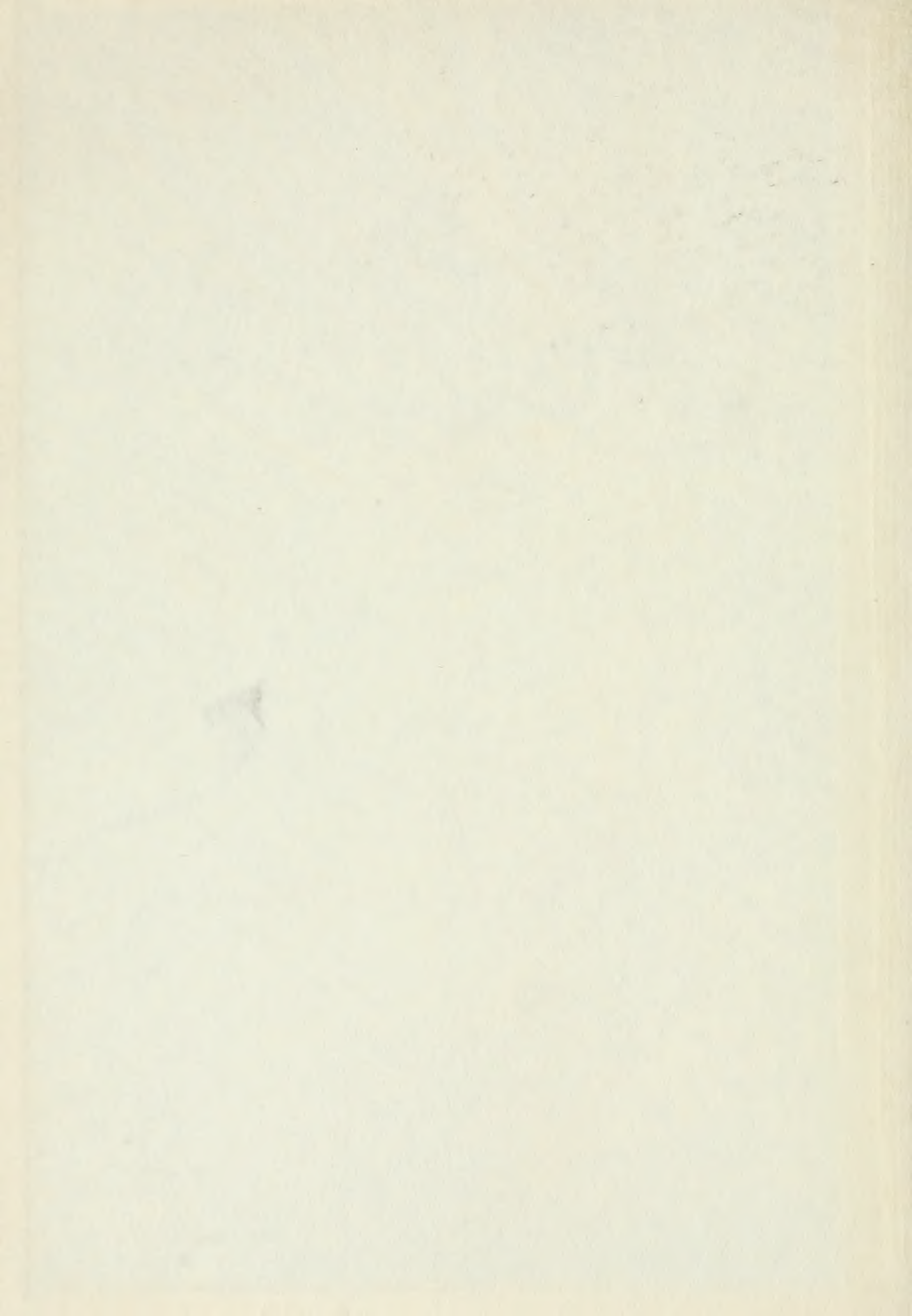
Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

Fünfter Teil
3. Abteilung
Europa vor der Katastrophe



Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN

L



Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Kommentar / Fünfter Band / Dritte Abteilung

(8. Band des Gesamtkommentars)



Die
Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

von

BERNHARD SCHWERTFEGER

1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

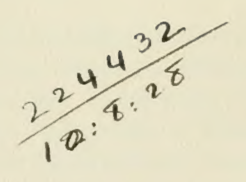
Fünfter Teil

Dritte Abteilung

Europa vor der Katastrophe 1912—1914

Band 34 bis 39

8. Band
des Gesamtkommentars



1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1.
Auflage

/ Gesetzt und gedruckt
in der Buchdruckerei
F. E. Haag in Melle
in Hannover

Zur Einführung

Als im Jahre 1922 die ersten sechs Bände der großen Aktenpublikation erschienen und ich es unternahm, den Akteninhalt dieser Bände in einem „Wegweiser“ zusammenzufassen, glaubten die Herausgeber des Aktenwerkes, mit noch drei weiteren Gruppen rechnen zu müssen. Das ergab für mich die Notwendigkeit, die Bearbeitung dreier weiterer Wegweiser ins Auge zu fassen.

Der erste Band erschien im November 1923, der zweite im Juni 1924. Schon damals wurde es klar, daß das Gesamtwerk einen weit größeren Umfang annehmen würde, als man ursprünglich vorausgesehen hatte. Die freiwillig übernommene Aufgabe und der kategorische Imperativ der Pflicht gegenüber einer Arbeit, die ich für Deutschlands Kampf in der Schuldfrage als unabweisbar empfand, ermöglichten mir die Fortsetzung der aufreibenden und in gewissem Sinne, da es sich doch um eine wissenschaftliche Arbeit aus zweiter Hand handelt, undankbaren Aufgabe. Die Schwierigkeiten wurden durch das verhältnismäßig schnelle Erscheinen des großen Aktenwerkes noch gesteigert. Es ist mir aber schließlich gelungen, mit dem Aktenwerke einigermaßen Schritt zu halten. So erschien der dritte Band des Wegweisers im Mai 1925, der erste Teil des vierten Bandes im November 1925 und der zweite Teil des vierten Bandes im Mai 1926. Zu der letzten Gruppe des Aktenwerkes vermochte ich den ersten Teil im Juli 1926, den zweiten im Januar 1927 herauszubringen. Den letzten Band lege ich hiermit vor.

Beim Abschlusse einer so gewaltigen Arbeit ist es dem Autor wohl gestattet, einige persönliche Worte zu sagen und vor allem zu erklären, was diese Wegweiser bezwecken. Sie verdanken ihre Entstehung der Publikationsmethode der Herausgeber des großen Aktenwerkes. Schon bei der Durchsicht der ersten sechs Bände aus der Bismarckzeit wurde es deutlich, wie durchaus dringend die Aktensammlung einiger weiterer Ergänzungen bedurfte. Das Dringendste war ein nach Absendern und Empfängern, sowie nach Daten geordnetes Verzeichnis der Aktenstücke. Die acht Wegweiserbände enthalten nunmehr ein solches genaues Verzeichnis sämtlicher Dokumente von Nr. 1—15 889.

Weiter schien es durchaus erforderlich, zur Erleichterung des Zurechtfindens und der Wiedervereinigung getrennter Dokumente, deren einzelne Teile sich in verschiedenen Kapiteln fanden, synchronistische

Zusammenstellungen beizugeben. Diese synchronistischen Zusammenstellungen, deren Notwendigkeit ich bald nach Abschluß des ersten Wegweiserbandes erkannte, stellen eine Arbeit dar, deren Schwierigkeit ich hervorheben zu dürfen glaube, da es sich um die übersichtliche Zusammenfassung einer großen Zahl von Ziffern handelte. Besonders gilt das für den achten Band, der den Inhalt von nicht weniger als neun starken Aktenbänden auf kleinem Raume zu vereinigen hatte. Ich bin mir dessen bewußt, daß diese synchronistischen Zusammenstellungen vielleicht noch übersichtlicher hätten gestaltet werden können, hoffe aber, daß sie auch so ihre Aufgabe erfüllen werden, dem Leser ein schnelles Zurechtfinden zu ermöglichen. Durch die Hinzufügung geschichtlicher Daten, die zu dem Inhalte der Akten in enger Beziehung stehen, haben diese Zusammenstellungen an Brauchbarkeit und Leben gewonnen.

Der gewaltige Tatsacheninhalt des Aktenwerkes macht ferner ein genau gearbeitetes Sachregister unumgänglich nötig. In den „Wegweisern“ war dafür kein Platz; ich habe mich aber bereit erklärt, die Anfertigung eines solchen Sachregisters, das etwa 3 Bände im Umfange je eines Aktenbandes erfordern dürfte, zu übernehmen. Dann erst wird der Zugang zu der unvergleichlichen Geschichtsquelle der Akten völlig freigelegt sein.

Meinen in den ersten Wegweiserbänden durchgeführten Entschluß, sämtliche fremdsprachigen Dokumente in einer möglichst wortgetreuen und sinngemäßen Verdeutschung beizugeben, konnte ich im achten Bande nur zum Teil verwirklichen. Die Masse der fremdsprachigen Dokumente war hier so groß, daß ich mich genötigt sah, eine Auswahl zu treffen. Da außerdem gelegentlich in kritischen Besprechungen die Auffassung geltend gemacht worden ist, für den Leser diplomatischer Aktenstücke bedürfe es solcher Übersetzungen aus der französischen und englischen Sprache nicht, so entschloß ich mich, die meisten fremdsprachigen Dokumente des 37. Bandes und die des 38. Bandes unberücksichtigt zu lassen. Dieser Entschluß wurde mir dadurch erleichtert, daß im 37. Bande hauptsächlich wirtschaftliche Fragen behandelt werden, die ohnehin für die Forschung ein Sondergebiet darstellen. Die Wiedergabe der häufig sehr ausführlichen und sich mit kleinen textlichen Abänderungen wiederholenden Schriftstücke würde außerdem den Inhalt des achten Wegweiserbandes in unerträglichem Maße erweitert haben.

Was nun den zusammenfassenden Text der Wegweiserbände anbelangt, so bin ich mir dessen völlig bewußt, daß er nur einen Versuch darstellt, den Versuch nämlich, die Leitmotive aus der Symphonie des mitunter überaus verwickelten Geschehens herauszuhören und in einer möglichst faßlichen Form wiederzugeben. Es mag sein, daß bei dem einen oder anderen Aktenstücke dieser oder jener Gedanke noch schärfer hätte hervorgehoben werden können. Das ist schließlich Sache

des persönlichen Empfindens. Ich darf aber erklären, daß es immer mein ernstes Bestreben gewesen ist, nur die Sprache der Dokumente zu Wort kommen zu lassen. Ich selbst wollte nicht mehr sein als ein unparteiischer Vermittler des für den Einzelnen so unendlich schwer zugänglichen Akteninhalts. Wegen der Verschiedenheit meiner Behandlungsform bei solchen Vorgängen, die mit der Frage der Schuld am Kriege näher zusammenhängen, und bei anderen politischen Ereignissen, die mehr Nebenkriegsschauplätze der deutschen Politik bedeuteten, glaube ich mich nicht entschuldigen zu müssen. Das Beste ist des Guten Feind: bei der großen Aktenpublikation, die wir zur Erschütterung des Fehlspruches von Versailles benutzen wollen, kam es meines Erachtens in erster Linie darauf an, möglichst schnell und möglichst zuverlässig einen Zugang zu den Akten selbst zu bahnen.

Was ist nun durch das große Aktenwerk erreicht? Hierzu bitte ich wenige Worte sagen zu dürfen.

Von der größten Bedeutung ist zunächst der aus dieser Veröffentlichung sich entwickelnde Publikationszwang für die anderen Mächte. Das politische Weltgeschehen ist so vielgestaltig, und die Interessen der einzelnen Staaten bedingen sich so unmittelbar, daß eigentlich jede Handlung oder Unterlassung eines Staates in dem Verhalten der Staatsmänner im anderen Lager ihre Auswirkung, Entgegnung oder Erläuterung findet. Dauernd ist in den Akten von dem Verhalten der führenden Staatsmänner der anderen Länder die Rede. Für diese nicht nur, sondern auch für ihre Länder ist es unabweisbar, nun auch zu den Vorgängen Stellung zu nehmen, die sonst notgedrungen nur in deutscher Beleuchtung erscheinen würden. Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß England bereits begonnen hat, seine Vorkriegsakten vorzulegen, und daß in Italien und Frankreich die anfänglichen Hemmungen gegen einen derartigen Schritt überwunden zu sein scheinen. So wird sich aus der deutschen Aktenpublikation allmählich ein Aktenwerk aller am Weltkriege beteiligt gewesenen Staaten entwickeln, das es ermöglicht, das Schuldverdikt von Versailles auf seine Berechtigung zu prüfen.

Heute schon dürfen die Formulierung des Artikels 231 und die Beschuldigungen der Mantelnote vom 16. Juni 1919 als durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung endgültig widerlegt gelten. Deutschland soll den Weltkrieg zu einer ihm genehmen Zeit vom Zaune gebrochen haben, weil es nach der Weltherrschaft strebte. Demgegenüber ergeben die Akten mit zwingender Deutlichkeit, daß die deutschen Staatsmänner seit der Reichsgründung immer nur bestrebt gewesen sind, den Bestand des Reiches zu erhalten. Niemals ist die deutsche amtliche Politik darauf ausgegangen, den europäischen Besitzstand gewaltsam zu ändern. Was die deutschen Staatsmänner erstrebten, das lag auf dem legalen Gebiete staatlicher Sicherung, wirtschaftlicher Entwicklung und kolonialer Ausbreitung. Die Sorge um den eigenen Besitzstand inmitten starker Nachbarn ist es gewesen, die Deutschland zu seiner

Bündnispolitik und zu immer weiterem Ausbau seiner Rüstungen zu Wasser und zu Lande veranlaßt hat. Ob die Wege der deutschen Politik dabei immer die richtigen gewesen sind, steht hier außer Frage. Sicher ist das eine, daß es für Deutschland nach dem Entstehen des Zweibundes und nach der Begründung der „entente cordiale“ immer schwieriger geworden ist, die Gefahren der Zukunft zu bannen. Das verwickelte System der Bündnisse und Ententen beherrschte das politische Leben der Welt: für Deutschland war es geradezu eine Unmöglichkeit geworden, angesichts des unaufhaltsamen Verfalles der Donaumonarchie und der unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit zwischen Österreich-Ungarn und Italien sowie Rußland eine hinreichende Sicherheit für die Zukunft zu finden. Zu einer wirklich tragfähigen Verständigung mit England aber ist es vor dem Weltkriege aus verschiedenen Gründen niemals gekommen.

Ein Wort noch des Dankes für den Inhaber und Leiter der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin, Herrn Hans Moeller, der die Notwendigkeit der „Wegweiser“ in wissenschaftlichem und vaterländischem Sinne frühzeitig erkannt und die Arbeit daran trotz aller Schwierigkeiten der Zeit ermöglicht hat; für Herrn Hugo Bärentz, den Übersetzer der meisten fremdsprachigen Dokumente; für Fräulein Grete Siemers, die Mitarbeiterin bei Niederschrift und Drucklegung des ganzen Werkes.

Nunmehr liegen die Akten des Auswärtigen Amtes geschlossen vor. Der „Weltkrieg der Dokumente“[1]) hat begonnen. Deutschland besitzt schon jetzt den unendlichen Vorteil einer nach jeder Richtung hin überragenden und unangreifbaren Kampfstellung.

Hannover, den 11. Mai 1927.

Bernhard Schwertfeger

---

[1]) Unter diesem Titel gedenke ich demnächst den Gesamtinhalt der großen Veröffentlichungen zur Vorgeschichte des Weltkrieges in populärer Form zusammenzufassen.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht der Bände XXXIV—XXXIX

Vierunddreißigster Band

Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg. 1912—1913

Erste Hälfte

Vierunddreißigster Band

Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg. 1912—1913

Zweite Hälfte

Fünfunddreißigster Band

Der Dritte Balkankrieg. 1913

Sechsunddreißigster Band

Die Liquidierung der Balkankriege. 1913—1914

Erste Hälfte

Sechsunddreißigster Band

Die Liquidierung der Balkankriege. 1913—1914

Zweite Hälfte

Siebenunddreißigster Band

Entspannungen unter den Mächten. 1912—1913

Erste Hälfte

KAPITEL 284

KAPITEL 285

Siebenunddreißigster Band

Entspannungen unter den Mächten. 1912—1913

Zweite Hälfte

KAPITEL 286

KAPITEL 287

KAPITEL 288

Achtunddreißigster Band

Neue Gefahrenzonen im Orient. 1913—1914

KAPITEL 289

KAPITEL 290

KAPITEL 291

Neununddreißigster Band

Das Nahen des Weltkrieges. 1912—1914

Druckfehler-Berichtigung

Auf Seite 8 muß es in der 2. Zeile des 2. Absatzes heißen: Die Schaffung (nicht Fassung) eines autonomen und lebensfähigen Albaniens, usw.



Ze

für die Bände des Ak

Bände des „Wegweisers“	„Die Bismarckzeit“ Wegweiser Bd. 1						„Der Neue Kurs“ Wegweiser Bd. 2						„Die Politik der freien Hand“ Wegweiser Bd. 3					
Bände des Aktenwerkes*	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12*	13	14*	15	16	17	18*
1870																		
1																		
2																		
3																		
4																		
5																		
6																		
7																		
8																		
9																		
1880																		
1																		
2																		
3																		
4																		
5																		
6																		
7																		
8																		
9																		
1890																		
1																		
2																		
3																		
4																		
5																		
6																		
7																		
8																		
9																		
1900																		
1																		
2																		
3																		
4																		
5																		
6																		
7																		
8																		
9																		
1910																		
1																		
2																		
3																		
4																		
Umfang der Aktenbände in Seiten	328	344	454	419	350	419	458	475	425	259	387	700	342	675	561	491	594	936

Die zusammenhängenden senkrechten Balken bedeuten, daß für den ganzen betreffenden Zeitraum Doku

* Die mit Sternchen versehenen Bände sind in je 2 Halbbände geteilt.

icht

und des „Wegweisers“

…ng der Mittelmächte“					„Weltpolitische Komplikationen“								„Europa vor d. Katastrophe“					
…	Wegweiser 4,2				Wegweiser 5,1				Wegweiser 5,2				Wegweiser 5,3					
*	22	23*	24	25*	26*	27*	28	29	30*	31	32	33	34*	35	36*	37*	38	39
89	522	568	500	705	871	963	426	454	593	556	486	480	887	383	847	900	361	645

1870, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 1880, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 1890, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 1900, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 1910, 1, 2, 3, 4

…nden sind; die kurzen Stücke bezeichnen das Vorhandensein nur einzelner Dokumente.



Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg 1912—1913

Der vierunddreißigste Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 34. Bandes

Erste Hälfte

Kapitel 266

Vor dem Zusammentritt der Botschafterreunion und der Friedenskonferenz
November bis Dezember 1912

Am 3. Dezember 1912 war in einem Eisenbahnwaggon in der Tschataldja-Linie der bulgarisch-türkische Waffenstillstand unterzeichnet worden [1]. Die griechische Regierung beharrte im Kriegszustande, da sie auf ihren Sonderbedingungen, insbesondere der Räumung von Janina, bestand [2]. So erfolgte denn der Zusammentritt der Friedensbevollmächtigten der Türkei, Bulgariens, Serbiens und Montenegros in London am 14. Dezember 1912 ohne die Beteiligung Griechenlands.

Am 17. Dezember 1912 trat die von Sir Edward Grey am 29. November 1912 in Vorschlag gebrachte Botschafterreunion in London zusammen. Das 266. Kapitel vermittelt uns zunächst den diplomatischen Notenwechsel, der von Mitte November 1912 ab den Botschafterbesprechungen voranging.

Deutscherseits erblickte man die Hauptgefahr der Lage darin, „daß bei den aus Anlaß des Friedensschlusses auf dem Balkan zu erwartenden Beratungen der Mächte von einzelnen dieser Mächte gewisse Prätentionen der Balkanstaaten unterstützt würden, die von anderen als unannehmbar bezeichnet würden". Staatssekretär v. Kiderlen hielt es zur Erhaltung des Friedens für wesentlich, daß die Mächte sich vor Beginn der Verhandlungen mit den Balkanstaaten über ein bestimmtes Programm und insonderheit über die nach ihrer Ansicht zulässigen und nicht zulässigen Forderungen der Balkanstaaten einigten. Kiderlen hatte auch den Wunsch, daß Österreich „die Konzessionen, die es an Serbien für möglich hält, möglichst eingehend präzisierte und den Mächten mitteilte", so daß bei den Verhandlungen in dieser Richtung eine feste Basis bereits vorläge. 12500

Sir Edward Grey war gleichfalls von der Notwendigkeit eines frühzeitigen Meinungsaustausches zwischen den Großmächten über

[1] Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 176.
[2] Vgl. Band 33, Nr. 12479.

zeugt. Auch er wünschte einen Konflikt zu vermeiden, in den eine oder mehrere Großmächte hineingezogen werden könnten. In einem Schreiben, das der englische Botschafter in Berlin, Sir W. E. Goschen, am
12504 29. November dem Auswärtigen Amt übersandte, ging die englische Regierung auf den deutschen Vorschlag ein, die sechs Botschafter der Großmächte in einer der Hauptstädte zu Beratungen zu bevollmächtigen. Als Sitz der Besprechungen empfahl Sir E. Grey die französische Hauptstadt [1]). Die Besprechungen sollten Klarheit darüber schaffen, in welchem Maße die verbündeten Kriegführenden freie Hand hätten, die Karte von Europa zu ändern, und wie weit sich die Großmächte ihr Recht der Mitbestimmung wahren müßten.

Von besonderer Wichtigkeit erschienen den Engländern die Fragen Albaniens, des Zuganges Serbiens zur Adria und der Inseln im Ägäischen Meere. Grey ging dabei von der Annahme aus, daß die Kriegführenden die Meerengen von Konstantinopel nicht zu beanspruchen suchen würden, und wünschte vorher zu erfahren, wie Österreich-Ungarn zu diesen Fragen stehen würde.

Kiderlen fand Greys Anregungen beachtenswert, besonders aus dem Grunde, daß sich bei ihrer Befolgung eine „sonst kaum ganz zu umgehende, spätere förmliche Konferenz leichter vermeiden lassen"
12505 würde. Botschafter v. Tschirschky sollte mit dem Grafen Berchtold vertraulich darüber sprechen. Da dieser ganz einverstanden war,
12515 äußerte sich Kiderlen nach London am 6. Dezember zustimmend. Kaiser Wilhelm II. stimmte den Londoner Besprechungen durchaus zu, da er eine förmliche Konferenz vermieden zu sehen wünschte. Auch
12507 in Rußland war man einverstanden, hätte aber die Besprechungen lieber
12508 nach Paris verlegt gesehen.

Von vornherein wurde es deutlich, daß Österreich-Ungarn bei der Regelung der Balkanfragen ein sehr starkes Interesse an den Tag
12509 legen würde. In einem Schriftsatze, den der Vertreter der Donaumon-
12510 archie am 4. Dezember in Berlin überreichte, ging hervor, daß Österreich-Ungarn eine dauernde Besitzergreifung von seiten Serbiens oder Montenegros an der albanesischen Küste nicht zulassen werde. Man wollte Serbien nur ein „wirtschaftliches Débouché an die Adria" gewähren, unter keinen Umständen aber den Erwerb eines Hafens. Ferner wollte Österreich-Ungarn Garantien dafür fordern, „daß Serbien
12511 mit Österreich-Ungarn in Frieden und Freundschaft leben werde". Serbien sollte auf Gebietserweiterung in Albanien oder an der adriatischen Küste ausdrücklich verzichten. Österreich-Ungarn forderte ferner die freie Entwicklung Albaniens, die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens und die Sicherstellung der kommerziellen und verkehrspolitischen Interessen der Monarchie in Saloniki.

Bedenklich war es von Anfang an, daß zwischen dem österreichi-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 504 siehe S. 43*.

schen und dem russischen Standpunkte nur schwer ein Kompromiß gefunden werden konnte. So konnte z. B. auch nach dem Urteil der italienischen Staatsmänner Sasonow ebensowenig wie ein anderer russischer Minister es wagen, der öffentlichen Meinung Rußlands, die für die Serben ausgesprochen Partei nahm, allzu scharf entgegenzuhandeln. 12512

Auch Spanien wünschte an den Besprechungen teilzunehmen, da es auch im östlichen Mittelmeer Interessen zu vertreten habe, ebenso Rumänien. Da man in Wien befürchtete, daß Spanien in den Mittelmeerfragen stets mit England und Frankreich gehen würde, legte man 12509 dort auf seine Zuziehung wenig Wert. Wohl aber einigten sich Berlin und Wien dahin, die Beteiligung Rumäniens an den Besprechungen der Botschafter zu befürworten. In diesem Sinne verständigte Kiderlen am 6. Dezember die englische Regierung mit dem Hinzufügen, daß 12516 man es begrüßen würde, „wenn als Ort der Konversation London gewählt wird, von wo die Anregung ausgegangen ist". Sir Edward 12518 Grey erklärte sich mit London einverstanden, falls man in Paris darin keine Unfreundlichkeit erblicken würde.

Die Lage auf dem Kriegsschauplatze hatte anfangs Dezember die Türkei zu einer zuversichtlicheren Beurteilung der Lage veranlaßt. Die Pforte beabsichtigte daher, ihren Delegierten nach London die Instruktion mitzugeben, zunächst die Forderung der Alliierten abzuwarten 12520 und sodann folgende Bedingungen vorzuschlagen: Thrazien mit Adrianopel, Kirk-Kilisse und Dedeagatsch sollten türkisch bleiben, Mazedonien und Albanien autonom werden. Man war bereit, über Grenzberichtigungen zu Lasten Mazedoniens und Albaniens zu verhandeln.

Während man in Rom Besorgnis äußerte, daß an der Unnachgiebigkeit der Wiener Regierung in der serbischen Frage die Botschafterbesprechungen scheitern könnten, hegte Sir E. Grey die Hoff- 12521, 12522, nung, bei baldigem Beginn der Besprechungen die Gefahr für unerwartete Vorfälle zwischen Österreich und Serbien zu verringern. 12523

Zwischen den europäischen Großmächten fand in den Tagen vor dem Beginn der Londoner Besprechungen ein lebhafter Gedankenaustausch statt. Hierbei wurde es deutlich, daß man in Wien den Besprechungen mit Sorge entgegensah, zumal die sogenannte Botschafterreunion und die türkischen Friedensverhandlungen gleichzeitig in London tagen sollten. Immer wieder betonte Graf Berchtold die Befürchtungen 12528 Österreichs vor Serbien, das bei der Abgrenzung Albaniens Schwierigkeiten machen und sich in den von ihm bereits besetzten Gebieten 12532 allzu häuslich niederlassen würde. Schwierig war auch, daß Bulgarien auf Adrianopel nicht verzichten zu können erklärte und Saloniki als 12533 Hafen von Mazedonien beanspruchte.

Deutscherseits war man immer nur bestrebt, die Besprechungen zu fördern, weil sich dadurch die Möglichkeit vergrößerte, eine spätere 12534 förmliche Konferenz zu vermeiden. Das schien um so mehr erwünscht, weil Italien in allen zu behandelnden Fragen große Zurückhaltung be-

12536 wies und offenbar zu Frankreich neigte. Poincaré hätte gar zu gern den Sitz der Besprechungen nach Paris verlegt, um „den Glanz seiner Amtsführung am Quai d'Orsay durch eine internationale Konferenz zu 12537 erhöhen". Der französische Botschafter in London, Cambon, war aber, wie Fürst Lichnowsky berichtete, von Anfang an für die Wahl Londons eingetreten.

Nach Greys Absicht sollten die Botschafter, ohne sich mit Kleinigkeiten aufzuhalten, die Hauptpunkte rasch durchberaten und sich dann 12538 so lange vertagen, bis neuer wichtiger Beratungsstoff vorliege. Die Stimmung Österreich gegenüber war in den Londoner Regierungskreisen durchaus günstig; man erkannte die Berechtigung des österreichischen Standpunktes an, betonte aber immer wieder, daß ein Überspannen des Bogens Serbien gegenüber die ernstesten Gefahren mit sich bringen könnte. Die „fortgesetzten Rüstungen Österreichs" 12539 erregten in London lebhafte Beunruhigung. Von den Balkanvölkern erfreute sich nur Bulgarien ausgesprochener Sympathien. Die Serben hatten durch ihr lärmendes Auftreten verstimmt. Es schien damals, als wenn Bulgarien sich der Türkei wieder zu nähern wünschte.

Am 15. Dezember wurde Fürst Lichnowsky telegraphisch über die Haltung unterrichtet, die er bei der bevorstehenden „Botschafter-12540 konversation" einzunehmen habe. In allen Fragen sollte er zunächst mit seinen Dreibundkollegen Fühlung nehmen und über Anträge sich vorher mit ihnen einigen. Diese Anträge sollten dann, je nach Ermessen, entweder durch den österreich-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff als Doyen oder von den Botschaftern abwechselnd vorgebracht werden. Der antragstellende Botschafter hätte jedoch nicht namens des Dreibundes, sondern nur namens seiner eigenen Regierung zu sprechen, während die anderen beiden Botschafter zustimmten. „Geschlossenes Auftreten Dreibunds nach außen ist zu vermeiden. Nur wenn die anderen Mächte als Tripelentente auftreten sollten, sind Anträge namens Dreibunds zu stellen."

In der Adriafrage sollten die Wünsche des Dreibundes nicht als Abwehr serbischer Aspirationen, sondern als Förderung der Interessen Albaniens und Serbiens vorgebracht werden. „Dreibund wünscht ferner, Serbien vollkommene politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewährleisten. Hierzu soll ihm kommerzielles Débouché nach Adria mit Hafen und Eisenbahn nach Maßgabe näher festzusetzender Bedingungen gewährt werden, die freien und ungehinderten Gebrauch für alle Zeiten und Verhältnisse sicherstellen."

In Rom hegte man den Wunsch, daß der Handelshafen für Serbien am Adriatischen Meer nicht auf österreichischem Gebiete liegen 12541 solle, weil sonst die wirtschaftliche Unabhängigkeit Serbiens nicht völlig gewährleistet sei. Graf Berchtold hatte sich hierzu entgegenkommend geäußert.

Ein Bericht des Grafen Pourtalès vom 15. Dezember zeigte, wie

lebhaft man sich in Rußland für Serbien einzusetzen gewillt war. Graf 12542 Berchtold hatte dem russischen Botschafter in Wien, N. v. Giers, gesagt, die österreichische öffentliche Meinung errege sich infolge der Haltung Serbiens mehr und mehr und verlange Garantien, damit sich Krisen, wie die jetzige und die des Jahres 1909, die dem Lande ungeheure Summen kosteten, nicht fortwährend wiederholten. Über die Art dieser Garantien werde man in London reden können.

Sasonow fand diese Ankündigung eines neuen Programmpunktes für die Londoner Besprechungen sehr wenig glücklich. Eine Demütigung Serbiens, wie sie dem Wiener Kabinett vorzuschweben scheine, würde gewiß der schlechteste Weg sein, um normale Beziehungen zwischen den Kabinetten von Wien und Belgrad sowie Ruhe für die Zukunft herzustellen. Wolle Österreich etwa Serbien dazu zwingen, in einen Zollverein mit der Monarchie einzutreten, bei dem alle Vorteile auf seiten Österreichs lägen, so würde sich eine ungeheuere Erregung in der ganzen slawischen Welt einstellen. Die früheren guten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien seien nur durch eine übrigens von vielen österreichischen Staatsmännern zugegebene falsche und ungeschickte Politik des Wiener Kabinetts verdorben worden. „Wolle aber Österreich-Ungarn durchaus darauf bestehen, Serbien zu demütigen, dann werde trotz allem hier — (in Rußland) — gezeigten guten Willens die Lage eine gefährliche werden.“ Die russische Regierung war übrigens bereit, der Schaffung eines auto- 12543 nomen Albaniens zuzustimmen.

Ein Telegramm des Fürsten Lichnowsky vom 16. Dezember 1912 12544 bezeichnet den Abschluß der Vorbereitungen. Sir Edward Grey hatte die beteiligten Botschafter für den morgigen Tag zu der ersten Besprechung eingeladen. Die Verhandlungen sollten geheim gehalten und kein Protokoll geführt werden. Grey wollte gleich mit der albanischen Frage beginnen und die Grenzen Albaniens, das bis an Montenegro heranreichen sollte, in großen Zügen festlegen. Anschließend sollte die Frage der wirtschaftlichen Verbindung Serbiens mit der Adria erörtert werden. Durch Vorwegnahme dieser beiden Punkte hoffte Grey die gefährlichsten Fragen möglichst rasch zu erledigen.

Kapitel 267

Die Anfänge der Botschafterreunion und der Friedenskonferenz Die Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel Dezember 1912 bis Januar 1913

Die 156 Dokumente des 267. Kapitels decken genau den Zeitraum eines Monats. Am 17. Dezember 1912 fand die erste Besprechung der

Botschafter in London statt, und am 17. Januar 1913 überreichte der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Frhr. v. Wangenheim, gemeinsam mit seinen dortigen Kollegen die auf Grund der Londoner Besprechungen und der anschließenden Verhandlungen der Großmächte entstandene Kollektivnote.

12545 In der ersten Sitzung vom 17. Dezember[1]) einigte man sich über die Fassung eines autonomen und lebensfähigen Albaniens, das neutralisiert werden sollte. Dabei herrschte darüber Einverständnis, daß die Grenzen des autonomen Albaniens und Montenegros im Norden und Griechenlands im Süden sich auf alle Fälle berühren sollten. Hinsichtlich der serbischen Verbindung mit der Adria wurde folgende Fassung einstimmig angenommen: „Serbien wird der wirtschaftliche Zugang durch einen offenen und neutralen albanischen Hafen vorbehalten, der von der internationalen Eisenbahn unter europäischer Kontrolle und unter dem Schutze einer internationalen Macht bedient werden und Durchgangsfreiheit für alle Waren, einschließlich der Kriegs-
12548 munition, genießen wird." Den Führer der serbischen Abgesandten, der in London den Fürsten Lichnowsky fragte, ob er wohl die Erledigung der serbischen Wünsche hinsichtlich der Adria den Mächten vertrauensvoll überlassen und diesen Punkt aus den Friedensverhandlungen ausschalten könne, bestärkte Lichnowsky in dieser Auffassung und suchte ihn überhaupt zu beruhigen.

Die Sitzung am 18. Dezember beschäftigte sich mit der Frage von
12549 Skutari, das Rußland Montenegro zugewiesen zu sehen wünschte. Da Skutari sich noch in türkischen Händen befand, empfahl Kiderlen, diese Frage vorläufig zurückzustellen, um das Hervortreten von Mei-
12550 nungsverschiedenheiten zu vermeiden. Bulgarischerseits bestand Danew, der bulgarische Friedensunterhändler in London, auf der Abtretung des europäischen Besitzes der Türkei westlich einer zu vereinbarenden Linie zwischen dem Ägäischen und dem Schwarzen Meer mit Ein-
12551 schluß von Adrianopel. Sollte die Türkei nicht nachgeben wollen, so würde Bulgarien den Krieg unweigerlich fortsetzen. Die Teilung des abgetretenen Gebietes, mit Ausnahme von Albanien, würden die Verbündeten alsdann untereinander vornehmen.

Die Frage der Zuteilung von Skutari wurde dadurch bedrohlich, daß Österreich-Ungarn es als eine Frage des Prestiges erklärte, daß Skutari bei Albanien verbleibe, „denn Skutari sei eine fast österreichische Stadt und der Sitz des österreichisch-katholischen Ein-
12553 flusses". Mit dieser Auffassung war man in Berlin keineswegs einverstanden, aber auch nicht mit der Haltung des Fürsten Lichnowsky, der aus Rücksicht für seinen Vetter, den russischen Botschafter Grafen Benckendorff, diesem weiter entgegen zu kommen schien, als man es in
12556 Berlin für angezeigt hielt.

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 545 siehe S. 44*.

In der Sitzung vom 20. Dezember einigte man sich über eine an die Presse zu richtende Mitteilung und vertagte sich alsdann bis zum 2. Januar 1913[1]). Eine zusammenfassende Darlegung Lichnowskys 12557 vom gleichen Tage stellte den günstigen Eindruck fest, den die Leitung der Besprechungen durch Sir Edward Grey allgemein gemacht hatte. 12561 In diesem Berichte äußerte sich Lichnowsky auch über die deutsch-englischen Beziehungen, die sich zweifellos verbessert hätten, und erwähnte in diesem Zusammenhange die Flottenfrage. Das britische Reich müsse in der Lage sein, „seine Lebensadern, d. h. seine Zufuhrwege, gegen alle Möglichkeiten zu schützen"; das Anwachsen der deutschen Seemacht werde daher als willkommener Anlaß benutzt, um Flottenforderungen zu begründen. „Die Weltmachtstellung Großbritanniens steht und fällt mit seiner Übermacht zur See, und wir würden, falls wir die Verantwortung hätten für die Geschicke des britischen Reiches, diese Übermacht sicherlich mit derselben Fürsorge zu erhalten suchen, wie dies die britischen Minister anstreben." England werde immer für ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte in Europa eintreten, als „Gegengewicht gegen eine bestehende Machtgruppe", und unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten. „Ein Krieg mit uns wäre durchaus nicht populär, er würde aber trotzdem geführt werden, um Frankreich, falls wir es bedrohten, zu schützen. Denn man glaubt hier, daß es nicht in der Lage wäre, sich ohne britische Hilfe der deutschen Übermacht zu erwehren."

Fürst Lichnowsky begab sich während der Besprechungspause nach Berlin. Er berichtete dort über den bisherigen Verlauf der Besprechungen und betonte als sein bisheriges Hauptziel, „zwischen dem österreichischen und dem russischen Standpunkt zu vermitteln und den Anschein zu vermeiden, als ob Rußland etwa gedemütigt oder besiegt aus den Verhandlungen hervorgehen sollte". Auch in den Verhand- 12562 lungen über Skutari habe er zu vermitteln versucht und auf den Grafen Mensdorff im Sinne der Mäßigung eingewirkt. Über Greys Stellung berichtete er, daß er den Wünschen Montenegros auf Skutari nicht entgegenwirken werde.

Am 22. Dezember 1912 überreichte der englische Botschafter in Berlin dem Staatssekretär v. Kiderlen eine Aufzeichnung[2]), wonach 12563 er es für sehr bedeutungsvoll hielt, wenn die österreichische Regierung Mittel ergreifen würde, um kundzutun, daß nach ihrer Meinung eine Besserung der Lage eingetreten sei; die ständigen Berichte über Mobilisierungen in Österreich wirkten beunruhigend.

In der Zwischenzeit, während in London Besprechungen nicht stattfanden, beschäftigte man sich in Berlin hauptsächlich mit der 12564 Frage, wieweit Rumänien zu den Erörterungen herangezogen werden

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 557 siehe S. 44*/45*.

[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 563 siehe S. 45*.

12565 könne, und versuchte, auch dem bulgarischen Standpunkte gerecht zu werden. Graf Berchtold zeigte nach wie vor wenig Neigung, Monte-
12566 negro durch Skutari zu belohnen, und erklärte wiederholt, er müsse darauf bestehen, daß Skutari bei Albanien verbleibe.

Eine gewisse Entspannung trat damals in Österreich zweifellos ein. Der deutsche Militärattaché Major Graf v. Kageneck berichtete hierüber am 21. Dezember, daß nach Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten ein Anlaß, militärische Machtmittel gegen Serbien anzuwen-
12567 den, kaum mehr vorzuliegen scheine. Tatsächlich schien man auch in Serbien einzulenken. Man wollte, wie aus Belgrad am 23. Dezember
12568 berichtet wurde, die Autonomie Albaniens anerkennen, die Hafenfrage an der Adria mit politischen Erwerbungen fallen lassen und sich mit dem „wirtschaftlichen Débouché“ begnügen.

Eine gewisse Gereiztheit trat in Petersburg zutage, da Österreich sich schon deutlich gegen die Überlassung Skutaris an Montenegro ausgesprochen und dadurch die Erzielung eines Einverständ-
12569 nisses unter den Kriegführenden über diese Frage erschwert habe. Die nationalistische Presse Rußlands sprach bereits von einem Triumph der österreichischen Diplomatie über die russische. Sasonow ließ daher
12570 nach Berlin sagen, „daß er in der fortdauernden Konzentrierung österreichischer Truppen an der russischen Grenze eine ernstliche Gefahr für den Frieden erblicke“. Rußland würde gern seine zurückgehaltenen
12572 Reservisten am 31. Dezember oder noch früher entlassen; dies sei aber nur möglich, wenn Österreich den Anfang mache.

Aus Petersburg berichtete gleichzeitig der deutsche Militärattaché
12571 Major v. Eggeling, daß anscheinend in Rußland Reservisten eingezogen würden. Bisher sei es ihm nicht gelungen, etwas Sicheres hierzu zu erfahren. Man spreche auch viel von Truppenverstärkungen im Süden (Kaukasus), und militärische Maßnahmen zur weiteren Verstärkung im türkisch-asiatischen Grenzgebiete, die auf eine spätere Liquidation der Urmia- und armenischen Frage abzielen könnten, seien wohl denkbar. Auffallend oft gebe man in der letzten Zeit russischerseits dem Bedauern Ausdruck, daß man nicht im vergangenen Frühjahr, wo Rußland so gut vorbereitet gewesen sei, diese Fragen angeschnitten und entschieden habe.

In der Zwischenzeit bis zur Wiederaufnahme der Botschafterbesprechungen in London, also bis zum 2. Januar 1913, blieb alles in der Schwebe. Die an der Aufrechterhaltung des Friedens interessierten Mächte suchten zu vermitteln und durch vorherige Aussprache die Möglichkeit späterer Zusammenstöße zu verringern.

Für Deutschland war es in dieser kritischen Zeit eine schwere Belastung, daß der Staatssekretär v. Kiderlen am 30. Dezember 1912, während er sich auf Urlaub in Stuttgart befand, dort verstarb. Zu seinem Nachfolger wurde am 5. Januar 1913 der bisherige Botschafter

in Rom, v. Jagow, ernannt[1]). Jagow vermochte aber erst am 22. Januar zur Übernahme der Geschäfte aus Rom abzureisen. In der Zwischenzeit lag die Leitung des Auswärtigen Amtes in den Händen des Stellvertretenden Staatssekretärs Zimmermann.

Von einer eingehenden Würdigung der in den letzten Tagen des Jahres 1912 und in den ersten Wochen des Jahres 1913 entstandenen diplomatischen Schriftstücke darf hier abgesehen werden. Es genüge der Hinweis, daß sie sämtlich Deutschlands Bestreben erweisen, im Sinne der Vermittlung die entstandenen Gegensätze abzubauen, die aus der russisch-österreichischen Gegensätzlichkeit drohenden Gefahren zu verringern und durch praktische Vorschläge auf die Balkanstaaten im Sinne einer möglichst baldigen Beendigung des Kriegszustandes einzuwirken.

Nur einige Schriftstücke, die von besonderer Bedeutung sind, seien näher hervorgehoben.

Der Streit um Skutari war dadurch bedenklich, daß Österreich durchaus Skutari zu Albanien schlagen, der König von Montenegro (12574) aber auf diese Stadt nicht verzichten wollte. Österreich-Ungarns (12573, 12575) Haltung bereitete auch in Sofia Schwierigkeiten, als Graf Berchtold nachträglich Bedenken dagegen erhob, Serbien die Benutzung des Débouchés an die Adria auch für Waffen- und Munitionstransporte in Kriegszeiten zuzugestehen. In Berlin hielt man diese nachträgliche (12579) Änderung für nicht unbedenklich, zumal Rußland sich in hohem Maße für Serbien einsetzte.

Im Vertrauen auf die Uneinigkeit der Mächte steigerten die Türken allmählich ihre Ansprüche und wollten insbesondere von einer Abtretung von Adrianopel nichts mehr wissen. Auch sollte Albanien als autonomes Land unter der Souveränität des Sultans verbleiben, und (12581) von der Abtretung der Ägäischen Inseln keine Rede mehr sein. Nach Ansicht Kaiser Wilhelms II., der die Haltung der Türken durchaus verurteilte, sollten nun die beiden am wenigsten am Balkan interessierten Mächte, England und Deutschland, sich zusammentun und gemeinsam die Herbeiführung einer friedlichen Lösung besorgen.

Eine erhebliche Gefahr lag darin, daß man in Österreich-Ungarn die bereits getroffenen militärischen Maßnahmen nicht wieder zurückzunehmen wünschte, da man nun endlich jahrelange Versäumnisse auf dem Gebiete des Heerwesens wenigstens teilweise hatte abstellen können[2]). So berichtete am 14. Januar 1913 der Militärattaché Major Graf v. Kageneck, Kaiser Franz Joseph habe grundsätzlich sein Einverständnis damit erklärt, die zurzeit erhöhten Friedensstände in

---

[1]) Die Ernennung wurde am 14. Januar 1913 amtlich bekanntgegeben.

[2]) Vgl. in dieser Beziehung die sehr aufschlußreichen Schriftstücke Nr. 12 584, 12 585, 12 589, 12 593, 12 597, 12 603, 12 605, 12 606, 12 607, 12 621, 12 667, 12 684.

Galizien und den neuen Provinzen als eine dauernde Maßnahme bei-
12684 zubehalten. Man sprach damals in Wien bereits von einer Novelle zum neuen Wehrgesetz. Die Lage des Dreibundes wurde auch dadurch
12593 erschwert, daß Italien sich außerstande erklärt hatte, die bisher für den Aufmarsch gegen Frankreich am Rhein in Aussicht gestellten Korps abzugeben[1]). Nach der Auffassung des Generals v. Conrad, der den Italienern stets mißtraute und im übrigen die Hoffnung hegte, doch noch zu einer kriegerischen Abrechnung mit den Serben zu gelangen, hatten die Italiener nur die Erneuerung des Dreibundes vom 7. Dezember 1912[2]) abgewartet, um mit dieser Tatsache hervorzutreten.

Mitte Januar 1913 entsandte Graf Berchtold den Sektionschef
12679 Grafen Szápáryi in geheimer Mission nach Berlin. Er sollte mit dem Staatssekretär des Äußern die gesamte politische Lage offen und vertrauensvoll besprechen und auch die rumänische und südslawische Frage eingehend erörtern. Graf Berchtold dachte sogar an eine Besprechung des Grafen mit dem General v. Moltke. Dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gefiel diese vom General Conrad v. Hötzendorf veranlaßte außerordentliche Mission gar nicht, zumal der neuernannte Staatssekretär v. Jagow noch nicht zur Stelle sein konnte.

12680 Graf Szápáryi traf am 14. Januar in Berlin ein und sprach sich am
12691 15. Januar mit dem Stellvertretenden Staatssekretär Zimmermann über alle schwebenden Fragen gründlich aus. Die rumänische Frage bezeichnete er als die zurzeit bedrohlichste und fragte an, was Deutschland im Falle eines rumänisch-bulgarischen Konfliktes, der Österreich zum Eingreifen zwinge, von Italien erwarte. Es wurde ihm geantwortet, daß Italien wegen des Ausfalles der nach Tripolis verlegten Truppen zur Zeit nicht in der Lage zu sein glaube, die linke Flanke der deutschen Armee in einem Kriege mit Frankreich durch mehrere über Tirol nach Norden vorzuschiebende Armeekorps zu unterstützen, wie dies bisher verabredet gewesen sei. „Ein Symptom dafür, daß Italien sich seinen Bündnispflichten entziehen wolle, erblickten wir hierin nicht; immerhin glaubten wir, daß das Kabinett in Rom bei kriegerischen Verwicklungen aus Anlaß der rumänischen Ansprüche die Frage der Verpflichtung zur Waffenhilfe sehr genau prüfen würde.“

Als Graf Szápáryi am 17. Januar nach Wien zurückkehrte, teilte er dem General v. Conrad seinen Eindruck mit, weder Kaiser Wilhelm noch Herr v. Bethmann seien einem Kriege geneigt; er habe vielmehr die Tendenz gefunden, den Krieg zu vermeiden. General v. Conrad erklärte bei dieser Besprechung, auch in Österreich-Ungarn habe man ja nur die Absicht, „Bulgarien mit Rumänien freundschaftlich auszugleichen und lediglich den Konflikt mit Serbien gewaltsam auszutragen.

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 64 ff.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 58 ff.

Greift Rußland dagegen ein, dann wird Deutschland zum Entschluß gelangen müssen". Um so stärker bemühte man sich in Berlin, alles zu vermeiden, was Österreich-Ungarn zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien verleiten konnte.

Der Gang der diplomatischen Verhandlungen in London, dessen Einzelheiten an Hand der Akten verfolgt werden müssen, war in großen Zügen folgender: Am 2. Januar begannen in London die Besprechungen der Botschafter aufs neue. Fürst Lichnowsky, der auf der Rückkehr von seinem Urlaub am 31. Dezember 1912 durch Berlin fuhr, wurde dort vom Kaiser empfangen und erhielt eine neue Instruktion, die der Kaiser ihm selbst vorlas. In dieser Instruktion wurde 12592 es als ein Lebensinteresse für die Türkei bezeichnet, daß sie sich ihren kleinasiatischen Besitz unangetastet erhielt. Bei einer Fortsetzung des Krieges werde dieser Besitz aber ernsthaft gefährdet. „Deutschland und England, die am Balkan keinerlei eigennützige Ziele verfolgen, dürften an erster Stelle berufen sein, durch Einwirkung auf die Kriegführenden einen friedlichen Ausgang der Londoner Verhandlungen zu fördern. Eine solche Einwirkung könnte in der Weise erfolgen, daß die beiden Mächte durch eine Demarche ihrer Botschafter in Konstantinopel die Pforte nachdrücklich zur Mäßigung mahnen. Daneben würde Sir Edward Grey, zugleich auch im Namen der deutschen Regierung, seinen Einfluß auf die türkischen Friedensdelegierten im gleichen Sinne geltend zu machen haben. Ein solches Zusammenwirken würde nicht nur geeignet sein, die Gefahren der gegenwärtigen Situation zu beschwören, sondern würde gleichzeitig auch eine gute Basis für eine Verbesserung unserer allgemeinen politischen Beziehungen mit England abgeben." Fürst Lichnowsky sollte durch vorsichtige Sondierung feststellen, ob Sir Edward Grey zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Deutschland in diesem Sinne geneigt war.

Über die erste Botschafterbesprechung am 2. Januar 1913 berichten die Dokumente Nr. 12 597—12 600[1]).

Die starke Spannung zwischen Rußland und Österreich kam am Neujahrsempfange in Berlin dadurch zum Ausdruck, daß der dem Kaiser attachierte General v. Tatischtschew im Auftrage des Zaren sich über die Truppenverstärkungen auf der österreichischen Seite dahin äußerte, Rußland müsse nun gleichfalls Verstärkungen vornehmen. Es habe aber zunächst den Österreichern vorgeschlagen, die an der rus- 12605 sischen Grenze angeordneten Verstärkungen zu entlassen. „Sollte auf diesen Vorschlag oder Anfrage keine befriedigende Antwort erfolgen, so würde sich der Zar genötigt sehen, Kiew, aber nur den Bezirk Kiew, mit neuen Verstärkungen zu versehen." Kaiser Wilhelm erwiderte dem General, er hoffe, daß durch freundschaftliche Besprechungen zwischen der russischen und der österreichischen Regierung eine Ver-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 600 siehe S. 45*/46*.

ständigung erzielt und Komplikationen vorgebeugt werde, die nach seiner Überzeugung in den tatsächlichen Verhältnissen keinen Grund fänden. In diesem Sinne schrieb der Kaiser auch am 3. Januar an den Zaren.

In der Londoner Besprechung am 4. Januar wurden Maßnahmen 12616 erörtert, die geeignet waren, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf dem Balkan wenn irgend möglich zu verhindern. Grey unterbreitete Vorschläge für einen von allen Mächten gemeinsam zu machenden Schritt in Konstantinopel und teilte hierfür den Botschaftern einen Text mit[1]), den sie ihren Regierungen übermitteln sollten.

Der Hauptinhalt der Note in ihrer ersten Form war, daß die Türken den Ergebnissen des Krieges nicht hinreichend Rechnung trügen, und daß daher die Mächte gezwungen seien, die künftige Lage Konstantinopels und das Hinübergreifen des Krieges nach Kleinasien ins Auge zu fassen. Hinsichtlich der von der Türkei abzutretenden Inseln würden die Mächte ihren Einfluß dahin geltend zu machen suchen, daß diese Inseln in Zukunft keine Bedrohung für die Türkei bilden könnten. Bei der Abtretung der Stadt Adrianopel, die allem Anscheine nach kapitulieren müsse, sollten die auf die Moscheen und die religiösen Güter bezüglichen türkischen Interessen gewahrt werden.

Gleich in der Sitzung vom 4. Januar machte der französische Botschafter Cambon darauf aufmerksam, daß unter Umständen eine Flottendemonstration nötig werden würde. Weder England noch Deutschland waren bereit, darauf einzugehen. Fürst Lichnowsky erhielt Weisung, den Vorschlägen Greys beizutreten, auf die französische Anregung aber nicht einzugehen, falls sein österreich-ungarischer und sein italienischer Kollege gleiche Instruktionen erhielten.

Während die weiteren Verhandlungen immer durch ein gewisses wechselseitiges Mißtrauen Rußlands und Österreich-Ungarns beeinflußt wurden, einigte man sich in London allmählich auf den Wortlaut der an die Türkei zu richtenden Note. Das schien um so dringlicher, als die gleichzeitig in London tagende Friendenskonferenz sich am 6. Januar 1913 vertagte, da die Türkei nicht bereit war, die Stadt 12626 Adrianopel abzutreten. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgte nicht, und am 29. Januar wurden sie in aller Form abgebrochen.

Die Londoner Regierung legte großen Wert darauf, daß Österreich-Ungarn zum Zwecke der Beruhigung zum Ausdruck bringen möchte, daß es die Lage als gebessert ansehe. In diesem Sinne hatte Sir Edward Goschen vor den Weihnachtstagen 1912 mit dem Staatssekretär v. Kiderlen gesprochen, der in Aussicht gestellt hatte, nach den Feiertagen auf diese Frage zurückzukommen. Nun war Kiderlen inzwischen gestorben, und England regte die Frage am 4. Januar 1913 aufs

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12616 siehe S. 46*/47*.

neue an [1]). Nach Greys Ansicht genügte es, wenn die Wiener Regierung 12629 durch ihre Presse bekanntgeben ließ, „daß sie angesichts der Verbesserung der diplomatischen Lage und der Beilegung der Prochaska-Angelegenheit keine weiteren Schritte auf dem Wege der militärischen Vorbereitungen unternehmen würde". Der Stellvertretende Staatssekretär Zimmermann suchte beruhigend einzuwirken und erklärte, Österreichs Maßnahmen im Südosten gingen über das Maß notwendiger Vorsichtsmaßregeln nicht hinaus.

Am 6. Januar wurde in London über die der Türkei zu überreichende Note weiter verhandelt, wobei Fürst Lichnowsky sich gegen eine Flottendemonstration aussprach. Auch schlug er vor [2]), der Türkei 12630 nicht zugleich Adrianopel und die sämtlichen Inseln wegzunehmen. Die Botschafterversammlung trat in der anschließenden Aussprache für eine versöhnliche Haltung Bulgariens gegenüber Rumänien ein. Die Verhandlungen zwischen diesen beiden Mächten in London nahmen 12632 damals einen schlechten Verlauf.

Die Botschafterberatung vom 7. Januar [3]) stellte fest, daß es 12634 höchste Zeit sei, den geplanten Schritt in Konstantinopel zu tun, da nach dem völligen Abbruch der Beziehungen der Krieg alsbald wieder beginnen würde, und es dann auch für die Türkei schwerer sei einzulenken. Sir Edward Grey schlug eine neue Fassung für diese Er- 12637 klärung vor [4]). Fürst Lichnowsky wurde angewiesen, bei der weiteren Redaktion der Note tunlichst geschlossen mit den Vertretern Österreichs und Italiens vorzugehen und den vereinbarten Text zunächst nach Berlin zu drahten.

Die in London durch Danew für Bulgarien und durch Take Jonescu für Rumänien geführten Verhandlungen kamen nicht vorwärts, was Kaiser Wilhelm auf eine gegenseitige Abneigung der beiden Staatsmänner zurückführte. Nachrichten aus Rumänien besagten, daß der 12647 König, falls Bulgarien nicht in kürzester Frist die Verhandlungen in London wiederaufnehme, in vier bis fünf Tagen die Linie Tutakran-Balcik militärisch besetzen und als Faustpfand zu behalten gedenke. 12648 Das mußte nach deutscher Auffassung unbedingt zum Kriege führen.

Am 9. Januar berieten die Botschafter in London aufs neue über den Wortlaut der Note und ersuchten den Botschafter Cambon, einen 12650 Text zu entwerfen. Man verhandelte auch über die geplante Flottenkundgebung, und Fürst Lichnowsky gab eine Erklärung ab [5]), wonach es unbedingt erforderlich sei, daß der Schritt der Mächte in Sofia zugunsten der rumänischen Ansprüche gleichzeitig mit dem gemeinsamen Schritte bei der Hohen Pforte erfolge. Sir Edward Grey teilte eine Er-

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12 629 siehe S. 47*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 630 siehe S. 48*.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 634 siehe S. 48*/49*.
[4]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 637 siehe S. 49*/50*.
[5]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 650 siehe S. 50*/51*.

klärung Serbiens mit, wonach es erwartete, die Großmächte würden die Bedeutung der von Serbien zu bringenden Opfer würdigen und es nicht zur Verzweiflung treiben. Die Botschafter vereinbarten eine gemeinsame Antwort, in der zum Ausdruck kam, Serbien werde den Küstenstrich und die Gebiete Albaniens nach erfolgter Grenzberichtigung durch die Mächte räumen müssen.

Kaiser Wilhelm verfolgte die Verhandlungen mit lebhaftem Interesse, vermochte sich aber von der geplanten Flottendemonstration 12651 keinerlei Erfolg zu versprechen. Fürst Lichnowsky wurde daher angewiesen zu erklären, Deutschland mache die Demonstration nicht mit, „da sie zwecklos, undurchführbar und neutralitätswidrig sei".

Auch in Konstantinopel hatten die Botschafter sich auf den Wort- 12652 laut einer Note geeinigt [1]), die Wangenheim am 9. Januar nach Berlin mitteilte. Ihm wurde erwidert, gegen den Text beständen keine Be- 12653 denken; die endgültige Fassung aber solle in London vereinbart werden. Bei den Verhandlungen in Konstantinopel versuchten die Vertreter Frankreichs und Rußlands, Deutschland bei der Türkei zu verdächtigen, weil es sich mit einer Flottendemonstration grundsätzlich einverstanden erklärt hätte. Botschafter Frhr. v. Wangenheim trat 12654 diesen Machenschaften energisch entgegen.

In London erklärte Danew am 9. Januar dem Fürsten Lichnowsky, er sei bereit, die Unterhandlungen mit Jonescu wiederaufzunehmen; Rumänien möge aber aufhören, eine drohende Haltung einzunehmen. 12656 Tags darauf überreichte Cambon den Botschaftern den von ihm ab- 12657 gefaßten Wortlaut der in Konstantinopel zu überreichenden Note [2]).

In Berlin war man mit dem Entwurf im wesentlichen einverstanden. 12659 Der Kaiser versprach sich allerdings wenig von der Überreichung einer Note. Was solle geschehen, meinte er, wenn die Türken ihr ein kategorisches Nein entgegenstellten, und die Großmächte sich nicht klar 12658 oder einig seien, wie sie dann handeln wollten. „Es dreht sich um Adrianopel! Sprechen die Mächte es Bulgarien zu, dann müssen sie mit der Türkei fechten, verbleibt es der Türkei, so ist Bulgarien der Mächte Feind und schlägt sich aus Rache zu Rußland." Von einer Flottendemonstration wollte er durchaus nichts wissen und erinnerte in einem Telegramm an das Auswärtige Amt vom 11. Januar an die mißglückte Seymour-Expedition, die seinerzeit die in Peking befindlichen Gesandt- 12662 schaften in große Gefahr gebracht habe [3]). Wer jetzt gegen die Türkei die Führung übernehme, bekomme es mit dem Haß der ganzen islamitischen Welt zu tun. Er wolle das unter keinen Umständen.

12665 Auch in Wien war man dagegen. Man rechnete dort mit einem Einmarsche rumänischer, nicht mobilisierter Truppen in Bulgarien am

---

1) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 652 siehe S. 51*.
2) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 657 siehe S. 51*/52*.
3) Siehe Wegweiser Band 3, S. 121 ff.

12. Januar, wie Major Graf Kageneck am 11. Januar berichtete. Auch 12667 glaubte man, daß die im Sandschak, südlich Skutari und bei Durazzo stehenden serbischen Divisionen die Aufgabe haben könnten, gegebenenfalls in Montenegro einzumarschieren, worauf Österreich-Ungarn gegen Serbien vorgehen würde. Die Berichterstattung aus Petersburg ließ gleichzeitig keinen Zweifel darüber, daß Rußland Serbien vor einem „écrasement" beschützen würde.

Am 12. Januar 1913 fragte Mahmud Schewket Pascha den deutschen Botschafter Frhrn. v. Wangenheim, ob es der Komiteepartei geraten werden könne, sich der Regierung zu bemächtigen. Wangenheim 12669 erwiderte sofort, daß gegenwärtig jede innere Umwälzung die Türkei in den Augen ihrer Gegner schwächen würde. Die unionistischen Offiziere waren mit der unentschlossenen Haltung des Kabinetts in der Friedensfrage derart unzufrieden, daß sie das Kabinett stürzen wollten, um dann den Krieg fortzusetzen. Der Umsturz erfolgte denn auch 12670 trotz aller Abmahnungen Wangenheims am 23. Januar[1]).

Die unnachgiebige Haltung der Balkanvertreter in London ließ einen festen Zusammenschluß der Großmächte nur um so geratener erscheinen. Deutschland trat den hierauf bezüglichen Erörterungen des ihm übergebenen englischen Memorandums vom 11. Januar[2]) 12672 durchaus bei und erblickte in der Fortsetzung der bisherigen vertrauensvollen Aussprache mit Sir Edward Grey das am besten geeignete Mittel zur Förderung dieses Zieles. Greys Wunsche entsprechend war man bemüht, auf die Wiener Politik im Sinne des Entgegenkommens in der Skutari-Frage einzuwirken. An einem Druck auf 12675 die Pforte wünschte man sich aber nicht zu beteiligen. Fürst Lich- 12676 nowsky brachte diesen Standpunkt in der Londoner Sitzung vom 13. Januar deutlich zur Sprache[3]). Der russische Botschafter Graf 12677 Benckendorff teilte in derselben Sitzung mit, daß seine Regierung eine vermittelnde Tätigkeit zwischen Bulgarien und Rumänien übernommen habe. Eine Verständigung zwischen diesen Mächten schien nähergerückt. Danew hatte aber in London mitgeteilt, daß seine Regierung bzw. die Verbündeten beabsichtigten, sofort nach Überreichung der gemeinsamen Note der Großmächte an die Türkei den Waffenstillstand zu kündigen

Über diese Absicht der Balkanstaaten, die am 14. Januar durch das Wolffsche Telegraphenbureau dem deutschen Kaiser bekannt wurde, war er ganz aufgebracht. Mit Recht betonte er, daß doch zunächst 12678 einmal die Türkei in der Lage sein müßte, den Großmächten auf ihre Note zu antworten. Tags darauf kam die Nachricht aus London, die Versammlung der Delegierten des Balkanbundes habe beschlossen, die 12687

---

[1]) Siehe u. S. 21.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12672 siehe S. 52*/53*.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12677 siehe S. 53*.

Antwort der Pforte auf die Note der Mächte abzuwarten, bevor sie einen neuen Schritt unternähmen.

In Berlin hielt man am 15. Januar die rumänisch-bulgarische Streitfrage für die einzige, die die Möglichkeit einer Gefährdung des Friedens unter den Großmächten in sich berge. Fürst Lichnowsky wurde beauftragt, sich in der nächsten Botschafterkonferenz in diesem Sinne auszusprechen und anzuregen, daß die bulgarische Regierung
12681 darauf hingewiesen werden möge, durch tunlichst umgehende Austragung ihrer Differenzen mit Rumänien dem Wunsche der Großmächte und damit auch ihren eigenen Interessen zu entsprechen. Als Haupterfordernis betrachtete es der Reichskanzler v. Bethmann Holl-
12682 weg, daß die Mächte weiter einmütig handelten und im Interesse des europäischen Friedens auf Sonderaktionen verzichteten.

Nachdem am 15. Januar die Botschafter in London sich einstimmig für eine umgehende Abgabe der verabredeten Note in Konstan-
12688 tinopel ausgesprochen hatten und der englische Botschafter in Berlin
12690 dem Reichskanzler am gleichen Tage[1]) mitgeteilt hatte, die von Deutschland gewünschten Änderungen in der Note seien in London sogleich angenommen worden, kam es endlich am 17. Januar 1913 zur Überreichung der Note. Der deutsche Botschafter war am 16. Januar ermächtigt worden, sich an der Überreichung der Note zu beteiligen, wenn dasselbe von den Vertretern der anderen Großmächte geschehe.

Kapitel 268

Der Umsturz in Konstantinopel und die Antwort auf die Kollektivdemarche der Mächte
Der Abbruch der Friedenskonferenz
Drohende Aufrollung der Kleinasiatischen Frage
Kompromißversuche in der Skutari- und Albanischen Frage
Januar bis Februar 1913

Eine neue Beunruhigung ergab sich für die Leiter der deutschen Politik aus einer telegraphischen Meldung des noch in Rom befind-
12701 lichen Staatssekretärs v. Jagow, wonach Graf Berchtold die Frage der asiatischen Türkei zum Gegenstand der Botschafterkonferenz machen wollte. Bethmann Hollweg ließ in Wien warnen, die Botschafter-
12702 versammlung noch ausdrücklich mit dieser Frage zu belasten. Man war in Berlin fest entschlossen, für die Erhaltung des asiatischen Besitz-
12703 standes der Türkei gegebenenfalls nachdrücklich einzutreten. In der

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 690 siehe S. 53*/54*.

albanischen Frage hielt man ein geschlossenes Vorgehen des Dreibundes unter allen Umständen für geboten.

Ein Telegramm Greys an Sir Edward Goschen, das dieser am 18. Januar dem Reichskanzler übergab [1]), zeigte, wie sehr der russische 12704 Gegensatz zu Österreich-Ungarn in der albanischen Frage und insbesondere wegen Skutaris peinlich empfunden wurde. Man erklärte sich in Berlin gern bereit, in Wien im Sinne einer gütlichen Verstän- 12706 digung zu wirken, forderte aber zugleich Sir Edward Grey auf, in Petersburg zur Versöhnlichkeit zu mahnen.

In Rußland herrschte dauernd große Erregung über Österreichs Haltung. Man fand dort, daß trotz aller Nachgiebigkeit nicht die geringste Entspannung auf österreichischer Seite eintrete. Der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, warnte den Fürsten Lichnowsky nachdrücklich davor, die Haltung der russischen Regierung 12707 als Bluff zu bezeichnen. Die Lage sei überaus ernst, und die Regierung werde, falls man in Wien nicht einlenke, zweifellos fortgerissen und in den Krieg hineingetrieben werden. Als Lichnowsky ihm erwiderte, Rußland werde für Fragen von so untergeordneter Bedeutung doch keinen Weltkrieg heraufbeschwören wollen, erwiderte er: „Für uns sind diese Fragen von geringer Bedeutung, nicht aber für Serbien und Montenegro. Für diese Länder sind es Lebensfragen, und die öffentliche Meinung Rußlands nimmt für sie eben Partei.“ Lichnowsky schloß seinen Bericht vom 19. Januar mit folgenden Worten: „Ich habe mir seit Oktober erlaubt, darauf hinzuweisen, daß, falls wir alle österreichischen Wünsche zu den unsrigen machen und in Wien nicht deutlich zu verstehen geben, daß wird nicht wegen Serbien und Albanien in einen Weltkrieg geraten wollen, wir in denselben hineintreiben können. Angesichts der Rolle, die dann zweifellos England zufiele, ist es auch heute meine Pflicht, meine früheren Ansichten zu wiederholen.“

In Berlin teilte man Lichnowskys Besorgnisse nicht im vollen Umfange. Ein von dem Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm v. Stumm entworfenes Schreiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg betonte, von einer Bewegung in weiteren Kreisen Rußlands zugunsten der Balkanstaaten sei keine Rede. Der Versuch einer Mobilisierung der russischen Armee könne zu einer Revolution und in der 12708 weiteren Folge zum Zusammenbruch des russischen Reiches führen. Lichnowsky hätte seinem Verwandten, dem Grafen Benckendorff, sagen sollen, „daß die Gestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan für Österreich-Ungarn als Nachbarstaat ein reales Interesse erster Ordnung bilde im Gegensatz zu dem sentimentalen Interesse, das Rußland höchstens daran beanspruchen könne. Dieses Interesse weist unseren Bundesgenossen gebieterisch darauf hin, den Gefahren vorzubeugen,

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 704 siehe S. 54*.

denen der Bestand der Monarchie durch das Hinneigen einer in den Anfängen bereits vorhandenen südslawischen Irredenta nach starken südslawischen Nachbarstaaten ausgesetzt sein würde. In dieser Hinsicht befindet sich Österreich-Ungarn in der Defensive . . . Unsere Politik wird die österreichischen Wünsche so weit unterstützen, als dies zur Erhaltung der Machtstellung unseres Bundesgenossen erforderlich erscheint."

Die Vorgänge bei Ausbruch des Weltkrieges haben erwiesen, daß die große Schwierigkeit für die deutsche Politik gerade darin lag, richtig abzuwägen, bis zu welchem Grade die Erhaltung der Machtstellung Österreich-Ungarns die Unterstützung der österreichischen Wünsche erforderlich mache.

In Wien bestand damals tatsächlich eine „Kriegspartei". General v. Conrad hatte die Hoffnung niemals aufgegeben, auf irgendeine Weise den Krieg gegen Serbien zu erreichen, den er im Interesse seines Vaterlandes für nötig hielt. Zu dem deutschen Militärattaché 12709 sagte er am 17. Januar, er gäbe noch nicht alle Hoffnung auf, daß es diesmal zu einer endgültigen Austragung der serbischen Frage kommen werde; seine Ansichten und Pläne begegneten allerdings dem energischen Widerstande des Kaisers, des Thronfolgers und des Grafen Berchtold.

Am 20. Januar kündigte im Deutschen Reichstage der Abgeordnete Bassermann eine Anfrage an den Reichskanzler an, ob diesem 12710 das Bestehen von Vereinbarungen zwischen England, Frankreich und Rußland über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in den armenischen, syrischen und arabischen Gebietsteilen der Türkei bekannt sei. Das Auswärtige Amt wünschte zu antworten, daß das Vorhandensein derartiger Vereinbarungen ausgeschlossen erscheine. Fürst Lichnowsky wurde beauftragt, bei Sir Edward Grey anzufragen, ob er mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden sei. Dies traf zu, 12717 und Grey erklärte, ein Meinungsaustausch über Interessensphären habe überhaupt nicht stattgefunden. Im übrigen war die deutsche Regierung in den kommenden Tagen bestrebt, die in der Frage der von der 12711-12714 Türkei abzutretenden Inseln entstehenden Gegensätze zwischen den Mächten abzumildern und die immer wieder sich zuspitzenden Differenzen zwischen Wien und Petersburg zu beseitigen. Was Österreich-Ungarn damals im einzelnen wollte, geht aus einer telegraphischen 12715 Meldung des Botschafters v. Tschirschky vom 21. Januar 1913 hervor. 12718 Für die deutsche Politik bildete die asiatische Türkei das „noli me tangere".

Am 22. Januar verhandelten die Botschafter in London haupt- 12719 sächlich über die zukünftige Gestaltung Albaniens[1]). Tags darauf er-

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 719 siehe S. 54*/55*.

folgte in der Türkei der oben bereits erwähnte Umschwung[1]). Nachdem die Jungtürken wieder ans Ruder gekommen waren, glaubte man in Berlin nicht mehr an eine entgegenkommende Haltung der Pforte hinsichtlich Adrianopels. An Lichnowsky ließ der Reichskanzler am 24. Januar telegraphieren: „Strikteste Neutralität der Großmächte erscheint nunmehr dringend geboten, schon um Jungtürken von unbesonnenen Schritten mit unübersehbaren Folgen abzuhalten . . . Eventueller Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wird ruhig Lauf zu lassen zu sein, bis Fall von Adrianopel eine erneute Friedensaktion der Mächte aussichtsvoller erscheinen läßt.“ Als Hauptsache mußte gelten, daß die anderen Großmächte nicht bei Erörterung der Einzelfragen den Eindruck von Unstimmigkeiten im Dreibunde erhielten. Der jungtürkische Umsturz rückte die Gefahr eines völligen Zusammenbruches auch in der asiatischen Türkei näher, was auch Deutschland, hauptsächlich wegen der Bagdadbahn, nicht gleichgültig hätte lassen können. [12723, 12724, 12725]

Die Berichterstattung des Grafen Pourtalès in Petersburg zeigte in den Tagen des jungtürkischen Umsturzes anfangs eine gewisse Entspannung der Lage zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Sasonow jedenfalls dachte optimistischer, während die Stimmung der öffentlichen Meinung sowie in einem Teil der ersten Gesellschaft Rußlands noch stark österreichfeindlich war. Vielfach herrschte auch die Meinung, über die der deutsche Geschäftsträger Frhr. v. Lucius am 8. Januar 1913 nach Berlin berichtet hatte, und die ein bekannter russischer Publizist in den Ausspruch zusammengefaßt hatte: „Die Türkei, der kranke Mann Europas, ist gestorben; der nächste Kranke ist Österreich-Ungarn mit seinen 27 Millionen Slawen.“ Besonders ernst beurteilte Sasonow die bulgarisch-rumänischen Differenzen, wobei er sich über das geringe Maß rumänischen Entgegenkommens beschwerte. Über den Umsturz in der Türkei äußerte er sich am 24. Januar auf das äußerste beunruhigt. Er ließ in Berlin durch seinen Botschafter amtlich seine Besorgnis über die Folgen aussprechen, die sich aus diesem Umsturze ergeben könnten, und suchte festzustellen, ob auch Deutschland bereit sei, an dem Standpunkte der in Konstantinopel am 17. Januar überreichten Kollektivnote festzuhalten. Staatssekretär v. Jagow erwiderte dem Botschafter, das sei beabsichtigt, zunächst aber müsse man einmal die Antwort der Pforte auf die Note abwarten, ohne Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Aus diesem Schritte der russischen Regierung ergab sich die Bestätigung für die Befürchtung, die Jagow bereits am 25. Januar nach London mitgeteilt hatte, daß nämlich in Petersburg eine starke Strömung dahin gehe, aus der bisherigen Neutralität der Türkei gegenüber herauszutreten und ihr in ihrem asiatischen Besitze Verlegenheiten zu bereiten. Fürst Lichnowsky sollte Sir E. Grey mit allem Nachdruck auf den außerordentlichen Ernst der Lage auf- [12726, 12727, 12649, 12728, 12729, 12762, 12731]

[1]) Vgl. o. S. 17.

merksam machen, die sich aus einem aktiven Vorgehen Rußlands im damaligen Augenblick ergeben konnte. Beruhigend war, daß die fran-
12733 zösische Regierung an dem Grundsatze völliger Neutralität, der Einigkeit der Mächte und der Vermeidung jeglicher Initiative durchaus festhielt. Für die russischen Wünsche war vielleicht die in Petersburg vielfach geäußerte Auffassung bestimmend, Rußland habe in der Balkankrise bisher zu schlecht abgeschnitten, und die Regierung müsse
12734 diesen Eindruck durch irgendeinen Erfolg beseitigen.

Ein Privatbrief des Botschafters v. Tschirschky vom 23. Januar
12735, 12736 und ein Militärbericht des Majors Grafen Kageneck vom 22. Januar setzen uns in die Lage, die damals in Wien herrschende Stimmung genau zu erkennen. In den militärischen Kreisen herrschte nach wie vor die Hoffnung, „mit Hilfe der albanischen Grenzfrage zu einem Waffengange mit Serbien zu kommen und auf diese Weise die ersehnte Abrechnung herbeiführen zu können.“ Dabei wurde stets angenommen, daß Rußland nicht eingreifen würde oder anderweit, z. B. in Kleinasien, beschäftigt werden könnte. Der jetzige Zustand der südslawischen Länder sei nicht haltbar, eine Abhilfe unter den gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnissen aber nicht möglich, da der Dualismus jede durchgreifende Maßnahme verhindere. Man bekämpfte in Wien vielfach auch den trialistischen Gedanken, da er für den Bestand der Monarchie sehr gefährlich sei und früher oder später eine Lostrennung der südslawischen Gebiete zur Folge haben müßte. „Bei einer allgemein förderativen Gestaltung der Monarchie, wobei jede Nationalität ihre eigene Provinz bilden würde, würde keiner dieser vielen Provinzen eine führende Rolle zufallen, und die Zentralgewalt würde gestärkt aus diesem Umbildungsprozesse hervorgehen. Momentan liegt wohl in der Person des Kaisers eine sichere Garantie, daß alle diese kriegerischen und staatsumwälzenden Pläne nicht zur Durchführung gelangen werden.“

Der obenerwähnte Bericht des Majors Grafen Kageneck stellte fest, daß die maßgebenden militärischen Persönlichkeiten alle darauf
12736 hofften, die Serben würden bei der Regelung der albanischen Grenzfrage einen derartig unnachgiebigen Standpunkt einnehmen, daß die Monarchie einen Vorwand erhielte, den serbischen Widerstand mit Waffengewalt zu brechen. General v. Conrad hatte sich allerdings ruhiger geäußert als früher und nach Ansicht des Grafen Kageneck „von seinem Stürmertum manches begraben“.

Die Sorge, daß es zu einer Liquidation der kleinasiatischen Türkei kommen könne, stand eine Zeitlang im Vordergrunde der deutschen Erwägungen. Deutschland war in Kleinasien, wie der Botschafter Frhr.
12737 v. Wangenheim am 21. Januar berichtete, mit vielen Hunderten von Millionen und außerdem mit dem Prestige seiner Bagdadbahn engagiert. Es sei daher nötig, sich mit England auch über diese Frage zu verständigen. „Jeder vernünftige deutsche Politiker hofft, daß aus

den bescheidenen Anfängen des englisch-deutschen Ausgleichs etwas Dauerhaftes herauswächst. Aber die zarte Pflanze wird viele Jahre zu ihrer Entwickelung brauchen und muß bis dahin schonend behandelt werden. Solange wird sich die kleinasiatische Türkei aber nicht halten, wenn ihr nicht von befreundeten Mächten eine energische und durchgreifende Unterstützung zuteil wird."

Am 25. Januar ließ Graf Berchtold nach Berlin und Rom eine Erklärung mitteilen, die er auf der Botschafterkonferenz in London bekanntgeben zu lassen beabsichtigte[1]). Darin war angesichts der Er- 12739 eignisse, die sich kürzlich in Konstantinopel zugetragen hatten, auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die sechs Großmächte eine Haltung strenger Neutralität beobachteten, daß sie die Antwort der Hohen Pforte auf ihre Kollektivnote abwarteten und die unter ihnen bestehende Einigkeit aufrechterhielten und keine gesonderte Aktion vornähmen. Anschließend hieß es: „Es versteht sich von selbst, daß in letzterem Falle jede Macht das Recht haben würde, ihre Handlungsfreiheit zurückzunehmen." Hierin lag offensichtlich eine Drohung an die Mächte der Entente, die man in Berlin nicht mit zu vertreten wünschte. Trotz der Enttäuschung des Grafen Berchtold über die ablehnende Haltung Deutschlands in diesem Falle blieb man in Berlin fest, und Graf Berchtold mußte den Schlußsatz fallen lassen.

Einen sehr bemerkenswerten Einblick in die damaligen Auffassungen des Fürsten Lichnowsky von der Lage vermittelt uns sein Bericht vom 22. Januar. In dem Erlasse des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 20. Januar[2]) war davon die Rede gewesen, daß Öster- 12708 reich-Ungarn ein reales Interesse erster Ordnung im Gegensatz zu dem sentimentalen Interesse Rußlands an der Gestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan besitze. Lichnowsky schrieb hierzu: „Ob die Interessen Rußlands im Gegensatz zu denen Österreichs auf dem Balkan nur sentimentale sind, vermag ich nicht zu beurteilen, ebensowenig 12740 aber die Frage zu unterdrücken, ob die Erregung, die sich der Franzosen anläßlich der spanischen Kandidatur Hohenzollern bemächtigte, in das Gebiet realer oder sentimentaler Erwägungen gehört, und ob der Krieg, den Rußland für die Befreiung der bulgarischen Brüder führte, lediglich aus realen Beweggründen hervorging." Fürst Lichnowsky äußerte seine Befürchtung, daß der „Insektenpulverstandpunkt", den man in Wien gewohnt sei, den serbisch-montenegrinischen Dingen gegenüber einzunehmen, zu einer Gefahr für den europäischen Frieden werden könnte, wenn Deutschland ihn bedingungslos unterstütze. Er erinnerte schließlich an Bismarcks Äußerung (Poschinger Tischgespräche, I, 309): „Die Vorkommnisse, welche sich auf der Balkanhalbinsel ereignen können, gehen Deutschland nichts an; be-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 739 siehe S. 55*.
[2]) Siehe o. S. 19.

rührt werden nur Rußland, Italien, Österreich und England. Es war stets meine Ansicht, daß wir davon bleiben sollen; auch haben wir in unserem Vertrag mit Österreich festgesetzt, daß uns jene Angelegenheit zu nichts verpflichtet."

In einem weiteren Schreiben vom 26. Januar an den Reichskanzler 12748 hielt Fürst Lichnowsky jede Möglichkeit einer friedlichen Lösung für ausgeschlossen. „Die deutsch-englischen Beziehungen, auf die so vieles ankommt, sind seit Jahren nicht so freundliche gewesen wie heute, doch alles würde dahin sein von dem Augenblick an, wo wir mit Frankreich in einen Krieg geraten." Lichnowsky glaubte an einen für beide Teile ehrenvollen Ausweg nur, falls Österreich seinen bisherigen schroffen Standpunkt in der Skutarifrage etwas milderte.

Der Reichskanzler antwortete dem Botschafter auf seine beiden 12763 Schreiben am 30. Januar. Das Kriegsgespenst, meinte er, das Fürst Lichnowsky dauernd vor sich sehe, sei wohl in erster Linie ein Produkt Benckendorffscher Einwirkungen, dem er keinen zu großen Einfluß auf sich einräumen solle. Nachdem Österreich mit Deutschlands und Italiens Hilfe obgesiegt habe, würden Skutari und Diakowa keinen Bruch herbeiführen. Auf die grundsätzliche Frage eingehend, erwiderte der Reichskanzler: „Unser momentanes Zusammenwirken mit England, das nicht sorglich genug gepflegt werden kann, baut sich nicht auf sentimentalen Gefühlen, aber auch nicht ausschließlich auf unserem gemeinschaftlichen Bedürfnis nach Aufrechterhaltung des europäischen Friedens auf. Der Engländer, der gewöhnt ist, nüchtern zu rechnen, kalkuliert gleichzeitig mit dem Machtgewicht eines einig auftretenden Dreibundes. Deshalb ist er selbst peinlich bestrebt, in dem Gebäude der Tripelentente keinen Riß entstehen zu lassen. Wir müssen auf unserer Seite das Gleiche tun. Sonst laufen wir Gefahr, daß uns England, mit dem unsere Beziehungen doch noch nicht so fest zusammengewachsen sind, schließlich unter russischem und französischem Druck sitzen läßt. Das aber wäre für unsere Zukunft das Verderblichste. Hoffentlich glückt es, die Aufwerfung der kleinasiatischen Frage jetzt noch hinauszuschieben. Aber kommen wird sie und wahrscheinlich früher, als uns lieb ist. Lösen können wir sie dann in einer für uns erträglichen Weise nur m i t England, genau ebenso, wie wir bei allen unseren kolonialen Zukunftsfragen auf das Zusammenarbeiten mit England angewiesen sind." Die Aufgabe der deutschen Politik für die nächste Zukunft sei daher: Lösung der Skutarifrage im Kompromißwege im Verein mit England, aber ohne Untergrabung der Festigkeit des deutschen Verhältnisses zu Österreich. Das möge Lichnowsky, der in der diplomatischen Welt ganz allgemein als Gegner Österreichs gelte, scharf beachten. „Die Politik, die wir in der gegenwärtigen Krisis zu befolgen haben, ist uns klar vorgezeichnet. Sie ist bis jetzt durchaus erfolgreich gewesen. Das hindert nicht, daß ich auch abweichende Ansichten gern entgegennehme, besonders wenn sie mir,

mit historisch-politischen Exkursen gewürzt, in der ansprechenden Form entgegentreten, die Sie zu bemeistern wissen. Nach außen hin aber bitte ich Sie, sich unter Zurückstellung etwaiger persönlicher Ansichten und Empfindungen und unter peinlichster Beobachtung der Ihnen zugehenden Instruktionen die energische und rückhaltlose Vertretung der Politik angelegen sein zu lassen, die ich nach Anhörung der in erster Linie zu meiner Beratung berufenen Stellen für die richtige halte."

Aus diesen Darlegungen geht deutlich hervor, daß Deutschland gewillt war, der Erhaltung seiner Beziehungen zu Österreich-Ungarn alle anderen Erwägungen unterzuordnen.

Die letzten Januar- und ersten Februartage fanden die Diplomatie der Großmächte angestrengt damit beschäftigt, die Gegensätze zwischen Rumänien und Bulgarien auszugleichen, die Türkei zur Nachgiebigkeit gegenüber den bulgarischen Forderungen auf Adrianopel zu bestimmen, die vorzeitige Erörterung der kleinasiatischen Fragen zu verhindern und über alle Gegensätzlichkeiten im einzelnen hinweg den Dreibund als geschlossene Einheit erscheinen zu lassen. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich waren befriedigende, da die französische Regierung sich 12743 bereit erklärte, unter Innehaltung ihrer Verpflichtungen gegen Rußland gemeinsam mit Deutschland an einer zufriedenstellenden Lösung der Krise zu arbeiten. Sasonow klagte nach wie vor bitter über die Haltung Österreich-Ungarns, das bei der Abgrenzung Albaniens „unannehmbare" Forderungen stelle, während er andererseits in London 12749 wissen ließ, daß Rußland nichts gegen die Türkei unternehmen werde, 12752, 12753 und daß von irgendwelchen Abmachungen über Interessensphären keine Rede sei. Über die albanisch-montenegrinische Grenzfrage wurde hin und her verhandelt, ohne daß ein Ausgleich der entgegengesetzten Standpunkte zu erzielen war. Auch in der Inselfrage kam man nicht 12759, 12760 vorwärts.

Die türkische Antwort auf die Kollektivnote der Großmächte vom 17. Januar zeigte ein gewisses Entgegenkommen, da die Pforte von 12767 Adrianopel, das geschleift werden sollte, nur den auf dem linken Ufer der Maritza gelegenen Teil behalten wollte, wo sich die Moscheen und Heiligtümer befanden. In Berlin hoffte man nunmehr auf ein Entgegenkommen Bulgariens und suchte in diesem Sinne zu wirken. Dem Großwesir riet der Botschafter Frhr. v. Wangenheim, er solle sich 12772 im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wenigstens zunächst passiv verhalten. Von Berlin aus tat man alles, um durch Versöhnung der entgegengesetzten Standpunkte die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu vermeiden.

In einer Versammlung vom 1. Februar beschäftigten sich die Botschafter der Großmächte in London mit der türkischen Antwortnote. Allgemein überwog der Eindruck, daß das türkische Anerbieten den bulgarischen Wünschen nicht genügend entgegenkam. Man einigte

12775 sich auf die Annahme eines Wortlautes[1]), in dem es hieß: „Die Antwort der Pforte an die Mächte bedeutet einen Schritt vorwärts, der Bulgarien eine Gelegenheit zu bieten scheint, der Pforte die Bedingungen bekanntzugeben, die es zur Regelung der Frage von Adrianopel der Türkei zu gewähren bereit sein würde." In Bulgarien war 12778, 12779 man nicht bereit, die türkischen Vorschläge anzunehmen und bestand auf dem Besitz der Stadt Adrianopel. Auch in Wien war man nicht gewillt, in der Frage der albanischen Grenzregelung auf gewisse 12780 Wünsche zu verzichten. So sei der Besitz von Diakowa für Albanien unerläßlich. Österreich-Ungarn treibe keine Prestigepolitik; die Vorgänge spielten sich in seiner nächsten Nähe ab; es sei daran unendlich mehr interessiert als Rußland und die anderen Mächte. Nach der Ansicht des Grafen Berchtold schien sich dagegen Rußland „zum Anwalt ganz vager Prätentionen von seiten Montenegros und Serbiens machen zu wollen".

Durch die zwischen Bulgarien und Rumänien bestehenden Differenzen wurde zweifellos die Türkei in ihrem Widerstande ermutigt. 12781 Die deutsche Regierung ließ daher in Sofia darauf aufmerksam machen, daß die wachsende Erregung der Volksstimmung in Rumänien die rumänische Regierung und den König zu verhängnisvollen Schritten zwingen könnte. Der Ausgleich der Differenzen mit Bulgarien scheine 12782 dringend erforderlich, ließ sie am 2. Februar in Bukarest sagen, und Rumänien sollte doch möglichstes Entgegenkommen zeigen. Denjenigen Botschaftern, die in Berlin den Staatssekretär v. Jagow nach der von den Mächten nunmehr einzunehmenden Haltung fragten, 12783 erwiderte er, es scheine ihm angezeigt, „in Konstantinopel und Sofia mit Ratschlägen zu Nachgeben und Versöhnung fortzufahren. Vor allem aber sei erforderlich, daß Mächte einig und neutral blieben und bei Wiedereröffnung der Feindseligkeiten zunächst Gang der Ereignisse abwarteten."

Einen Schritt des Entgegenkommens tat Kaiser Franz Joseph dadurch, daß er sich entschloß, „in seinen persönlichen freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Kaiser Nikolaus an diesen einen eigenhän- 12766 digen Brief zu schicken". Er wollte hierdurch eine offene und freundschaftliche Aussprache von Monarch zu Monarch schaffen, um die gegenwärtig leider bestehende Spannung nach Kräften zu mildern. Falls Kaiser Nikolaus noch sachlichen, in offener Freundschaft vorgebrachten Argumenten zugänglich sei, könne dieser Brief im Sinne der Erhaltung des Friedens gute Früchte tragen. Andernfalls hätte man wenigstens alles getan, um die eigene Verantwortung zu decken. Der 12764 Kaiser ließ in Petersburg mitteilen, daß er beabsichtige, in der nächsten Zeit den Prinzen Gottfried Hohenlohe mit einem eigenhändigen Handschreiben an den Zaren dorthin zu schicken. Sasonow sprach

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 775 siehe S. 55*/56*.

mit dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès am 29. Januar darüber, fügte aber gleich hinzu, daß das gegen die Absichten Österreich-Ungarns bestehende Mißtrauen nicht leicht zu beseitigen sein werde, solange man sich in Wien nicht entschließe, mit der Abrüstung der gegen Serbien mobilisierten Truppen zu beginnen.

Kapitel 269

Der Wiederausbruch der Feindseligkeiten Die Mediation der Mächte zwischen der Türkei und den Alliierten Die Mediation der Mächte zwischen Rumänien und Bulgarien Der Streit um Dibra und Diakowa Februar bis März 1913

Ende Januar 1913 trafen die Montenegriner lebhafte Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Der König 12784 selbst beabsichtigte, sich zu seiner vor Skutari stehenden Armee zu begeben, da der Angriff auf Skutari beabsichtigt war. Die Bulgaren 12785 wandten sich an Serbien mit der Bitte um militärische Hilfe vor 12786 Adrianopel und an der Tschataldja-Linie.

Am beunruhigendsten war die erneute Verschärfung der russischen Stimmung gegen Österreich-Ungarn. Sasonow beklagte sich 12787 bitter über die Aufrechterhaltung der österreichischen Rüstungen gegen Serbien, über das geringe Entgegenkommen der österreichischen Diplomatie in der Frage der Abgrenzung von Albanien und über die von Österreich nicht nur geduldete, sondern sogar geförderte russenfeindliche Agitation von Galizien aus. Sasonow war auch nicht davon ab- 12787 zubringen, „daß es im Innern der österreichisch-ungarischen Monarchie schlecht aussehe", und berief sich dabei auf Nachrichten aus sehr guten Quellen. Graf Pourtalès hatte gegenüber derartigen Bemerkungen des russischen Außenministers keinen leichten Stand.

Ende Januar 1913 weilte Herzog Albrecht von Württemberg, der Schwager des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, in Wien und benutzte dort die Gelegenheit, mit den maßgebenden Persönlichkeiten auch über die politisch-militärische Lage zu sprechen. Nach einem Privatbriefe, den er am 2. Februar 1913 dem Fürsten Maximilian Egon 12788 zu Fürstenberg schrieb, geht hervor, daß der Erzherzog Franz Ferdinand durchaus nicht an eine kriegerische Abrechnung mit Serbien dachte. Immerhin erregte die Partei „der Kriegswütigen" gewisse Besorgnisse, wenn Herzog Albrecht auch hervorhob, daß der Thronfolger ebenso wie Graf Berchtold ganz fest bei ihrer friedlichen Politik verharrten.

Der wenig befriedigende Gang der bulgarisch-rumänischen Verhandlungen bildete dauernd einen Gegenstand der Sorge. Nach Sa-
12789 sonows Ansicht war es an Rumänien, seine Forderungen nicht zu hoch zu schrauben, während er selbst bereit war, auf Bulgarien im Sinne des Friedens einzuwirken.

Am 1. Februar 1913 berichtete der deutsche Gesandte in Bern, Frhr. v. Romberg, über freimütige Äußerungen des russischen Militär-
12790 attachés in Bern, Obersten Gurko. Gurko bezeichnete es als vom russischen Standpunkt aus erwünscht, wenn die Türken Konstantinopel behielten, denn nach Asien zurückgedrängt würden sie viel eher Aussicht haben, wieder zu erstarken und könnten dann Rußland unbequem werden. Die außerordentlich erregte öffentliche Meinung in Rußland wolle unter allen Umständen den Balkanslawen einen vollen Erfolg sichern und sei fest davon überzeugt, daß nur Österreich-Ungarn sich dem entgegensetze und mit seiner Mobilisation einen Angriff gegen Serbien vorbereite. „Auch in der russischen Armee herrsche durchweg die gleiche Stimmung. Da eine Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn doch unausbleiblich sei, so sei der jetzige Augenblick zum Losschlagen für Rußland am günstigsten. Die Armee habe sich von dem japanischen Feldzuge vollständig erholt. Ihre Artillerie sei der deutschen ebenbürtig, der österreichischen überlegen, Italien sei noch in Tripolis engagiert, Frankreich stehe auf der Höhe der Kriegsbereitschaft, und was schließlich England anbetreffe, so werde sich das Kräfteverhältnis zur See mit der Zeit nur zu seinen Ungunsten verschieben."

Bereits Mitte November 1912 hatte man in Wien den Gedanken erörtert, ob es sich nicht empfehlen würde, einen Vertrauensmann an Kaiser Nikolaus zu entsenden, der die Aufgabe haben würde, dem Zaren die Sachlage klar auseinanderzusetzen und an seine Friedensliebe zu appellieren [1]). Staatssekretär v. Kiderlen hatte damals von einer derartigen Entsendung abgeraten [2]). Jetzt setzten die deutschen Staatsmänner einer derartigen Entsendung keine Bedenken mehr entgegen.
12791 Kaiser Franz Joseph schickte den Prinzen Gottfried Hohenlohe mit einem für den Zaren bestimmten Handschreiben nach Petersburg. Prinz Hohenlohe übergab den Brief persönlich und legte dann den Standpunkt Österreich-Ungarns dar. Anschließend daran wies der Zar seinerseits darauf hin, daß seiner Ansicht nach von russischer Seite alles geschehen sei, um Österreich-Ungarn entgegenzukommen. Er sprach auch von der dynastischen Gefahr Montenegros und warnte vor den Folgen einer Umwälzung in diesem Lande, die eine Verschmelzung Serbiens und Montenegros zur Folge haben könnte. Dabei gab er zu, daß Österreich-Ungarn die Vereinigung dieser beiden

---

[1]) Siehe o. S. 26 und u. S. 39.

[2]) Siehe die Dokumente Nr. 12 390 und 12 391 im 33. Bande des Aktenwerkes.

Staaten natürlich niemals zulassen könne. In der Erörterung der Balkanfragen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland liege doch noch kein Grund, sich schlecht zu behandeln, und die großen dynastischen Interessen, die die beiden Kaiserreiche zu vertreten und zu wahren hätten, wögen viel schwerer als alle diese minder wichtigen Fragen. Der Prinz empfing bei einer späteren Audienz ein Handschreiben des Zaren als Antwort. Nach Berlin teilte Graf Berchtold mit, mit dieser Entsendung sei Gelegenheit gegeben, „den in Rußland 12792 gangbar gewordenen, bewußt oder unbewußt wahrheitswidrigen Darstellungen über unsere Politik während der Krise entgegenzutreten und weiteren Mißdeutungen nach Tunlichkeit zuvorzukommen".

Die schwere Beunruhigung, die sich aus den Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland ergab, hatten den Staatssekretär v. Jagow dazu veranlaßt, dem Chef des Generalstabes der Armee, General der Infanterie v. Moltke, den oben erwähnten Brief des Herzogs Albrecht von Württemberg zur Kenntnis zuzustellen. Moltke erwiderte in seinem Dankschreiben vom 6. Februar, auch er habe immer den 12793 Eindruck gehabt, daß der Erzherzog-Thronfolger nicht für eine energische Aktion gestimmt sei, so auch bei der Hofjagd in Letzlingen im November 1912[1]). Dort habe ihn der Erzherzog-Thronfolger gefragt, ob er, Moltke, glaube, daß Rußland gegen Österreich vorgehen werde. Moltke antwortete, wenn Österreich den Krieg vermeiden wolle, so müßten zwei Dinge erfolgen. Österreich müßte den Kabinetten klipp und klar mitteilen, welche Forderungen es Serbien gegenüber stelle, denn darüber herrsche völlige Unklarheit, und wenn die sehr minimalen Wünsche Österreichs bekanntgegeben würden, werde es sicher die Sympathie der Mächte gewinnen. Zweitens müßten der Abschluß des neuen Dreibundvertrages beschleunigt und Österreichs Sonderwünsche hierbei zurückgestellt werden. Werde der vollzogene Vertrag gleichzeitig in Wien, Rom und Berlin veröffentlicht, so werde sich Rußland sicher zurückhaltend zeigen. Wörtlich schrieb Moltke weiter: „Der Erzherzog dankte mir sehr lebhaft für diese Binsenwahrheiten, woraus ich entnahm, daß man österreichischerseits völlig unklar über die zu verfolgenden Ziele sei. Dasselbe scheint mir noch immer der Fall. Es ist mir unerfindlich, weswegen Österreich, wenn es ihm wirklich nur um einen Modus vivendi mit Serbien zu tun ist, seit Monaten seine halbe Armee mobilisiert hält und sich finanziell ruiniert. Mit Rußland würde ein freundschaftliches Benehmen sofort zu haben sein, wenn Österreich seine galizischen Korps demobilisierte. Der General Tatischtschew sagte mir, daß man russischerseits auf die Mobilisierung der österreichischen Korps in Bosnien und der Herzegowina gar kein Gewicht lege, sondern nur auf diejenige der galizischen Korps, die doch nur gegen Rußland bestimmt sein könnten. Wie es auch die

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 174.

Anlage bestätigt, bestehen in Österreich zwei Parteien, eine Kriegs- und eine Friedenspartei, die sich gegenseitig etwa die Wage halten. Daher die Zwiespältigkeit in der Politik. Ich möchte annehmen, daß der Erzherzog sich immer der letzteren anschließen wird, er ist kein Mann der Tat. — Für uns ist es fraglos äußerst unbequem, durch unsere Verträge und durch die Notwendigkeit, Österreich zu erhalten, in eine gewisse Abhängigkeit von Wien gekommen zu sein. Die Hauptaufgabe Eurer Exzellenz dürfte sein, nach Möglichkeit österreichische Torheiten zu verhüten, keine angenehme und keine leichte Aufgabe."

In London gingen die Besprechungen über die Abgrenzung Al- 12794 baniens weiter, während auf dem Balkan gleich nach Ablauf des Waffenstillstandes am 3. Februar 1913 die Feindseligkeiten mit dem 12795 Bombardement von Adrianopel wieder begannen. In London hatte man den Eindruck, daß Rußland sich anfangs in der Balkanfrage zu 12796 weit vorgewagt habe und nun den begangenen Fehler dadurch wieder gutzumachen suche, daß es selbst weitgehende bulgarische Ansprüche unbedingt vertrat.

Der deutsche Botschafter in Wien suchte auf eine größere Zurückhaltung der österreichisch-ungarischen Presse hinzuwirken. Graf Berchtold selbst beklagte sich über die kriegerische Haltung der Blätter und über die Haltung der Kriegspartei. In der diplomatischen Welt halte man leider den Erzherzog-Thronfolger im Gegensatz zu dem alten Kaiser für kriegerisch, was durchaus unrichtig sei. Tschirschky betonte, Deutschland müsse es ablehnen, „für die unklaren Wünsche einer zum Kriege drängenden Militärpartei einzustehen. Die Sache sei zu ernst, 12797 um nicht sehr ernst behandelt zu werden. Jetzt, nachdem Österreich in den beiden von ihm aufgestellten Hauptfragen — der Hafen- und albanischen Frage — seinen Standpunkt durchgesetzt habe, sei es ein Wahnsinn, wegen der noch schwebenden Differenzen einen großen Krieg riskieren zu wollen. Niemand in Europa würde das verstehen." In diesem Sinne sprach er sehr eindringlich mit dem publizistischen Wortführer der sogenannten Kriegspartei Baron Chlumecky.

Von italienischer Seite wurde damals der brauchbare und auch von Deutschland anerkannte Vorschlag gemacht, Montenegro für den Verlust Skutaris finanziell zu entschädigen. Man könne dieses Zugeständ- 12798 nis vielleicht als einen Erfolg Rußlands frisieren.

Die Abgrenzung Albaniens bereitete große Schwierigkeiten. Fürst Lichnowsky überreichte einen Vorschlag Österreichs, der, wie Graf 12799 Mensdorff betonte, die äußerste Grenze der Wiener Zugeständnisse darstelle [1]). Der russische Botschafter erklärte alsbald seinem deutschen Kollegen vertraulich, seine Regierung werde diesen Vorschlag kaum annehmen können; sie müsse vielmehr schon für die Galerie

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 799 siehe S. 56*.

irgendeinen Erfolg haben, nachdem sie auf den serbischen Hafen und auf Skutari verzichtet habe; man werde daher auf Diakowa und Dibra bestehen, um irgendwo einen Erfolg verzeichnen zu können.

Um Diakowa und Dibra ging in den kommenden Wochen der Hauptstreit zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, dessen Einzelheiten aus den Akten genauer ersichtlich sind. Die Hauptphasen sind: Rußland wünschte die Zuteilung der beiden Städte an Serbien (Dokumente Nr. 12 823, 12 833, 12 834, 12 838, 12 848, 12 857, 12 859; Österreich zeigte sich geneigt, Dibra preiszugeben (Dokumente Nr. 12 866, 12 869, 12 872, 12 877); Serbien erklärte am 21. Februar 1913, weder auf Diakowa noch auf Dibra verzichten zu können (Dokument Nr. 12 877); Rußland hielt die Abtretung von Dibra allein für nicht genügend und bestand auch auf Diakowa (Dokumente Nr. 12 883, 12 885, 12 887) [1]), da sich dort religiöse Einrichtungen befänden, die den mohammedani- 12888 schen Ländern nicht ausgeliefert werden dürften. Der drohende Fall von Skutari könnte ernste Komplikationen schaffen, und es sei wichtig, vorher zu einer Einigung in London zu gelangen. Rußland bat daher in Berlin um Einsetzung des deutschen Einflusses in Wien, damit Österreich-Ungarn noch in die Zession von Diakowa an Serbien willige. 12904 Graf Berchtold erklärte sich bereit, dem in Diakowa befindlichen russi- 12910 schen Kloster eine besondere Stellung einzuräumen.

Dieses Entgegenkommen wurde in London als noch nicht hinreichend angesehen. Sir Edward Grey ließ in Berlin mitteilen, er verstehe zwar die Zurückhaltung Deutschlands in dieser Frage [2]); wenn 12915 aber Österreich-Ungarn in bezug auf Diakowa und Dibra nachgäbe, und wenn Rußland daraufhin dem übrigen Teile der zuletzt von Österreich-Ungarn vorgeschlagenen Grenze zustimme, dann würde sich Rußland an einer Vereinbarung beteiligen, die Montenegro daran verhinderte, Skutari zu erlangen. Skutari würde damit aufhören, eine Gefahr für den Frieden Europas zu bilden, und bei einer solchen Regelung würde Rußland auf Serbien dahin einzuwirken suchen, daß es sich aus allen albanischen Gebieten zurückziehe.

Am 4. März 1913 teilte der serbische Geschäftsträger in Berlin 12925 amtlich mit, daß Serbien bei der Abgrenzung Albaniens weder auf Ipek und das Drintal, weder auf Dibra noch auf Diakowa verzichten könne, und daß Serbien, wenn die Mächte anders entschieden, sich an deren Beschlüsse nicht halten würde. Staatssekretär v. Jagow wies die drohende Sprache Serbiens sofort zurück.

Der weitere Inhalt des 269. Kapitels sei in seinen Hauptpunkten nunmehr in historischer Zeitfolge kurz gekennzeichnet.

Die Berichterstattung des Grafen Pourtalès wies in der kritischen Zeit mehrfach auf die Bedeutung des Panslawismus hin. Nach Ansicht

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12 887 siehe S. 60*/62*.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12 915 siehe S. 63*/64*.

des Grafen Pourtalès wünschte die russische Regierung einen Krieg
12805 zweifellos nicht, hatte aber gegenüber den bekannten, von einigen Großfürsten und Großfürstinnen sowie einzelnen Militärs unterstützten Hetzereien der Panslawisten einen schweren Stand. Der Zar, Sasonow und Kokowzow wollten den Krieg nicht und taten alles, um ihn zu vermeiden. Im Falle eines Vorgehens Österreichs gegen Serbien glaubte aber Graf Pourtalès, daß „die zwar verhältnismäßig kleine, aber mächtige und sehr rührige Gruppe der panslawistischen Hetzer die ganze öffentliche Meinung mit sich fortreißen und die jetzigen Leiter der Regierung verdrängen würde, und daß dann der Krieg zum mindesten sehr wahrscheinlich werden würde. Die Frage, ob ein solcher Krieg wirklich rein russischen Interessen dienen würde, wird in diesem Falle ebensowenig erwogen werden, wie die Rücksicht auf die Gefahren, denen Rußland bei einem Kriege im Innern des Reiches zweifellos entgegengehen würde. Die slawophile Gefühlspolitik würde dann einzig und allein ausschlaggebend sein und auch diejenigen Kreise ergreifen, die sich noch gestern über die übertriebenen Sympathien mit den slawischen Brüdern lustig machten... Es würde gegen den Willen des Monarchen, seiner Regierung sowie der großen Majorität des russischen Volkes zum Kriege kommen. Es würden anonyme Kräfte sein, welche den Krieg herbeiführen würden, welcher dann auch besonders gegen Österreich in weiten Kreisen populär werden würde". Der deutschen Politik zollte Sasonow im allgemeinen Anerkennung, glaubte aber völlig unberechtigerweise an eine kriegshetzerische Tätigkeit des Botschafters v. Tschirschky in Wien.

Die Unausgleichbarkeit der Forderungen Bulgariens und Rumäniens erschwerte die Lage immer aufs neue. Deutschland hatte von Beginn
12810 der Balkankrisis ab in Bukarest unausgesetzt zur Ruhe gemahnt, und auch in Sofia der Regierung eine entgegenkommende Haltung gegen-
12811 über Rumänien empfohlen. Die Türkei aber suchte zu erreichen, daß die Mächte als Mandatare der Türkei mit den Balkanstaaten die Friedens-
12814 bedingungen vereinbaren möchten, wollte aber Adrianopel nicht auf-
12815 geben. Bulgarien hingegen bestand aber auf dem Besitz von Adrianopel.

Die Auffassung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg von der damaligen Lage im Balkan ist für die Beurteilung seiner Haltung im Sommer 1914 von großer Wichtigkeit. Am 10. Februar 1913 richtete
12818 er einen Privatbrief an den Grafen Berchtold. Er betonte die Genugtuung über die Entsendung des Prinzen Hohenlohe, hielt aber dadurch die Gefahren der Lage noch nicht endgültig für beseitigt. „Ich möchte daran erinnern, daß stärkere russische Herrscher als Nikolaus II. es nicht vermocht haben, den auf sie eindringenden panslawistischen Strömungen auf die Dauer Widerstand zu leisten, und es fällt mir schwer, daran zu glauben, daß die bei dieser Gelegenheit gespendete eau bénite de cour genügen sollte, um den bekannten Mangel an Willensstärke des Zaren auszugleichen." Bethmann rechnete mit Bestimmtheit da-

mit, daß die hinter der panslawistischen Hetze stehenden Kräfte die Oberhand gewinnen würden, falls Österreich-Ungarn in einen Konflikt mit Serbien hineintreiben sollte. Man müsse bei objektiver Prüfung zu dem Ergebnis kommen, daß es für Rußland bei seinen traditionellen Beziehungen zu den Balkanstaaten beinahe unmöglich sei, ohne einen ungeheuren Verlust von Prestige einem militärischen Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien tatenlos zuzusehen. Die Vertreter einer friedlichen Richtung, wie Sasonow und Kokowzow, würden von dem Sturm der öffentlichen Meinung einfach fortgeweht werden, falls sie versuchen sollten, sich ihm entgegenzustellen.

Von großer Wichtigkeit sind folgende Darlegungen: „Die Folgen eines russischen Eingreifens liegen aber offen zutage. Sie würden auf einen kriegerischen Konflikt des — von Italien voraussichtlich nicht mit großem Enthusiasmus unterstützten — Dreibundes gegen die Mächte der Tripelentente hinauslaufen, bei dem Deutschland das ganze Schwergewicht des französischen und englischen Angriffs zu tragen hätte. Euere Exzellenz werden es verstehen, daß diese Perspektive es mir zur Pflicht macht, an Euere Exzellenz die Bitte zu richten, mich über die Wege gütigst unterrichten zu wollen, die die Politik der k. und k. Regierung im weiteren Verlauf dieser Krisis zu gehen beabsichtigt. Ich möchte nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf ein Symptom hinzuweisen, das meines Dafürhaltens die allerernsteste Beachtung verdient: Ich meine die Haltung der englischen Politik in der letzten Zeit. Während der Annexionskrisis stand England als treibendes Element hinter Rußland und verfolgte eine Prestigepolitik, die einen friedlichen Ausgleich damals auf das äußerste erschwerte. Heute bildet England ein vermittelndes Element, durch welches wir immer wieder vermocht haben, einen beruhigenden und hemmenden Einfluß auf Rußland auszuüben. Ich möchte das gegenüber den Stimmen betonen, die, wie ich weiß, laut geworden sind und unserem Streben, die enge Fühlungnahme mit England nicht zu verlieren, egoistische Motive unterschieben. Die englische Haltung gesellt sich den mancherlei Anzeichen zu, die darauf hindeuten, daß die Ententepolitik ihren Höhepunkt überschritten hat, und daß wir einer Neuorientierung der englischen Politik entgegensehen dürfen, wenn es uns gelingt, ohne Konflikte aus der gegenwärtigen Krisis herauszukommen. Es handelt sich natürlich um Entwicklungen, die sich in den ersten Anfängen befinden, und die einer gewissen Zeit bedürfen werden, um zu reifen. Eine gewaltsame Lösung aber — selbst wenn manche Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie auf eine solche hindrängen sollten — in einem Augenblick herbeizuführen, in dem sich uns eine wenn auch nur entfernte Aussicht eröffnet, den Konflikt unter für uns wesentlich günstigeren Bedingungen auszutragen, würde ich für einen Fehler von unermeßlicher Tragweite halten.“

Für die Frage der Schuld am Kriege hat ein Schreiben des Generals

v. Moltke an den General Conrad v. Hötzendorf vom 11. Februar 1913
12824 hervorragende Bedeutung. Dieses Schreiben hatte offensichtlich den Zweck, auf die Wiener Kriegspartei beruhigend einzuwirken. Moltke ging davon aus, daß in den ersten Spannungsmomenten zwischen Österreich und Serbien die Donaumonarchie infolge des herausfordernden Verhaltens Serbiens zweifellos die Sympathie aller Großmächte außer Rußlands auf ihrer Seite gehabt habe. Nachdem Serbien dann in der Hafenfrage nachgegeben hatte, befestigte sich, besonders auch in Deutschland, die Ansicht, daß die berechtigten und von Österreich selbst formulierten Forderungen und damit auch der österreichisch-serbische Streitpunkt erledigt seien. Man erwartete in Deutschland allgemein eine Entspannung der politischen Lage. „Euer Exzellenz wissen," fuhr Moltke fort, „daß ein Krieg, in dem es sich um die Existenz des Staates handelt, der opferwilligen Zustimmung und der Begeisterung des Volkes bedarf. Das Gefühl der Bundestreue Österreich gegenüber ist in Deutschland stark und lebendig, es würde zweifellos in elementarer Weise zum Ausdruck kommen, wenn die Existenz Österreichs durch einen russischen Angriff bedroht werden sollte. Es würde aber schwierig sein, eine wirkungsvolle Parole zu finden, wenn österreichischerseits jetzt ein Krieg herausgefordert werden sollte, für dessen Entfesselung im deutschen Volke ein Verständnis nicht vorhanden wäre."

Nach Moltkes Ansicht trug das aus gemeinsamen Begehrlichkeitsinteressen entstandene Bündnis der Balkanstaaten den Keim der Zwietracht in sich, die ausbrechen würde, wenn es an die Verteilung der Beute ging. Dann sei vielleicht eine glückliche Aussicht für ein Zusammengehen Österreichs mit Bulgarien gegeben. Rußland müsse dann zwischen Bulgarien und Serbien wählen. In Bulgarien wünsche man sich aus dem Verhältnis eines russischen Satrapenstaates frei zu machen; ständen aber Bulgarien und Serbien sich feindlich gegenüber, so würde Österreich volle Aktionsfreiheit gegen Rußland haben. Ein Vorgehen Österreichs gegen Serbien sei bedenklich, solange der Balkanbund noch festgeschlossen dastehe.

Mit einem großen politischen Ausblick schloß der General seine Ausführungen. Sie gehörten, meinte er, eigentlich nicht in die Korrespondenz zwischen zwei rein militärischen Stellen. Politik und Kriegführung ständen aber in inniger Wechselbeziehung. „Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muß, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind. Der Angriff muß aber von den Slawen ausgehen. Wer diesen Kampf kommen sieht, der wird sich klar darüber sein, daß für ihn nötig ist: Zusammenfassung aller Kräfte, die Ausnutzung aller Chancen, vor allem aber das volle Verständnis der Völker für die weltgeschichtliche Entscheidung."

In seiner Gesamtwirkung hat dieser Brief auf General v. Conrad verstimmend gewirkt. Dieser vermochte seine tiefe Enttäuschung nicht zu unterdrücken und erblickte in Deutschland das retardierende Prinzip; nicht nur das Verhalten des Kaisers, sondern auch der Brief Moltkes, sagte er am 10. März 1913 zu dem deutschen Militärattaché Major Graf Kageneck, erwecke das Gefühl, daß Deutschland der abwartende, der defensive Teil bleiben wolle.

Über die mühsamen und kaum vom Fleck kommenden Verhandlungen in London unterrichten die Dokumente Nr. 12 825 [1]), 12 838, 12 845, 12 846 [2]), 12 857, 12 858 [3]), 12 862 [4]), 12 863, 12 868, 12 872, 12 875, 12 878 [5]), 12 879 [6]), 12 883, 12 886 [7]), 12 887 [8]), 12 894 [9]), 12 895, 12 896, 12 897, 12 903 [10]), 12 909, 12 910, 12 913 [11]), 12 915 [12]), 12 927 [13]), 12 929, 12 930, 12 931.

Am 5. Februar 1913 war der Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien über die Erneuerung des Bündnisses vom Jahre 1892 abgeschlossen worden. Der Zutritt Deutschlands erfolgte am 26. Februar, der Italiens am 5. März [14]). Bei den Vorverhandlungen war es wiederum deutlich zutage getreten, daß einflußreiche Teile 12829 der öffentlichen Meinung in Rumänien eine andere Orientierung der auswärtigen Politik wünschten. Falls Österreich Rumänien jetzt nicht hinreichend unterstützte, müsse man den Anschluß an Rußland suchen. 12830 Für den damals erkrankten König war es schwer, seine dreibundfreundliche Stellung aufrechtzuerhalten, zumal Rußland Rumänien 12831 dauernd umwarb. In Berlin war man mit Recht darüber verstimmt, daß die rumänischen Politiker offen von der Notwendigkeit einer anderen Orientierung der rumänischen Politik sprachen. Erbittert bezeichnete Staatssekretär v. Jagow in einer Weisung vom 12. Februar das rumänische Verhalten als eine Art von Erpressung (chantage). Der König, durch seine Krankheit und Schlaflosigkeit in seiner Widerstandskraft geschwächt, geriet nach und nach unter den Einfluß 12835 der Kriegspartei. Deutscherseits wünschte man daher Bulgarien zu möglichstem Einlenken gegenüber Rumänien zu bewegen. In Sofia 12836

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12825 siehe S. 56*/57*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12846 siehe S. 57*.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12858 siehe S. 58*.
[4]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12862 siehe S. 58*/59*.
[5]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12878 siehe S. 59*.
[6]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12879 siehe S. 59*/60*.
[7]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12886 siehe S. 60*.
[8]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12887 siehe S. 60*/62*.
[9]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12894 siehe S. 62*.
[10]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12903 siehe S. 62*/63*.
[11]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12913 siehe S. 63*.
[12]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12915 siehe S. 63*/64*.
[13]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12927 siehe S. 65*.
[14]) Vgl. Wegweiser Band 5,2, S. 67 ff.

12842 blieb man aber unnachgiebig und wollte vor allem Silistria nicht abtreten.

Am 7. Februar 1913 begann der Angriff auf Skutari, an dem sich 12849 ungefähr 12 000 Serben beteiligten. Der König von Montenegro und die Prinzen befanden sich bei der Armee.

12850 In Rußland herrschte Mitte Februar 1913 tiefe Verstimmung, die täglich noch zunahm. Man lebte sich dort in die Anschauung hinein, daß Österreich-Ungarn, nur um Rußland zu demütigen, bestrebt sei, 12851 die Serben und Montenegriner um die Früchte ihrer Siege zu bringen, und daß die russische Diplomatie Schritt für Schritt vor den maßlosen Forderungen des Wiener Kabinetts zurückweiche. Zugleich kam auch eine deutschfeindliche Stimmung auf. „Da man hier im allgemeinen eine sehr geringe Meinung von Österreichs Machtmitteln, insbesondere auch von seiner Armee hat und bestimmt daran glaubt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie unmittelbar vor einem vollständigen finanziellen Zusammenbruch steht, setzt sich die Überzeugung immer mehr fest, daß das Wiener Kabinett seine jetzige Politik nicht führen könnte, wenn nicht Deutschland hinter ihm stehen und es zu dieser Politik drängen würde.“ Nach Sasonows Ansicht konnte Deutschland von Österreich-Ungarn alles erreichen. Was sei denn überhaupt Österreich-Ungarn ohne Deutschland! „Herr Sasonow“, schrieb Graf Pourtalès, „ist gewiß von dem redlichen Wunsche beseelt, mit Österreich zu einer friedlichen Auseinandersetzung zu gelangen, er wird aber für jeden Fuß slawischen Bodens, den es gilt, den slawischen Brüdern zu sichern, eintreten, als ob es sich dabei um ein hochwichtiges russisches Lebensinteresse handelte.“

Nach Sasonows Ansicht trieb auch Rumänien eine falsche Politik, 12852 indem es den Bogen überspannte.

Angesichts der großen über Europa lastenden Unruhen hielt die Berliner Regierung es für angezeigt, ihre Auffassung der Lage in Petersburg, Wien und London deutlich auszusprechen. Eine Instruktion 12854 an den Grafen Pourtalès vom 15. Februar 1913 stellte fest, daß die Lage in Bukarest kritisch erscheine, und daß der greise König seine Friedenspolitik gegenüber der Volksstimmung und der Kriegspartei kaum noch durchsetzen könne. „Wir wissen, daß Rußland in Bukarest vertraulich mitgeteilt hat, daß es in rumänisch-bulgarischem Kriege Bulgarien unterstützen müsse. Aus alter politischer Freundschaft und dynastischen Beziehungen könnten wir Rumänien in diesem Falle nicht im Stich lassen. Unsere Politik ist aber absolut für Erhaltung des Friedens in Europa. Ein europäischer Krieg um bulgarisch-rumänische Händel würde uns unverantwortlich erscheinen. Bitte Herrn Sasonow vertraulich und freundschaftlich unter Verwendung des Vorstehenden vorzuschlagen, daß, falls bulgarisch-rumänischer Krieg sich in letzter Stunde nicht doch noch vermeiden lassen sollte, europäische Großmächte sich zu strengster Neutralität verpflichten. Bei Friedensschluß

würde es uns immer möglich bleiben, für beiderseitige Freunde vermittelnd zu wirken. Gleichwohl setzen wir unsere Bemühungen in Bukarest und Sofia zur friedlichen Beilegung des Konflikts fort." In gleichem Sinne sprach Kaiser Wilhelm II. am Abend des 14. Februar mit dem englischen Botschaftsrat Lord Granville und bat um Englands Mitwirkung in Petersburg.

Die bedenkliche Zuspitzung der Lage kommt auch in einem Schreiben des Staatssekretärs v. Jagow an den Botschafter Fürsten Lichnowsky vom 16. Februar zum Ausdruck. Ein baldiger Friedens- 12856 schluß zunächst auf der Grundlage der Kollektivnote vom 17. Januar 1913 schien erwünscht [1]). Lichnowsky sollte vertraulich mit Sir Edward Grey darüber sprechen, ob die Mächte nicht der Türkei eine Brücke bauen und ihr den Verzicht auf Adrianopel durch gewisse Zugeständnisse erleichtern sollten. Vorher müsse man sich des grundsätzlichen Einverständnisses der verbündeten Balkanstaaten versichern.

In Bukarest und Sofia riet Berlin dauernd zur Versöhnlichkeit. In Rumänien war man nach einem Berichte des deutschen Militär- 12863 attachés in Bukarest, Majors Bronsart v. Schellendorf, vom 15. Februar zum Nachgeben wenig geneigt, erwog sogar als äußerstes Druckmittel 12864 gegen Bulgarien die Einziehung von Reservisten. Der rumänische Generalstabschef, General Averescu, war ein entschiedener Anhänger des sofortigen Losschlagens gegen Bulgarien und hätte sich am liebsten mit den Türken verbündet, um die Bulgaren zwischen zwei Feuer zu nehmen. Diese müßten erst gründlich geschlagen werden, dann hätte Rumänien für 30 Jahre Ruhe. Da General Averescu bis vor kurzem durchaus nicht zur „Kriegspartei" gezählt hatte, konnte man aus diesen Äußerungen den Fortschritt der kriegerischen Stimmung des Landes entnehmen.

Auch in Wien wünschte man nicht den Ausbruch eines europäischen Krieges auf Grund bulgarisch-rumänischer Differenzen und ließ das in Petersburg erklären mit der Anregung, daß bei einem 12865 Ausbruch des Krieges die Großmächte über eine Vermittlung sich einigen sollten.

Die Türkei zeigte sich bereit, ihr Schicksal in die Hände der Mächte zu legen und es ihnen zu überlassen, die Friedensbedingungen festzustellen. Sie war aber nicht gewillt, Adrianopel bedingungslos 12868 preiszugeben.

Am 20. Februar teilte der deutsche Gesandte in Sofia, v. Below-Saleske, mit, daß sein englischer, russischer, französischer und italie- 12870 nischer Kollege Weisung hätten, der bulgarischen Regierung vorzuschlagen, falls eine direkte Verständigung mit Rumänien nicht gelingen sollte, an die Entscheidung der Großmächte zu appellieren. Auch Below sollte sich diesem Schritte anschließen. Nach russischer Auf- 12871

---

[1]) Siehe oben S. 18.

fassung mußten die Großmächte alles tun, um den Konflikt zu ver-
12880 hindern, da das, was an den Ufern des Schwarzen Meeres vor sich gehe, Rußland nicht gleichgültig lassen könnte. Bei einem rumänisch-bulgarischen Kriege in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze könnte Rußland gezwungen sein, selbst auf die Gefahr einer allgemeinen Konflagration hin einzugreifen. Man wünschte in Rußland bei der Stimmung der bei der Fahne zurückgehaltenen Reservisten, daß es entweder bald zum Kriege komme, oder daß man in der Lage sei,
12881 die Reservisten zu entlassen, da sie einen verderblichen Einfluß auf die Disziplin in der Truppe ausübten.

12886 Österreichs Entgegenkommen in bezug auf Dibra wurde in Rußland als nicht genug entgegenkommend empfunden. Sir Edward Grey
12887 sah sich daher nicht mehr in der Lage, die russische Regierung zum Nachgeben in der Frage von Diakowa zu drängen. „Ich habe eine Regelung fast erreicht,“ telegraphierte Grey an seinen Botschafter nach Berlin, „und doch wird sie unmöglich, wenn nicht Diakowa Serbien zugestanden wird[1]).“

Der Vermittlungsvorschlag der Mächte (Dokument Nr. 12879) wurde in Sofia mitgeteilt und angenommen. Die Vertreter der Großmächte hatten einzeln einen Sonderschritt unternommen und die Ant-
12894 wort erhalten, die bulgarische Regierung nehme die Vermittlung an, ohne daß sie sich verpflichtete, sich der Entscheidung der Mächte zu unterwerfen. Es schien nun unabweislich, in Bukarest ebenso vorzugehen, wie es in Sofia geschehen war[2]). Deutschland trat dafür ein,
12896 daß Rumänien jedenfalls die Stadt Silistria erhalten sollte.

Die Haltung Rumäniens erregte im russischen Generalstabe Beunruhigung. Man rechnete damit, daß Rumänien nach dem Scheitern der bisherigen Verhandlungen seine Ansprüche an Bulgarien durch mili-
12899 tärische Maßnahmen durchzusetzen versuchen werde. Sollte hierbei Rumänien seine ganze Armee mobilisieren, so wäre darin eine ernste Herausforderung Rußlands zu erblicken, das einen erheblichen Machtzuwachs Rumäniens auf Kosten Bulgariens unter keinen Umständen zulassen könne, denn er bedeute einen Machtzuwachs des Dreibundes und in Zukunft eine schwere Bedrohung der russischen Macht auf dem Schwarzen Meere. „Mit voller Offenheit wurde eingeräumt, daß es sich hierbei für Rußland keineswegs mehr um die Interessenvertretung der Balkanstaaten handele. Das seien alles Redensarten; jetzt gehe es lediglich um die eigenen Interessen.“

Am 26. Februar ließ die Wiener Regierung in Petersburg mitteilen, daß sie bereit sei, eine Verminderung der in Galizien aufgestellten Truppen eintreten zu lassen. Dabei wurde die Hoffnung
12900 ausgesprochen, daß dieser Schritt die Entlassung der zurückgehaltenen

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12887 siehe S. 60*/62*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12922 siehe S. 64*/65*.

russischen Reservisten zur Folge haben werde. Erzherzog Franz Ferdinand begrüßte die beginnende Entspannung mit Rußland mit lebhafter Befriedigung. Zu dem deutschen Militärattaché Major Graf Kageneck 12905 sagte er, die Mission des Prinzen Hohenlohe, an deren Entstehung er auch Anteil habe, sei von vollstem Erfolge begleitet gewesen. „Ein Krieg gegen Rußland sei ja überhaupt ein Unding. Zwischen beiden Reichen liege nicht der geringste Grund dafür vor. Es bestehe auch kein Siegespreis, der des hohen Einsatzes wert sei. Auch gegen Serbien liege keine Veranlassung vor, mit militärischen Machtmitteln vorzugehen. Im Auslande gelte er, der Erzherzog, immer als der Störenfried, welcher, an der Spitze der Kriegspartei stehend, am liebsten einen Krieg provozieren möchte. Der Zar habe den Prinzen Hohenlohe ins Gesicht gefragt, ‚ob es denn wahr sei, daß der Erzherzog Franz Ferdinand seinen Traum verwirklichen wolle, an der Spitze österreichischer Truppen in Moskau einzuziehen'. — Er sei immer ein Gegner gewesen einer Politik, die zu einem Konflikt gegen Rußland und Serbien geführt hätte. Zwar habe ihn Rußlands und Serbiens provokatorisches Verhalten stark verstimmt. Vom monarchischen Prinzip aus sei es doch Torheit, wenn der Kaiser von Österreich den russischen Zaren vom Throne stoßen wolle. Österreich habe bisher stets den Fehler begangen, Kriege gegen zwei Fronten zu führen. Aufgabe der Diplomatie sei es, solche Lagen zu verhindern. Vor allem aber müsse erst im Innern der Doppelmonarchie Ordnung geschaffen werden. Erst dann könne man starke Außenpolitik machen."

Auch Graf Berchtold äußerte seine Genugtuung über die eintretende Entspannung, beklagte es allerdings, daß die Zeitungen bereits von der vollzogenen Verständigung und der sich daraus er- 12914 gebenden Entspannung gesprochen hätten. Graf Berchtold hatte beabsichtigt, in einer von Petersburg und von Wien aus zu erlassenden Mitteilung die Tatsache der Truppenreduzierung zu veröffentlichen, die aus der Initiative der beiden Souveräne hervorgegangen sei und einen deutlichen Beweis für die Friedensliebe der Herrscher abgäbe.

In London suchte inzwischen Tewfik Pascha in dem Sinne zu wirken, daß die Großmächte sich für die Errichtung bestimmter Ziele einsetzen möchten, die von der Türkei als unerläßlich angesehen wurden. Die Lösung der Inselfrage sollte den Großmächten überlassen werden [1]. 12903 Wenn ein Abkommen zustande komme, so sei es von Bedeutung, daß die Stadt Adrianopel entweder mit Lebensmitteln versehen, oder daß es der Garnison gestattet werde, die Stadt unter Mitnahme aller Kriegsmaterialien zu verlassen. In der Londoner Botschafterversammlung vom 27. Februar erklärte man es indes für ausgeschlossen, an die verbünde- 12907 ten Balkanmächte heranzutreten, solange sich die Türkei nicht bedingungslos in die Hände der Mächte gegeben habe. Tewfik Pascha

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 903 siehe S. 62*/63*.

erklärte darauf am 28. Februar, daß die kaiserlich ottomanische Re-
12913 gierung[1]) die Vermittlung der Großmächte zum Zwecke der Erreichung des Friedens annähme. In Konstantinopel selbst wollte man von einer
12916 bedingungslosen Unterwerfung nichts wissen; es handele sich um eine Mediation und nicht um einen Schiedsspruch.

Einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der
12919 russischen Politik gab Botschafter Graf Pourtalès in seinem Berichte vom 28. Februar 1913. Man habe im Verlaufe der jetzigen Krisis wiederholt beobachten können, wie in Petersburg der Einfluß der zum Kriege treibenden Elemente und derjenigen Kreise, die an der Erhaltung des Friedens arbeiteten, miteinander rangen und abwechselnd die Oberhand gewannen. Bei dem Anschwellen der kriegerischen Woge habe sicherlich der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch und seine Umgebung eine Rolle gespielt. Auch Sasonow stellte nicht in Abrede, daß der Hof dieses Großfürsten einen Mittelpunkt der Kriegspartei bilde. Dieser Einfluß sei aber viel weniger gefährlich als der seiner Schwägerin, der Großfürstin Militza, der klugen und sehr fanatischen Gemahlin des Großfürsten Peter Nikolajewitsch. Im gleichen Sinne äußerte sich auch Kokowzow. Die Entlassung der russischen Reservisten schien damals unmittelbar bevorzustehen. Der Ansicht des Grafen Pourtalès, daß dieser Schritt eine sehr beruhigende Wirkung ausüben werde, trat Kokowzow nicht bei; er meinte vielmehr, die Panslawisten würden um so stärker schreien und Sasonow und ihn des Hochverrats anklagen.

Die Nachricht, daß Serbien den Montenegrinern Hilfstruppen für
12921 Skutari sende, erregte Ende Februar lebhafte Beunruhigung in Wien. Graf Berchtold erörterte, ob Österreich-Ungarn als zunächst interessierte Macht nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen sollte, der Entsendung serbischer Streitkräfte zur See über Saloniki durch Wegnahme der Truppentransportschiffe zu begegnen. Botschafter v. Tschirschky warnte dringend vor einem solchen Schritte, der jedenfalls nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit den Verbündeten anzuraten sein würde.

Am 2. März 1913 fand in Bukarest der in London vereinbarte ge-
12922 meinsame Schritt der sechs Gesandten der Großmächte statt[2]). Majorescu erklärte, die rumänische Regierung könne von ihrer Erklärung vom 22. Februar (Dokument Nr. 12 889) nicht zurücktreten. Angesichts der neuen Entschließung, wie sie jetzt durch die Großmächte von Rumänien verlangt werde, würde die Regierung sehr wahrscheinlich gestürzt werden und das dann zur Macht gelangende Kabinett sicherlich kriegerischer gesinnt sein als das gegenwärtige. In London entstand der Eindruck, daß die rumänische Regierung sich dem Urteil der
12927 Mächte zwar unterwerfen wolle, es aber nicht offen auszusprechen

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 913 siehe S. 63*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 922 siehe S. 64*/65*.

wage[1]). Man beschloß daher, den Vertretern der Mächte in Sofia und Bukarest vorzuschreiben, sich bei der bulgarischen und rumänischen Regierung nach ihrer Wahl hinsichtlich der Hauptstadt zu erkundigen, wo die Vermittlung ausgeübt werden solle, und die in dieser Hauptstadt vereinigten Botschafter zu beauftragen, die an die beiden Parteien zu richtende Mitteilung in Vorschlag zu bringen.

In Serbien empfand man die Haltung Bulgariens als unerträglich und sprach von seiner „Begehrlichkeit und Arroganz", gegen die sich Serbien rechtzeitig schützen müsse; es habe daher bereits bindende Verabredungen mit Griechenland getroffen und denke nach dem Friedensschlusse an ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Türkei. „Das Ganze sieht", so berichtete der Gesandte v. Below-Saleske am 3. März, 12924 „wie eine beabsichtigte Einkreisung Bulgariens aus, das es von jeher verstanden hat, sich unbeliebt zu machen, und von allen näher Beteiligten heute mit Recht als der künftige Störenfried auf dem Balkan betrachtet wird."

Deutschland war daher nicht geneigt, den Bulgaren, wie man es in Wien zu wünschen schien, Saloniki zu versprechen. „Die Haltung," schrieb Staatssekretär v. Jagow am 3. März an den Botschafter v. Tschirschky, „die bei der schließlichen Zustimmung zu der Neu- 12926 formierung der Balkanländer einzunehmen ist, wird wesentlich von taktischen Gründen abhängen." Eine Annäherung Rumäniens an Serbien schien geeignet, unter Mitwirkung der Türkei das allzu mächtig werdende Bulgarien in Schach zu halten. „Von der künftigen Stellung Österreich-Ungarns zu Serbien wird es wesentlich abhängen, ob wir den Einfluß des Dreibunds mit demjenigen Rußlands im Balkan balancieren, beziehungsweise die Wagschale sogar zu unseren Gunsten zum Sinken bringen können."

In Serbien erstrebte man damals mit aller Kraft den baldigen Fall der Festung Skutari und zog weitere schwere Batterien heran. Nach einer Erklärung des serbischen Geschäftsträgers in Berlin bestand 12931 Serbien auf sämtlichen Grenzforderungen und wollte sich an die Entscheidung der Mächte nicht kehren. Der Entschluß, Skutari zu nehmen, stehe auch bei Montenegro fest, die Geduld Montenegros sei erschöpft.

Am 4. und 5. März 1913 taten sämtliche Vertreter der Großmächte in Belgrad, Athen, Cetinje und Sofia den in London am 28. Februar 12932 auf Grund der Mitteilung von Tewfik Pascha, daß die türkische Regierung die Vermittlung der Großmächte zur Herbeiführung des Friedens annehme, vereinbarten Schritt[2]). Den Balkanmächten wurde der tür-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12927 siehe S. 65*.

[2]) Vgl. Dokument Nr. 12913.

kische Wunsch bekanntgegeben. In Belgrad betonte Paschitsch bei diesem Anlasse, die serbische Regierung sei von bestem Friedenswillen erfüllt; er werde mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen treten und hoffe, bald eine zustimmende Antwort geben zu können. Die anderen Balkanmächte antworteten in ähnlicher Form.

Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg
1912—1913

Der vierunddreißigste Band des Aktenwerkes
Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 34. Bandes

Zweite Hälfte

Kapitel 270

Herabsetzung der Truppenstärken in Österreich-Ungarn und Rußland

Österreich-Ungarns Nachgeben bezüglich Diakowas; sein Vorgehen gegen Montenegro

Die Vorschläge der Mächte für die Friedensbedingungen und für die Räumung Skutaris

März 1913

Der Inhalt des 270. Kapitels beschränkt sich zeitlich auf die Tage vom 5. bis 29. März 1913. Als seinen Hauptinhalt darf man die Bereinigung des akuten Gegensatzes zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, das Nachgeben der Donaumonarchie hinsichtlich Diakowas und die neue Verschärfung der Lage durch die eigenmächtige Haltung Serbiens bezeichnen.

Die österreichisch-russischen Verhandlungen über die wechselseitige Herabsetzung der Truppenstärke waren grundsätzlich am 27. Februar entschieden gewesen[1]. Österreichs Entgegenkommen hatte in Petersburg nach einem Telegramm des französischen Botschafters G. Louis vom 27. Februar einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Eine neue Schwierigkeit ergab sich aber daraus, daß Sasonow beschloß, die im Laufe der Verhandlungen von Österreich bereitwillig abgegebene Zusicherung, seine Nachbarn auf dem Balkan nicht angreifen zu wollen, in die verabredete Bekanntmachung der Herabsetzung der Truppenstärken einzuflechten.

Rußland hatte von vornherein den Wunsch gehegt, eine derartige Bemerkung zu veröffentlichen, um damit auf die öffentliche Meinung Rußlands Eindruck zu machen. Sasonow wünschte, daß Wien mindestens öffentlich erklären möge, keine aggressiven Absichten gegen Serbien zu hegen. Kaiser Wilhelm II., der von diesem russischen Wunsche Kenntnis erhielt, empfahl mit dem größten Nachdrucke ein österreichisches Entgegenkommen gegen Serbien. „Es liegt im Interesse Österreichs," schrieb er an den Rand eines Petersburger Be- 12933

[1]) Vgl. Dokument Nr. 12891, 12900, 12914 in Band 34, 1. Hälfte.

12934 richtes vom 5. März, „daß es sich mit Serbien verträgt, mit ihm sich stellt und handelspolitisch verträgt und seine Entwicklung fördert. In diesem Falle ist eine österreichische Armee an der serbischen Grenze nicht mehr nötig. Zudem würde dann die Mitteilung der Tatsache, daß an der serbischen Grenze Truppen oder Reserven zurückgezogen würden, da man mit Serbien auf gutem Fuße leben wolle, in Rußland befriedigen, ohne etwas Unangenehmes für Österreich zu haben. Die Politik Wiens Serbien gegenüber war verfehlt! Man sehe den Fehler ein, redressiere ihn und gewähre Serbien Rückhalt, den es Bulgarien gegenüber braucht und wünscht."

In Wien legte man Wert darauf, daß die Abrüstungsmitteilung gleichzeitig erfolgen möchte, ohne einen Zusatz, wie Sasonow ihn 12935 wünschte. Was die Haltung Serbien gegenüber betraf, so wollte man durchaus Bulgarien gewinnen, um Bulgarien und Rumänien gemeinsam an den Dreibund heranzubringen. In diesem Sinne sprach sich Graf 12937 Berchtold eingehend mit dem Botschafter v. Tschirschky aus, der mit allen Mitteln der Überredung versuchte, Österreich zum Einlenken gegenüber Serbien zu bewegen. Den Zusammenschluß von Rumänien und Bulgarien hielt er für schwierig, während Gegensätze zwischen Rumänien und Serbien kaum bestanden, und es außerdem möglich war, Griechenland mit heranzuziehen. Unter den Bericht Tschirschkys 12937 vom 5. März schrieb der Kaiser: „Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die Kombination Serbien, Rumänien, Griechenland unter Österreichs Führung die natürlichere und bessere ist, weil sich auch an sie die Türkei lieber anschließen wird wie an eine bulgarische." Durch diese Kombination werde die gefürchtete allslawische Welle gründlich geteilt, während auf die vom Grafen Berchtold beabsichtigte Weise alle Slawen mit Kunst und Gewalt in die Arme Rußlands getrieben würden.

Rumänien und Bulgarien hegten den Wunsch, daß die Verhand- 12938 lungen über ihre Streitfragen in Petersburg stattfinden sollten. Nach wie vor legte Rußland den größten Wert auf die Überlassung von 12936 Diakowa[1]). Graf Berchtold willigte ein, mit der Regelung der Dia- 12939 kowafrage zunächst eine Lokalkommission zu betrauen, und ließ seine Bereitwilligkeit dazu in London zunächst vertraulich mitteilen[2]). Dafür 12940 wünschte Graf Berchtold, Saloniki den Bulgaren als Entschädigung für 12941 Silistria zu geben.

Von vornherein bereitete die Frage Schwierigkeiten, wie bei den Petersburger Beratungen über den bulgarisch-rumänischen Konflikt verfahren werden, und ob bei Unstimmigkeiten eine einfache Majorität entscheiden sollte (Dokumente Nr. 12 942, 12 949, 12 951, 12 952, 12 953, 12 960, 12 961). Der Versuch, in Petersburg eine Einstimmig-

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 12 936 siehe S. 65*/66*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12940 siehe S. 66*/67*.

keit zugunsten Rumäniens zu erzielen, erschien aussichtslos, so daß 12966
vielleicht kein anderer Ausweg blieb, als eine Entscheidung durch das 12968
Los. Das Prinzip einer Majorisierung unter den Großmächten wurde
als höchst bedenklich anerkannt.

Mit der Veröffentlichung über die Entlassung der Jahresklasse
1889 (Reserve) bei den drei Korps in Galizien wollte man in Wien noch
warten, bis Sicherheit darüber bestand, daß die russische Heeresleitung 12943
am gleichen Tage ebenfalls ihre Stände an der Grenze reduzierte.
Wegen der Anwesenheit von rund 50 000 Mann montenegrinischer und
serbischer Truppen vor Skutari und der noch ungeklärten Lage in
Serbien glaubte man aber, in den neuen Provinzen zurzeit noch keinen
Mann entbehren zu können. Für die Maßnahme der dauernd erhöhten
Stände in Galizien und in den neuen Provinzen sollte ein Gesetzentwurf
eingebracht werden.

Aus Petersburg berichtete Graf Pourtalès wiederholt, wie schwierig
Sasonows Lage gegenüber dem nationalistischen Lager und dem Pan-
slawismus geworden sei. Verschiedentlich wurde als sein Nachfolger 12944, 12956
bereits der Gesandte v. Hartwig genannt, dessen extrem panslawistische
Auffassung bekannt war.

Am 11. März 1913 erschien in Petersburg und in Wien eine gleich-
lautende amtliche Mitteilung über die Herabsetzung der Truppenstärken
Österreich-Ungarns in Galizien und über die Entlassung der russischen
Reservisten. In Petersburg hatte man ohne das Einverständnis des
Wiener Kabinetts den Zusatz gemacht, aus den Besprechungen mit
dem Wiener Kabinett gehe hervor, daß Österreich-Ungarn keinen An- 12946
griffsplan gegen seine südlichen Nachbarn hege. Hierüber war Graf
Berchtold sehr aufgebracht. Nach seiner Auffassung ergab sich daraus
bei Sasonow eine bedauerliche Furcht vor den Panslawisten und das 12959
dringende Bedürfnis, „sich bei den Serben lieb Kind zu machen“.
Kaiser Wilhelm II. betonte auch bei diesem Anlasse, daß Österreich-
Ungarn den Russen in Belgrad zuvorkommen und seine ehrlichen Ab-
sichten unterstreichen solle.

Eine schwere Bedrohung des Weltfriedens ergab sich aus der
dauernden Unterstützung der montenegrinischen Armee vor Skutari 12948
durch die Serben. Gleich auf die erste Nachricht von der Entsendung
neuer serbischer Streitkräfte nach Durazzo und Skutari unterbreitete
General v. Conrad dem Grafen Berchtold den Plan, daß die mobile 12955
Escadre unverzüglich in die Straße von Otranto auslaufen solle, um
die serbischen Truppentransporte zur See zum Umkehren zu be-
stimmen. Kaiser Franz Joseph und Graf Berchtold hielten aber ein
derartiges Verfahren mit der Neutralität Österreich-Ungarns für un-
vereinbar.

Die Londoner Botschafterreunion bemühte sich während des Monats
März dauernd um den Ausgleich der entgegengesetzten Interessen.

Die hierauf bezüglichen Dokumente Nr. 12 962, 12 978[1]), 12 980, 12 989, 12 994[2]), 13 008[3]), 13 016, 13 021[4]), 13 032[5]), 13 038 geben ein klares Bild von der damaligen Haltung der Mächte in London. Im übrigen genügt es, aus den kritischen Märztagen des Jahres 1913 nur die Hauptereignisse herauszuheben.

In Sofia antwortete die Regierung am 14. März auf den Media-12967 tionsschritt der Mächte vom 4. und 5. März[6]). Die verbündeten Balkanstaaten sprachen den Großmächten ihren lebhaften Dank aus, unterwarfen sich dem Vermittlungsschritt und teilten neben verschiedenen Wünschen mit[7]), daß die Kriegshandlungen nicht unterbrochen werden würden.

Eine grundlegende Niederschrift zu den Hauptproblemen der österreich-ungarischen Politik bildet der Privatbrief des Grafen 12969 Berchtold vom 13. März an den Staatssekretär v. Jagow. Als Hauptziele seiner bisher verfolgten Politik erklärte Berchtold die Nichtzulassung Serbiens, „des hartnäckigsten Exponenten Rußlands am Balkan", an die Adria, die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens und die Befriedigung der territorialen Ansprüche Rumäniens. Von einem Entgegenkommen gegenüber Serbien wollte Berchtold nichts wissen. „Der Antagonismus der serbischen Staatsauffassung zur Staatsidee des Habsburgerreiches ist zu tiefgehend, als daß eine künstliche Züchtung des Serbentums ungefährlich erscheinen könnte." Berchtold wollte daher versuchen, Rumänien und Bulgarien „unter einen Hut zu bringen", um so eine rumänisch-bulgarisch-türkische Kette zu bilden, die dem Vordringen russischen Einflusses nach dem Westen den Weg versperren sollte. In Berlin glaubte man nicht daran, daß diese österreich-ungarischen Pläne zu verwirklichen seien.

Eine Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Jagow vom 15. März 12972 zeigt, daß man es für erforderlich hielt, der andauernden Belagerung von Skutari durch Montenegro und der von Serbien hierbei geleisteten kriegerischen Unterstützung vom Standpunkte der Großmächte aus entgegenzutreten. Fürst Lichnowsky sollte Sir Edward Grey zu bewegen suchen, einen entsprechenden Antrag bei der nächsten Bot-12972 schafterkonferenz zu stellen. Graf Berchtold selbst ließ in Italien sondieren, wie man sich zu einem aktiven Einschreiten Österreich-Ungarns 12973 gegen Serbien stellen würde. Botschafter v. Tschirschky bot in Wien allen seinen Einfluß auf, um den Minister zu einer Annäherung an den serbischen Standpunkt zu bewegen, damit für die Zukunft Öster-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 978 siehe S. 68*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 994 siehe S. 68*/69*.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 008 siehe S. 69*.
[4]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 021 siehe S. 70*.
[5]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 13 032 siehe S. 70*/71*.
[6]) Vgl. Dokument Nr. 12 932. Siehe o. S. 41/42.
[7]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 12 967 siehe S. 67*.

reich-Ungarn einen dominierenden Einfluß auf die drei der Monarchie zunächst gelegenen Balkanstaaten ausüben könne. Einstweilen wollte 12974 man in Berlin verhindern, daß Wien etwa auf den Abbruch der Londoner Verhandlungen ausging. Das Odium eines Fiaskos des groß- 12982 mächtlichen Konzerts mußte dann nach Jagows Ansicht allein der Dreibundgruppe zufallen.

Nachdem Sasonow am 18. März dem Grafen Pourtalès erklärt hatte, es sei ihm unmöglich, bezüglich Diakowas nachzugeben, wirkte 12988 es bereits entspannend, daß Graf Berchtold am 19. März in Petersburg 12991 mitteilen ließ, er wolle Rußland in der Frage von Diakowa entgegenkommen, und am 21. März dem Botschafter v. Tschirschky erklärte, er 13002 sei zu dem Entschluß gekommen, auf diese Stadt endgültig zu verzichten. In Berlin begrüßte man diesen Entschluß mit der größten Freude. „Na endlich!" vermerkte der Kaiser zu der Wiener Meldung vom 21. März. „Das hätten wir schon längst haben können!"

Am 19. März trat durch Nachrichten über grauenhafte Vorkommnisse in Diakowa, die in Wien eingingen, wieder eine Verschärfung 12996 der Lage ein. Graf Berchtold faßte die Entsendung von Kriegsschiffen 12998 in die süddalmatinischen Gewässer ins Auge. „Schade," vermerkte Kaiser Wilhelm II. zu einer darauf bezüglichen Meldung Jagows vom 20. März, „daß das gerade in dem Augenblick gemacht werden muß, wo Rußland endlich seine Reserven entläßt! Das wird wieder als österreichische Perfidie ausgelegt werden . . ."

Griechenlands Stellung zu den anderen Balkanmächten erforderte damals besondere Aufmerksamkeit. Sein Verhältnis zu Bulgarien ließ manches zu wünschen übrig. Die Griechen wollten auf Saloniki nicht verzichten, zumal der König diese Stadt während des Krieges zu seiner 12999 Residenz gemacht hatte und dort am 18. März von einem Geisteskranken ermordet worden war.

Auch die Stellung des Grafen Berchtold in Wien war keine beneidenswerte. Man nannte ihn „Graf Rechberg den Zweiten" und den 13000 „Benedek der österreichischen Diplomatie", der Rußland gegenüber viel zu nachgiebig sei und überhaupt eine zu passive Haltung zeige. Botschafter v. Tschirschky berichtete in diesem Zusammenhange am 20. März, daß zurzeit kein österreichischer Staatsmann eine serbophile Politik treiben könne. „Wir können das bedauern, aber die ganze Denkungsart der Serben und der hiesigen ausschlaggebenden politischen Kreise können wir nicht ummodeln. Wenn wir nicht einen tiefgehenden und dauernden prinzipiellen Gegensatz in das Verhältnis zu unserem nächsten Bundesgenossen eindringen lassen wollen, so glaube ich, wird es klug sein, diese Frage, in der die Monarchie doch nun einmal die Vorhand hat als Balkanmacht, möglichst wenig zu berühren."

Damit war — in einer für Deutschland vielleicht verhängnisvollen Weise — eine größere Zurückhaltung der deutschen Politik gegenüber

Österreich eingeleitet. Man war daher in Berlin wenig geneigt, dem italienischen Wunsche zu entsprechen, daß Deutschland aufs neue eine Einwirkung auf Wien versuchen solle, damit dieses nicht zu einer 13001 Flottenaktion gegen Montenegro schreite. Der Botschafter v. Flotow erklärte in Rom, Deutschland habe im Laufe des Balkanstreites schon so oft und so kräftig auf Österreich eingewirkt, daß er nicht wisse, ob die kaiserliche Regierung nochmals zu solchem Drucke bereit sei. Das Verhalten des Grafen Berchtold in der Frage von Diakowa zeigte ja außerdem deutlich genug, daß Österreich nachzugeben entschlossen 13005 war[1]). Auch Sasonow betonte, daß man jetzt auf sehr gutem Wege sei.

Entsprechend dem Beschlusse der Botschafterkonferenz vom 15. März wurden den verbündeten Balkanmächten am 22. bzw. 23. März 13006 13014 1913[2]) die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen eine Einstellung der Feindseligkeiten ins Auge gefaßt werden könnte[3]). Man einigte sich auch in London endgültig über die nördliche und nordöstliche 13009 Abgrenzung Albaniens. Sasonow war bereit, mit den anderen Mächten in Cetinje zu erklären, daß die Grenzen Albaniens nunmehr festgelegt 13010 seien, und daß Skutari auf jeden Fall, gleichviel ob es erobert würde oder nicht, zu Albanien gehöre. Er war aber sehr besorgt, daß Österreich sich verleiten lassen könnte, wegen des jüngsten Konflikts gegen Montenegro selbständig vorzugehen. Nach deutscher Auffassung lag es in Rußlands Hand, durch ernste Vermahnung Montenegros Österreich ein selbständiges Vorgehen zu ersparen.

Von Rom ging am 23. März der Gedanke aus, daß die Mächte 13011 Österreich und Italien ein europäisches Mandat zur Durchsetzung der Wünsche der Großmächte auf dem Balkan erteilen möchten. Marquis di San Giuliano kam aber bald von dieser Anschauung wieder zurück, 13020 da eine militärische Kooperation mit Österreich gegen Montenegro der öffentlichen Meinung Italiens nur mit äußerster Vorsicht zugemutet werden könne. Auch Grey sprach sich gegen eine Auftragserteilung 13021 an Österreich und Italien aus, da er den Widerstand Rußlands befürchtete. Kaiser Wilhelm II. war verstimmt darüber, daß Grey den Anschauungen der Russen in so weitem Maße Rechnung trug.

Ein Schreiben des Staatssekretärs v. Jagow an den Grafen Berch-13012 told vom 23. März zeigt uns aufs neue die Bemühungen der deutschen Staatsmänner, die Donaumonarchie zu einer entgegenkommenderen Haltung gegen Serbien zu bewegen. Jagow hatte noch nicht Zeit gefunden, seinen Antrittsbesuch als Staatssekretär in Wien zu machen, und benutzte daher die Möglichkeit der schriftlichen Aussprache zu einer eindrucksvollen Klarlegung der Hauptgesichtspunkte. Mit Recht bezeichnete er es als erwünscht, „sich über die Ziele unserer beider-

---

[1]) Vgl. o. S. 49.

[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 13014 siehe S. 70*.

[3]) Vgl. Dokument Nr. 12978, deutscher Wortlaut siehe S. 68*.

seitigen Politik offen auszusprechen und auf dem Laufenden zu erhalten".

Als Hauptaufgabe erschien dem Staatssekretär nach dem Zusammenbruch der Türkei und der dadurch ganz veränderten Lage im Südosten Europas für Österreich-Ungarn und damit auch für Deutschland, „dem Vordringen der slawischen Flut und des russischen Einflusses entgegenzuarbeiten". Rumänien bilde in dieser Beziehung einen wichtigen Faktor, und Griechenland nähere sich seinem Standpunkte, während wenig Aussicht bestand, „Bulgarien für unser System zu gewinnen". Vielleicht habe man auch Bulgarien bisher als Machtfaktor etwas überschätzt.

Von großer Bedeutung sind die Ausführungen des Staatssekretärs über Serbien. Er schrieb: „Daß Österreich-Ungarn nach der jahrelangen Reibung mit Serbien und den mancherlei Unverschämtheiten der Serben nicht heute unvermittelt in Belgrad erklären kann, ‚soyons amis, Cinna', sehe ich vollständig ein. Aber vielleicht könnte die dura necessitas des Staatenlebens in Serbien doch über kurz oder lang die Erkenntnis fördern, daß es nützlich wäre, eine Annäherung an die Monarchie zu suchen, die sich dann bei einem gewissen Entgegenkommen in Wien auch wohl realisieren ließe . . . Die vier Millionen Serben bilden einen Volkskörper, der sich nicht wegzaubern und auch nicht erdrücken läßt. In die Opposition gedrängt, werden sie die Irredenta nur fördern, während ein politisches Einvernehmen mit der Nachbarmonarchie diese Gefahr abschwächen müßte, wie es in der rumänischen Frage der Fall ist. Ob aber Österreich-Ungarn die jetzt unabhängigen Serben auch noch ‚überschlucken' kann und will, ist eine Frage, in die einzugehen ich mir versagen muß, weil sie die innere Politik der Monarchie betrifft, über die zu urteilen ich selbstverständlich nicht berufen bin."

Am 23. März tat Österreich einen energischen Schritt, indem es in Cetinje unter Androhung von Zwangsmaßregeln den freien Abzug 13013 der Zivilbevölkerung und die Einstellung des Bombardements von Skutari für die dafür nötige Zeit forderte. König Nikita ging darauf ein, erklärte aber sofort, auf Skutari nicht zu verzichten, weil dieser 13015 Verzicht für ihn und sein Volk eine absolute Unmöglichkeit sei. In Berlin war man der Ansicht, daß die Mächte für alle Möglichkeiten Österreich und Italien jetzt schon mit einem Mandat für die zwangsweise Räumung der Stadt versehen und dies in Cetinje alsbald bekanntgeben sollten. In diesem Sinne sollte Fürst Lichnowsky in London wirken.

Österreichs Verfahren gegenüber Montenegro erregte bei Sasonow größte Mißstimmung. Er bezeichnete dieses Vorgehen gegen Skutari 13017 als eine Demonstration gegen Rußland, insbesondere gegen Kaiser Nikolaus und gegen ihn selbst. Graf Pourtalès erwiderte ihm, daß er sich nur von einer sehr energischen Sprache Rußlands in Cetinje Er-

folg verspreche, und Sasonow bat seinerseits, Deutschland möge mäßigend auf Österreich-Ungarn einwirken. Hierzu war man in Berlin nicht mehr bereit. „König Nikolaus spricht allen Beschlüssen der 13018 Mächte Hohn, offenbar im Glauben, daß Exekution an ihrer Uneinigkeit scheitern wird.“ Graf Berchtold klagte aufs neue über die Haltung Rußlands trotz des österreichischen Entgegenkommens in der 13019 Frage von Diakowa und über die Unzuverlässigkeit der serbischen Politik.

In Rußland war man nicht geneigt, Italien und Österreich ein Mandat zu erteilen, und befürwortete eher eine Flottenaktion mehrerer Mächte. Bereits am 23. März empfahl Sasonow in einem Geheimtelegramm nach London und Paris die Entsendung englischer und 13024 französischer Kriegsschiffe in die montenegrinischen Gewässer, damit das Vorgehen Österreichs nicht den Charakter einseitiger Einmischung gewinne. Beide Mächte ließen sich schließlich bereit finden, zwei bzw. einen Kreuzer nach den Gewässern nach Korfu zu entsenden. Aus Rußlands Verhalten entnahm Kaiser Wilhelm II. mit Recht, daß die Russen unter keinen Umständen Montenegro zwingen wollten. „Sie spielen 13025 mit uns allen ein unverschämtes Doppelspiel, indem sie durch Verschleppung uns am Eingreifen hindern und den Widerstand der Balkanstaaten steigern! Diese Wirtschaft ist geradezu unwürdig!“ Rußlands Haltung wirkte auf die Dauer lähmend für die ganze Aktion der Mächte. In Rom nahm man vielleicht nicht mit Unrecht an, daß Montenegro absichtlich die Dinge zum Bruch treibe, um von der Zwietracht der Mächte Vorteil zu ziehen. Österreich würde dann, wie Marquis di San 13026 Giuliano hervorhob, durch allzu schroffes Vorgehen nur in die montenegrinische Falle gehen.

Als einer der schlimmsten panslawistischen Hetzer erwies sich damals wiederum der russische Gesandte in Belgrad, v. Hartwig, der auf das äußerste darüber erbittert war, daß man den Serben die sofortige Räumung Albaniens zumuten wolle. Der deutsche Gesandte Frhr. v. Griesinger berichtete über ein Gespräch mit Hartwig am 13027 25. März 1913. „Herr v. Hartwig verharrte in seiner panslawistischen Verbissenheit, wobei er in seinen Rekriminationen vom Hundertsten ins Tausendste geriet. Seine Haltung und seine Äußerungen sind wieder ein neuer Beweis dafür, wie schwer es hält, die Serben von ihren übertriebenen Ansprüchen abzubringen und sie zum Einlenken zu bestimmen. Wenn Herr v. Hartwig — offenbar sehr contre cœur — unsere gemeinsamen Demarchen mitmacht, so haben wir doch keine Gewähr dafür, daß er in seinen fortwährenden Unterredungen mit König, Ministern, Parlamentariern usw. nicht unter der Hand durchblicken läßt, wie sehr die Sympathien der panslawistischen Welt auf ihrer Seite ständen, und wie leicht ihnen unvorhergesehene Ereignisse die Erfüllung ihrer Wünsche bringen könnten. Solange derartige Treibereien hier möglich sind, ist natürlich eine Verbesserung der Beziehungen zu

Österreich-Ungarn oder gar die Herstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses nicht zu erwarten."

Am 26. März fiel Adrianopel. Sofort verlangte die bulgarische Regierung unter Berufung auf die bulgarischen Waffenerfolge eine Ausweitung der von der Londoner Botschafterreunion festgesetzten Grenzlinien zu Bulgariens Gunsten. Sasonow willigte ein und beauftragte 13031 den russischen Botschafter in Konstantinopel, v. Giers, die bulgarischen Wünsche zu vertreten. Das erfolgte gerade in dem Augenblick, wo die Botschafter in Konstantinopel sich gemäß den Londoner Vereinbarungen auf einen gemeinsam zu unternehmenden Schritt geeinigt hatten. Sasonows Verhalten verursachte auch in Paris und London 13030, 13031 lebhafte Mißstimmung, da man befürchtete, Österreich und Deutschland würden nun gleichfalls Sonderwünsche vorbringen.

Die unnachgiebige Haltung Montenegros führte Ende März dazu, daß die Großmächte sich mit einer Schiffsaktion Frankreichs, Italiens, 13030 Englands und Österreich-Ungarns einverstanden erklärten. Vielleicht war eine solche Flottendemonstration ein geeignetes Mittel, Monte- 13032 negro den Wünschen der Mächte gefügig zu machen[1]). Dieser eng- 13033 lischen Auffassung trat man indes in Paris nicht bei.

Aus Wien meldete Major Graf Kageneck am 28. März, daß militärische Maßnahmen gegen Montenegro in kurzem zu erwarten 13035 ständen. König Nikita hatte die Forderung auf Einstellung der Beschießung von Skutari höflich, aber entschieden abgelehnt. In dieser Haltung erkannte man eine Auswirkung der russischen Ermutigungen. 13034 Man glaubte auch damit rechnen zu können, daß Montenegro auf die russischen Ratschläge nicht mehr hören werde.

Die russischen Panslawisten versetzte das Bekanntwerden des Beschlusses der Mächte, daß Skutari bei Albanien verbleiben solle, auch wenn es von Montenegro genommen sei, in die höchste Erregung. Sasonow wurde vorgeworfen, durch seine Politik Rußland von neuem einer schweren Demütigung ausgesetzt zu haben. Die Nachricht der 13036 Einnahme Adrianopels wurde in Petersburg gefeiert, als ob es sich um einen russischen Sieg handele.

Am 28. März 1913 unternahmen die Gesandten der Mächte in Cetinje einen gemeinsamen Schritt und teilten mit, daß die Botschafter- 13037 versammlung sich über die Abgrenzung Albaniens endgültig geeinigt hätte[2]). Diakowa werde serbisch, Skutari albanisch, und die Fortsetzung des Krieges könne hieran nichts ändern. Die montenegrinische Regierung antwortete erst am 1. April[3]), Montenegro behalte sich das Recht vor, sich mit seinen Verbündeten zu beraten; den Wünschen auf Einstellung der Feindseligkeiten und der Räumung albanischen Gebiets könne nicht Folge gegeben werden, da der Krieg fortbestehe.

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 13 032 siehe S. 70*/71*.
[2]) Vgl. Dokument Nr. 13009. Siehe o. S. 50.
[3]) Vgl. Dokument Nr. 13 066.

Durch die energische Haltung Englands in der Frage Albaniens und des Friedensschlusses schien Serbien überrascht zu sein. Man scheint dort vorübergehend den Gedanken erwogen zu haben, ob Serbien nicht durch einen Anschluß an Deutschland und den Dreibund besser fahren werde. In diesem Sinne hatte sich der serbische Gesandte 13038 in Paris, Wesnitsch, geäußert. Ein gemeinsamer Schritt der Mächte in Belgrad im Sinne der Londoner Beschlüsse[1]) erfolgte am 29. März. 13039 Paschitsch versprach Antwort nach Anhörung der Verbündeten; Serbien sei sehr friedensbedürftig und werde in diesem Sinne auf König Nikita einwirken.

Inzwischen gingen die Feindseligkeiten weiter. Griechenland war deutscherseits nahegelegt worden, es möge nicht der Haltung Montenegros durch die Förderung serbischer Hilfstransporte Vorschub 13040 leisten. Die Transporte waren aber bereits unterwegs; am 31. März meldete der Gesandte v. Eckardt aus Cetinje das Eintreffen von 35 griechischen Transportschiffen mit serbischen Truppen und Kriegsmaterial.

Kapitel 271

Der Rumänisch-Bulgarische Konflikt auf der Petersburger Botschafterkonferenz
Neue Zuspitzung der Skutari-Frage
Die Flottendemonstration der Mächte gegen Montenegro
März bis April 1913

Das umfangreiche 271. Kapitel vermittelt uns die Haltung der Mächte gegenüber den immer noch im Kriegszustande befindlichen und ganz verschiedene Ziele anstrebenden Balkanmächten. In London tagte die Botschafterreunion weiter, während gleichzeitig in Peters-13054 burg vom 31. März ab die Botschafter der sechs Großmächte über die bulgarisch-rumänischen Differenzen berieten.

In London sowohl wie in Petersburg erregte die Haltung Montenegros dauernd die schwersten Bedenken. In starker Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung seines Landes und besorgt um den Fortbestand seiner Dynastie wollte König Nikita durchaus Skutari erobern.

Das 271. Kapitel reicht genau bis zum 23. April, an dem der von den Großmächten schon lange gefürchtete Fall von Skutari eintrat. Essad Pascha bot die Kapitulation der Stadt an, obwohl er noch imstande war, die Festung zu halten, und obwohl es an Lebensmitteln noch nicht völlig fehlte. Nach der Auffassung des Gesandten v. Eckardt kam es ihm lediglich darauf an, im Besitze des Kriegsmaterials zu bleiben, um sich mit seinen etwa 12 000 Mann zum Herrn von Albanien

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 13 009.

machen zu können. Er rechnete offenbar damit, daß die Montenegriner, wenn er ihnen wider Erwarten die Kapitulation anbot, alles bewilligen würden[1]).

Die montenegrinische Drohung mit dem Sturm auf Skutari hat in 13051, 13053, 13055
den kritischen Frühjahrstagen des Jahres 1913 die ganze europäische Diplomatie dauernd in Atem gehalten. Gleichzeitig war man bemüht, die rumänisch-bulgarischen Streitpunkte in Petersburg möglichst aus- 13043
zugleichen. Rußland schien wenig geneigt, den Rumänen entgegenzukommen. Infolgedessen steigerte Bulgarien seine Anforderungen 13046
immer noch mehr. Die Botschafter des Dreibundes traten nach Mög- 13054
lichkeit für die rumänischen Forderungen ein.

In der ersten Sitzung der Botschafter in Petersburg am 31. März gab Sasonow von einem Telegramm Kenntnis, nach dem König Nikita 13055
einen Generalsturm auf Skutari angeordnet hätte. Sasonow erklärte sich bereit, keinen Einwand gegen eine sofortige Flottendemonstration der Mächte zu erheben; vielleicht könnte man Antivari blockieren. Da der deutsche Kreuzer „Goeben" sich in den Orientgewässern befand, empfahl Fürst Lichnowsky die deutsche Beteiligung an der Flottenkund- 13059
gebung, womit der Kaiser einverstanden war. Nur sollte an Stelle der 13060
„Goeben" die „Breslau" entsandt werden, die nicht wie „Goeben" unter dem Befehl eines Admirals stand. Man wünschte in Berlin den Anschein des Vordrängens im Sinne der Erreichung des Oberbefehls 13061
zu vermeiden. In Wien schöpfte General v. Conrad aus der geplanten Flottendemonstration neue Hoffnung für ein kriegerisches Einschreiten 13067
gegen Serbien.

Sir Edward Grey hatte einen schweren Stand, da er es bezweifelte, ob die Mächte ihre Wünsche durch die Flottendemonstration durch- 13070
setzen würden. Alle aus Montenegro einlaufenden Nachrichten deuteten darauf hin, daß König Nikita nicht einlenken würde. Er hatte sogar erklärt, im Falle einer Flottenaktion die fremden Schiffe be- 13085
schießen lassen zu wollen. In Wien war man sehr verstimmt darüber, daß durch die Botschafterreunion die Flottendemonstration zu einer bloßen 13087
„Spazierfahrt" der Kriegsschiffe im Adriatischen Meere herabgedrückt würde, die ganz ohne Wirkung auf Montenegro und Serbien bleiben müsse. Tschirschky benutzte jede Gelegenheit, um in Wien „sehr energisch" zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen und darauf hinzuweisen, daß man, „da man einmal die Lösung und Entwirrung des gesamten Balkanproblems auf dem Wege über Europa begonnen habe, man diesen Weg nun auch unbedingt einhalten müsse".

Am 7. April wollte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich im Reichstage über die außenpolitische Lage äußern. Er setzte sich vorher, am 5. April, mit Sir Edward Grey in Verbindung, um die 13090
Londoner Auffassung der Lage zu erfahren. Tags darauf liefen die von

---

[1]) Bericht des Gesandten v. Eckardt vom 2. Mai 1913. (Vgl. Nr. 13 188.)

den fünf Großmächten — außer Rußland — entsandten Kriegsschiffe
13092 in den Hafen von Antivari ein. Fürst Lichnowsky berichtete am
13096 gleichen Tage, Grey stehe auf dem Standpunkte, daß die Beschlüsse der Mächte unbedingt beachtet und befolgt werden müßten; ein kräftiger Hinweis des Reichskanzlers auf die Wichtigkeit einer schleunigen Durchführung der Beschlüsse würde in London sehr angenehm berühren.

Sehr beachtenswert ist, daß Kaiser Wilhelm II. während der ganzen Krise in einer Reihe treffender Randbemerkungen immer auf ein möglichstes Entgegenkommen Österreich-Ungarns hingewiesen hat. Dem Gedanken der Schaffung eines selbständigen Albaniens hatte er von vornherein ablehnend gegenübergestanden, zumal ihm die Abmachungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland von 1897 und vom 20. Dezember 1900 / 9. Februar 1901 über die Schaffung eines autonomen Fürstentums Albanien anfangs nicht bekannt waren. Da Serbien nun anscheinend die von ihm besetzten albanischen Gebiete nicht räumen wollte, hielt der Kaiser es für besser, „bei dieser überaus ernsten Lage" die albanischen Pläne aufzugeben. „Hat Serbien den festen Willen," schrieb er an den Schluß eines Telegramms vom
13093 6. April, „mit Hülfe seiner ganzen Armee diese Gebiete zu halten, so nutzt keine Diplomatie, keine Noten und keine Flottendemonstration mehr etwas. Um es zu delogieren, wäre ein Feldzug der ganzen österreichischen Armee während mehrerer Monate nötig, und damit der casus belli für Rußland gegeben und der Weltkrieg da! Entweder die Konferenz bietet sofort Äquivalent für Skutari an Nikita in Land und Stadt — eventuell auf Kosten Albaniens — oder Serbien tut es von sich aus, und teilt Albanien mit ihm, falls es ihn nicht überschluckt! Jedenfalls wird Serbien jetzt der Hauptakteur und hinter ihm das inoffizielle Rußland!" Andererseits hielt der Kaiser es aber für nötig, daß Italien und Österreich-Ungarn gemeinsam für die Autonomie Albaniens eintraten. Eine derartige Aktion wünschte er zu unterstützen, denn sie sei geeignet, „den einzigen politischen Erfolg Wiens aus dem totalen Zusammenbruch seiner verfehlten Balkanpolitik zu retten, nämlich ein autonomes Albanien". In diesem Sinne äußerte er sich zu einem Be-
13095 richte des Majors Grafen Kageneck vom 5. April.

Am 7. April hielt Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im Reichs-
13112 tage seine große politische Rede, mit der er die Erörterung der neuen Wehrvorlagen einführte. Er betonte die außergewöhnliche Hingebung und den Geist der Versöhnlichkeit, mit denen Grey die Londoner Botschafterbesprechungen geleitet und immer wieder die Gegensätze zu vermitteln verstanden habe. Es handele sich darum, den Entschließungen der Großmächte unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. „Wir sind entschlossen, auf das Energischste dabei mitzuwirken."

Am gleichen 7. April sprach sich Botschafter Graf Pourtalès in Petersburg sehr ernst aus. Er hatte von Berlin den Auftrag erhalten,

Sasonow zu sagen, er müsse anerkennen, daß Deutschland bisher 13099 immer vermittelnd gewirkt und sich um Beseitigung mancher Divergenz zwischen Petersburg und Wien bemüht habe. „Wir haben das aber in der sicheren Annahme getan, daß nun auch die russischen Zugeständnisse durchgeführt und Montenegro, der Klient Rußlands, nicht dem Mächtebeschluß Hohn sprechen werde. Rußlands Politik, seine Nichtbeteiligung an Flottendemonstration, Frankreichs Verhalten bei derselben hemmen aber energische Durchführung. Herrn v. Hartwigs Auftreten in Belgrad ermutigt auch dort Widerstand. Montenegro muß zur Raison gebracht werden. Es ist nun Rußlands Sache, durch energisches Auftreten Widerstand zu beseitigen, andernfalls erschiene mir Lage sehr ernst, und wir könnten für die Konsequenzen nicht einstehen.“

Am gleichen Tage ließ Kaiser Wilhelm II. aus Homburg an das Auswärtige Amt telegraphieren, falls Serbien, vom inoffiziellen Rußland unterstützt, fest entschlossen sei, Albanien nicht mehr zu räumen, so sei er der Ansicht, „daß die ganze ihm von vornherein unsympathische 13104 Idee der Schaffung eines selbständigen Albaniens geopfert werden müßte, da ein Delogieren der Serben aus Albanien durch andere Mittel als offenen Krieg einfach ausgeschlossen sei. Der Versuch, der einen großen Teil der österreichischen Armee beanspruchen würde, käme der Kriegserklärung an Rußland gleich.“

Den Standpunkt der deutschen Regierung kennzeichnet ein Schreiben des Reichskanzlers vom 8. April, das zur Vorlage bei dem 13108 Monarchen bestimmt war. Bethmann entwickelte darin, daß Österreich in seinem Abkommen mit Italien [1]) die Grundlage für seine albanische Politik gefunden habe. Beide Staaten hätten sich danach verpflichtet, im Falle einer Änderung des Status quo auf dem Balkan nur ein autonomes Albanien zuzulassen. Der deutschen Unterstützung sei es nun in erster Linie zu verdanken, daß es gelungen sei, diese Forderung durchzusetzen, die auch von Sir Edward Grey als gerechtfertigt bezeichnet worden sei. „Der albanische Pufferstaat ist das einzige Positivum, mit dem die Donaumonarchie aus dem Schiffbruch ihrer Balkanaspirationen hervorgeht. Entgleitet ihr in letzter Stunde auch noch dieser bescheidene Gewinn, so steht die österreichische Politik vor einem Bankerott, der die internationale Geltung unseres Verbündeten erschüttern und seinen nationalen Zusammenhalt ernsthaft gefährden würde. Eine solche Deutschland schwächende Einbuße von Österreich-Ungarn abzuwenden, dürfte im gegenwärtigen Augenblick die wichtigste Aufgabe der von Seiner Majestät inaugurierten Politik sein. Die Chance, sie friedlich zu lösen, wächst mit dem Grade der

---

[1]) Das sogenannte Goluchowski-Visconti'sche Abkommen vom 20. Dezember 1900/9. Februar 1901. (Vgl. Dr. A. F. Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914“. 1. Bd., S. 240/241 und S. 83ff.)

Entschlossenheit und Kraft unseres Zusammenstehens mit dem Verbündeten."

Den damaligen Standpunkt Wiens kennzeichnet ein Schreiben des Grafen Berchtold an den Botschafter der Donaumonarchie in Berlin, 13119 Grafen Szögyényi, vom 6. April 1913. Darin hieß es: „Wir haben von allem Anfange an unsere Forderung sehr bescheiden bemessen, dann weitgehende Konzessionen gemacht; sollten wir jetzt noch das uns von Europa zugestandene Existenzminimum nur um des Friedens willen hingeben, so würde dies meiner Ansicht nach schon jetzt katastrophale Folgen für unsere Stellung am Balkan nach sich ziehen, in der Zukunft aber die Erhaltung unseres südslawischen Besitzstandes in Frage stellen. Darum liegt die Frage, ob Krieg oder Frieden, derzeit nur bei Rußland. Wenn man von Petersburg aus den Regierungen von Cetinje und Belgrad nicht klar zu verstehen gibt, daß man sie ihrem Schicksal überlassen würde, wenn sie die Beschlüsse der Botschafterreunion nicht respektieren, so halte ich es für ausgeschlossen, daß sie nachgeben. Die Folge wäre, daß die Botschafterreunion aufhören würde, für uns bindend zu sein, und wir dann selbständig vorgehen müßten."

Kaiser Wilhelm II. hatte den Vertrag Goluchowski-Visconti von 1897 nicht gekannt, der auf die Schaffung eines autonomen Albaniens Bezug nahm [1]). Nunmehr ließ er den Gedanken an eine Opferung des 13121 autonomen Albaniens fallen und in Rom sondieren, ob Italien ent- 13122 schlossen sei, mit Österreich gemeinsam die Erfüllung dieses Abkommens durchzusetzen. In Rom erklärte man, die Erreichung des 13123 erstrebten Zieles vermittels einer Gesamtaktion der Mächte sei erwünschter.

Am 8. April fand in Petersburg die ernste Aussprache zwischen Graf Pourtalès und Sasonow statt. Letzterer richtete bei diesem Anlasse wieder die heftigsten Ausfälle gegen die österreichische Politik. 13125 Graf Pourtalès beruhigte ihn und wies auf die Notwendigkeit hin, energischer auf Montenegro einzuwirken. Sasonow gab daraufhin dem Botschafter von einem Telegramm Kenntnis, das der Zar vor fünf Tagen an den König von Montenegro gerichtet hatte, und das in einem strengen und ernsten Ton abgefaßt war.

Die Rede des Reichskanzlers vom 7. April, die sehr deutlich auf die panslawistischen Strömungen als eine Friedensgefahr hingewiesen hatte, enthielt auch den Satz: „Daß wir unsere Bündnistreue auch über die diplomatische Vermittlung hinaus bewähren werden, ist selbstverständlich. Durch die neue und akute Belebung der Rasseninstinkte erhält die durch den Balkankrieg entstandene Verschiebung der militärpolitischen Situation eine erhöhte Bedeutung. Wir sind gezwungen, sie in Rechnung zu stellen, wenn wir an die Zukunft denken."

---

[1]) Siehe o. S. 57.

Sasonow entschloß sich nunmehr, der neugeschaffenen Lage Rechnung zu tragen, und zwar in friedlichem Sinne, was in Cetinje und Belgrad sofort zu spüren war. Am 10. April ließ eine Mitteilung des russischen Außenministeriums den friedlichen Umschwung der russischen Politik deutlich erkennen. Es hieß darin: „Die Kaiserliche Regierung 13126 verliert nicht die Hoffnung, daß Montenegro seine hartnäckigen Bemühungen einstellen wird, da sie der Ansicht ist, daß der Eigenliebe Montenegros vollkommen Genüge getan ist, wenn es sich dem Willen Europas unterwirft, da dieser sich auf eine so imponierende Entfaltung von Flottenstreitkräften stützt. In diesem Falle würde Europa Mittel finden, die Lage des montenegrinischen Volkes zu erleichtern, das schwer zu tragen hat an den durch die Belagerung von Skutari geforderten übermäßigen Opfern."

Nunmehr trat sofort eine Wendung zum Besseren ein, die auch durch wilde Gerüchte über österreichische Vormarschabsichten im Sandschak Nowipasar nicht mehr zu beeinflussen war. In Wien zeigte man sich bereit, in eine finanzielle Unterstützung Montenegros gegen 13131 die Aufgabe von Skutari zu willigen, eine Unterstützung, auf die auch Italien und Deutschland eingingen, falls sie von allen Mächten gewährt werden sollte. (Nr. 13 134, 13 147, 13 160, 13 161, 13 174, 13 177.) Die Zustimmung des Reichstages blieb vorbehalten. 13183

Die energische Haltung des deutschen Botschafters in Petersburg veranlaßte Sasonow am 11. April zu der Frage an ihn, warum der 13138 Staatssekretär v. Jagow plötzlich so kriegerisch geworden sei. Graf Pourtalès verwies auf die Reichskanzlerrede vom 7. April, die doch gewiß nicht kriegerisch sei. Jagow erklärte hierzu: „Kriegerisch bin ich keineswegs, habe nur vor einigen Tagen in Gesprächen mit Herrn 13139 Swerwejew — außer ihm meines Erinnerns nur mit italienischem Botschafter — Ernst der Lage betont, wenn es der Mächteaktion nicht gelingt, Montenegro zum Gehorsam zu bringen und Skutarifrage baldigst gemäß Londoner Beschlüssen zu regeln. Österreich kann von diesem Minimum seiner Forderungen nicht Abstand nehmen, Graf Berchtolds Politik wird von öffentlicher Meinung stark angegriffen und auch uns bereits Mangel an Bündnistreue vorgeworfen. Dazu in Rußland Zunahme der panslawistischen Strömung, welche renitentes Montenegro und Serbien ermutigen muß. Begrüße daher sehr freudig Herrn Sasonows Communiqué und hoffe, daß es zur Klärung und Beruhigung beitragen wird. Sich den Ernst einer Lage vergegenwärtigen, deren Zuspitzung ich mit allen Mitteln zu verhindern gesucht habe, heißt keineswegs kriegerisch sein. Vogelstraußpolitik ist gefährlich. Halte daher schnelle Erledigung der Skutarifrage für dringend erwünscht. Befürchte, daß Serbien Doppelspiel treibt."

Die akute Krisis war beschworen. Serbien beschloß, alle Angriffe auf Skutari einzustellen und seine Truppen zurückzuziehen. Griechen- 13141 13157 land weigerte sich, weitere Transporte zu übernehmen, bereitete sich

13187 aber allen Ernstes darauf vor, Bulgarien bei einem etwaigen Konflikte,
den viele als unabwendbar betrachteten, die Stirn zu bieten. In
Saloniki arbeiteten die Griechen eifrig an der Befestigung der Stadt.

Am 13. April unternahmen die Mächte einen neuen Schritt in
Sofia, tags darauf auch in Belgrad, Athen und Cetinje. Man über-
13112 reichte dort die am 8. April beschlossene Erklärung auf die schon er-
13088 wähnte Antwort der Balkanverbündeten vom 5. April 1913[1]. Die amt-
liche Antwort der Verbündeten auf den Schritt der Mächte erfolgte am
13181 21. April[2]. Sie nahmen zwar die Mediation der Großmächte an,
machten aber allerlei Vorbehalte und behielten sich das Recht vor, mit
den Großmächten über verschiedene Fragen zu debattieren.

Einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege der Befriedung
bedeutete es, daß auch der russische Gesandte in Belgrad, v. Hartwig,
13153 nunmehr zur Nachgiebigkeit in der Frage von Skutari riet. Aus Peters-
burg berichtete Graf Pourtalès, daß die neueste Schwenkung der russi-
13155 schen Politik auf den Zaren persönlich zurückgehe. Ihm seien über
viele Dinge erst jetzt die Augen geöffnet worden, und er habe erst
ganz vor kurzem von den Hetzereien der an Großfürsten verheirateten
montenegrinischen Prinzessinnen in ihrem ganzen Umfange Kenntnis
erhalten.

In der Botschafterreunion vom 11. April machte der französische
Botschafter Paul Cambon den Vorschlag einer neuen Flottenentsendung,
um damit einen Druck auf die Türkei auszuüben. Dem deutschen
13149 Kaiser war dieser Schritt wenig sympathisch. Auch England machte
13150 Vorbehalte, während man in Paris eine Flottendemonstration an der
Meerenge jetzt des allgemeinen moralischen Eindrucks halber für nütz-
13164, lich hielt. Zwischen Bulgarien und der Türkei trat am 15. April eine
13169, 13170 zehntägige Waffenruhe ein, die am 23. April auf weitere zehn Tage ver-
13184 längert wurde.

Der König von Montenegro blieb hartnäckig. Er berief sich auf
den Wunsch der Armee und erklärte noch am 16. April dem deutschen
13168 Gesandten v. Eckardt, seine Truppen würden die Belagerung fortsetzen
und versuchen, den Tarabos zu nehmen. Die serbischen Truppen
würden unverzüglich auf österreichischen Schiffen abfahren; ihre Stel-
lungen hätten jetzt die montenegrinischen Truppen eingenommen. Die
Abgrenzung Albaniens sei unmöglich; man sehe, daß es Österreich
in erster Linie darauf ankomme, ihn und sein Volk zu demütigen. In
Wien beobachtete man die Fortsetzung der Belagerung von Skutari
mit dem größten Mißtrauen und erklärte, man müsse die heraus-
13179 fordernde Haltung Montenegros mit einer Verschärfung der Pressions-
maßregeln beantworten. Als Minimum wäre die Landung von De-
tachements und die Besetzung eines oder mehrerer Küstenpunkte in

---

1) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 088 siehe S. 74*.

2) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 181 siehe S. 75*/76*.

Betracht zu ziehen. In Berlin war man bereit, der österreichischen Anregung zu entsprechen und dem Kommandanten der „Breslau" in diesem Sinne Anweisungen zu geben. Zu Landungen sollte aber erst geschritten werden, wenn die Zustimmung aller Mächte vorlag.

Die hartnäckige Haltung Montenegros führte die Londoner Botschafterkonferenz auch zu der Erwägung, ob es, wie Cambon vorschlug, geraten sei, Skutari von der Türkei den Mächten abtreten zu 13182 lassen, um dadurch dem Könige Nikita eine Handhabe zum Verzicht zu bieten. Am 27. April erfolgte in diesem Sinne ein Schritt in Cetinje und in Pera.

Je mehr die Aussicht auf einen baldigen Präliminarfrieden mit der Türkei an Wahrscheinlichkeit zunahm, um so größer wurde die Spannung zwischen den Verbündeten. Schon anfangs April war viel von einem Zusammenstoß zwischen Bulgarien einerseits, Serbien und Griechenland andererseits die Rede, und Sasonow hatte schon am 6. April die griechische Regierung nachdrücklich warnen lassen, Schritte gegen Bulgarien zu unternehmen. Am 22. April berichtete der deutsche Gesandte in Sofia, v. Below-Saleske, es erscheine nicht ausgeschlossen, 13185 daß es auch zu Tätlichkeiten zwischen den Alliierten kommen könnte. Man schien in Bulgarien für die bevorstehende Abrechnung mit den bisherigen Verbündeten auch auf Deutschlands Unterstützung zu rechnen, die den Bulgaren Saloniki verschaffen würde. Hierfür bestand in Berlin, ganz besonders beim Kaiser, nicht die geringste Neigung.

Einen zusammenfassenden Überblick über die bisherigen Ereignisse gab Botschafter Frhr. v. Wangenheim in seinem Bericht vom 22. April. Danach war Rußland, unterstützt von Frankreich, in der 13186 ersten Hälfte des Balkankrieges hauptsächlich darauf ausgegangen, den Sieg der Balkanvölker über die Türkei zu einem möglichst vollständigen zu gestalten. In der zweiten, längeren Hälfte des Krieges aber war das Bestreben des Zweibundes mehr darauf gerichtet, den Balkanbund zusammen- und als zukünftiges Mitglied der Tripelentente lebensfähig zu erhalten. An Rußlands Einspruch sei die direkte bulgarisch-türkische Verständigung gescheitert. „Sämtliche Alliierte sollten gleichmäßig befriedigt werden, damit zwischen ihnen kein Streit über die Beute entstände. Adrianopel mußte bulgarisch werden, damit Monastir den Serben, Saloniki den Griechen belassen und Silistria an Rumänien abgetreten werden könne. In fortwährendem Intrigenspiel gegen die Londoner Botschafterkonferenz sind Rußland und Frankreich ihrem Ziele allmählich nähergerückt. Ob sie es ganz erreichen werden, ist zweifelhaft. Sicher ist dagegen, daß allein durch die von Rußland und Frankreich verursachten Hemmungen und Verzögerungen der Balkankrieg unnötig in die Länge gezogen worden ist."

Die türkische Armee fühlte sich noch nicht geschlagen. Viele Offiziere träumten noch von einer Wiedereroberung der verlorenen Provinzen, und man erwartete große Taten von der Flotte, rechnete

auch damit, daß schließlich die Großmächte unter sich in Händel geraten könnten. Erst unter dem Druck des Verlustes von Janina am 6. März und des Falles von Adrianopel konnte Mahmud Schewket das Schicksal der Türkei in die Hände der Mächte liegen. „Es war keine Kleinigkeit, die türkische öffentliche Meinung in die Stimmung zu versetzen, deren ein Patient bedarf, bevor er sich einer unvermeidlichen Amputation unterzieht. Noch bis zu den letzten Tagen war zu befürchten, daß der Kranke plötzlich zum Messer griff und sich auf den Arzt stürzte.“ Nun war es der türkischen Armee gelungen, in der Defensive ihr schwer erschüttertes Ansehen wiederherzustellen.

Über die Verhandlungen der Botschafter in London und Petersburg geben die Dokumente des 271. Kapitels zusammenhängend Auskunft. Hingewiesen sei auf die deutschen Übersetzungen der Dokumente Nr. 13 050, 13 058, 13 062, 13 082, 13 083, 13 088, 13 140, 13 181 auf den Seiten 71*—76*.

Kapitel 272

Die Frage der Mandatserteilung an Oesterreich-Ungarn und Italien
Der Griechisch-Italienische Zwist über Griechenlands Nordgrenze
Der Präliminarfrieden von London
April bis Mai 1913

Das sehr umfangreiche 272. Kapitel umfaßt die Vorgänge zwischen dem Fall von Skutari am 23. April und der Unterzeichnung des Präliminarfriedens von London am 30. Mai 1913. Die zahlreichen Dokumente zeigen deutlich die Gruppierung der Großmächte, wie sie angesichts der Vorgänge auf dem Balkan allmählich entstanden war. Sie lassen sich am besten in zwei Gruppen gliedern, deren erste die Dokumente Nr. 13 188—13 267 umfaßt. Am 3. Mai 1913 lenkte 13266 endlich der König von Montenegro ein und erklärte sich bereit, so schnell wie möglich ein Ministerium zu bilden, das die Räumung von Skutari vertrat. Der König betonte bei diesem Anlasse aufs neue sein von der Geschichte und der Tatsache der Eroberung geheiligtes Recht. 13267 Er legte das Schicksal der Stadt Skutari in die Hände der Mächte[1]).

Die zweite Gruppe der Dokumente reicht von Nr. 13 268—13 354 und zeigt die Bemühungen der Mächte um den Ausgleich der griechisch-italienischen Differenzen über die Nordgrenze Griechenlands, sowie um die Zusammenführung der streitenden Balkanmächte zu dem Präliminarfrieden von London.

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 267 siehe S. 79*.

Die Erregung über Montenegros eigenmächtiges Verhalten war bei den Mächten des Dreibundes sehr groß. In Österreich hielt man es für geboten, Montenegro zur Aufgabe von Skutari zu zwingen. Kaiser 13188, 13189 Wilhelm II. erblickte in dem Verhalten des Königs Nikita einen Hohn auf die Großmächte und hätte am liebsten eine Bundesexekution gegen 13190 Montenegro unter englischer Führung gesehen. Die Londoner Botschafterversammlung war einmütig entschlossen, unverzüglich in Cetinje den Willen der Mächte kundzutun, wonach Skutari nicht im Be- 13191 sitze der Montenegriner bleiben sollte. Österreich-Ungarn erklärte, unter Umständen allein vorgehen zu wollen, während die französische 13195, 13193 Regierung die Auffassung vertrat, daß der König von Montenegro angesichts des einmütigen Willens der Mächte Skutari wieder räumen 13194 würde. In England war man nicht ohne weiteres bereit, aktiv gegen 13196 Montenegro vorzugehen. In Petersburg erklärte Sasonow die Frage von Skutari als eine „res judicata", woran die Eroberung der Festung 13198 nichts ändern könne. Er wünschte, dem Könige Nikita durch Zusicherung einer Gebietsentschädigung oder finanziellen Beihilfe seinen 13199 Entschluß zu erleichtern.

Die Kriegspartei in Wien unter Führung des Generals v. Conrad erblickte in Montenegros Verhalten die Möglichkeit für Österreich- 13202 Ungarn, aus dem Mächtekonzert auszuscheiden und weitere Schritte nach eigenem Ermessen zu unternehmen. Dabei dachte General v. Conrad auch an ein Vorgehen gegen Serbien, während die Sympathie für Bulgarien im österreichischen Generalstabe im Zunehmen begriffen war. „Von der Stimmung hier", schrieb Botschafter v. Tschirschky am 24. April an den Staatssekretär v. Jagow, „können Sie sich schwer 13203 einen Begriff machen. Es herrscht das Gefühl der Schande, der verhaltenen Wut, das Gefühl, von Rußland und seinen Freunden an der Nase herumgeführt zu werden. Auf den armen Berchtold wird in den schärfsten Ausdrücken geschimpft . . . Glauben Sie nicht, daß ich schwarz male oder die Dinge durch eine österreichische Brille sehe. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß die Monarchie Europa und besonders ihren eigenen Völkern vor Augen führt, daß sie kein Kadaver ist, über den andere disponieren können, wie es ihnen beliebt. Selbst der sehr ruhige Avarna[1]) sprach mir gegenüber noch heute sehr ernst in diesem Sinne. Der innere Zersetzungsprozeß würde reißend fortschreiten, wenn die Monarchie jetzt nicht ihrem Willen Geltung zu verschaffen vermöchte. General v. Conrad hat einem seiner österreichischen Freunde gegenüber auf dessen Frage, ob die Armee noch gegen jeden Feind marschieren würde, geantwortet: ‚Jetzt, ja. Ob aber in einigen Jahren, ist fraglich.' Das ist übrigens hier die ganz allgemeine Auffassung. Wie steht es aber dann mit dem Werte Österreichs als Bundesgenosse? Wenn die Monarchie jetzt nicht ihren

---

[1]) Herzog von Avarna, italienischer Botschafter in Wien.

Willen durchsetzt, so bedeutet das eine Niederlage des zurzeit noch führenden deutschen Volksstammes, der damit seine Impotenz eingestehen würde, der Monarchie den Charakter als Großmacht zu erhalten. Die slawische Welle innerhalb der Monarchie wäre nicht mehr einzudämmen und das Bundesverhältnis auf die Dauer kaum aufrechtzuerhalten.“ Nachdrücklich wies Tschirschky auch auf die inneren Gefahren hin, die die äußere Lage für die Monarchie im Gefolge habe.

Kaiser Wilhelm trat nunmehr für jeden energischen Schritt ein, der 13204 tunlichst unter englischer Führung unternommen werden sollte. „Jede Kombination ist Seiner Majestät dabei recht, zum Beispiel auch eine Kooperation Österreichs, Italiens und Frankreichs . . . Vor allem müsse bald etwas geschehen, da Seine Majestät sonst Österreich nicht hindern könne und wolle, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.“

Eine erhebliche Schwierigkeit bestand von vornherein darin, daß die englische Regierung wohl für die Erteilung eines Mandats an Öster- 13206 reich und Italien, nicht aber dafür zu haben war, selbst die Führung zu übernehmen oder die Beteiligung englischer Truppen zuzugestehen. In Italien wünschte man nicht, mit Österreich gemeinsam vorzugehen, 13212 falls England nicht dabei war (Nr. 13 218, 13 228, 13 244, 13 245). Infolgedessen gelang es auch nicht, die Londoner Botschafterversammlung zur Festsetzung von Zwangsmaßregeln zu veranlassen. „Der Schlüssel der Situation liegt bei England,“ telegraphierte Jagow am 13207 26. April nach London. „Von dem Maße seiner Einwirkung auf Rußland und Frankreich wird es abhängen, ob diese Mächte ihren Verpflichtungen nachkommen werden oder nicht.“

Die Wiener Regierung hielt es nunmehr für geboten, eine „sehr feste und energische Politik“ zu führen. Auch Kaiser Franz Joseph war 13209 der Ansicht, daß ein weiteres Hinschleppen der Krise durch hinhaltende Taktik oder ausweichende Antworten der Mächte gefährlich sei, weil man damit in Wien nur immer weiter in den Sumpf hineingerate und schließlich gezwungen werden würde loszuschlagen, nur um Ehre und Existenz als Großmacht zu retten. Man müsse Europa den Glauben nehmen, meinte der Erste Obersthofmeister des Kaisers, Fürst Montenuovo, daß der alte Kaiser keinen Krieg mehr wolle, und daß man sich daraufhin alles gegenüber der Donaumonarchie gestatten könne. „Wenn wir zeigen, daß wir das Risiko eines Krieges nicht scheuen, werden wir am besten für den Frieden arbeiten.“

Die Londoner Botschafterversammlung hatte am 23. April be- 13206 schlossen, einen baldigen gemeinsamen Schritt in Cetinje zu tun. Dieser erfolgte am 27. April. König Nikita ließ daraufhin den deutschen 13221 Gesandten v. Eckardt rufen und fragte ihn, was er anfangen solle. Eckardt riet ihm, die Stadt unter den Schutz der Mächte zu stellen und ihr endgültiges Schicksal späteren diplomatischen Verhandlungen anheimzugeben. Der König erteilte sodann am 30. April eine ausweichende Antwort.

Von der größten Wichtigkeit war während der Krise die Haltung Rußlands. Nach der Ansicht des Grafen Berchtold würde auch Rußland dann nicht kriegerisch eingreifen, wenn Österreich etwa gegen Serbien vorging. In Berlin dachte man anders darüber und erteilte sofort in Wien den Rat, ein etwaiges Vorgehen auf Montenegro zu beschränken. 13225 13226

Sir Edward Grey betrachtete die Lage „mit gewohntem Gleichmut und eisiger Ruhe". Zeitweilig schien er der Erteilung eines Mandats an Österreich-Ungarn zuzuneigen [1]), empfahl aber, Montenegro irgendwie zu entschädigen. Hierfür bestand in Deutschland wenig Neigung. 13227 13232 13233

Die österreichischen Militärs vertraten dauernd den Standpunkt, daß Montenegro nur durch Waffengewalt zum Verzicht auf Skutari gebracht werden könne. General v. Conrad bezweifelte es allerdings, daß Italien eine militärische Aktion gegen Montenegro mitmachen werde. 13234

In London bestrebte man sich mit allen Kräften, die Vertreter der Balkanstaaten zur baldigen Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu bestimmen. Das schien um so erwünschter, als in Albanien Essad Pascha die Autonomie Albaniens unter türkischer Oberhoheit proklamierte, in Tirana eine Regierung einrichtete und sich selbst zum Herrscher Albaniens ausrufen lassen zu wollen schien. Zeitweise schien Österreich entschlossen, selbständig vorzugehen, da Italien seine abwartende Haltung nicht aufgab (Nr. 13 240, 13 244, 13 245, 13 246). Griff Österreich-Ungarn auch Serbien an, so war nach dem Urteil des Botschafters Cambon in London der Zusammenstoß mit Rußland unvermeidlich. Den Plänen des Generals v. Conrad setzte Graf Berchtold nach wie vor einen wirksamen Widerstand entgegen. 13236, 13237 13238, 13239 13241 13247

Anfangs Mai sprachen sich die Mächte des Balkanbundes für London als Ort der Friedensverhandlungen aus. Von einem alleinigen Vorgehen Österreichs erwartete Grey eine üble Einwirkung auf die öffentliche Meinung anderer Länder und riet daher zur Vorsicht [2]). Am 1. Mai vermochte er mitzuteilen [3]), daß Montenegro voraussichtlich einlenken werde, was denn auch am 3. Mai erfolgte [4]). 13251 13252

Das zögernde Verhalten Greys in den vergangenen Wochen hatte aber auch bereits bei Kaiser Wilhelm II. äußerst verstimmend gewirkt. In einer Schlußbemerkung zu einem Telegramm des Botschafters Fürsten Lichnowsky vom 1. Mai warf der Kaiser dem englischen Minister vor, mit Bewußtsein anti-österreichische Politik zu treiben; der Führer der europäischen Konferenz, ihr sogenannter Erhalter, gebe mit Bewußtsein das Signal zum Weltenbrande. Jagow vermerkte hierzu: „Erfahrungen, die wir mit Sir E. Grey nicht nur in jetziger Krisis, sondern schon in bosnischer und marokkanischer Frage gemacht haben, lassen 13252

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 232 siehe S. 76*/77*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13251 siehe 77*/78*.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 252 siehe S. 78*/79*.
[4]) Siehe o. S. 62.

Urteil Seiner Majestät nicht zu scharf erscheinen. Eigenart Ministers, mag sie auf Schwäche oder insularer Einseitigkeit oder Überhebung beruhen, läuft in Praxis auf Unzuverlässigkeit hinaus, mit der wir rechnen müssen. Jedenfalls beabsichtigen wir nicht, Schwankungen englischer Politik weiter mitzumachen." Wenn die Taten des Ministers seinen 13254 hochtönenden Worten im Parlament auch nur einigermaßen entsprochen hätten, telegraphierte Jagow am 2. Mai nach London, so würde die Skutarifrage längst gelöst sein.

Kurz ehe Montenegro einlenkte, erklärte sich Italien zu einer 13258 Parallelaktion mit Österreich bereit. Während letzteres gegen Skutari vorginge, würde Italien sich gegen Valona wenden, um in Albanien 13261 dem Vordringen des serbisch-montenegrinischen Einflusses und der Besitzergreifung Essads entgegenzutreten. In Wien plante man das Vorgehen eines Landungsdetachements von San Giovanni di Medua 13262 auf Skutari ohne Berührung montenegrinischen Gebietes. Eifrig war man bestrebt, die Beziehungen zu Bulgarien zu verbessern.

13270 Am 1. Mai hatte Grey den Londoner Botschaftern den Entwurf eines Friedensvertrages[1]) zwischen der Türkei und den Balkanverbündeten unterbreitet. Am 5. Mai teilte er dem Fürsten Lichnowsky und 13273 anschließend den Botschaftern mit, daß der König von Montenegro das Schicksal Skutaris in die Hand der Mächte gelegt habe. In der Botschaftersitzung herrschte über diese Lösung große Befriedigung[2]). 13274 Der das internationale Geschwader kommandierende Admiral sollte Weisung erhalten, sich mit den montenegrinischen Behörden behufs Besitzergreifung der Stadt in Verbindung zu setzen.

Auch Graf Berchtold war über diese Lösung sehr erfreut, während 13272 die Nachricht auf den General v. Conrad einen „niederschmetternden" 13276 Eindruck machte. Nach einem Bericht des Majors Grafen Kageneck war Conrad „absolut verzweifelt". Nunmehr, meinte er, solle man 13278 ruhig abwarten, wie sich Albanien entwickele, und ob es sich überhaupt als lebensfähig erweise. Von einer Entlassung der österreichisch-ungarischen Reservisten in den neuen Provinzen könne so lange keine Rede sein, als die Abrechnung zwischen den Serben und Bulgaren nicht bereinigt und der Friede am Balkan noch nicht geschlossen sei. Die Frage einer Kooperation Österreichs und Italiens gegen Skutari war 13281 nun gegenstandslos geworden. Von irgendwelchen militärischen Expeditionen nach Albanien wollte man in Wien nichts wissen.

Trotz der nunmehr eintretenden Entspannung der internationalen Lage, die auch Sasonow erfreut begrüßte, äußerte er nach wie vor das 13282 tiefste Mißtrauen gegen die österreichische Politik. Selbst in Kreisen, die den panslawistischen Hetzern fernstanden, hörte Graf Pourtalès die Frage aufwerfen, ob man nicht Österreich-Ungarn schon zu weit ent-

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 13 270 siehe S. 80*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 274 siehe S. 80*/81*.

gegengekommen sei. Gesellschaftlich kam das darin zum Ausdruck, daß ein großer Teil der Petersburger Gesellschaft den Verkehr mit der österreichisch-ungarischen Botschaft ganz abbrach. Auf Deutschland wurde diese Abneigung nicht ausgedehnt. Man bekundete häufig die Zuversicht, der deutsche Kaiser werde nicht zulassen, daß Österreich-Ungarn in seinen Ansprüchen zu weit gehe. Skeptisch vermerkte der Kaiser hierzu: „Der Kampf zwischen Slawen und Germanen ist nicht mehr zu umgehen; er kommt sicher. Wann? das findet sich.“

Am 10. Mai 1913 vereinbarte das vor Antivari liegende Geschwader 13288 mit dem Gouverneur von Skutari die Übernahme der Stadt und die Aufhebung der Blockade zum 13. Mai.

Die Londoner Botschafterversammlung beschäftigte sich inzwischen mit dem Verfassungsentwurf für Albanien[1]), den der österreich- 13289 ungarische und der italienische Botschafter vorlegten. Danach sollte Albanien unter der rein nominellen Oberhoheit des Sultans autonom und neutralisiert werden. Die Friedensfragen traten in den Vordergrund, wobei sich herausstellte, daß zwischen Wien und Berlin gewisse Gegensätze bestanden. In Wien wünschte man eine Annäherung an Bulgarien und erklärte, „Serbien auf absehbare Zeit als Gegner be- 13291 trachten und danach behandeln“ zu müssen.

In Berlin befürchtete man, daß die Unterstützung Bulgariens Rumänien dem Dreibunde entfremden könnte. Jagow hat sich hierüber mehrfach deutlich ausgesprochen. Betonte man in Wien, daß das enge Bundesverhältnis zwischen den beiden Reichen es an sich ausschließe, daß sie am Balkan eine verschiedene oder gar entgegengesetzte Politik verfolgten, so meinte Jagow, Deutschland brauche noch lange nicht 13291 „alle Wiener Dummheiten mitzumachen“. Die deutsche Regierung müsse Bedenken tragen, eine Politik zu verfolgen, die nach ihrer Überzeugung lediglich das Ergebnis haben würde, Rumänien dem Dreibunde vollständig zu entfremden und Griechenland auf die Seite der 13292 Tripelentente zu führen, ohne durch den Anschluß Bulgariens eine entsprechende Kompensation zu schaffen. Auch trat Jagow dafür ein, daß Italien seine Differenzen mit Griechenland wegen der Südgrenze Albaniens in vertraulichen Verhandlungen mit Athen erledigen möge. 13294 In der gleichfalls brennenden Frage der Ägäischen Inseln stand Jagow auf der Seite der Türkei.

Bedrohlich wuchs schon anfangs Mai 1913 die Gegnerschaft der bisherigen Balkanverbündeten gegen die Haltung Bulgariens empor. Graf Berchtold sprach schon am 9. Mai von der Möglichkeit eines 13296 Krieges zwischen Serbien und Bulgarien, und General v. Conrad riet erneut, sich sofort den Gegensatz zwischen Serbien und Bulgarien zunutze zu machen, um die großserbische Frage im österreichischen Sinne zu lösen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 289 siehe S. 81*/83*.

Die Balkanverbündeten hatten am 1. Mai die am 21. April von der Londoner Botschafterreunion beschlossene Antwort der Mächte (vgl. 13298 Nr. 13 181) erhalten. Sie antworteten hierauf am 12. Mai[1]), sie seien bereit, die Feindseligkeiten einzustellen und London als Ort der Zusammenkunft für die Friedenskonferenz anzunehmen, in der dieselben Bevollmächtigten tätig sein sollten wie zuvor. Über den weiteren Gang der Verhandlungen geben die Dokumente Nr. 13 299—13 330 Aufschluß[2]).

Anläßlich der Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Herzoge Ernst August von Braunschweig und Lüneburg weilten sowohl der Kaiser Nikolaus wie auch König Georg V. von England in Berlin. Das Zusammensein der Monarchen gewährte die Möglichkeit näherer Aussprache, wobei der Zar seinen Wunsch bekundete, die Türkei in ihrem 13330 jetzigen Bestande erhalten zu sehen. Am Tage vor der Hochzeit war ein Telegramm der Königin Sophie von Griechenland in Berlin eingegangen, wonach infolge des Eindringens bulgarischer Truppen in die neutrale griechisch-bugarische Zone Verwicklungen zwischen Griechenland und Bulgarien bevorzustehen schienen. Der Zar sowohl wie Kaiser Wilhelm II. sandten sofort Telegramme an den König von Bulgarien und machten auf die großen Gefahren aufmerksam, die ein erneutes Aufflammen des Balkankrieges für die beteiligten Staaten haben würde. 13331 „Die Großmächte haben in langwierigen Bemühungen getrachtet, den Frieden wiederherzustellen, und sie können mit Recht erwarten, daß in dem Moment, wo dieser seinem Abschlusse nahe ist, ihr Friedenswerk nicht wieder gefährdet wird.“ Auch König Georg V. hatte sich sehr scharf über Bulgarien geäußert.

Auf der Botschafterreunion tat Sir Edward Grey am 26. Mai 13334 einen entscheidenden Schritt[3]). Er erklärte, er könne nicht unbeschränkte Geduld üben und wäre geneigt, von sich aus den Verbündeten folgendes zu sagen: Wer unterschreiben wolle, solle unterschreiben; wer nicht unterschreiben wolle, solle London verlassen. Tatsächlich 13335 empfing er die Chefs der Balkanfriedenskommission tags darauf einzeln und legte ihnen seinen Standpunkt mit den Worten dar: „Il faut signer ou partir“ (entweder zeichnen oder abreisen!). Die Bulgaren zeigten sich sehr befriedigt, die Griechen und Serben dagegen überrascht und verletzt, da dies keine „Mediation“, sondern eine „Intervention“ bedeute.

Die neue Gruppierung auf dem Balkan trat nun in den Vordergrund des Interesses. Rußland wünschte die dauernde Erhaltung des 13338 Balkanbundes. Österreich-Ungarn erblickte hierin eine Gefahr. Bul-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 298 siehe S. 83*.

[2]) Deutscher Wortlaut der Dokumente Nr. 13 315, 13 316, 13 317 siehe S. 83*/87*.

[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 334 siehe S. 87*/88*.

garien beklagte sich über absichtliche Verzögerung des Friedensschlusses durch die serbisch-griechischen Machenschaften, wobei Griechenland von Serbien, das nicht wage, offen gegen Bulgarien auf- [13339] zutreten, vorgeschoben sei. Die Großmächte waren an sich bereit, Montenegro eine Geldentschädigung zuzugestehen, nicht aber dem Könige Nikita, der durch Börsenspekulationen große Summen verdient haben sollte. Von dem Gedanken eines Schiedsgerichts zur Regelung [13276, 13340] der Balkanfragen wollte man in Berlin nichts wissen, jedenfalls nicht daran teilnehmen.

Sehr unbequem empfand man in Berlin, daß Österreich durchaus [13344] Annäherung an Bulgarien suchte. Nur ungern entschloß man sich [13346] auf Österreichs Wunsch dazu, von einer Allianz zwischen Rumänien und Serbien abzuraten. Deutschland habe ein größeres Interesse an [13347] dem bewährten rumänischen Freunde als den ganz zweifelhaften Bulgaren. Jedenfalls möge das Wiener Kabinett versuchen, von seinem [13348] bulgarischen Freunde eine Gegenleistung für Rumänien durchzusetzen. [13349]

Die französische Politik setzte sich damals energisch für die griechischen Wünsche ein und hoffte, sich hierdurch Griechenland dauernd [13350] zu verknüpfen. Die Frage der Abgrenzung Südalbaniens bot wegen [13351, 13352] der Haltung Griechenlands erhebliche Schwierigkeiten.

Am 30. Mai teilte Sir Edward Grey mit, daß die Beratungen der Botschafter infolge der Unterzeichnung des Präliminarfriedens von London auf den 5. Juni vertagt würden. Man vereinbarte das Pro- [13353] gramm für die weitere Tätigkeit, die sich auf die Fragen der Organisation Albaniens, auf die Festlegung der albanischen Grenze[1]) im Südosten und Süden und auf die Frage der Inseln im Ägäischen Meer beziehen sollte. Zunächst erstrebte man eine Einigung der Mächte über die wichtigsten Punkte.

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 354 siehe S. 88*.



Der Dritte Balkankrieg
1913

Der fünfunddreißigste Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 35. Bandes

Kapitel 273

Die Krise im Balkanbund
Der Bruch zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten
Griechisch-Türkische Allianzverhandlungen
Mai bis Juni 1913

Zwischen den griechischen und bulgarischen Truppen fanden schon im Mai 1913 blutige Zusammenstöße statt. Die Verzögerung [13355] der Friedensverhandlungen erhöhte die Gereiztheit, besonders auch zwischen Bulgarien und Serbien. Die Türkei glaubte zwar noch nicht [13356] an einen Krieg zwischen den Verbündeten, bereitete sich aber darauf vor und war gewillt, in diesem Falle die Neutralität der Türkei an den [13357] Meistbietenden zu verkaufen.

Am 1. Juni trafen sich die Ministerpräsidenten Paschitsch und Geschow in *Zaribrod* und verabredeten, daß die Ministerpräsi- [13358] denten der vier verbündeten Balkanstaaten demnächst zusammenkommen sollten, um einen friedlichen Ausgleich zu suchen. Aus Sofia berichtete der deutsche Militärattaché, offensive Bewegungen seien bisher (2. Juni) weder auf bulgarischer noch serbischer Seite festgestellt; die Serben wollten offenbar ohne eine klare Stellungnahme [13359] Rumäniens nicht losschlagen.

Graf Berchtold äußerte sich besorgt dahin, daß Österreich-Ungarn bei der endgültigen Lösung der Abgrenzungs- und der wirtschaftlichen [13360] Fragen mitzureden haben müsse. In Sofia ließ er fragen, welche Politik Bulgarien der Monarchie gegenüber in Zukunft zu befolgen [13361–13364] gedenke. Geschow antwortete ausweichend.

Da Serbien und Bulgarien nicht nachgeben wollten, Griechenland aber sich bereit zeigte, einen Defensivvertrag mit der Türkei abzuschließen, bot Rußland in Athen ein Schiedsgericht der Tripel- [13363, 13367] entente an, worauf Griechenland einging. Falls bei der geplanten Zusammenkunft der Ministerpräsidenten eine Einigung nicht zustande kam, erwog man eine Zusammenkunft in Petersburg. Die Gefahr [13365] eines neuen Zusammenstoßes konnte trotz der Zusammenkunft von [13366] Zaribrod nicht als beseitigt gelten.

Bestimmend wurde jetzt die Haltung Rumäniens, das erklärte, [13368] bei einer Verschlimmerung der Lage auf dem Balkan nicht indifferent

bleiben zu können. Bulgarien aber war durchaus nicht geneigt, in eine
13369 von seinen Verbündeten geforderte Revision des Vertrages zu willigen, obwohl in Paris Poincaré, Pichon und Iswolski deutlich erklärten, Bulgarien müsse Serbien gegenüber nachgeben.

Die Wiener Diplomatie war in großer Verlegenheit. Graf Berchtold beabsichtigte zwar noch nicht einzugreifen, wollte aber „eine ins Gewicht fallende Vergrößerung Serbiens“ nicht dulden. Die Entlarvung des Obersten Redl, der als Generalstabschef des Prager Armeekorps seit Jahren für Rußland spioniert hatte, wirkte in Wien
13370 tief niederschlagend. Tschirschky bemerkte dazu am 30. Mai, daß er es für falsch halten würde, von diesem Falle auf eine allgemeine Fäulnis der österreich-ungarischen Armee zu schließen. „Ich halte sie für durchaus gesund; sie ist wohl leider zurzeit das einzige noch gesunde Glied an dem Körper der Monarchie.“

Griechenland und Serbien zeigten sich fest entschlossen, Bulgarien gegenüber jedes friedliche Mittel, sowohl Mediation wie
13371 Schiedsgericht, anzuwenden, bei der Verteilung des eroberten Gebietes aber durchaus ihre Interessen zu wahren.

Die Londoner Botschafterreunion hatte am 30. Mai festgestellt, daß ein Widerspruch gegen die Abtretung der Inseln an Griechenland unter bestimmten Voraussetzungen von keiner Macht beabsichtigt wurde. Die Türkei hoffte gleichwohl in dieser Frage auf ein Entgegenkommen Griechenlands. In Serbien rechnete man damit, daß die
13373 Gemeinschaft der Interessen Griechenland zwingen werde, bei einem Konflikte mit Bulgarien Serbien zu unterstützen. Den Krieg mit
13374 Bulgarien hielt man in Athen für unvermeidlich. Man hatte dort
13375 sichere Nachricht, daß der bulgarische Aufmarsch am 18. Juni beendet sein, und daß die Bulgaren ohne Kriegserklärung die Offensive ergreifen würden. In Serbien zeigte man sich daher entschlossen, falls Bulgarien den Zusammentritt der Ministerkonferenz noch länger ver-
13376 zögere, unverzüglich die Annexion der besetzten Landesteile auszusprechen und Griechenland sowie Montenegro zu gleichem Vorgehen aufzufordern. Bulgarien verhandelte inzwischen eifrig mit der
13377 Türkei über eine Allianz.

Die in London immer noch tagende Friedenskonferenz wurde am
13378 10. Juni geschlossen. Um die Türkei warb man von serbischer wie von
13379 bulgarischer Seite. Die bulgarischen Angebote waren aber zu unbestimmt, als daß sie wirksam hätten sein können. Am 5. Juni beschloß
13381 die Londoner Botschafterkonferenz auf russische Anregung, die Großmächte sollten die Kriegführenden zur sofortigen Verminderung ihrer mobilen Truppen einladen. Deutschland stimmte zu.

13380 Ein an die Könige von Bulgarien und Serbien gerichtetes Tele-
13384 gramm des Zaren vom 8. Juni hatte die Bereitschaft des Zaren zur Übernahme des Schiedsrichteramtes zwischen den beiden Staaten

in Aussicht gestellt und die Wendung enthalten, daß ein Krieg zwischen den Verbündeten ihn, den Zaren, nicht teilnahmslos lassen könnte. „Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Staat, der diesen Krieg beginnen würde, dafür der slawischen Sache gegenüber verantwortlich wäre. Ich behalte mir jede Freiheit für die Haltung vor, die Rußland gegenüber dem Ausgang eines so verbrecherischen Kampfes einnehmen würde.“ In Bulgarien hoffte man, sich im Falle der Not 13383 auch noch in letzter Stunde die Neutralität Rumäniens sichern zu können.

Die griechisch-türkische Annäherung wurde in Berlin und Wien 13386 freudig begrüßt, in Wien hauptsächlich deshalb, weil sie eine Er- 13387 neuerung des Balkanbundes unmöglich machte.

Die Unklarheit der Lage veranlaßte Serbien am 11. Juni zu einer Note an die bulgarische Regierung, in der eine gegenseitige 13388 Herabsetzung des Truppenbestandes vorgeschlagen wurde. Bulgarien 13389, 13390 antwortete ausweichend und schlug eine gemeinsame militärische Besetzung sämtlicher strittigen Gebiete vor. In Athen rechnete man 13397 nun mit einem baldigen Ausbruche der Feindseligkeiten, zumal Ru- 13392 mänien sich zur Mobilmachung anzuschicken schien. Sasonow zeigte 13393 sich sehr besorgt. Er schien noch auf einen Ausgleich durch eine 13391 Besprechung der leitenden Minister in einer gemeinsamen Konferenz zu hoffen; gelang dies nicht, so war er bereit, Rußland das Schiedsrichteramt zwischen Bulgarien und Serbien — aber nur zwischen diesen beiden Staaten — übernehmen zu lassen.

Das Hervortreten des Zaren wirkte auf die Wiener Staatsmänner beunruhigend. „Die Rolle, die der Zar sich anmaßt, als Haupt des 13395 gesamten Slawentums und Protektor der Balkanstaaten, hat hier in politischen Kreisen die Ansicht befestigt, daß es schließlich ohne eine klare Auseinandersetzung zwischen der Monarchie und Rußland nicht werde abgehen können.“ Kaiser Wilhelm II. und seine Staatsmänner teilten diese Auffassung nicht. Nach Ansicht des Kaisers gab es für Wien „nur eine Rettung, sich mit dem Balkanstaat, gegen den der Zar entscheidet, zu befreunden und [ihn] an sich zu fesseln, um so ein Loch in den allslawischen Bau zu brechen“. Auch Kaiser Franz 13396 Joseph hatte sich über das Telegramm des Zaren empfindlich geäußert.

Am 19. Juni übergab Bulgarien seine Antwort auf die serbische 13401 Forderung einer Vertragsrevision [1]) in Belgrad. Sie war durchaus ablehnend und warf Serbien vor, seine Ausdehnung auf bulgarische Kosten zu erstreben. Die serbische Erbitterung gegen Bulgarien wurde dadurch aufs äußerste gesteigert. Bulgarien weigerte sich auch, 13402 seinen Ministerpräsidenten nach Petersburg zu entsenden, solange

---

[1]) Siehe oben S. 74.

13398 13408 Serbien nicht bereit sei, die Bedingungen des bulgarisch-serbischen Vertrages einzuhalten.

Für Deutschland und den Dreibund war die Haltung Rumäniens in erster Linie wichtig. Der König von Rumänien sprach sich mit 13403 großer Entschiedenheit gegen Österreichs Balkanpolitik aus, mit der Rumänien nicht zusammengehen könne. „Während Österreich gegen ein Großserbien sei und angebe, solches wegen der Serben in Österreich nicht ertragen zu können, gegen Großbulgarien aber nichts einzuwenden habe, sei Rumänien für Gleichgewicht zwischen Serbien und Bulgarien und könne kein Großbulgarien dulden . . . Serbien wolle eine gemeinsame Grenze mit Griechenland, wogegen Österreich sei. Serbien und Griechenland ständen sich sehr nahe.“ Trotz der 13404 Allianz mit dem Dreibunde, erklärte König Karol, die er natürlich einhalten werde, gingen jetzt Rumänien und Rußland zusammen.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Balkanstaaten in Peters- 13406 burg schien keineswegs gesichert. Griechenland wollte sie beschicken, 13405 fühlte sich aber nicht verpflichtet, sich dem russischen Schiedsspruche zu unterwerfen. Unter diesen Umständen war es bedenklich, daß Österreich-Ungarn immer wieder erklärte, ein Bündnis auf dem Balkan unter russischer Patronanz — was ja tatsächlich schon seit 1912 bestand — oder gar eine Intervention Rußlands bei einem Kriege auf 13410 dem Balkan nicht dulden zu können. Graf Berchtold betrachtete es als das Recht einer jeden Großmacht, „in seiner Nachbarschaft die Verhältnisse nach seinen Interessen zu regeln“. Rußland wollte er aber das gleiche Recht nicht zugestehen. Ein militärisches Eingreifen Rußlands auf dem Balkan hielt Graf Pourtalès aber nicht für wahr- 13413 scheinlich. „Sollte Österreich-Ungarn militärisch eingreifen,“ berichtete er aber am 23. Juni, „dürfte Rußland zweifellos ebenfalls zu militärischen Maßregeln schreiten. Man ist hier neuerdings gegen Wien politisch äußerst mißtrauisch, Erregung gegen Österreich-Ungarn hat . . . wieder sehr zugenommen.“

Am 24. Juni berichtete der deutsche Gesandte in Belgrad, Ser- 13415 bien sei bereit, den Schiedsspruch des Zaren vorbehaltlos anzunehmen. Damit seien die Friedensaussichten gestiegen. Die Lage 13417 schien etwas gebessert. In Athen schien man den gemeinsamen Schieds- 13420 13425 spruch des deutschen und russischen Kaisers zu wünschen. Kaiser Wilhelm II. hielt es für besser, nicht hineingezogen zu werden.

Entscheidend wurde Rußlands Haltung gegenüber Rumänien. 13422 Sasonow ließ in Sofia wissen, „daß Rußland eine Intervention Rumäniens zulassen und sich nicht rühren werde“. Jagow vermerkte 13423 hierzu am 26. Juni: „Der Ausbruch eines Krieges unter den Balkanstaaten bedeutet für Rumäniens Stellung einen psychologischen Moment. Würde es auch diesen ebenso wie im Herbst den Ausbruch des Balkankrieges wieder verpassen oder dabei auf unseren Rat eine

falsche Partei ergreifen, so würde man zweifellos die Schuld dafür uns in die Schuhe schieben, und der Dreibund in Bukarest vollends ausgespielt haben. Ich glaube daher, nicht die Verantwortung für die Entschlüsse Rumäniens in dieser kritischen Stunde übernehmen zu können. Es muß die Entscheidung selbst fällen, und wir dürfen es meiner Ansicht nach darin nicht hindern. In dem Balkanchaos ist für den Dreibund Rumänien der einzig feste Punkt, und wir können dasselbe ohne schwere Gefahr für unsere zukünftigen Beziehungen nicht gewaltsam zu einem Anschluß an Bulgarien drängen, von dem es sich keinen Vorteil verspricht. Man kann von Rumänien nicht verlangen, daß es seine eigenen vitalen Interessen lediglich der österreichisch-serbischen Feindschaft unterordnet. Daß er nicht Partei für Serbien ergreifen wird, hat König Karol bereits erklärt. Mehr kann meines Erachtens auch Österreich nicht von Rumänien verlangen, zumal alle anderweitigen Bemühungen sich bisher als völlig ergebnislos erwiesen haben.“

Man war daher in Berlin nicht geneigt, Rumänien, wie von Wien am 28. Juni aufs neue gefordert wurde, zu einer Verständigung mit Bulgarien zu drängen. Die jetzige schiefe Situation sei „lediglich ein Ergebnis der — bisher noch dazu erfolglos gebliebenen — bulgarophilen Politik des Wiener Kabinetts“, vor deren Folgen Jagow den Grafen Berchtold schon seit Monaten gewarnt habe. „Ich bedauere daher, dem Wunsche des Grafen Berchtold, einen Druck in Bukarest in der von ihm bezeichneten Richtung auszuüben, nicht entsprechen zu können. Wir würden damit nichts erreichen, sondern höchstens die bereits bestehende Verstimmung gegen den Dreibund noch vertiefen.“ 13428

Zwischen Griechenland und der Türkei verhandelte man immer noch über die Inseln (Dokumente Nr. 13421, 13426, 13429). Zeitweise schien man in Athen bereit, mit der Türkei sogar ein Offensivbündnis abzuschließen. In Berlin war man der Ansicht, daß ein Offensivbündnis ein zu schweres Risiko für Griechenland enthalten würde. 13430

Am 29. Juni wußte man in Sofia amtlich, daß Rumänien im Falle eines Krieges zwischen Bulgarien und Serbien seine Armee mobilisieren werde. Diese Eröffnung machte starken Eindruck. König Karol sprach sich am gleichen Tage mit dem deutschen Gesandten v. Waldthausen dahin aus, ein Großbulgarien widerstreite ebenso den rumänischen wie den russischen Interessen, Bulgarien dürfe nicht die erste Militärmacht am Balkan werden. 13434 13435

Ein Besuch des Präsidenten der französischen Republik Poincaré und des Außenministers Pichon in London vom 24. bis 27. Juni diente auch einem Meinungsaustausche der in London versammelten Staatsmänner der Tripelentente über die Balkanfragen. Man äußerte sich dahin, die Türkei zu erhalten und wiederaufzurichten. Zum Fürsten 13436

Lichnowsky sagte Sir E. Grey, falls es jemals zur Zerlegung Kleinasiens kommen sollte, müßten die deutschen Wünsche jedenfalls Berücksichtigung finden.

Auch in Italien hielt man es für nötig, Österreich zur Nachgiebig- 13437 keit zu mahnen. Der Umstand, daß Österreich in seinen Grenzen erhebliche serbische Bevölkerungsmassen einschließe, die natürlich zu dem Mutterlande strebten, wie dieses zu ihnen strebe, werde stets einen Gegensatz zwischen Serbien und Österreich aufrechterhalten. Im Gegensatze zu der deutschen Auffassung meinte Marquis di San Giuliano, Österreich müsse sich an Bulgarien halten. Jagow betonte demgegenüber seine Befürchtung, daß Deutschland auf diese Weise für eine unsichere bulgarische eine sichere rumänische Freundschaft verlieren könnte.

Ohne Vorwissen der bulgarischen Regierung veranlaßte das bulgarische Hauptquartier — General Sawow — am 29. Juni einen Angriff auf die verbündeten Griechen und Serben. Athen wurde sofort 13438 in Berlin vorstellig, Deutschland möge seine ganze Autorität in Bukarest einsetzen, damit Rumänien Bulgarien angreife. Hierzu war man in Berlin nicht bereit, sondern bewahrte Zurückhaltung.

Die bulgarische Regierung wollte in dem eigenmächtigen Angriffe ihrer Armee auf die Serben und Griechen noch nicht den Kriegsbeginn erblicken, suchte sogar durch einen Schritt in Belgrad 13440 den Anschein zu erwecken, als wenn der Angriff von serbischer Seite ausgegangen sei, und erbat die russische Vermittlung behufs Ein- 13441 stellung der Feindseligkeiten. Hierzu war man in Petersburg bereit.

Die Dinge waren aber schon zu weit gediehen. Die bulgarische Armee kämpfte weiter, und am 1. Juli teilte der serbische Innen- 13443 minister der Skupschtina den Ausbruch des Krieges mit. In Bukarest 13445 traf man Vorbereitungen für den Eintritt in den Krieg. Bulgarische 13448 Schritte in Athen erregten den Verdacht, daß die Bulgaren Griechenland an offensivem Vorgehen durch sich hinziehende Verhandlungen 13444, 13447 hindern wollten, um zuerst die Serben zu schlagen und sich dann gegen die Griechen zu wenden. Andererseits glaubte die Pforte, daß Griechenland in der Inselfrage die Türkei nur hinhalten wolle.

Eine leise Friedenshoffnung ließ sich vielleicht aus der Tatsache herleiten, daß sowohl Bulgarien wie Rumänien sich bereit erklärten, 13446 das russische Schiedsgericht endgültig anzunehmen. Am 30. Juni hatten aber die Griechen die bulgarische Besatzung von Saloniki nach heftigem Kampf entwaffnet und waren dadurch auch ihrerseits in 13449 den Krieg eingetreten.

Anhang

Allianzfühler Griechenlands bei den Dreibundmächten Juni bis Juli 1913

Die Notifizierung der am 18. März erfolgten Thronbesteigung König Konstantins I. von Griechenland war durch die Balkanwirren verzögert worden und erfolgte erst am 18. Juni 1913 in Berlin durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Theotokis. Dieser erklärte, König Konstantin verfolge mit Zustimmung seines Ministerpräsidenten Veniselos die feste Absicht, die äußere Politik Griechenlands nach dem Dreibunde zu orientieren. In Wien äußerte man sofort Mißtrauen 13450 wegen des Zusammengehens Griechenlands mit Serbien. In Berlin 13451 selbst glaubte man nicht daran, daß Veniselos Griechenland an den Dreibund anzuschließen wünschte, da er immer nur betont hatte, er 13453 wolle Griechenland durch Bündnis nur mit Rumänien und der Türkei 13454 verbinden, es aber von allen Verwicklungen zwischen den Großmächten fernhalten. Auch in Italien war man skeptisch. Wenige Tage 13455 13466 darauf ergab sich die von Theotokis geäußerte Auffassung als Mißverständnis.

Nach Auffassung des Reichskanzlers v. Bethmann war der Augenblick für eine in die allgemeine Politik so tief eingreifende Maßregel wie der Beitritt Griechenlands zum Dreibunde noch nicht gekommen. 13456 Auch schien es bedenklich für die griechische Dynastie, wenn Veniselos zurücktrat. Der richtige Weg für Griechenlands Politik dürfte über Bukarest gehen.

Einer Verständigung zwischen Athen und Bukarest stand zunächst jedoch noch die Frage der Kutzowalachen im Wege. Griechischerseits wollte man ihnen weitgehende Garantien zum Schutze ihrer 13458 Nationalität und ihres Kultus gewähren, die Regierung in Bukarest aber aus Furcht vor der öffentlichen Meinung dieser Frage aus dem Wege gehen. Mit Recht befürchtete Jagow, daß man in Wien, „wo die Politik ganz von der serbischen Frage und der Feindschaft zu Serbien beherrscht wird", dem Gedanken einer griechisch-rumänischen Annäherung weniger sympathisch gegenüberstand, weil Griechenland ein Defensivbündnis mit Serbien gegen Bulgarien eingegangen war. Tatsächlich äußerte auch Graf Berchtold Bedenken, da durch eine 13459 griechisch-rumänische Verständigung unwillkürlich Serbien und Bulgarien einander nähergebracht würden; Österreichs Politik müsse dahin gehen, Serbien und Bulgarien zu trennen. In Athen äußerte 13460 Veniselos lebhafte Befriedigung über die ihm von deutscher Seite gezollte Anerkennung und deutete an, daß er, wenn die gegenwärtigen kritischen Zeiten vorbei seien, die Politik des Königs voll werde 13461 unterstützen können.

In Rom bezweifelte man, daß es dem König Konstantin gelingen

13462 könne, eine Politik durchzuführen, die gegen die Tradition und auch gegen die Interessen Griechenlands verstoße. Die griechische Regierung suche aus dem Dreibunde für die Regelung der griechischen Grenzfrage herauszuholen, was sie könne, später werde sie Ausflüchte
13464 finden. In Athen kannte man diese ablehnende Stellung des italienischen Ministerpräsidenten und bat in Berlin, die Begegnung des Marquis di San Giuliano mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär v. Jagow in Kiel am 3. Juli dazu zu benutzen, „ein gutes Wort für Griechenland einzulegen und zu versuchen, seinen
13465 Haß gegen Griechenland zu mäßigen“. Der italienische Staatsmann verwahrte sich in Kiel bestimmt dagegen, solche Gesinnungen zu
13467 hegen; er sei nur mit Rücksicht auf Italiens Verpflichtungen gegen Österreich hinsichtlich der albanischen Grenze Theotokis gegenüber
13467 etwas zurückhaltend gewesen.

Der deutsche Gesandte in Athen Graf Quadt schätzte den politischen Einfluß des Königs Konstantin sehr hoch ein. Er hielt
13469 es für bedenklich, Griechenland zurückzuweisen und zu einer anderweitigen Anlehnung zu zwingen. In Rumänien schien man anfangs
13470 zu einem Militärabkommen mit Griechenland geneigt, das aber vorläufig noch unterblieb, da man sich nur über die tatsächlichen mili-
13471 13472 tärischen Verhältnisse verständigen wollte. Marquis di San Giuliano glaubte nicht an die Ehrlichkeit des griechischen Wunsches, sich dem Dreibunde zu nähern, da schon finanziell Griechenland nicht von
13473 Frankreich loskönne. Eine gewisse Eifersucht auf Frankreich, das den italienischen Wünschen im östlichen Mittelmeer zuwider handeln zu wollen schien, veranlaßte den italienischen Staatsmann allmählich zu einer weniger griechenfeindlichen Haltung.

Kapitel 274

Der Eintritt Rumäniens in den Krieg
Der Vormarsch der türkischen Armee
Die Gruppierung der Mächte
Juli 1913

Die Wiener Regierung wurde anfangs Juli sowohl von Bulgarien
13474 wie von Rumänien im Sinne einer Vermittlung in Anspruch genommen. Sie beabsichtigte, den Balkanereignissen gegenüber zunächst vollkommene Zurückhaltung zu beobachten. Sollte bei entscheidenden Siegen Bulgariens Rußland zugunsten Serbiens eingreifen, so wollte
13475 man dem entgegentreten. Kaiser Wilhelm II. hielt den Wiener Standpunkt für „total verrückt“. Da das italienische Königspaar und mit ihm Marquis di San Giuliano vom 2. Juli ab in Kiel weilten, hielt es Graf Berchtold für angezeigt, einen etwas entgegenkommenderen

Standpunkt noch rechtzeitig nach Berlin mitzuteilen. Danach be- 13476
absichtige er nicht, Bulgarien dem Dreibunde gegenüber eine auch
nur ähnliche Stellung zu geben, wie sie Rumänien jetzt einnähme. 13477
Es liege ihm auch fern, Bulgarien „nachzulaufen“.

Die Dinge waren auf dem Balkan zu weit gediehen, als daß der
Ausbruch von Feindseligkeiten noch hätte verhindert werden können.
Am 3. Juli erging der rumänische Mobilisierungsbefehl. Die Mobil- 13478, 13479
machung sollte fünf, der Aufmarsch vier Tage dauern. Am 8. Juli 13480
kündigten die Türken an, daß sie ihre Truppen wieder vorrücken
lassen würden. Rußland tat einen letzten Schritt, indem es in Sofia, 13491
Belgrad und Athen sondierte, ob die drei Staaten jetzt geneigt wären,
die Feindseligkeiten einzustellen und die Verhandlungen wiederauf-
zunehmen. Der Versuch mißglückte. Die Rumänen traten den Vor- 13503
marsch an und besetzten bereits am 11. Juli Silistria. Nunmehr riet 13509
Rußland, Serbien und Griechenland möchten sich auf einer in Nisch
abzuhaltenden Konferenz mit Bulgarien verständigen. Auch Rumänien 13522, 13527
sollte zur Teilnahme aufgefordert werden. Nach russischer Ansicht 13530
bildeten direkte Verhandlungen unter den Balkanstaaten den einzigen 13535
Weg, um bald zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

König Ferdinand von Bulgarien fühlte sich der Übermacht nicht
gewachsen. Am 17. Juli bat er König Karol um Angabe der Friedens-
bedingungen und richtete am 24. Juli ein dringendes Telegramm an 13539
Kaiser Wilhelm II., das ihn um eine Einwirkung auf die Türkei bat.
Der Kaiser erwiderte, er würde gern dazu beitragen, daß dem Balkan 13577
und damit Europa der Frieden zurückgegeben werde. Am 23. Juli
hatte König Ferdinand an die Vertreter der Großmächte einen Appell
um Hilfe gegen die türkische Invasion gerichtet. Kaiser Wilhelm 13583
wollte indes der Türkei gegenüber andere Mittel als ernstgemeinte 13594
Ratschläge nicht zur Anwendung gebracht sehen. Auch hielt er die 13600
Berufung einer neuen Botschafterkonferenz für nicht nötig.

Am 29. Juli beschlossen die Großmächte auf der Londoner Bot-
schafterreunion, die kriegführenden Staaten zu schleuniger Einstellung 13612
der Feindseligkeiten und zur Beendigung des Krieges aufzufordern
und den betreffenden Regierungen mitzuteilen, daß sie bis zur Liqui-
dation der Krise auf keinerlei finanzielle Unterstützung Europas
rechnen dürften. Am gleichen Tage traten die Ministerpräsidenten
Rumäniens, Griechenlands, Serbiens und Bulgariens zu einer Vor-
besprechung der Friedensverhandlungen in Bukarest zusammen. 13614
In der ersten Sitzung vom 30. Juli beschloß man zunächst eine fünf- 13615
tägige Waffenruhe.

Die hier nur kurz in ihrem Hauptergebnis skizzierten umfang-
reichen Dokumente des 274. Kapitels umfassen genau den Zeitraum
eines Monats vom 1. Juli bis zum 1. August 1913. Sie lassen die
Haltung der Mächte deutlich erkennen. Für den deutschen Standpunkt
ist es wichtig, auf einige Stücke noch besonders hinzuweisen, die den

inneren Gegensatz der Anschauungen Deutschlands und Österreich-Ungarns über den Balkan klar erkennen lassen.

Schon am 4. Juli ließ Graf Berchtold in Berlin darauf aufmerk- 13483 sam machen, daß Monastir keinesfalls Serbien überlassen werden dürfe. Gegenüber einem am Balkan übermächtigen Serbien würden die südslawischen Provinzen der Monarchie nicht zu halten sein. Die Monarchie würde demgemäß möglicherweise gezwungen werden, einzugreifen, falls Serbien im Verein mit Rumänien und Griechenland Bulgarien vernichtend schlagen und Serbien sich Länderstrecken aneignen würde, die über das Gebiet etwa Alt-Serbiens hinausgingen. Nach deutscher Auffassung lag für Wien zu einer besonderen Nervosität kein Anlaß vor. Man entschloß sich daher, „auf Wien beruhigend einzuwirken, es von Übereilungen abzuhalten und zu veranlassen, daß es uns über seine Absichten ständig auf dem Laufenden hält und keinerlei Entschlüsse faßt, ohne uns zuvor gehört zu haben". Der Kaiser war hiermit völlig einverstanden und hielt es für einen 13486 schweren Fehler des Grafen Berchtold, sich jetzt mit Monastir ähnlich wie früher mit Durazzo festzulegen. Botschafter v. Tschirschky er- 13490 hielt Weisung, in Wien zu sagen, man möge sich nicht durch den „cauchemar eines Groß-Serbiens" in Unruhe versetzen lassen, sondern die weitere Entwicklung auf dem Kriegsschauplatze abwarten. Der Doppelmonarchie könne es nur recht sein, wenn Bulgarien und Serbien am Ende des Krieges schwach und uneinig seien.

Über die Besprechungen, die Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow vom 2. bis 4. Juli in Kiel mit Marquis 13492, 13493 di San Giuliano hatten, berichten die Aufzeichnungen vom 7. Juli und 13507 der Bericht des Botschafters v. Tschirschky vom 11. Juli. Es herrschte in Kiel Übereinstimmung darüber, daß man bei der Unklarheit der Lage den Gang der Dinge nicht vorhersehen könne und zunächst eine 13492 lediglich abwartende Haltung einnehmen müsse. Deutschland blieb auf dem Standpunkte der Nichtintervention und hielt auch Österreichs 13496 Interesse für am besten gewahrt, wenn bei Lokalisierung des Krieges die Balkanstaaten sich gegenseitig schwächten. Eine europäische 13505 Konferenz wünschte man zu vermeiden. Auf die Pforte wirkte man 13560 mäßigend ein und ließ in Konstantinopel sagen, der Frieden Europas werde durch das unnachgiebige Verhalten der Pforte zweifellos ernstlich in Frage gestellt.

Während des Monats Juli zeigte sich Marquis di San Giuliano dauernd von der Sorge erfüllt, Österreich könne sich zu einem aktiven 13568 Vorgehen bestimmen lassen und damit den europäischen Konflikt eröffnen. Es biete sich ihm hier noch einmal und vielleicht zum letzten Male eine Gelegenheit, das beim Ausbruch des ersten Balkankrieges Versäumte nachzuholen. Die italienische Regierung würde bei einem solchen Vorgehen Österreichs in schwere Verlegenheit geraten. „Kein italienisches Kabinett könne bei einem solchen Kriege, der

doch zweifellos ein Angriffskrieg sein würde, daran denken, militärisch für Österreich einzutreten. Italien befinde sich dabei in einer anderen Lage wie die kaiserliche Regierung."

Die Haltung der Türkei, die Ende Juli ihre Truppen in Thrazien wieder vorrücken ließ, erregte bei den Vertretern der Großmächte in Bukarest solche Bedenken, daß sie sich entschlossen, ihren Regierungen am 26. Juli die Einsetzung ihres ganzen Einflusses in Konstantinopel anzuraten[1]), um die Türkei zum Einlenken zu bewegen. Ebenso sollten sie versuchen, auf Serbien und Griechenland einzuwirken, um diese Mächte zu einer Mäßigung ihrer Forderungen Bulgarien gegenüber zu veranlassen. 13595 13599

Das Verhalten der Großmächte und im besonderen auch ihrer Vertreter auf der Londoner Botschafterreunion geht aus den Dokumenten des 274. Kapitels deutlich hervor. Die deutschen Übersetzungen der Dokumente Nr. 13 484, 13 533, 13 536, 13 543, 13 560, 13 591, 13 599, 13 606, 13 610, 13 611 sind auf den Seiten 183*/187* nachgewiesen; sie finden sich auf den Seiten 88*—94*.

Kapitel 275

Zwischenverhandlungen der Londoner Botschafterreunion Albanische Fragen. Inselfrage Juni bis August 1913

Das 275. Kapitel springt gegen das 274. um etwa zwei Monate zurück und behandelt gesondert die Zwischenverhandlungen der Londoner Botschafterreunion, die sich in der Hauptsache auf die Abgrenzung Albaniens, auf die Schaffung eines albanischen Statuts und auf die Regelung der Inselfrage bezogen. Beim Lesen der Dokumente empfiehlt es sich, die synchronistische Zusammenstellung zu benutzen.

Deutschlands grundlegender Gedanke für das Verhalten des Fürsten Lichnowsky in London war hauptsächlich die Aufrechterhaltung des Dreibundes. In der Frage des albanischen Statuts sollte der Botschafter für die Wünsche Österreich-Ungarns und Italiens eintreten und dafür zu wirken suchen, daß Albanien vollständig von der Türkei losgelöst wurde. In der südalbanischen Grenzfrage schien eine vorherige gütliche Einigung zwischen Italien, Österreich und Griechenland erwünscht, um neue scharfe Gegensätze zwischen den Zweimächtegruppen auf der Konferenz zu vermeiden. 13621

In der Inselfrage sollte Deutschland, dem Wunsche seiner Verbündeten entsprechend, in London die Führung für den Dreibund übernehmen. Lichnowsky erhielt die Richtlinie, daß die von den

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 599 siehe S. 92*/93*.

Italienern besetzten Inseln für die Verhandlungen in London auszuscheiden hätten, da in dieser Hinsicht ein vor Beginn des Balkankrieges zwischen Italien und der Türkei abgeschlossener Vertrag bestehe. Das Schicksal der Insel Samos interessiere zunächst die drei Schutzmächte. Die übrigen von den Griechen besetzten Inseln müßten wohl oder übel bei Griechenland belassen werden, da keine Macht gewillt oder in der Lage sei, die Besitzergreifer wieder zu vertreiben. Nur Imbros und Tenedos müßten der Türkei verbleiben; weder Rußland noch Griechenland schienen in dieser Hinsicht Schwierigkeiten machen zu wollen. Für die übrigen, bisher türkischen und an Griechenland fallenden Inseln, namentlich Chios und Mytilene, müßten Garantien festgesetzt werden, die einer Gefährdung des asiatischen Besitzstandes der Türkei durch panhellenische Agitation vorzubeugen geeignet seien. „Außer von dem Wunsche, eine Einigung unter den Großmächten herbeizuführen, müssen wir uns bei Behandlung der Inselfrage auch durch möglichste Rücksichtnahme auf die Türkei leiten lassen, wie solche uns durch unsere alte türkenfreundliche Politik sowie durch unsere großen Interessen in Kleinasien geboten wird."

In London und auch bei den schon erwähnten Besprechungen in Kiel[1]) hielten die deutschen Staatsmänner grundsätzlich fest, daß 13661 die Londoner Reunion sich nur mit Fragen zu befassen habe, die durch den Balkankrieg entstanden seien. Die Besetzung der Inseln durch Italien und der Frieden von Lausanne[2]) seien dem Balkankriege vorausgegangen und hätten Tatsachen geschaffen, die die Londoner Reunion nichts angingen.

Die Dokumente des 275. Kapitels geben eine ziemlich eingehende Schilderung der Verhandlungen in London aus der Feder des Botschafters Fürsten Lichnowsky. Über die Sitzungen vom 5., 9., 11., 18., 20., 23. Juni, 1., 15., 21., 24., 29. Juli, 1., 5., 8., 11. August liegen ausführlichere Berichte vor, die auf den Seiten 188*—190* nebst den dazu gehörigen Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente einzeln nachgewiesen sind.

Als Fürst des neu zu schaffenden Albaniens kam Prinz Wilhelm zu Wied, ein Neffe der Königin Elisabeth von Rumänien, in Betracht. 13650 Italien trat dafür ein. Deutschland erklärte, die Fürstenwahl Italien und Österreich überlassen zu müssen und sich nicht einmischen, die Wahl seiner Dreibundgenossen aber unterstützen zu wollen. Der Prinz selbst hatte zunächst berechtigte Bedenken gegen die Annahme der albanischen Thronkandidatur.

13671 Am 29. Juli konnte das albanische Statut als endgültig festgestellt

[1]) Vgl. oben S. 80 und 82.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 5,2, S. 50ff.

gelten[1]). Nachdem die von Sir E. Grey für die Regelung der italienischen Inselfrage vorgeschlagene Formel am 11. August von Frank- 13688 reich und Italien angenommen worden war, wurde auch die süd- 13689 13690 albanische Grenzfrage erledigt[2]). Die Botschafterreunion vertagte sich bis zum Herbst 1913. (Vgl. Dokument Nr. 13 742.)

Kapitel 276

Der Friede von Bukarest und die Frage seiner Revision. Kawala und der Österreichisch-Russische Wettstreit um Bulgarien Juli bis August 1913

Das 276. Kapitel schließt sich zeitlich ungefähr an das 274. an[3]).

Am 24. Juli lud Rumänien die griechische Regierung zur Entsendung von Delegierten nach Bukarest zum Abschluß eines Präliminar- und dann eines endgültigen Friedens ein. Beide Mächte 13691 trugen Bedenken, den Abschluß eines Waffenstillstandes, wie es Bulgarien wollte, den endgültigen Friedensverhandlungen vorausgehen zu lassen. Entsprechende Einladungen ergingen an die anderen Balkan- 13692 13693 mächte.

In der ersten Sitzung der Delegierten am 30. Juli wurde die Einstellung der Feindseligkeiten für fünf Tage beschlossen. Die Verhandlungen wurden wesentlich durch den Wunsch Griechenlands 13694 beeinflußt, Kawala zu erhalten. In diesem Sinne telegraphierte die Königin Sophie von Griechenland am 31. Juli an ihren Bruder, den deutschen Kaiser[4]). Da man es deutscherseits für Griechenland nur 13696 schwer für möglich hielt, ohne Kawala Frieden zu schließen, trat 13698, 13699 Berlin den griechischen Wünschen nachdrücklich bei.

Nun hatte aber Österreich-Ungarn, ohne Deutschland vorher zu verständigen, sich in Bukarest bereits dafür eingesetzt, daß Kawala den Bulgaren zugesprochen werden möchte. Kawala bildete nunmehr die Hauptschwierigkeit der Konferenz und führte zu einer nicht un- 13699. 13700 erheblichen Verstimmung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Hierbei zeigte sich, daß auch Italien Kawala lieber den Bulgaren überlassen hätte, ebenso Rußland, während Frankreich Deutschlands Standpunkt teilte. Die mitgeteilten Dokumente erweisen

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 13 659. Deutscher Wortlaut der Anlage siehe S. 100*.

[2]) Den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 11. August 1913 betr. die Abgrenzung von Südalbanien findet der Leser im Dokument Nr. 13 690, das in der Hauptsache mit den sieben Punkten des Dokuments Nr. 13 683 (Deutscher Wortlaut siehe S. 103*/105*) übereinstimmt.

[3]) Vgl. synchronistische Zusammenstellung.

[4]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 696 siehe S. 106*/107*.

deutlich, daß Deutschland in dieser Frage fest geblieben ist. Zeitweise drohte die Bukarester Konferenz an der Kawala-Frage zu 13707 scheitern, da Rußland sowohl wie Österreich-Ungarn Vorbehalte 13717 machten [1]). Letzteres erklärte, wie immer die Entscheidung über Kawala ausfalle, es behalte sich vor, auch diesen Punkt einer Revision zu unterziehen.

Zwischen Rumänien und Bulgarien kam eine Einigung am 13710 4. August zustande. In London erklärte Sir Edward Grey, er müsse 13718 die Kawala-Frage dem Ministerrate unterbreiten; Rußland, Österreich-Ungarn und Italien seien unbedingt für die Zugehörigkeit Kawalas zu Bulgarien, während Frankreich sich in dieser Frage von Rußland trenne und mit Deutschland für Griechenland eintrete. Lichnowsky 13719 sollte zu erreichen suchen, daß London in dieser Frage neutral blieb. Von einer „Schwächung Bulgariens ohne Kawala" könne kaum die Rede sein, da Bulgarien jedenfalls eine lange Meeresküste mit einem guten Hafen erhalte. Für Griechenland sprach die Tatsache, daß Kawala griechisch war.

Der zwischen Berlin und Wien entstandene Gegensatz kommt in den Dokumenten Nr. 13 724, 13 725, 13 726 deutlich zum Ausdruck. Graf Berchtold betonte immer wieder die Wichtigkeit der serbischen Frage für Österreich-Ungarn, das genötigt sei, den Gebietszuwachs Serbiens möglichst einzuschränken und durch Gewinnung natürlicher Bundesgenossen ein Gegengewicht gegen die Erstarkung Serbiens zu 13724 schaffen. Deshalb beabsichtigte das Wiener Kabinett auch, gegen eine allzu große Beeinträchtigung Bulgariens beim Friedensschlusse aufzutreten. Deutschland habe kaum mehr Grund, einer Politik zu widersprechen, die auf eine dauernde Verständigung zwischen Rumänien und Bulgaren hinziele. Bulgarien müsse dem russischen Einflusse entzogen werden. Botschafter v. Tschirschky wies demgegenüber darauf hin, daß Österreich-Ungarn in einer Frage von so weittragender Be-13725 deutung Berlin nicht vorher unterrichtet habe. Es sei ein gewagtes und unsicheres Spiel, „mit Rußland um die Gunst Bulgariens einen Wettlauf zu veranstalten".

Am 6. August 1913 wurde ein Übereinkommen der Bulgaren mit 13727 den Serben und Griechen in Bukarest erzielt. Tags darauf erhielten die bulgarischen Unterhändler die Weisung, den Präliminarfrieden 13729 zu zeichnen. Ein Telegrammwechsel zwischen dem Könige Karol und 13731-13733 dem deutschen Kaiser vom 7. und 8. August stellte die Tatsache des Friedensschlusses nach Überwindung von bedeutenden Schwierigkeiten als gesichert hin. Kaiser Wilhelm II. ließ diesen Telegrammwechsel am 10. August durch Wolffs telegraphisches Bureau veröffentlichen. 13737 Man war sich in Berlin dessen bewußt, daß diese Veröffentlichung in Wien kaum angenehm berühren konnte, erhoffte aber davon den

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 717 siehe S. 107*.

günstigen Erfolg, daß Wien seinen Revisionseifer einschränkte. Der Kaiser hatte sich, als der Reichskanzler ihm in Swinemünde nach seiner am 6. August erfolgten Rückkehr von der Nordlandreise am 8. Vortrag hielt, damit ausdrücklich einverstanden erklärt, daß den 13735 Wiener Absichten auf Revision des Bukarester Friedens nach Möglichkeit entgegengearbeitet werden sollte.

Sasonow war wenig geneigt, Kawala Griechenland zu überlassen. Er erwog vorübergehend eine Pariser Konferenz zur Ratifizierung der 13738 zwischen den Balkanstaaten in Bukarest zu treffenden Vereinbarungen, 13739 ließ diesen Gedanken aber wieder fallen.

Eine Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Zimmermann vom 9. August 1913 gab dem Botschafter v. Tschirschky die 13741 Richtlinien für sein weiteres Verhalten. Danach durfte die in Bukarest mühsam erzielte Einigung zwischen den Balkanstaaten und Rumänien nicht wieder gefährdet werden. „Durch Eingriff in den Friedensvertrag seitens einzelner Mächte würde die Gefahr europäischer Verwicklungen jedoch zweifellos heraufbeschworen werden, da man damit rechnen muß, daß derjenige Staat, gegen welchen sich die Maßnahme richtet, nicht allein Widerstand leisten, sondern auch bei seinen Freunden Unterstützung suchen und sie in den Streit hineinziehen würde.“ Tschirschky sollte dafür zu wirken suchen, daß auch die Wiener Regierung Deutschlands Standpunkt annahm.

Auch Italien hielt die Revision des Bukarester Vertrages für unnötig und selbst gefährlich. Frankreich betonte seine Übereinstim- 13744 mung mit Deutschland in der Frage von Kawala, und Pichon bekundete nicht die geringste Neigung zu einer Großmächtekonferenz, am wenigsten zu einer solchen in Paris. In Wien blieb man dabei, 13745 Bulgarien müsse als Gegengewicht gegen das erstarkende Serbien für einen engeren Anschluß an den Dreibund gewonnen werden.

Scharfe Angriffe der russischen Presse auf Frankreich wegen seiner Haltung in der Frage von Kawala riefen in Paris lebhaften Widerspruch hervor. Der „Temps“ warnte Rußland in eindringlichen 13748 Worten, sich von Österreich in die „folle aventure“ einer Revision des Bukarester Vertrages hineinzerren zu lassen. Die russisch-französische 13753 Pressefehde legte sich aber bald.

Am 12. August unternahm Botschafter v. Tschirschky nochmals einen nachdrücklichen Versuch, den Grafen Berchtold zur Annahme des deutschen Standpunktes in der Revisionsfrage zu bekehren. Dieser 13749 betonte die österreichische Notwendigkeit, mit Rußland auf dem Balkan gleichen Schritt zu halten. Serbien werde in einigen Jahren 500 000 Soldaten haben. Die Zukunft der Donaumonarchie erscheine in trübem Lichte; um so mehr habe sie das Recht, eine Revision des Balkanfriedens anzumelden. Übrigens glaube er nicht, daß selbst ein Vorgehen Österreichs gegen Serbien zu einem europäischen Kriege führen würde, eine Auffassung, der Tschirschky nachdrücklich widersprach.

13750 Nach einem Privatbriefe vom 13. August hatte sich Tschirschky noch deutlicher ausgesprochen. Er hielt die österreichische Revisionsidee für unklug und kleinlich und hatte dem Grafen Berchtold vorgeworfen, schon in der Kawala-Frage vorgegangen zu sein, ohne Deutschland zu benachrichtigen und jetzt wieder „auf eigene Rechnung, aber auf gemeinsame Gefahr" zu handeln. „Solchen Aktionen, wenn sie von Erfolg sein sollten und die Stärke des Dreibundes nicht schwächen sollten, müsse ein gegenseitiger Gedankenaustausch unter den Verbündeten vorausgehen. Die Zeiten seien vorüber, wo jede Macht in Europa nach eigenem Gutdünken vorgehen konnte. Das komplizierte Netz von Allianzen und Ententen erheische eine sehr sorgsame Prüfung der Konsequenzen jeder Aktion. Auch komme es in der Politik sehr darauf an, in welchem Momente eine Aktion eingeleitet und durchgeführt werde. Glaube er wirklich, daß jetzt der Augenblick dazu geeignet wäre, etwas Ernstliches gegen Serbien zu unternehmen und etwa aus dem Anlasse der Revision? Er solle nur die Stimmung im eigenen Lande prüfen, und er werde sehen, daß hier jede Elastizität nachgelassen, und daß kein Mensch Lust habe zu einer kriegerischen Aktion." Tschirschky fügte hinzu, die Österreicher fühlten sich natürlich wieder von Deutschland verraten und verkauft und würden es für die fehlenden Erfolge der eigenen Politik verantwortlich machen wollen.

In Serbien hatte die Haltung Deutschlands lebhafte Zustimmung ausgelöst. Es kam sogar, wie der Gesandte Frhr. v. Griesinger am 13752 13. August aus Belgrad berichtete, zu spontanen Ausbrüchen der stürmisch erregten serbischen Volksseele. Man habe, berichtete Griesinger, schon seit der Annexionskrise von 1908 das unbedingte Eintreten des Deutschen Reiches für die Wiener Balkanpolitik lebhaft bedauert, da das serbische Volk von hoher Achtung für deutsches Wesen und insbesondere für die Solidität und Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und des deutschen Kaufmannsstandes erfüllt sei und gern gute Beziehungen zu Deutschland unterhalten möchte.

Den Abschluß des 35. Bandes bildet ein Petersburger Bericht vom 13753 15. August, in dem Graf Pourtalès erwähnte, daß eine größere Anzahl von französischen Generalen und Stabsoffizieren zurzeit in Petersburg sei, um die russischen militärischen Einrichtungen zu studieren[1]. Diese militärische Mission wurde sehr gefeiert; zahlreiche Stimmen aber hielten sich über die lange Dauer des Franzosenbesuches auf. Man hatte das unbehagliche Gefühl, daß die französischen Gäste hergekommen seien, um die russische Kriegsbereitschaft zu prüfen und zu kontrollieren, ob das von Frankreich geliehene Geld auch wirklich dem Ausbau der Festungen, dem Bau von strategischen Bahnen und ähnlichen Zwecken diene.

---

[1]) Vgl. Band 39. Siehe unten S. 204.

Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914

Der sechsunddreißigste Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 36. Bandes

Erste Hälfte

Kapitel 277

Um das Schicksal Adrianopels
Der Bulgarisch-Türkische Friedensschluß
August bis Oktober 1913

Ihre Waffenerfolge im dritten Balkankriege ließen die Türkei die endgültige Aufgabe von Adrianopel als unerträglich empfinden. Während anfangs August 1913 noch von Kompensationen für die Aufgabe Adrianopels die Rede war, erklärten am 4. August höhere tür- 13754-13756 kische Offiziere dem deutschen Militärattaché v. Strempel, daß nun- 13757 mehr an ein Aufgeben Adrianopels gegen Kompensationen nicht mehr zu denken sei; der diplomatische Apparat habe zu langsam funktioniert. In Berlin überreichte am 6. August der türkische Botschafter ein Memo- 13759 randum seiner Regierung, in dem die Notwendigkeit des Besitzes von Adrianopel für die Verteidigung der Meerengen und der Hauptstadt dargelegt wurde. Die türkische Armee habe das strittige Gebiet jetzt zurückerobert; die Preisgabe würde in den Augen der Nation eine Wiederauslieferung an grausame Zerstörungen und Massakers bedeuten. Die ganze Nation sei in dem Wunsche geeinigt, Adrianopel zu behalten. Gelinge das nicht, so würde sich daraus eine Anarchie mit den schwersten Folgen ergeben.

Die deutsche Regierung und mit besonderer Bestimmtheit der deutsche Kaiser nahmen den Standpunkt ein, man dürfe sich in die 13763 Frage von Adrianopel nicht mehr einmischen und müsse die Sache laufen lassen. Der Kaiser wollte Adrianopel gern den Türken be- 13764 lassen.

Ein von den Botschaftern der Großmächte am 7. August in Konstantinopel unternommener Schritt hatte wenig Wirkung. Die Türkei 13767 wurde an die Bedingungen des Londoner Vertrages und der dort festgesetzten Grenzen erinnert. Über diese Linie wurde nun hin und her verhandelt, wobei Deutschland sich zurückhielt, aber durchblicken 13770 ließ, daß es für Zwangsmaßnahmen gegen die Pforte unter keinen Umständen zu haben sein werde.

Am 12. August beantwortete der Großwesir die Demarche der Botschafter vom 7. August (Dokument Nr. 13 767). Der deutsche 13774 Wortlaut seiner den Vertretern der Großmächte abgegebenen mündlichen Erklärung findet sich auf S. 107*—108*.

In Rußland bestand angesichts der Weigerung der Türkei, Adrianopel wieder zu räumen, der Wunsch, den Gedankenaustausch mit den 13776 Großmächten über diese Frage fortzusetzen. Rußland legte auf die Räumung Adrianopels ein um so größeres Gewicht, als wesentliche Verbesserungen des Bukarester Vertrages zugunsten Bulgariens nicht mehr möglich zu sein schienen. Bei dem großen Interesse Kaiser Wilhelms II. für die türkische Frage ließ das Auswärtige Amt dem 13777 damals in Homburg v. d. H. befindlichen Monarchen durch den Gesandten v. Treutler hierüber Vortrag halten. Als Grundlage hierfür 13778 diente auch ein Bericht des Fürsten Lichnowsky vom 13. August. Danach hatte Sir E. Grey die Ansicht geäußert, die Türkei dürfe nicht im Besitze Adrianopels gelassen werden. Diese Äußerung fiel am 13. August, nachdem zwei Tage vorher die Londoner Botschafterreunion sich auf unbestimmte Zeit vertagt hatte [1]).

Der Kaiser ließ zunächst nach Berlin mitteilen, man möge von 13779 jedem Schritt in der Adrianopelfrage absehen; Graf Pourtalès möge in tunlichst freundlicher Form in Petersburg darauf hinweisen, Deutschland wünsche in die Entwicklung dieser Angelegenheit nicht einzugreifen. Dem russischen Wunsche eines finanziellen Druckes auf die Türkei zum Zwecke seines Nachgebens in politischen Fragen ent- 13780 sprach [2]) Deutschland insofern, als es seine Finanzkreise andauernd von jeder finanziellen Unterstützung der Pforte abhielt.

Ein ausführliches Telegramm des Kaisers vom 16. August ver- 13781 mittelt uns seine Anschauungen von der bisherigen Entwicklung auf dem Balkan. Die Gefahr eines Zusammenstoßes der beiden großen europäischen Gruppen sei bei Beginn der Balkankrisis 1912 sichtbar geworden, da Österreich und Rußland ihre „traditionellen, wenn auch vielleicht nur teilweise berechtigten“ Interessen in den Kampf hineingezogen sahen. Deutschlands Aufgabe war es, diesem Zusammenstoße entgegenzuarbeiten, und hierfür erschien als bestes Mittel die Bekundung der unlösbaren Festigkeit des Dreibundes und dessen frühzeitige Erneuerung [3]). In diesem Sinne habe er, der Kaiser, auch das Opfer gebracht, auf gewisse ihm an sich unsympathische Wünsche Österreichs einzugehen (Sandschak, Durazzo, Skutari, autonomes Albanien). Der Gang der Ereignisse habe sodann gezeigt, „daß die wahren Interessen Europas Schulter an Schulter von den beiden Vormächten der Gruppen, nämlich von Deutschland und England, verteidigt werden konnten; daß die beiden in offenen Gegensatz geratenen Gruppenglieder Österreich und Rußland so viele Fehler gemacht hatten, daß ihr sogenannter Balkaneinfluß einen vielleicht unheilbaren Echec erlitt, und daß das Friedensbedürfnis aller Großmächte

---

[1]) Siehe oben S. 85.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 13780 siehe S. 108*.
[3]) Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 58 ff.

bedeutender ist, als man vorausgesetzt hatte, und daß anderweitige Posen als Bluff bezeichnet werden durften".

In der letzten Phase des Balkankrieges — Eingreifen Rumäniens und Wiederaufleben der Türken — habe es sich nun darum gehandelt, die sich neu bildenden Verhältnisse auf dem Balkan richtig einzuschätzen und für etwaige zukünftige Kombinationen den Boden zu bereiten. „Ich durfte deshalb den neuen und schwersten Fehler Österreichs nicht mehr mitmachen. Österreich, das bisher zwischen Dreibund und Rumänien als Bindeglied gedient hatte, versagte in dieser wichtigen Bundespflicht, indem es sich in starrer Befolgung seiner falschen Serbenpolitik dazu verleiten ließ, mit Sofia so nahe Fühlung zu nehmen, daß die traditionellen Beziehungen zu Bukarest in kritischer Zeit notwendig leiden mußten. Der Augenblick für einen solchen Fehler war um so schlechter gewählt, weil Rußland und Frankreich zur gleichen Zeit augenscheinlich ihre Anstrengungen verdoppelten, um in Rumänien für die Entente zu ungunsten des Dreibundes Boden zu gewinnen. Ich *mußte* also namens des Dreibundes diesen Fehler gutzumachen suchen, selbst auf die Gefahr hin, Österreich vorübergehend zu verstimmen." Es gelte nunmehr, das sichtlich im Aufschwung befindliche Griechenland auf die Seite des Dreibundes zu ziehen und in der Adrianopelfrage die Verhältnisse allein reifen zu lassen. Rußland werde allein gegen die Türken nichts unternehmen, weil es dazu militärisch nicht in der Lage sei. Es komme weiter darauf an, jetzt die eigenen Bundesgenossen und namentlich Österreich von der Richtigkeit der deutschen Politik zu überzeugen und dadurch die augenblickliche Verstimmung zu heben. Von einem Personenwechsel in der Leitung der österreichischen Politik erhoffte der Kaiser eine Erleichterung dieser Aufgabe; auch ein großer Teil der österreichischen Diplomaten verurteile die Berchtoldsche Politik.

Unter völliger Zurückhaltung Deutschlands entwickelten sich die Dinge auf dem Balkan weiter. Mitte August regte Rußland in Wien einen gemeinsamen Schritt der Mächte an, um die Türkei zur Zurück- [13786] ziehung ihrer Truppen auf dem linken Ufer der Mariza zu veranlassen. Nach dem Urteil des Botschafters Frhrn. v. Wangenheim wäre es der Türkei sehr willkommen gewesen, wenn ein Kollektivschritt der [13788, 13789] Mächte erfolgte, da hierdurch das Gewicht der Regierung gegenüber den aktionslustigen Elementen der Armee gestärkt werden mußte. Rußland bat dringend um die Beteiligung Deutschlands an einem solchen Schritte. Die Bulgaren erklärten sich außerstande, der Türkei [13791] Widerstand zu leisten, und waren bereit, auf Adrianopel zu verzichten. [13794] Auch in Petersburg begann man sich mit einer derartigen Lösung [13797] abzufinden. Aus Therapia meldete Wangenheim am 24. August, der [13800] vorwiegende dortige Eindruck sei, „daß die Türken, wenn sie keine groben Fehler machen, Adrianopel behalten werden". Diesem Urteil trat das Auswärtige Amt bei unter der Voraussetzung, daß die Türken [13801]

sich jeden Vorgehens jenseits der Mariza enthielten. Der Großwesir bestritt energisch, daß die türkischen Truppen westlich der Mariza 13806 neuerdings verstärkt worden seien; die anders lautenden Nachrichten 13808 der Bulgaren seien irrtümlich. Nach deutscher Auffassung war es nunmehr das Richtigste, wenn Bulgarien durch direkte Vereinbarungen mit Konstantinopel die weiteren Fragen regelte.

In Sofia bestand hierfür zunächst wenig Neigung. Am 29. August 13809 schien sich in Sofia in dieser Beziehung ein Umschwung vollzogen zu 13810 haben. Die Regierung willigte in unmittelbare Verhandlungen mit der 13812-13814 Pforte, und am 3. September trafen als bulgarische Unterhändler die 13820 Generale Sawow und Tontschew in Konstantinopel ein. Sie baten den deutschen Botschafter um Unterstützung ihrer Friedensbemühungen. Es schien ihnen mehr auf eine Allianz mit der Türkei als auf Adria-13821 nopel und die Mariza anzukommen. Nach türkischer Auffassung dachte Bulgarien in erster Linie an einen Revanchekrieg gegen Griechenland.

Die türkisch-bulgarischen Friedensverhandlungen begannen offi-13823 ziell am 9. September. Der österreichisch-ungarische Botschafter Markgraf Pallavicini unterstützte möglichst die Bulgaren; in gleichem Sinne und im Wettbewerb mit ihm war auch der russische Botschafter v. Giers für die Bulgaren tätig.

In einer Sitzung vom 18. September wurde ein Protokoll über die 13824 Abgrenzung der Türkei unterzeichnet. Der türkische Botschafter in Berlin, Muchtar Pascha, machte dort am gleichen Tage die Mitteilung, die Grenze sei endgültig geregelt; sie beginne bei der Einmündung 13825 der Mariza und lasse Dimotiko, Adrianopel und Kirk-Kilisse bei der Türkei; in der Nationalitätenfrage habe man sich grundsätzlich geeinigt und verhandele weiter.

Der endgültige Abschluß des bulgarisch-türkischen Friedensvertrages erfolgte am 29. September 1913. Mündliche Verabredungen waren für den Fall getroffen, daß es zum Wiederausbruch des Krieges 13826 zwischen Griechenland und der Türkei kam. Diese waren bulgarischerseits schriftlich formuliert, von der Pforte aber nicht unterzeichnet 13827 worden und wurden durch die Unterzeichnung des griechisch-türkischen Friedensprotokolls vom 14. November hinfällig.

Kapitel 278

Die Griechisch-Türkischen Friedensverhandlungen und ihr Abschluß Juli bis November 1913

Die griechisch-türkischen Verhandlungen zogen sich bis zum November 1913 hin, da das Wiederaufleben der türkischen Widerstandskraft die Pforte unnachgiebig machte. Sie mußte sich nach der

Ansicht des Grafen Quadt erst in den Gedanken hineinfinden, daß sie 13828
Griechenlands viel notwendiger bedurfte als umgekehrt.

Ende Juli erregte der Vormarsch griechischer Truppen von De- 13829
deagatsch die Besorgnis der Türken. Berlin wurde um Vermittlung 13830
gebeten, damit die Griechen jenseits der Mariza blieben.

Die Friedensverhandlungen nahmen einen äußerst schleppenden
Verlauf, wofür man sich in Athen und Konstantinopel wechselseitig
die Schuld zuschob. Da Rußland sich stark für einen bulgarisch-türki- 13831, 13832
schen Ausgleich einsetzte, lag es im dringenden Interesse Griechen- 13835
lands, sich sobald als möglich mit der Türkei zu verständigen. Die 13836
deutsche Regierung riet daher Griechenland, der Pforte die Neutrali- 13838
sierung der Inseln anzubieten.

In Italien schien man auf die Schwächung Griechenlands hin-
zuarbeiten. Es gingen Gerüchte, daß Italien mit der Türkei im 13839
geheimen über die von den Griechen besetzten Inseln verhandele. Das
Auswärtige Amt verständigte daraufhin den Botschafter Freiherrn 13841
v. Wangenheim am 8. September: „Uns liegt sehr viel an Verständi- 13842
gung zwischen Türkei und Griechenland. Ein Scheitern derselben
würde unsere bisher erfolgreiche Orientpolitik stark gefährden. Grie-
chenland kann auf Inselbesitz nicht verzichten.“ Kaiser Wilhelm habe
daher dem Könige Konstantin eindringlich geraten, sich im Hinblick
auf den im Osten erzielten Gewinn — Kawala und Inseln — den For-
derungen Österreichs und Italiens in der südalbanischen Frage gegen-
über entgegenkommend zu zeigen.

Italien stellte heimliche Verhandlungen mit der Türkei in Abrede,
da es auch dafür eintrete, Griechenland solle die von ihm besetzten 13843
Inseln behalten. Dies war auch der Standpunkt der Londoner Bot-
schafterreunion gewesen. In Berlin entstand der Eindruck, daß Italien 13845
aus seinen wieder normal gewordenen Beziehungen zu der Türkei
möglichsten Vorteil zu ziehen und sich auch „ein Plätzchen in Klein- 13848
asien“ zu sichern suche.

Deutschland ließ in Konstantinopel immer wieder erklären, daß
ihm eine gütliche Einigung zwischen der Türkei und Griechenland
über die von den Griechen besetzten Inseln wünschenswert erscheine.
Nach Wangenheims Ansicht war eine Angliederung der Türkei an 13850
das dem Dreibunde angeschlossene Griechenland auch nur dann er-
reichbar, wenn zunächst zwischen Griechenland und der Türkei voll- 13851
kommen reiner Tisch gemacht wurde. Man erkannte in Konstantinopel
Deutschlands türkenfreundliche Haltung an, hielt die Berliner Re- 13852, 13853
gierung aber in der Inselfrage für befangen.

Am 19. September vermochte Wangenheim zu berichten, daß der
Großwesir ihm in einigen Tagen seine Bedingungen für eine Allianz 13857
mit Griechenland mitteilen würde. Das erfolgte am 23. September 13858
mit dem Vorschlage, die in der Nähe der anatolischen Küste ge-
legenen Inseln sollten der Türkei zurückgegeben, alle von Griechen-

land besetzten Inseln aber zu einer autonomen Verwaltung unter ottomanischer Souveränität zusammengefaßt werden. Veniselos war aber
13859 durchaus nicht bereit, die Inselfrage mit den schwebenden griechisch-türkischen Verhandlungen verquicken zu lassen.

Ende September verschärfte sich die Lage so weit, daß man in Konstantinopel von einem bevorstehenden Angriff der türkischen und
13860 der bulgarischen Armee gegen Griechenland sprach. Kaiser Wilhelm II. sah die Lage als außerordentlich ernst an, zumal die Haltung
13862 der Pforte immer unnachgiebiger wurde. Auch waren mehrere einflußreiche Offiziere, die der Verständigung mit Griechenland geneigt
13864 waren, aus der türkischen Armee entfernt worden. Kaiser Wilhelm II. ließ deshalb in Bukarest ernstlich auf die Gefahr aufmerksam machen,
13865 die aus einem türkischen Angriffe gegen Griechenland entstehen
13866 könnte. In Konstantinopel wuchs das Mißtrauen gegen Deutschland
13868 sichtlich.

Aus Sofia berichtete nun zwar der Gesandte v. Below-Saleske am
13870 30. September, es seien bisher keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß Bulgarien geneigt wäre, gemeinsam mit der Türkei gegen Griechenland vorzugehen. Eine entscheidende Beruhigung aber trat erst
13872 dadurch ein, daß Rumänien erklärte, für die Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens eintreten und im Falle eines bulgarischen Angriffs auf Griechenland eine drohende Haltung annehmen zu wollen. Kaiser Wilhelm ließ nunmehr in Athen zur Mäßigung der griechischen
13874 Ansprüche raten. Hierzu war Veniselos wenig geneigt und erklärte, daß Griechenland nur nach einem verlorenen Kriege auf die Inseln
13876 verzichten könne. Die Türkei verhielt sich damals so, als ob sie gesiegt hätte, und wollte — so empfand es wenigstens Wangenheim — Griechenland ihre momentane Überlegenheit fühlen lassen,
13881 ohne indessen dabei an einen Bruch zu denken.

Ende Oktober nahmen die Verhandlungen einen günstigeren Ver-
13882 lauf. Die Pforte zeigte jetzt den ehrlichen Willen zu einer baldigen
13883 Verständigung. Hierzu trug offenbar die Pariser Meldung bei, daß
13884 die Türkei auf die Gewährung einer Anleihe nicht zu rechnen habe, solange nicht der Frieden mit Griechenland gesichert sei.

Ein Besuch des rumänischen Innenministers Take Jonescu sowohl
13886 in Konstantinopel wie in Athen trug wesentlich zur Entspannung bei. Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur einen Ausgleich, sondern auch eine Annäherung zwischen der Türkei und Griechen-
13891. 13892 land zu fördern. Take Jonescu traf am 7. November zu mehrtägigem Aufenthalte in Athen ein und wirkte dort mit dem gleichen Ziele. Er gab dem Könige die formelle Zusicherung, daß Rumänien einen durch bulgarisches Gebiet erfolgenden Angriff auf Griechenland als Casus belli ansehen würde. Dadurch konnte jede Kriegsgefahr als beseitigt gelten.

Am 11. November 1913 wurde der griechisch-türkische Friedensvertrag paraphiert und am 14. unterzeichnet. Die Ratifikation durch 13895 den Sultan erfolgte am 24. November. Einem weiteren griechisch-türkischen Zusammenschlusse stand nach Ansicht Take Jonescus nur noch die Inselfrage entgegen. Seinen Bemühungen hauptsächlich war das 13896 schließliche Zustandekommen der Vereinbarung zu danken. Ob der 13897 Vertrag als Grundlage zu einer in Athen gewünschten weiteren Verständigung mit der Türkei dienen konnte, hing auch nach dem Urteile des Geschäftsträgers in Athen, Grafen v. Bassewitz, von der Lösung der Inselfrage ab[1]).

Englands Haltung während der Schlußverhandlungen geht aus einem Schreiben des Botschafters Sir W. E. Goschen vom 9. November hervor[2]). Die Londoner Regierung wünschte zu erfahren, 13890 wie Deutschland zu dem Wunsche Griechenlands stand, die Mächte möchten auf die Türkei einzuwirken versuchen. Unterstaatssekretär Zimmermann versicherte dem englischen Botschafter, er habe Wangenheim angewiesen, alle Gelegenheiten zu ergreifen, um die Türkei zu einem Vertrage mit Griechenland zu veranlassen.

Kapitel 279

Die Konstituierung des Albanischen Staates
A. Die Grenzkommissionen und ihre Tätigkeit
August bis Dezember 1913

Da man auch in Berlin die Schaffung eines selbständigen Albanischen Staates in möglichst lebensfähiger Form für den einzigen Gewinn hielt, den Österreich-Ungarn aus den Balkanwirren für sich davonzutragen in der Lage war, mußte man naturgemäß Wert darauf legen, daß die Festsetzung der Grenzen Albaniens möglichst bald erfolge.

Am 1. August hatte Sir E. Grey in der Botschafterreunion beantragt, daß eine internationale Kommission zur Festsetzung der Süd- und Südostgrenze Albaniens schreiten, und daß Koriza, Stylos und die Insel Saseno zu Albanien kommen sollten. Auf Österreichs Vorschlag wurde dieser Antrag am 8. August dahin erweitert, daß die Grenzkommission ihre Arbeit am 1. September beginnen und bis zum 30. November 1913 beenden solle. Deutscherseits war als Delegierter 13899 bei der südalbanischen Grenzkommission Major Thierry vom Generalstabe, zurzeit Bataillonskommandeur im Grenadierregiment Nr. 3, in Aussicht genommen, da er durch Sprachkenntnisse und persönliche

[1]) Vgl. Kapitel 281, S. 117.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 890 siehe S. 108*/109*.

13904, 13910 Eigenschaften hierfür besonders geeignet erschien. Als Delegierter zur nordalbanischen Grenzkommission wurde Major v. Laffert vom 13914 Großen Generalstabe bestimmt.

Die ausführliche Berichterstattung der beiden deutschen Majore gibt uns ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten einer solchen Grenzfestsetzung in unwegsamen Gebieten und bei nicht unerheblichem Widerstande der mit der Arbeit der Grenzkommission wenig einverstandenen einheimischen Bevölkerung.

13915 Major Thierry — südalbanische Kommission — begab sich zu-13930 nächst nach Brindisi, von dort über Korfu und Saloniki nach Monastir, 13947 wo die Kommission ihre Arbeiten begann. Er erhielt vom Aus-13932 wärtigen Amte die Weisung, sich die österreichische Instruktion gleichfalls zur Richtschnur dienen zu lassen. Diese lasse zwar das Bestreben des Wiener Kabinetts erkennen, dem albanischen Gebiete auf griechische Kosten eine möglichst große Ausdehnung zu verschaffen. Deutschland habe an Albanien ein nur mittelbares Interesse. „Wenn wir Griechenland an sich auch alles Gute gönnen und seinen Ansprüchen nicht von vornherein alle Berechtigung absprechen wollen, so müssen diese Erwägungen doch im vorliegenden Falle hinter die Rücksicht auf unsere Bundesgenossen zurücktreten.“ Major Thierry sollte daher den österreichischen Standpunkt, soweit der tatsächliche Befund es zuließ, grundsätzlich gleichfalls vertreten, besonders dann, wenn die österreichischen Forderungen auch von italienischen Vertretern unterstützt wurden. „Ob und inwieweit es möglich sein wird, in Fragen, wo die Ansichten Ihrer Dreibundkollegen schwanken oder auseinandergehen, die Entscheidung zugunsten Griechenlands zu beeinflussen, muß sich nach dem Ergebnis der örtlichen Feststellungen richten.“

Zwischen den Vertretern von Österreich und Italien einerseits, Frankreich und Rußland andererseits stellte sich schon bei Beginn der 13951 Besprechungen in Monastir ein starker Gegensatz heraus. Am 16. Oktober traf die Kommission in ihrem Arbeitsgebiet ein. Die Bevölkerung, besonders die von Koriza, tat, offenbar von Griechenland dazu beeinflußt, alles, um der Kommission zu zeigen, daß das strittige Gebiet 13952 zu Griechenland gehöre. Thierry rechnete mit sehr bedenklichen Vorkommnissen, wenn Griechenland sich dazu entschließen müßte, das Gebiet zu räumen. Zeitweise hielt er ein Weiterarbeiten vor der Räumung des strittigen Gebietes durch die Griechen und vor der Entwaffnung der Bevölkerung für unmöglich.

Die Dokumente Nr. 13 955, 13 956, 13 968, 13 974, 13 986, 13 987, 13 996, 13 997, 13 998, 14 007, 14 009, 14 014, 14 019, 14 020 zeigen in einer an Reisebeschreibungen erinnernden interessanten Form die weitere Tätigkeit der Kommission. Sie endete am 10. Dezember in Argyrokastron ihre Arbeiten und begab sich dann nach Florenz, wo noch bis zum 19. Dezember getagt wurde. In einer Audienz, die

Major Thierry gemeinsam mit seinem österreichischen Kollegen am 20. Dezember bei Marquis di San Giuliano hatte, zeigte sich letzterer über die nächste Zukunft Albaniens sehr besorgt, da er mit Schwierigkeiten von seiten Griechenlands gegen den neuen Staat rechnete. Nach Thierrys Eindruck würde die italienische Regierung kaum auf dem in Aussicht genommenen Räumungstermin vom 1. Januar 1914 bestehen.

Die nordalbanische Kommission trat am 22. September 1913 in Skutari zusammen. Tags darauf fand die erste Kommissionssitzung 13940
statt und einigte sich über die Südseite des Ochridasees für den An- 13941
fang der Arbeiten. Über Tirana—Elbasan begab man sich zunächst 13943 13950
nach Lin am Ochridasee.

Major v. Laffert sprach sich über die Bevölkerung des zukünftigen nordalbanischen Gebietes sehr günstig aus. Nur von ihren halbgebildeten Führern hatte er eine sehr geringe Meinung. „Unter diesen Führern", berichtete er am 10. Oktober aus Skutari, „hat 13950
Albanien keine Existenzberechtigung. Sollte das Land trotzdem seine Selbständigkeit bewahren, so ist das nur durch die gegenseitige Eifersucht zwischen Österreich und Italien möglich. Aber zur Ruhe im Innern wird es in absehbarer Zeit nicht kommen. Der Krieg ist für den Sohn der Berge ein Sport und ein Vergnügen, für die gewissenlosen Führer ein Geschäft. Der zukünftige Fürst ist nicht zu beneiden. Das einzige, das ihm Geltung verschaffen könnte, wäre großer persönlicher Reichtum. Ein unternehmungslustiger und geschäftstüchtiger Prinz sollte sich eine reiche Amerikanerin suchen mit einigen Millionen Einkommen. Dann wäre die Sache zu machen. Denn mit Geld sind alle hiesigen Führer zu gewinnen. Die Serben sind im ersten Balkankriege nur deshalb so leicht durch das sehr schwierige Land hindurchgekommen, weil sie die Piaster springen ließen. Jetzt, wo sie kein Geld mehr haben, sind sie die National- und Erbfeinde."

Die nordalbanische Grenzkommission begann am 31. Oktober ihre Arbeiten am Ochridasee. Den weiteren Verlauf schildern die 13958
Dokumente Nr. 13 961, in dem Major v. Laffert Essad Pascha als den größten Gauner von Albanien kennzeichnet, Nr. 13 971, 13 985, 13 993, 13 994, 13 999 (aus Dibra), 14 000 und 14 010 (aus Prisren), 14 011, 14 012, in denen Major v. Laffert sich über die Schikanen der serbischen Militärbehörden äußerte. Die letzte Sitzung der Grenzkommission fand am 12. Dezember in Prisren statt. Infolge reich- 14023
lichen Schneefalles einigte man sich dahin, die Arbeiten bis zum Frühjahr 1914 zu vertagen und rechnete dann noch mit einer weiteren Arbeitsdauer von etwa drei Monaten.

In Griechenland verfolgte man die Arbeiten der Kommission mit dem größten Mißtrauen. Da Deutschland fest entschlossen war, den österreichischen Standpunkt zu unterstützen, ließ es in Athen wiederholt von einem Widerstande gegen die Beschlüsse der albanischen

Grenzkommission freundschaftlich abraten. In Wien wünschte man
13906. 13907 ein möglichst geschlossenes Auftreten des Dreibundes in der südalbanischen Grenzfrage. König Konstantin von Griechenland ließ aber
13912 keinen Zweifel darüber, daß er Widerstand bis zum äußersten leisten würde, falls er die Beschlüsse der Grenzkommission für unannehmbar halte. Griechenland wünschte auch einen Vertreter in die Kommission
13913 zu entsenden[1]). Deutschland erklärte, ein gleicher Antrag Rumäniens sei bereits abgelehnt worden.

Vom 6. bis 8. September 1913 weilte König Konstantin am Berliner Hofe. Kaiser Wilhelm ehrte seinen Schwager durch Überreichung eines Feldmarschallstabes und gedachte der lebhaften Anerkennung, die König Konstantin den bewährten preußischen Grundsätzen über die Kriegführung gezollt habe. König Konstantin antwortete in ähnlichem Sinne, was in Paris im Hinblick auf die Tätigkeit der französischen Militärmission in Griechenland lebhafte Verstimmung erregte. König Konstantin sah sich daher veranlaßt, bei seinem Pariser Besuche — vom 19. September ab — in einem Trinkspruche, den er mit Poincaré verabredete, die Verdienste der französischen Militärmission stark zu betonen.

In persönlichen Unterredungen suchte Kaiser Wilhelm II. seinen
13918 Schwager zum Einlenken in der Frage von Koriza zu bewegen. Auch
13919 Jagow erklärte dem Könige, er möge dort im Hinblick auf die allgemeine Politik und das Interesse Griechenlands nicht unnachgiebig sein und nicht durch nutzlosen Widerstand in der südalbanischen Grenzfrage sich mit Österreich und Italien verfeinden. Der König
13920 klagte lebhaft darüber, daß man den albanischen Staat auf Kosten Griechenlands begründen wolle. Besonders am Herzen liege ihm das Schicksal Korizas. Im übrigen wolle er mit dem Dreibunde und Rumänien gehen. In Athen wirkte der deutsche Geschäftsträger Graf
13938 Bassewitz dauernd im Sinne des Einlenkens. Veniselos erblickte in der Haltung Italiens immer nur das Bestreben, Gebiete, die es später einmal für sich in Anspruch nehmen wolle, nicht dem erstarkten Griechenland zu überlassen.

Angesichts der Haltung Griechenlands beantragte die südalba-
13949 nische Grenzkommission in ihrer Eröffnungssitzung am 4. Oktober einstimmig, den Besuch griechischer und anderer Journalisten in den von der Kommission zu erforschenden Gebieten nicht zuzulassen[2]).

Hervorgehoben sei noch ein Urteil eines österreichischen Detachementsführers, Oberleutnants Mühlhofer, über das Major v. Laffert am
13961 23. Oktober berichtete. „Er sagte, Österreich ist ein Staat, der in nicht zu langer Zeit auseinanderfallen wird. Vorläufig aber hält es, wenigstens militärisch, noch die ganzen in ihm vereinigten Völker-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13913 siehe S. 109*.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 13949 siehe S. 109*/110*.

stämme fest zusammen. Diese Zeit muß man benutzen, um noch einmal, vielleicht zum letzten Male, die gesamten österreichischen Slawen für das Germanentum ins Feuer zu werfen.“ Von dem deutschen Kaiser erwarteten die österreichischen Offiziere „alles Heil, auch für das Deutschtum Österreichs“.

In Athen verwahrte man sich dagegen, die Arbeiten der südalbanischen Grenzkommission irgendwie gestört zu haben[1]). Englischerseits vorgebrachte Wünsche auf Abänderung der von der Bot- 13963 schafterreunion für die Abgrenzung festgesetzten Richtlinien[2]) trugen nur zur Erschwerung der Arbeiten bei. Der König von Griechenland 13970 erblickte in der Forderung Österreichs und Italiens, das gesamte strittige Gebiet durch die griechischen Truppen bis zum 31. Dezember 1913 räumen zu lassen, nur Ausflüchte der beiden Großmächte, um 13960 ihre egoistischen Interessen in Albanien zu verbergen. 13972

Ein neuer englischer Vorschlag vom 19. November 1913 über die Führung der südalbanischen Grenze wurde, da er den Wünschen der Dreibundstaaten im wesentlichen Rechnung trug, von Deutschland 13990 zustimmend beantwortet[3]).

Lebhafte Besorgnis erregte bei den Großmächten des Dreibundes die Annahme, daß die Griechen das albanische Gebiet nicht rechtzeitig bis zum 31. Dezember räumen würden. Österreich und Italien könnten dann in keinem Falle zurückweichen und würden vielleicht 14002 ohne einmütigen Beschluß Europas allein mit Gewalt vorgehen. Aus Griechenland kamen bereits Gerüchte über das Zusammenströmen von Freiwilligen zur Verteidigung der griechischen Interessen in Epirus. In Berlin wünschte man vor allem vermieden zu sehen, daß sich nach 14003 Räumung des südalbanischen Gebietes dort anarchische Zustände ergaben. In London wurde das Drängen Italiens und Österreichs auf 14006 Räumung des südalbanischen Gebietes bis zum 31. Dezember scharf kritisiert.

Der König von Griechenland befürchtete einen blutigen Wider- 14013 stand der Bevölkerung. Mit der Haltung der deutschen Delegierten 14017 bei der Grenzkommission war er keineswegs einverstanden; sie hätten sich nicht unparteiisch, sondern geradezu griechenfeindlich benommen. Zu dem deutschen Gesandten Grafen Quadt sagte der König am 12. Dezember 1913, Deutschland habe sich gar nicht für die griechi- 14017 schen Interessen eingesetzt, und durch das passive und feindliche Verhalten von Österreich und Italien werde ihm der Anschluß an den Dreibund unmöglich gemacht. Durch dynastische Beziehungen könne er sich nicht beeinflussen lassen. Veniselos habe sich zu dem Gedanken bekehrt, daß Griechenland sich einer anderen Kombination anschließen müsse und neige deshalb zu Frankreich.

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 13 963 siehe S. 110*/111*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 970 siehe S. 111*/112*.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 13 990 siehe S. 112*.

Ein Brief des Königs Konstantin vom 11. Dezember 1913 zeigt, 14022 wie tief Griechenland sich damals durch Deutschlands Haltung enttäuscht fühlte. Griechenland werde mit Gewalt in die Arme der Tripelentente getrieben. Auch hatte den König eine Äußerung des Großadmirals v. Tirpitz in Sachen des Ankaufes eines deutschen Kriegsschiffes durch die griechische Regierung tief verletzt. Der englische Grenzvorschlag vom 19. November (Nr. 13 990) hatte die Erbitterung der Griechen noch gesteigert.

B. Die Internationale Kontrollkommission und ihre Tätigkeit bis zur Übernahme der provisorischen Regierung des Landes August 1913 bis Januar 1914

Die Londoner Botschafterreunion hatte am 29. Juli die Einrichtung einer internationalen Kontrollkommission für Albanien und einer von neutralen Offizieren zu organisierenden albanischen Gendarmerie beschlossen. Die Dokumente Nr. 14 025—14 133 zeigen, welche großen Schwierigkeiten zu überwinden gewesen sind, ehe endlich Prinz Wilhelm von Wied den Entschluß fassen konnte, die Abreise nach Albanien zur Übernahme des Fürstentums anzutreten. Sie setzen mit einer Anregung der englischen Regierung vom 30. August ein, die 14025 internationale Kontrollkommission sobald wie möglich ihr Amt an- 14026 treten zu lassen. Deutscherseits bestimmte man für diese den Generalkonsul Winckel als Ersten Delegierten[1]). Die Großmächte ernannten 14041 alsbald ihre Vertreter, zuletzt Österreich-Ungarn. Als Sitz der Kom- 14028 mission kam vorläufig nur Skutari in Betracht. Die große in Albanien herrschende Unsicherheit veranlaßte verschiedene Vorstellungen der englischen Regierung im Sinne eines baldigen Zusammentritts der Kontrollkommission und der schleunigen Einrichtung der beschlossenen Gendarmerie[2]) (14 030, 14 035, 14 038), die von holländischen Offizieren eingerichtet werden sollte (14 034, 14 064, 14 098, 14 100).

Von Wien aus wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, Albanien möglichst bald einen Fürsten zu geben. Man war dort wie in Rom über die Persönlichkeit des Prinzen zu Wied einig. Graf 14043 Berchtold schilderte dem Prinzen, der auf einer Reise nach Sinaia in Wien Station machte, anfangs Oktober die Verhältnisse in Albanien 14049 in ziemlich rosigen Farben. Der Prinz wollte unter keinen Umständen „als ein von den Mächten aufoktroyierter Herrscher erscheinen". Graf Berchtold vermißte bei ihm das für eine solche Aufgabe wünschenswerte „feu sacré".

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Dokumente Nr. 14 025 und 14 026 siehe S. 113*.
[2]) Deutscher Wortlaut der Dokumente Nr. 14030 (Anlage), 14035, 14038 siehe S. 113*/115*.

Auf Grund seiner Besprechungen in Sinaia entschloß sich sodann der Prinz zur Annahme des Thrones von Albanien unter bestimmten 14062 Bedingungen. Das Drängen seitens Österreich-Ungarns und Italiens, mehrfache Unterredungen mit Kennern des Landes und schließlich auch die Einwirkung seiner Gemahlin, der Prinzessin Sophie v. Schönburg, hatten ihn dazu veranlaßt. In Sinaia erfolgte auch die Nieder- 14066 schrift seiner Bedingungen, die er den Großmächten mitteilen ließ [1]). 14067 Hierzu gehörte hauptsächlich auch, daß die albanische Südgrenze in der Hauptsache festgelegt sein sollte. Auch mußte sichergestellt werden, daß Essad Pascha den Willen der Großmächte anerkannte. Der Prinz stellte außerdem finanzielle Forderungen.

Österreich und Italien nahmen seine Bedingungen fast unverändert 14068 an, und auch die anderen Mächte erklärten sich mit der Kandidatur 14074 einverstanden. In London war man der Ansicht, daß der Prinz, da 14073 keine Macht gegen seine Wahl Einwendungen erheben würde, sich 14075 jetzt selbst zum Fürsten ausrufen sollte [2]). Schließlich einigte man sich dahin, daß die Botschafter Österreich-Ungarns, Englands, Frankreichs 14076 14077 und Rußlands, sowie der italienische Geschäftsträger in Berlin anfangs Dezember ihr Einverständnis mit der Kandidatur des Prinzen Wilhelm erklärten. Staatssekretär v. Jagow bat daraufhin am 27. Dezember 14094 den in Neuwied weilenden Prinzen, ihm auf seine Anfrage vom 3. Dezember (Nr. 14 084) unter Mitteilung seiner Bedingungen zu antworten, die Jagow sodann an die Vertreter der Großmächte weitergeben wollte. Der Prinz antwortete am 31. Dezember unter nochmaliger 14095 Mitteilung seiner Bedingungen. Frankreich und Rußland erklärten Mitte Februar ihr Einverständnis unter gewissen Vorbehalten hinsichtlich der materiellen Bedingungen. Prinz Wied entschloß sich aber schon vorher zur Annahme des Thrones, nachdem ihm die österreichungarische und die italienische Regierung eine Anzahlung von 10 Millionen Franken auf die geforderte Anleihe von 75 Millionen gewährt hatten.

In Albanien herrschte ein wildes Durcheinander. In Skutari vermochte sich der „Admiralsrat“ über die zu ergreifenden Schritte mehrmals nicht zu einigen (Nr. 14 031, 14 036, 14 042, 14 046 [3]), 14 047, 14 048, 14 052). Die politischen Zustände in Albanien hielten sich, wie der deutsche stellvertretende Delegierte zur internationalen Kontrollkommission für Albanien, Legationsrat Nadolny, am 23. Novem- 14081 ber aus Valona berichtete, mit Mühe über Wasser. Damals gab es in Albanien vier provisorische Regierungen, die sich bemühten, bis zum Eintritt einer einheitlichen Staatsgewalt einigermaßen die Ordnung zu wahren. Nadolny empfahl im Interesse des Landes einen möglichst

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage II zu Dokument Nr. 14 067 siehe S. 118*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 14 075 siehe S. 118*/119*.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 14046 siehe S. 115*/116*.

baldigen Einzug des Fürsten. Für diesen Wunsch war mitbestimmend,
daß offenbar infolge von jungtürkischen Intrigen Aufstandsbewegun-
14082 gen in Albanien angezettelt wurden. Es schien zur Ausrufung eines
14083 muselmanischen Fürsten kommen zu sollen. Die internationale Kon-
trollkommission schlug daher am 4. Dezember die sofortige Schaffung
eines Gendarmeriekorps oder aber die internationale Besetzung der
14088 betreffenden Gebiete vor[1]. Schwierigkeit bereitete auch die Auf-
rechterhaltung der Ordnung nach dem von den Mächten geforderten
14087 Abzuge der Griechen. Durch eine Proklamation suchte die inter-
nationale Kontrollkommission die südlichen Grenzgebiete zu beruhi-
14090 gen. In dieser Proklamation wurde mitgeteilt, die Mächte hätten einen
von ihnen erwählten Fürsten an die Spitze des neuen Staates Albanien
gestellt und für eine lange Reihe von Jahren die internationale Kon-
trollkommission eingesetzt.

Anfangs Januar 1914 verbreitete sich das Gerücht, daß die alba-
nesischen Führer sich auf Izzet Pascha, den damaligen türkischen
Kriegsminister, als Fürsten von Albanien geeinigt hätten. Man sprach
14097 14099 von Munitions- und Waffentransporten nach Albanien. Die Kontroll-
14100 kommission in Valona verhängte den Belagerungszustand und ließ
alle einlaufenden Schiffe untersuchen, wodurch festgestellt wurde,
daß in Konstantinopel tatsächlich für Izzet Pascha gewirkt worden
14101-14103 war. Die türkische Regierung sollte das Komplott unterstützt haben,
leugnete aber auf Vorhalten jede Beteiligung (Nr. 14 106—14 108,
14 110). In Albanien selbst drangen Banden Essad Paschas siegreich
14109 auf Elbasan vor. Zusammenfassende Berichte des Legationsrats Na-
14117 dolny vom 11. und 16. Januar 1914 geben ein klares Bild von der
14122 damaligen Zerfahrenheit der albanischen Zustände und von den Einzel-
heiten des jungtürkischen Anschlages. Auch über die gegen Essad
Pascha bei etwaiger Verweigerung seines Rücktritts anzuwendenden
14119 14120 Mittel konnten sich die Vertreter der Mächte in Valona nicht einigen.
14121 Inzwischen hatten niederländische Offiziere Albanien bereist und
14127 für die Errichtung einer Gendarmerie Vorschläge gemacht[2].

Nach einer Meldung des Legationsrats Nadolny vom 31. Januar
14130 war Essad Pascha bereit, zugunsten der Kommission zu demissio-
nieren, falls er von ihr als offizieller Vertreter Albaniens zum Fürsten
entsandt wurde und in dessen Gefolge zurückkehren konnte. In Berlin
war man hiermit einverstanden. Das Eintreffen des Fürsten in etwa
zwei Wochen wurde als erwünscht bezeichnet. Essad Pascha reiste
14128 nebst 14 Deputierten am 12. Februar nach Potsdam ab, um dort den
Prinzen um Übernahme der Regierung zu bitten. Der Empfang der
Deputation fand am 21. Februar in Schloß Neuwied statt[3].

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 14 088 siehe S. 119*/120*.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 14 121 siehe S. 120*.
[3]) Siehe unten S. 122.

Hervorhebung verdient, daß Kaiser Wilhelm II. von vornherein gegen die Übernahme des Fürstentums Albanien durch den Prinzen von Wied schwere Bedenken geltend gemacht hat. (Vgl. Dokumente Nr. 14065, 14073, 14076.) Nach seiner Ansicht war es die Sache 14083 der Mächte, die den Prinzen vorgeschlagen hatten, für ihn die Lage zu klären, denn er dürfe doch in Albanien nicht mit einem Bürgerkriege anfangen.

Kapitel 280

Die Evakuierung Albaniens durch Serbien Der Österreichisch-Serbische Konflikt August bis November 1913

Wenn in irgendeinem Kapitel des großen Aktenwerkes, so ist es in dem vorliegenden 280. Kapitel erforderlich, durch Benutzung der synchronistischen Zusammenstellung den zeitlichen Zusammenklang der Begebenheiten klarzustellen. Die Dokumente des 280. Kapitels springen um etwa ein halbes Jahr gegen die des 279. Kapitels zurück und bilden sachlich den Anschluß an den 35. Band des Aktenwerkes, der die erhebliche Verstimmung Österreichs gegen Deutschland in der Frage von Kawala zeigte[1]).

In seinem Berichte vom 13. August 1913 hatte Tschirschky noch ausgeführt, daß man sich in Wien von Deutschland verraten und verkauft fühle und es für die fehlenden Erfolge seiner eigenen Politik verantwortlich machen wolle[2]). Tschirschky hatte aber dem Grafen Berchtold am 12. August auch gesagt, er wisse doch genau, „daß Deutschland stets hinter der Monarchie stehen werde, wenn sie es nicht mit Serbien allein zu tun haben würde und ihre Existenz durch einen russischen Angriff bedroht werden würde" (Dokument Nr. 13749).

Die Frage der Räumung Albaniens durch Serbien brachte früher, als Tschirschky es vielleicht geahnt hatte, eine derartige Lage.

Die Londoner Botschafterreunion hatte sich vor ihrer Vertagung für die baldige Räumung des albanischen Gebietes durch die Serben ausgesprochen. Ende August war aber von serbischen Vorbereitungen 14134 zum Abmarsche noch nichts zu spüren. Graf Berchtold schlug daher vor, die Großmächte sollten die serbische Regierung nochmals dringend einladen, ihre Truppen hinter die in London festgesetzte Nordost- 14135 grenze Albaniens zurückzuziehen.

Im September 1913 fanden in Schlesien die deutschen Kaisermanöver statt, die durch die Jahrhundertfeier in Breslau eine besondere Note erhielten. An dem Manöver nahm der General Conrad

[1]) Vgl. Kapitel 276, siehe o. S. 85ff.
[2]) Vgl. Dokument Nr. 13750, siehe o. S. 88.

v. Hötzendorf teil. Bei dieser Gelegenheit sprach Kaiser Wilhelm II. 14136 ausführlich mit ihm über die Lage. General v. Conrad betonte, daß Serbien bald über 20 Divisionen verfügen werde. Bei einem europäischen Kriege werde Österreich gezwungen sein, mindestens ebensoviele Truppen gegen Serbien fechten zu lassen, und dadurch werde seine Hilfe für Deutschland und seine Bedeutung als Faktor im Dreibunde wesentlich verringert. Es gebe nur die Alternative: festes Bündnis Österreichs mit Serbien oder absolute Unterwerfung des letzteren. Kaiser Wilhelm II. meinte bei diesem Anlasse, für Deutschland sei es viel vorteilhafter, wenn Österreich-Ungarn mit Serbien in einem Hause vereint sei, als wenn es einen südslawischen Staat als Nachbar habe, der ihm stets in den Rücken fallen würde. Der Chef des italienischen Generalstabes, General Pollio, nahm gleichfalls am Kaisermanöver teil.

In Serbien rechnete man damals, wie der Geschäftsträger v. Beth- 14137 mann Hollweg am 16. September berichtete, mit einem Zerfall der Donaumonarchie in drei bis vier Jahren und hoffte, dann die serbischen Brüder jenseits der Grenze Serbien wieder angliedern zu können.

Der vom Grafen Berchtold angeregte Schritt der Großmächte in 14138 Belgrad verzögerte sich. Die serbischen Truppen verblieben nicht 14140 nur in Nordalbanien, sondern der serbische Kriegsminister hatte sogar 14139 die Grenzwachen gegenüber Albanien noch verstärken lassen. Man erklärte in Belgrad, die Verhältnisse in Albanien seien unhaltbar, dort 14141 bestehe überhaupt keine Regierung mehr, und die Aufstände nähmen immer größeren Umfang an. Serbien könne das nicht zulassen; es 14142 habe im Sinne der Londoner Abmachungen Albanien geräumt, dann seien aber die Albanesen sogleich hinter den ihre strategischen Positionen räumenden serbischen Truppen hergezogen und hätten sie im Rücken mit großer Übermacht angegriffen. Jetzt hätten sie bereits Dibra und Diakowa genommen und gingen gegen Prisren vor.

Im Ministerrat vom 23. September beschloß Serbien militärische 14037 Maßnahmen. Die Zustände seien unhaltbar, Serbien habe in dem bisherigen Kriege Opfer an Gut und Blut in Masse bringen müssen, das könne nicht so fortgehen, und jetzt sollten um die Grenze Serbiens gegenüber Albanien unaufhörlich neue Opfer gebracht werden. Dieser serbischen Auffassung trat Kaiser Wilhelm II. in einer Randbemerkung bei. Es gab übrigens auch österreichische Staatsmänner, die den Versuch für angezeigt hielten, in ein möglichst gutes oder doch erträgliches Verhältnis zu Serbien zu gelangen. So äußerte sich der zum Sektionschef im Wiener Außenministerium ausersehene bisherige 14144 Gesandte in Dresden, Graf Forgach, in diesem Sinne. Wirklich intim werde dies Verhältnis aber leider niemals werden können, denn jeder Serbe hasse nun einmal Österreich und träume von nichts anderem als der Vereinigung der unter österreichischem Zepter lebenden Brüder 14145 mit dem Mutterlande. Graf Forgach war früher selbst Gesandter in

Belgrad gewesen und hatte am 25. September dem Staatssekretär v. Jagow in Berlin einen Besuch gemacht.

Die schweren persönlichen Enttäuschungen, die er in der Balkanfrage bisher erlebt hatte, veranlaßten den General v. Conrad Mitte September 1913 zur Einreichung seines Abschiedsgesuches, das er aber auf Zureden des Erzherzog-Thronfolgers wieder zurücknahm.

Ende September begann die serbische Presse auf die Notwendigkeit einer ausgiebigen Besetzung wichtiger Punkte Albaniens hinzuweisen, die unbedenklich sei, da die Mehrzahl der Großmächte gegen eine derartige Okkupation nicht viel einzuwenden haben würde. 14146
Diese Ansicht war irrig. Österreich und Italien beschlossen nachdrück- 14147
liche Vorstellungen in Belgrad, und Deutschland war bereit sich anzuschließen. In Paris sprach sich Poincaré gegenüber Paschitsch, der 14148
damals zum Besuche dort weilte, eindringlich im gleichen Sinne aus.

Am 1. Oktober erfolgte ein österreichischer Schritt in Belgrad, der bezweckte, die Regierung vor der Besetzung albanischer Gebiete 14149
zu warnen. Italien hatte sich nicht angeschlossen, und auch Rußland hielt einen amtlichen Schritt nicht für nötig. Zwei Tage später, am 14150
3. Oktober, traf der serbische Ministerpräsident Paschitsch auf der Rückreise von Paris in Wien ein. Er äußerte sich in der entgegenkommendsten Weise über das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Tags darauf kam aus Belgrad die Nachricht, daß ser- 14151
bische Truppen die Albanesen von Dibra, Struga und Ochrida verjagt 14153
hätten, und daß in der Gegend von Prisren noch Kämpfe stattfänden. Die Albanesen wichen überall zurück. Die serbische Mobilisierung, telegraphierte Gesandter Frhr. v. Griesinger am 5. Oktober, werde 14155
sehr energisch betrieben. Auch Griechenland benutzte die Lage, um seine Truppenmacht im albanischen Okkupationsgebiet zu verstärken. 14156

In Belgrad bemühte sich Paschitsch um die Beruhigung der Vertreter der Großmächte. Zu dem deutschen Gesandten sagte er am 14157
7. Oktober, Serbien sei dringend ruhebedürftig und verfolge keinerlei Eroberungspolitik. Es sei nunmehr gelungen, die aus dem autonomen Albanien herausgekommenen Albanesen wieder über die Grenze zu jagen; Serbien müsse aber gewisse strategische Punkte so lange halten, bis die internationale Grenzkommission die albanische Grenze genau festgelegt habe. Paschitsch betonte bei diesem Anlasse, daß ihm die immer engere Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland am Herzen liege.

In Wien entschloß man sich zu Gegenmaßregeln, wobei naturgemäß General Conrad v. Hötzendorf wieder die treibende Kraft war. 14159
Er vertrat die Auffassung, entweder den friedlichen Anschluß Serbiens an die Monarchie durchzusetzen oder aber das Vorrücken der Serben in Albanien dazu zu benutzen, um ein für allemal mit Serbien abzurechnen. Der General drang mit seiner Auffassung nicht durch. Ein Ministerrat beschloß, unter möglichster Ausgestaltung der Wehr-

macht noch weiter zu warten. Ein am 13. Oktober stattfindender Ministerrat entschied sich aber für sofortige diplomatische Schritte in Belgrad.

Am Abend des 15. Oktober teilte Graf Berchtold dem Geschäfts-14160 träger Prinzen zu Stolberg mit, daß er in Belgrad am 13. Oktober nachdrücklichst an die Beachtung der Londoner Beschlüsse erinnert habe. Er habe fragen lassen, ob die serbische Regierung bereit sei, die militärischen Vorbereitungen für ein Vordringen in Albanien einzustellen und die bereits auf albanischem Gebiete befindlichen Truppen binnen einer bestimmten kurzen Frist zurückzubeordern. Sollte die Antwort der serbischen Regierung, wie es scheine, ungünstig ausfallen, so werde er Serbien eine bestimmte Frist zur Zurückziehung der Truppen setzen. Österreich-Ungarn sei diesmal fest entschlossen, nicht nachzugeben. Offenbar hoffe Serbien, Österreich-Ungarn mit russisch-französischen Intrigen zu zwingen, auf eine Veränderung der Grenze zu seinen Gunsten einzugehen. Dies würde aber der erste Schritt zu einem serbischen Vordringen zur Adria sein und die mühsam erreichte Schaffung eines lebensfähigen Albaniens gefährden. Die Existenz Albaniens sei jedoch unbedingt nötig, um den Slawen einen Riegel vorzuschieben und das Einvernehmen zwischen Österreich und Italien aufrechtzuerhalten. „Ferner würde Nachgeben Österreich-Ungarns völlige Abdikation bedeuten, was besonders im Hinblick auf die eigenen Südslawen verhängnisvoll, da diese durch Schwächung der Monarchie in ihren zentrifugalen Bestrebungen bestärkt würden. Er werde daher im Falle weiterer Ablehnung Serbiens bis zum Äußersten gehen müssen und habe hierfür neben der einmütigen Zustimmung der österreichischen und ungarischen Regierungen auch die volle Billigung Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß Deutschland, das doch selbst großes Interesse an Zurückdämmung der slawischen Flut habe, in dieser Frage moralisch fest hinter Österreich-Ungarn stehen werde; denn nur um moralische Unterstützung werde es sich ja voraussichtlich handeln, da weder Rußland noch Frankreich Krieg wollten. Man könne deshalb auch hoffen, daß es sich serbischerseits vorläufig nur um Bluff handelt. — Graf Berchtold hat hiesigem serbischen Gesandten offen gesagt, daß Serbien im Falle der Weigerung ernsteste Folgen zu gewärtigen habe.“

In der Haltung der Berliner Regierung trat jetzt ein entscheidender Umschwung ein. Nach der Ansicht des Stellvertretenden Staatssekretärs Zimmermann konnte Deutschland der Wiener Regierung 14161 die erbetene moralische Unterstützung nicht verweigern. „Wollten wir unserem Bundesgenossen jetzt die Gefolgschaft versagen oder auch nur eine laue Haltung zeigen, so würde dies in Wien, wo die Werber für einen Anschluß an Frankreich und Rußland eifrig am Werke sind, sicherlich schwer empfunden werden. Auch könnte eine

Absage Deutschlands zur Folge haben, daß Österreich sein Heil in einer selbständigen, vielleicht überstürzten Aktion sucht. Ich halte es daher für angezeigt, in Wien zu erklären, daß Österreich auf unsere moralische Unterstützung rechnen kann. Gleichzeitig wird meines Erachtens der Kaiserliche Gesandte in Belgrad anzuweisen sein, sich der österreichischen Demarche anzuschließen.“ Zimmermann erbat unter Hinweis darauf, daß man in Rom die Lage ebenso beurteile, die Zustimmung des Kaisers dazu, daß Deutschland seinem Verbündeten zur Seite trete; in Paris und Petersburg sollten nur entsprechende Mitteilungen gemacht werden.

Kaiser Wilhelm II. hatte sich verschiedentlich den Standpunkt Serbiens zu eigen gemacht und war für eine entgegenkommendere Politik Österreichs gegenüber Serbien eingetreten. Jetzt aber hielt auch er die Gelegenheit für günstig, um die immer aufs neue von Serbien ausgehenden Beunruhigungen endgültig zu beseitigen, ohne daß daraus schwere Folgen erwüchsen. Feldmarschall Conrad berichtet in seinem Werke „Aus meiner Dienstzeit“ (Band 3, S. 469 ff.), bei der Schilderung seines Zusammentreffens mit Kaiser Wilhelm II. am 18. Oktober bei der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig, der Kaiser habe es damals offenbar für nötig gehalten, daß Österreich-Ungarn nunmehr kriegerisch gegen Serbien vorgehe. Der Kaiser soll damals gesagt haben, er gehe jetzt mit Österreich; die anderen Mächte seien nicht bereit, sie würden daher nichts dagegen unternehmen. „In ein paar Tagen müßt Ihr in Belgrad stehen. Ich war stets ein Anhänger des Friedens; aber das hat seine Grenzen. Ich habe viel über den Krieg gelesen und weiß, was er bedeutet, aber endlich kommt die Lage, in der eine Großmacht nicht länger zusehen kann, sondern zum Schwert greifen muß.“ Die deutschen Akten enthalten nichts von einer solchen Äußerung des Kaisers.

Am 16. Oktober, noch ehe Kaiser Wilhelm II. seine amtliche Zustimmung zu der Stellung des Auswärtigen Amtes nach Berlin mitgeteilt hatte[1]), mußte Botschafter v. Tschirschky in Wien erklären, daß Deutschland bei den Bemühungen um die Sicherung eines lebensfähigen Albaniens fest hinter Österreich-Ungarn stehen würde. Der deutsche Gesandte in Belgrad wurde angewiesen, den österreichischen 14162 Schritt nachdrücklich zu unterstützen. Fürst Lichnowsky sollte Sir 14163 Edward Grey verständigen und zur Beteiligung an den Belgrader Vorstellungen einladen. „Englische Regierung, unter deren Vorsitz Bot- 14164 schafterversammlung tagte, dürfte in erster Linie zur Mitwirkung berufen sein, um Beschlüssen Respekt zu verschaffen. Bleiben Mahnungen Wiener Kabinetts in Belgrad unbeachtet, so ist nach Form und Inhalt hiesiger Vorstellungen des Grafen Berchtold zu besorgen,

[1]) Dies erfolgte von Bonn aus am 17. Oktober (Nr. 14 172) unter ausdrücklicher Billigung der von Zimmermann vorgeschlagenen Behandlung der Angelegenheit.

daß Österreich selbständig vorgeht. Da Österreich Sicherung lebensfähigen Albaniens als vitales Interesse betrachtet, würden wir unseren Verbündeten nicht zurückhalten können."

Sehr bald ergab sich, daß man in Rom für scharfe Schritte gegen 14165 Serbien nicht zu haben war. Marquis di San Giuliano hatte ärgerlich erklärt, er habe keine Lust, sich Österreichs wegen noch immer mehr Feindschaften zuzuziehen.

Um so wichtiger war es für Deutschland, daß wenigstens England sich den Vorstellungen in Belgrad anschloß. Fürst Lichnowsky 14166 sollte daher wiederholt darauf hinweisen, „wie dringlich auch energische Demarche Englands in Belgrad zur Vermeidung von Komplikationen erscheint".

In Belgrad erklärte Paschitsch am 15. Oktober, die Räumung der albanischen Gebiete werde von der Entwicklung der dortigen Ver- 14167 hältnisse abhängen. Die eben durch den Besuch des Ministerpräsidenten begonnene Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien war nun nach Urteil des Geschäftsträgers 14168 Prinzen Stolberg wieder „ad calendas graecas" verschoben.

Die Zurückhaltung Englands bereitete in Berlin eine peinliche Überraschung. Für eine Räumungsaufforderung an Serbien mit be- 14169 stimmter Frist wollte man dort nicht eintreten. Sir Edward Grey bezeichnete es am 20. Oktober als einen ernsten und weittragenden 14188 14189 Schritt, wenn eine Großmacht, ohne vorher mit dem Konzert der Mächte Fühlung zu nehmen, ein Ultimatum stelle. Das österreichische Kabinett könne sich nicht verhehlen, daß ein solcher Schritt eine Gefährdung des Konzerts mit sich bringe. Österreich habe gewiß das größte Interesse an einem lebensfähigen Albanien, man könne aber seiner Politik den Vorwurf kaum ersparen, daß sie bei Schaffung der Organe für die Lebensfähigkeit Albaniens mit unbegreiflicher Langsamkeit vorgegangen sei. Die Hauptsache scheine ihm das möglichst baldige Eintreffen eines Fürsten.

Die Wiener Staatsmänner waren über Deutschlands Haltung auf 14170 das höchste erfreut. Graf Berchtold erklärte am 17. Oktober dem deutschen Geschäftsträger, wenn auch Österreich-Ungarn gewiß nicht Konflikte heraufbeschwören wolle, so werde es aber unter allen Umständen bis zum äußersten durchhalten. Der Kaiser sei trotz hohen Alters ganz fest entschlossen, nötigenfalls die äußersten Konsequenzen zu ziehen, und habe ihm heute die Genehmigung zur Stellung einer etwa achttägigen Frist für völlige Räumung Albaniens erteilt. In Belgrad erklärte Paschitsch am gleichen Tage, er verstehe die plötz- 14171 liche Nervosität des Wiener Kabinetts nicht. Er bleibe fest bei seiner Zusage wegen Räumung Albaniens, man müsse aber den Verhältnissen Rechnung tragen. Sobald die internationale Grenzkommission die Grenze festgesetzt habe, würden die serbischen Truppen sofort hinter diese zurückgehen.

Dem deutschen Kaiser wurde Österreichs Entschluß, diesmal nicht nachgeben zu wollen, nach Bonn mitgeteilt. Er äußerte sich darüber 14172 mit großer Befriedigung und ließ dem österreichischen Geschäftsträger in Berlin sagen, daß Österreich-Ungarn der deutschen Unterstützung durchaus sicher sein könnte.

Rußland hielt sich zurück. Man schien dort Serbiens Verhalten 14173 zu billigen.

Am 18. Oktober überreichte der österreichische Geschäftsträger in Belgrad der serbischen Regierung eine Note, worin die Räumung Albaniens binnen acht Tagen gefordert wurde. Widrigenfalls würde die österreichische Regierung die ihr geeignet erscheinenden Maßregeln ergreifen. Hierzu ließ das Berliner Auswärtige Amt an 14174 den Gesandten in Bukarest die Weisung ergehen, er möge auf einen entsprechenden Ratschlag Rumäniens in Belgrad hinzuwirken suchen. „Österreich-Ungarn ist zum militärischen Einschreiten eventuell fest entschlossen. Wir sind nach Lage der Verhältnisse zu seiner vollen moralischen Unterstützung gezwungen und raten demgemäß zwecks Vermeidung ernster Komplikationen dringend in Belgrad zu schleunigem Einlenken.“ Nach Konstantinopel erging die Mitteilung, daß die kaiserliche Regierung in dieser Frage fest hinter Österreich stehe. In Wien erklärte Graf Berchtold, die feste Haltung Deutsch- 14175 lands, an der er nie gezweifelt habe, bestärke ihn in der Zuversicht, 14176 daß Serbien die achttägige Frist einhalten und es nicht zum äußersten kommen lassen werde.

Die deutsche Berichterstattung aus Petersburg zeigt, daß man dort Serbien damals zu helfen suchte. Man war unwillig über Österreichs Vorgehen und versuchte, einen Ausweg für ein rechtzeitiges Nachgeben Serbiens zu finden, ohne die öffentliche Meinung zu erregen. „Rußland möchte seinen Einfluß nicht auch noch in Serbien ver- 14177 lieren, will aber entschieden keinen Krieg wegen dieser Frage.“ Man empfand das österreichische Vorgehen in Petersburg „als zu brüsk“. 14185 Der deutsche Geschäftsträger in Petersburg Frhr. v. Lucius erhielt daher am 20. Oktober die Mitteilung, Wien habe sich zu energischem 14178 Vorgehen aus eigenster Initiative ohne vorherige Beratung mit Deutschland entschlossen. „Wir müssen selbstverständlich hinter ihm stehen und können, nachdem es zum Ultimatum gekommen, schon im Interesse der Erhaltung der Großmachtstellung Österreich-Ungarns unmöglich zur Nachgiebigkeit in Wien raten. Ernste Situation kann durch verständige russische Ratschläge in Belgrad beseitigt werden. Hierzu Rußland um so mehr imstande, als Wien lediglich Respektierung Londoner Beschlusses verlangt. Falls Serbien nicht einlenkt, wird Österreich-Ungarn zweifellos militärisch vorgehen. Bulgarien dürfte alsdann schwerlich stillhalten. Rußland kann neuer Konflikt zwischen slawischen Brüdern nicht erwünscht sein.“

England ließ in Belgrad am 19. Oktober den Rat erteilen[1]), man
14179 möge eine Zusicherung dafür geben, daß die in London verabredete Grenze eingehalten würde, und daß man die Truppen so schnell wie
14180 möglich zurückziehen wolle. Die italienische Regierung forderte Serbien freundschaftlich zur Beobachtung der Londoner Beschlüsse auf. Das österreichische Ultimatum vom 18. Oktober hatte in Rom unangenehm überrascht. Deutschland ließ daraufhin am 20. Oktober in Rom mitteilen, ein Zurückziehen des Ultimatums sei nicht zu wünschen, da sonst die Großmachtstellung der Doppelmonarchie ge-
14181 fährdet sei. „Situation kann durch energische Ratschläge in Belgrad und London geklärt werden. Serbien zeigt Neigung zum Einlenken. Rumänien und Griechenland arbeiten ebenfalls darauf hin.“ Der deutsche Geschäftsträger sollte in Rom seine Bemühungen für eine energische Aktion im Sinne Wiens fortsetzen.

Serbien wich zurück. Am 20. Oktober 1913 teilte der serbische
14184 Geschäftsträger in Berlin mit, daß seine Regierung die Truppen schleunigst aus Albanien zurückziehen werde; eine entsprechende Mit-
14186 teilung sei heute durch Paschitsch allen Vertretern in Belgrad gemacht worden.

Auch in Rom hatte man sich schließlich trotz Verurteilung der Wiener Haltung bereit gefunden, in Belgrad eine energische Sprache
14187, 14194 zu führen, was in Wien dankbar vermerkt wurde. Rumänien hatte
14190 gleichfalls in Belgrad zum Entgegenkommen geraten.

Der Gesamtverlauf der Krisis rief in Petersburg lebhafte Verstimmung hervor, die sich besonders gegen Österreich richtete. In diesem Zusammenhang erinnerte der Geschäftsträger Freiherr v. Lucius
14191 am 21. Oktober daran, daß Sasonow ihm schon früher wiederholt gesagt habe, Österreich mache nur auf Deutschland gestützt eine über seine Kräfte hinausgehende Politik. In ähnlichem Sinne äußerte sich Sasonow selbst, als er am 22. Oktober in Berlin weilte. Auch dort
14193 beklagte er lebhaft das schroffe Vorgehen Wiens gegenüber Serbien, zu dem ein genügender Grund nicht vorhanden gewesen sei. Zimmermann konnte ihm gegenüber darauf hinweisen, daß ein selbständiges Vorgehen Österreich-Ungarns in diesem Falle schon aus dem Grunde nicht zu vermeiden gewesen sei, weil die Londoner Botschafterreunion noch nicht wieder zusammengetreten war; andernfalls hätte Wien zweifellos wohl die Sache zuerst in London zur Sprache gebracht.

Auch in Rom war man mit der Art des österreichischen Vorgehens
14194 nicht einverstanden. Das Wiener Ultimatum hatte peinlich überrascht, und man war der Ansicht, daß Wien auf freundschaftlichem Wege das
14195 gleiche Ergebnis hätte erzielen können. „Jedenfalls hätte Österreich-Ungarn seine Verbündeten vorher informieren und sich nicht nur auf

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 14 179 siehe S. 121*.

ihre Treue verlassen sollen, die sich wieder glänzend bewährt habe." Dem österreich-ungarischen Geschäftsträger sagte der italienische Außenminister, „daß er die Art, wie Österreich-Ungarn gegen Serbien vorgegangen sei, für schädlich halte. Diese Behandlung werde erbitternd in Serbien wirken."

„Zähneknirschend", so berichtete der Gesandte Freiherr v. Griesinger am 21. Oktober, fügte sich die serbische Regierung dem Wiener 14196 Ultimatum und erklärte, bis Sonntag, den 26. d. Mts., Albanien zu räumen. Unerhört aber seien die Anpöbelungen der serbischen Presse gegen die österreich-ungarische Politik und deren Leiter. Paschitsch erklärte bitter, „jetzt könne er mit seinen Absichten wegen Verständigung mit der Donaumonarchie wieder von vorn anfangen". Der russische Gesandte in Belgrad, v. Hartwig, war „geradezu wütend". Nach seiner Auffassung war Österreich dafür verantwortlich, falls sich aus der Zurückziehung der serbischen Truppen Erhebungen und Aufstände in Albanien ergäben.

Ähnliche Gedankengänge vertrat auch ein serbischer Schriftsatz über die albanische Frage, den der serbische Geschäftsträger in Berlin am 25. Oktober überreichte. Mit Rücksicht auf die Sicherheit des 14197 Grenzgebietes und seiner Bewohner wendete sich die serbische Regierung an die Großmächte als Schöpfer und Beschützer des autonomen Albaniens mit dem Ersuchen, „im Interesse des Friedens zwischen Serbien und Albanien und der Ruhe Europas wirksame Maßnahmen zur Verhinderung neuer Einfälle zu treffen". Die Haltung der Vertreter Rußlands und Frankreichs in Belgrad war, wie Griesinger am 23. Oktober berichtete, stets geeignet gewesen, die ser- 14198 bische Regierung in ihrer bisherigen Haltung zu ermutigen.

In Petersburg legte man Wert auf die Feststellung, daß man 14199 keinerlei Druck auf Serbien ausgeübt habe. Die russische Presse 14200 empfand das Zurückweichen Serbiens als eine Niederlage. Sasonow erklärte, die österreichische Politik der Überraschungen mache ihm fortgesetzt ernste Sorgen. Solange, sagte er zu dem deutschen Ge- 14201 schäftsträger Frhrn. v. Lucius, Österreich Berlin frage, bevor es einen schwerwiegenden Entschluß fasse, sei er vollkommen beruhigt. Hierfür sei aber leider keinerlei Sicherheit vorhanden, wie es der letzte Vorgang gezeigt habe. Österreich stelle seine Alliierten stets vor ein fait accompli; dieselben seien dann gezwungen, „de faire l'honneur à leur signature". Bei der neurasthenischen Politik des Grafen Berchtold stehe man beständig vor dem „Unbekannten", und darin liege eine große Gefahr. In diesem Zusammenhange erklärte Sasonow, er könne Deutschland garantieren und habe sich auch in Berlin dahin ausgesprochen, daß keine der maßgebenden Persönlichkeiten Frankreichs an einen Krieg mit Deutschland denke.

14202 Der Äußerung Sasonows, die er dem Grafen Czernin gegenüber tat, daß auch Deutschland sich abfällig über das österreichische Ultimatum an Serbien ausgesprochen und die „zwecklose Schroffheit“ des österreichischen Vorgehens beklagt habe, ließ das Auswärtige Amt in Wien entgegentreten.

Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914

Der sechsunddreißigste Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 36. Bandes

Zweite Hälfte

Kapitel 281

Die Evakuierung Südalbaniens durch Griechenland und ihre Verquickung mit der Inselfrage

Der Epirotische Aufstand Dezember 1913 bis Juli 1914

Nicht weniger als 203 Dokumente zeigen die ungeheure Schwierigkeit, die es bereitete, die Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete durch Griechenland und zugleich eine angemessene Regelung der Inselfrage herbeizuführen. Auf eine Kennzeichnung der einzelnen Dokumente muß und kann verzichtet werden.

Die Sammlung beginnt mit einem englischen Schriftsatze, den der englische Botschafter in Berlin am 13. Dezember überreichte[1]). Grey 14203 betonte die nach Abschluß der Arbeiten der südslawischen Grenzkommission entstehenden Schwierigkeiten, da die in den Grenzdistrikten wohnende Bevölkerung offenbar entschlossen sei, sich der Einverleibung in Albanien zu widersetzen. Er hielt daher das Vorhandensein einer gewissen Truppenmacht bei der Zurückziehung der griechischen Truppen für erforderlich, um das Ausbrechen blutiger Unruhen zu vermeiden. Die Räumung der strittigen Gebiete werde vor Januar 1914 kaum möglich sein. Dann aber sähen sich die Mächte vor die Inselfrage gestellt, die vielleicht zweckmäßig mit der südalbanischen Frage verbunden werde.

Nunmehr setzten die Verhandlungen der Mächte ein, deren Einzelheiten für Deutschland weniger von Interesse waren. Es hielt sich daher dauernd an der Seite Österreichs und wünschte vor allem die Einmütigkeit des Dreibundes auch nach außen in Erscheinung treten zu lassen.

Sehr bald zeigte es sich, daß auf eine baldige Räumung Südalbaniens nicht zu rechnen war. Diese Frage ging in erster Linie Österreich-Ungarn und Italien an. In London erklärte Sir Edward Grey am 11. Februar, wenn Europa nicht einig sei in der Absicht, 14291 seinen Willen durchzusetzen, so werde sich England zurückhalten und die Dinge ihrem Laufe überlassen.

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 14203 siehe S. 121*/123*.

Eine Note der Mächte vom 13. Februar 1914 wurde in Konstantinopel, eine weitere am gleichen Tage in Athen überreicht. 14294 Danach sollte die Räumung des südalbanischen Gebietes am 1. März beginnen und am 31. März beendet sein. Die Mächte erklärten ihre Absicht, Griechenland alle im Ägäischen Meere belegenen, augenblicklich von ihm besetzten Inseln zuzuteilen, mit Ausnahme von Tenedos, Imbros und Kastelorizo, die der Türkei zurückerstattet werden sollten.

Die Überreichung der Mächtenote in Athen bildete den Ausgangspunkt einer aufständischen Bewegung in Epirus, die auf die 14298 Autonomie des nördlichen Epirus abzielte. Sie stand unter der Leitung des früheren griechischen Außenministers Zographos. Zographos teilte am 1. März der internationalen Kontrollkommission, die bis zur Ankunft des zum Fürsten erkorenen Prinzen Wilhelm zu Wied provisorisch die Regierung des Landes führte, mit, die Epiroten würden die albanische Oberherrschaft niemals anerkennen, sondern aus Epirus einen selbständigen Staat machen. Auch wenn Griechenland die von den Mächten befohlene Räumung von Epirus durchführte, so würde doch die Bevölkerung der inzwischen errichteten Gendarmerie allen nur möglichen Widerstand entgegensetzen.

Am 2. März bereits erfolgte die Proklamation des autonomen Nordepirus. Zographos übernahm die provisorische Regierung mit Karapanos als Minister des Äußern. Da die griechische Regierung innerlich mit den Aufständischen sympathisierte, bereitete sie ihnen keinen ernsthaften Widerstand, und auch die albanische Regierung sah sich genötigt, mit den Aufständischen in Verhandlungen einzutreten. Prinz Wilhelm beauftragte den holländischen Oberstleutnant Thomson von der albanischen Gendarmerie, die Verhandlungen mit Zographos zu führen.

Wenige Tage später, nämlich am 7. März, erfolgte der Einzug des Fürsten Wilhelm in Durazzo. Die Nachricht über die dortigen Verhältnisse veranlaßten den deutschen Kaiser schon anfangs März, die 14302 Schaffung des Staates Albanien als eine große Torheit zu erklären.

Wie oben mitgeteilt[1]), hatte sich Griechenland vergeblich um 14316 Koriza bemüht. Nun beschwerte sich Griechenland am 12. März darüber, daß in das griechischerseits geräumte Gebiet von Koriza albanische Banden eingefallen seien und dort fürchterlich gehaust hätten. Graf Berchtold betonte bei diesem Anlasse, es könne nicht 14319 weiterhin die Aufgabe der Mächte sein, sich in alle inneren Fragen Albaniens zu mischen, das vielmehr jetzt seine Angelegenheiten selbst wahrnehmen müsse.

Anläßlich seiner Frühjahrsreise nach Korfu weilte Kaiser Wilhelm II. am 23. März zum Besuche des Kaisers Franz Joseph in Wien, besuchte sodann den Erzherzog-Thronfolger in Miramare und hatte am

[1]) Siehe oben S. 100.

25. März mit dem Könige Viktor Emanuel eine Zusammenkunft in Venedig. Am 29. März traf er zu längerem Aufenthalte in Korfu ein, wo sich zu seiner Begrüßung das griechische Königspaar eingefunden hatte. Allgemein erhoffte man von dieser Reise Vorteil für die Lösung des albanisch-epirotischen Problems. In Berlin hielt man es für 14326 richtig, „in allen Albanien betreffenden Fragen zwar unsere Dreibundgenossen loyal zu unterstützen, im übrigen aber es diesen als den zunächst beteiligten Mächten zu überlassen, Vorschläge zur Beseitigung der Schwierigkeiten zu machen".

Wie schwierig die albanische Lage damals war, schildert eindringlich ein Brief des Fürsten Wilhelm an den Kaiser vom 30. März. 14332 Darin hieß es: „Albanien ist von allen Seiten beschnitten, die Hälfte der Albanier sind an die Nachbarländer verteilt worden; wenn nun auch der Süden des Landes besondere Vorrechte haben soll, so ist das Land überhaupt nicht lebensfähig. Es geht also um die Existenz des Staates, und da greift man zum äußersten Mittel." Zu Verhandlungen 14374 mit den Epiroten hatte der Fürst begreiflicherweise wenig Neigung.

Am 25. April teilte der griechische Geschäftsträger in Berlin mit, 14375 es seien nunmehr Befehle für die Räumung des epirotischen Gebietes, das Albanien zugesprochen sei, durch die griechischen Truppen gegeben worden. Am 29. April erklärte er, die Räumung sei beendet. 14376 Der holländische Gendarmerie-General in Albanien meldete aber anfangs Mai aufs neue, daß die griechischen Truppen Albanien nicht 14378 räumten; seine Gendarmen hofften aber, Koriza halten zu können. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ließ daraufhin in Athen sagen, Deutschland erwarte eine schleunige Aufklärung des Widerspruches zwischen dieser Meldung und den für die Räumung gegebenen Versicherungen.

Am 18. Mai 1914 kam es in Korfu zu einem vorläufigen Abschlusse der Verhandlungen zwischen der internationalen Kontroll- 14381 kommission einerseits und den Führern der epirotischen Bewegung Zographos und Karapanos andererseits. Der holländische General 14382 wurde dabei ersucht, gemeinsam mit epirotischen Offizieren eine neutrale Zone festzusetzen. Die Epiroten verlangten für sämtliche 14385 albanischen Zugeständnisse die Garantie der Mächte [1]).

Im albanischen Kabinett hatte Essad Pascha den Posten als Innen- und Kriegsminister eingenommen. Trotzdem beteiligte er sich an Machenschaften, die um die Mitte Mai in Mittelalbanien zu einem rasch um sich greifenden Aufstande führten. Fürst Wilhelm ließ daher am 19. Mai Essad Pascha festnehmen und auf einem österreichischen Kriegsschiffe, sodann auf einem italienischen Dampfer nach Brindisi bringen, nachdem Essad Pascha schriftlich hatte versprechen müssen, sich in die Angelegenheiten Albaniens nicht mehr einzumischen. Die

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 14 385 siehe S. 132*.

aufständische Bewegung wuchs nun noch mehr an und führte alsbald zu einer Gefährdung von Durazzo, das der Fürst zu seiner Hauptstadt 14392 erwählt hatte. Er geriet dadurch in die schwierigste Lage, zumal er 14394 auch nicht über genügende Geldmittel verfügte. Kaiser Wilhelm II. vermerkte mit Recht zu einem Telegramme des Legationsrats Nadolny, 14394 der als diplomatischer Vertreter in Albanien weilte, vom 5. Juni, die Sache scheine ihm ziemlich hoffnungslos und werde wohl bald liquidiert werden müssen.

Eine neue Verzögerung ergab sich daraus, daß sich die Mächte über ihre Zustimmung zu dem sogenannten Korfu-Abkommen vom 18. Mai [1]) nicht zu einigen vermochten. Der Aufstand glimmte fort. 14398 Erst am 1. Juli sprachen die Mächte ihre Zustimmung aus. Am 14399 11. Juli wurde in Durazzo bereits wieder gemeldet, daß griechische, mit Geschützen bewaffnete Truppen die Ortschaften um Koriza niederbrennten und die Einwohner massakrierten. Ein holländischer Major 14400 von der albanischen Gendarmerie meldete dazu, daß die Epiroten stets, wenn sie irgendwo zurückgeworfen seien, bei regulären griechischen Truppen, Kavallerie und Artillerie, Aufnahme fänden. In 14400 Athen beeilte man sich zu versichern, reguläre griechische Truppen seien an den Kundgebungen um Koriza nicht beteiligt. Man begann 14402, 14404 daher, an der Loyalität der griechischen Versicherungen zu zweifeln.

Durch den mittelalbanischen und epirotischen Aufstand in die äußerste Bedrängnis gebracht, entbot Fürst Wilhelm von Albanien 14405 am 10. Juli die Gesandten der Großmächte zu sich und ließ durch sie die Mächte ersuchen, auf Griechenland dahin einzuwirken, daß es endlich seine Truppen aus dem Epirus zurückziehe und Zographos zur Annahme des Korfu-Abkommens veranlasse. Auch sollten die griechischen Banden, die albanische Dörfer niederbrannten, zurückgezogen werden. Die Mächte hatten, wie der deutsche Geschäftsträger in Durazzo, Frhr. v. Lucius [2]), am 14. Juli meldete, wenig Absicht, auf diese Wünsche einzugehen, so daß Lucius andeutete, der Fürst werde nun wohl ein Ultimatum stellen und die Krone dann niederlegen. „Hof-14405 fentlich geschieht dies bald, damit er wenigstens einigermaßen ehrenvoll aus der Sache hier herauskommt."

Die im einzelnen hier nicht gekennzeichneten Schriftstücke und die Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente sind auf den Seiten 121*—132* abgedruckt und auf den Seiten 211*—218* nachgewiesen.

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 14381 ff. Siehe o. S. 119.

[2]) Der bisherige Botschaftsrat in Petersburg, Frhr. v. Lucius, war anfangs Juni 1914 zum Geschäftsträger in Durazzo ernannt worden.

Kapitel 282

Der Albanische Königstraum und der Österreichisch-Italienische Gegensatz
Januar bis August 1914

Die zusammenhängende Durchsicht der Dokumente des 282. Kapitels gewährt einen erheblichen historischen Reiz. Losgelöst aus der Erörterung über die Räumung der albanischen Gebiete und von den Auswirkungen des epirotischen Aufstandes entrollt sich hier ein Bild der Vorgänge, die sich im Anschluß an den Versuch ergaben, das Fürstentum Albanien, diese in der damaligen Form unmögliche Schöpfung der europäischen Diplomatie, in die Wirklichkeit überzuführen. Kein Leser der Dokumente sollte sich des Reizes berauben, den die Lektüre gerade dieses Abschnittes auslöst.

Das Fürstentum Albanien war die gemeinsame Schöpfung Italiens und Österreich-Ungarns. Jede Phase der Entwicklung wurde von beiden Mächten mit mißtrauischer Eifersucht verfolgt. Hatte anfangs vielleicht die Hoffnung bestanden, daß sich aus dem Zusammenarbeiten der beiden Dreibundgenossen eine Befestigung des Dreibundes selbst ergeben könnte, so ist diese Hoffnung gründlich enttäuscht worden. Am richtigsten hat die albanischen Dinge von vornherein Kaiser Wilhelm II. beurteilt, der die Schaffung eines selbständigen Albaniens im voraus widerraten hat, da er es für nicht lebensfähig hielt.

Schon im Januar 1914 drängten Österreich und Italien darauf, daß Prinz Wied seine Ausreise nach Albanien möglichst beschleunigen 14406 solle. Es war nur zu begreiflich, daß der Prinz die Grundlagen seiner zukünftigen Existenz vorher geklärt und deshalb vor allem die albanische Anleihe unter Dach und Fach gebracht sehen wollte. Schließlich wollte ein österreichisch-italienisches Bankinstitut unter Garantie ihrer Regierungen eine Anzahlung von 10 Millionen Franken für die albanische Regierung auf die Anleihe von 75 Millionen gewähren, zu deren Garantie sich sämtliche Großmächte bereit erklären sollten. Am 6. Februar erklärte sich Prinz Wied bereit, den Thron von Albanien 14411 anzunehmen und sich demnächst dorthin zu begeben. Für die Fahrt wollte die österreichische Regierung dem Prinzen ein Kriegsschiff zur Verfügung stellen und die italienische Regierung ein Begleitschiff.

Bei der Regelung der Ausreise ergaben sich bereits Eifersüchteleien zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Der Prinz hatte es für nötig gehalten, sich bei den Großmächten vorzustellen und besuchte zunächst Rom, um dort keine Verstimmung wegen der Wahl des österreichischen Kriegsschiffes aufkommen zu lassen, sodann 14414 Wien. Von dort begab er sich nach Berlin, am 17. Februar nach 14415 London. Überall konnte er sich nur in Eile vorstellen, da er am

21. Februar die unter Führung Essad Paschas stehende albanische Deputation in Schloß Neuwied empfangen mußte. Überall, auch in 14420 Paris, wo sich der Prinz auf der Rückreise von London vorstellte, wurde er freundlich aufgenommen, und machte für seine Person einen sehr günstigen Eindruck. In London stellte man dem Prinzen für die Ausreise nach Durazzo ein Begleitschiff zur Verfügung. Am 27. Fe- 14421 bruar besuchte er auch den Zaren in Petersburg.

Der feierliche Einzug des Fürstenpaares in Durazzo fand am 7. März 1914 statt. Ein deutscher Vertreter für Albanien war damals noch nicht ernannt. Die Berichterstattung übernahm der Legationsrat Nadolny, der nach dem Aufhören seiner Tätigkeit in der Kontrollkommission zur Erfüllung seines ursprünglichen Auftrages, die Einrichtung einer deutschen Vertretung vorzubereiten, in Albanien verblieb und seinen Aufenthalt in Durazzo nahm.

Noch vor der Ankunft des Fürsten berichtete Nadolny aus Skutari am 19. Februar, Albanien bedeute „einen der mehreren Reste 14425 des Balkanproblems, die noch nicht ganz gelöst sind". Der österreichisch-italienische Gegensatz sei bestimmend und berge den Keim internationaler Einmischung in sich. Die Aufgabe, auf das Einvernehmen der Dreibundkollegen hinzuwirken, sei geradezu unerfüllbar. Überall kämpften die Bundesgenossen gegeneinander: „Österreich arbeitet lange nicht so gut wie Italien, es ist unsicherer, hilfloser und geräuschvoller; Italien wirkt feiner, zielbewußter und rücksichtsloser . . . Armer Prinz! Man bedauert ihn, weil er es schwer haben wird, mit den Albanern fertig zu werden und aus ihnen etwas zu machen. Das ist aber ein Kinderspiel gegen die Schwierigkeit, sich mit Anstand zwischen den österreichisch-italienischen Kneifzangen zu bewegen. Jeder von den beiden wird im Lande schalten wollen wie zur Türkenzeit; politisch werden sie fordern und intrigieren, wirtschaftlich fordern und subventionieren; dabei sich um jeden Knochen balgen. Die von der Tripelentente aber werden grienend zusehen und in das Feuerchen blasen und auch Ansprüche erheben." Auch 14426 Staatssekretär v. Jagow befürchtete, daß bei einer weiteren Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Bundesgenossen Deutschlands in Albanien ähnliche Verhältnisse entstehen könnten wie in Schleswig-Holstein, die schließlich zum Kriege von 1866 geführt hätten.

Schwierigkeiten über Schwierigkeiten erwarteten den jungen Fürsten und seine ehrgeizige Gemahlin, eine Prinzessin Schönburg-Waldenburg. Der Fürst ernannte Essad Pascha zum Minister des 14428 Innern und Kriegsminister. Der Süden des Landes war dauernd in unruhiger Bewegung. Die griechischen Truppen hatten den Bezirk von Koriza annähernd geräumt, an ihre Stelle waren Banden von 14430 14431 Komitatschis getreten. Der epirotische Aufstand wirkte fort. Schon anfangs April begannen die Vertreter der Großmächte in Albanien

sich über den Fürsten absprechend zu äußern und ihm Mangel an Energie und Entschlußfähigkeit vorzuwerfen. In Italien hoffte man vielleicht im stillen, daß Albanien sich nicht werde halten können, und daß man dann einen Teil des Landes zu gewinnen Aussicht habe. Unter den beiden höchstgestellten holländischen Offizieren der al- 14435 banischen Gendarmerie herrschte Zwietracht. Die Berater des Fürsten wurden bald von dem einen, bald von dem anderen Staate verdächtigt, 14437 einen gefährlichen Einfluß auszuüben.

Als am 20. April zu Ehren des Geburtstages des Königs von Rumänien ein Hofdiner stattfand, sprach Nadolny ausführlich mit dem Fürstenpaare über die politische Lage in Albanien. Beide betrachteten sie es als ein hartes Geschick, daß sie gleich zu Beginn ihrer Regierung einer so schweren Probe unterworfen worden seien. „Schwierigkeiten über Schwierigkeiten!“ berichtete Legationsrat Na- 14438 dolny am 21. April an den Reichskanzler. „Sie sind, wenn man die bisherigen Zustände bedenkt, für das Land nicht gerade etwas Außerordentliches, aber bei längerem Andauern leidet das Prestige des Fürsten oder, wie er von seinem Volke bezeichnet wird, des Königs darunter. Man hat hier erwartet, daß er mit dem Zauberstab europäischer Bildung und deutscher Energie der Zerfahrenheit und dem Schlendrian auf einmal ein Ende machen würde. Nun aber hat sich in sechs Wochen wenig geändert, außer daß die Durazziner die Freude haben, Residenzbewohner geworden zu sein und eine Hofhaltung bestaunen zu können.“

Eine verhängnisvolle Rolle hat damals in Durazzo der italienische Gesandte Baron Aliotti gespielt, der dauernd alarmierend nach Rom berichtete. Die Beziehungen zwischen Rom und Wien verschlechterten 14439 sich daher immer mehr, zumal nach der gewaltsamen Absetzung Essad Paschas in der Nacht vom 18./19. Mai, die durch den holländischen Major Sluys eigenmächtig, jedenfalls nicht auf bestimmten Befehl des 14441 Fürsten, vorgenommen worden war. Essad Pascha wurde zunächst auf einem österreichischen Schiff interniert und dann nach Brindisi gebracht.

Nadolny hat über diese Vorgänge, die einer gewissen Räuberromantik nicht entbehren, am 31. Mai einen sehr ausführlichen Be- 14482 richt erstattet.

Die weiteren Vorgänge muß man in den Dokumenten selbst nachlesen. Auf italienische Verwendung reiste Essad Pascha auf einem 14446 Torpedoboote nach Italien gegen die Verpflichtung, nicht nach Albanien zurückzukehren.

Die immer unsicherer werdende Lage in Durazzo hielt die ganze europäische Diplomatie während mehrerer Monate in Atem. Immer schärfer entwickelte sich der Gegensatz zwischen Italien und Österreich, die als eigentliche Schöpfer des Fürstentums Albanien an den Vorgängen in erster Linie interessiert waren. Wiederholte Hilferufe aus Albanien um Entsendung von Truppendetachements wurden von

den Großmächten abschlägig beschieden, da man sich nie auf eine gemeinsame Haltung zu einigen vermochte. Die Verwirrung in der diplomatischen Auffassung stieg so sehr, daß Botschafter v. Flotow am 25. Mai aus Rom berichten konnte, in der italienischen Presse betrachte man die Verhaftung Essad Paschas als eine italienische Nieder-14452 lage durch österreichische Intrigen und einen inzwischen ausgebrochenen Aufstand in Durazzo als einen italienischen Triumph über Österreich. „Albanische Angelegenheit nimmt in bedenklicher Weise Form österreichisch-italienischen Duells an." Flotow wurde nicht müde, auf die Gefahr dieser Entwicklungen hinzuweisen. Hierzu vermerkte Kaiser Wilhelm II. mit vollstem Recht: „Es wird alles wahr, was ich vor zwei Jahren befürchtete, als Österreich den Blödsinn mit Albanien startete. Es erntet jetzt, was es ausgesät hat!"

Auch die Türkei trat in der albanischen Frage wieder mehr in den Vordergrund. Man war dort der Meinung, daß ein christlicher 14457 Herrscher sich in Albanien nicht werde halten können. Etwaige Beziehungen zwischen der Pforte und Essad Pascha wurden nachdrücklich in Abrede gestellt.

Bemerkenswert ist, daß man sich in Berlin damals bei allen für Albanien vorgeschriebenen Schritten ebenso verhielt wie England. Da Grey gegen die Entsendung internationaler Truppen sich aussprach, 14459 lehnte auch Deutschland den darauf bezüglichen Antrag ab. Hierüber 14463 war wieder Italien verstimmt. Nach Ansicht Kaiser Wilhelms II. wäre es für den Fürsten Wilhelm das beste gewesen, sich möglichst schnell eine Miliz aus ihm ergebenen und treuen Mannschaften zur Verfügung zu halten. Der Albanese lasse sich von keinem fremden Soldaten auf die Dauer etwas bieten. Auch „die internationale Aktion" in Kreta sei unter Gelächter zugrunde gegangen. Sobald kriegerische Aktionen in Albanien begännen, würden alle Balkan-Komitatschis, Türken, Bulgaren, Serben und Montenegriner als Banden verkleidet auftauchen und mitwirken.

Besonders eindringlich kommt die ablehnende Haltung des Kaisers gegen das albanische Unternehmen in einer Schlußbemerkung zu einem Artikel des „Pester Lloyd" vom 29. Mai zum Ausdruck: „Erst hat Österreich von uns allen die Anerkennung Albaniens als Gesamtstaat erzwungen, damit es nicht wegen Durazzo mit Rußland in Krieg geriet; jetzt will Italien von uns militärische Mithilfe erzwingen, damit Rom nicht mit Wien über Durazzo in Krieg gerät!!! . . . Rom und Wien haben gegen alle Bitten und Warnungen das Albanien geschaffen, was jeder vernünftige Mensch für einen nonsens erklärte. Dann haben sie den Wied genommen, was wir für ein Unglück hielten und ebenfalls nicht hindern konnten! Nun ist der Samen aus dem Blödsinn aufgegangen, und soll mit einem Male ‚international' militärisch unterdrückt werden. Das ist eine Gefahr! Die

beiden müssen lernen sich vertragen, das hilft ihnen alles nichts, und müssen gemeinsam diese von ihnen eingebrockte Suppe ausessen!“

In Serbien verfolgte man die Entwicklung der Dinge mit der größten Aufmerksamkeit und betonte, Serbien habe durch seinen im Winter 1912/1913 ausgeführten Zug über die albanischen Alpen und die Eroberung der albanischen Küste bis Durazzo den Beweis ge- 14472
liefert, daß es allein imstande sein würde, für Ruhe und Ordnung in Albanien zu sorgen. Also auch von dieser Seite drohten Gefahren, die internationale Verwicklungen heraufbeschwören konnten. Die Verstimmung Italiens gegen Österreich erreichte anfangs Juni schon einen derartigen Grad, daß Marquis di San Giuliano zu dem deutschen Botschafter davon sprach, die öffentliche Meinung fordere eine Hinneigung nach der Seite der Tripelentente. „Herr Barrère“, berichtete 14477
Flotow am 4. Juni, „wittert schon Morgenluft. Er ist jetzt täglich auf der Konsulta zu finden. Zum mindesten droht der inneren Kohärenz des Dreibunds eine Schwächung, die leider auch den fremden Augen nicht unbemerkbar bleibt.“

Im höchsten Maße beunruhigend mußte es wirken, daß von serbischen Politikern der Gedankengang erörtert wurde, Serbien müsse 14481
sich mit Griechenland über die Teilung Albaniens verständigen. Wenn Europa durchaus wolle, werde Serbien die Last des nördlichen Albaniens übernehmen und dann auch Garantien dafür geben, daß niemals eine serbische Flotte geschaffen oder ein serbischer Kriegshafen gebaut würde.

Zum Unglück für die Beziehungen zwischen Wien und Rom hatte in Albanien ein holländischer Gendarmerie-Offizier einen Obersten und einen Professor von italienischer Staatszugehörigkeit verhaftet. 14480
In Rom verlangte man Genugtuung für diesen Mißgriff. Die Be- 14488 14490
ziehungen wurden dadurch immer gereizter. Am 13. Juni berichtete 14493
Botschafter v. Flotow, daß San Giuliano es als die Hauptsache für Italien ansähe, Albanien nicht in österreichische Hände gelangen zu lassen, falls es als selbständiger Staat nicht lebensfähig sei. Den 14494
Gedanken einer Teilung zwischen Griechenland und Serbien schien er nicht ganz für unmöglich zu halten.

Die immer schwieriger werdende Lage führte die Großmächte 14495
Mitte Juni 1914 zur Entsendung von Kriegsschiffen nach Durazzo. Der in Alexandretta liegende Kreuzer „Breslau“ erhielt am 16. Juni telegraphisch Befehl, nach Durazzo abzugehen, wohin auch ein englisches Kriegsschiff unterwegs war.

Die Österreicher erteilten ihren Kriegsschiffen den Auftrag, im 14502
Falle der Gefährdung der Stadt durch die Aufrührer letztere durch Schiffsgeschütze unter Feuer zu nehmen. Der Kommandant der „Breslau“ sollte sich einer etwaigen Aktion gegen die Aufrührer gleichfalls anschließen, wenn alle Mächte so verführen. Der Kaiser

14503 ließ aber in Wien ernstlich auf das Bedenkliche eines Eingreifens der Mächte mit den Waffen hinweisen.

Am schärfsten wurde gegen den Fürsten von Albanien ausgenutzt, daß er sich am 24. Mai auf die Nachricht hin, die Aufständischen seien nur eine halbe Stunde von Durazzo entfernt, mit seiner Familie an Bord des italienischen Schiffes „Misurata“ begeben hatte. Er selbst war alsbald wieder nach seinem Palais zurückgekehrt[1]). Nach Ansicht des Königs von Rumänien trug gerade der italienische Gesandte Baron Aliotti die Schuld daran, daß der Fürst sich ganz unnützerweise auf das italienische Schiff begeben habe. Die Sicherheit
14505 des Fürsten in Durazzo beruhte nach Ansicht Kaiser Wilhelms II. damals nur noch in dem Vorhandensein der Kriegsschiffe. Im übrigen hielt er es für falsch, daß Landungsabteilungen der Mächte gegen die
14506 Albaner vorgingen. „Der Fürst muß fechten, siegen oder fallen, an der Spitze von dem, das ihm treu geblieben ist, aber nicht sich mit Hilfe internationaler Mannschaften gegen Teile seines Volkes halten lassen.“

Ende Juni wurde bereits häufig von einem Wechsel in der Person des Fürsten gesprochen. In Durazzo befürchtete man neue Unruhen. Der Fürst erwog, rumänische Truppen zu Hilfe zu rufen und sprach hierüber mit dem österreichischen und italienischen Vertreter. „Nervosität im Palais nimmt zu,“ berichtete der Geschäftsträger Frhr.
14510 v. Lucius am 24. Juni, der an Stelle des nach Berlin zurückberufenen Legationsrats Nadolny nach Durazzo entsandt worden war.

Die Gegensätzlichkeiten in der albanischen Frage zwischen Wien und Rom steigerten sich so sehr, daß es in Italien nach einem Berichte
14518 des Botschafters v. Flotow vom 26. Juni beim Lesen der italienischen Blätter unmöglich war, an die Existenz eines wirksamen Bundesverhältnisses zwischen den beiden Mächten zu glauben. Von französischer Seite wurde die Gelegenheit aufgegriffen, um journalistisch nach Möglichkeit auf die Lockerung des Dreibundes hinzuarbeiten.

Am 27. Juni, einen Tag vor der Mordtat in Serajewo, war in Wien nach einem Berichte des Botschafters v. Tschirschky vom
14520 28. Juni „ein kritischer Tag erster Ordnung in den österreichisch-italienischen Beziehungen“. Unter den Augen der österreichischen Regierung hatte man in Wien ein offenes Werbebureau zur Anwerbung von Freiwilligen für Albanien eingerichtet. Tschirschky erblickte hierin den „Gipfel politischer Ungeschicklichkeit“ und wies sofort auf die ganz unberechenbaren Konsequenzen hin, die ein weiteres Gestatten der Anwerbungen auf das Verhältnis zu Italien haben müßte. Der italienische Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, war in tiefer Erregung. „Wir sprachen den ganzen Fall durch in einmütiger scharfer Kritik der unverantwortlichen Haltung der

---

[1]) Vgl. Dokumente Nr. 14 460, 14 482.

hiesigen Regierung." Auch in Deutschland suchte damals ein Konsul Wackerow den Zuzug von Freiwilligen nach Albanien zu organisieren; er wurde jedoch vom Auswärtigen Amt unter Hinweis auf die im Wege stehenden strafgesetzlichen Bestimmungen nachdrücklich vor der Durchführung seines Vorhabens gewarnt. Auch in Wien wurde alsbald das Werbebureau geschlossen; etwa 1000 Mann aber waren schon angeworben und in Marsch gesetzt.

Daß es dem Fürsten Wilhelm noch gelingen könne, aus eigener Kraft einen Ausweg aus den Wirren zu finden, hielt man in Belgrad für ausgeschlossen. Man hatte dort den brennenden Wunsch, eine möglichst ausgiebige Grenzregulierung zu erlangen. Von Durazzo fuhr der italienische Gesandte Baron Aliotti am 30. Juni nach Rom, um dort zu berichten, der Fürst habe jetzt fast das ganze Land gegen sich und könne nur noch durch europäische Truppen gehalten werden. Eine entsprechende Meldung ließ die albanische Regierung am 1. Juli nach Rom und Wien ergehen: „ohne Intervention der Mächte Status quo unhaltbar, da ganzes Land in Aufruhr und auch die Durazzoer Truppen unsicher werden". In Rom betonte San Giuliano, wenn der Fürst nicht zu halten sei, müsse die Regierung zunächst der Kontrollkommission für einige Monate übertragen werden. 14521 14522 14525 14527

Am 2. Juli berichtete Freiherr v. Lucius aus Durazzo: „Leider besteht wohl bei allen, welche die traurigen Ereignisse der letzten Zeit verfolgt haben, nicht einmal das Vertrauen, daß dieser Fürst selbst mit einer europäischen Truppe auf die Dauer zu halten ist. Es wird für ihn bzw. die Mächte darauf ankommen, eine Formel zu finden, welche es ihm ermöglicht, in ehrenvoller Weise zurückzutreten." 14530

Am 10. Juli versammelte der Fürst die vier Gesandten der Großmächte in seinem Palais und gab ihnen Aufschluß über die Lage. Er bat die Großmächte um die ihm versprochene Anleihe und um internationale oder rumänische Truppen. Ferner ersuchte er, auf Griechenland behufs Zurückziehung seiner Truppen aus dem Epirus einen Druck auszuüben; Zographos müsse gezwungen werden, das Korfu-Abkommen anzuerkennen [1]). 14533

Mit lebhafter Anteilnahme verfolgte man den Gang der Dinge in Belgrad. Man brach dort den Stab über den Fürsten Wilhelm und seine Regierung und betonte, die Großmächte möchten bei einer Entscheidung über das Schicksal Albaniens Serbien nicht ungefragt lassen. In Wien war man sich dessen bewußt, daß die Aufrollung und die weitere Entwicklung der serbischen Frage infolge des Attentates von Serajewo die Verhältnisse in Albanien stark beeinflussen und vielleicht die Aufstandsbewegung zum Stillstand bringen würde. Man befürchtete dort, daß italienische Truppen den Auftrag erhalten 14535 14537

[1]) Vgl. oben S. 119 und 120.

könnten, Valona zu besetzen, wohin Epiroten im Vormarsch gemeldet wurden. Falls Italien sich entschloß, Valona zu besetzen, ohne das Wiener Kabinett vorher zu befragen, so ergab das eine für Österreich unannehmbare Lage. Forderte Italien aber Österreich zur Teilnahme an dieser Aktion auf, so fiel das in einen Zeitpunkt, „wo die Monarchie mit der Klärung ihres Verhältnisses zu Serbien vollauf be-
14539 schäftigt war". So äußerte sich Graf Szögyényi am 18. Juli in Berlin. Jagow machte darauf aufmerksam, daß ein österreichischer Angriff auf Serbien nicht nur in Italien eine sehr ungünstige Aufnahme finden, sondern voraussichtlich auf direkten Widerstand stoßen würde. Jagow hielt deshalb eine rechtzeitige Auseinandersetzung des Wiener Kabinetts mit dem römischen für dringend geboten und meinte, daß diese wesentlich erleichtert werden könnte, wenn Italien mit österreichischer Zustimmung in Albanien engagiert würde.

Der deutsche Geschäftsträger in Durazzo, Frhr. v. Lucius, hielt die Lage des Fürsten für unhaltbar. Der Fürst fragte ihn immer häufiger und dringender nach seiner privaten Ansicht, ob er das Land
14538 verlassen und die Krone niederlegen solle. Am 17. Juli erbat Lucius Weisungen, da er es für sehr bedenklich hielt, zum unbedingten Aushalten zu ermutigen und so falsche Hoffnungen zu erregen.

In Rom erklärte Marquis di San Giuliano am 20. Juli, er halte
14540 einen Angriff der Epiroten auf Valona nicht für wahrscheinlich. Die dem Fürsten von Albanien noch ergebene Bevölkerung von Valona bat am 20. Juli, angesichts der unerträglichen Lage die Kontrollkommission um vorübergehende Übernahme der Regierung zu ersuchen. Mit dem augenblicklichen System sei es unmöglich, den Thron zu erhalten.
14541 Andererseits wünschte Wien den weiteren Verbleib des Fürsten, weil durch seine Abdankung neue Komplikationen entstehen könnten.
14542 Jagow vermerkte hierzu: „Wir haben dem Prinzen Wied nicht zugeredet, die Krone von Albanien anzunehmen; es ist auch uns jetzt unmöglich, auf seine eventuellen Entschlüsse einzuwirken, weil nur er selbst die Verantwortung dafür tragen kann." Wollte man den Fürsten Wilhelm auf dem Throne erhalten, so hielt Jagow eine be-
14544 schleunigte Einigung in der Bankfrage für die dringendste Aufgabe.

In Durazzo verhandelten die Rebellen bereits mit der Regierung von gleich zu gleich und verlangten die sofortige Abdankung des
14543 Fürsten. Der inzwischen erfolgte Ausbruch des Weltkrieges veranlaßte anfangs August 1914 sämtliche reichsdeutschen und österreichischen Freiwilligen, sowie die holländischen Offiziere, Durazzo
14545 zu verlassen. Im Hafen lag nur noch ein italienisches Kriegsschiff. Wien hatte sich entschlossen, Italien in Albanien die Vorhand zu
14546 lassen und es dabei loyal zu unterstützen. Die Sorge um die Bundesgenossenschaft Italiens bestimmte offenbar die Haltung der Wiener Politik.

Während des Monats August schwankte Fürst Wilhelm dauernd,

ob er Durazzo verlassen oder bleiben solle. Am 3. September 1914 verließ das Fürstenpaar auf einer italienischen Jacht Durazzo und begab sich nach Venedig. Die Kontrollkommission verhandelte mit den Rebellen und übernahm die Regierung. Nach Auffassung des Geschäftsträgers Frhrn. v. Lucius mußte sie sich vorläufig mit einer Scheinregierung begnügen. 14548-14550 14552

Kapitel 283

Neue Zuspitzung der Inselfrage
Deutschlands Wirken für die Erhaltung des Friedens zwischen Türkei und Griechenland
Februar bis Juli 1914

Das 283. Kapitel führt bis unmittelbar an die Schwelle des Weltkrieges. Die in ihm enthaltenen Dokumente zeigen die immer neue Zuspitzung der griechisch-türkischen Differenzen in der Inselfrage. In scharfem Gegensatz zu der Auffassung des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Frhrn. v. Wangenheim, die durch seinen ausführlichen Bericht vom 7. Mai nebst Anlage vom 9. Mai 1914 genau gekennzeichnet wird, trat Kaiser Wilhelm II. für Griechenland ein. Wangenheim hielt es für am richtigsten, wenn die Türkei fürs erste allen Bündnissen fernblieb. Eine rumänisch-türkisch-bulgarische Allianz konnte Deutschland nicht befürworten, weil sie für Griechenland unfehlbar den Verlust von Kawala zur Folge gehabt haben würde, das Kaiser Wilhelm II. den Griechen verschafft hatte, und weil der Verlust dieser Stadt zu einer Katastrophe für das griechische Königshaus führen könnte. „Aber auch das schwächere griechisch-türkisch-rumänische Bündnis hat seine Bedenken, weil es Deutschland unerfüllbare Aufgaben zumutet, weil es sich nicht der Gunst unserer Bundesgenossen erfreut, und weil sein Abschluß die Verbindung Rußlands mit Bulgarien und Serbien als Gegensatz zur Folge haben würde.“ Wangenheim empfahl daher als nächstliegendes positives Ziel der deutschen Orientpolitik die friedliche Lösung der Inselfrage. 14587

Für die Wahrscheinlichkeit eines griechisch-türkischen Krieges war die Tatsache der gegenseitigen Ausstattung mit Dreadnoughts von Bedeutung. Die Türkei rechnete darauf, gegen Ausgang des Sommers 1914 im Besitz zweier, auf der englischen Werft von Vickers bestellter Dreadnoughts zu sein, und wollte sich durch Ankaufsverhandlungen noch zwei weitere sichern. Von Deutschland wünschte sie zwei fertige große Kreuzer zu kaufen, was in Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen als unmöglich abgelehnt wurde. Auch Frankreich und Italien lehnten den Verkauf von Neubauten ab. Die griechische Politik, die ihrerseits gleichfalls um den Ankauf zweier 14574

14597 Dreadnoughts verhandelte, sie aber erst Ende Juni endgültig zu-
14632 gesichert erhielt, war zeitweise augenscheinlich entschlossen, bei nicht genügendem Entgegenkommen der Türkei auf die griechischen Vorschläge in der Inselfrage den Krieg mit der Türkei noch vor dem Eintreffen der türkischen Dreadnoughts zu beginnen. Der tatsächlich gelungene Ankauf der beiden amerikanischen Linienschiffe „Idaho" und „Mississippi" bedeutete für Griechenland, wie König Konstantin
14632 zu dem deutschen Gesandten sagte, die Erhaltung des Friedens auf längere Zeit. Das Übergewicht der Türkei zur See war dadurch ausgeglichen.

Auf die Einzelheiten der auf beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit geführten Verhandlungen braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Die deutsche Politik hat sich während der ganzen Verhandlungsdauer immer um eine entgegenkommende Haltung der beiden Staaten bemüht und den Abbruch, der mehrmals unmittelbar bevorzustehen schien, zu verhindern gewußt. Die Anwesenheit Kaiser Wilhelms II. in Korfu seit 29. März gewährte die Möglichkeit zu persönlichen Besprechungen mit den griechischen Staatsmännern. Auch Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Botschafter Freiherr v. Wangenheim weilten zu Besprechungen vom 15. April ab in Korfu. Bei dieser Gelegenheit bemühte sich Wangen-
14566 heim, den Kaiser auf die Gefahr seiner philhellenischen Einstellung aufmerksam zu machen.

Erschwerend wirkte für die Verhandlungen die türkischerseits
14572 erfolgte Vertreibung der griechischen Bevölkerung aus Thrazien. Die Türkei machte den Griechen dieselben Vorwürfe hinsichtlich der
14583 erzwungenen Auswanderung von Muselmanen aus Mazedonien. Die Türkei schien vorübergehend auch Anschluß an Rußland zu suchen. In diesem Sinne wurde vielfach die Entsendung einer türkischen
14595 Sondermission nach Livadia gedeutet. Sie wurde dort am 11. Mai vom Zaren empfangen; Sasonow ließ sich aber trotz aller freundlichen Versicherungen an die türkische Adresse zu keinerlei bindenden Abmachungen herbei, die die Existenz der Türkei gegen Rußland zu sichern geeignet gewesen wären.

Am 28. Mai 1914 schienen die griechisch-türkischen Verhandlun-
14598 gen endgültig gescheitert. Beide Staaten fuhren fort, sich wegen ihrer grausamen Haltung gegenüber den Griechen und den Muselmanen zu beschuldigen. Am 14. Juni berichtete Gesandter Graf Quadt
14609 aus Athen, man müsse sich in Konstantinopel darüber klar sein, daß Griechenland ganz fest zum Kriege entschlossen sei; die Türkei solle den Griechen jeden Vorwand dafür durch Eingehen auf die griechischen Wünsche benehmen.

Rumäniens Erklärung vom 17. Juni, daß es ein kriegerisches Vor-
14616 gehen Griechenlands als einen ungerechtfertigten Angriff und als eine Provokation empfinden würde, auf die sich seine Entente mit

Griechenland nicht beziehe, machte in Athen einen tiefen Eindruck. 14617
Der Friede konnte nunmehr als ziemlich gesichert gelten, falls die 14621
Türkei weiter vorsichtig handelte. Deutschland hat während aller Wechselfälle der Krisis immer im Sinne des Friedens zu wirken versucht und zwar durch Vorstellungen sowohl in Athen wie in Konstantinopel. Die hierauf bezüglichen Dokumente, deren Nachweis sich auf den Seiten 223*—226* befindet, müssen im Zusammenhange gelesen werden. Bemerkenswert ist die scharfe Ablehnung, die Kaiser Wilhelm II. den ihm mitgeteilten kriegerischen Plänen Griechenlands 14631
für Landungen in Kleinasien zuteil werden ließ. Der Kaiser vermerkte hierzu: „Ich halte die gemeldeten griechischen Kriegspläne für eine militärische Kinderei, die völlig unausführbar ist. Quadt soll in meinem Auftrag Seine Majestät dringend vor solchem Abenteuer warnen. Es würde ihm alle Sympathien Europas verscherzen, das Odium des Streitanfanges auf Hellas wälzen und dasselbe absolut ins Unrecht setzen. Umsomehr als Türkei konziliant ist und gewillt ist entgegenzukommen. Der König muß als Militär die Charakterstärke haben, solchem Unsinn, wie Venizelos vorhat, unbedingt Widerstand zu leisten. Er setzt seine ganze Existenz und Zukunft aufs Spiel.“

Graf Quadt wurde angewiesen, mit dem Könige Konstantin in diesem Sinne zu sprechen. Diese Weisung blieb auch aufrechterhalten, 14634
nachdem durch den gelungenen Ankauf der amerikanischen Linienschiffe [1]) die Kriegsgefahr beseitigt war, wenn Graf Quadt auch Er- 14635
laubnis erhielt, seine Sprache etwas zu mildern.

Die türkisch-griechischen Verhandlungen zogen sich bis in den Juli 1914 hinein. Veniselos und der türkische Großwesir wollten sich 14646
in Brüssel zu weiteren Verhandlungen treffen. Veniselos reiste am 20. Juli dorthin ab, kehrte aber alsbald nach Athen wieder zurück, da die Weltlage durch das österreich-ungarische Ultimatum an Serbien eine ernste Wendung genommen hatte. Der Ausbruch des Weltkrieges hat es sodann nicht mehr zu einer Fortsetzung der griechisch-türkischen Bündnisverhandlungen kommen lassen.

Der Wunsch Kaiser Wilhelms II., Griechenland möge sich dem Dreibunde anschließen, ging nicht in Erfüllung. Wohl aber bekundete 14647
die Türkei den lebhaften Wunsch nach einem solchen Anschlusse. Am 22. Juli regte sie an, Deutschland möge ein mit Bulgarien ab- 14648
zuschließendes Bündnis unter seine Patronanz nehmen. In Berlin war man noch keineswegs damit einverstanden, darauf einzugehen, und der Kaiser ließ sagen, wenn Stambul durchaus unter Patronanz des Dreibundes oder einer Macht desselben ein Bündnis schließen wolle, so solle es doch ruhig versuchen, Rumänien und Bulgarien zusammenzubringen und sich dann Österreich-Ungarn zur Verfügung

[1]) Siehe oben S. 130.

stellen. „Das ist immer noch besser, als aus theoretischen Bedenken die Türkei zur Tripelentente drängen!"

Am 28. Juli bat die Türkei amtlich, Deutschland möge mit ihr auf kurze Zeit ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis gegen Rußland schließen und der Türkei damit den Eintritt in den Dreibund ermöglichen. Nunmehr erhielt Wangenheim die Ermächtigung zum Abschlusse des Bündnisses (1. August[1])). In diesem zögernden Eingehen auf die türkischen Angebote ist deutlich zu erkennen, wie groß die deutsche Besorgnis war, durch eine Aufnahme der Türkei in den Dreibund den Weltfrieden zu gefährden. Hinsichtlich der Verhandlungen mit Griechenland hatte die Pforte am 24. Juli auf das Bestimmteste erklärt, daß sie mit Venizelos kein Bündnis verabreden werde, und daß Österreich im Kriegsfalle mit derselben Sicherheit auf die Türkei wie auf Bulgarien rechnen könne. Für Deutschland hatte es nach dieser Erklärung keinen Zweck mehr, sich für den Abschluß eines griechisch-türkischen Bündnisses einzusetzen.

---

[1]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 547, Band 3, S. 54.

Entspannungen unter den Mächten 1912—1913

Der siebenunddreißigste Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 37. Bandes

Erste Hälfte

Kapitel 284

Das Deutsch-Englische Kolonialabkommen November 1912 bis Juli 1914

Das 284. Kapitel schließt sich an das im Wegweiser Band 5, 2. Hälfte, Seite 87 ff., behandelte 244. Kapitel unmittelbar an.

Der frühzeitige Tod des Botschafters Frhr. v. Marschall hatte die Kolonial-Verhandlungen unterbrochen. Man wußte in Berlin nicht ein- 14650, 14651 mal genau, wie weit Marschall etwa in seinen Zugeständnissen an den englischen Standpunkt gegangen war. Die Ernennung des Fürsten 14649 Lichnowsky fiel mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen zusammen. Als ihren Hauptzweck betrachtete man in Berlin die Beseitigung der Spannung zwischen den beiden Völkern.

Zunächst handelte es sich um die Revision des Abkommens von 1898[1]. Deutschland war bereit, seine Ansprüche auf portugiesisch Timor aufzugeben und sollte die Inseln São Thomé und Principe erhalten. Ferner bildeten die Gebiete von Angora und Mosambique den Gegenstand der Besprechungen.

Fürst Lichnowsky fand bei Antritt seiner Stellung die englische Regierung zu einer beschleunigten Erledigung bereit. Sie wünschte 14652 aber die Veröffentlichung der entstehenden Vereinbarung über die portugiesischen Kolonien, die den früheren Vertrag von 1898 ersetzen 14656 sollten. Sir Edward Grey übermittelte dem deutschen Botschafter den Entwurf einer neuen Vereinbarung (nebst zwei Anlagen), der im Mai 14664 und Juli 1913 durch neue Wortlaute ersetzt wurde. Die deutsche Über- 14677 tragung der Anlagen zu Dokument Nr. 14 677 vom 26. Juli 1913 findet der Leser in den Anlagen zu den Dokumenten Nr. 14 681 und 14 682[2]).

Auf die Einzelheiten der Vertragsverhandlungen einzugehen, erübrigt sich, zumal sie nicht zum Ziele gelangt sind. Fürst Lichnowsky kämpfte mit äußerster Hartnäckigkeit für einen möglichst baldigen Abschluß, von dem er sich eine wesentliche Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen versprach. In Deutschland stieß man sich indes hauptsächlich daran, daß die britische Regierung es für nötig hielt, den entstehenden Vertrag gleichzeitig mit dem sogenannten Windsorvertrage von 1899 zu veröffentlichen. Der Standpunkt des deutschen Auswärtigen

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 3, S. 50 ff.

[2]) S. 73 ff. des Bandes 37, 1. Hälfte.

Amts in dieser Frage geht aus einem Schreiben des Staatssekretärs v. Jagow an den englischen Botschafter in Berlin, Sir W. E. Goschen, 14703 vom 27. März 1914 deutlich hervor[1]). Man befürchtete in Berlin ernstlich, daß die öffentliche Meinung Deutschlands die englische Politik der Doppelzüngigkeit zeihen würde, wenn sie gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Vertrages den alten Windsorpakt von 1899 mitteilte, wonach die englische Regierung zur Garantierung des portugiesischen Besitzstandes schon seit 1640 verpflichtet war. Im übrigen erblickte man in dem neuen Abkommen einen für Deutschland wesentlichen Fortschritt. Deutschland erhielt die Anwartschaft auf das ganze Angola mit Ausnahme eines kleinen, an Nord-Rhodesia angrenzenden 14678 Stückes, gab Timor auf und kam den englischen Wünschen in Mosambique entgegen. Fürst Lichnowsky wurde daher am 8. August er- 14679, 14680 mächtigt, das Abkommen zu paraphieren. Über die Frage der Veröffentlichung der Verträge vermochte man sich aber mit England nicht zu einigen. Sir Edward Grey erklärte am 1. April 1914, er sei nicht in 14705 der Lage, den Vertrag zu unterzeichnen, falls dieser nicht veröffentlicht 14706 werde. Daraufhin ließ man in Berlin die Angelegenheit einstweilen 14707 ruhen. Fürst Lichnowsky wurde am 17. April angewiesen, von jedem weiteren Schritt abzusehen.

Anfangs Juni kam der Dirigent der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm v. Stumm, auf den Gedanken, die Veröffent- 14712 lichung des Abkommens mit der des Bagdadbahn-Vertrages zu verbinden. Es war vielleicht möglich, durch das zweifellos sehr gute Abkommen über die Bagdadbahn das von ihm als dürftig angesehene portugiesische Abkommen mit zu decken. Fürst Lichnowsky erhielt am 14. Juli die Weisung, die Verhandlungen mit Großbritannien über die portugiesischen Kolonien wiederaufzunehmen. Er wurde ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen und in die Veröffentlichung des neuen Vertrages sowie der beiden alten Verträge, des deutsch-britischen von 1898 sowie des britisch-portugiesischen von 1899 — Windsorvertrag — zu willigen. Mit der Veröffentlichung sollte aber noch bis zum Spät- 14714, 14715 herbst gewartet werden. Am 27. Juli ging der Erlaß an den Fürsten Lichnowsky ab, der ihn zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Grey ermächtigte. Jagow war nicht davon überzeugt, daß sich hieraus ein großer Erfolg für Deutschland ergeben könnte und schob dem Bot- 14716 schafter für die zu erwartenden Folgen „einen besonderen Anteil an der Verantwortung" zu.

Aus dem reichen Inhalte des 284. Kapitels sei auf einige sehr aufschlußreiche Dokumente noch besonders hingewiesen.

In erster Linie sind hier die Berichte des damaligen Gesandten in Lissabon Rosen zu erwähnen[2]). Der sogenannte Windsorvertrag war in

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 14703 siehe S. 136*/137*.
[2]) Vgl. Dokumente Nr. 14657, 14684, 14685, 14687, 14691, 14710.

Berlin nicht bekannt. Rosen vermochte am 23. Oktober darüber mitzuteilen, er sei 1899 anläßlich der Anwesenheit des Königs Dom Carlos in Windsor abgeschlossen worden. Der König habe Wert darauf gelegt, diesem Dokument den Namen „Windsorvertrag" beizulegen, um ihn als eine Erneuerung des 1308 zwischen König Diniz von Portugal und König Eduard III. von England in Windsor abgeschlossenen Bündnisvertrages erscheinen zu lassen. Nach Rosens Ansicht enthielt der Windsorvertrag die Garantie des portugiesischen Besitzstandes in Europa und über See durch England. 14684

Trotzdem hielt Rosen die Vorteile des neuen Abkommens für Deutschland für sehr bedeutend. Dies war auch die Auffassung des Staatssekretärs des Reichskolonialamtes Solf. Verbürgte tatsächlich der Windsorvertrag Portugal die Erhaltung seines kolonialen Besitzstandes durch England, so war man wohl im Auswärtigen Amt zu der Anschauung berechtigt, daß sich aus seiner gleichzeitigen Veröffentlichung mit den neuen Vereinbarungen Mißdeutungen in der deutschen öffentlichen Meinung ergeben mußten. Unter Umständen konnte nach Jagows Ansicht sogar die Stellung der deutschen Regierung gefährdet werden. Auch war man in Berlin sehr besorgt, weil die Ententemächte und besonders Frankreich regelmäßig auch von den vertraulichsten Unterhandlungen Kenntnis erhielten, die in London stattfanden. So hatte Frankreich bereits Vorbehalte wegen der Inseln São Thomé und Principe angemeldet, da sie in der französischen Interessensphäre lägen. Man war in Berlin zeitweise bereit, gegen anderweitige Kompensationen auf diese Inseln gegebenenfalls zu verzichten. In einem grundlegenden Berichte vom 17. Dezember 1913 erörterte der Gesandte Rosen die Frage, ob das neue Abkommen nützlich sei, und warum das alte Abkommen von 1898 so wenig Vorteile gebracht habe. Nach seiner Ansicht lagen in dem neuen Abkommen gewaltige Möglichkeiten wirtschaftlicher Entfaltung in genau bestimmten weiten Gebieten. 14685 14666, 14667 14686 14689 14706 14691

Im Januar 1914 machte Fürst Lichnowsky in London darauf aufmerksam, einen wie schlechten Eindruck die gleichzeitige Veröffentlichung des deutschen und des portugiesischen Geheimvertrages bei der öffentlichen Meinung Deutschlands hervorrufen müßte. Grey war nunmehr bereit, dem Botschafter den Inhalt des sogenannten Windsorvertrages mitzuteilen; danach nahm dieser 1899 geschlossene Vertrag auf zwei frühere Artikel, nämlich auf Artikel 1 des Londoner Vertrages vom 29. Januar 1642 und auf den Geheimartikel des Vertrages vom 28. April 1660, Bezug, deckte sonach die später eingetretenen Erwerbungen der portugiesischen Krone gegen alle Feinde. Die Veröffentlichung des Windsorvertrages hielt man daraufhin in Berlin für ausgeschlossen. 14694 14695

Zwischen dem Auswärtigen Amte und dem Botschafter Fürsten Lichnowsky ergaben sich damals schwere Gegensätze. Lichnowsky rechnete auf eine wesentliche Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen, wenn erst einmal auf irgendeinem wichtigen Gebiete ein Ab-

kommen geschlossen und eine Gemeinschaft der Interessen festgestellt wäre. Er gab gelegentlich seinem Unmute über den in der Wilhelmstraße herrschenden Bürokratismus und das dort mangelnde Augenmaß für das in England Erreichbare lebhaften Ausdruck. Staatssekretär 14697 v. Jagow suchte ihn daraufhin in einem Schreiben vom 26. Februar 1914 mit dem Standpunkte des Auswärtigen Amtes auszusöhnen. Falls Grey die Beziehungen zu Deutschland wirklich am Herzen lägen, so müsse er doch auch einmal zu einem Opfer Deutschland gegenüber bereit sein, und dies Opfer sei in dem Falle der portugiesischen Kolonien nicht einmal sehr groß. Wörtlich schrieb Jagow: „Also seien Sie etwas optimistischer in Beurteilung unserer englischen Freunde. Ich möchte glauben, Sie sehen manchmal etwas zu schwarz, auch wenn Sie der Ansicht Ausdruck verleihen, im Kriegsfalle werde England auf alle Fälle an der Seite Frankreichs gegen uns zu finden sein. Wir haben doch nicht umsonst unsere Flotte gebaut, und man wird sich meiner Überzeugung nach im gegebenen Falle in England doch sehr ernstlich die Frage vorlegen, ob es denn ganz so einfach und ungefährlich ist, den Schutzengel Frankreichs gegen uns zu spielen."

Lichnowsky erwiderte am 7. März: „Darüber dürfen wir uns nicht 14700 im Zweifel sein, daß, wenn er (Grey) zu wählen hat, er sich für Frankreich entscheiden wird, ähnlich wie wir, vor die Wahl gestellt zwischen Österreich und Rußland, uns für ersteres entscheiden würden. Die ungeschmälerte Erhaltung Frankreichs gilt den Engländern ebensosehr als eine politische Notwendigkeit wie uns die Erhaltung Österreich-Ungarns, und sie würden daher, wie ich nochmals hervorheben möchte, in einem Kriege zwischen uns und Frankreich unter allen Umständen ihre schützende Hand über letzteres halten, und ich bedauere lebhaft, daß trotz meiner wiederholten und eingehenden Darlegungen über diesen wichtigen Punkt diese Tatsache immer noch Zweifeln begegnet."

Der Gesandte Rosen erblickte nach Ausweis seiner sehr wertvollen 14710 Aufzeichnung vom 30. Mai 1914 in dem portugiesischen Abkommen einen Wendepunkt des deutschen Geschickes. Wörtlich schrieb er: „Daß es ohne oder gegen England auf die Dauer nicht möglich ist, eine erfolgreiche Weltpolitik zu treiben, hat uns wohl die Erfahrung gelehrt, die wir bei allen überseeischen Unternehmungen, nicht allein bei der Bagdadbahn und bei der Marokkofrage, gesammelt haben. Weit darüber hinaus handelt es sich hier um unser künftiges Verhältnis zu England und um unsere Stellung innerhalb der Mächtegruppen Europas. Nachdem wir mehrere Male — so 1901 und 1912 — eine uns angebotene nähere Verständigung, eventuell ein Bündnis mit England ausgeschlagen haben, würde zweifellos die Wirkung eines nochmaligen Zurückziehens unseres Vertrauens eine tiefe und nachhaltige Verstimmung jenseits der Nordsee hervorrufen. England, das von den Ententemächten heiß umworben wird, würde nicht dauernd widerstehen können,

wenn es einem ihm mißtrauischen und unfreundlichen Deutschland gegenüberstände.“ . . . „Es liegt wohl kaum zu viel Optimismus in der Erwartung, daß der endgültige Abschluß und auch die Veröffentlichung aller unserer Vereinbarungen mit England — trotz des uns ja mitgeteilten Windsor-Vertrages — eine weitgehende Entspannung und erfolgreiche Ära unserer Politik einleiten würden, deren Rückwirkung im Deutschen Reiche in Gestalt eines vermehrten Zutrauens zu den Zielen und Methoden der Kaiserlichen Regierung nicht ausbleiben würde. Das Abkommen mit England ist das Beste, was die Kaiserliche Politik — soweit sie eine schaffende und erwerbende sein kann — seit den großen Zeiten der Gründung des Reiches geleistet hat.“

Kapitel 285

Das Deutsch-Englische Bagdadbahnabkommen vom 15. Juni 1914

Mit dem 285. Kapitel gelangen die Dokumente zum Abschluß, die sich auf das für Deutschland so wichtige Problem der Bagdadbahn beziehen. Zur Herstellung eines zusammenfassenden Überblicks über den Gang der Dinge von 1890 ab sei auf Kapitel 94 „Die Bagdadbahn 1890 bis 1900“ (Wegweiser Band 3, S. 66 ff.); Kapitel 114 A „Die Bagdadbahn 1900—1903“ (Wegweiser Band 3, S. 157/158); Kapitel 186 „Die Deutsche Bagdadbahn-Politik. Englische und Russische Gegenwirkung 1904—1908“ (Wegweiser Band 4,2, S. 166 ff.); Kapitel 216 „Die Bagdadbahn und das Deutsch-Englische Verhältnis“ (Wegweiser Band 5,1, S. 112 ff.); Kapitel 219 „Das Deutsch-Russische Abkommen über Persien und die Bagdadbahn vom 19. August 1911“ (Wegweiser Band 5,1, S. 127 ff.); Kapitel 245 „Verhandlungen über die Bagdadbahn. März 1911 bis August 1912“ nebst Anhang „Französische Aspirationen in den türkischen Eisenbahnfragen. März bis August 1911“ (Wegweiser Band 5,2, S. 90 ff.) verwiesen.

Der ungeheure Umfang der Dokumente des 285. Kapitels ließ es nicht zu, eine Würdigung der Dokumente Nr. 14 717—14 915 im einzelnen vorzunehmen. Auf die Beigabe deutscher Übersetzungen zu den zahlreichen Entwürfen, Verhandlungs- und Abänderungsvorschlägen mußte aus dem gleichen Grunde verzichtet werden. Es handelt sich hier um eine wirtschaftliche Sonderfrage, die der Spezialforschung überlassen bleiben darf.

Die in der ersten Hälfte des Jahres 1912 zwischen England und der Türkei über die Bagdadbahn und den Persischen Golf geführten Verhandlungen hatten bereits beinahe zu einer Einigung in dem Sinne geführt, daß die Türkei die Strecke von Bagdad bis Basra selbst als Staatsbahn ausbauen wollte. Die jungtürkischen Wirren und der Erste Balkankrieg ließen es aber nicht zu einem formellen Abschluß kommen. Erst

um die Mitte Februar 1913 begannen die Verhandlungen seitens des zu den Londoner Konferenzen entsandten früheren Großwesirs Hakki Pascha aufs neue.

Deutschland war anfangs über das Stattfinden solcher Verhandlungen nicht unterrichtet worden, erklärte sich aber bereit, für seinen 14717 Teil zur Beseitigung von etwaigen Schwierigkeiten mitzuwirken. Über den gesamten Fragenkomplex der Bagdadbahn, der Schiffahrt auf dem 14755, 14784, Euphrat und Tigris, für die eine ottomanische Gesellschaft gegründet 14842, werden sollte, und der Ausbeutung der Petroleumquellen in den Wilajets 14872, 14897 Mossul und Bagdad ist bis in den Anfang des Monats Juni 1914 verhandelt worden. Am 15. Juni wurde in London das „Deutsch-Englische 14900 Abkommen über die Bagdadbahn" paraphiert, dessen deutscher Wort-14907 laut im Dokument Nr. 14 907 abgedruckt ist. Damit war ein vorläufiger Abschluß der Verhandlungen erreicht. Zweck dieser Verhandlungen war es gewesen, Deutschlands wirtschaftliche Betätigung in Mesopo-14902 tamien, insbesondere die Bagdadbahn, von der Gegnerschaft Englands zu befreien. „Diese Aufgabe war insofern schwierig, als England in Mesopotamien und am Persischen Golf seit Jahrhunderten eine bevorzugte Stellung genießt, während wir dort erst seit kaum zwanzig Jahren Rechtstitel besitzen." Das Auswärtige Amt ließ dem Kaiser, der sich am 19. Juni 1914 auf der Reise von Kiel nach Berlin befand, über die erzielten Ergebnisse durch den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten 14902 Grafen Wedel Vortrag halten und kennzeichnete den wesentlichen Inhalt des abgeschlossenen Abkommens wie folgt:

„England verzichtet für die Zukunft auf jeden Widerstand gegen die Finanzierung, den Bau und den Betrieb der Bagdadbahn sowie auf die Herstellung von Konkurrenzbahnen, insbesondere auch auf den Bau einer Bahn von Syrien nach Bagdad. Als Vertreter einer englischen Kapitalistengruppe sollen in den Verwaltungsrat der Bagdadbahn, der zurzeit 27 Mitglieder zählt, zwei Engländer aufgenommen werden.

„Endpunkt der Bahn wird Basra, bis wohin der Schatt-el-Arab für Seeschiffe schiffbar gemacht werden muß. Die früher geplante Zweigbahn von Basra zum Persischen Golf wird nicht gebaut. Abgesehen davon, daß eine solche Zweigbahn nach Lage der örtlichen Verhältnisse (vergl. Hamburg—Cuxhaven) wirtschaftlich überflüssig und unrentabel sein würde, haben wir unsere Rechte auf diese Bahn der Türkei gegenüber prinzipiell schon vor drei Jahren aufgegeben und dafür die wirtschaftlich ungleich wertvollere Konzession für die Bahn nach Alexandrette und den Hafen dortselbst eingehandelt.

„Die Häfen von Bagdad und Basra werden von uns gebaut, mit einer englischen Unterbeteiligung von 40 Prozent.

„Der Schatt-el-Arab ist für die Schiffahrt aller Nationen ohne jeden Unterschied frei. Die Grundzüge für seine Schiffbarmachung sind unter Zuziehung von Vertretern der deutschen Schiffahrt und Wasserbautech-

nik ausgearbeitet worden. Bei der Festsetzung der Gebühren hat Deutschland mitzusprechen.

„Die Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris wird von einer türkischen Gesellschaft ausgeübt werden, in der England mit 50, die Türkei mit 30 und Deutschland mit 20 Prozent beteiligt sein soll. Unserer Kapitalbeteiligung entsprechend werden wir im Verwaltungsrat der Gesellschaft mit 20 Prozent, das heißt voraussichtlich mit zwei deutschen Direktoren vertreten sein. Gleiche Behandlung aller Nationen und Waren im Flußverkehr ist sichergestellt, außerdem erhält die Bagdadgesellschaft besondere Vorrechte für den Schiffsverkehr in den Häfen sowie für Fährbetrieb und Pendelverkehr an den Bahnstationen.

„Für die Vergebung von Bewässerungsarbeiten in der Asiatischen Türkei, insbesondere in Mesopotamien, ist prinzipiell öffentliche Ausschreibung erforderlich. Wer von den beiden Vertragsparteien den Zuschlag erhält, wird der anderen eine Minoritätsbeteiligung anbieten. Bereits erworbene Rechte (England: bei Bagdad, Deutschland: im Wilajet Adana) bleiben von diesen Abmachungen unberührt.

„Die dem Abkommen beigefügten Grundzüge[1]) für einen Vertrag zwischen der Smyrna-Aidin-Bahn und der Anatolischen und Bagdadbahn sind dazu bestimmt, die Interessengegensätze der beiden Bahngruppen im südlichen Kleinasien auszugleichen.

„Gleichzeitig mit der Einigung über die Bahn- und Schiffahrtsfragen ist eine grundsätzliche Verständigung über die Petroleumvorkommen in Kleinasien erzielt worden. Danach soll zur Ausbeutung der Ölvorkommen eine Gesellschaft gebildet werden, in der eine englische und eine deutsch-niederländische Gruppe mit je 50 Prozent vertreten sein wird. Voraussichtlich wird es gelingen, eine Vereinbarung dahin durchzusetzen, daß je ein Drittel der Gesamtproduktion der Gesellschaft der deutschen und der englischen Marine reserviert bleibt und nur ein Drittel freihändig verkauft werden darf.

„Die mit England getroffenen Verabredungen haben in wesentlichen Punkten zu ihrem Inkrafttreten eine vorherige Einigung mit der türkischen Regierung zur Voraussetzung, auf die nach den bisherigen Erklärungen der Pforte gerechnet werden darf, die aber formell noch nicht vorliegt.“

Der Kaiser äußerte sich befriedigt über die erzielten Ergebnisse.

Im Interesse eines baldigen Abschlusses lag es nun, daß auch die englisch-türkischen und die deutsch-türkischen Verhandlungen beendet 14904 wurden. Sir Edward Grey wünschte zu einem baldigen Abschluß zu gelangen und wollte die Verträge anfangs Juli 1914 veröffentlichen. 14905 Der Türkei gegenüber verfingen aber keinerlei Druckmittel[2]).

---

[1]) Hier nicht beigefügt.
[2]) Vgl. Dokumente Nr. 14 906, 14 907, 14 909—14 912.

Am 18. Juli fragte das Auswärtige Amt telegraphisch den Fürsten Lichnowsky, ob er für die Unterzeichnung des Abkommens über die 14913 Bagdadbahn einer besonderen Vollmacht bedürfe. Lichnowsky er- 14914 widerte, eine solche könne von ihm verlangt werden, worauf ihm eine entsprechende, vom Kaiser vollzogene Vollmacht am 30. Juli nach 14915 London übersandt wurde. Der Ausbruch des Weltkrieges hat ihre Verwendung verhindert.

Entspannungen unter den Mächten
1912—1913

Der siebenunddreißigste Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 37. Bandes

Zweite Hälfte

Kapitel 286

Das Deutsch-Französische Bagdadbahnabkommen vom 15. Februar 1914 und die anschließenden Deutsch-Türkischen Verhandlungen Mai 1913 bis Juni 1914

Die Beendigung des Balkankrieges bot für die an der Erschließung der vorder- und kleinasiatischen Gebiete interessierten Mächte den Anlaß, rechtzeitig Ansprüche geltend zu machen.

Schon im April 1913 erneuerten die Franzosen, von Rußland unterstützt, ihre durch den Balkankrieg unterbrochenen Besprechungen und suchten von der Pforte eine Konzession für die Strecken Angora—Cäsarea—Siwas und Siwas—Charput—Diarbekr zu erlangen. Hierbei begegneten sie sofort dem Widerspruch der von Deutschland gestützten Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft und der Bagdadbahn-Gesellschaft. Die französische Regierung hielt es daher für angezeigt, die im Jahre 1911 mit Deutschland zwecks einer Verständigung über die Bagdadbahn geführten Verhandlungen wieder aufzunehmen[1]). Das schien um so dringender, als die Türkei, England und Deutschland schon seit einiger Zeit über die Bagdadbahn verhandelten und England erklärt hatte, es erhebe keinen Einspruch mehr gegen den Bau der Bahn Bagdad—Basra. Sir E. Grey erklärte den Botschaftern Rußlands und Frankreichs am 21. Mai 1913, die englische Regierung halte es nicht mehr für möglich, sich der Bagdadbahn grundsätzlich noch länger zu widersetzen. Wenn Frankreich nun noch weiter im Widerstande gegen die Bagdadbahn und gegen die Einigung der deutsch-französischen Interessen beharrte, so setzte es sich der Gefahr einer vollen Isolierung aus.

Am 28. Mai 1913 gab Pichon dem deutschen Botschafter seinen Wunsch zu erkennen, Verständigungsgebiete mit Deutschland zu suchen, 14916 und erwähnte dabei zunächst die Bagdadbahn. Man begegnete sich in dem Gedanken, eine Aussprache zwischen dem Generaldirektor der Ottomanbank Révoil und dem zu Vorbesprechungen für die Pariser Finanzkonferenz in Paris weilenden Direktor der Deutschen Bank Helffe-

[1]) Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 93.

rich stattfinden zu lassen. Helfferich sollte an der Pariser Finanzkonferenz als technischer Berater der deutschen Delegation teilnehmen.

Anläßlich der Anwesenheit des Zarenpaares und des englischen 14917 Königspaares in Berlin bei den Hochzeitsfeierlichkeiten für den Herzog von Braunschweig und die Prinzessin Viktoria Luise von Preußen war bei den Unterhaltungen der Monarchen der Gedanke stark zum Ausdruck gekommen, daß sowohl Rußland wie England eine Erhaltung der Türkei in ihrem damaligen Bestande wünschten. Etwas später sagte Jules Cambon zu Jagow, auch Frankreich wünsche die Erhaltung der Türkei in ihrem kleinasiatischen Besitzstande; Frankreich habe dort sehr große und alte Interessen, und man könnte sich über die gegenseitigen Wünsche vielleicht verständigen.

In Paris begannen die Unterhandlungen zwischen Révoil und Helfferich, wobei ersterer sich zu einer weitgehenden Verständigung über die ganze Eisenbahnfrage in der asiatischen Türkei geneigt zeigte. Die weiteren Verhandlungen selbst und insbesondere die am 19. und 14936 20. August in Berlin stattfindenden Besprechungen zwischen den Vertretern der Deutschen Bank (v. Gwinner, Helfferich, Neeff) und Vertretern der französischen Finanz (Baron de Neuflize, de Klapka, Comte Vitali, M. und S. Bardac) sowie die weiteren Besprechungen vom 24. 14950 bis 26. September in Berlin führten zu der Feststellung der gegenseitigen 14933 Wünsche, wobei Deutschland bestrebt war, gleichzeitig mit der deutsch-englischen Abmachung [1]) auch zwischen den deutschen und französischen Interessen in türkischen Eisenbahnfragen einen Ausgleich herbeizu- 14944 führen. Erschwerend wirkte, daß Frankreich offenbar bemüht war, über Deutschland hinweg zu einer Verständigung mit der Türkei zu gelangen, wobei Dschawid Bey ganz in französischem Sinne tätig war. 14945 Nach der Ansicht des Botschafters Frhr. v. Wangenheim vom 23. September 1913 waren, nachdem durch das Ausscheiden Frankreichs aus der Bagdadbahn eine reinliche Scheidung der deutsch-französischen Interessen erfolgt war, grundsätzliche französische Widerstände gegen die Weiterführung der Bagdadbahn um so weniger zu befürchten, als Deutschland sich ja bereits mit Rußland und England verständigt hatte.

Die zahlreichen Dokumente des 286. Kapitels gehören der wirtschaftlichen Spezialgeschichte an und bedürfen keiner näheren Kennzeichnung. Hervorgehoben sei, daß während der deutsch-französischen Verhandlungen die Auseinandersetzungen der Türkei mit den anderen 14955 am Balkan und an Kleinasien interessierten Mächten weitergingen. So erfolgte am 24. Oktober 1913 der Abschluß der russisch-türkischen Verhandlungen. Auch die Frage der deutschen Militärmission, die im 290. Kapitel behandelt ist [2]), und die im 289. Kapitel erörterte arme-

---

[1]) Siehe o. Kapitel 284, S. 135ff.
[2]) Siehe u. S. 169 ff.

nische Frage [1]) spielten dauernd hinein, so daß zur Aufrechterhaltung des Zusammenhanges die Benutzung der synchronistischen Zusammenstellung gerade bei diesem Zeitabschnitt dringend geboten erscheint.

Ende Oktober 1913 kam Dschawid Bey nach Berlin, wo vom 1. November bis 20. Dezember verhandelt wurde. Er versuchte Deutschlands Zustimmung zu einer Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle und zu der Schaffung gewisser Monopole zu erlangen und bei der Deutschen Bank im Sinne eines möglichst beschleunigten Ausbaues des letzten Teiles der Bagdadbahn zu wirken. 14957, 14959

Die französische Regierung wünschte, die Besprechung der kleinasiatischen Frage möglichst bald zu beginnen. Nach Pichons Ansicht konnte durch die Beseitigung von Reibungsflächen ein allgemein gutes Verhältnis zu Deutschland geschaffen werden. Paléologue hielt eine Verständigung mit Deutschland über Orientfragen gerade jetzt für überaus erwünscht, um die Lage zu klären und zu beruhigen und die immer wieder aufzüngelnden Flammen im Osten zu ersticken. Frankreich entsandte Vertreter nach Berlin, die dort am 14. November ihre Besprechungen mit den Vertretern der Deutschen Bank begannen und bis zum 20. Dezember fortsetzten. Die Verhandlungen nahmen einen schleppenden Verlauf, da man sich über verschiedene Fragen nicht einigen konnte. Baron Beyens, der belgische Gesandte in Berlin, hat hierüber am 22. November geäußert: „Zwischen Franzosen und Deutschen wird eine Verständigung, welcher Art sie auch sei, wenn ihre Interessen entgegengesetzt sind, niemals leicht zu verwirklichen sein [2])." 14962

Im Januar 1914 machte die Türkei verzweifelte Anstrengungen, in Paris eine große Anleihe zu erhalten. Der deutsche Geschäftsträger in Konstantinopel v. Mutius berichtete hierüber: „Eine Zeit lang kann die Türkei vielleicht noch durch Vergebung von Konzessionen und ähnliche kleinere Mittel sich über Wasser halten. Der Zeitpunkt des definitiven finanziellen Zusammenbruchs rückt aber, wenn keine Hilfe kommt, mit Riesenschritten heran. Die finanzielle Lage wird dann möglicherweise so verfahren sein, daß eine europäische Kontrolle der Ausgaben zur gebieterischen Forderung werden könnte. Dieser finanzielle Tod würde aber meines Erachtens auch das politische Ende der Türkei bedeuten." Nach Ansicht des Direktors Helfferich gab es für die Türkei nur eine Rettung: eine Verständigung mit Frankreich und Deutschland. Sein Appell an die Solidarität Frankreichs und Deutschlands in der Frage der finanziellen Stützung der Türkei fand aber auf französischer Seite nur wenig Anklang. Bei einem Besuche, den Poincaré am 20. Januar 1914 auf der deutschen Botschaft abstattete [3]), betonte er indes, die wohltuende und be- 14982 14983

[1]) Siehe u. S. 163 ff.
[2]) B. Schwertfeger, Zur europäischen Politik. Band 5, S. 212ff. (2. Aufl.).
[3]) Siehe u. S. 205.

ruhigende Wirkung einer Verständigung über die Bahninteressen in
14986 Kleinasien könnte nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern auch für die allgemeine Lage nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Tatsache, daß Deutschland gleichzeitig mit der Türkei und mit England über die Bagdadbahn und die ihr verwandten Fragen verhandelte, schuf insofern eine gewisse Erschwerung auch für die deutsch-französischen Verhandlungen, weil England mit Deutschland erst zu einem vorläufigen Abschlusse gelangen wollte, um die schon mehr-
14991 fach aufgeschobene Ratifikation der Verträge mit der Türkei vornehmen zu können. Eine französische Anfrage, ob England den Abschluß seiner Verhandlungen mit Deutschland nicht aufschieben könne, bis die Franzosen ihre Parallelverhandlungen in Berlin abgeschlossen hätten, wurde von Grey ablehnend beantwortet.

Am 25. Januar 1914 begannen die Berliner Verhandlungen zwischen
14993 den deutsch-französischen Finanzgruppen aufs neue. Jetzt gelangte man schneller zum Ziel, da die französischen Unterhändler den Abschluß der Türkenanleihe nicht gefährden wollten und sich daher entgegenkommender zeigten. Der Entwurf eines deutsch-französischen Abkommens über die vorderasiatischen Bahn- und Finanzfragen konnte daher am 15. Februar in Berlin von den beiderseitigen Unterhändlern
14995, 14996 paraphiert werden. Der Entwurf hatte die Form einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Finanzgruppen; die Regierungen sollten nach
15014, 15016 endgültiger Prüfung durch Notenaustausch von den Abmachungen Akt nehmen.

Während sich in Konstantinopel der Großwesir sehr befriedigt
14997 über die deutsch-französische Einigung aussprach, war man in Paris
14998 sehr enttäuscht. Der „Temps" sprach von einem kläglichen Resultat der französischen Politik im Orient; die französische Regierung betonte
14999 allerdings, die abfällige Kritik der Presse verdiene keine ernste Beachtung.

Einen neuen Gegenstand schwieriger Verhandlungen bildete der Hafen von Heraclea an der Küste des Schwarzen Meeres, dessen die Firma Hugo Stinnes in Mülheim-Ruhr für den Abtransport aus den Kohlenminen von Bender-Eregli bedurfte, an denen sie erheblich beteiligt war[1]).

Die immer wachsende Geldnot der Türken wurde von Frankreich dazu ausgenutzt, von der Türkei als Gegenleistung für die zu gewährende Anleihe die Bestellung des gesamten Feld-Artillerie-Materials in Frankreich zu erlangen. Nach einem Berichte des Botschafters Frhr.
15004 v. Wangenheim vom 11. März 1914 ging für Deutschland damals viel Terrain unwiederbringlich verloren. Da eine baldige Sanierung der Türkei auch im deutschen Interesse lag, deutete Staatssekretär v. Jagow dem französischen Botschafter Jules Cambon gegenüber an, wenn die

[1]) Vgl. Dokumente Nr. 15 002, 15 003, 15 005, 15 006, 15 013, 15 016, 15 017.

türkische Anleihe sich gar zu lange hinausziehe und französischerseits der Türkei zu drückende Bedingungen gemacht würden, könne es der 15008 deutschen Finanz nicht verwehrt werden, die Anleihe zu machen. Deutschland wolle nur aus Loyalität gegen Frankreich diesem das Geschäft nicht verderben. Für eine spätere große Anleihe war Deutschlands Beteiligung gemäß Artikel 10 der deutsch-französischen Abmachung vom 15. Februar 1914 (Dokument Nr. 14 996) grundsätzlich 15010 beschlossen.

Das französisch-türkische Abkommen über die Emission der türkischen Anleihe gelangte in Paris endlich zum Abschluß und wurde am 9. April von dem französischen Ministerpräsidenten Doumergue und Dschawid Bey paraphiert. Die Emission sollte in Höhe von 500 Millionen Francs bereits am 25. April erfolgen. Eine weitere von 300 Millionen wurde für den Schluß des Jahres zugesagt. Frankreich bewilligte der Türkei die Erhöhung der Zölle um 4 Prozent und die Einführung gewisser Monopole; dafür bewilligte die türkische Regierung Frankreich außer anderen Ermächtigungen und Bevorrechtungen umfassende Eisenbahn- und Hafenbau-Konzessionen. Dschawid Bey kehrte unmittelbar nach der Paraphierung des Abkommens nach Konstantinopel zurück, 15020 ohne Berlin zu berühren, was dort erhebliche Verstimmung erregte.

Die deutsche Regierung ließ die französische am 11. April zum Abschlusse ihrer Verhandlungen beglückwünschen und freundschaftlich daran erinnern, daß der Konzessionsvertrag, soweit dadurch deutsche 15018 Rechte und Interessen berührt würden, erst in Kraft treten könne, wenn eine Einigung zwischen Deutschland und der Pforte erzielt und damit die Voraussetzung für die endgültige Ratifikation der deutsch-französischen Abmachungen erfüllt sei. Hiermit erklärte man sich in Paris 15019 einverstanden. Beide Regierungen waren nunmehr darüber einig, den am 15. Februar 1914 in Berlin paraphierten[1]) Vertrag (Dokument Nr. 14995) möglichst bald von den Regierungen genehmigt und von den 15021 Gruppen endgültig gezeichnet zu sehen.

Über die weiteren Verhandlungen unterrichten die Dokumente Nr. 15 022—15 033. Dschawid Bey erklärte wiederholt, Deutschland könne nicht beanspruchen, von der Türkei ebenso wie Frankreich behandelt zu werden, denn Deutschland, die Macht, auf welche die Türkei alle ihre Hoffnungen gesetzt hätte, habe nicht nur finanziell, sondern 15034 auch politisch vollkommen versagt. Er lehnte es auch ab, Pfänder für die Bahn Bagdad-Basra zu stellen. Man erwog daher in Berlin den Ab- 15038 bruch der Verhandlungen. Aus Therapia berichtete Wangenheim am 15039 29. Juni, die Verhandlungen mit Dschawid Bey seien auf einem toten Punkte angelangt, beide Teile lehnten weiteres Entgegenkommen ab und beharrten auf ihrem Standpunkte.

---

[1]) Siehe o. S. 148.

Wangenheim selbst nahm Urlaub und reiste am 2. Juli nach Deutschland ab. Weder er selbst noch das Auswärtige Amt rechneten damit, daß sich aus dem Attentat von Serajewo eine bedrohliche Wendung der Weltlage ergeben könnte. Deutschland konnte auf die Londoner Anfrage, wann der Abschluß der deutsch-türkischen Verhandlungen und damit die Möglichkeit der endgültigen Unterzeichnung des deutsch-englischen Bagdadbahn-Abkommens zu erwarten stehe [1]), nur antworten, daß der Abschluß „nicht durch uns oder durch etwa übertriebene Forderungen der Bagdadbahngesellschaft, sondern lediglich durch die 15040 Halsstarrigkeit Dschawid Beys" verzögert werde. Es war daher nicht möglich, ein Datum für die Unterzeichnung des Abkommens mit England festzusetzen.

Die Deutsche Bank zog damals den Abbruch der Verhandlungen mit der Türkei ernstlich in Betracht und erwog Maßnahmen, um die Durchführung des Bagdadunternehmens auch in diesem Falle sicher- 15042 zustellen. Der Ausbruch des Weltkrieges hat allen weiteren Verhand- 15044 lungen ein Ende bereitet.

Kapitel 287

Die Kleinasiatischen „Arbeitszonen" Österreich-Ungarns und Italiens Mai 1913 bis Juli 1914

Der leitende Grundsatz der deutschen Politik während der Balkankriege und nach ihrem Abschlusse ist immer gewesen, den kleinasiatischen Besitzstand der Türkei unangefochten erhalten zu sehen. Als Staatssekretär v. Jagow am 14. Mai 1913 seinen Antrittsbesuch in Wien machte, besprach er mit dem Grafen Berchtold in vertraulicher Form auch die Frage der Liquidation der kleinasiatischen Türkei. Er betonte, daß Deutschland eine solche so lange wie möglich hinauszuschieben wünsche. Aber es scheine doch wichtig, — und in diesem Sinne hatte sich auch Wangenheim geäußert —, die etwaigen deutschen Ansprüche in Kleinasien rechtzeitig anzumelden, um dadurch Rußland und Frankreich, die hauptsächlichen Interessenten einer Aufteilung, von der Aufrollung der kleinasiatischen Frage abzuschrecken. „Keine Großmacht", hatte Wangenheim am 7. Mai 1914 an Jagow geschrieben, „wird türkisches Gebiet zu besetzen wagen, solange sie sicher ist, daß Deutschland darauf mit der Besetzung von Cilicien antworten würde. Entsteht bei den Mächten auch nur der geringste Zweifel an dem Ernste unserer Absichten und zeigen wir in diesem Punkte auch nur die geringste Schwäche, so ist das Schicksal der Türkei meines Erachtens besiegelt."

Die Dokumente des 287. Kapitels zeigen, daß nicht nur Österreich-

[1]) Siehe o. S. 140.

Ungarn, sondern nahezu gleichzeitig auch Italien allerlei kleinasiatische Wünsche geltend machten, wodurch unerfreuliche Schwierigkeiten ent- 15045 standen. Im Mai 1913 begann der italienische Vertreter in der Verwaltung der Dette Publique, Nogara, mit der Pforte wegen eines Ausbaues des Hafens von Adalia und der Konzession für eine Eisenbahn von einem 15046 Punkte des Golfes von Adalia nach Nordosten zu verhandeln. Botschafter v. Flotow brachte diese Tatsache in Rom zur Sprache, worauf Marquis di San Giuliano andeutete, es sei an der Zeit, sich mit Deutschland und Österreich nicht nur über Kleinasien, sondern über die ge- 15047 samten Mittelmeerinteressen zu verständigen.

Auch Österreich-Ungarn meldete seine Wünsche an, da es bei einem Zusammenbruche der Türkei nicht ganz leer ausgehen könnte, und fragte in Berlin, ob eine österreichische Betätigung in den Provinzen 15048 Cilicien und Pamphylien mit den deutschen Interessen kollidieren würde. Jagow erwiderte, diese Provinzen würden als zu dem deutschen Arbeitsgebiet gehörig betrachtet.

Vom 24. bis 27. Juni 1913 weilte Poincaré zum Besuch der englischen Regierung in London[1]. Bei dieser Gelegenheit sagte ihm Sir 15050 E. Grey, England sei nicht willens, sich auf irgendwelche Teilungspläne 15051 für Kleinasien einzulassen, und wünsche, den türkischen Besitzstand in seiner heutigen Gestalt unversehrt zu erhalten.

Anfangs Juli 1913 ließ Jagow dem deutschen Botschafter in Wien eine Karte zugehen, auf der die deutschen kleinasiatischen „Arbeits- 15052 zonen“ eingetragen waren. Tschirschky sollte dem Grafen Berchtold die deutschen Ansprüche an der Hand dieser Karte darlegen, die Jagow auch dem italienischen Außenminister in Kiel[2] auf seine Bitte gezeigt hatte. Es sollte aber alles vermieden werden, was den Anschein erwecken könnte, als bereite Deutschland eine „Aufteilung“ Kleinasiens vor. „Unser aufrichtiger Wunsch ist die Erhaltung der Türkei.“ Die deutsche „Arbeits“-Zone erstreckte sich an der Küste östlich bis etwa 15053 Akra oder Ladikije und westlich bis Alaja, von wo sie dann nordöstlich den Taurus hinaufging. Im Nordwesten und Norden war sie noch nicht genau festzustellen. Im übrigen herrschte in Kiel Übereinstimmung 15055 darüber, daß die Integrität der Türkei so lange wie irgend möglich erhalten werden müsse. Graf Berchtold äußerte sich erfreut darüber, daß 15054 Deutschland den größten Teil des Meerbusens von Adalia für sich nicht beanspruche.

Anfangs August teilte Graf Berchtold dem italienischen Botschafter 15057 in Wien mit, welche kleinasiatische Zone am Busen von Adalia Österreich als sein Interessengebiet ansehe. Kurz darauf ergab sich, daß 15058 Italien ganz die gleiche Zone für sich reklamierte. Deutschland sollte vermitteln.

---

[1]) Siehe u. S. 200.

[2]) Anläßlich des Besuches des italienischen Königspaares am 3. und 4. Juli 1913 in Kiel. Siehe o. S. 80 und 82.

Im September gelangten die von Nogara geführten Verhandlungen 15059 zu einem für Italien erfolgreichen Abschlusse. Die Italiener erhielten eine Bahnkonzession von Adalia aus, worüber man in London wenig 15060, 15061 erfreut war. Der Großwesir teilte auf Grund des englischen Einspruches den Italienern sofort mit, daß sie nur nach vorheriger Verständigung der englischen Gruppe auf eine Bereitwilligkeit der Pforte für diese Konzession zählen dürften. Als am 24. Oktober in Therapia eine türkische 15067 Gesellschaft mit italienischem Kapital zur Ausnutzung der späteren Adalia-Konzession gegründet wurde, ließ Grey die Pforte davor warnen, sich mit Italien zu weit bezüglich Kleinasiens einzulassen. Wangen- 15068 heim befürchtete, daß die Italiener über Adalia hinausgreifend Vorstöße in das Herz der deutschen Arbeitszone zu machen beabsichtigten.

Auch die Österreicher entwickelten Pläne, die größtenteils auf Ein- 15069 griffe in das deutsche Arbeitsgebiet hinausliefen. In Konstantinopel empfand man es als kränkend, daß befreundete Mächte territoriale Konzessionen nur deshalb nachsuchten, um sich damit als zukünftige Erben 15072 der Türkei vor ihren Parlamenten brüsten zu können. Österreich erreichte übrigens damals eine Konzession für den Hafen in Alaja und für 15070, 15073 die Bahn nach Akseki nur infolge der deutschen Fürsprache in Konstantinopel. Hierbei bestand aber die Gefahr, daß Österreich und 15074 Italien in Pamphylien so aneinander gerieten, daß daraus ein ernster politischer Zwist entstehen konnte. Die Dokumente Nr. 15 075—15 103 zeigen die Schwierigkeiten der deutschen Politik, zwischen den entgegengesetzten Standpunkten seiner beiden Dreibundgenossen und der Haltung Englands zu vermitteln.

Die von italienischer Seite mit großem Eifer betriebenen Verhandlungen über die italienischen Bahnbaupläne in Kleinasien führten am 15104, 15105 6. März 1914 zu einem vorläufigen italienisch-englischen Abkommen über Kleinasien. In der Türkei war man über diesen Abschluß erfreut, da die Italiener in der in Betracht kommenden Gegend durch die Engländer kontrolliert und nötigenfalls in Schranken gehalten würden. 15106 Auf Wunsch Sir Edward Greys wurden die Abmachungen Deutschland vertraulich mitgeteilt. Man war in London wohl geneigt, Italien in Kleinasien entgegenzukommen, wünschte aber nicht ein Festsetzen 15108 Österreich-Ungarns an der Seite Deutschlands in jenen Gegenden.

Ende März 1914 rief die italienische Presse ziemlich dringend die Hilfe Deutschlands zur Verwirklichung der Bestrebungen Italiens 15110 an, in Kleinasien eine Interessensphäre zu schaffen. Deutschland ließ in Rom dafür wirken, daß auch der österreichische Bundesgenosse in 15111 Kleinasien für die Zukunft „engagiert" werden möchte. Die Türkei fuhr fort, den Italienern hinsichtlich der in Kleinasien zu erteilenden Konzessionen Schwierigkeiten zu machen. Auch die englisch-italienischen 15113 Verhandlungen nahmen keineswegs einen glatten Verlauf. Wohl aber gelang im Mai 1914 ein Abschluß zwischen Nogara und der Smyrna-Aidin-Bahngesellschaft, der vorbehaltlich der Zustimmung der türkischen

Regierung das Verhältnis zwischen den Italienern und der englischen 15114
Gesellschaft endgültig regelte. Zu einer türkisch-italienischen Verständigung über die italienischen Ansprüche ist es aber vor dem Weltkriege nicht mehr gekommen.

Anhang:

Österreich-Ungarn und die Internationalisierung der Orientbahnen Januar 1913 bis Juli 1914

Die ausschlaggebende Bedeutung der Bahnen für die Kriegführung war in den Balkankriegen so deutlich in Erscheinung getreten, daß die siegreichen Balkanstaaten, insbesondere Serbien, in der Eroberung der türkischen Bahnen den wesentlichsten Teil ihrer Kriegserfolge erblickten. Nun war aber die 1878 konzessionierte Betriebsgesellschaft der Orientbahnen, die anfangs ihren Sitz in Wien hatte, infolge der jungtürkischen Revolution in eine türkische Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Konstantinopel umgewandelt worden. Das Aktienkapital befand sich hauptsächlich im Besitze der Deutschen Bank, der Bank für orientalische Eisenbahnen und des Wiener Bankvereins. Die türkische Regierung hatte der Betriebsgesellschaft im Laufe der Zeit eine Reihe von Linien bewilligt, die jedoch im Besitze der Türkei blieben. (Konstantinopel-Adrianopel-Dedeagatsch; Saloniki-Üsküb-Mitrowitza; Üsküb-Schibewtsche; Saloniki-Monastir).

Über die Orientbahnen brach mit den Balkankriegen eine schwere Krise herein, da die siegreichen Staaten die in den besetzten Gebieten befindlichen Bahnlinien mit allen ihren Betriebsmitteln beschlagnahmten, obwohl es sich um privaten Besitz handelte. Die griechischen Militärbehörden gaben nach ihrer Einnahme von Saloniki die von ihnen besetzte Bahn bis zum Wardarflusse zum Betriebe wieder frei; Serbien weigerte sich aber andauernd, der Gesellschaft die Linien vom Wardarflusse nach Üsküb-Schibewtsche und von Üsküb nach Mitrowitza zurückzugeben.

Die Orientbahnen riefen nunmehr Ende 1912 die Vermittlung der österreich-ungarischen Regierung an. Das Wiener Kabinett forderte 15115
in Belgrad die Rückgabe der von Serbien okkupierten Linien an die 15116
Orientbahngesellschaft; Paschitsch erklärte die sofortige Rückgabe für durchaus unmöglich, versprach aber volle Entschädigung nach Friedens- 15117
schluß. In Wien befürchtete man zeitweise, daß der Direktor der Deutschen Bank, v. Gwinner, eine Regelung anstrebe, wonach die den 15118
Balkanstaaten zufallenden Linien mit Hilfe französischen Kapitals ausgebaut werden sollten.

Ende April 1913 kaufte ein Konsortium österreich-ungarischer Banken die Majorität der Aktien der Orientbahnen. Über die Her- 15119
ausgabe der okkupierten Bahnstrecken entstanden peinliche Verhand-

lungen, besonders mit Serbien, das unter Berufung auf die albanischen
15123 Unruhen der Eisenbahn noch zu bedürfen erklärte. (Belgrad, 11. Oktober 1913). Man wünschte in Serbien, die Bahn zu verstaatlichen. Für Serbien, erklärte man, sei es ein Gebot der Selbsterhaltung, absoluter Herr der Hauptbahn des Landes zu bleiben. Serbien erklärte sich aber
15136 bereit, Österreich-Ungarn soweit als irgend möglich bei der Gewährung von Sicherheiten wegen des freien Durchgangsverkehrs nach Saloniki entgegenzukommen.

Die Scheu der Serben vor Herausgabe der Bahn und vor einer gemischten Betriebsgesellschaft beruhte nach einer Meldung des deutschen Gesandten aus Belgrad vom 7. März hauptsächlich in der Be-
15143 sorgnis, es könne zu erneuten Unruhen auf dem Balkan kommen, die eine rasche Konzentrierung serbischer Truppen in den bedrohten Gegenden notwendig machten. Serbien wünschte daher eine Konzessionsurkunde nur an eine neu zu bildende Betriebsgesellschaft zu erteilen,
15144 in der lediglich Serben als Beamte Anstellung finden sollten. Auch
15145 war Serbien bereit, die Lösung der Frage durch ein Schiedsgericht vorzuschlagen.

Da die serbische Regierung auf ihrem Standpunkte des Abkaufes
15147 der Bahnen verharrte, gab Wien im Mai 1914 die grundsätzliche Zustimmung zum Abkaufe der Orientbahnlinien auf serbischem Gebiet durch den serbischen Staat. Der Vertreter der Orientbahnen forderte
15148 60 Millionen Francs, während Serbien nicht über 40 Millionen zahlen zu können behauptete. Sachverständige wurden nach Belgrad entsandt, um die weiteren Verhandlungen zu führen. Nach der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers am 28. Juni verließen sie Belgrad. Die Ver-
15149 handlungen wurden abgebrochen.

Kapitel 288

Die Pariser Finanzkonferenz und die Sicherung der türkischen Staatsgläubiger einschließlich der Bagdadbahn
Genesis und Verlauf der Konferenz
November 1912 bis Juli 1914

Am 14. November 1912 hatte die türkische Regierung mitgeteilt, daß sie sich zur Einleitung direkter Friedensverhandlungen mit den verbündeten Balkanstaaten entschlossen habe. Deutscherseits beschloß
15150 man, unverzüglich für die Wahrung der Interessen der ausländischen Staatsgläubiger der Türkei einzutreten. Berlin ließ in Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje erklären, die ausländischen Staatsgläubiger der Türkei seien bei den Friedensverhandlungen erheblich interessiert, und die kaiserliche Regierung fühle sich verpflichtet, für die Rechte
15151 der deutschen Staatsgläubiger der Türkei einzutreten. Die Dreibund-

mächte und England sowie Frankreich waren zu einer gleichartigen 15152 Haltung bereit.

Zunächst war es für Deutschland wichtig, festzustellen, welche deutschen wirtschaftlichen Interessen in den europäischen Wilajets der Türkei im Falle eines späteren Überganges türkischer Gebietsteile an die jetzt verbündeten Balkanstaaten besondere Beachtung verdienten, zumal nach allgemeiner Auffassung die von der Türkei in Zukunft etwa abgetrennten Gebietsteile einem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunge entgegensahen. Eine Aufzeichnung des Generalkonsuls in 15153 Konstantinopel Mertens ergab hierfür die nötigen Unterlagen.

Sehr bald wurde auch Rußlands Wunsch erkennbar, bei der 15154 Regelung der finanziellen Fragen der Türkei mitzusprechen.

In Paris trat im November eine französische Kommission zur Wahrung der Interessen türkischer Staatsgläubiger zusammen. Sie 15157-15159 vertrat den Standpunkt, daß im Falle der Abtretung türkischer Staatsgebiete der annektierende Staat alle darauf ruhenden Lasten mit übernehmen müsse und damit auch einen Teil der öffentlichen Schuld. Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon teilte die in Paris seitens der Kommission festgelegten Grundsätze dem Auswärtigen 15155 Amt mit. Kiderlen erklärte sich mit den ihm mitgeteilten Anschauungen 15156 am 23. November grundsätzlich einverstanden.

Im Anschluß an eine Unterredung des Direktors der Deutschen Bank Dr. Helfferich mit dem Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann reichte die Direktion der Deutschen Bank am 30. November einen 15160 Schriftsatz ein, der den Entwurf eines für die Aufnahme in die Friedensverträge zwischen der Türkei und den Balkanstaaten in Betracht kommenden Artikels enthielt, durch den die Rechte der verschiedenen in der europäischen Türkei gelegenen Eisenbahnen geschützt werden sollten. Kiderlen ließ die deutsche Stellungnahme zur Wahrung der Interessen der türkischen Staatsgläubiger vom 23. November am 2. De- 15161 zember 1912 nach Paris mitteilen. Danach stimmten Berlin und Paris darin überein, daß unter allen Umständen der türkische Staat an erster Stelle für die türkischen Staatsanleihen verpflichtet blieb und von dieser seiner Verpflichtung durch die von den Balkanstaaten zu leistenden Beiträge nicht befreit wurde.

Während des Winters 1912/13 wurde zwischen Paris und Berlin über die Frage hin und her verhandelt, daß maßgebende Finanzleute beider Länder sich über die in Betracht kommenden Fragen aussprechen möchten, zumal die deutschen und die französischen Interessen in der 15162-15166 Türkei auch nach der Auffassung des Subdirektors im französischen Auswärtigen Ministerium Gout parallel liefen. Poincaré strebte zur 15167 Regelung aller Finanzfragen eine später nach Paris zu berufende förmliche Konferenz an und erschwerte daher nach deutscher Auffassung 15168 eine vorherige Einigung der Sachverständigen. In Berlin wollte man vermieden wissen, daß etwa der Friedensschluß zustande kam, ehe

eine gründliche Auseinandersetzung in der Ablösungsfrage erzielt war.
15169 Nach dem Friedensschlusse, meinte Wangenheim in einem Berichte vom 11. Januar 1913, würden die meisten Regierungen sich um die Sympathien sowohl der Balkanländer als auch der Türkei bewerben und wenig geneigt sein, einen gemeinsamen Druck auszuüben, ohne den wohl bei keiner Partei etwas durchzusetzen war. Wangenheim be-
15170 fürchtete auch, daß Frankreich durch politische Zugeständnisse Sondervereinbarungen mit den Balkanstaaten anstrebe.

Die französische Regierung sandte aber doch am 15. Januar einen
15172 neuen Entwurf — vom 10. Januar — für die in die Friedensverträge aufzunehmenden Artikel nach Berlin. Danach sollte jeder Staat, der einen Teil des bisherigen türkischen Staatsgebietes erhielt, einen Anteil an der Gesamtschuld des ottomanischen Reiches und zwar im Verhältnis der Einkünfte der abgetretenen Gebiete übernehmen. Mit dieser
15174 15175 Fassung war man in Berlin einverstanden, hoffte aber, daß die Frage der türkischen Staatsschulden im Prinzip von der Londoner Botschafter-
15173 versammlung gelöst und die Lösung als Wille der Großmächte den Friedensdelegierten kundgegeben werden könne. Wien wünschte noch
15179 eine Erweiterung der Fassung der in Paris ausgearbeiteten Artikel. Die Deutsche Bank, die in sämtlichen wirtschaftlichen Fragen der Türkei dauernd mit dem Auswärtigen Amte Hand in Hand gearbeitet hat, schlug nunmehr vor, daß eine internationale Kommission zur Ausarbeitung der Einzelheiten rechtzeitig zusammen berufen werden möchte, wobei über die wichtigsten Fragen vielleicht jetzt schon eine Einigung zwischen
15181 Deutschland und Frankreich herbeigeführt werden konnte. In Paris war
15182 man grundsätzlich einverstanden, betonte aber den Wunsch, einen Teil der vorbereitenden Arbeit der in London tagenden Botschaftervereinigung überlassen zu können. Den dortigen Botschaftern lag aber die
15192 Materie so fern, daß sie sich gegen die Zumutung einer Erörterung der Finanzfragen wehrten. Die Botschafterkonferenz, meinte Paul Cambon, sei hierfür nicht das richtige Forum.

So entschloß sich denn Frankreich, im März 1913 eine Aufforderung an die Großmächte ergehen zu lassen, sie möchten ihre Pariser Botschaftsräte anweisen, unter Beistand von technischen Beratern mit dem französischen Subdirektor Gout zwecks Verständigung in den Fragen der türkischen Staatsschuld ins Benehmen zu treten. Man rechnete
15194 damit, daß die Tätigkeit der Vorkommission schon in den ersten Apriltagen ihren Anfang nehmen könnte. Nunmehr ergaben sich aber allerlei Schwierigkeiten zwischen den Großmächten über die Wahl der Delegierten und über die Haltung Rußlands, so daß die Kommission tat-
15238 sächlich erst am 4. Juni 1913 durch den französischen Minister des Äußern Pichon eröffnet werden konnte. Sie hat sodann bis zum 18. Juli getagt und in ihren drei Sonderausschüssen eine erhebliche Arbeit geleistet, über die der deutsche Geschäftsträger in Paris, Frhr. v. der Lancken, am 18. Juli einen zusammenfassenden Bericht erstattet hat,

der einen guten Überblick vermittelt. Danach hatte Deutschland von 15232 den Italienern keine Förderung erfahren und „der Wunsch, sich für deutsche Interessen zu erwärmen, wurde bei der österreichisch-ungarischen Delegation in keinem Stadium der Verhandlungen erkennbar". Alle Wünsche Deutschlands mußten mühsam durchgesetzt werden. Ein Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen war auch die Frage gewesen, ob man den Balkanverbündeten eine beschließende oder beratende Stimme zuzubilligen habe, und ob die Balkanverbündeten einen 15241 Anspruch auf Kriegsentschädigung besäßen.

Rußlands Haltung auf der Konferenz bereitete sogar seinem französischen Bundesgenossen erhebliche Schwierigkeiten. Paléologue 15245 äußerte sich dahin, die franko-russische Allianz habe noch niemals eine so scharfe Probe zu bestehen gehabt wie damals. Die Franzosen suchten nach einem Auswege durch einen Kompromiß, der den Balkanstaaten und ihrem russischen Protektor wenigstens das Gesicht wahren würde. Schwierigkeit bereitete auch die Tatsache, daß Österreich, das ja dauernd 15251 für Bulgarien eingetreten war, ihm schon vor Beginn der Pariser Besprechungen halb und halb versprochen hatte, für eine Kriegsentschädigung einzutreten.

Nachdem sich die Pariser Finanzkommission für die Balkanangelegenheiten am 18. Juli 1913 bis zum 30. September vertagt hatte, trat 15252 eine längere Pause ein. Am 8. Dezember übersandte die englische Regierung der deutschen einen Bericht des englischen Delegierten zur Pariser Finanzkommission, Sir Paul Harvey, über die finanzielle Liqui- 15254 dation der Balkankrise. Das Auswärtige Amt gab diesen Bericht an Dr. Helfferich, der sich am 31. Dezember in fast allen Punkten zu- 15255 stimmend dazu äußerte. Harvey und Helfferich waren der Ansicht, der nächste Schritt zur Förderung der der Finanzkonferenz unterbreiteten Fragen müsse von seiten der Kabinette der Großmächte geschehen: die Kommission sei zur Arbeitsunfähigkeit verurteilt, solange nicht die Mächte unter sich über die großen Linien der zu erstrebenden Regelung, namentlich in der Frage des Schuldenanteils und der Kriegsentschädigung einig geworden seien und sich entschlossen hätten, auf die Balkanstaaten einen entsprechenden Druck auszuüben.

Die französische Regierung beabsichtigte, die internationale Finanzkommission für Anfang Juni 1914 wieder einzuberufen. Graf Berchtold 15257 wünschte, vor ihrem Zusammentritt die Regelung der Orientbahnfrage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Abschluß gebracht zu sehen. In Berlin wollte man vorher mit der Türkei ins Reine gekommen sein. Da auch die Balkanstaaten um Fristverlängerung nachsuchten, hielt die französische Regierung eine Verschiebung bis zum Oktober für 15259 angezeigt. Der Ausbruch des Weltkrieges schnitt alle weiteren Verhandlungen ab.

Anhang:

Die Russische Forderung auf Vertretung in der Verwaltung der türkischen Staatsschuld Oktober 1913 bis Juli 1914

Am 20. Oktober 1913 berichtete Wangenheim, Rußland habe bei der Pforte um Zulassung zur Dette Publique nachgesucht. Die Ent- 15260 scheidung dieser Frage gehe auf Rechnung und Gefahr der deutschen Bagdadinteressen. Deutschland dürfe daher das schon an sich nicht unbillige Verlangen stellen, in der Dette Frankreich gleichgestellt zu werden. Wenn für Rußland ein Vertreter zugebilligt würde, so hatte 15261 nach Helfferichs Ansicht Deutschland gewiß den Anspruch, einen zweiten Vertreter in die Dette zu entsenden.

In Frankreich wünschte man damals, die in Aussicht gestellte türkische Anleihe zu internationalisieren, offenbar weil auf dem fran- 15261 zösischen Kapitalmarkt schon seit längerer Zeit die frühere Flüssigkeit verschwunden war. Nach Ansicht der Deutschen Bank konnte diese Tatsache geradezu einen Wendepunkt in dem Verhältnis Deutschlands und Frankreichs im internationalen Finanzgeschäfte bedeuten.

Durch Rußlands Eintritt in den Verwaltungsrat der Dette mußte 15262 sich das Stimmenverhältnis zum Nachteil des Dreibundes verschieben. Die Pforte war bereit, den russischen Wünschen zu entsprechen, wenn man den Türken in der Person des Finanzministers das Präsidium in der 15263 Dette einräume. Hierauf wollte man in Deutschland aber nicht eingehen. In Italien war man nur allzu gern bereit, den russischen Wün- 15266 schen entgegenzukommen. Die Türkei willigte Ende Dezember in die 15269 Zulassung eines russischen Delegierten. In Berlin erklärte Jagow am 15270 19. Januar 1914 dem russischen Botschafter Swerwejew, der Eintritt eines russischen Delegierten müsse durch die Zulassung eines zweiten deutschen Delegierten ausgeglichen werden; das deutsche Kapital nehme in der Dette Publique Ottomane die zweite Stelle ein. Nach Wien ließ das Auswärtige Amt mitteilen, es rechne damit, daß Österreich-Ungarn 15271 Deutschland in dieser so wichtigen Angelegenheit nach Kräften unter- 15272 stützen werde. In Wien wünschte man aber, dem russischen Wunsche entgegenzukommen, falls Rußland seinen Widerstand gegen das albanische Bankprojekt fallen ließ[1]). Von dieser Verquickung der für Deutschland so wichtigen Frage der türkischen Staatsschuld mit der verhältnismäßig untergeordneten Frage der albanischen Bank war man 15274 in Berlin nicht eben erbaut. Wien bat seinerseits um Unterstützung seines Standpunktes in der Frage der albanischen Bankkonzession gegenüber Rußland und den anderen Mächten der Tripelentente. In Berlin 15275 ging man darauf ein.

---

[1]) Vgl. Band 36, 2. Hälfte des Aktenwerkes, Kapitel 282, siehe o. S. 121 ff.

Gegen den Wunsch der Türkei, den Vorsitz in der Dette Publique in die Hand zu bekommen, herrschten auch in London die schwersten 15276 Bedenken.

Sasonow war geneigt, den deutschen Kompensationswünschen für die Zulassung eines russischen Vertreters entgegenzukommen, und versprach Ende Januar 1914 eine nähere Mitteilung nach Prüfung dieser 15277 Frage. Die französische Regierung war damals aus Furcht vor der öffentlichen Meinung wenig bereit, die von Rußland verlangten Zugeständnisse zu bewilligen, da man in Paris mit dem Gange der Verhandlungen über die Bagdadbahn nicht zufrieden war. In Petersburg hatte man ganz falsche Vorstellungen von dem Umfange der deutschen 15278 Interessen in der Türkei. Das deutsche Syndikat türkischer Staatsgläubiger blieb nach wie vor der Zulassung eines Russen abgeneigt. Die 15281 Mitteilung, die Sasonow Ende Januar 1914 dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès in Aussicht gestellt hatte, ist niemals erfolgt.



Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914

Der achtunddreißigste Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 38. Bandes

Kapitel 289

Die Frage der Armenischen Reformen
Januar 1913 bis April 1914

Die in den Dokumenten des 289. Kapitels behandelten Vorgänge laufen zeitlich parallel mit den Ereignissen, die der Berufung des Generals Liman v. Sanders nach Konstantinopel vorausgingen. Dem Leser der Dokumente wird daher dringend empfohlen, durch Heranziehung der synchronistischen Zusammenstellung die Dokumente des 290. Kapitels gleich mit zu verwenden, wenn es nicht überhaupt zur Gewinnung eines zutreffenden Bildes vorzuziehen ist, das 290. Kapitel vor dem 289. zu lesen. In die Frage der armenischen Reformen spielen die Erwägungen über die Berufung deutscher Militärinstrukteure nach der Türkei dauernd hinein.

Schon im Dezember 1912 hatte sich in der armenischen Bevölkerung eine wachsende Gärung bemerkbar gemacht. Am 13. Dezember erteilte Sasonow dem Botschafter v. Giers den Auftrag, bei der Pforte unter Hinweis auf die sonst drohende Zuspitzung der russisch-türkischen Beziehungen und auf die Möglichkeit einer europäischen Intervention wegen der armenischen Reformen vorstellig zu werden. Etwas später (15282) leitete er, unter Umgehung des Berliner Kabinetts, einen Meinungsaustausch mit Paris und London über die armenische Frage ein.

In Berlin beabsichtigte man nicht, der Tripelentente allein die Sorge (15283) für das Schicksal der Armenier zu überlassen. Auch fürchtete man besondere Absichten Rußlands. England fühlte sich durch den Zypern- (15284) vertrag vom 4. Juni 1878 verpflichtet, einer etwaigen russischen Be- (15285) sitzergreifung türkischer Landesteile in Asien mit bewaffneter Hand entgegenzutreten, und hielt sich daher völlig neutral.

Die weitere Entwicklung der armenischen Frage findet vom Februar 1913 ab in der sehr eingehenden Berichterstattung des Botschafters Frhr. v. Wangenheim eine lichtvolle Darstellung[1]. Nach Wangenheims Auf- (15287) fassung mußte Deutschland seine den Armeniern gegenüber bisher eingenommene gleichgültige Haltung ändern. Auch schien ihm eine Vermehrung der deutschen Vertretungen in Anatolien wünschenswert. Die (15288) Armenier sollten nicht in Rußland ihre einzige Rettung erblicken.

---

[1]) Vgl. den Nachweis der von ihm erstatteten Berichte auf den Seiten 255* bis 261*.

Im Mittelmeer befanden sich Anfang April gelegentlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für König Georg von Griechenland die deutschen Schiffe S. M. S. „Goeben“ und der kleine Kreuzer „Breslau“ unter Konteradmiral Trummler. Diesen machte der Chef der englischen Mittelmeerflotte, Admiral Sir Berkeley Milne, anfangs April darauf aufmerksam, daß Frankreich Absichten auf Syrien zu hegen scheine, und regte eine stärkere Vertretung Deutschlands an der syrischen Küste an. Prinz
15289 Heinrich von Preußen, der zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Athen entsandt war, veranlaßte daraufhin die Entsendung von zwei kleinen Kreuzern in das Mittelmeer. Ihr Eintreffen schien um so erwünschter,
15290 als nach Meldung des Konsulats Adana vom 4. April plötzlich zwei französische Kreuzer in Mersina eingetroffen waren. Wangenheim ließ daraufhin in Berlin zur größten Vorsicht raten und regte an, daß die
15293 Bewegungen der Schiffe nicht ohne vorheriges Befragen der Botschaft vorgenommen werden möchten. Konteradmiral Trummler trat in einem Immediatbericht dafür ein, die jeweiligen Mittelmeerstreitkräfte ständig in einem Divisionskommando zu vereinigen, eine Anregung, die der Kaiser erfreut aufnahm. Nach einem Berichte des Großadmirals v. Tirpitz vom 15. Mai genügte es indes, die zur Zeit bestehende Dislozierung einfach weiter bestehen zu lassen. „Besondere formelle Maßnahmen vorzunehmen, würde leicht zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß geben können.“ Der Kaiser erklärte sich auch hiermit einverstanden.

Die Aussichten für eine neue Erstarkung der Türkei nach dem
15294 Friedensschlusse waren damals keineswegs rosig. Immer lebhafter regten sich die Kräfte, die auf einen Zerfall der asiatischen Türkei hinarbeiteten. Überall zeigte die kleinasiatische Bevölkerung separatistische Neigungen.

Den Standpunkt der deutschen Regierung zu den armenischen Reformen zeigt ein Erlaß Jagows an den Botschafter Frhr. v. Wangenheim
15299 vom 22. April. Danach wollte Deutschland gemeinsam mit den übrigen Mächten der türkischen Regierung bei der Ausarbeitung des Reformprojekts gern mit Rat und Tat zur Seite stehen, wünschte aber auf eine besondere Beraterrolle zu verzichten. Die Pforte betonte den Gedanken, die Türkei könne nur durch ein harmonisches Zusammenarbeiten Englands und Deutschlands Erfolg haben. Der Großwesir Mahmud Schewket schien entschlossen, alle anderen Mächte von dem Reformwerk auszuschließen und sprach im Mai 1913 bereits von einer Reform der Armee unter der fast diktatorischen Oberleitung eines deutschen Generals und von einer Reorganisation des gesamten Unterrichtswesens. Man scheint dabei gehofft zu haben, daß England der Türkei in der Frage der von
15304 Griechenland besetzten Inseln beistehen würde. Nur England und Deutschland hätten an dem Fortbestehen der Türkei ein eigenes Inter-
15305 esse; Deutschland allein könne aber der Türkei ebensowenig helfen wie England allein.

Am 23. Mai machte Wangenheim den Vorschlag, die Pforte möge [15309] sich an England und Deutschland mit der Bitte wenden, die Reformen gemeinschaftlich in die Hand zu nehmen und sich über die Teilung der Arbeiten zu verständigen. In einem grundlegenden Berichte vom 21. Mai [15312] hatte er ausgeführt, die asiatische Türkei könne sich aus eigener Kraft nicht mehr helfen; Bürgerkrieg und Anarchie in der Türkei würden unbedingt zu einer Intervention der Mächte und zur Aufrollung der Teilungsfrage Anlaß geben. Das Ziel der deutschen Politik könne nur sein, die Auflösung der Türkei so lange wie nur irgend möglich aufzuhalten. Hierzu gebe es aber nur ein einziges Mittel: die Reorganisation der Türkei durch fremde Mächte, und hierbei schien „die englisch-deutsche Kooperation als die ideale, ja als die allein mögliche Lösung des kleinasiatischen Problems“. Nach Fertigstellung der Bagdadbahn konnte bei entsprechendem Unternehmungsgeist das ganze übrige Hinterland des Golfes von Alexandretta unter den deutschen Einfluß gebracht werden. Im Küstengebiet des Schwarzen und des Marmara-Meeres würde Deutschland mit Rußland, im westlichen Küstenland Anatoliens mit Griechenland und in Syrien und Palästina mit Frankreich, in Arabien und der Umgebung des Persischen Golfes mit England zusammenstoßen, auf diese Gebiete also von vornherein verzichten müssen.

Unter Berufung auf den Zypernvertrag bat die Türkei um englische Instrukteure, wie sie für Ost- und Nordanatolien bereits bewilligt [15315] worden waren, auch für den Westen und den Süden Anatoliens und wünschte, die Reform des ganzen Zivildienstes in die Hände Englands zu legen. Fürst Lichnowsky wurde am 31. Mai darauf aufmerksam [15317] gemacht, daß Deutschland gern mit England über die Zukunft Kleinasiens in einen vertraulichen Gedankenaustausch treten würde. „Wir haben so große Interessen in Anatolien und Mesopotamien, daß wir dieselben nicht ohne weiteres A n d e r e n preisgeben können. Man mag über Marschalls Werk der Anatolischen und Bagdadbahn denken, wie man will, sie wird von unserer öffentlichen Meinung als das einzige Fazit unserer Politik der letzten Dezennien betrachtet. Ein Leerausgehen würde für uns ein zweites Marokko sein“. In der asiatischen Türkei wollte Deutschland mit und nicht ohne England arbeiten. In London betonte Grey den Wunsch, Deutschland möge sich auch mit Paris über die wirtschaftlichen Fragen einigen.

Am 3. Juni 1913 entschloß man sich in Berlin zu einer Initiative in der armenischen Frage. Fürst Lichnowsky wurde beauftragt, in der [15320] nächsten Londoner Botschaftersitzung zu beantragen, daß die armenische [15321] [15322] Reformfrage auf das Programm gesetzt würde. Da man aber nicht nur [15326] [15327] in Rom, sondern auch in Konstantinopel den deutschen Vorstoß ungünstig [15328] aufnahm, und es nach Wangenheims Ansicht besser war, wenn [15329] die Frage von türkenfeindlicher Seite angeschnitten würde, zog Jagow [15330] seine Anregung am 7. Juni zurück.

Nunmehr übernahm Rußland die Führung, indem es die Groß-
mächte aufforderte, ihre Botschafter in Konstantinopel zu Beratungen
15331 über die armenischen Reformen anzuweisen. Nach Wangenheims Auf-
fassung bildete die armenische Bewegung das Mittel, durch das Ruß-
land die asiatische Türkei in steter Aufregung und in einem Zustande
15334 erhielt, der es Rußland im gegebenen Augenblicke gestattete, „als in-
teressierter Grenzstaat für sich das Recht der Intervention in Anspruch
zu nehmen". Bei den bevorstehenden Verhandlungen wollte Wangen-
heim selbst sich „in Reservestellung hinter England halten . . . Will
England den Untergang der Türkei, dann bleibt uns allerdings nichts
übrig, als unsere Erbschaftsansprüche offiziell anzumelden".

Die Türkei wollte Rußland zu den Beratungen über die armenischen
15336 Reformen nicht zugezogen sehen. Rußland hatte durch den Dragoman
15337 Mandelstam bei der russischen Botschaft in Konstantinopel ein Re-
15338 formprojekt ausarbeiten lassen. England verzichtete auf ein eigenes
Programm. Nach einem Berichte des Grafen Pourtalès vom 26. Juni
war übrigens Rußland damals zu einem Vorstoße in der Richtung auf
15339 Konstantinopel nicht bereit und würde sich hüten, Fragen anzuschnei-
den, die die russische Politik immerhin auf eine gefährliche Bahn
bringen könnten.

Am 28. Juni 1913 ergingen in Therapia die Einladungen zu den
Besprechungen der Botschafter. Inzwischen hatte in London der Besuch
15340, 15344 Poincarés und Pichons stattgefunden[1]), wobei die französischen Staats-
männer ihr Bestreben bekundeten, für die Aufrechterhaltung des Frie-
15343, 15345 dens zu wirken und das türkische Reich in seiner damaligen Gestalt
am Leben zu erhalten.

Den Gang der Verhandlungen, für die Wangenheim am 3. Juli
15347 seine Richtlinien nach Berlin mitteilte und genehmigt erhielt, zeigen
Wangenheims Berichte vom 3. (15 346), 7. (15 351), 9. (15 355 bis
15368 15 357), 12. (15 358), 15. (15 361), 18. (15 362), 23. (15 364), 24.
(15 365) Juli 1913. Zwischen der deutschen und der russischen
Türkenpolitik gab es für ihn keine Brücke.

In der Sitzung vom 23. Juli einigten sich die Delegierten der
Dreibundbotschaften auf die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung,
die als Mittellinie zwischen dem zu weit gehenden russischen und dem
15369, 15375 ungenügenden türkischen Projekte angesehen werden konnte. Das
15370 Projekt Mandelstam hielt man auch in Rom für unannehmbar. Nach
Wangenheims Auffassung benutzte Rußland die Armenierfrage haupt-
15371 sächlich als Vorwand. Er fragte: „Wird Rußland den Mut haben, sich
von dem europäischen Konzert zu trennen und damit die Gefahr eines
europäischen Konflikts heraufzubeschwören? Ohne England wird Ruß-
land den Schritt kaum wagen, und wenn England den Untergang
der Türkei will, so können wir sie allein nicht retten. Nach meiner
unmaßgeblichen Meinung gibt es für uns nur ein sicheres Mittel, die

---

[1]) Siehe u. S. 200.

Türkei vorläufig zu retten, die offene Erklärung, daß wir uns bei der Teilung nicht ausschließen lassen". In ähnlichem Sinne berichtete er am 1. August, daß ohne die Herrschaft über die Südküste des Schwarzen 15372 Meeres der Besitz Konstantinopels für Rußland wertlos sein würde. „Ebensowenig wie die katholische Kirche ihren Weltherrschaftsanspruch oder Frankreich den Wunsch nach Wiedererlangung Elsaß-Lothringens aufgeben kann, wird auch die russische Politik von ihrem Traum loskommen, das Kreuz auf der Hagia Sofia neu zu errichten. Nüchterne, russische Staatsmänner, welche sich von diesem Ziele abwenden, mögen das Tempo dieser Politik verlangsamen; die Richtung wird immer dieselbe bleiben, solange der Halbmond noch in Konstantinopel herrscht." In einem großzügigen Berichte vom 8. August 15376 führte er aus, welche Türkenpolitik Deutschland hinfort zu treiben haben würde. Danach dürften die deutschen Sympathien nicht politischen Parteien, sondern müßten der gesamten Türkei gehören.

Einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege der armenischen Reformen bedeutete es, daß Wangenheim den durch sein Eintreten für die Armenier bekannten Dr. Lepsius[1]) mit Mandelstam zusammen- 15377 führte, der nunmehr mit dem armenischen Aktionskomitee verhandelte und die Einigung auf einer mittleren Linie betrieb. In Petersburg war man wenig damit einverstanden, daß der Dreibund sich mehr auf die 15379 Seite der türkischen Vorschläge stellte. Nach Ansicht Wangenheims betrieb Rußland die armenische Frage mit erhöhtem Nachdruck, um sich angesichts seiner voraussichtlichen Niederlage in der Frage von 15381 Adrianopel[2]) wenigstens einen Erfolg zu sichern. In dem Botschafter Frhr. v. Wangenheim erblickte die russische Regierung, wie sie wieder- 15388 holt in Berlin zu erkennen gab, den Hauptgegner ihres armenischen Reformprojektes.

In Berlin hielt man eine baldige Einigung mit dem Petersburger Kabinett für erwünscht, da dieses die Ereignisse in Armenien so beeinflussen könnte, daß Rußland als Grenzland einen Vorwand zum Eingreifen erhielt, und das Reformwerk den anderen Mächten aus der Hand genommen würde. Wangenheim einigte sich daher mit dem russischen Botschafter v. Giers auf ein gemeinsames näheres Programm, wobei die Botschafter sich wechselseitig über ihre künftigen 15390 Besprechungen mit dem Großwesir auf dem Laufenden erhalten wollten. 15394, 15395 An dieser Einigung nahm nunmehr aber wiederum Frankreich Anstoß und vermochte seine Eifersucht über die deutsch-russische Annäherung nicht zu verbergen.

Bei seinem Aufenthalte in Berlin am 22. Oktober sprach sich 15398 Sasonow auf das Bestimmteste dahin aus, daß Rußland Absichten auf Türkisch-Armenien durchaus fernlägen. Wangenheim wurde am 24. Ok-

---

[1]) Der bekannte Mitherausgeber des großen Aktenwerkes des Auswärtigen Amtes, der leider dessen Abschluß nicht mehr hat erleben dürfen.

[2]) Vgl. Band 36, 1. Hälfte, Kapitel 277. Siehe o. S. 91 ff.

tober angewiesen, in der armenischen Frage möglichst vertrauensvoll
15400 mit dem russischen Kollegen zusammenzuwirken. Als Ergebnis ihrer Besprechungen unterbreiteten sie am 7. November dem Großwesir einen
15404 weiteren Vermittlungsvorschlag. Wangenheims Taktik ging dahin, einerseits die Türken zu möglichstem Entgegenkommen zu veranlassen, andererseits aber seinem russischen Kollegen nahezulegen, das
15405 bereits Erreichte nicht durch zu scharfes Bestehen auf formalistischen Forderungen zu gefährden.

In der Türkei selbst erwachte das alte Mißtrauen gegen Rußland
15408 aufs neue, und man begann, auch an der Aufrichtigkeit der deutschen Armenierpolitik zu zweifeln. Die entscheidenden Beratungen mit dem türkischen Ministerrat im Dezember 1913 wurden durch die russischen Drohungen wegen der Militärmission des Generals Liman v. Sanders
15411 auf das Ungünstigste beeinflußt[1]). Wangenheim wies die türkischen Staatsmänner nachdrücklich darauf hin, daß, wenn die Pforte die deutsch-russischen Reformanträge jetzt zurückweise, daß dann Rußland wahrscheinlich die armenische Frage als Vorwand benutzen werde, um sich an der Türkei wegen der Berufung des Generals Liman zu rächen.

15412 Schließlich gelang am 25. Dezember ein Abschluß. Giers und Wangenheim einigten sich mit dem Großwesir dahin, daß die Türkei an sämtliche Mächte die Bitte richtete, der Pforte für jeden der armenischen Sektoren eine oder mehrere Persönlichkeiten zu bezeichnen, die
15409 den türkischen Generalinspekteuren als Berater zur Seite stehen könnten.

Die russische Verstimmung über die Berufung des Generals Liman Sanders wirkte sich anfangs Januar 1914 darin aus, daß Giers von
15416 Petersburg überaus scharfe Weisungen erhielt, die die ganze bisherige Arbeit in Frage stellen mußten. Die Ernennung des Obersten Enver Bey zum türkischen Kriegsminister hatte in Petersburg einen sehr schlechten Eindruck gemacht, und man schien dort eine Einigung
15417 in der Armenierfrage nicht mehr zu wünschen. Graf Pourtalès fand
15718 am 9. Januar die Sprache Sasonows Deutschland gegenüber ganz verändert. Am 18. Januar 1914 verließ Botschafter v. Giers Konstantinopel mit längerem Urlaub, ohne die Frage der Armenierreform zu
15422 einem formellen Abschluß gebracht zu haben. Sie war aber immerhin
15425 materiell so gut wie beendigt. Erst am 8. Februar erfolgte durch Nachgeben der Petersburger Regierung eine Einigung über die in Ostanatolien einzuführenden Reformen. Der deutsche Geschäftsträger v. Mutius erblickte darin einen bemerkenswerten diplomatischen Erfolg der Türkei. „Alles dies wäre nicht erfolgt ohne die Vermittelung Deutschlands. Die Vertrauensstellung, welche sich Freiherr von Wangenheim bei der Pforte, speziell bei dem Großwesir, erworben hat, hat

---

[1]) Vgl. dazu Kapitel 290. S. u. S. 169 ff.

es ihm ermöglicht, die türkische Politik in dieser Frage in eine Richtung zu lenken, welche gleichzeitig dem wohlverstandenen Interesse der Türkei, Deutschlands und den deutsch-russischen Beziehungen förderlich sein muß. Die Türkei ist mit einem gewissen politisch-moralischen Erfolg aus ihrer Bedrängnis hervorgegangen. Andererseits ist auch für die in unserer Arbeitszone so wichtigen Armenier eine Besserung ihrer Existenzbedingungen erreicht. Schließlich kann es mit Rücksicht auf die ungewisse Zukunft der Türkei doch nur als ein erfreuliches Symptom und als erwünschter Präzedenzfall angesehen werden, daß ein deutsch-russisches Zusammenarbeiten in einer wichtigen Frage der Orientpolitik zu einem positiven Resultat geführt hat.“

Sasonow betonte nach wie vor sein scharfes Mißtrauen gegen die Türkei und besonders gegen das jungtürkische Regiment. In der noch 15427 offenen Frage der zu ernennenden Generalinspekteure in Armenien 15431, 15432 wünschte Sasonow daher eine vorherige Einigung der Kabinette über 15433 die Kandidatenliste, während der Dreibund die Regelung dieser Frage durch die Botschafterkonferenz in Konstantinopel vorzog.

Deutschland zeigte sich nachgiebig, um endlich eine volle Einigkeit der Mächte in der armenischen Frage herzustellen. Hierin erblickte man in der Türkei einen Stärkebeweis Rußlands und befürchtete, daß die Türkei von dem Dreibunde nicht gegen Rußland geschützt werden würde. Der Dreibund habe es nicht zu verhindern gewußt, daß für 15434 die Generalinspektion in Ostanatolien nur russisch-armenische Kandidaten vorgeschlagen seien; die Tripelentente und namentlich Rußland seien stärker und willenskräftiger als der Dreibund; die Türkei müsse sich daher mit Rußland und seinen Verbündeten verständigen.

Kapitel 290

Die Liman Sanders-Affäre
Januar 1913 bis Juni 1914

Der Gedanke, Deutschland möge der Türkei einen besonders befähigten General zur Verfügung stellen, der mit Hilfe von deutschen Offizieren die türkische Armee von Grund auf reorganisieren solle, ist 15435 von türkischer Seite und zwar vom Großwesir Mahmud Schewket Pascha ausgegangen. Der deutsche General sollte etwa dieselbe Stellung erhalten, wie sie General Eydoux an der Spitze der französischen 15434 Militärmission in Athen innehatte.

Die Verhandlungen zwischen Konstantinopel und Berlin setzten anfangs April 1913 ein. Der Großwesir bat den deutschen Militârattaché, Major v. Strempel, der Türkei gleich nach dem Friedensschlusse einen geeigneten preußischen Offizier zur Verfügung zu stellen, 15436 der die Neubefestigung von Konstantinopel ins Werk zu setzen hätte.

15437 Kaiser Wilhelm II. ging auf diesen Gedanken bereitwillig ein und forderte den General der Infanterie Mudra, damals Chef des Ingenieur- 15438 und Pionierkorps und Generalinspekteur der Festungen, zum Vorschlag geeigneter Persönlichkeiten auf. Das Auswärtige Amt hatte gegen die Entsendung eines Offiziers nach Friedensschluß nichts einzuwenden.

15439 Ein Bericht Wangenheims vom 26. April beleuchtet die Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage der Türkei, mit denen der Großwesir Mahmud Schewket Pascha damals zu ringen hatte. Er dachte an eine völlige Reform der Türkei und rechnete für die Reorganisation der Armee bestimmt auf Deutschland, ebenso auch für die Reform des Unterrichtswesens. Auf Österreichs Hilfe wollte er am liebsten verzichten, Italien aber um Gendarmerie-Offiziere für Syrien, Frankreich um Reorganisatoren für die Finanzen, für die Post und Telegraphie und englische Reformer für die Gendarmerie, die Justizreform und die öffentlichen Arbeiten in Armenien bitten. Wangenheim trat lebhaft für die Entsendung eines deutschen Generals nach der Türkei ein. „Die Macht, welche die Armee kontrolliert, wird in der Türkei immer die stärkste sein. . . . Ob die Jungtürken sich halten können, wird weniger von inneren Fragen als davon abhängen, ob die Türkei in Kleinasien sich zu konsolidieren vermag. Andererseits hängt die Zukunft Kleinasiens wesentlich davon ab, ob die Jungtürken am Ruder bleiben. Deutschland, welches die Türkei erhalten will, hat daher nach meiner unmaßgeblichen Ansicht ein hervorragendes Interesse daran, die Reformbestrebungen Mahmud Schewkets tatkräftig zu unterstützen.“ Kaiser Wilhelm vermerkte zu diesem Bericht, die Zuweisung verschiedener europäischer Nationen für innere türkische Aufgaben bilde eine großartige Brücke für gegenseitige Intrigen und für eine Aufteilung der Türkei; so einfach ließen sich die Mächte nicht abgrenzen und auf ihre Aufgaben beschränken.

Am 22. Mai 1913 bat der Großwesir den deutschen Botschafter, dem Kaiser die Bitte um einen leitenden deutschen General für die 15440 türkische Armee zu unterbreiten. In Berlin nahm man dafür den damaligen Kommandeur der 22. Division in Cassel, Generalleutnant 15441 Liman v. Sanders, in Aussicht. Er sollte aber auf Wunsch der Türkei 15442 nicht vor Abschluß des Friedensvertrages eintreffen. Auch sollte die 15443 Tatsache seiner Entsendung vorläufig streng geheimgehalten werden. Jagow befürchtete, daß ihr Bekanntwerden Deutschland den Vorwurf der Parteinahme zuziehen und ihm politische Schwierigkeiten bereiten könnte.

Am 20. September wurde nach langen Verhandlungen ein Abschluß über die Frage der deutschen Militär-Reorganisations-Kom- 15444 mission erzielt. General v. Liman sollte direkter Vorgesetzter aller deutschen Offiziere in türkischen Diensten werden und erhielt das Recht, überall Besichtigungen vorzunehmen. Das ganze Militärerziehungs-

und Bildungswesen wurde ihm unmittelbar unterstellt. Als Mitglied des Obersten Kriegsrates erhielt er einen vertragsmäßig festgelegten Einfluß auf die Beförderung der türkischen Offiziere. Der Vertrag lief auf fünf Jahre.

Anfangs November trat plötzlich Rußland auf den Plan. Die über diese spannende Phase der Vorkriegsgeschichte zahlreich vorliegenden Akten machen es wahrscheinlich, daß eine persönliche Gereiztheit Sasonows den eigentlichen Grund für die schweren Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Rußland gebildet hat. Sasonow war am 22. Oktober in Berlin gewesen [1]), war damals vom Kaiser empfangen worden und hatte sich mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg über die Gesamtheit der schwebenden außenpolitischen Probleme ausgesprochen. Dabei war die Tatsache einer beabsichtigten Entsendung (15431, 15432) des Generals Liman v. Sanders mit keinem Wort erwähnt worden. Wohl aber hatte Kaiser Wilhelm II. dem Zaren, als dieser anläßlich der Hochzeitsfeierlichkeiten im Mai 1913 gemeinsam mit dem Könige von England (15451) in Berlin weilte, gesagt, daß die Türkei um einen preußischen General gebeten habe, und daß ein solcher entsandt werden sollte. Der Zar hatte nichts dagegen einzuwenden gehabt und in Gegenwart des Königs von England die Entsendung ganz natürlich gefunden. Offenbar (15461) hat sich Sasonow persönlich gerade über die Tatsache erregt, daß der Zar über eine Kenntnis verfügte, die ihm, dem leitenden Minister der Außenpolitik, abging.

Die Dinge entwickelten sich in Petersburg wie folgt: Am 7. November ließ der Ministergehilfe Neratow den deutschen Geschäftsträger (15445) v. Lucius zu sich bitten und beklagte sich über die beabsichtigte Entsendung der deutschen Militärmission. Rußland müsse diese Maßnahme als gegen sich gerichtet auffassen. Wenn der damals in Livadia beim Zaren weilende Sasonow diese Nachricht erhalte, werde sie ihn stark verstimmen. Lucius erhielt nunmehr Weisung, Neratow seine „unverständliche (15446) Nervosität“ auszureden, was ihm aber nur zum Teil gelang. Neratow erwiderte, es könne Rußland nicht gleichgültig sein, (15447) wenn etwa die Dardanellen stark befestigt würden und weittragende Geschütze das Schwarze Meer zu bestreichen vermöchten. „Derartige Befestigungen auf Ratschlag deutscher Offiziere aufgeführt, könnten doch bloß gegen Rußland gerichtet sein.“

Als Sasonow am 17. November von Livadia zurückkehrte, ließ er den deutschen Geschäftsträger zu sich bitten und sprach sich über die geplante Militärmission sehr besorgt aus. Es handele sich hierbei nicht (15448) um eine militärische, sondern um eine politische Frage von hoher Bedeutung. Deutschland möge doch davon absehen, dem deutschen General Truppenteile in Konstantinopel unterstellen zu lassen. Nach Ansicht des deutschen Militärattachés, Majors v. Strempel, waren die russischen (15449)

---

[1]) Vgl. o. S. 112 u. 167/168.

Besorgnisse ganz unbegründet, zumal ein englischer Admiral die Flotte befehligte und der französische General Bauman mit seinem Gendarmerienetz gleichfalls einen großen Einfluß besaß.

Vom 17. bis 20. November weilte auf der Rückreise von Paris der russische Ministerpräsident Kokowzow in Berlin, wo er vom Kaiser empfangen wurde und mit dem Reichskanzler eingehend sprach. Der 15450 Reichskanzler benutzte die Gelegenheit, beruhigend einzuwirken. Zutreffend sagte er ihm, die Türkei habe sich schon zu Anfang des Sommers mit der Bitte um eine Militärmission nach Berlin gewendet; da politische Bedenken nicht vorgelegen hätten, habe er die Erfüllung der Bitte zugesagt, und die weitere Angelegenheit sei lediglich von den militärischen Stellen bearbeitet worden. Sie habe ihm während des Besuches des Herrn Sasonow [1]) gar nicht mehr vorgeschwebt, und er habe deshalb mit ihm auch nicht davon gesprochen. Der Gedanke, Rußland könne an dieser Militärmission Anstoß nehmen, sei ihm nie gekommen. Kokowzow erwiderte, er bedauere nur, daß die Angelegenheit nicht mit Sasonow besprochen worden sei, damit wäre sie sofort abgetan gewesen.

Die russische Verstimmung erreichte dadurch einen hohen Grad, daß man deutscherseits nicht ohne weiteres auf die in Petersburg geäußerten Wünsche, dem General seinen Wohnsitz in Adrianopel statt 15452 in Konstantinopel anzuweisen oder in anderer Weise seinen Einfluß 15453 herabzumindern, einzugehen vermochte. Insonderheit wünschten die Russen, daß der General nicht über eine Kommandogewalt verfügen 15454 solle. Hierauf konnte man in Berlin nicht eingehen, zumal die Unterzeichnung und der Austausch des Vertrages zwischen General Liman v. Sanders und der türkischen Regierung schon am 27. November statt- 15455 fand. Deutschland kam aber den russischen Wünschen dadurch entgegen, daß General v. Liman beauftragt werden sollte, an Ort und Stelle zu prüfen, ob eine Verlegung des Amtssitzes ohne Gefährdung der Re- 15457 formtätigkeit tunlich sei. Nun aber bat Sasonow dringend darum, die Frage der Residenz des Generals nicht diesem selbst zu überlassen.

Leider nahmen die russisch-deutschen Auseinandersetzungen über die Frage der Militärmission sehr bald einen hochpolitischen Charakter an, da französische Blätter, an ihrer Spitze der „Temps“, andeuteten, der Ministerpräsident Kokowzow habe gegen die deutsche Militärmission gelegentlich seines Berliner Besuches auch beim Kaiser persönlich Einspruch erhoben. Man wünschte in Berlin unter allen Umständen 15459-15480 den Eindruck des Zurückweichens vor Rußland zu vermeiden, und bemühte sich deshalb in London darum, daß nicht etwa auch England den 15462 15472 russischen Standpunkt vertreten möchte. Auch Rußland bemühte sich, 15476 Grey zu gewinnen. Da dieser seiner Politik gemäß einen Bruch mit Rußland zu vermeiden wünschte, entschloß er sich, den englischen Bot-

---

[1]) Siehe o. S. 167/168.

schafter an einem gemeinsamen Schritt der Ententemächte bei der Pforte mit teilnehmen zu lassen.

Am 13. Dezember erfolgte dieser Schritt. Die Botschafter Rußlands, Frankreichs und Großbritanniens fanden sich gleichzeitig bei der Pforte ein. Botschafter v. Giers verlas eine Reihe von Fragen, die von den anderen Botschaftern wiederholt wurden. Die beiden wesentlichsten Fragen waren, ob die Unabhängigkeit des türkischen Reiches in dem Kontrakt der deutschen Offiziere sichergestellt sei, und ob die neue Militärmission den gegenwärtigen Zustand an den Dardanellen beeinträchtige. Der Großwesir erwiderte, es sei Sache der Türkei, ihre Unabhängigkeit zu wahren und lehnte es ausdrücklich ab, die ihm gestellten Fragen amtlich zu beantworten. Ebenso verweigerte er die von den Botschaftern geforderte Einsichtnahme in den mit der deutschen Militärmission abgeschlossenen Vertrag. 15481

Die Tatsache, daß der englische Botschafter an diesem Schritt mit teilgenommen hatte, machte in Berlin einen peinlichen Eindruck. Fürst Lichnowsky sollte zu erreichen versuchen, daß es „bei der jetzigen, einstweilen lediglich informatorischen Demarche der Entente“ verbleibe. In seiner Reichstagsrede vom 9. Dezember gedachte der Reichskanzler mit besonderer Betonung der „Gleichartigkeit in dem Grundgedanken der deutschen und englischen Politik rücksichtlich der weiteren Entwicklung der Türkei“. 15485

General Liman v. Sanders, der am 14. Dezember 1913 in Konstantinopel eintraf, fand also eine ungewöhnlich schwierige Lage vor. Wangenheim suchte auf ihn sofort in dem Sinne eines gewissen Entgegenkommens einzuwirken. Staatssekretär v. Jagow verabredete mit dem Botschafter Frhr. v. Wangenheim, wie die heikle Frage durch ein das deutsche Prestige wahrendes Auskunftsmittel beigelegt werden könnte. Wangenheim hatte, wie er am 17. Dezember an Jagow schrieb, „volles Verständnis für die russische Aufregung über die deutsche Militärmission“. Er wünschte nun zu erreichen, daß General Liman an die Spitze einer Armee-Inspektion gestellt würde. Daraus ergab sich eine Hebung der Limanschen Stellung, ohne daß ein Rückzug vor Rußland notwendig wurde. Aus dem russischen Verhalten folgerte Wangenheim, daß Rußland sich nicht stark genug fühle, die Hauptfrage, d. h. die Aufteilung der Türkei, anzuschneiden, und daß es kein Vertrauen auf die Unterstützung durch seine Verbündeten besitze. „Wenn Rußland entschlossen wäre, ganze Arbeit zu machen, so hätte es dazu bereits die Armenierfrage oder irgendeine Gelegenheit während des Balkankrieges ausgenutzt. Daraus schließe ich, daß Rußland auch dieses Mal sich zuguterletzt beruhigen, und daß die Kooperation seiner Verbündeten das diplomatische Terrain nicht verlassen wird.“ 15487 15493

Sasonows Wunsch, zur Beruhigung der öffentlichen Meinung Rußlands irgend etwas veröffentlichen zu können, was als ein Entgegenkommen Deutschlands gedeutet werden könnte, konnte mit Rücksicht 15495

auf die Haltung der deutschen Presse nicht erfüllt werden. England 15496 hielt sich beiseite; nach Auffassung des Fürsten Lichnowsky wünschte 15497 Grey, den ihm peinlichen Streit allmählich versumpfen zu lassen.

Ende Dezember 1913 wurde es deutlich, daß die Türkei die wenig 15499 freundliche Haltung der Tripelentente in den Fragen der Inseln und der Anleihe auf die deutsche Militärmission zurückzuführen begann. Man suchte nun in Berlin nach einem Auswege und fand ihn schließlich darin, daß nach eingehenden Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem 15504 russischen Militärattaché in Konstantinopel General v. Liman unter Beibehaltung seines Wohnsitzes in Konstantinopel und unter Einräumung weitgehender Machtbefugnisse als Inspekteur das Kommando über das I. Armeekorps in Konstantinopel wieder abgeben sollte. Damit der 15516 15418 Schein eines Zurückweichens vor den russischen Wünschen vermieden wurde, erhielt General v. Liman am 15. Januar 1914 den Charakter 15521 eines Generals der Kavallerie. Die Pforte ernannte ihn zum Marschall, und damit fiel das von Rußland so beanstandete Kommando über das 15522 Armeekorps von selbst weg. Erleichtert wurde diese Lösung dadurch, daß Anfang Januar 1914 Oberst Enver Bey zum türkischen Kriegs- 15514, 15515 minister ernannt wurde, und daß es für General v. Liman nur schwer möglich gewesen wäre, sich ihm irgendwie zu unterstellen.

Nach Ansicht des Grafen Pourtalès hatten bei der Hetze gegen die deutsche Militärmission in der Türkei von Anfang an russische und aus- 15520 wärtige Kreise ihre Hand im Spiel gehabt, denen es auf Störung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ankam. „Es läßt sich zwar nicht beweisen, aber viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Erregung über die Militärmission von Personen ausgegangen und geschürt worden ist, die während des Aufenthaltes des Kaisers Nikolaus in Livadia auf den Monarchen Einfluß auszuüben Gelegenheit hatten.“ Graf Pourtalès dachte in erster Linie an die dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nahestehenden Kreise. „Ich bin überzeugt, daß die Herren Kokowzow und Sasonow an dem Wunsche, freundliche Beziehungen mit uns zu pflegen, festhalten und diese Wendung aufrichtig bedauern.“ Beide Herren hatten aber die unnötige Aufbauschung dieser Frage zugelassen. Graf Pourtalès hielt daher für die Zukunft eine kühle Zurückhaltung für angezeigt.

Durch das deutsche Entgegenkommen wurde die Spannung zwar 15523 beseitigt, die Abkühlung der Beziehungen aber blieb bestehen. Dabei mußte der Zar zugeben, daß ihm der Plan, eine deutsche Militärmission nach der Türkei zu senden, vom deutschen Kaiser in Berlin 15525 schon im Mai 1913 mitgeteilt worden war. Nach Ansicht des Grafen Pourtalès hatte offenbar Delcassé, der auf Sasonow einen großen persönlichen Einfluß besaß, in deutschfeindlichem Sinne gewirkt.

Kaum war über die Stellung des Generals Liman v. Sanders eine Einigung erzielt, als neue Verstimmungen sich daraus ergaben, daß der deutsche Oberst Nikolai in Skutari das Kommando über eine aktive

Division führte. Der bisherige Kommandeur, Major Bronsart v. Schel- [15526] lendorf, war abberufen und durch den Oberst Nikolai ersetzt worden. Deutscherseits lehnte man aber in dieser Frage alles Entgegenkommen gegen russische Wünsche nachdrücklich ab, zumal das Kommando in [15529] Skutari seit dem Beginn der Tätigkeit der Militärmission ohne Unter- [15530] brechung in den Händen deutscher Offiziere gelegen hatte.

Den Abschluß des 290. Kapitels bildet ein sehr aufschlußreicher Bericht des im April 1914 in Petersburg weilenden Herausgebers der „Grenzboten", G. Cleinow, über eine Unterredung mit Sasonow, die [15531] am 8. April stattfand. Es stellte sich dabei heraus, daß Sasonow sich persönlich hintergangen fühlte. So habe er dem Zaren in Livadia nichts über die Militärmission berichten können. Auch zu dem Könige von Rumänien hat sich Sasonow, als er in Begleitung des Zaren am [15532] 14. Juni in Konstanza weilte [1]), in gleichem Sinne ausgesprochen.

Kapitel 291

Rußland, die Vereinigung Serbiens und Montenegros und die Großserbische Agitation Januar bis Juli 1914

Die Dokumente des 291. Kapitels sind besonders aufschlußreich. Sie vermitteln uns die Kenntnis des Hauptproblems, mit dem die Politik des Dreibundes vor dem Weltkriege belastet war, indem sie die unlösbaren Gegensätzlichkeiten der österreich-ungarischen und italienischen Politik in grellster Weise zutage treten lassen.

Als im Januar 1914 Kronprinz Alexander von Serbien und in seiner Begleitung Ministerpräsident Paschitsch in Petersburg weilte, um dort an den Tauffeierlichkeiten für den im Januar geborenen Sohn der Prinzessin Helene Konstantinowitsch von Rußland, der Tochter des Königs Peter I. von Serbien, teilzunehmen, fiel es allgemein auf, daß der greise Staatsmann den Kronprinzen begleitete. Offenbar wollte er sich mit den leitenden Kreisen an der Newa über die schwer auf Serbien lastende Lage aussprechen. Den Serben war an einem möglichst engen Anschlusse an Griechenland und Rumänien gelegen; Rumänien aber hatte sich bisher sorgfältig vor jeder vertragsmäßigen Bindung nach irgendeiner Seite gehütet. Vielleicht strebte Paschitsch, wie der deutsche Geschäftsträger in Belgrad, v. Scharfenberg, am 30. Januar 1914 an- [15533] deutete, nach einer Wiederaufrichtung des alten Balkanbundes und infolgedessen nach der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Serbien und Bulgarien. Für Rußland mußte die Idee des alten Balkanbundes sehr sympathisch sein, „weil es in ihm zu jeder Zeit einen

[1]) Siehe u. S. 224/225.

Sturmbock gegen die österreichisch-ungarische Monarchie in Bereitschaft“ hatte oder zu haben glaubte. An eine baldige Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien glaubte Scharfenberg nicht.

Durch alle Schichten der oberen Gesellschaft Rußlands und des russischen Volkes ging damals eine tiefe Erregung wegen der Gestaltung der politischen Verhältnisse im nahen Osten. Wie Botschafter 15534 v. Tschirschky am 11. Februar berichtete, wollte man das Ergebnis des Bukarester Friedens nicht als endgültig annehmen. Die heutigen Grenzen Serbiens seien für dieses unbestreitbar nicht zu ertragen. Es werde sich damit nicht abfinden können und schließlich doch Nordalbanien mit Durazzo als Kriegshafen bekommen müssen.

Wenn Paschitsch auch nach seiner Rückkehr aus Petersburg in 15535 der Presse die Meinung vertreten ließ, Gegenstand und Ziel der Petersburger Verhandlungen seien Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens gewesen, so hatten die Erörterungen doch eine durchaus anti-österreichische und sogar kriegerische Wendung enthalten[1]. Es war auch bereits von der Vereinigung Montenegros mit Serbien gesprochen worden.

Diese Frage beschäftigte das Wiener Kabinett schon seit längerer 15536 Zeit. Schon am 26. Dezember 1912 hatte Sasonow dem serbischen Gesandten Popowitsch gesagt, er hege nach dem großen serbischen Erfolge Vertrauen zur Kraft Serbiens und glaubte, daß Serbien Österreich-Ungarn erschüttern könne. Die Serben sollten das, was sie jetzt erreicht hätten, als eine Etappe betrachten, denn die Zukunft gehöre ihnen; die Hauptsache sei, sich mit Montenegro zu vereinigen[2]. Für die Wiener Politik war es durchaus erforderlich, rechtzeitig zur Klarheit darüber zu gelangen, wie man sich zu der Frage des Zusammenschlusses Serbiens und Montenegros stellen solle. In einem Vor-15536 stoße Serbiens an das Adriatische Meer erblickte man in Wien eine Verschiebung des Gleichgewichtes im Adriatischen Meer, die mithin im Einvernehmen mit Italien behandelt und gelöst werden müsse. Man kam auf den Gedanken, in diesem Falle die damalige Küste Montenegros zu Albanien zu schlagen, alles übrige montenegrinische Land aber Serbien zu überlassen. Albanien werde damit zwar nicht viel, aber dafür fast rein albanische Gegenden mit den Küstenplätzen Dulcigno und Antivari erhalten. „Serbien als slawischem Vorposten Rußlands Zutritt zum Meer zu lassen, müsse nach wie vor verhindert werden“. Auch der Zar hatte am 4. Februar 1913 dem Prinzen Gottfried Hohenlohe erklärt[3], daß Österreich-Ungarn die Vereinigung

---

[1]) Vgl. den Bericht Paschitsch's über seine Audienz beim Zaren vom 2. Februar 1914. (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 114 ff.).

[2]) Telegramm des Gesandten Popowitsch vom 27. Dezember 1912 (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit usw., S. 109).

[3]) Siehe o. S. 26 u. 28/29.

Serbiens und Montenegros niemals zulassen könne. Der Botschafter der Donaumonarchie in Rom, v. Mérey, sollte mit Marquis di San Giuliano über die adriatische Frage in dem Sinne sprechen, daß man sie in Wien nur im Einvernehmen mit Rom zu lösen denke.

In Petersburg brachte der neuernannte Botschafter Graf Szápáryi die Frage der Vereinigung Serbiens und Montenegros gleichfalls warnend zur Sprache. Diese Möglichkeit rufe überall die größte Beunruhigung hervor. Wenn eine solche Vereinigung stattfinde, so würde Österreich nicht stiller Zuschauer bleiben können; das Adriatische Meer bedeute für Österreich-Ungarn dasselbe wie das Schwarze Meer für Rußland. Aus Cetinje berichtete der deutsche Gesandte v. Eckardt, der König sei noch nicht im mindesten geneigt, es zu einer Fusion 15537 zwischen Serbien und Montenegro kommen zu lassen. In Petersburg schien man sie indes zu wünschen, und auch der Zar war bereit, sie zu fördern. Die russische Politik arbeitete damals auf dem Balkan mit großen Geldmitteln, um das während der Balkankriege verlorene 15538 Terrain wiederzugewinnen. Ein guter Teil der montenegrinischen Volksvertreter hielt die Vereinigung mit Serbien für das einzige Mittel, um das noch gänzlich patriarchalische Staatswesen zu einigermaßen modernen Zuständen hinüberzuleiten.

Wenn Österreich-Ungarn fest entschlossen war, Serbien auch nicht auf dem Umwege über Montenegro an die Adria zu lassen, so wurde damit den serbischen Wünschen ein unübersteigbarer Damm entgegengesetzt. Kaiser Wilhelm II. hat das klar erkannt und hielt den Wiener Standpunkt für durchaus gefährlich. Er hielt es auch für ausgeschlossen, die Vereinigung Serbiens mit Montenegro auf die Dauer zu verhindern. Zu einem Berichte des Gesandten Frhr. v. Griesinger vom 11. März 1914 vermerkte er zutreffend: „Die Vereinigung 15539 ist absolut nicht zu verhindern; und wenn Wien das versuchen sollte, so macht es eine große Dummheit und beschwört die Gefahr eines Krieges herauf mit den Slawen, der uns ganz kalt lassen würde."

Während seines Aufenthalts in Korfu erhielt der Kaiser weitere Nachrichten, die ihn beunruhigten. Danach sollte der König von Montenegro beabsichtigen, sein Land an Serbien zu verkaufen. Dem 15540 Reichskanzler teilte der Monarch am 5. April mit, was er in Korfu — aber nicht vom Könige von Griechenland — erfahren habe. „Rußland weiß genau, daß Österreich eine Fusion zwischen Serbien und 15541 Montenegro nicht dulden zu können erklärt und sie hindern werde, damit nicht durch Serbiens Erreichen der Meeresküste Rußland in die Lage kommen könne, einen Hafen an der Adria zu erhalten. Da nun durch Österreichs Haltung der ‚politische' Weg zu einer Fusion ungangbar geworden ist, scheint man auf eine andere Lösung verfallen zu sein. Vermutlich von Herrn von Hartwig stammend wird jetzt der Plan ventiliert, daß der König Nikita sein Land an Serbien h e i m l i c h v e r k a u f e n soll, Rußland würde eventuell die Summe

vorschießen und damit auch ein Anrecht auf eine Kompensation an der Küste erhalten. Das soll alles heimlich gemacht werden, damit Österreich-Italien nicht gleich etwas davon erfahren. Kommt es später heraus und Österreich wollte dann dagegen Front machen und die Serben zur Rechenschaft ziehen, so würde Rußland umgehend Serbien beispringen, und der Weltkrieg sei da."

Der Kaiser wünschte, daß die ihm zugegangene Nachricht von einem heimlichen Verkaufe Montenegros an Serbien unter den gebotenen Vorsichtsmaßregeln in Wien und vielleicht auch in Rom mitgeteilt werde. Zwar hätten Kaiser Franz Joseph und Graf Berchtold die Vereinigung Montenegros mit Serbien als unannehmbar bezeichnet; man müsse sich aber in Wien mit der Frage nunmehr ernstlich befassen und sich klar darüber werden, ob man unter allen Umständen auf diesem Standpunkt verharren oder den Standpunkt des Grafen Tisza annehmen wollte, wonach der nicht zu verhindernde Zusammenschluß in engem Einvernehmen mit Italien dadurch unschädlich gemacht werden sollte, daß das montenegrinische Küstenland an Albanien gegeben würde. „Ersteres sei nur dann möglich, wenn man absolut fest entschlossen sei, auch mit Waffengewalt die geplante Vereinigung zu hindern. Keinenfalls dürfe Österreich wiederum sein Prestige aufs Spiel setzen und auch nach außen hin Dinge als inakzeptabel bezeichnen, die man sich schließlich gefallen lassen werde. Schließe man sich der vernünftigen Ansicht Herrn Tiszas an, so werde sich ohne weiteres für die österreichische Politik die Möglichkeit ergeben, den veränderten Verhältnissen in dem Sinne Rechnung zu tragen, die wir seit Jahren predigten. Ein für Serbien verlockender modus vivendi mit der Doppelmonarchie müsse gefunden werden[1]. Er sei gewiß heute teurer als zu der Zeit, wo wir diese Ansicht zuerst vertraten, er würde aber unerschwinglich werden, wenn Österreich dabei beharre, diesen einzig richtigen Weg als ungangbar zu bezeichnen."

Bethmann Hollweg glaubte nicht an ernstliche Verkaufsabsichten des Königs Nikita, hielt es aber für empfehlenswert, die Möglichkeit einer zukünftigen Vereinigung der beiden Länder ins Auge zu fassen und die Entschließungen des Dreibundes für diesen Fall vorzubereiten. Wörtlich telegraphierte er an den Botschafter v. Tschirschky am 6. April: „Die von Seiner Majestät in dieser Hinsicht angedeuteten Richtlinien für die Politik Österreich-Ungarns stellen zweifellos das erstrebenswerte Ziel auch für die beiden anderen Dreibundmächte dar. Ob indes am Ballplatze dafür Verständnis vorhanden sein wird, muß leider dahingestellt bleiben. Unsere Aufgabe wird zunächst darin bestehen, in geeigneter unauffälliger Weise dahin zu wirken, daß das Wiener Kabinett sich nicht vorzeitig bereits in entgegengesetztem Sinne festlegt."

---

[1]) Vom Verfasser des Wegweisers hervorgehoben.

Der deutsche Gesandte in Cetinje hielt die Nachricht vom heimlichen Verkauf Montenegros an Serbien für eine böswillige Erfindung von Intriganten, die den König kompromittieren wollten. Gleichwohl telegraphierte der Kanzler an den Kaiser, Deutschland müsse tunlichst rechtzeitig darauf hinwirken, daß Wien die Angelegenheit nicht zu einer Prestigefrage aufbausche.

Marquis di San Giuliano zeigte sich durch die montenegrinischen Nachrichten stark beunruhigt. Auch nach seiner Ansicht konnte die Vereinigung der beiden Länder dauernd gewaltsam nicht verhindert werden. Beharrte Österreich bei seiner Weigerung, die Serben ans Meer zu lassen, so bliebe nichts anderes übrig, als den Küstenstrich Montenegros an Albanien zu geben. Hierdurch aber würden italienische Interessen erheblich berührt. „Denn unter keinen Umständen könnte Italien die dann entstehende geographische Berührung Albaniens mit Österreich zugeben. Sie würde ein Überwiegen des österreichischen Einflusses auf Albanien anbahnen, das Italien nicht ertragen könne". Erhebe Österreich Ansprüche auf den Berg Lovcen, so würde die schlimmste Krise für den Dreibund entstehen. Der österreichische Besitz dieses Berges würde das maritime Gleichgewicht an der Adria derart zugunsten Österreichs verschieben, daß Italien unter keinen Umständen dieser Veränderung ruhig zusehen könne; selbst die stärkste Regierung Italiens könne dann nicht an der österreichischen Seite bleiben, sie werde dann vielmehr gezwungen sein, bei Rußland oder anderen Mächten Hilfe zu suchen. Der Botschafter v. Flotow hatte den Minister kaum zu beruhigen vermocht. Letzterer beschäftigte sich weniger mit der europäischen Seite der Frage als mit den sich daraus für das italienisch-österreichische Verhältnis ergebenden Schwierigkeiten. Die politische Leitung Österreichs kritisierte er scharf.

15542

15543

Kaiser Wilhelm II. war durch die Haltung des Grafen Berchtold so beunruhigt, daß er die Rückreise des bei ihm in Korfu weilenden Reichskanzlers über Wien wünschte, damit er sich dort mit dem Thronfolger und dem Grafen Berchtold auszusprechen vermöge. Kaiser Franz Joseph war gerade damals — am 21. April — an einer Lungenentzündung erkrankt, die anfangs besorgniserregend schien. Bethmann Hollweg setzte sich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung. Staatssekretär v. Jagow fand an sich eine Aussprache mit dem Grafen Berchtold nützlich, hielt es aber nicht für gut, wenn gerade damals allzu häufige Zusammenkünfte der Dreibundleiter stattfanden.

15544

15545

Ein Bericht des Botschafters v. Tschirschky vom 23. April kennzeichnet die ganze Größe der aus dem österreichisch-serbischen Gegensatz erwachsenden Gefahr. Tschirschky hatte den Auftrag erhalten, die Nachricht von einem beabsichtigten Verkaufe Montenegros, wobei Rußland eventuell die Summe vorschießen und damit auch ein Anrecht auf eine Kompensation an der Küste erhalten solle, in Wien streng vertraulich zu verwerten. Er hatte dies getan und dem

15546

Grafen Berchtold nachdrücklich erklärt, es sei für den Dreibund unerläßlich, sich über die gegenüber den etwaigen serbisch-montenegrinischen Plänen zu befolgende Politik rechtzeitig klar zu werden. Österreich-Ungarn müsse sein Programm im voraus genau festlegen, es aber „auf die unbedingten Lebensinteressen der Monarchie beschränken, die dann allerdings mit allen Mitteln zu verteidigen sein würden". Graf Berchtold erklärte daraufhin, der Kaiser, er und ebenso auch Graf Tisza seien fest von der Notwendigkeit überzeugt, ein Vordringen Serbiens an die Adria und damit die völlige Umklammerung der Monarchie auch im Südosten durch einen feindlichen slawischen Staat „im vitalen Interesse Österreich-Ungarns wie in demjenigen des Dreibundes" unter allen Umständen verhindern zu müssen. Er habe deshalb den Gedanken, die Vereinigung des größten Teiles von Montenegro mit Serbien zwar zuzulassen, das Küstengebiet aber Albanien zuzuweisen. Tschirschky fragte den Minister, ob er glaube, daß Serbien — mit Rußland im Hintergrunde — sich ein zweites Mal, ohne zu den Waffen zu greifen, vom Meere abdrängen lassen würde. Der Graf erwiderte, Rußland habe so oft erklärt, es könne und wolle für serbische Interessen nicht eintreten, daß er nunmehr annehme, Serbien werde — auf sich allein angewiesen — es nicht zum äußersten kommen lassen. Tschirschky wies auch darauf hin, daß man in Rom wahrscheinlich ein Angrenzen der Donaumonarchie an Albanien kaum dulden würde. Graf Berchtold lehnte diesen Anspruch als „geradezu kindisch" ab. Aus der ganzen Unterredung gewann Tschirschky den Eindruck, daß man sich in Wien nur über den Grundsatz, Serbien von der Adria fernzuhalten, nicht aber über das weiter einzuschlagende Verfahren und dessen etwaige Konsequenzen im Klaren sei. Er wollte deshalb bei erster Gelegenheit mit dem Grafen Berchtold weiter darüber verhandeln. „Was die Frage eines für beide Teile annehmbaren modus vivendi zwischen Österreich-Ungarn und Serbien anlangt, durch den die serbischen Aspirationen auf die serbischen Provinzen der Monarchie dauernd und legal beseitigt werden müßten, so glaube ich, daß wir eine solche Kombination nicht in unsere Politik einsetzen können. Man hält einen solchen hier, wie ich schon wiederholt zu berichten die Ehre hatte, für nicht erreichbar." Danach blieb also die tödliche Gefahr des serbisch-österreichischen Gegensatzes und zwar infolge der grundsätzlichen Haltung des Wiener Kabinetts bestehen.

In Berlin versuchte man nunmehr, zwischen Wien und Rom zu vermitteln. Jagow glaubte in einem Schreiben an den Botschafter v. Flotow 15547 vom 28. April zugeben zu müssen, daß tatsächlich wichtige Interessen der Donaumonarchie durch die Entstehung eines bis zum Meer reichenden großslawischen Staates im Süden bedroht würden. Dieser Auffassung habe Österreich in der letzten Balkankrisis bereits Geltung verschafft; die gemeinsam mit Italien durchgesetzte Schaffung des Fürstentums Albanien und die Gewährung eines nur wirtschaftlichen

Zuganges zum Meere für die Serben habe diesen Zweck verfolgt. Nun sei es auf das Dringendste zu wünschen, daß sich der albanische Staat als lebensfähig erweise. Wolle Österreich sich südwärts an der adriatischen Küste weiter ausdehnen und den strategisch wichtigen Lovcen in Besitz nehmen, so sei das eine Gefahr für Italien. Letzteres brauchte aber einer Angrenzung Albaniens an die Donaumonarchie nicht grundsätzlich zu widerstreben. Gerade diese Angrenzung schien ihm unter gewissen Voraussetzungen die einzige Möglichkeit zu bilden, den österreichischen Interessen gerecht zu werden, ohne die italienischen zu verletzen. Flotow sollte mit dem italienischen Minister unverbindlich darüber sprechen und festzustellen versuchen, wie der Marquis sich die Lösung des montenegrinischen Problems denke. „Es muß möglichst verhütet werden, daß, wenn dasselbe über kurz oder lang aktuell werden sollte, daraus Anlaß zu Konflikten zwischen unseren Bundesgenossen entsteht."

Zu einer näheren Aussprache zwischen den Leitern der österreichischen und italienischen Politik war vom 14. bis 18. April 1914 Gelegenheit gewesen, als beide in Abbazia[1]) weilten. Dort hatte es aber Graf Berchtold vermieden, über die Frage der Vereinigung von Serbien und Montenegro mit dem Marquis di San Giuliano zu sprechen, da er eine Einigung mit Italien hierüber für nicht erreichbar hielt. Die österreichische Diplomatie war damals der Auffassung, daß 15548 unter keinen Umständen noch einmal ein großes Interesse der österreich-ungarischen Monarchie gefährdet werden dürfe; es sei unvermeidlich, daß man dabei mit Italien in Konflikt gerate; das müsse überwunden werden; in Italien werde man eine Zeitlang schmollen und sich dann wieder beruhigen. Der Erwerb des Lovcen für Österreich müsse unbedingt gefordert werden, und keinesfalls dürfe Serbien an das Meer gelangen.

In diesem Sinne sprach sich der österreich-ungarische Botschafter v. Mérey zu seinem deutschen Kollegen aus. Flotow betonte in einem Gespräche mit Mérey am 4. Mai 1914 nachdrücklich, daß ihm diese 15548 Behandlung des Bundesverhältnisses zu Italien außerordentlich bedenklich scheine. Österreich habe die Pflicht, einen Weg zur Verständigung mit Italien in dieser Frage zu suchen. „Einmal sei eine Zuteilung des montenegrinischen Küstenstriches an Albanien möglich. Dagegen sträube Italien sich heute, es könne sich aber schließlich damit abfinden, wenn nur der Lovcen nicht österreichisch würde. Ein anderer Weg sei, wenn nur die österreichische Regierung eine hinreichende Initiative entfalte, Montenegro durch wirtschaftliche Unterstützung an sich zu ziehen und damit den Vereinigungsbestrebungen das Wasser abzugraben. Jedenfalls hielte ich es auch im Dreibundsinteresse für unzulässig, Italien ohne weiteres in die russisch-französischen Arme zu

---

[1]) Siehe u. S. 214. Vgl. auch die synchronistische Zusammenstellung.

treiben, die sich sehr leicht öffnen könnten. Deutschland habe jedenfalls ein wichtiges eigenes Interesse, Italien in seiner Stellung an der östlichen Flanke Frankreichs nicht aus der Bundesgenossenschaft gedrängt zu sehen, nachdem die österreichische Politik Rumänien bereits in eine nicht mehr unbedingt sichere Stellung getrieben hätte." Flotow empfahl in Berlin, in Wien rechtzeitig darauf hinzuweisen, „daß die Bundesgenossenschaft Italiens nicht nur für Österreich, sondern auch für uns einen selbständigen Wert hat, den wir ohne weiteres nicht preiszugeben wünschen".

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg schien die Gefahr der österreichischen Haltung nunmehr erkannt zu haben. „Ich halte eine klare Aussprache in Wien für dringend erforderlich", schrieb er am 15549 8. Mai an den Staatssekretär v. Jagow. „Wien beginnt sich in seiner gesamten Politik etwas stark von uns zu emanzipieren und muß meo voto rechtzeitig am Zügel gehalten werden". Botschafter v. Tschirschky wurde am gleichen Tage auf den Bericht Flotows vom 15550 4. Mai hingewiesen. Bethmann fügte hinzu, daß durch eine derartige Krise im Dreibunde auch Deutschland in ernste Mitleidenschaft gezogen werde. Um der Erhaltung des Dreibundes willen müßten wir darauf dringen, daß zwischen unseren Bundesgenossen eine Verständigung über die drohende montenegrinische Frage herbeigeführt werde. „Ob es gelingen wird, Montenegro g e g e n den politischen und finanziellen Einfluß Rußlands dauernd zu Österreich hinüberzuziehen, mag allerdings fraglich erscheinen. Der österreichischen Politik pflegt es leider auch für solche Aufgaben an der nötigen Geschmeidigkeit zu fehlen. Jedenfalls müßte für den Fall, daß derartige Versuche scheitern sollten, eine vorherige Verständigung zwischen den Kabinetten von Wien und Rom über die Frage territorialer Veränderungen an der Adria erzielt werden. Der Ausbruch eines Konflikts zwischen Österreich und Italien — bei dem auch Serbien gegen die Donaumonarchie stände —, würde für Rußland zweifellos Anlaß zum Eingreifen bieten; wir würden vor die Frage gestellt, zwischen unseren Alliierten optieren zu müssen oder bei passiver Haltung Österreich-Ungarn einem Angriff von zwei Seiten preiszugeben. Es würde das einen völligen Zusammenbruch des Dreibundes und unseres bisherigen politischen Systems bedeuten." Tschirschky sollte den Grafen Berchtold darauf hinweisen, daß eine Verständigung mit Italien auch für Deutschlands Interessen unerläßlich erscheine.

Im Mai 1914 weilte der italienische Botschafter in Berlin Bollati 15551 auf Urlaub in Rom. Ihm gegenüber äußerte sich Marquis di San Giuliano ziemlich pessimistisch über die Lage und betonte, daß es fast unmöglich sein werde, in der montenegrinischen Frage eine Einigung mit Österreich zu finden. Albanien dürfe nicht an Österreich stoßen, und keine italienische Regierung könne österreichische Ansprüche auf den Lovcen zugestehen. Serbien aber werde unter allen Umständen das

an das Meer angrenzende montenegrinische Gebiet beanspruchen und dafür sogar unbedingt Krieg führen. Flotow beurteilte die Lage gleichfalls ernst. Er berichtete am 12. Mai, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern seien nicht ganz unbedenklich, die Demonstrationen und Hetzereien aus Anlaß der Vorgänge in den Grenzgebieten hörten nicht auf, und so werde allmählich eine unerfreuliche Atmosphäre geschaffen. Gegen den Leiter der italienischen Außenpolitik erhebe die Presse Angriffe wegen seiner austrophilen Haltung. Kaiser Wilhelm II. trat Flotows Ansichten bei. Er hielt es für die Hauptsache, daß Italien und Österreich sich verständigten: es müsse eingesehen werden, daß Serbien und Montenegro schließlich doch zusammen kommen würden. 15551

Ein Bericht des österreich-ungarischen Militärattachés in Belgrad, Majors Gellinek, vom 20. April, der dem Kaiser vorgelegt wurde, zeigte deutlich den gewaltigen Umfang der großserbischen Propaganda. Fast in der gesamten serbischen Presse wurde der heiße Wunsch nach der Vereinigung mit den Südslawen immer wieder betont. Nach Gellineks Ansicht betätigten sich die österreichischen Serben, Kroaten und Slowenen politisch überhaupt mit nichts anderem, „als sehnsüchtig über die serbische Grenze zu blicken und die serbischen Befreier herbeizuwünschen. Diese hier allgemein, selbst in den gebildeten Kreisen verbreitete Ansicht muß als ein Faktor betrachtet werden, der Serbien leicht zu einer Abenteuerpolitik gegenüber der Monarchie verleiten könnte.“ 15552

Offenbar mit unter der Einwirkung der Berliner Vorstellungen schien Italien die Initiative zu einer Vereinbarung mit Österreich-Ungarn für den Fall einer Fusion Serbiens mit Montenegro ergreifen zu wollen. Herzog von Avarna sollte in Wien die Besprechungen aufnehmen. Es blieb aber einstweilen bei der Absicht. 15553

Die Mordtat von Serajewo am 28. Juni bot für Tschirschky den Anlaß, anfangs Juli den Grafen Berchtold zu fragen, ob er mit Rom in dieser Angelegenheit seit Abbazia in Verbindung getreten sei. Der Pariser „Figaro“ hatte nämlich am 1. Juli die Nachricht gebracht, Serbien und Montenegro würden ihre Vereinigung demnächst proklamieren, und nur die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin habe eine Verzögerung bewirkt. Die Verhandlungen hierüber seien unter der ermunternden Ägide Rußlands geführt worden. Wenn auch die Nachrichten des „Figaro“ kaum glaubwürdig erschienen, so hielt es Tschirschky, wie er dem Grafen Berchtold sagte, doch für geboten, die unerläßliche Verständigung mit Italien nicht so lange hinauszuschieben, bis es eines Tages zu spät sei. Graf Berchtold erwiderte, er habe noch keine Gelegenheit gehabt, seit Abbazia[1]) mit Rom über diese Frage zu verhandeln. 15554

Auch in Wien waren, wie der Herzog von Avarna zu Tschirschky

---

[1]) Siehe u. S. 214.

sagte, die Besprechungen nicht weiter gekommen. Die Schwierigkeiten der albanischen Frage [1]) hätten alles andere in den Hintergrund treten lassen.

Ein Aufsatz einer österreichischen Militärzeitschrift über die serbisch-montenegrinische Vereinigung und die Bedeutung des Lovcen veranlaßte die italienische Presse zur erneuten Erörterung dieser Frage. Botschafter v. Flotow benutzte diese Gelegenheit, um in Italien wieder auf eine rechtzeitige Verständigung mit Österreich hinzuweisen. Marquis di San Giuliano erkannte den ganzen Ernst dieser Frage an, hielt aber eine wirkliche Verständigung zur Zeit nicht für möglich und meinte, es sei besser, „diese Unmöglichkeit heute nicht zu konstatieren, da eine derartige Feststellung die ernstesten Konsequenzen haben könne. Es sei schon besser, die Ereignisse abzuwarten und zu sehen, was seinerzeit zu tun sei. Er glaube nicht, daß zu Lebzeiten des Königs Nikolaus eine völlige Vereinigung der beiden Länder eintreten werde. Er hoffe, die Vereinigung werde so allmählich und gradatim vor sich gehen, daß Österreich, wie so häufig, den rechten Augenblick zum Eingreifen nicht finden werde. Zu hindern sei die Vereinigung auf die Dauer nicht.“ Als Flotow andeutete, weite österreichische Kreise sähen den Erwerb des Lovcen für Österreich als ein vitales österreichisches Interesse an, geriet Giuliano in die größte Erregung und sagte, „daß wir keinen Augenblick darüber im Zweifel sein dürften, daß ein solches Vorgehen Österreichs nicht nur das Ende des Dreibundes, sondern den italienischen Krieg mit Österreich bedeuten würde. Dieser Krieg würde mit allen Mitteln, mit der Revolutionierung Österreichs und mit Hilfe der Serben und Russen geführt werden.“ Flotow erklärte sich diese auffallende Erregung durch den in letzter Zeit besonders häufigen Verkehr des Ministers mit dem russischen Botschafter in Rom. Letzterer hatte Flotow auch einmal gefragt, ob er denn ernstlich glaube, daß die italienischen Bundesgenossen im Kriegsfalle wirklich mit Deutschland marschieren würden.

Als einzige Möglichkeit, den Übergang des Lovcen an Österreich der italienischen Mentalität annehmbar zu machen, nannte der Marquis eine österreichische Gebietszession im Trentino an Italien. Als Flotow darauf hinwies, wie schwierig es nach allen Vorgängen der Geschichte für den alten österreichischen Kaiserstaat sein würde, den Weg einer Gebietsabtretung an Italien zu beschreiten, erwiderte der Minister, dann sehe er keine friedliche Lösung dieser Frage. Flotow berichtete: „Man wird also nicht die Augen davor verschließen dürfen, daß man hier vor einer ernsten Frage steht, die zum mindesten den Dreibund erschüttern, vielleicht sogar zu einer europäischen Konflagration führen kann.“ Nunmehr bot Flotow seinen ganzen Einfluß auf, um den italienischen

15555

[1]) Vgl. Band 36, 2. Hälfte, Kapitel 282. Siehe o. S. 121ff.

Minister wenigstens zu einer Aussprache mit Österreich vor Eintritt der befürchteten Ereignisse zu veranlassen.

Zeigen so die Dokumente des 291. Kapitels die ganze innere Brüchigkeit des Bundesverhältnisses zwischen Italien und Österreich-Ungarn, so vermittelt der abschließende Bericht des Gesandten in Belgrad, Frhr. v. Griesinger, vom 6. Juli 1914 einen Einblick in den 15556 Umfang und die Bedeutung der serbischen Geheimorganisationen. Seit 1908, wo Serbien sich gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina wild aufbäumte, hatte die großserbische Propaganda immer mehr an Umfang und Tiefe gewonnen. Die Idee der Narodna Odbrana (wörtlich „Volkswehr") trat in Erscheinung. „Sie war gedacht als ein patriotisch-nationalistischer Geheimbund, der nicht bloß das Königreich Serbien, sondern sämtliche Länder mit serbischen Bevölkerungselementen umfassen sollte, und bestimmt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Stammeseinheit zu entwickeln und zu kräftigen und auf dem so vorbereiteten Boden an der realen Durchführung dieser Vereinigung mit allen Mitteln zu arbeiten. Das Schlagwort lautete: ‚Arbeit an der Befreiung der unterjochten Brüder!'" Vertrauensmänner des Bundes wurden ebenso wie für das Innere Serbiens so auch für Südungarn, Bosnien und die Herzegowina, Dalmatien, Altserbien und Mazedonien bestellt; die Hauptarbeit galt der Gewinnung der Jugend, ferner der Entwicklung des Bandenwesens in der Türkei durch Vermehrung und bessere Ausrüstung der Komitatschis. Die Narodna Odbrana speiste sich hauptsächlich aus freiwilligen Massenbeiträgen des Publikums.

Der Staat selbst beschränkte sich nach Griesingers Urteil keineswegs auf die Rolle eines passiven Zuschauers. Die Anschaffung von Flinten für Schüler, von Revolvern für Freischärler sei notorisch vom Staate erfolgt. Griesinger schloß seinen Bericht: „Mag daher die serbische Regierung noch so sehr ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die in Serajewo begangene Bluttat kundgeben, mag sie noch so sehr ihre Unschuld beteuern und darauf hinweisen, wie sinn- und zwecklos dieses Verbrechen sei, und wie es der Sache des Serbentums viel eher geschadet als genützt habe, eines kann sie nicht ableugnen: Sie hat die Atmosphäre geschaffen, in der solche Explosionen des blinden Fanatismus allein möglich sind. In ihrem Lande und unter den Augen ihrer Behörden sind die Elemente großgezogen worden, die Serbien vor der ganzen gesitteten Welt bloßgestellt und auf eine Stufe wieder herabgedrückt haben wie der verabscheuungswürdige Königsmord des Jahres 1903."



Das Nahen des Weltkrieges
1912—1914

Der neununddreißigste Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 39. Bandes

Kapitel 292[1])

Englisch-Deutsche Flottenpolitik vor dem Weltkriege
Der Englische Vorschlag des Naval Holiday
Dezember 1912 bis Juli 1914

Auf die Marinepolitik Englands und Deutschlands haben die Balkankriege einen besonderen Einfluß nicht ausgeübt. Seit Sommer 1912 ging England, das im Herbst 1911 in Aussicht genommen hatte, auf Grund seiner marinepolitischen Verständigung mit Frankreich seine Mittelmeerflotte zu verringern, darauf aus, sein auf Gibraltar gestütztes 4. Geschwader von vier auf acht Linienschiffe zu bringen und den Flottenstützpunkt in Malta noch mehr auszubauen. Beim Ausbruch des Ersten Balkankrieges wurden die bisherigen alten Schiffe des 4. Geschwaders — Duncan-Klasse — durch eine doppelte Anzahl von Schiffen der King-Edward-Klasse ersetzt. Deutschland schickte damals [2]) den großen Kreuzer „Goeben“ und den kleinen Kreuzer „Breslau“ nach den türkischen Gewässern, wo sie mit den anderen im Mittelmeer befindlichen deutschen Schiffen zu einer eigenen „Mittelmeerdivision“ unter dem Befehl des Konteradmirals Trummler zusammengefaßt wurden. Der durch einen Bericht Trummlers angeregte Wunsch des Kaisers, die deutsche Mittelmeerdivision zu einer ständigen Einrichtung zu machen [3]), wurde auf Anraten des Großadmirals v. Tirpitz nicht ausgeführt.

Im Dezember 1912 brachte der Premierminister Borden im kanadischen Parlament den Antrag ein, dem Mutterlande drei Kriegs- 15557 schiffe neuester und größter Konstruktion zur Verfügung zu stellen. Wenngleich dieser Antrag im kanadischen Senate schließlich abgelehnt 15573 wurde und der britischen Admiralität der erhoffte billige Gewinn dreier Schlachtschiffe somit entging, so bildete die Nachricht von dem kanadischen Antrage im Dezember 1912 doch den Ausgangspunkt für neue deutsch-englische Erörterungen über die gegenseitige Flottenstärke. Der deutsche Marineattaché in London, Korvettenkapitän v. Müller, berechnete in einem Berichte vom 8. Dezember 1912, daß England seit 15557 Beginn des Dreadnoughtsbaues von 1905 bis 1912 unter Einrechnung der Schlachtschiffkreuzer 4,5 Großkampfschiffe pro Jahr gebaut habe,

[1]) Anschluß an Band 31 des Aktenwerkes, Kapitel 241—243 (Wegweiser Band 5,2; S. 73ff.).
[2]) Siehe o. S. 164.
[3]) Siehe o. S. 164. Dokumente Nr. 15289, 15293.

Deutschland in derselben Zeit 3,4 Großkampfschiffe pro Jahr, wobei zwei Linienschiffe und Kreuzer der Vordreadnoughtsperiode einbezogen waren, um das Jahr 1905 auch für Deutschland als Ausgangspunkt beizubehalten.

Während der kommenden Monate waren der Reichskanzler und das Auswärtige Amt dauernd bestrebt zu verhindern, daß in Deutschland neue Marineforderungen gestellt und mit dem Zuwachse der englischen Flotte durch die Geschenke der Dominions begründet wurden. Eine 15559 scharfe Propaganda dafür setzte schon im Dezember 1912 ein. Wurde ihr freier Lauf gelassen, so konnte das nach Ansicht des Unterstaats- 15558 sekretärs Zimmermann zu einer völligen Schwenkung in der Haltung Englands und damit in der weiteren Folge zum Kriege führen.

Ein telegraphischer Bericht des Reichskanzlers an den zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Luitpold von Bayern in München 15560 weilenden Kaiser vom 18. Dezember wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Botschafter[1]) in London begonnen hätten und ein günstiges Ergebnis erwarten ließen. Bei der ruhigen und sachlichen Haltung Österreich-Ungarns und Italiens könne eine kriegerische Lösung nur durch unnachgiebige Haltung eines von Rußland oder Frankreich aufgestachelten Serbiens herbeigeführt werden. Ein Krieg mit Rußland bedeute für Deutschland auch einen Krieg mit Frankreich. Englands aktives Eingreifen sei aber zum mindesten zweifelhaft, wenn nämlich Rußland und Frankreich direkt als die Provozierenden erschienen. Vermutlich würde England erst nachträglich zugunsten eines niedergeworfenen Frankreichs und wohl nur diplomatisch eintreten. Es sei deshalb gut, wenn Deutschland jede Provokation vermeide, und wenn während der gegenwärtigen Londoner Verhandlungen keine deutschen Pläne von Heer- und Flotten-Vermehrungen bekannt würden; jetzt bereits werde in der Presse und von Wehr- und Flottenvereinen eine starke Agitation für eine erneute Flottennovelle betrieben. Der Kanzler bat den Kaiser um Zustimmung zu seiner Auffassung. Nun war zwar der Kaiser, wie seine Randbemerkungen erweisen, durchaus der Ansicht, daß eine Flottenverstärkung nötig sei, erklärte sich aber mit Bethmanns Haltung ein- 15561 verstanden. Für den Fall eines Krieges rechnete er bestimmt mit dem Eingreifen Englands. Vorahnend vermerkte er: „Wir können nach unserer Ansicht jede Provokation vermieden haben und werden doch als die Provozierenden dargestellt werden, sobald es den Gegnern und der von ihnen gekauften Presse paßt . . . Eine Provokation läßt sich bei einigermaßen geschickter Diplomatie und geschickt geleiteter Presse stets konstruieren . . . Die Ansichten darüber werden stets auf beiden Seiten auseinandergehen!“

Danach hatte der Kaiser auf die Einbringung einer Marinevorlage eigentlich bereits verzichtet, wenn er auch am 4. Januar 1913 Vor-

---

[1]) Siehe o. S. 7ff.

schläge für ein schnelleres Bautempo der großen Schiffe einforderte. Tags darauf trat er aber der Auffassung des Reichskanzlers erneut bei, daß in Berücksichtigung der großen zu fordernden Militärvorlage die Durchführung des Dreiertempos im Schiffsbau auf das nächste Jahr hinausgeschoben werden müsse. Ein Bericht des Korvettenkapitäns v. Müller vom 6. Februar 1913 wies auf die Notwendigkeit hin, das 15562 Dreierbautempo aufrechtzuerhalten, um so allmählich das Stärkeverhältnis der beiden Flotten auf das Verhältnis von 2 : 3 zu bringen.

Bei der Beratung des Marinehaushaltes äußerte Staatssekretär v. Tirpitz am 6. Februar 1913 zur Flottenfrage, es könne nicht die Rede davon sein, daß Deutschland England gegenüber aggressiv vorgehen wolle, denn dazu gehöre eine erhebliche Überlegenheit. Deutschland erstrebe nicht eine ebenso große Flotte wie die englische. Tags darauf gedachte Staatssekretär v. Jagow im Haushaltsausschuß in warmen 15563 Worten des Zusammengehens mit England in der Balkankrise seit Herbst 1912 und sprach die Hoffnung aus, daß wir auf dem Boden gemeinsamer Interessen, dem fruchtbarsten in der Politik, auch weiter mit England arbeiten und vielleicht ernten könnten. Die englische Presse betonte bei diesem Anlasse, man dürfe sich nicht zu der Annahme verführen lassen, daß Deutschland nun ohne weiteres eine auf Einschränkung der Rüstungen hinauslaufende Politik treiben werde.

In Paris erregten die Erklärungen des Staatssekretärs v. Tirpitz ein unleugbares Unbehagen. Man befürchtete, Deutschland bekomme durch 15564 den Verzicht auf ein Wettrüsten mit England neue starke Kräfte für die Vermehrung seines Landheeres frei. Hervorhebung verdient in diesem Zusammenhange ein Artikel der englischen liberalen Wochenschrift „Truth" über die internationale Stellung Englands unter Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Deutschland. Der einzig gangbare Weg zur Beendigung des Wettrüstens sei, bei beiden Gegnern die Überzeugung zu erwecken, daß keiner von beiden einen Angriff auf den 15566 anderen plane. Nur dadurch, daß England den Verdacht erweckt habe, im Falle eines deutsch-französischen Konflikts Frankreich unterstützen zu wollen, habe es sich die Sorge mit den deutschen Rüstungen zur See auf den Hals geladen. „Das Schreckgespenst einer deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande bestehe nur in der Einbildung, denn der von Bismarck unter Salisburys Beihilfe geschaffene Dreibund habe das Gleichgewicht in Europa geschaffen, das bisher nicht gestört worden sei. Die einzige Gefährdung dieses Gleichgewichts sei durch England hervorgerufen worden, als es unter Preisgabe der Salisburyschen Politik ohne jeden Grund in ein System der Ententen eingetreten sei und somit das Gewicht seiner überlegenen Seemacht in die Wagschale der Dreibundgegner geworfen habe. So sei England allein an dem Ausbau der deutschen Seemacht schuld. Die Mächtegruppierung auf dem Kontinent habe bisher in vortrefflicher Weise dem Frieden gedient. Es sei deshalb nichts leichter für England, als herz-

liche Beziehungen mit beiden kontinentalen Mächtegruppen zu pflegen und so das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, aber es sei auch ebenso leicht, durch einseitige Parteinahme ein allgemeines Unglück heraufzubeschwören. England habe gegenwärtig die Wahl und müsse dabei eingedenk sein, daß es, seitdem es Partei genommen, sich selbst und anderen unermeßlichen Schaden zugefügt habe." Diese Darstellungen entsprachen in weitestem Maße den Auffassungen Kaiser Wilhelms II.

Die Entspannung in England hielt an. Als der Erste Lord der Admiralität Mr. Winston Churchill am 13. März sein Marinebudget für 1913/14 vorlegte, und die Presse darüber berichtete, fehlte jeder aufreizende Hinweis auf die deutsche Seewehr. In einer Parlamentssitzung vom 26. März begründete Churchill sein Flottenprogramm genauer und brachte hierbei zum ersten Male den Gedanken eines Feierjahres (Naval Holiday) in die Öffentlichkeit. Warum, fragte er, sollten die Staaten nicht wenigstens für ein Jahr in der Konstruktion von Schlachtschiffen eine Pause machen. Der Entwicklung der deutschen Flotte widmete Churchill Worte des höchsten Lobes, bemerkte aber beim Schlusse seiner Rede, Großbritannien dürfe keine andere Seemacht so dicht an sich herankommen lassen, daß diese durch Flottendruck die englische Politik beeinflussen könne. Nach Ansicht des Marineattachés v. Müller kam der Vorschlag des naval holiday, wie auch die oppositionellen Redner im Parlament sofort hervorhoben, auf eine wohlklingende Redefloskel hinaus.

15567 15568 15569

In seiner großen Reichstagsrede vom 7. April 1913, mit der der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die Wehrvorlage einbrachte, erwähnte er auch den Gedanken Churchills. Der Minister habe seinen Vorschlag speziell an Deutschland gerichtet und zwar für 1914 oder 1915, zugleich aber anerkannt, daß alle Großmächte sich an dieser Kontingentierung beteiligen müßten. Deutschland erwarte in dieser Beziehung konkrete Vorschläge der englischen Regierung. Die Tatsache, daß der Gedanke eines Feierjahres vom englischen Marineminister ausgegangen sei, bedeute einen großen Fortschritt. „Es gab eine Zeit, wo jedes Wort, das einem Vergleich der englischen und der deutschen Marine, des englischen und des deutschen Schiffsbaues galt, zu einer naval scare, zu einer Flottenhetze führte, die immer wieder die deutsch-englischen Beziehungen vergifteten. Mir scheint, und ich hoffe es, daß diese Zeiten der Vergangenheit gehören; mir scheint, daß das Vertrauen zurückzukehren beginnt, das lange Zeit zum Schaden beider Länder und der Welt gefehlt hat."

15570

Der Vorschlag des Feierjahres erwies sich sehr bald als in der Praxis undurchführbar. Nach Auffassung des Botschafters Fürsten Lichnowsky hatte Churchill für seinen Vorschlag einen Zeitpunkt gewählt, der den britischen Interessen besonders entsprach, und beabsichtigte damit vielleicht, eine Bresche in das deutsche Flottengesetz zu legen. Den Ausfall der kanadischen Schiffe wünschte Churchill

15571-15573 15574 15575

durch eine Beschleunigung des Baues der bereits in das Flottenprogramm eingestellten Schiffe auszufüllen. 15575

Die Entsendung bedeutender englischer Seestreitkräfte zu einer Kreuzfahrt im Mittelmeer im November 1913 erregte in maßgebenden französischen Kreisen erhebliche Verstimmung, wo man sich in den Wahn eingelebt hatte, England habe den Schutz seiner Mittelmeerinteressen ganz der französischen Flotte anvertraut. 15576

Im Oktober 1913 sprach Churchill in seinem Wahlkreise wiederholt über die englische Flottenpolitik und führte dabei aus, trotz der Fortentwicklung der britischen Flotte hätten sich die Beziehungen Englands zu dem mächtigen Deutschen Reiche stets verbessert. Das Gefühl mangelnder Sicherheit lasse weit eher zwischen den Völkern der Erde Mißstimmung entstehen als die ruhige Überzeugung von der eigenen Kraft. Wisse man sich geschützt gegen jede Gefahr eines Angriffs, dann verbreite sich eine Stimmung ruhiger Sicherheit im Lande, und freiere, bessere Beziehungen mit anderen Ländern würden begründet. Kaiser Wilhelm II. erblickte in diesen Ausführungen einen grandiosen Triumph für den Risikogedanken des Admirals v. Tirpitz. „Ein neuer Beweis für meine so oft vertretene alte Theorie, daß nur rücksichtsloses, mannhaftes, unerschrockenes Vertreten der eigenen Interessen dem Engländer imponiert und zuletzt zur Annäherung zwingt; niemals aber sogenanntes Entgegenkommen, was er stets nur für Schlappheit und Feigheit hält. Daher werde ich schonungs- und rücksichtslos fortfahren, das Flottengesetz aller Opposition zu Hause zum Trotz bis ins kleinste Detail voll zur Durchführung zu bringen und falls nötig zu erweitern! England kommt uns, nicht trotz, sondern wegen meiner Kaiserlichen Marine!!“ 15577

In England erblickte man in Churchills aufs neue[1]) vorgebrachten Ausführungen über das Flottenfeierjahr in erster Linie ein innerpolitisches Manöver zur Beruhigung des radikalen Flügels der liberalen Partei. Die französische Botschaft in London zeigte sich sehr beunruhigt, da man es für denkbar hielt, Deutschland könne den Vorschlag des Marineministers annehmen „und Hand in Hand mit England durch moralischen Druck auf die übrigen Mächte den Weltfeiertag erzwingen“. Der Geschäftsträger v. Kühlmann legte in einem Berichte vom 20. Oktober 1913 die innere Unhaltbarkeit „dieses unglücklichen Gedankens“ überzeugend klar. Innerpolitische Rücksichten schienen ihm dafür bestimmend zu sein, daß der Marineminister sich von Zeit zu Zeit mit Äußerungen in der Öffentlichkeit vernehmen ließe, „die zugleich seinen radikalen Freunden schmeicheln und andererseits dazu verwendet werden können, in den Kolonien die Legende von dem durch Rüstungslast erdrückten Mutterlande am Leben zu erhalten“. Einen ernstlichen Vorschlag hatte übrigens das Londoner 15578 15579 15580 15581 15582

[1]) Am 18. Oktober 1913 in Manchester.

Foreign Office dem deutschen Auswärtigen Amt in der Frage des Flottenfeierjahres niemals gemacht.

Die Pariser Presse beurteilte den an die deutsche Adresse ge- 15583 richteten Vorschlag Churchills als für Deutschland ungünstig. Man begrüßte die Zurückweisung des Vorschlages durch Deutschland mit Freuden, weil man befürchtete, Deutschland könne die durch den Bauaufschub von zwei Linienschiffen erzielten bedeutenden Ersparnisse zur Stärkung seiner Landmacht verwenden. In dieser Be- 15584 ziehung herrschte in französischen Kreisen damals eine bedeutende Nervosität. Nach der Auffassung des Marineattachés v. Müller liefen 15585 die Bestrebungen Churchills lediglich darauf hinaus, „die militärische Distanz zwischen England und Deutschland mit allen Mitteln zu vergrößern und die Grundidee des deutschen Flottengesetzes, das Risiko, auszuschalten".

Als am 9. Dezember 1913 Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im Reichstage die auswärtige Lage ausführlich behandelte, gedachte er mit besonderer Wärme der fortschreitenden Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. In London betonte die „Pall Mall Gazette" 15586 bei diesem Anlasse, so lange Englands Suprematie zur See gesichert sei, würden die deutsch-englischen Beziehungen gut sein. Damals begann der radikale Flügel der Regierungspartei, einem weiteren Stei- 15587 gen der englischen Flottenausgaben Widerstand zu leisten und damit der Regierung ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Zu Beginn des Jahres 1914 trat Lloyd George mit einer Erörterung der übertriebenen Rüstungsausgaben in die Öffentlichkeit 15588 und erklärte, der gegenwärtige Augenblick sei für eine Verminderung der Rüstungsausgaben der günstigste seit zwanzig Jahren.

Anfangs Februar erfolgte ein amtlicher englischer Schritt. Der englische Botschafter in Berlin, Sir W. E. Goschen, überreichte am 15589 6. Februar einen Schriftsatz, der um eine authentische Interpretation der Erklärungen bat[1]), die Tirpitz am 4. Februar in der Budgetkommission des Reichstages zu der Frage eines Rüstungsabkommens mit 15590 England abgegeben hatte. Tirpitz hatte ganz allgemein erklärt, offizielle Vorschläge für Rüstungsbeschränkungen, etwa auf der Grundlage 10 : 16 seien nicht an die deutsche Regierung gelangt. Den Gedanken eines „holiday" halte er für deutsche Verhältnisse nicht für ausführbar; auch handele es sich für Deutschland in den nächsten Jahren nur um Ersatzbauten.

Der Kaiser traf seine Entscheidung dahin, Grey über die wirklichen Zusammenhänge aufzuklären. Im übrigen wolle er „das ganze, 15591 endlose, gefährliche Kapitel der Rüstungsbeschränkung möglichst nicht noch einmal aufgerollt haben." Der englische Botschafter in Berlin 15592 erhielt daraufhin am 10. Februar einen Schriftsatz im Sinne der von

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 15 589 siehe S. 139*.

Tirpitz in der Budgetkommission tatsächlich abgegebenen Erklärungen mit dem entsprechenden Teile des amtlichen Sitzungsprotokolls und dem Zusatze, daß die Kaiserliche Regierung den Gedanken eines Rüstungsfeierjahres praktisch nicht für durchführbar halte. Churchill erklärte nun auf Grund einer an ihn gerichteten Anfrage im Parlament am 12. Februar, im deutschen Kriegsschiffbau sei weder eine Verzögerung noch eine Einschränkung eingetreten, die eine Reduktion im englischen Kriegsschiffsbau zulasse. 15593

Am 17. Februar erstattete Tirpitz dem Kaiser einen Vortrag über einen im Frühjahr einzubringenden Nachtragsetat, der sich auf die „Auslandindiensthaltungen" und entsprechende Personalforderungen bezog. Tirpitz äußerte dabei ernste politische und parlamentarische Bedenken, so daß der Kaiser sich entschloß, von einer solchen Nachtragsforderung vorläufig Abstand zu nehmen. Für den Etat von 1915 hielt er aber eine erhebliche Vermehrung der Auslandindiensthaltungen und des Personals für unbedingt erforderlich. 15594

Am 17. März begründete Churchill sein Flottenprogramm im Parlament sehr eingehend. Mit Nachdruck hob er hervor, daß für England die Erhaltung seiner Überlegenheit zur See eine Lebensfrage bedeute. An die Adresse der Dominions erging die Anregung, Schlachtschiffe für das Reichsgeschwader zu stiften. Bei der Erörterung der deutschen Flotte und der Stärkebeziehungen zwischen ihr und der englischen Marine befleißigte er sich eines ruhigen Tones und erwähnte seinen Holiday-Vorschlag nicht mehr. Korvettenkapitän v. Müller berichtete am 30. März ausführlich darüber und fügte hinzu, er habe Gelegenheit gehabt, die Vermutungen Churchills und der englischen Presse hinsichtlich einer geplanten neuen deutschen Flottenvermehrung zu zerstreuen. Verstärkungen der deutschen Auslandsflotte würden nach englischer Auffassung auf die Stärkebeziehungen zwischen der englischen und deutschen Flotte keinen Einfluß haben. Hierzu vermerkte der Kaiser, es fehle an den nötigen kleinen Kreuzern, die zur Aufklärung nötig seien und der Flotte nach dem Flottengesetz zuständen. Die vom Korvettenkapitän Müller empfohlene Anforderung des noch ausstehenden dritten Schiffes für das Jahr 1915 fand nicht die Billigung des Staatssekretärs v. Tirpitz, der am 30. April in einem für den Kaiser bestimmten Schreiben dem Reichskanzler darin beistimmte, daß die Anforderung dieses Schiffes zugleich mit einer großen Personalvermehrung und anderen Forderungen, die ein Mehr von ungefähr 50 Millionen Steuern gegen den Etat von 1914 bedeuteten, ein großer politischer Fehler sein würde. Er bezeichnete aber die englische Politik des Reichskanzlers als insofern inkonsequent, als er gegen die heutige politische Bedeutung der Flotte die Augen verschließe und nur Geld für die Armee verwenden wolle. 15595 15596

Die in Berlin am 25. April erfolgende Anfrage, ob dem Kaiser in der Zeit vom 15. Juni bis 10. Juli der Besuch eines englischen Ge- 15597

schwaders in einem deutschen Hafen genehm sein würde, wurde zu-
15598 stimmend beantwortet und den Engländern die Zeit vom 23. bis 30. Juni in Kiel (Kieler Woche) vorgeschlagen. Eine offizielle Einladung an Churchill wollte man nicht ergehen lassen, da der Kaiser dies nicht für angängig hielt, ließ aber mitteilen, daß bei einer offiziellen Anfrage englischerseits Churchill mit seinen Kollegen von der Admiralität in der Kieler Woche mit Freuden begrüßt werden würde.

Am 7. Mai teilte England die für die Kieler Woche bestimmten
15599 Schiffe des 2. Schlachtgeschwaders und des 1. leichten Kreuzergeschwaders mit. Tags darauf erklärte der Kaiser sein Einverständnis.
15600 Auch Fürst Lichnowsky hätte den persönlichen Besuch Churchills in Kiel gern gesehen, wenn er es auch für geraten hielt, vor seinen Vorschlägen zu warnen.

Gleichzeitig mit dem Kieler Besuche unternahmen andere englische Geschwader Fahrten nach Kronstadt, Kopenhagen, Christiania
15601 und Stockholm. In Kronstadt bot man auf russischer Seite alles auf, um den Festlichkeiten zu Ehren der englischen Gäste besonderen Glanz zu verleihen und das Ententeverhältnis bei diesem Anlasse zu betonen. Die politische Absicht dieser englischen Flottenbesuche war offenbar, die Bedeutung des Kieler Besuches herabzudrücken.

Die englischen Schiffe fanden in Kiel die beste Aufnahme. Auf Wunsch des englischen Admirals wurde den Kreuzern „Southampton",
15602 „Birmingham" und „Nottingham" die Rückfahrt von Kiel durch den Nordostseekanal gestattet. Kaiser Wilhelm und König Georg V. wech-
15603, 15604 selten am 25. und 27. Juni aus Anlaß des Flottenbesuches herzliche Telegramme [1]).

Anhang:

Die Europamission Colonel House's Mai 1914

Colonel House war nach dem Urteil des deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, vielleicht der einzige persönliche
15606 Freund des fast als Einsiedler lebenden Wilson. House trug sich schon seit Anfang des Jahres 1913 mit dem Gedanken, für ein besseres Verhältnis zwischen England und Deutschland zu wirken. Anfangs Mai 1914 teilte er dem Grafen Bernstorff seine Absicht mit, im Sommer eine Europareise zu machen und in Berlin, London und Paris für den Frieden zu wirken. Durch den amerikanischen Botschafter in Berlin
15605 ließ er anfragen, ob sein Empfang durch den deutschen Kaiser mög-
15607 lich sein würde. Graf Bernstorff trat dafür ein, daß der Kaiser ihn empfangen möge.

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Dokumente Nr. 15 603 und 15 604 siehe S. 140*.

So kam denn Colonel House am 25. Mai nach Berlin, sprach dort den Staatssekretär v. Jagow und den Admiral v. Tirpitz, nicht jedoch den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der durch den am 11. Mai erfolgten Tod seiner Gemahlin in Trauer versetzt war. Der Kaiser empfing ihn am 1. Juni und betonte bei diesem Anlasse, er wünsche den Frieden, Deutschland sei aber von allen Seiten bedroht, und die Bajonette Europas seien auf Deutschland gerichtet. Colonel House schied von Berlin mit entschiedener Befriedigung, hatte allerdings bei Tirpitz für den Gedanken einer Flottenverständigung mit England wenig Entgegenkommen gefunden.

Seine Londoner Besprechungen mit Grey und anderen Staatsmännern zeigten ihm alsbald, daß dort wenig Neigung bestand, auf seinen Gedanken einer Annäherung zwischen England, Deutschland und Amerika einzugehen. Für Grey stand immer die Erwägung im Vordergrunde, bei Rußland und Frankreich nicht anzustoßen.

Die Briefe, die Colonel House am 8. Juli an den Unterstaatssekretär Zimmermann und am gleichen Tage an den damals in Balholm 15608 auf der Nordlandreise weilenden Kaiser richtete, sind in deutscher Über- 15609 setzung auf den Seiten 140*—142* abgedruckt. Der Kaiser beauf- 15610 tragte den Unterstaatssekretär Zimmermann am 21. Juli, House für seinen Brief zu danken. Der Entwurf dieses Dankbriefes vom 1. August findet sich in deutschem Wortlaut auf S. 142*. Er hat unter dem Ein- 15611 druck der damaligen Weltlage eine andere Fassung erhalten, die in „The intimate papers of Colonel House“ (Vol. I, pag. 285) abgedruckt ist. Darin war dem Danke des Kaisers die Bemerkung hinzugefügt, daß der Monarch von dem Inhalte des Schreibens mit dem größten Interesse Kenntnis genommen habe. Leider aber seien alle seine starken und aufrichtigen Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens völlig gescheitert. „Ich bin besorgt, daß Rußlands Verhalten die alte Welt und besonders mein Land in den schrecklichsten Krieg hineinziehen wird! Jetzt gibt es keine Aussicht mehr, die Möglichkeit einer so sehr ersehnten Verständigung zu erörtern, die dauernden Frieden und Sicherheit verbürgen würde.“

Kapitel 293

Erörterungen über Englands Stellung in einem europäischen Kriege Dezember 1912 bis Februar 1914

Bereits im September 1912, als es sich um die Einleitung der Londoner Botschafterbesprechungen handelte[1]), hatte Botschafter Fürst Lichnowsky sich über Englands voraussichtliche Stellung in einem Zu-

[1]) Siehe o. S. 3 und 7.

kunftskriege geäußert. Seine Auffassung, daß England die Vernichtung Frankreichs durch Deutschland niemals zulassen würde, empfing durch 15612 einen Besuch, den Lord Haldane am 3. Dezember 1912 bei ihm machte, eine neue Bestätigung. Haldane betonte wiederholt die Notwendigkeit, in der orientalischen Krisis zu einem Ausgleiche der Gegensätze zu gelangen, da es unabsehbar sei, welche Folgen eine kriegerische Verwicklung, in die eine oder mehrere der Großmächte hineingezogen würden, haben könnte. Bei einem allgemeinen europäischen Wirrwarr, der sich aus dem Einmarsche Österreichs in Serbien ergeben könnte, falls Serbien nicht gutwillig die besetzte adriatische Küste räumte, sei es kaum wahrscheinlich, daß Großbritannien der stille Zuschauer werde bleiben können. In England wünsche man das Gleichgewicht der Gruppen auf dem Kontinent einigermaßen aufrechtzuerhalten. England würde daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können, da es sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenüber sehen wolle. „Sollte also Deutschland durch Österreich in den Zwist hineingezogen werden, und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstehen könnte und deren Folgen ganz unberechenbar wären. Die Theorie von dem Gleichgewicht der Gruppen bilde eben für Englands Außenpolitik ein Axiom und habe auch zu der Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt. Er könne mir verbürgen, daß man hier das beste Verhältnis mit Deutschland wünsche . . . Auch würde uns niemand hier den Krieg machen wollen, solange keine europäischen Verwicklungen einträten. Die Folgen eines europäischen Krieges aber seien ganz unberechenbar, und könne er alsdann für gar nichts einstehen."

Dieser Bericht erregte den Kaiser aufs höchste. Er schrieb sofort seine Ansicht auf ein Telegrammformular und ließ sie dem Staatssekre-15613 tär v. Kiderlen zustellen. Nunmehr seien alle Schleier der Unsicherheit zerrissen, meinte der Kaiser: „England wird aus Neid und aus Haß gegen Deutschland unbedingt Frankreich und Rußland gegen uns beistehen. Der eventuelle Existenzkampf, den die Germanen in Europa (Österreich, Deutschland) gegen die von Romanen (Galliern) unterstützten Slawen (Rußland) zu fechten haben werden, findet die Angelsachsen auf der Seite der Slawen." Nach Ansicht des Kaisers sollte nunmehr mit Bulgarien, der Türkei und Rumänien, möglichst auch mit Japan, ein Militärabkommen geschlossen werden. „Jede Macht, die zu haben ist, ist gut genug, uns zu helfen. Es geht um Sein oder Nichtsein Deutschlands."

Damals weilte gerade der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, in England und hatte dem Kaiser am 11. Dezember die friedlichen Versicherungen des Königs von England übermittelt, allerdings auch schon mit dem Hinweise, Deutschland könne bei einem europäischen Konflikte vielleicht mit einer Neutralität Englands rechnen, nicht aber mit einem

Mitgehen auf deutscher Seite, denn England werde immer bestrebt sein, „das Mächteverhältnis auf dem Kontinent nach Möglichkeit zu regulieren, und vermutlich seine Kräfte zugunsten des Unterliegenden, also Schwächeren, einsetzen“. Der Kaiser antwortete ihm, die Sache sei bereits erledigt, England gehe mit Frankreich. Prinz Heinrich wandte sich daraufhin am 15. Dezember brieflich zugleich an den Kaiser und an den König von England und schrieb abschließend am 23. Dezember an seinen kaiserlichen Bruder, er habe den König Georg über das Gespräch Haldanes mit dem Fürsten Lichnowsky unterrichtet und ihn noch einmal auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die für den Weltfrieden daraus entstände. Er möchte sich daher nicht wundern, wenn Deutschland seine Rüstungen zu Lande und zu Wasser energisch betreibe. Deutschland werde keinen Krieg provozieren und habe 40 Jahre lang Frieden gehalten, England aber lade eine ungeheure Verantwortung auf sich. Sowohl der Reichskanzler wie der Staatssekretär v. Kiderlen hatten in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1912 deutlich ausgesprochen, Deutschland werde bei der neuen Regelung der Dinge auf dem Balkan für seine Bundesgenossen eintreten, wenn sie bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten (Bethmann), die deutsch-englischen Beziehungen seien aber während der ganzen letzten Krise besonders vertrauensvoll gewesen (Kiderlen). Ähnlich hatte sich am 30. November Fürst Lichnowsky als Gast der Royal Society ausgesprochen.

Das Gespräch Haldanes mit Lichnowsky machte auf den Reichskanzler und den Staatssekretär v. Kiderlen keinen besonderen Eindruck. Kiderlen erblickte darin lediglich einen gutgemeinten Versuch, Deutschland zur Vorsicht zu mahnen. Da der Kaiser aber aus den Äußerungen Haldanes einen Anlaß für die Einbringung einer neuen Flottenvorlage entnehmen zu wollen schien, richtete der Kanzler am 18. Dezember ein Telegramm — Dokument Nr. 15 560[1]) — an ihn, in dem er auf die Inopportunität einer Agitation für eine erneute Flottennovelle hinwies.

Am 10. März 1913 gab Asquith im Unterhause die Erklärung ab, es sei falsch, daß England im Falle eines kontinentalen Krieges verpflichtet sei, eine größere Truppenmacht nach dem Festlande zu werfen. In Paris war man darüber verstimmt. Am 24. März wurde Asquith von dem Abgeordneten King gefragt, ob die auswärtige Politik Englands gegenwärtig durch irgendwelche Verträge, Abkommen oder Verpflichtungen gebunden sei, denen zufolge britische Militärkräfte unter gewissen Voraussetzungen verpflichtet sein würden, auf dem Festlande an militärischen Unternehmungen teilzunehmen. Asquith erwiderte, es beständen keinerlei solche Verpflichtungen, und es seien keine un-

15614

15615

[1]) Siehe o. S. 190.

veröffentlichten Verträge vorhanden. Tatsächlich aber bestand bereits der Schriftwechsel zwischen Grey und Cambon vom 22./23. November 1912[1]), der zum mindesten eine starke moralische Bindung Englands für den Kriegsfall in sich schloß.

Die Haltung der britischen Presse, besonders der „Times", anläßlich der an Asquith gerichteten peinlichen Frage, zeigte deutlich, daß man in England an dem Grundsatze des europäischen Gleichgewichts festzuhalten entschlossen war. In den „Times" hieß es: „Jeder ernsthafte Angriff mit der Absicht, dieses Gleichgewicht zu zerstören, wird mit Sicherheit dem Widerstande nicht nur der britischen Diplomatie, sondern, wenn nötig, auch der britischen Waffen mit aller Macht begegnen, und zwar nicht als eine Folge diplomatischer Verbindlichkeiten, sondern im wesentlichen als ein Akt der Selbstverteidigung."

Im Frühjahr 1913 entschloß sich Poincaré, seinen Antrittsbesuch als Präsident der Republik in London zu machen. Botschafter Frhr. 15616 v. Schoen glaubte hierin Poincarés Absicht zu erkennen, einen Gegenbesuch der britischen Majestäten gewissermaßen zu erzwingen. Diese Absicht, die Kaiser Wilhelm II. anfangs für nicht erreichbar hielt, ist durch den Besuch des britischen Königspaares und Sir Edward Greys vom 22. bis 24. April 1914 tatsächlich verwirklicht worden. Poincaré reiste am 24. Juni 1913 gemeinsam mit dem Außenminister Pichon nach London, weilte dort bis zum 27. und hatte zahlreiche Besprechungen mit den englischen Staatsmännern, hauptsächlich über die Balkan- 15617, 15618 frage[2]). Die französische Presse bemühte sich, den Präsidentenbesuch in London als ein Ereignis von größter Bedeutung für die Stellung Frankreichs und die Tripelentente erscheinen zu lassen.

Daß damals lebhafte Beziehungen zwischen den Militärs und den Marinebehörden Englands und Frankreichs bestanden haben, erweisen die Besuche des französischen Marineministers Baudin bei Churchill 15619 anfangs Juli 1913, denen ein Besuch Churchills am 4. März in Salins d'Hyères vorausgegangen war. Bei diesem Anlasse hatten Schießübungen großer Schiffe stattgefunden. Im August nahm eine englische Militärmission, bestehend aus den Generalen French, Grierson und Wilson, unter Führung des englischen Militärattachés in Paris und seines französischen Kollegen in London an Übungen gemischter Waffen im Lager von Châlons teil. Umgekehrt weilte eine französische Militärmission, geführt von dem General de Castelnau, im September 1913 bei den englischen Manövern.

Am 5. August hielt Lord Haldane im Oberhause eine Rede und brauchte dabei die Wendung, bei den einzelnen Gruppen der Mächte zeige sich die Neigung, sich enger zusammenzuschließen. Fürst Lich-

---

[1]) Siehe Wegweiser Band 5, 2, S. 243/244.

[2]) Vgl. Band 37, Kapitel 287. Dokumente Nr. 15050 und 15051. Siehe o. S. 151.

nowsky sollte sich dazu äußern und telegraphierte am 6. August, 15620
England brauche kein vertraglich festgesetztes Verhältnis zu Frankreich, „da es auch ohne jeden Pakt die Franzosen, falls wir sie angreifen, unter allen Umständen schützt, ebenso aber andererseits bestrebt sein wird, allen Regungen des französischen Revanchegedankens entgegenzutreten." Auch der Marineattaché in London, Korvettenkapitän v. Müller, glaubte nicht an ein festes Marineabkommen zwischen 15621
England und Frankreich, wenn auch der Nachrichtenaustausch zwischen den Marineministern von London und Paris ein recht reger sei.

Ein Bericht des Korvettenkapitäns v. Müller vom 19. Februar 1914, 15622
dem Fürst Lichnowsky im wesentlichen beitrat, bildet den Abschluß der Dokumente über die deutsch-englischen Beziehungen. Müller wies auf die Widersprüche zwischen den offiziellen Erklärungen der Minister und den stets neu sich erhebenden Stimmen in England wie in Frankreich hin, die das Vorhandensein britisch-französischer Kriegsverpflichtungen behaupteten. Ob die tatsächlich stattfindenden militärischen Unterredungen zu einer förmlichen Konvention geführt hätten, wisse er nicht, darauf komme es aber auch nicht an. „Die Tatsache, daß die Häupter der Land- und Seestreitkräfte beider Mächte sich von Zeit zu Zeit verständigen, daß auf Grund dieser Verständigung bereits eine radikale Verschiebung des maritimen Schwergewichts beider Staaten durchgeführt worden ist, und daß, wie die Benutzung französischer Häfen durch englische Verbände zeigt, weitere Schritte zu intimer Zusammenarbeit getan werden, diese Tatsachen sind hinreichende Belege dafür, daß englisch-französische Abmachungen — ob mit oder ohne Verpflichtung, ist zunächst gleichgültig — bestehen, und daß mit ihnen gerechnet werden muß."

Kapitel 294

Die Deutsche Wehrvorlage von 1913 und ihre Übertrumpfung durch Frankreich und Rußland
Das Deutsch-Französische Verhältnis
Dezember 1912 bis Juli 1914

Die große Wehrvorlage von 1913 findet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes zum ersten Male in einer Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 14. Dezember 1912 angedeutet. 15623
Danach hatte der Kaiser dem Kriegsminister und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts sagen lassen, sie möchten die momentane Bereitwilligkeit der gesamten Bevölkerung, für Rüstungszwecke alles zu bewilligen, ausnutzen und Vorlagen zur Schließung der jetzt noch vorhandenen Lücken in der deutschen Rüstung vorbereiten. Der Kriegsminister v. Heeringen hatte dem Reichskanzler erklärt, er könne sich

nicht dauernd vom Kaiser und in der Öffentlichkeit den Vorwurf machen lassen, daß er ungenügend für die Stärke der Armee sorge. Großadmiral v. Tirpitz kündigte an, wenn jetzt eine Heeresvorlage gemacht werde, müsse auch eine Marinevorlage eingebracht werden.

In Paris beschäftigte man sich sofort eingehend mit der bevorstehenden deutschen Heeresvorlage, über die seit Anfang Januar 1913 15624 wiederholt Notizen in der Presse erschienen. Sie bildeten auch 15625 weiterhin das Hauptthema der französischen Presseerörterungen. Dabei betonte der Minister Jonnart, die Regierung erblicke in der geplanten 15626 Heeresvermehrung keine herausfordernde Geste, und er habe festes Vertrauen zu Deutschlands Friedensliebe.

Am 22. Februar 1913 berichtete Botschafter Frhr. v. Schoen über 15627 die ersten Handlungen des neuen Präsidenten der Republik Poincaré, der offenbar aus der in Frankreich für das Staatsoberhaupt bisher üblichen engherzigen Abgeschlossenheit herauszutreten gedenke. Poincaré hatte sich mit Schoen über den Ersatz des angeblich wegen Kränklichkeit aus Petersburg abberufenen Botschafters Louis durch Delcassé in beruhigendem Sinne ausgesprochen.

Damals fing die russische Presse an, Frankreich an seine Bündnis- 15628 pflichten in militärischer Hinsicht zu mahnen. Einer solchen Mahnung bedurfte es kaum, da man sich in Frankreich gerade mit der Frage der Wiedereinführung der vollen dreijährigen Dienstzeit beschäftigte, eine Maßnahme von einschneidendster Bedeutung, die den demokratischen 15629 15630 Anschauungen Frankreichs an sich durchaus zuwiderlief. Ein Militärbericht des Majors v. Winterfeldt vom 5. März 1913 konnte bereits die Entscheidung des Obersten Kriegsrates melden, der sich unter dem Vorsitze Poincarés am 4. März einstimmig zugunsten der Einführung der dreijährigen Dienstzeit für alle Waffen und ohne jede Ausnahme ausgesprochen hatte.

Am 11. März begann die Armeekommission der Kammer mit der 15632 Beratung des Gesetzentwurfes über die dreijährige Dienstzeit. Anfangs 15652 Juni gelangte die Vorlage an das Parlament, und am 8. August wurde das vielumstrittene Gesetz in der Kammer mit 358 gegen 204, im Senat mit 254 gegen 37 Stimmen, also mit einer namhaften, aber durchaus nicht überwältigenden Mehrheit angenommen.

Die Dokumente Nr. 15 633—15 651 zeigen die starke Erregung in der öffentlichen Meinung Frankreichs und Deutschlands im Frühjahr 1913, die durch die Vorgänge in Lunéville und Nancy im 15643 April 1913[1]) noch wesentlich gesteigert wurde. Die Dokumente bringen für den gesamten Fragenkomplex so reichhaltige Aktenbelege, daß Zweifel über den tatsächlichen Verlauf der Dinge kaum mehr bestehen können, zumal die Herausgeber des Aktenwerkes in zahlreichen Anmerkungen sich mit der einschlägigen Literatur, besonders auch mit dem

[1]) Vgl. Anhang A, siehe u. S. 207/208.

Urteil der belgischen Diplomaten über die damaligen Vorgänge auseinandergesetzt haben. Es scheint danach auch erwiesen, daß die Entsendung Delcassés als Botschafter nach Petersburg wesentlich dem Zwecke hat dienen sollen, auf Rußland im Sinne möglichst kräftiger 15637 Anstrengungen einzuwirken und deren Durchführung nachzuprüfen. Das bezog sich besonders auf eine Vergrößerung der Friedenspräsenzstärke 15644 des russischen Heeres, auf den Ausbau der russischen Festungen und auf eine möglichst beschleunigte Vollendung der von dem französischen Generalstabe geforderten strategischen Eisenbahnlinien Rußlands, die einen schnelleren Aufmarsch gegen Deutschland ermöglichen sollten.

Ähnlichen Zwecken diente auch der Besuch des Generalstabschefs der französischen Marine Vizeadmirals Le Bris im Mai 1913 in Peters- 15645 burg, der als Erwiderung des vorjährigen Besuches des russischen Admirals Fürsten Lieven in Paris gelten sollte, aber zeitlich so abgepaßt war, daß er kurz nach dem Besuche des Zaren in Berlin anläßlich der dortigen Vermählungsfeierlichkeiten vom 24. Mai stattfand. Nach der Ansicht des Grafen Pourtalès hatten hierbei Elemente die Hand im Spiel, denen die häufigen Zusammenkünfte des russischen und des deutschen Kaisers unbequem waren, und die darauf ausgingen, die Bedeutung dieser Begegnungen herabzusetzen. So faßte auch Kaiser Wilhelm II. den Besuch des Vizeadmirals Le Bris in Petersburg auf, der im übrigen ziemlich bedeutungslos verlaufen zu sein scheint.

Der in Frankreich mit großer Heftigkeit geführte Streit über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit hatte eine stark deutschfeindliche Hetze zur Folge, die in England mit lebhaftem Interesse 15646 beobachtet wurde. In Deutschland setzte die zweite Beratung der großen Wehrvorlage am 10. Juni, die dritte am 28. Juni ein; die Gesamtabstimmung erfolgte am 30. Juni und ergab die Annahme der Wehr- 15647 vorlage mit überwältigender Mehrheit. In Paris verfolgte der deutsche Botschafter besorgt das Anwachsen des Nationalismus, für den auch die patriotischen Kundgebungen beim Nationalfest am 14. Juli Zeugnis ablegten, und über den auch die belgischen Diplomaten wiederholt 15650 besorgt nach Brüssel berichtet haben. Chauvinistische Broschüren, so besonders die Schrift „Le Germanisme encerclé“ des bekannten Kom- 15651 mandanten de Civrieux trugen zur Verschärfung der Stimmung bei.

Über die Bedeutung der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich erstattete Major v. Winterfeldt am 20. August einen 15653 ausführlichen und in jeder Beziehung lesenswerten Bericht. Danach gewann Frankreich den Vorteil, eine Anzahl von Neuformationen einzustellen, ein neues Armeekorps durch anderweitige Zusammenfassung schon bestehender Einheiten zu bilden und seinen Grenzschutz wesentlich zu verstärken. Nach Winterfeldts Ansicht hatte Deutschland aber keine Ursache, das neue französische Militärgesetz für bedrohlicher zu halten, als es tatsächlich sei; das praktische Ergebnis der letzten deut-

schen Militärvorlage bedeutete nach seiner Ansicht einen wesentlich reelleren Gewinn.

Die Entsendung einer zahlreichen französischen Militärkommission 15654 unter der Führung des Generalstabschefs General Joffre nach Rußland im August 1913 erregte dort einen gewissen Unmut. Sie weilte vom 3. bis 25. August in Rußland und suchte in zahlreichen Besichtigungen festzustellen, ob die militärischen Anstrengungen Rußlands denjenigen entsprächen, die Frankreich gerade eben machte. In diesem Sinne äußerte sich Major Collon, der belgische Militärattaché in Paris, zu Major v. Winterfeldt. Winterfeldt berichtete auch über die Teilnahme einer englischen Militärkommission, bestehend aus den Generalen French, Grierson und Wilson, unter Führung des englischen Militärattachés in Paris und seines französischen Kollegen in London an Übungen gemischter Waffen im Lager von Châlons [1]).

Vielleicht war es eine Auswirkung des französischen Besuches in Rußland, daß man sich dort im Oktober 1913 entschloß, die aktive Dienst- 15655 zeit im russischen Heere um drei Monate zu verlängern. Hieraus ergab sich eine bedeutende Erhöhung der russischen Kriegsbereitschaft.

Der Aufenthalt Sasonows vom 16. bis 19. Oktober in Paris und der etwas später folgende zehntägige Aufenthalt des Ministerpräsidenten Kokowzow in der französischen Hauptstadt wurde dort, wie Botschafter v. Schoen berichtete, in der Presse vielfach „mit geradezu serviler Freundlichkeit“ begrüßt. Kokowzow nahm übrigens 15656 ebenso wie im Oktober Sasonow seinen Rückweg über Berlin, wo er vom 17. bis 20. November weilte. Über ihre Unterredungen mit dem Kaiser und dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wegen der Entsendung des Generals Liman v. Sanders nach der Türkei ist schon berichtet [2]).

Sehr ausführlich hat Botschafter Frhr. v. Schoen die innerpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs im Winter 1913/1914 geschildert und dabei gezeigt, wie die Vorgänge in Deutschland, insbesondere die sogenannte Zabern-Affäre, auf Frankreich zurückgewirkt haben. Im 15657 Frühjahre 1913 war, wie er am 15. November berichtete, infolge der deutschen und französischen Heeresverstärkungen der französische Chauvinismus, genährt durch aufreizende Presseerzeugnisse, Reden, Bühnenstücke und ähnliches, zu jenem Temperaturgrade angestiegen, der in den Vorgängen von Nancy und Lunéville [3]) nur zu deutlich erkennbar wurde. Das sei aber der Höhepunkt gewesen, und jetzt sei ein wohltuender Wechsel nicht zu verkennen. In Frankreich sprächen verschiedene Momente für eine friedliche Politik. Das deutsch-französische Verhältnis könne aber auf lange Zeit hinaus wohl nur eine übertünchte Höflichkeit sein.

---

[1]) Siehe o. S. 200.

[2]) Siehe o. S. 112, 167, 171 u. 172.

[3]) Siehe u. S. 207/208.

Die Vorgänge in Zabern, wo Leutnant Frhr. v. Forstner im November 1913 seine Rekruten vor dem Eintritt in die Fremdenlegion gewarnt, von der elsässischen Bevölkerung den Ausdruck „Wackes" gebraucht hatte und auch Äußerungen getan haben sollte, die für die französische Fahne beleidigend gewesen seien, erregten in Frankreich das größte Aufsehen. In den Verhandlungen des Reichstages vom 3. und 4. Dezember ergab sich, daß eine Beschimpfung der französischen Fahne überhaupt nicht stattgefunden hatte. Vielfach erhoffte man in Frankreich von diesen Vorgängen einen Rückgang der deutschen Sache im Elsaß. Die Stimmung der französischen Presse war zeitweise so erregt, daß Schoen der Ansicht war, die Regierung könne sie nicht mehr im Zaum halten. Niemals hätten sich deutsche Blätter, selbst nicht bei der blutigen Unterdrückung von Ruhestörungen in Frankreich, eine so gehässige Sprache gegen das Nachbarland zuschulden kommen lassen. 15658, 15659 15660

Innerpolitische Schwierigkeiten überwucherten im Dezember 1913 in Paris fast alle anderen Vorgänge. Am 2. Dezember wurde das Kabinett Barthou gestürzt. An seine Stelle trat das weiter links gerichtete Kabinett Doumergue mit Caillaux als Finanzminister, wovon sich Schoen eine wesentliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen in rein politischer und auch wirtschaftlicher Hinsicht versprach. Am 10. Dezember war das Kabinett Doumergue gebildet; die Parteigegensätze verschärften sich aber noch mehr. In England wurde das Kabinett Doumergue-Caillaux sehr kühl aufgenommen. Dabei war Caillaux keineswegs ein Gegner eines herzlichen Einvernehmens zwischen England und Frankreich. 15661 15662 15663 15664, 15665

Am 20. Januar 1914 speiste Poincaré bei dem deutschen Botschafter und wohnte einer Abendgesellschaft bei, die sich an das Diner anschloß [1]). Schoen erblickte darin eine erfreuliche Tatsache. Es hatte sich auch Gelegenheit zu einer kurzen politischen Aussprache über die kleinasiatischen Beziehungen ergeben [2]). Die „kriegslustige Revanche", wie sie in Boulanger und Déroulède ihre Verkörperung gefunden hatte, hielt Schoen nach einem Berichte vom 5. Februar 1914 für einen überwundenen Standpunkt. Paul Déroulède war am 30. Januar verstorben, die große Mehrheit der Blätter hatte sich auf achtungsvolle Nachrufe beschränkt. In den Reihen der französischen Nationalisten wurden immer offener Stimmen laut, die sich gegen jedes kriegerische Unternehmen und für Annäherung an Deutschland im Sinne der Berner Versöhnungskonferenz aussprachen [3]). 15666 15667

Ende Februar fand das Kabinett Doumergue bereits leidenschaftliche Gegnerschaft. Die Ermordung des Direktors des „Figaro" Calmette durch Frau Caillaux führte Mitte März zum Rücktritt des Ministers. Das Kabinett verlor damit nach Schoens Ansicht „seinen klüg-

[1]) Vgl. o. S. 147/148.
[2]) Siehe o. S. 148, Nr. 14986. Band 37, 2. Hälfte, Kapitel 286.
[3]) Siehe u. Anhang B, S. 208 ff.

15669 sten Kopf, seinen stärksten Arm und seinen einflußreichsten Parteiführer". In der Deputiertenkammer wurden einige wichtige Forderungen — Ergänzung zum Kadergesetz — und die Bewilligung des 15670 Heereshaushaltes für 1914 mit großer Mehrheit angenommen.

Die Hauptwahlen zur Kammer (26. April) und die Stichwahlen vom 10. Mai ergaben einen großen Erfolg der geeinigten Sozialisten und 15671 damit eine nicht unwesentliche Linksverschiebung des Parlaments. Doumergue schien geneigt, sein Amt abzugeben, solange ihm sein Wahlerfolg einen guten Abgang sicherte.

Über den Besuch des Fürsten von Monaco, der mit seiner Dampfjacht an der Kieler Woche teilnahm und dort den früheren Ministerpräsidenten Briand mit dem deutschen Kaiser zusammenbringen wollte, 15672, 15673 berichten die Dokumente Nr. 15672 und 15673. Paléologue, der neue französische Botschafter in Petersburg, der damals gerade in Paris weilte, ist es gewesen, der Briands Besuch durchkreuzt hat. Es hätte sich aus dieser Begegnung vielleicht eine wesentliche Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen ergeben können.

Als am 1. Juni das französische Parlament wieder zusammentrat, kündigte Ministerpräsident Doumergue seinen Rücktritt an. Den Hauptgrund hierfür bildete der Widerstand der Radikalen und radikalen Sozialisten gegen die dreijährige Dienstzeit, von deren unbedingter Notwendigkeit Doumergue sich mit seinem Kabinett überzeugt hatte. So 15674 bildete der Rücktritt des Gesamtkabinetts den einzigen Ausweg. Zunächst wurde Viviani mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, sodann Ribot. Das Ministerium Ribot wurde aber am 12. Juni bei seinem ersten Erscheinen vor der Kammer gestürzt. Nunmehr gelang Viviani die Bildung eines neuen Kabinetts mit Messimy als Kriegsminister, der als ehemaliger Generalstabsoffizier nach dem Urteil des neuen Militärattachés, Majors v. Klüber, vom 18. Juli militärische Sachkenntnis mit parlamentarischem Geschick vereinigte. Nach der Ansicht des Botschafters v. Schoen würde die Außenpolitik 15675 des neuen Kabinetts eine durchaus friedfertige sein. Er erblickte in dem neuen Kabinett „den Sieg der Anhänger eines ruhigen, maßvollen Fortschrittes über diejenigen eines Vorwärtsdrängens auf den 15677 abschüssigen Bahnen der Demagogie". Schoen rechnete auf einige Dauer des Bestandes des Kabinetts Viviani.

Am 16. Juni wurde Sir Edward Grey im Unterhause gefragt, ob die Regierung jemals in irgendeiner Form ein Interesse an dem französischen Gesetze über die dreijährige Dienstzeit an maßgebender französischer Stelle zu erkennen gegeben habe. Grey entgegnete, die An- 15676 frage sei, „soviel er wisse", zu verneinen. Es sei nicht Sache der englischen Regierung, eine Meinung über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich zu äußern. Es schien aber durchaus möglich, daß der englische Generalstab in ähnlicher Weise auf die Durchführung der drei-

jährigen Dienstzeit in Frankreich hinzuwirken gesucht hat, vielleicht durch Beeinflussung der Presse, wie es von Rußland her geschehen ist.

Ein Bericht des Botschafters Frhr. v. Schoen vom 16. Juli 1914 15678 schließt das 294. Kapitel ab. Seiner Ansicht nach konnte an dem bestehenden Dreijahrgesetz in absehbarer Zeit nicht gerüttelt werden. Poincaré und Viviani hatten am 15. Juli die Reise nach Rußland und Skandinavien angetreten. Damit trat in dem innerpolitischen Leben Frankreichs die „übliche sommerliche Ruhepause" ein, die allerdings bald durch den Ausbruch des Weltkrieges unterbrochen werden sollte.

Anhang A

Die Zwischenfälle von Lunéville und Nancy

Ein staatlich noch nicht abgenommenes neues Zeppelinluftschiff mit einer militärischen Prüfungskommission an Bord mußte am 3. April 15679 1913 bei einer Probefahrt von Friedrichshafen wegen Motordefekts bei Lunéville landen. Botschafter v. Schoen sollte sofort die französische Regierung davon verständigen und um weitere Veranlassung wegen Sicherheitsmaßregeln und Zulassung der Rückfahrt ersuchen. Die französische Regierung erklärte sich am 4. April hierzu bereit. Auf Grund 15680 der ehrenwörtlichen Erklärung der deutschen Offiziere wurde das Luftschiff freigelassen und die Erlaubnis zur Rückfahrt erteilt. Die deutsche Regierung ließ für das Entgegenkommen in Paris ihren Dank aus- 15681 sprechen. Sie war besorgt gewesen, das Vorkommnis könnte zu unangenehmen Ausbrüchen der erregten Stimmung bei der Grenzbevölkerung führen und eine gefährliche Steigerung der Deutschfeindlichkeit 15682 im Lande zur Folge haben.

Erst etwa eine Woche später erfuhr Botschafter Frhr. v. Schoen aus den deutschen Zeitungen, daß die Haltung der Bevölkerung in Lunéville doch nicht so einwandfrei gewesen war, wie es anfangs auf Grund der französischen Schilderungen erschien. Ein dem Reichskanzler 15683 zugeleiteter Sonderbericht über die Zwischenlandung des L. Z. 16 (Z. IV) in Lunéville vom 5. April stellte die Vorgänge klar und ließ 15684 erkennen, daß die französischen Offiziere sich im allgemeinen korrekt, aber keineswegs besonders kameradschaftlich benommen hatten, mit Ausnahme des vom französischen Kriegsministerium entsandten Generals Hirschauer, dessen Verhalten als „sachgemäß, gerecht und nahezu wohlwollend" bezeichnet wurde. Im übrigen war der Gesamteindruck aller Beteiligten gewesen, daß sie wie im Kriege befindlich behandelt wurden. Aus London berichtete der Militärattaché Major Ostertag am 11. April, daß die Franzosen den Z. IV nach allen Richtungen hin ge- 15685 messen und photographiert hätten. Wiedergaben der gemachten Aufzeichnungen und Abbildungen sollten auch dem britischen Kriegsamte übergeben worden sein.

Kaum hatte sich die Beunruhigung über Lunéville gelegt, als am 15. April Pressenachrichten über den tätlichen Angriff auf deutsche 15686 Kaufleute in Nancy eingingen. Schoen erhielt Auftrag, die französische Regierung sofort um Klarstellung der Angelegenheit zu ersuchen und gegebenenfalls Vorstellungen wegen mangelhaften Schutzes 15687 der Deutschen zu erheben. In Paris erklärte zunächst Pichon die 15688 Nachrichten für übertrieben, wenn auch für höchst beklagenswert.

Inzwischen waren die Vorgänge in der „Straßburger Post“ vom 15689 16. April genau geschildert worden. Danach hatten tätliche Mißhandlungen der Deutschen, die für preußische Offiziere gehalten worden waren, stattgefunden. Nachdem tags zuvor Staatssekretär v. Jagow bereits im Reichstage über den Zwischenfall von Nancy befragt worden war und in der gleichen Sitzung heftige Angriffe gegen den französischen Chauvinismus laut geworden waren, ließ das Auswärtige Amt in Paris um Remedur für die beklagenswerten lokalen Vorgänge bitten, 15690 da in Nancy gewisse Beamte und Militärpersonen in keiner Weise 15691 ihre Schuldigkeit getan hätten. Pichon erklärte sich bereit, die Vor- 15692 gänge genau zu klären, und entsandte den Staatsrat Ogier nach Nancy. Die schuldigen Polizisten sollten abgesetzt und der Präfekt von Nancy 15693 wegen Versäumnis sofortigen Berichts eine andere Dienststellung erhalten. Nunmehr erklärte man in Berlin die politische Seite des 15694 Zwischenfalles für in befriedigender Weise geregelt, worüber Pichon 15695 sich erfreut aussprach.

Die Pressenachricht, daß der Unterpräfekt von Lunéville in Anerkennung seines Verhaltens anläßlich der Landung des Zeppelins zum Präfekten befördert werden sollte, erregte in Berlin erneute Miß- 15696 stimmung. Man erwog, ob nicht der deutsche Botschafter wegen Mißachtung seiner Vorstellungen einige Zeit in Urlaub gehen sollte und 15697 deutete diese Absicht dem französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon an. Pichon wies demgegenüber auf die begreifliche Erregung der Bevölkerung unter dem Eindrucke eines ungewöhnlichen Ereignisses hin. Die Beförderung des Unterpräfekten würde selbstverständ- 15699 lich nicht erfolgt sein, wenn nicht feststehe, daß gerade er alles aufgeboten habe, um eine verhältnismäßig ruhige und rasche Abwicklung des Zwischenfalles zu sichern. Schoen blieb dabei, daß diese Beförderung in Deutschland einen peinlichen Eindruck machen müsse.

Anhang B

Die Verständigungskonferenzen von Bern und Basel

Mehrere Mitglieder des schweizerischen Nationalrates hatten die Mitglieder des deutschen Reichstages und der französischen Deputiertenkammer für den 20. April 1913 zu einer Konferenz nach Bern 15700 geladen, die aber auf den 11. Mai verschoben wurde. Von deutscher

Seite nahmen, wie es anfangs schien, nur sozialdemokratische Abgeordnete, darunter die Herren Haase, Scheidemann, Dr. Franck, Ledebur, Sydekum, Bernstein teil. Französischerseits wurde auf eine wesentlich größere Beteiligung unter Führung des Senators d'Estournelles de Constant, des bekannten Vertreters der Friedensidee, gerechnet.

In Paris wirkte die Einladung, wie Schoen am 28. April 1913 berichtete, wie ein Rettungsball in schwieriger Lage. „Unter dem Eindruck der ersten Ansage der deutschen Wehrvorlagen hatte die Regierung Briands sich von nationalistischen Elementen außerhalb wie innerhalb des eigenen Lagers auf die Plattform der dreijährigen Dienstzeit drängen lassen.“ Nun konnte die Aussprache in Bern für die Blätter der Regierungsmehrheit ein taktisch gut zu benutzendes Mittel bilden, um eine Erklärung über die dreijährige Dienstzeit zunächst hinauszuschieben und den Ausgang der Berner Verhandlungen abzuwarten. Im übrigen nahm Schoen an, daß die Berner Konferenz wohl nur ausgehen könne wie das Hornberger Schießen. 15701

Eine lebhafte Förderung fand der Kongreß durch den französischen Botschafter in Bern, Beau. Wie er dem deutschen Gesandten in Bern, Frhr. v. Romberg, mitteilte, hielt sich eine große Zahl namhafter französischer Deputierter bereit, die Konferenz zu besuchen, falls auf die Beteiligung ernsthafter deutscher Politiker bestimmt gerechnet werden konnte. 15702

Die in Paris von Senator d'Estournelles geleitete parlamentarische Schiedsgerichtsgruppe beschloß, in Bern die Berührung solcher Fragen, über die von vornherein jede Verständigung mit den deutschen Vertretern ausgeschlossen schien, wie Elsaß-Lothringen, Abrüstung, Wehrvorlagen, sorgsam zu vermeiden und sich auf allgemeine Bekundungen der Friedensliebe, auf Verurteilung des Chauvinismus, auf eine Anregung zu Rüstungsbeschränkungen und auf den Ausbau des Schiedsgerichtsgedankens zu beschränken. Der deutsche Gesandte in Bern erhielt Weisung, hinsichtlich der Friedenskonferenz, an der außer Sozialdemokraten einzelne Freisinnige teilnehmen würden, Zurückhaltung zu beobachten. 15703 15704

Die Konferenz selbst, über die das Dokument Nr. 15 707 genau berichtet, fand am 11. Mai statt. Die Schweizer Regierung hatte gleichfalls Zurückhaltung geübt und es abgelehnt, den Sitzungssaal des Nationalrates zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz nahm im großen und ganzen einen befriedigenden Verlauf, zumal eine Diskussion nicht stattfand. Die Pariser Radikalen und Sozialisten, die sich in großer Zahl an der Berner Verständigungskonferenz beteiligt hatten, bemühten sich nachher, sie geradezu als einen Markstein in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen hinzustellen, um so, wie Schoen meinte, der chauvinistisch-nationalistischen Bewegung, die ihnen für die kommenden Wahlen gefährlich werden konnte, etwas das Wasser abzugraben. 15705 15706

Einen bedeutungsvollen Schritt stellte die Bildung eines ständigen interparlamentarischen deutsch-französischen Ausschusses dar. Auch trat die Konferenz in ihrer mit Begeisterung einstimmig angenommenen Resolution für den vom Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag ein. Bryan hatte am 15707 24. April 1913 den in Washington beglaubigten fremden Vertretern einen Vorschlag des Präsidenten Wilson behufs Einsetzung internationaler Untersuchungskommissionen zum Abschluß von Verträgen übermittelt, denen alle auf diplomatischem Wege nicht beizulegenden Streitigkeiten juristischen wie politischen Inhalts zur Untersuchung und Berichterstattung unterbreitet werden sollten. Deutschland hatte gegen die Unterzeichnung eines Bryanvertrages mit Amerika nichts einzuwenden gehabt, trug aber Bedenken, gleichlautende Verträge mit England, Frankreich und Rußland abzuschließen, da es hierdurch seines größten Vorteils, nämlich der schnelleren Kriegsbereitschaft, im Kriegsfalle verlustig gehen müßte. In diesem Sinne äußerte sich der Dirigent der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Kriege, in einer Aufzeichnung vom 16. Juli 1913. Kriegsminister v. Falkenhayn und Staatssekretär v. Tirpitz traten seiner Auffassung bei, da gerade das seinen Nachbarn durch schnellere Mobilmachung überlegene Deutschland diesen Vorteil durch das von Bryan vorgeschlagene Untersuchungsverfahren einbüßen müßte, und falls es wider seinen Willen zum Kriege komme, dadurch zweifellos in Nachteil gesetzt würde. Die Vorschläge Bryans hatten auch die „Unveränderlichkeit der militärischen Bereitschaft der streitenden Mächte“ während der für die Untersuchung des Streitfalles vorgesehenen Frist gefordert, was für Deutschland in Anbetracht seiner Lage inmitten des Kontinents nicht unbedenklich erschien.

Das von der Berner Konferenz eingesetzte ständige deutsch-französische interparlamentarische Komitee trat am 30. Mai 1914 zum 15708 ersten Male in Basel zu einer Tagung zusammen. Hier beschloß man die Einrichtung eines Nachrichtenaustausches, damit Deutsche und Franzosen gegenseitig über den wahren Sachverhalt der Ereignisse unterrichtet würden. Auch sollten noch im Laufe des Jahres 1914 französische Parlamentarier nach Deutschland, deutsche nach Frankreich kommen und wechselseitig in öffentlichen Kundgebungen begrüßt werden. Die Deutschen waren im Gegensatz zu der Berner Konferenz in Basel in der Mehrzahl, da auch Abgeordnete der nationalliberalen Partei und des Zentrums daran teilnahmen.

Die deutsche und ebenso die französische Regierung bewahrten der Tagung gegenüber volle Zurückhaltung. Die offiziöse französische Presse nahm ihr gegenüber sogar einen ablehnenden Standpunkt ein. Der „Temps“ erklärte am 1. Juni, die Baseler Beschlüsse schienen ihm die Lage eher zu verschlechtern als zu verbessern; man gewinne nie etwas dabei, wenn man die Völker täusche.

Auch der deutsche Gesandte Frhr. v. Romberg äußerte sich in ähnlichem Sinne gegenüber dem Schweizer Bundespräsidenten Hoffmann. Veranlassung dazu boten Mitteilungen, die Hoffmann dem Gesandten kürzlich über französische Anerbietungen gemacht hatte, der Schweiz im Kriegsfalle die Getreideeinfuhr auf französischen Bahnen zuzusichern. Der französische Militärattaché Major Pageot hatte in diesem Sinne mit dem schweizerischen Generalstabe anfangs Mai 1914 verhandelt und dabei ausgeführt, daß die Transporte für die Schweiz am 35. Tage nach Ausbruch des Krieges beginnen könnten. Es müsse nur sichergestellt sein, daß nicht etwa auf dem Wege über die Schweiz Getreide nach Deutschland gelange. Nach den Äußerungen des Majors Pageot rechnete damals schon der französische Generalstab stark mit dem Umstande, daß Deutschland in einem Weltkriege seinen Bedarf an Lebensmitteln nicht selbst decken und daher ausgehungert werden könne.

Unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges, am 28. Juli 1914, teilte, wie aus einem Berichte des Militärattachés in Bern, Majors v. Bismarck, vom 29. Juli hervorgeht, Pageot der Schweizer Regierung mit, die französische Regierung stelle nunmehr der Schweiz schon vom 25. statt vom 35. Mobilmachungstage ab ihre südlichen Bahnen zum Getreidetransport zur Verfügung. Bei der schweizerischen Regierung erregten diese Mitteilungen außerordentliches Aufsehen, zumal sie auch von russischer Seite auf eine drohende Kriegsgefahr aufmerksam gemacht worden war. Deutscherseits glaubte man trotz der Mitteilungen des Gesandten Frhr. v. Romberg nicht an eine unmittelbare Kriegsgefahr und nahm nähere Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz wegen der Ausführung eines Kohlenabkommens erst für den Spätsommer 1914 in Aussicht.

Kapitel 295

Die Dreibundkonstellation vor dem Weltkriege Monarchen- und Ministerbegegnungen Konopischt und Miramare. Venedig und Abbazia September 1913 bis Juni 1914

Das 295. Kapitel mit seiner Berichterstattung über die Monarchen- und Ministerbegegnungen während der letzten Monate vor Ausbruch des Weltkrieges vermittelt uns den Eindruck, daß derartige Anlässe eine zutreffende Beurteilung der wirklichen politischen Lage nur in Ausnahmefällen zulassen. Im allgemeinen herrscht bei solchen Begegnungen, zumal wenn es sich um Besuche der regierenden Fürsten handelt, eine gewisse Feststimmung, die über den tatsächlich vorhan-

denen Ernst der bestehenden Differenzen zwischen den Staaten und ihren führenden Staatsmännern hinwegzutäuschen geeignet ist.

Gerade die letzten Monate vor Ausbruch des Weltkrieges brachten eine Reihe solcher Begegnungen. Am 18. Oktober 1913 weilte der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand gemeinsam mit dem Generalstabschef, C. v. Hötzendorf, anläßlich der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig. Wenige Tage darauf traf der Kaiser zum Besuche des Thronfolgers in Konopischt ein, wo er vom 23. bis (15709, 15710) 25. Oktober verblieb. Auf der Rückfahrt von Wien, wo er am 26. Oktober den Kaiser Franz Joseph im Schloß Schönbrunn besuchte, richtete der Kaiser ein herzliches Danktelegramm an den Erzherzog- (15711) Thronfolger. Politische Fragen waren in Konopischt nur nebenbei (15712) erörtert worden.

Anläßlich seiner Frühjahrsreise nach Korfu besuchte Kaiser Wil- (15713) helm II. zunächst am 23. März den Kaiser Franz Joseph und den Herzog (15714) von Cumberland in Wien, hatte am 25. März eine Begegnung mit (15720) dem Könige von Italien in Venedig, um sodann am 27. März dem Erzherzog-Thronfolger in Miramare einen Besuch abzustatten. Am 29. März traf er in Korfu ein, wo er bis zum 4. Mai verblieb. Dort weilte vom 15. bis 22. April auch der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Hervorzuheben ist der tiefe Eindruck, den die Persönlichkeit des Grafen Tisza während des Wiener Besuches am 23. März 1914 auf den (15715–15717) Kaiser gemacht hatte. Er verhehlte bei der Begegnung in Miramare am 27. März dem Erzherzog-Thronfolger diese Auffassung nicht und (15720) legte ihm nahe, dem Grafen sein Vertrauen zu schenken. Der Erzherzog-Thronfolger war aber ganz entgegengesetzter Auffassung, so daß Botschafter v. Tschirschky am 10. Mai nach Berlin mitteilte, es würde sehr nützlich sein, wenn der Kaiser vor der Reise nach Konopischt (12. bis 14. Juni) gebeten würde, dem Erzherzoge nicht wieder von Tisza (15732) zu sprechen, ihm im Gegenteil zu versichern, daß es ihm fernliege, Einfluß auf seine innere Politik zu nehmen.

Die Begegnung des Kaisers mit dem Könige von Italien in Venedig am 25. März nahm einen günstigen Verlauf. Die Monarchen sprachen sich über die schwebenden Fragen aus, so daß sich der Kaiser über (15718) die Begegnung sehr befriedigt äußerte. Auffallend erschien, wie ab- (15719) fällig sämtliche Italiener damals über Frankreich sprachen. Der Kaiser beabsichtigte eine gemeinsame Einladung des Königs von Italien und (15720) des Erzherzog-Thronfolgers zu den deutschen Herbstmanövern, womit unerwarteterweise auch der Erzherzog-Thronfolger einverstanden (15721, 15722) war, obwohl Gegensätze zwischen ihm und dem Könige von Italien bestehen sollten.

Auch militärisch hatte im Februar 1914 eine neue Annäherung Italiens an den Dreibund stattgefunden. Über die italienische Entsendung von Truppen an den Oberrhein, für die jahrelang die technischen Vorbereitungen zwischen den Dreibundstaaten laufend erhalten

worden waren, sind in den früheren Wegweiser-Bänden genaue Mitteilungen gemacht worden[1]). Im Dezember 1912 war Italien zeitweise von seiner Verpflichtung zurückgetreten, im deutsch-französischen Kriegsfalle drei Armeekorps an den Oberrhein zu entsenden[2]). Der neue Chef des italienischen Generalstabes, General Pollio, zeigte sich aber bald bereit, mit General v. Moltke in die Erörterung neuer Abmachungen einzutreten. Seitens des preußischen Generalstabes wurde im Januar 1913 Generalmajor Graf Waldersee in vertraulicher Mission nach Rom entsandt. Er fand dort eine gewisse Spannung Frankreich gegenüber vor, woraus sich eine Geneigtheit zu neuen Abmachungen ergab. Seinen Auftrag in Rom führte er ohne jeden Zusammenhang mit dem Auswärtigen Amt aus[3]). Man wünschte damals in Rom, mit den Marinen Deutschlands und Österreichs zu gewissen Abmachungen zu gelangen.

Als General Pollio im September 1913 an den Kaisermanövern in Schlesien teilnahm, traf er dort auch mit dem General v. Conrad zusammen. Die drei Generalstabschefs benutzten die Gelegenheit zu vertraulichen Aussprachen, und Pollio teilte mit, es solle nunmehr auch der Transport einer italienischen Armee von drei Armeekorps über die Alpen vorbereitet werden. Zu den weiteren Verhandlungen wurde Graf Waldersee anfangs Dezember 1913 nach Rom und demnächst nach Wien entsandt. Dort endeten die Besprechungen, an denen von italienischer Seite auch der italienische Militärattaché teilnahm, am 20. Dezember mit einer grundsätzlichen Übereinstimmung der Beteiligten.

Am 16. Februar 1914 ging in Wien die Nachricht ein, daß der König von Italien nunmehr gleichfalls sein Einverständnis erklärt habe, und daß General Zuccari zu abschließenden Besprechungen nach Berlin 15713 kommen werde. Zuccari war zum Befehlshaber der im Kriegsfalle nach Deutschland zu entsendenden italienischen Armee bestimmt. Seine Berliner Besprechungen vom 10. und 11. März 1914 führten zu dem Ergebnis, daß die Entsendung von zwei Kavallerie-Divisionen und drei Armeekorps, wie General v. Moltke am 13. März an seinen österreichischen Kollegen berichtete, bestimmt zugesagt wurde. Die drei Korps sollten vom 19. Mobilmachungstage an mit den Anfängen am Rhein eintreffen, konnten also vor dem 22. Mobilmachungstage nicht verwendungsbereit sein, während die beiden Kavallerie-Divisionen am 10. Mobilmachungstage verfügbar waren. Eine weitere Beschleunigung dieser Fristen um fünf Tage wurde vom 1. April 1915 ab zugesagt. Bei der

[1]) Siehe Wegweiser V, 2, S. 65, Anm. 2. Dort weiterer Nachweis.

[2]) Vgl. Band 30, Kapitel 240, Anhang A, Nr. 11 288. Siehe Wegweiser 5, 2, S. 63 ff.

[3]) Vgl. Deutscher Offizierbund, Nr. 8 vom 15. März 1927. „Von Kriegführung, Politik, Persönlichkeiten und ihrer Wechselwirkung aufeinander“. Von Georg Graf Waldersee, Generalleutnant a. D., nebst den anschließenden Aufsätzen. Vgl. ferner: Wolfgang Foerster, „Die deutsch-italienische Militärkonvention“. (Heft 5 der „Kriegsschuldfrage“ vom Mai 1927.)

Bewertung dieser Vorgänge darf nicht außer acht gelassen werden, daß in der italienischen Armee, von Ausnahmen abgesehen, ein lebhaftes Interesse für den Dreibund bestand. Die Erwägungen über die Verwendung der Armee im Kriegsfalle aber hingen lediglich von der politischen Leitung ab und wurden durch die inneren Gegensätzlichkeiten der italienischen und österreich-ungarischen Interessen sowie dadurch maßgebend bestimmt[1]), daß Italien fest entschlossen war, niemals gegen England in den Kampf zu treten.

Auf die Entwicklung der italienisch-österreichischen Beziehungen kam alles an. Vom 14. bis 18. April 1914 weilten Marquis di San 15723 Giuliano und Graf Berchtold gemeinsam in Abbazia. Noch in letzter Stunde hatten Zerwürfnisse stattgefunden, die das Zusammentreffen der 15724, 15725 Staatsmänner beinahe in Frage gestellt hätten. Die italienische Presse zeigte nach Beendigung der Zusammenkunft von Abbazia eine gewisse Verstimmung und die Sorge, daß das Verhalten der österreichischen Regierung gegenüber dem italienischen Element in Österreich immer aufs 15727, 15728 neue Schwierigkeiten schaffen würde. Graf Berchtold äußerte sich be- 15729 friedigt über den Verlauf seiner Unterredungen, Marquis di San Giuliano 15730 aber mit deutlicher Zurückhaltung. Ersterer hatte ihm nicht den Eindruck eines bedeutenden Staatsmannes gemacht, wenn er dieses Mal auch wenigstens alle einschlägigen Fragen völlig beherrscht habe. Die beiden Staatsmänner hatten die Gelegenheit ihres Zusammenseins benutzt, um dem damals in Korfu weilenden Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ein herzliches Begrüßungstelegramm unter Betonung der vollen 15726 Übereinstimmung zwischen den drei verbündeten Mächten zu senden[2]). Im übrigen betonte Marquis di San Giuliano Ende April dem deutschen Botschafter in Rom gegenüber, keine Regierung werde jemals in Italien 15731 stark genug sein, „um die italienische Volksstimmung an der Seite Österreichs zu halten, wenn Österreich fortfahre, das italienische Nationalgefühl in ungeschickter Weise zu verletzen".

Sehr aufschlußreich für die Einschätzung Österreich-Ungarns als 15734 Bundesgenosse ist ein Bericht des Botschafters v. Tschirschky vom 22. Mai 1914, in dem er sich mit der Frage des Ersatzes des Botschafters Grafen Szögyényi durch den Prinzen Gottfried Hohenlohe beschäftigte. Er beendigte seinen an den Staatssekretär v. Jagow gerichteten Privatbrief mit folgenden Worten: „Wie oft lege ich mir in Gedanken die Frage vor, ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatengebilde anzuschließen und die mühsame Arbeit weiter zu leisten, es mit fortzuschleppen. Aber ich sehe noch keine andere politische Konstellation, die uns einen Ersatz für das immerhin noch vorhandene Plus bieten könnte, das in der Allianz mit der mitteleuropäischen Macht liegt. Denn ohne diese Allianz müßte unsere Politik notgedrungen auf eine Aufteilung der Monarchie hinzielen. Ob

[1]) Vgl. hierzu Kapitel 296 und die synchronistische Zusammenstellung.

[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 15726 siehe S. 142*.

wir dafür carte blanche von England erhalten würden, selbst wenn dieses mit uns in ein wirklich festes Verhältnis hätte gebracht werden können, ist zu bezweifeln, ebenso auch, ob eine Angliederung der deutschen Provinzen an uns auf die Dauer für uns günstig wirken würde. Die Frucht muß, wie mir scheint, noch weiterreifen. Die Zeit wird am besten zeigen, ob es jemandem noch gelingen wird, die disparaten Kräfte der Länder der Monarchie wieder stärkend zusammenzufassen. Mißlingt dieser Versuch, so wird dann sicherlich die Decomposition sehr schnell vor sich gehen und wir müssen dann unsere Politik danach einrichten."

Der Besuch des Kaisers, den unter anderen auch Großadmiral v. Tirpitz begleitete, in Konopischt fand vom 12. bis 14. Juni 1914 [15733] statt. Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter v. Treutler berichtete [15735] über den Verlauf am 15. Juni. Danach hatte der Kaiser am 13. Juni sich mit dem Erzherzog-Thronfolger über die schwebenden politischen Fragen ausgesprochen. Beide betonten ihre persönliche Abneigung gegen den König von Bulgarien; der Erzherzog sprach sich sehr mißbilligend über Italien aus. Dem Gedanken des Erzherzog-Thronfolgers, den Ersatz des seit langem schwerkranken Dreibundes durch das alte Dreikaiserbündnis zu erörtern, scheint der Kaiser durch [15736] sein lebhaftes Eintreten für Italien widersprochen zu haben. Rußland war nach der Meinung des Erzherzogs nicht zu fürchten; „die inneren Schwierigkeiten seien zu groß, um diesem Lande eine aggressive äußere Politik zu gestatten." Der Kaiser äußerte sich über den Ver- [15737] lauf seines Besuches sehr befriedigt, ebenso der Thronfolger, der unmittelbar darauf den Besuch des Grafen Berchtold empfing.

Kapitel 296

Das Österreichisch-Italienische Verhältnis und die Irredenta April 1913 bis Mai 1914

Ein noch nicht 18 Jahre alter Wiener Journalist Mario Sterle wurde im April 1913 in Wien zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er den [15738] der Irredenta angehörigen, wegen eines Mordversuches auf den Kaiser [15739] Franz Joseph 1882 hingerichteten Oberdank in einem Aufsatze verherrlicht hatte. Über die Höhe seiner Bestrafung entstand in Italien [15740, 15741] große Erregung, die anfangs Mai 1913 zu einem scharfen Ausfall des republikanischen Abgeordneten Chiesa gegen den Kaiser von Österreich in der italienischen Kammer führte.

Im August 1913 wurde die Stimmung durch einige scharfe Erlasse des Triester Statthalters Prinzen Hohenlohe gegen die Italiener aufs neue verschärft. Der Statthalter hatte die Entlassung der ausländischen Staatsangehörigen gefordert, die sich im Dienste des Gemeinderates [15745] von Triest befanden. Es bedurfte nicht geringer Anstrengungen der

Diplomatie, um die immer neuen Verstimmungen zu beseitigen. Be- 15751 sonders bemühte sich darum der schon 71jährige italienische Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, der sich stets nachdrücklich für die Verbesserung der Beziehungen zwischen seinem Vaterlande und der Donaumonarchie eingesetzt hat. Marquis di San Giuliano äußerte 15752 immer lebhaftere Besorgnisse an der inneren Festigkeit des Dreibundes. Schließlich ließ sich Graf Berchtold zu einem gewissen Entgegenkommen 15754 bewegen; Mario Sterle wurde begnadigt, und der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh hielt am 25. November 1913 im Ausschuß 15756 für Äußeres der österreichischen Delegation eine entgegenkommende Rede über die Triester Erlasse, die in Italien einen guten Eindruck machte.

Es hatte viele Mühe gekostet, dieses Entgegenkommen gegen 15757 Italien in Wien zu erreichen. Der Herzog von Avarna erklärte daher dem Botschafter v. Tschirschky, er verzweifle an der Möglichkeit, jemals 15758 dauernd gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Wien und Rom herzustellen. In der italienischen Kammer äußerte sich am 16. Dezember Marquis di San Giuliano mit besonderer Wärme über das Zusammengehen der beiden Mächte während der orientalischen Krise, 15759 was in Wien günstig wirkte.

Ende März 1914, noch vor der Zusammenkunft der Staatsmänner 15760 in Abbazia[1]) begannen neue Verstimmungen durch Erörterungen in der „Tribuna" und durch einen Artikel in einer österreichischen Militärzeitschrift über die Frage des Lovcen[2]). Italienisch-slowenische Krawalle bei der Maifeier am 1. Mai in Triest verschlechterten die Lage aufs 15761, 15762 neue. In Rom glaubte man an eine planmäßig gegen die Italiener gerichtete innere Politik Österreichs, für die der Herzog von Avarna der Energielosigkeit des Grafen Berchtold die Hauptverantwortung zu- 15763 schob. Es bleibe für ihn, den Herzog, nur übrig, von Fall zu Fall nach besten Kräften ausgleichend zu wirken, und man müsse nur hoffen, daß die Zwischenfälle nicht einmal einen noch ernsteren Charakter annähmen, „denn dann könne es so weit kommen, daß keine italienische Regierung das Bundesverhältnis mit Österreich-Ungarn werde aufrechterhalten können".

Auch Kaiser Wilhelm II. teilte die Auffassung, daß Graf Berchtold es völlig an Energie fehlen lasse. Daraus mit erklärt es sich, daß man nach der Mordtat von Serajewo in Berlin mit einem schroffen Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien überhaupt nicht gerechnet hat.

Anfangs Mai 1914 fanden in verschiedenen italienischen Städten Demonstrationen gegen die österreichischen Konsulate statt. In Neapel 15764 nahmen sie einen ernsteren Charakter an. Der Präfekt von Neapel wurde 15765 wegen unzureichender Maßnahmen gegen die dortigen anti-österrei-

---

[1]) Siehe o. S. 214.

[2]) Siehe o. S. 179.

chischen Kundgebungen zur Disposition gestellt. Weiter wollte man aber der Donaumonarchie nicht entgegenkommen. Wenn die österreichische Regierung sich hiermit nicht für befriedigt erkläre, sagte Marquis di San Giuliano zum Botschafter v. Flotow, und weitere Maßregelungen 15766 verlange, so werde das Kabinett zurücktreten und einem anderen Ministerium die Verantwortung für weitergehende Maßregeln überlassen. Er bat Flotow, in diesem Sinne mäßigend einzuwirken. Graf Berchtold 15768 ließ denn auch in Rom erklären, daß er sich mit der erfolgten Maßregel des Präfekten von Neapel zufrieden gebe.

Kapitel 297

Französisches Werben um Italien August 1913 bis Mai 1914

In die sorgsam gepflegten guten Beziehungen Frankreichs zu Italien war während des Tripoliskrieges ein scharfer Mißton gekommen. 15769 Nachdem die Zwischenfälle vom Haager Schiedsgericht geregelt waren, nahm man auf beiden Seiten wieder einen Anlauf zur Erhaltung der lateinischen Freundschaft. In Rom und Paris entstanden Komitees für diesen Zweck, in Paris das Comité franco-italien vom 5. Juli 1912, dem die französischen Staatsmänner Loubet, Clemenceau, Ribot, Pichon, Hanotaux, de Selves, Barthou und andere angehörten.

Ende Oktober 1913 unternahm der französische Botschafter in Rom Barrère einen auffallenden Schritt. Er trat an Marquis di San Giuliano mit der Frage heran, ob es nicht möglich wäre, eine Formel zu finden, 15770 um das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich im Mittelmeer in befriedigender Weise zu regeln und dadurch die zwischen beiden Ländern bestehende Verstimmung zu beseitigen. Giuliano erwiderte, dieser Gedanke scheine ihm zu unbestimmt, und er müsse, um dazu Stellung nehmen zu können, konkretere Vorschläge abwarten. Herzog von Avarna erhielt Auftrag, den Vorgang in Wien mitzuteilen. Ein ent- 15771 sprechender Schritt erfolgte in Berlin durch den italienischen Geschäftsträger. Der stellvertretende Staatssekretär Zimmermann erwiderte ihm, 15772 die vorliegende französische Anregung stelle sich seines Erachtens als ein Versuch dar, in das feste Gefüge des Dreibundes einen Keil zu treiben. Jedes inhaltlich auch noch so unverfängliche und bedeutungslose Abkommen mit Frankreich über Mittelmeerfragen würde französischerseits zu einem großen Erfolg gegenüber der Dreibundpolitik aufgebauscht und als Schwächung des Dreibundes ausgelegt werden. Dadurch erhalte der französische Chauvinismus neue bedenkliche Nahrung. Dies zu vermeiden, liege im Interesse des europäischen Friedens. In Wien stand man der Entwicklung der Dinge mißtrauisch gegenüber. 15773 Die Lust zu Extratouren mit Frankreich, meinte Graf Berchtold, scheine

in Rom doch nicht erloschen, und es sei zweifelhaft, ob es der Marquis di San Giuliano über sich bringen werde, die Franzosen dieses Mal energisch abzuweisen.

Die Art, wie Marquis di San Giuliano sich zu der Aufnahme dieser Mitteilungen in Berlin und Wien äußerte, erwies alsbald, daß ihm eine völlige Zurückweisung der französischen Vorschläge fernlag. Zu dem 15774 deutschen Botschafter sagte er am 4. November, er befinde sich Frankreich gegenüber in einer schwierigen Lage, da er mit einer starken franzosenfreundlichen Stimmung im Lande rechnen müsse. Er werde aber Deutschland jedenfalls auf dem laufenden erhalten. Eine ähn- 15775 liche Sprache mußte der Herzog von Avarna in Wien führen.

Die Haltung Frankreichs im griechisch-italienischen Zwiste[1]) bildete 15776 den Ausgangspunkt für eine heftige französisch-italienische Pressefehde. Die französischen Angriffe gegen Italien in der griechisch-albanischen 15777 Grenzfrage begegneten alsbald einer geschlossenen Abwehr der italienischen Presse. Im Zusammenhange damit suchten damals französische Staatsmänner, wie Paléologue, den Anschein zu erwecken, daß die Italiener, nicht die Franzosen, den ersten Schritt zu einem Abkommen 15778 mit Frankreich über das Mittelmeer getan hätten. Die Anwesenheit eines italienischen Geschwaders im östlichen Mittelmeer zur gleichen Zeit, wo französische und englische Flottenabteilungen sich dort be- 15779 wegten, trug ferner zur Verstimmung bei. Trotzdem war nicht zu verkennen, daß Italien nicht nur Rußland und England, sondern auch 15781 Frankreich gegenüber seine Beziehungen zu verbessern suchte.

Die am 29. Mai 1914 erfolgende Unterzeichnung des italienisch-französischen Abkommens über die rechtliche Stellung der Italiener in Tunis und der Tunesier in Libyen zeigte nach Ansicht des Botschafters 15782 von Flotow, daß Marquis di San Giuliano das Bedürfnis fühlte, „zu der alten italienischen Praxis der Schaukelpolitik bis zu einem gewissen Grade zurückzukehren". Er machte gar kein Hehl daraus, daß er die Beziehungen zu Frankreich zu bessern wünschte, zumal die Schwäche der österreichisch-italienischen Beziehungen gerade damals wieder so stark zutage getreten war. Auch in der italienischen Presse trat eine 15783 deutliche Strömung zugunsten der Anbahnung besserer Beziehungen zum Dreiverbande, insbesondere zu Frankreich, hervor.

Kapitel 298

Französisch-Russisches Werben um Rumänien März 1913 bis Juni 1914

Seit Beginn des Jahres 1913 zeigte sich auf französischer wie auf russischer Seite das Bestreben, Rumänien vom Dreibunde zu trennen. 15784 In Rumänien selbst herrschte eine sehr gereizte Stimmung gegen Öster-

[1]) Vgl. Band 36, 1. Hälfte, Kapitel 278. Siehe o. S. 94ff.

reich-Ungarn, dem man vorwarf, in der rumänisch-bulgarischen Frage 15785 die Interessen Rumäniens nicht mit genügender Energie zu vertreten und durch gleichzeitiges Liebäugeln mit Bulgarien ein doppeltes Spiel zu treiben. Stelle sich Österreich-Ungarn nicht mit großer Entschiedenheit auf Rumäniens Seite, meinte der Erste Sekretär der rumänischen Gesandtschaft in Wien, Carp, so könne Rumänien gezwungen sein, seiner Politik eine andere Orientierung zu geben. In Petersburg bemühte man sich, Rumänien davon zu überzeugen, daß es seinen In- 15786 teressen entsprechen würde, sich von Österreich-Ungarn abzuwenden und Anlehnung an Rußland zu suchen.

Ein Gegenstand größter rumänischer Verstimmung war die Behandlung der in Ungarn wohnenden 3½ Millionen Rumänen. Der Chef der liberalen Opposition und voraussichtliche demnächstige Ministerpräsident Bratianu sagte am 5. Juli 1913 dem Ersten Sekretär auf der 15787 deutschen Gesandtschaft in Bukarest, Grafen Waldburg, in den maßgebenden Wiener Kreisen sei nichts für die Verständigung mit Serbien geschehen; jetzt sei die Stimmung in Rumänien derart, daß keine Regierung, welcher Partei sie angehören möge, einen Krieg an der Seite Österreich-Ungarns zu führen vermöchte.

Straßenkundgebungen in Bukarest gegen Österreich am 3. Juli führten zu einer weiteren Verschärfung der Stimmung, da Wien sich in Bukarest darüber beschwerte. Kaiser Franz Joseph und auch der 15788 österreich-ungarische Gesandte, Prinz zu Fürstenberg, in Bukarest beklagten die Verschlechterung der Beziehungen. Es war aber zweifellos 15789, 15790 ein Fehler, wenn der Prinz zu Fürstenberg dem Könige von Rumänien im August 1913 den Vorschlag eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Rumänien unter gleichzeitigem Anschlusse an den Dreibund machen 15791 konnte, ein Vorschlag, den König Karol ohne jede Diskussion von der Hand wies. Er beklagte die Verschlechterung der Beziehungen zu der Donaumonarchie lebhaft und begrüßte aus diesem Grunde die persönliche Haltung des Erzherzog-Thronfolgers, der slawenfreundlich und 15792 nicht gegen Serbien eingenommen sei. Ein großes Bulgarien könne Rumänien nicht dulden und werde gegebenenfalls mit Serbien gegen Bulgarien vorgehen müssen. In Wien wollte man umgekehrt ein Groß-Serbien nicht dulden und mit Bulgarien gehen.

Die Anwesenheit des Generals v. Conrad bei den deutschen Kaisermanövern in Schlesien im September 1913 [1]) führte auch zu Erörterungen über die Wiener Politik gegenüber Rumänien. General v. Conrad war von der Wichtigkeit und Notwendigkeit des Festhaltens Rumäniens im Dreibunde überzeugt, hielt es aber nach wie vor für nötig, entweder mit Serbien zu einem vollkommenen Bundesverhältnis zu ge- 15793 langen oder bewußt den Krieg gegen Serbien vorzubereiten, wozu

---

[1]) Siehe o. S. 213.

man mit Rücksicht auf Rußland entweder Bulgarien oder Griechenland brauche.

Die maßgebenden rumänischen Staatsmänner wendeten sich von Wien immer mehr ab. Sie betonten bei jeder Gelegenheit, die Be-
15794 ziehungen zum Dreibunde müßten durch Berlin, nicht aber über Wien gehen. Die Mißstimmung gegen Wien war allgemein und konnte nur
15795 durch eine entsprechende Behandlung der Rumänen in Ungarn gebessert werden. Hierfür aber war Graf Tisza nicht oder nicht nachdrücklich genug zu haben.

Im Herbst 1913 erregte der Abschluß einer rumänischen Anleihe
15796 durch die deutsche Disconto-Gesellschaft die allgemeine Aufmerksamkeit. In Paris war man darüber sehr verstimmt, da man an dieser Anleihe von 200 Millionen sich hatte beteiligen wollen, dann aber durch
15797 übermäßiges Feilschen den rumänischen Finanzminister Marghiloman zum Abbruch der Verhandlungen veranlaßt hatte.

Anfangs November weilte König Ferdinand von Bulgarien in Wien,
15799 wo er dem Grafen Berchtold gegenüber seinen Wunsch und seine Hoff-
15802 nung ausdrückte, in gute und intimere Beziehungen zur Donaumonarchie treten zu können. Graf Berchtold erwiderte, jede Annäherung
15801 zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn müsse den Weg über Rumänien nehmen. In Rumänien wollte man aber nicht die eigenen Beziehungen zu Rußland um Österreichs willen kompromittieren.

Die unverkennbare Abkehr Rumäniens von der Donaumonarchie
15803 wurde in Wien nicht ohne Besorgnis betrachtet. Graf Berchtold hielt es für nötig, ein offenes und ernstes Wort mit Rumänien zu reden. In Wien herrschten damals, wie der österreich-ungarische Botschafter in Rom v. Mérey anläßlich eines Aufenthaltes in Wien Ende November
15804 1913 feststellte, zwei Strömungen. Die eine ging dahin, in der alten Politik zu verharren, die Freundschaft zu Rumänien zu pflegen, eine neue mit Griechenland zu begründen und mit Serbien ein erträgliches Verhältnis anzustreben, um auf diese Weise mit Deutschland im völligen Einklang zu bleiben. „Dieses sei die Politik der Ruhe, des behaglichen Liegens im gewohnten Bett, sie erlaube, ruhig den Börsengeschäften nachzugehen, und man könne mit ihr wohl ohne allzu große Aufregungen eine Weile fortleben. Diese Politik sei aber auf die Dauer sicherer Selbstmord für Österreich. Denn die Auseinandersetzung mit Serbien sei unvermeidlich. Die Form und der Inhalt der serbischen Aspirationen bedrohe gleichmäßig die Lebensinteressen der Monarchie.“ Die zweite Strömung sei die, sich auf den Konflikt mit Serbien vorzubereiten, indem man die Freundschaft mit Bulgarien pflege. Mérey hatte den Eindruck, den er dem Botschafter v. Flotow offen mitteilte, Deutschland wolle sich für Österreichs Balkaninteressen nicht über das Minimum der Notwendigkeit hinaus einsetzen. „Deutschland wolle aus geschäftlichen Gründen Ruhe, es sei zu reich geworden und lebe zu sehr in der Anbetung des Geldes. Es sei ein gewisser Sybaritismus

entstanden, der sich in der Freude am Wohlleben und in häufigen Festen zeige und die Abneigung gegen kriegerische Verwicklungen verstärke."

Zeitweise erwog man in Wien, auf Rumänien in dem Sinne einzuwirken, daß es auf eine Veröffentlichung des 1892 mit Österreich-Ungarn geschlossenen Bündnisvertrages einging[1]). Dieser Plan hatte 15806 bei der Haltung des Königs, der schon die Erneuerung des Bündnisses am 26. Februar 1913 mit der größten Heimlichkeit umgeben hatte[2]), keinerlei Aussicht auf Verwirklichung. Zu dem neuen österreich- 15807 ungarischen Gesandten in Bukarest, Grafen Ottokar Czernin, sagte der König am 7. Dezember 1913, wenn die gegenwärtige anti-österreichische 15808 Stimmung anhalte, so würde es äußerst schwer halten, die Rumänen zu einem Zusammengehen mit Österreich zu bewegen. Nun sah man auch in Wien ein, daß man die Frage der Veröffentlichung des Bündnisses 15809 in Bukarest noch nicht anschneiden konnte.

Graf Berchtold wollte in den deutlichen Worten des Königs Karol so etwas wie eine rumänische Erpressung zum Zwecke der Besserstellung 15810 der ungarländischen Rumänen erblicken. „Für den Ernstfall", berichtete Botschafter v. Tschirschky am 20. Dezember, „wird Rumänien nicht mit Deutschland gehen und sich gegen Österreich stellen können." Infolge der großen Erfolge Rumäniens sei die nationale groß-rumänische Strömung im Lande so mächtig geworden, daß sie dem Könige über den Kopf gewachsen sei. Anläßlich der Anwesenheit des Generals Grafen Waldersee in Rom[3]) hatte es sich herausgestellt, daß auch General Pollio über Rumänien sehr schwarz sah. Man hielt es in Rom für geboten, alles daran zu setzen, um Rumänien wieder an den Dreibund heranzubringen, und falls dies nicht mehr möglich sein sollte, wenigstens klare Verhältnisse zu schaffen. Der deutsche Gesandte in Buka- 15811 rest v. Waldthausen hielt es für nötig, daß Deutschland sich für eine magyarisch-rumänische Verständigung einsetzte.

Am 16. Januar 1914 erfolgte in Bukarest die Bildung eines liberalen Kabinetts mit Bratianu als Ministerpräsidenten. Schon vor der Unterzeichnung des obenerwähnten Vertrages vom 26. Februar 1913 hatte Majorescu Bedenken geäußert, ob Bratianu diesen Vertrag jetzt wieder wie 1902 unterschreiben würde[4]). Nunmehr setzte der König Bratianu von der Erneuerung des Bündnisses in Kenntnis. Bei diesem Anlasse äußerte Bratianu, wenn er in der Regierung gewesen wäre, 15812 würde er sich dafür ausgesprochen haben, mit Deutschland nicht einen Akzessionsvertrag, sondern einen dem österreichischen gleichwertigen Vertrag abzuschließen. Auch der König betonte, man wünsche in Rumänien mit Deutschland nicht über Wien, sondern direkt Verbindung zu halten. Als bezeichnend ist hervorzuheben, daß der neue rumänische

---

[1]) Vgl. hierzu Wegweiser Band 5, 2, S. 67 ff.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 69.
[3]) Siehe o. S. 213.
[4]) Vgl. Wegweiser Band 5, 2, S. 69.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Porumbaru, weder von der Erneuerung des Bündnisses, noch überhaupt von dem Bündnisse selbst etwas wußte. Der König hatte ihm nur gesagt, daß Rumänien wie bisher auf der Seite des Dreibundes stehen würde.

Schon im Herbst 1913 war ein Besuch des rumänischen Thronfolgers mit seinem ältesten Sohne, Prinzen Carl, bei der russischen Kaiserfamilie in der Krim in Aussicht genommen gewesen. Im Februar 1914 tauchten aufs neue Heiratsprojekte auf. Die Zarin hatte indes zu verstehen gegeben, daß sie dem Gedanken politischer Heiraten für ihre 15813 Töchter nicht sehr sympathisch gegenüberstehe. Dieselbe ablehnende Haltung nahm auch der Zar gegenüber dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch ein, der anfangs Februar 1914 eine Heirat des serbischen Thronfolgers mit einer Zarentochter in Vorschlag brachte. Der Zar wünschte seinen Kindern die Entscheidung des Herzens zu überlassen und sie in der Wahl ihres künftigen Lebensgefährten nicht zu beeinflussen.

Ein Erlaß des Staatssekretärs v. Jagow an Tschirschky vom 5. März 15814 zeigt das unablässige Bestreben der deutschen Regierung, zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien zu vermitteln. Während Kaiser Wil-15815 helm bei seinem Besuche in Wien am 23. März in einem Gespräche mit dem Grafen Tisza den Eindruck gewann, er sei einer Verständigung mit den ungarischen Rumänen durchaus geneigt, beschwerte man sich 15816 in Bukarest über sein geringes Entgegenkommen. Auch hielt König Karol es für erforderlich, daß man in Wien sowohl Serbien wie den auf 14 Millionen geschätzten in Österreich-Ungarn lebenden Slawen entgegenkam. Besorgt äußerte sich der König auch wegen der russischen Treibereien in Rumänien. Der neue russische Gesandte in Bukarest, Poklewsky-Koziell, hatte gleich nach seiner Ankunft in Bukarest eine russische Propaganda großen Stiles begonnen. Auf die dem Kaiser Wilhelm II. vermittelte Bemerkung des Königs Karol, er würde hoffent-15817 lich in Griechenland beruhigend wirken können, äußerte der Kaiser in einer Randbemerkung seine völlige Zustimmung mit den Worten: „Das ist ja meine einzige Beschäftigung, wo ich auch hinkomme!“

Ein ausführlicher Bericht des Gesandten in Bukarest, v. Waldthausen, 15818 an den Reichskanzler vom 8. April unterrichtet über die eindrucksvolle Tätigkeit der rumänischen Kulturliga und der in Paris gegründeten „association franco-roumaine“. Es herrschte damals in Bukarest zweifellos eine starke französisch-russische Strömung. „Man findet in weiten Kreisen, daß Österreich im vorigen Jahre Rumänien in schwierigen Zeiten im Stiche ließ, will die bisherige Behandlung der drei Millionen oder, wie man hier glaubt, vier Millionen ungarischer Rumänen durch die Magyaren nicht länger ruhig hinnehmen, verlangt eine veränderte Haltung gegenüber der benachbarten Doppelmonarchie und denkt an einen etwaigen späteren Zug über die Karpathen zur Befreiung der unterjochten Brüder. Der Präsident der Kulturliga sagte mir, daß man

hier große Sympathien für Deutschland und Italien, aber nicht für Österreich habe, dessen Politik während der Balkankrise nicht in Wien, sondern in Budapest gemacht worden sei. Die Klagen der Rumänen in Österreich-Ungarn seien derartig, daß man sich hier der Beachtung derselben nicht entziehen könne." Rumänien, so äußerte sich der dortige Finanzminister, befindet sich in schwieriger Lage zwischen Österreich und Rußland; es müsse ihm freistehen, sich, je nachdem es seine Interessen erforderten, im gegebenen Augenblick auf die eine oder andere Seite zu stellen.

Der russische Gesandte in Bukarest äußerte sich zu dem rumänischen Gesandten in Petersburg, Diamandy[1]), er wisse nicht, welche 15819 geheimen Abmachungen Rumänien mit dem Dreibunde haben könne. „Aber schließlich ist das jetzt gleichgültig, denn gegebenenfalls würde angesichts Ihrer öffentlichen Meinung Ihre Armee sich weigern, gegen uns zu marschieren." Diese Äußerung teilte der rumänische Gesandte in Berlin, Beldiman, bei seiner Rückkehr vom Urlaub aus Rumänien am 17. April im Auswärtigen Amte mit. Er erwähnte bei diesem Anlasse, die Animosität gegen Österreich-Ungarn sei weit verbreitet, und als 15820 Gegenwirkung machten sich die Sympathien für Rußland immer mehr geltend. Jagow ließ daraufhin nach Wien mitteilen, man müsse jetzt zwischen Rumänien und Bulgarien wählen, und diese Wahl könne, solange Rumänien nicht endgültig verloren gegeben werden müsse, auch für Wien nicht schwer fallen.

Da Rußland und Frankreich in Rumänien gelegentlich auf die angebliche Erschütterung des Dreibundes hinwiesen, um Rumänien auf ihre Seite zu ziehen, ließ Jagow in Rom betonen, er würde es für nützlich halten, wenn Italien diesen Ausstreuungen unauffällig entgegen- 15821 wirkte. Es war sogar schon davon die Rede gewesen, Italien würde im Ernstfalle Österreich und Deutschland die Gefolgschaft verweigern, unter Umständen sogar gegen seine Verbündeten zu den Waffen greifen. In Rom erblickte man die Erklärung für die steigende Abneigung Ru- 15822 mäniens gegen Österreich in der ungeschickten Haltung des Wiener Kabinetts.

Österreich-Ungarns militärische Lage in einem Zukunftskriege schien durch die Gestaltung der Dinge in Rumänien wesentlich verschlechtert. Graf Czernin rechnete dem deutschen Gesandten in 15823 Bukarest vor, Österreich-Ungarn werde im Falle eines europäischen Krieges vielleicht einer rumänischen Streitkraft von 7 Armeekorps und einer serbischen von 5 Armeekorps gegenüberstehen und könne Deutschland dann nur mit 4 Armeekorps zur Seite treten. Man hielt daher in Wien eine völlige Klarstellung des Verhältnisses zu Rumänien im Ernstfalle durch Anfragen beim Könige von Rumänien für erforderlich. Zu einem so weitgehenden Schritte wollte man

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 15819 siehe S. 143*.

15824 sich in Berlin nicht entschließen; man hielt es für besser, wenn die
15825 Mächte des Dreibundes es vermieden, Unruhe und Nervosität an den Tag zu legen, die von den Rumänen als Zeichen von Schwäche gedeutet werden müßten. „Es mag sein, daß die rumänische Regierung bei einem schon in nächster Zeit ausbrechenden europäischen Kriege wegen der im Volke herrschenden Stimmung Schwierigkeiten haben würde, ihrer Bündnispflicht nachzukommen. Abgesehen jedoch davon, daß Verwicklungen zwischen den Großmächten für die nächste Zukunft kaum zu erwarten sind, dürfte von der Nichteinhaltung der Bündnispflicht bis zur aktiven Gegnerschaft noch ein weiter Weg sein. Aus vorstehenden Erwägungen würden wir es für einen irreparablen Fehler halten, dem Könige von Rumänien im gegenwärtigen Moment durch die von Graf Czernin geplante Anfrage gleichsam die Pistole auf die Brust zu setzen. Der Monarch, der sich bisher stets loyal erwiesen hat, würde durch eine solche Koramierung sich zweifellos sehr verletzt fühlen und daraus vielleicht Konsequenzen ziehen, die das Gegenteil des gewollten Zwecks erreichten."

Der Gesandte von Waldthausen sollte versuchen, auf seinen österreichischen Kollegen nach Möglichkeit beruhigend einzuwirken. Er
15826 berichtete am 24. April auf Grund der Entsendung des rumänischen Generals Coanda nach der Türkei, daß man mit der Möglichkeit einer neuen Orientierung der äußeren Politik Rumäniens in näherer oder fernerer Zeit werde rechnen müssen; vielleicht scheine eine nähere Fühlungnahme mit der rumänischen Regierung angezeigt, die vielleicht von der neugeschaffenen Lage im Balkan ausgehen könnte. In Wien betonte man nunmehr, man könne wohl nichts anderes tun als abwarten,
15827 bis die französisch-russische Welle wieder abgeflaut sein werde. Graf Berchtold erklärte, in mäßigendem Sinne auf den General v. Conrad einwirken zu wollen, der schon den Plan erwogen hatte, zu Befestigungen an der siebenbürgisch-rumänischen Grenze zu schreiten, ein
15830 Gedanke, den Botschafter v. Tschirschky am 10. Mai mit Recht als gefährlich bezeichnete.

Anfangs Mai war es so weit, daß Graf Czernin Rumänien für den
15829 Dreibund verloren geben zu müssen glaubte. Wien und Berlin müßten jetzt gemeinsam überlegen, was geschehen solle, um Rumänien wieder zu gewinnen. Nach der Ansicht des Grafen Czernin würde Rumänien beim Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Rußland sich zunächst ruhig verhalten und abwarten, welche der beiden Parteien die Oberhand gewinnen würde. Als einen charakteristischen Gedankengang rumänischer Politiker erwähnte damals der Gesandte v. Waldthausen, daß Österreich-Ungarn in fünf oder zehn Jahren sich notwendig auflösen würde.

Am 14. Juni 1914 besuchte die Zarenfamilie den König von Rumänien in K o n s t a n z a. Es kam aber auch bei diesem Anlasse nicht
15831 zu einer Verlobung des Prinzen Carl. Im übrigen nahm der Zaren-

besuch einen für den König von Rumänien befriedigenden Verlauf. Sasonow, der das Zarenpaar nach Konstanza begleitet hatte, begab sich 15832 am 15. Juni nach Bukarest, tags darauf wieder nach Sinaia, wo er mit Bratianu eine Autofahrt über die Grenze in das siebenbürgische Gebiet unternahm. Hierüber äußerte sich Graf Berchtold äußerst ungehalten. 15833 Sasonow hatte seine friedlichen Absichten Österreich gegenüber deutlich betont, aber erklärt, Rußland könne unter keinem Vorwande einen österreichischen Angriff auf Serbien zulassen.

Am 17. Juni übermittelte Bratianu dem deutschen Gesandten eine Aufzeichnung über die Bukarester Besprechungen mit Sasonow[1]). Diese 15834 Mitteilungen waren nur für Berlin, nicht aber für Wien bestimmt. König Karol hatte diese Aufzeichnung gebilligt und bestätigte sie am 18. Juni dem Gesandten v. Waldthausen. Bratianu kritisierte darin das Be- 15835 streben derjenigen, die Rumänien zwingen wollten, jetzt deutlich Stellung zu nehmen und schilderte den Verlauf des Zarenbesuches ausführlich in allen Einzelheiten.

Zu dem deutschen Militärattaché in Bukarest, Major v. Bronsart, sagte General Iliescu, der als Generalsekretär des Kriegsministeriums Bratianu nach Constanza begleitet hatte, es seien dort keinerlei Abmachungen getroffen worden. Rußland verfolge seines Erachtens, 15836 unterstützt durch Frankreich, einstweilen nur den Plan, Rumänien vom Dreibunde zu entfernen. Beide Länder suchten deshalb zunächst eine ihnen günstige Stimmung zu schaffen und würden damit schließlich wohl Erfolg haben, wenn nicht von seiten des Dreibundes dagegen gearbeitet werde. Als ganz falsch erklärte es Bratianu, wenn Österreich-Ungarn jetzt solchen Pessimismus zur Schau trage, daß sogar von Befestigungen an der rumänischen Grenze in der Presse gesprochen werden könne; Wien müsse trachten, die Ursachen des Übels zu beseitigen, und das könne nur durch eine Verbesserung der Lage der ungarländischen Rumänen geschehen. In dieser Beziehung sei Graf Tisza unaufrichtig. 15837 Es sei ihm nicht ernst mit einer Verbesserung; sondern er habe nur einem Wunsche des Erzherzog-Thronfolgers entsprechen wollen.

Den Abschluß des 298. Kapitels bildet ein Bericht des Grafen v. Waldburg aus Bukarest vom 3. Juli über einen Artikel im „Journal 15838 des Balkans". Dieser Artikel behandelte den Zarenbesuch in Konstanza und führte aus: „Die französisch-russische Allianz . . . hätte früher oder später Rußland Rumänien näherbringen müssen, weil jenes dasselbe Ziel zur Erlangung des Gleichgewichts in Europa verfolge, das dieses im Orient anstrebte, und in dem Augenblick behaupten mußte, als der Balkan die Form geordneter Staatswesen annahm. Die Tendenz der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts am Balkan decke sich aber mit der Politik Rußlands, während das serbenfeindliche Österreich sich von diesem entfernt habe."

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 15834 siehe S. 143*/144*.

Kapitel 299

Die Russische Kriegsbereitschaft und die Deutsch-Russische Pressefehde Februar bis Juni 1914

Die peinlichen Kämpfe um die Beilegung der „Liman-Sanders-Affäre“ [1]) hatten fortdauernd zu schweren Angriffen auf Deutschland in der russischen Presse geführt, so daß Sasonow schon im Dezember 1913 den Wunsch geäußert hatte, irgend etwas für die öffentliche Meinung Beruhigendes veröffentlichen zu können [2]). Der entstandene Federkrieg ließ sich aber nicht so leicht wieder eindämmen, zumal in Deutschland das Verhalten der russischen Politik stärkstes Mißtrauen erregt hatte.

Die Überzeugung, daß Rußland noch nicht in der Lage sei, seine Politik mit den Waffen in der Hand durchzusetzen, war in der Berichterstattung der deutschen Diplomaten wiederholt zum Ausdruck gekommen [3]). Nun waren aber die Fortschritte in der Kriegsbereitschaft Rußlands so erhebliche, daß man sehr wohl mit einer größeren Aktivität der russischen Politik zu rechnen Anlaß hatte. Ein Bericht, den der 15839 Generalstabschef v. Moltke am 24. Februar 1914 dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes überreichte, zeigte mit vollster Eindringlichkeit, was seit dem russisch-japanischen Kriege für die Erhöhung der russischen Kriegsbereitschaft geschehen war. Eine neue Mobilmachungsvorschrift vom Jahre 1911 hatte die Erreichung der Marschbereitschaft verkürzt, die „Einführung der Kriegsvorbereitungsperiode“ die Möglichkeit gegeben, die Mobilmachung in Zeiten politischer Spannung in weitgehendster Weise vorzubereiten und sie so weit im geheimen durchzuführen, daß unter Umständen wenigstens die Grenzkorps beim tatsächlichen Erlaß des Mobilmachungsbefehls sofort marschbereit sein konnten. In der Spannungszeit 1912/13 hatte man Gelegenheit gehabt, sämtliche Maßnahmen zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft noch einmal gründlich zu überprüfen und die noch vorhandenen Mängel abzustellen. Die Mobilmachungsbereitschaft der Eisenbahnen hatte man geprüft und wo nötig verbessert und zu diesem Zwecke vollkommene Probemobilmachungen einzelner Strecken stattfinden lassen.

Sehr einschneidend war auch der Entschluß, den im Herbst 1912 zur Entlassung heranstehenden Jahrgang bis zum Frühjahr 1913 bei der Fahne zurückzubehalten, weil man auf diese Weise über die militärische Schwächeperiode des Winters bis zur vollendeten Rekrutenausbildung hinwegkam. Eine außerterminliche Einstellung von Rekruten im Frühjahr 1913 hatte die Friedensstärke der Armee nochmals um 48 000 Mann erhöht, die Zurückverlegung einiger Armeekorps aus

---

[1]) Vgl. Kapitel 290. Siehe o. S. 169 ff.
[2]) Vgl. o. Dokument Nr. 15495, S. 173/174.
[3]) Vgl. o. S. 65, 92/93, 108, 111, 166, 173, 180, 215.

dem westlichen Grenzgebiet in das innere Rußland den Aufmarsch in höherem Maße von der Friedensunterbringung befreit. An der Entwicklung des strategischen Bahnnetzes war dauernd weiter gearbeitet worden. Seine weitere umfangreiche Ausgestaltung, besonders für einen schnellen Einsatz der in den Militärbezirken Moskau und Kasan zu bildenden Zentralarmee, stand bevor.

„Aus all dem geht hervor,“ berichtete Moltke, „daß die Kriegsbereitschaft Rußlands seit dem russisch-japanischen Kriege ganz ungeheure Fortschritte gemacht und heute eine Höhe erreicht hat wie nie zuvor. Ganz besonders aber muß hervorgehoben werden, daß sie sich in einigen Punkten über die Kriegsbereitschaft der übrigen Großmächte einschließlich Deutschlands erhebt; nämlich:

durch das Ausschalten der militärischen Schwächeperiode im Winter durch Zurückbehaltung des ältesten Jahrganges bis zur vollendeten Ausbildung der Rekruten;

durch häufige praktische Erprobung der gesamten Mobilmachungsmaßnahmen mit Hilfe der Versuchs- und Probemobilmachungen;

durch die mögliche außerordentliche Beschleunigung der Mobilmachung mit Hilfe der Kriegsvorbereitungsperiode.“

Die Nachrichten von russischen Rüstungen und Truppenverschiebungen blieben nicht ohne Eindruck auf die italienische Regierung. General Pollio entsandte Leute nach Rußland, um sich über die Einzelheiten zu unterrichten. Da Marquis di San Giuliano dem russischen 15840 Faktor in der europäischen Politik großes Gewicht beimaß und er die Zukunft Österreichs sehr pessimistisch betrachtete, suchte er alle Unannehmlichkeiten mit Frankreich zu vermeiden.

Bei Besprechungen, die Sasonow im Februar mit dem Grafen Pourtalès hatte, beschwerte er sich wiederholt über die Haltung der deut- 15841 schen Presse gegen Rußland. Graf Pourtalès wies darauf hin, daß Deutschlands Entgegenkommen in der Frage der Entsendung des Generals Liman v. Sanders nicht genügend gewürdigt werde, die Zeitungen wüteten schlimmer denn je gegen Deutschland. Sasonow erwiderte, wie schon so oft, die Presse habe in Rußland gar keine Bedeutung und dürfe nicht als der Ausdruck der öffentlichen Meinung angesehen werden.

Die unverkennbare Steigerung der russischen Kriegsvorbereitungen beunruhigte auch den Grafen Berchtold. Anläßlich eines Besuches in München unterhielt sich der Graf nach einem Frühstück bei dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling mit dem preußischen Gesandten v. Treutler und meinte, die Rüstungen und das Zusammenziehen der russischen Truppen gegen Österreich und Deutschland seien doch sehr auffallend, und man dürfe nicht ohne weiteres damit rechnen, daß im Kriegsfalle etwa hinter den marschierenden russischen Armeen sofort die Revolution aufflammen werde. In seinem Berichte vom 4. März 15842 brachte Treutler auch zur Sprache, daß man in Wien in großer Verlegenheit sei, wen man als Ersatz für den betagten und seinem

Posten nicht mehr gewachsenen Grafen Szögyényi nach Berlin entsenden solle. „Angesichts des augenscheinlich immer engeren Zusammenarbeitens der Diplomatie der Ententemächte könne man sich nicht damit begnügen, daß die deutsche Botschaft in Wien die einzige Vermittlungsstelle zwischen Deutschland und Österreich bilde, man könne nicht darauf verzichten, auch in Berlin einen geeigneten Vertreter zu haben; man sei sich deshalb klar darüber, daß der gegenwärtige Zustand nicht fortdauern dürfe, aber die Personenfrage stieße auf die größten Schwierigkeiten."

Am 2. März 1914 ließ die „Kölnische Zeitung" aus der Feder ihres 15843 Petersburger Korrespondenten, eines Oberleutnants a. D. Dr. Ulrich, unter dem Titel „Rußland und Deutschland" einen Aufsatz erscheinen, der das größte Aufsehen machte, zumal er in Petersburg anfangs als irgendwie inspiriert angesehen wurde. Der Artikel ging davon aus, Rußland sei heute noch nicht in der Lage, politische Drohungen mit Waffengewalt zu unterstützen; eine unmittelbare Kriegsgefahr von der russischen Seite sei also nicht drohend, so sehr auch die Franzosen mit dem russischen Säbel rasselten: „Ganz anders wird die politische Wertung der russischen Heeresmacht in drei bis vier Jahren ausfallen. Die Gesundung der Finanzwirtschaft und Hebung des Kredits, den übrigens Frankreich gegen deutschfeindliche militärische Versprechungen immer gern gewährt, haben Rußland in einen vorwärtsstrebenden Kurs gebracht, dessen Ziel, wenn es ruhig weitersteuern kann, im Herbst 1917 erreicht sein wird." Rußland rüste zum Kriege gegen Deutschland und habe seine „mächtigen Kriegsgelüste" im Frühjahr 1913 nur darum unterdrückt, weil man noch nicht fertig gewesen sei. Der Artikel gipfelte in der Überzeugung, Rußland werde, sobald seine Rüstungen beendet seien, also spätestens in drei Jahren, zum Kriege gegen Deutschland schreiten.

Dieser Aufsatz machte ein ungeheures Aufsehen und gab den französischen Chauvinisten die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, wie notwendig es sei, die dreijährige Dienstzeit in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Die deutsche Botschaft in Petersburg hatte mit dem Aufsatze nicht das geringste zu tun, was Graf Pourtalès dem Minister Saso- 15843 now sofort erklärte. Sasonow sagte dem Grafen, in Rußland denke kein Mensch ernstlich an einen offensiven Krieg gegen Deutschland, und die russischen Rüstungen seien nichts anderes als ein Symptom der in ganz Europa herrschenden Krankheit des Rüstungsfiebers.

In Berlin wies man den Artikel der „Kölnischen Zeitung" nachdrücklich zurück. Die „Politische Korrespondenz" erklärte am 4. März, die Ansichten des Petersburger Vertreters des rheinischen Blattes würden an maßgebenden Stellen in Berlin nirgends geteilt. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" rückte von der „Kölnischen Zei- 15854 tung" ab und wurde dafür von ihr heftig angegriffen, eine Tatsache,

die Sasonow endlich davon überzeugte, daß der Artikel „Rußland und Deutschland“ keinen offiziösen Charakter trug.

Auch in London erregte der Petersburger Artikel großes Aufsehen. Fürst Lichnowsky verurteilte die Sprache dieses Aufsatzes und ganz 15847 allgemein den „Polterton“ der deutschen Presse gegenüber Rußland. Er war geneigt, der deutschen Presse an der zunehmenden Gereiztheit der Stimmung die Hauptschuld beizumessen und mußte von Berlin aus 15848 erst darauf hingewiesen werden, daß die russische Presse schon seit 15849 Monaten gegen Deutschland hetze. Hierauf sollte er in den amtlichen und sonstigen maßgebenden englischen Kreisen nachdrücklich hinweisen.

In einem Berichte vom 11. März erörterte Graf Pourtalès die Frage, ob sich Rußland tatsächlich planmäßig auf einen in drei oder vier 15844 Jahren gegen Deutschland zu führenden Krieg vorbereite. Diese Ansicht hielt er für falsch. Es herrsche in Rußland der begreifliche Wunsch, die Schlagfertigkeit der Armee, die sich im japanischen Kriege als ungenügend erwiesen habe, zu erhöhen und hinter Deutschland nicht zu sehr zurück zu bleiben. Für die militärischen Vorbereitungen der letzten Zeit seien das Drängen Frankreichs, die nationalistischen Einflüsse und nicht zum mindesten das überall unvermindert herrschende tiefe Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn bestimmend. In Rußland fehle es augenblicklich an Persönlichkeiten, denen derartig weitausschauende Pläne, wie ein Angriff gegen Deutschland, zuzutrauen seien. Andererseits betonte Graf Pourtalès aber auch die großen Gefahren, die das Treiben der russischen Nationalisten, die Hetzereien der französischen Chauvinisten und das Verhältnis Rußlands zu Österreich heraufbeschwören könnten. Im Frühjahr 1913 seien die Zustände schon recht bedenklich gewesen, und hätte Rußland damals einen ehrgeizigen, kriegerischen und dabei populären General etwa wie Skobelew gehabt, so hätte dieser es vielleicht fertig gebracht, den Krieg herbeizuführen. „Daß die Regierung angesichts solcher Treibereien ihre Ohnmacht bekennt, gegen die Presse etwas zu tun, scheint mir ein bedenklicher Beweis ihrer Schwäche. In dieser Schwäche, die von französischer Seite reichlich ausgenutzt wird, erblicke ich die Gefahren der gegenwärtigen Lage weit mehr als in der angeblichen planmäßigen Vorbereitung eines Angriffskrieges durch die leitenden Faktoren.“ Der Kaiser beanstandete an diesem Bericht, daß der Graf im zweiten Teile alles wieder verwerfe, was er im ersten gesagt habe. „Wir befinden uns im Grenzgebiet zwischen Militär und Politik, was heikel und unklar ist, wo aber der Diplomat meistens versagt. Ich als Militär hege nach allen meinen Nachrichten nicht den allergeringsten Zweifel, daß Rußland den Krieg systematisch gegen uns vorbereitet; und danach führe ich meine Politik.“

Inzwischen ging der Federkrieg weiter. Am 12. März teilte Sasonow dem Grafen Pourtalès mit, es werde ein vom Kriegsminister 15845

Suchomlinow verfaßter Artikel über die russischen Rüstungen im „Ruskoje Slowo“ erscheinen, der beruhigend wirken solle. Nun hatte sich 15846 aber der sehr ruhig denkende politische Redakteur des „Ruskoje Slowo“ geweigert, den recht scharf gehaltenen Artikel zu bringen. Suchomlinow hatte ihn umgearbeitet oder umarbeiten lassen, und der Aufsatz erschien am 12. März in der „Birschewija Wjedomosti“. In diesem Aufsatze, der offenbar Rußland und Frankreich über die Kriegsbereitschaft der russischen Armee beruhigen sollte, und dessen Wortlaut schon vor seinem Erscheinen nach Paris telegraphiert worden war, fand sich die Feststellung, das Hauptziel der russischen Landesverteidigung sei erreicht; bisher habe der russische Operationsplan defensiven Charakter gehabt, heute wisse man, daß die russische Armee im Gegenteil eine aktive Rolle spielen werde. „Es ist wichtig, daß die russische öffentliche Meinung sich dessen bewußt ist, daß das Vaterland auf jede Möglichkeit gefaßt ist. Aber die militärische Macht eines Landes, dessen Herrscher in der Frage der Friedenskonferenz im Haag die Initiative ergriffen hat, kann nur den Staaten unangenehm sein, die aggressive Absichten haben. Niemand darf Gelüste auf irgendwelche Teile des russischen Reiches haben. Ebenso wie der Herrscher wünscht Rußland den Frieden, aber es ist im Bedarfsfalle auch gerüstet.“

In Paris benutzte man die prächtige Gelegenheit, gegen Deutsch- 15850 land zu hetzen. Der Geschäftsträger v. Radowitz berichtete aus Paris, aus den vielen über die Kriegsbereitschaft Rußlands geschriebenen Artikeln klinge ein seit langer Zeit nicht mehr gehörter Ton der Dankbarkeit gegen Rußland, das das gefährliche Deutschland im Zaume halte. Alle russisch-französischen Verstimmungen schienen vergessen. In Petersburg leugnete Sasonow die Urheberschaft des Kriegsministers Suchomlinow für den Artikel ab, und Graf Pourtalès folgerte hieraus aufs neue, wie zerfahren die russischen Verhältnisse gegenwärtig seien, und wie 15851 sehr es an einer Homogenität im Ministerium fehle. „Das Fehlen einer starken einheitlichen Leitung erleichtert es den hetzerischen Elementen, an verschiedenen Punkten ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, und es ist nicht zu leugnen, daß in dieser Beziehung die jetzige Lage Gefahren in sich birgt.“ In dieser Ansicht mußten ihn auch die Nachrichten über eine geheime Konferenz in der Duma, die am 14. März 15852 stattgefunden hatte, bestärken. Offenbar wollte man in Petersburg durch diese geheime Sitzung nach außen hin Eindruck machen.

Eine Mitte März 1914 stattfindende Unterredung des deutschen 15853 Militärattachés, Oberstleutnants Grafen Kageneck, mit dem General Conrad v. Hötzendorf zeigte, wie sehr man in Wien über die Rüstungen Rußlands besorgt war. Der General hätte am liebsten gleich losgeschlagen. Bei einem Gespräche mit dem Botschafter v. Tschirschky über die gleiche Frage hatte dieser dem General erklärt, für diese radikale Lösung seien weder Kaiser Wilhelm II. noch Erzherzog Franz

Ferdinand zu haben, beide würde nur gezwungen und einem fait accompli gegenüber sich zum Kriege entschließen.

Zwischen Sasonow und dem Grafen Pourtalès gingen die Erörterungen weiter. Sasonow verwahrte sich dagegen, daß etwa die große Armeevermehrung in Deutschland 1913 eine Antwort auf die russischen Rüstungen gewesen sein solle. Mit Recht wies Graf Pourtalès darauf hin, daß die schon vor längerer Zeit über russische Rüstungspläne bekannt gewordenen Nachrichten auf die deutsche letzte Militärvorlage 15854 mit von Einfluß gewesen seien. Sasonow gab zu, daß die Franzosen auf den Ausbau weiterer Linien gedrängt und dabei ganz unsinnige Forderungen gestellt hätten, die man aber nicht erfüllen würde.

Die amtlichen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn, die im Winter 1913/1914 denkbar schlecht gewesen waren, gewannen zu dieser Zeit äußerlich wieder einen freundschaftlichen Charakter. Der neue Botschafter der Donaumonarchie Graf Szápáryi fand eine leidlich entgegenkommende Aufnahme. Trotzdem war die allgemeine Stimmung in Petersburg gegen Österreich-Ungarn viel gereizter als gegen Deutschland. Das gegen Deutschland herrschende Mißtrauen beruhte, wie Graf Pourtalès am 21. März berichtete, hauptsächlich auf 15855 Deutschlands Verhältnis zu Österreich-Ungarn, sowie auf der Annahme, „daß das Wiener Kabinett eine ganz andere Politik führen würde, wenn es nicht von Deutschland gedeckt oder, wie viele auch glauben, geschoben würde“. Der Wunsch, einmal mit Österreich-Ungarn abzurechnen, war zweifellos viel weiter verbreitet als der Gedanke an einen Krieg mit Deutschland. Die Vorkämpfer für eine solche Abrechnung waren sich nicht im Zweifel darüber, daß Rußland bei einem solchen Kriege mit der Wahrscheinlichkeit eines Konflikts mit Deutschland rechnen müsse.

Ende März kehrte der russische Botschafter v. Giers, der am 21. Februar in Petersburg an einer Sonderkonferenz, die sich mit der Meerengenfrage befaßte, teilgenommen hatte, nach Konstantinopel zurück. Botschafter Frhr. v. Wangenheim erstattete am 26. März einen aus- 15856 führlichen Bericht über ein Gespräch, das er mit Giers gehabt hatte. Letzterer sprach sich bei dieser Gelegenheit dafür aus, daß Rußland an der Wiedererhebung der Türkei mitarbeiten müsse. Damit sei für eine harmonische Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands die Bahn frei. Ob Frankreich Elsaß-Lothringen wiedererobere, sei für Rußland gleichgültig, wichtig dagegen, ob Deutschland gewillt sei, Rußland in seinen eigenen Plänen, soweit sie deutsche Interessen nicht berührten, gewähren zu lassen: „Er (Giers) verstehe, daß der Gedanke, Rußland unterstütze französische Revanche-Ideen, in Deutschland beunruhige. Auf der anderen Seite werde man aber bei uns verstehen, daß die tatsächliche Unterstützung, welche Deutschland den österreichischen Machenschaften gegen Rußland am Balkan gewähre, das Aufkommen wirklich herzlicher Gefühle für Deutschland in Rußland verhindere.

Rußland könne wohl beanspruchen, daß Deutschland die österreichischen Bestrebungen nicht mehr begünstige als Rußland die französischen. In früheren Zeiten sei Deutschland der Kork auf der österreichischen Champagnerflasche gewesen. Damals hätte die Führung des Dreibundes in Berlin gelegen. Immer mehr sei neuerdings diese Führung von Berlin nach Wien verlegt worden. Während Österreich Deutschland zum Beispiel in Marokko nur sehr zögernd unterstützt habe, sei Deutschland mit seiner ganzen Kraft für österreichische Wünsche der zweifelhaftesten Art, wie für die Fernhaltung der Serben vom Ägäischen Meere und für die ‚Mißgeburt' Albanien, eingetreten. Jetzt liege die Sache so, daß der Weltfriede nur durch die österreichischen Intrigen am Balkan bedroht werde. Rußland müsse gegen dieselben Stellung nehmen, obwohl es die Balkanländer am liebsten sich selbst überlassen möchte. Wenn es jemals zu einem ernsteren Konflikt zwischen Rußland und Deutschland kommen sollte, so würde nur Österreich die Ursache sein. Es bestehe zweifellos ein gemeinsames russisch-deutsches Interesse, sich durch die Rücksicht auf die beiderseitigen Bundesgenossen nicht in einen Konflikt hineintreiben zu lassen. Ihm schwebe als Ideal ein deutsch-russisches Abkommen vor, in welchem beide Teile sich verpflichteten, unbeschadet ihres Verbleibens in den bestehenden Allianzen, im Falle eines Konfliktes eines der Länder mit einem Bundesgenossen des anderen ihre Vermittelung zur Beilegung des Streitfalles eintreten zu lassen. Eine derartige Vereinbarung werde nicht nur die Gefahr eines europäischen Krieges in weite Ferne rücken, sondern auch sehr bald zu einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland führen."

Wangenheim beurteilte die Möglichkeiten einer deutsch-russischen Verständigung als Illusionen. Den Botschafter v. Giers hielt er im Grunde für deutschfreundlich, bezweifelte aber, ob er als Nachfolger Sasonows seine deutschfreundliche Gesinnung in Taten umsetzen werde. „Bis jetzt haben die unkontrollierten und unkontrollierbaren Gärungen, welche das russische Volk in ständiger Aufregung halten, sich noch immer stärker erwiesen als die Personen, welche der Zar mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands betraut hat."

Die deutschfeindliche Stimmung der russischen Militärkreise nahm dauernd zu. Als eine japanische Militärmission im Frühjahr 1914 in Rußland weilte, hörten die japanischen Offiziere in den Regimentsmessen ganz offen von einem demnächstigen Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland sprechen. Die scharfe Gereiztheit der russischen Offiziere gegen ihre deutschen Nachbarn, mit denen sie seit 150 Jahren in Frieden lebten, war den Japanern aufgefallen[1]). Selbst 15857 amtliche russische Persönlichkeiten wie Fürst Trubetzkoi sprachen damals mit ziemlicher Offenheit von den russischen Rüstungen, und daß

[1]) B. Schwertfeger, Zur Europäischen Politik. Neue Ausgabe. Band 5, S. 250 ff.

Rußland in etwa drei Jahren seiner auswärtigen, besonders seiner Orientpolitik einen anderen Nachdruck würde geben können als jetzt.

Der französische Botschafter am russischen Hofe Delcassé war am 17. Februar 1914 durch Paléologue ersetzt worden. Dieser äußerte sich zu dem deutschen Geschäftsträger Frhr. v. Lucius sehr offen über die schwebenden Fragen. Der scharfe Ton der deutschen Presse gegen 15858 Rußland, der ihm unbegründet erschien, beunruhige ihn. Sasonow, Goremykin, der an die Stelle des am 11. Februar zurückgetretenen Finanzministers Kokowzow getreten war, der Kriegsminister Suchomlinow und der neue Chef des Generalstabes Januschkewitsch hätten einstimmig versichert, zu irgendwelcher Beunruhigung liege nicht der mindeste Grund vor; die starken Rüstungen seien im Hinblick auf die ausgedehnte Grenze notwendig und trügen keinerlei aggressiven Charakter. In diesem Sinne habe er, Paléologue, nach Paris berichtet. Die öffentliche Meinung Rußlands sei gegen Deutschland entschieden mißgestimmt. Diese Mißstimmung liege aber hauptsächlich auf handelspolitischem Gebiete. Man empfinde in Rußland den 1904 für die Zeitdauer bis 1916 abgeschlossenen deutsch-russischen Handelsvertrag als für Rußland zu ungünstig und wünsche wesentliche Verbesserungen für seine Erneuerung. In seinem Buche „La Russie des Tsars pendant la grande guerre“ hat sich Paléologue über die Gefahren der damaligen Lage ganz anders geäußert und erklärt, daß er damals schon mit dem baldigen Ausbruche eines Krieges gerechnet habe.

Ende April trat in den deutsch-russischen Beziehungen eine leichte Entspannung ein. Graf Pourtalès regte an, dieser Tatsache bei einer 15859 etwaigen Erwähnung der auswärtigen Beziehungen im deutschen Reichstage Rechnung zu tragen. Die Ausführungen, die Staatssekretär v. Jagow am 14. Mai in der Reichstagssitzung über das Thema der deutsch-russischen Beziehungen machte, waren ziemlich ernst gehalten; er betonte aber die Hoffnung, daß es den Bemühungen der beiderseitigen Regierungen gelingen werde, den gefährlichen Strömungen der Erregung der Volksleidenschaften einen Damm entgegenzusetzen; in unserer übernervösen Zeit mit den Einwirkungen der Presse auf die Volksseele sei das ein Spiel mit dem Feuer. In seiner Dumarede vom 23. Mai sprach Sasonow von den Beziehungen traditioneller Freundschaft mit Deutschland und von der Beilegung gewisser Zwischenfälle in der letzten Zeit; leider fänden die Bemühungen der Regierungen nicht immer die Unterstützung der Presse beider Länder.

In der Wiener Presse verfolgte man die Einberufung russischer Reservisten im Mai 1914 mit ängstlicher Nervosität. Im dortigen Gene- 15860 ralstabe dachte man ruhiger und erblickte in der für die Herbstmonate einzuberufenden Zahl von 500 000 bis 600 000 Reservisten nichts Außergewöhnliches. Als auffallend bezeichnete es General v. Conrad, daß damals in Frankreich und Rußland die Goldbestände zurückbehalten würden.

Am 13. Juni sandte Graf Pourtalès die Übersetzung eines in der „Birschewija Wjedomosti“ erschienenen Aufsatzes „Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein“, nach Berlin. Dieser Aufsatz, der als 15861 Anlage zu Dokument Nr. 15 861 im Aktenwerke wörtlich mitgeteilt ist, verfolgte nach der Ansicht des Botschafters den deutlichen Zweck, auf Frankreich einen Druck im Sinne der Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit auszuüben. Kriegsminister Suchomlinow hat selbst erklärt, daß er diesen Aufsatz anfangs Juni habe schreiben lassen. Die Stärke der russischen Armee war darin auf 2 320 000 Mann angegeben. Die deutsche Armee zähle nach dem letzten Militärgesetz 880 000, Österreich etwa 500 000 und Italien etwa 400 000 Mann. Rußland dürfe daher erwarten, daß Frankreich jene 770 000 Mann stelle, die nur bei Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit aufgebracht werden könnten. Im Interesse einer möglichst schnellen Mobilmachung sei alles Mögliche geschehen: „In dieser Hinsicht haben wir noch eine große Reform durchgeführt, indem wir ein ganzes Netz strategischer Eisenbahnen projektiert und zu bauen angefangen haben. Auf diese Weise haben wir alles getan, um dem Gegner bei der Mobilmachung zuvorzukommen und gleich in den ersten Tagen des Krieges möglichst schnell die Armee zu konzentrieren. Dies wünschen wir auch von Frankreich. Eine je größere Anzahl Soldaten es zur Friedenszeit hält, um so schneller wird es bereit sein. Deshalb hoffen wir, daß es der französischen Regierung gelinge, das für Frankreich so notwendige Gesetz über die dreijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten. Wir können mit einer kleinen Abänderung das wiederholen, was wir bereits im Frühjahr sagten: Rußland und Frankreich wollen keinen Krieg, aber Rußland ist bereit und hofft, daß auch Frankreich bereit sein wird.“

Kapitel 300

Die Tripelentente vor dem Ausbruch des Weltkrieges Die Verhandlungen über die Englisch-Russische Marinekonvention April bis Juli 1914

Was Botschafter Frhr. v. Schoen bereits im April 1913 als Hauptmotiv für den Besuch Poincarés in London betrachtet hatte, nämlich die Erzwingung eines Gegenbesuches der britischen Majestäten in Paris [1]), das wurde im April 1914 Wirklichkeit. Das englische Königspaar weilte vom 21. bis 24. April in Paris, begleitet von Sir Edward Grey und seinem Geheimsekretär Sir W. Tyrrell.

Von diesem Besuche erwartete man in Rußland und Frankreich eine wesentliche Befestigung der Entente. In der Presse beider Länder

[1]) Vgl. Dokument Nr. 15616. Siehe o. S. 200.

war das deutlich zu spüren. Auch fanden sich in russischen Blättern schon anfangs April Bemerkungen darüber, daß nach dem Vorgange des Briefwechsels zwischen Grey und Cambon im November 1912 ein ähnliches Abkommen zwischen Rußland und England ausgearbeitet werden möchte[1]). Eine Zuschrift des französischen Historikers Ernest Lavisse 15862 an die „Times" ließ sich über die Bedeutung des Wirkens und die Ziele der englisch-französischen Entente deutlich aus. Lavisse kritisierte vorsichtig die Lauheit Englands und warf unter Hinweis auf die schweren Opfer Frankreichs auf militärischem Gebiete die Frage auf, ob nicht für England die Zeit zum Ausbau seiner Heeresmacht gekommen sei.

Die „Times" widmeten dem Briefe Lavisses am 16. April einen Leit- 15863 artikel. Sie wendeten sich gegen den Vorwurf der Lauheit Englands und wiesen darauf hin, dem englischen Volke müsse die Berechtigung und Notwendigkeit eines Kampfes völlig überzeugend klargemacht werden; für Präventiv- oder Angriffskriege sei es nicht zu haben. Die Haltung der übrigen Presse Englands erwies nach Lichnowskys Auffassung, „daß die englische öffentliche Meinung jeder Anregung, dem Ententeverhältnis einen bündnisartigen Charakter zu geben, durchaus abgeneigt ist". Die radikale Linke protestierte ärgerlich gegen die Auffassungen des Professors Lavisse, dessen Brief von einer Gruppe fran- 15864 zösischer Politiker als große Aktion gedacht und schon Wochen vorher sorgfältig vorbereitet worden war.

Botschafter Frhr. v. Schoen berichtete am 24. April zunächst telegraphisch über den dreitägigen Besuch der britischen Majestäten in Paris. 15865 Er fand das Ergebnis des Besuches für Frankreich etwas enttäuschend, da man in Paris eine Erweiterung des Verhältnisses, wenn auch nicht bis zur Allianz, so doch bis zu einem militärischen Abkommen oder bis 15865 zu einer genaueren Festlegung der gegenseitigen Verpflichtungen im Kriegsfalle erhofft hatte. Über die Beratungen vom 23. April, an denen auf französischer Seite Ministerpräsident Doumergue, Botschafter Paul Cambon und der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, de Margerie, auf englischer Seite Sir Edward Grey und Sir W. Tyrrell teilnahmen, war er nicht unterrichtet. In dieser Besprechung war von einer Marinekonvention zwischen Rußland und England, die Doumergue anregte, die Rede gewesen. Sir Edward Grey war auf den Gedanken eingegangen und hatte, wie aus einem Geheimbriefe Iswolskis vom 29. April hervorgeht, seine Bereitwilligkeit erklärt, den Weg einer engeren Anlehnung an Rußland zu beschreiten[2]).

Die gesamte maßgebende englische Presse verfolgte die Pariser Vorgänge mit ausführlichen Leitartikeln, wobei eine gewisse Abwehrstellung der englischen Presse gegen die Darlegungen des Professors

[1]) Vgl. o. S. 200.
[2]) Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914. Herausgegeben von Friedrich Stieve. Band 4, S. 95 ff. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin W 8, 1924.

15866 Lavisse in der „Times“ zutage trat. Fürst Lichnowsky berichtete hierüber am 22. April: „Der Gedanke der Umwandlung des Ententeverhältnisses in ein Bündnis findet in keiner der bedeutenderen Zeitungen beider Parteien Unterstützung, vielmehr begegnet er allenthalben, wo er aufgeworfen wird, einer höflichen aber bestimmten Ablehnung. In klaren Worten wird ferner erklärt, daß England weder gewillt noch in der Lage sei, einer Angriffspolitik des Freundes die Hand zu bieten. Auf der anderen Seite wird aber Frankreich Unterstützung gegen einen ungerechtfertigten Angriff von dritter Seite in Aussicht gestellt. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes und des Status quo auf dem Kontinent erscheint erneut als das Hauptziel der englischen Kontinentalpolitik. Aus der Abneigung Englands, in kontinentale Händel hineingezogen zu werden, wird kein Hehl gemacht. Vielfach wird betont, daß die Entente keine Spitze gegen irgendeine andere Macht habe, daß sie durchaus nicht ausschließlich sei und die Ententegenossen nicht hindere, mit dritten Mächten in nähere Beziehungen zu treten.“

Die russische Presse wies damals darauf hin, wie bedrohlich die 15867 europäische Lage sei. Das zwischen Rußland, England und Frankreich bestehende Einvernehmen, erklärte die „Nowoje Vremja“, habe den Zweck, „dem unerträglichen, von Berlin, dem Mittelpunkte der europäischen Hegemonie, ausgehenden Druck ein Ende zu bereiten“.

Ausführlich äußerte sich Botschafter Frhr. v. Schoen am 25. April 15868 über den Besuch des englischen Königspaares, der die Form eines feierlichen Staatsbesuches trug, zumal die Majestäten die Gastfreundschaft der Republik im Gebäude des Ministeriums des Äußern angenommen hatten. Vielleicht wollte man dadurch das 10jährige Bestehen der Entente cordiale in besonders feierlicher Form unterstreichen. Eine erhebliche politische Ausbeute des Besuches „mit französischem Maßstab gemessen“ glaubte Schoen ablehnen zu müssen. Sir Edward Grey sei vielleicht nur mitgekommen, um „den König gegen die Liebeswerbungen der Franzosen zu stärken und jeden Versuch, die englische Regierung aus ihrer Reserve herauszulocken, im Keime zu ersticken“. Sir W. Tyrrell sollte gesagt haben: „Wenn der Rausch verflogen sein wird, werden die Franzosen erst merken, daß der Besuch nicht mehr wie ein gutes Andenken hinterlassen wird.“ Eine amtliche Erklärung der französischen Presse besagte, Grey und Doumergue seien bei einer Feststellung der Ergebnisse der von den beiden Regierungen zusammen mit der kaiserlich russischen verfolgten Politik übereingekommen, daß es für die drei Länder eine Notwendigkeit sei, „ihr Zusammenarbeiten unter dem Gesichtspunkte des Gleichgewichts und der Aufrechterhaltung des Friedens fortzusetzen“.

Nach London zurückgekehrt bat Grey den Botschafter Fürsten Lich-15869 nowsky um seinen Besuch und sprach sich über das Ergebnis der Pariser Tage außerordentlich befriedigt aus; er habe die Franzosen politisch in einer sehr ruhigen, durchaus befriedigenden Stimmung und

ohne chauvinistische Regungen gefunden. In Petersburg sagte Sasonow dem italienischen Botschafter, die drei Mächte der Tripelentente 15870 seien übereingekommen, „daß es nützlich sei, Vorsorge zu treffen, um den Gedankenaustausch über bestimmte, die drei Mächte interessierende Fragen reger zu gestalten und zu beschleunigen".

In einer Unterhaussitzung vom 28. April wurde Sir Edward Grey gefragt, ob ihm bekannt sei, daß jüngst die Forderung aufgestellt worden 15871 sei, die Mächte des Dreiverbandes sollten sich im Hinblick auf ein Zusammenwirken auf dem Kontinent unter gewissen Umständen militärisch enger zusammenschließen, und ferner, ob die Politik Englands immer noch auf dem Grundsatze der Freiheit von allen Verpflichtungen fuße, sich in militärische Unternehmungen auf dem Kontinent einzulassen. Grey verneinte die erste Frage und verwies hinsichtlich der zweiten auf die vom Ministerpräsidenten Asquith am 24. März 1913 abgegebene Erklärung[1]), der zufolge keinerlei zwingende Verpflichtungen beständen, bei irgendeinem Kriege mitzuwirken.

Nach der festen Überzeugung des Fürsten Lichnowsky bestand das englisch-französische Einvernehmen in der britischen Zusicherung, die Franzosen, falls sie angegriffen werden sollten, zu schützen. Der Ab- 15872 schluß eines eigentlichen Bündnisses sei in Paris gar nicht zur Sprache gekommen. Offenbar wurde aber zwischen England und Rußland über irgendwelche Abmachungen verhandelt. Darauf deuteten Äußerungen im englischen „Standard" vom 9. Mai und Nachrichten, daß Iswolski persönlich in London gewesen sei. Das Auswärtige Amt 15873 ließ den Fürsten Lichnowsky darauf aufmerksam machen und forderte ihn zu einer näheren Begründung seiner Ansicht auf, wonach das 15874 englisch-französische Einvernehmen im wesentlichen in der britischen Zusicherung bestehen sollte, die Franzosen, falls sie angegriffen werden sollten, zu schützen.

Fürst Lichnowsky erwiderte am 18. Mai mit bemerkenswerter Sicherheit, die Entente habe sich zwar nicht zum Bündnis verdichtet, 15875 er bleibe aber bei der Überzeugung, daß England im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, namentlich aber im Falle eines deutschen Angriffes auf Frankreich seine schützende Hand über den französischen Freund halten würde. „Die Grundlage der britischen Auslandspolitik, soweit europäische Mächte in Betracht kommen, ist viel zu bekannt und durchsichtig, als daß sie irgendeinem Zweifel unterliegen könnte. Sie beruht in erster Linie auf dem Grundsatz des Gleichgewichts der Gruppen. Die Hegemonie einer einzelnen Macht auf dem europäischen Festland entspricht ebensowenig dem britischen Interesse wie das Übergewicht einer Gruppe. Die zunehmende Erstarkung unserer Flotte hat das Bedürfnis, die französisch-russische Gruppe zu stützen, nicht gezeitigt, wohl aber gefördert, da sie ebenso

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 15615. Siehe o. S. 199.

wie etwa die Abnahme der französischen Bevölkerung oder die Niederlagen Rußlands in Ostasien eine Verschiebung der kontinentalen Machtverhältnisse zu unseren Gunsten und zu Ungunsten der französisch-russischen Gruppe in sich schloß. Wie die meisten Fragen auch in der Politik nicht nur eine, sondern mehrere Seiten haben, so hat wohl ohne Zweifel die Entwicklung unserer Seemacht sowohl den Wunsch, mit uns in Frieden zu leben, in England gefördert als auch die Erkenntnis begünstigt, daß es im englischen Interesse läge, die uns gegnerische Gruppe zu stützen. Es liegt daher auf der Hand, daß jede weitere Schwächung Frankreichs, namentlich aber eine Niederlage auf dem Schlachtfelde, die uns außerdem von der Notwendigkeit umfangreicher Rüstungen zu Lande für die Zukunft befreien und die Möglichkeit noch größerer Ausgaben für die Seemacht schaffen könnte, nicht im britischen Interesse liegt."

Lichnowsky begründete seine Auffassung unter Hinweis auf seinen Bericht vom 3. Dezember 1912 über einen Besuch Lord Haldanes bei ihm [1]) und auf verschiedene Äußerungen Sir Edward Greys, der bestrebt sei, „jeder Zuspitzung der europäischen Lage vorzubeugen und auch andererseits allen Regungen des französischen Chauvinismus entgegenzutreten, um nicht genötigt zu sein, zugunsten Frankreichs einzugreifen". Nach Lichnowskys Überzeugung würde England einen Revanchekrieg Frankreichs ebensowenig zulassen wie eine Wiederholung der Ereignisse der Jahre 1870/71. „Bei einer so klaren Lage der Verhältnisse bedarf es keiner formellen Verpflichtungen oder schriftlichen Verträge; auch dürfte sich Sir Edward Grey gehütet haben, die Form des Schutzes näher zu bezeichnen, denn unter Umständen genügt ja schon die diplomatische Dazwischenkunft. Eine militärische Hilfe ist nicht unbedingt erforderlich und braucht daher gar nicht zugesichert zu werden. Die Franzosen wissen auch ohne feierliche Verpflichtung, daß sie im Falle eines deutschen Angriffs auf britische Unterstützung rechnen können. Das genügt." — Deutlicher konnte sich Fürst Lichnowsky nicht äußern.

Am 22. Mai veröffentlichte das „Berliner Tageblatt" einen Artikel 15876 unter der Überschrift „Ein russischer Vorschlag". Darin fand sich ein Brief einer gut unterrichteten Pariser Persönlichkeit an den Chefredakteur des „Berliner Tageblattes" Theodor Wolff mit der Warnung, die Bedeutung des britischen Königsbesuches nicht zu unterschätzen. Man müsse Iswolskis Aktivität in Rechnung stellen und mit der Möglichkeit von Verabredungen rechnen, „die im gegebenen Fall ein militärisches und maritimes Zusammenarbeiten, insbesondere aber eine Kooperation der englischen und der russischen Flotte herbeiführen müßten". Die russisch-englische Flottenentente solle die nächste Etappe auf dem Wege zur Allianz bilden.

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 15612. Siehe o. S. 198.

Legationsrat a. D. vom Rath, der sich häufig zu außenpolitischen Fragen im „Tag“ und in anderen Blättern äußerte, ging auf Anregung des Staatssekretärs v. Jagow im „Tag“ vom 29. Mai auf dies Thema näher ein und erklärte in seinem Artikel „Eine Flottenverständigung?“: „Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß die feststehende Tatsache der englisch-russischen Flottenverständigung nicht nur von einschneidender Wirkung auf die deutsche Politik England gegenüber sein würde, sondern daß sie auch Abwehrmaßregeln im Gefolge haben müßte.“ In Petersburg hatte die „Nowoje Wremja“ schon am 26. Mai erklärt, 15877 von der Unterzeichnung einer Konvention zwischen Rußland und England über ein gemeinsames Vorgehen ihrer Flotten könne keine Rede sein, auch sei kein Entwurf einer derartigen Konvention oder eines Abkommens abgefaßt worden.

In Form einer Wochenübersicht über die auswärtige Politik in der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“ vom 27. Mai veröffentlichte Professor Theodor Schiemann einen an die Adresse Englands gerichteten Aufsatz mit ganz bestimmten Fragen. England sollte sich äußern, ob zwischen ihm und Frankreich eine von den beiderseitigen Generalstäben vereinbarte Marinekonvention bestehe, ob eine ebensolche oder ähnliche 15878 Marinekonvention zwischen England und Rußland vereinbart sei und schließlich, ob diese Konvention nicht nur das Mittelmeer, sondern auch die Ostsee umfasse. „Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß, sobald Paris und Petersburg Sicherheit darüber erlangt haben, daß sie der Unterstützung Englands sicher sind, ein europäischer Krieg als höchstwahrscheinliche Folge in nicht ferner Zukunft zu erwarten ist.“ In London bezeichnete man Schiemanns Auslassungen als anmaßend, 15879 verzichtete aber zunächst auf ein Dementi.

Die bestimmt geäußerte Überzeugung des Marineattachés Korvettenkapitäns v. Müller, daß zwischen den britischen und den fran- 15880 zösischen Marinebehörden feste Abmachungen beständen, glaubte Fürst Lichnowsky bekämpfen zu müssen. Den tatsächlichen Sachverhalt, daß zwischen ihm und Frankreich eine von den beiderseitigen Generalstäben sehr genaue Abreden festgelegt waren, deren „Prüfung“ für den Fall einer Bedrohung des Friedens durch den Briefwechsel Grey-Cambon vom November 1912 festgelegt worden war, hat Fürst Lichnowsky nicht aufzuklären vermocht.

Am 11. Juni wurde im Unterhause an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob Großbritannien und Rußland jüngst ein Marineabkommen 15881 abgeschlossen hätten, und ob Verhandlungen zwecks Abschluß einer solchen Vereinbarung unlängst zwischen den beiden Ländern stattgefunden hätten oder gegenwärtig im Gange seien. Grey bezog sich in seiner Antwort auf die obenerwähnten früheren Vorgänge und bestritt, daß Verhandlungen mit irgendeiner Macht abgeschlossen worden seien.

Die englische Presse zeigte sich infolge der ausweichenden Form dieser Antwort nur teilweise befriedigt. Sir W. Tyrrell sollte, wie 15881 Lichnowsky am 12. Juni berichtete, vertraulich geäußert haben: „Er könne aufs nachdrücklichste und bestimmteste versichern, daß keinerlei Abmachungen militärischer oder maritimer Natur zwischen England und Frankreich bestünden, obwohl der Wunsch nach solchen auf französischer Seite wiederholt kundgegeben worden sei. Was das englische Kabinett Frankreich abgeschlagen habe, werde es Rußland nicht gewähren. Es sei keine Flottenkonvention mit Rußland geschlossen worden, und es werde auch keine geschlossen werden.“

Die „Westminster Gazette“ brachte unmittelbar darauf ein scharfes 15882 Dementi, in dem es hieß: „Es besteht kein Flottenabkommen, und es schweben keine Verhandlungen über ein Flottenabkommen zwischen Großbritannien und Rußland.“ Daß aber tatsächlich damals Erörterungen darüber stattgefunden haben, geht aus dem von F. Stieve herausgegebenen „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914“ deutlich hervor.

Ein Schreiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an den 15883 Fürsten Lichnowsky vom 16. Juni zeigt, wie sehr der Reichskanzler besorgt war, daß sich aus den Bestrebungen des Dreiverbandes ein neues Rüstungsfieber ergeben könnte. Es hieß darin wörtlich: „So wenig sich bei der Unsicherheit der russischen Verhältnisse die wirklichen Ziele der russischen Politik mit einiger Sicherheit im voraus erkennen lassen, und so sehr wir auch bei unseren politischen Dispositionen in Rechnung stellen müssen, daß Rußland noch am ehesten von allen europäischen Großmächten geneigt sein wird, das Risiko eines kriegerischen Abenteuers zu laufen, so glaube ich doch nicht, daß Rußland einen baldigen Krieg gegen uns plant. Wohl aber wünscht es, und man wird ihm das nicht übel nehmen können, bei einem Wiederausbruch der Balkankrisis, gedeckt durch seine umfangreichen militärischen Rüstungen, kräftiger als bei den letzten Balkanwirren auftreten zu können. Ob es alsdann zu einer europäischen Konflagration kommt, wird ausschließlich von der Haltung Deutschlands und Englands abhängen. Treten wir beide alsdann geschlossen als Garanten des europäischen Friedens auf, woran uns, sofern wir von vornherein dieses Ziel nach einem gemeinsamen Plane verfolgen, weder die Dreibunds- noch die Ententeverpflichtungen hindern, so wird sich der Krieg vermeiden lassen. Andernfalls kann ein beliebiger, auch ganz untergeordneter Interessengegensatz zwischen Rußland und Österreich-Ungarn die Kriegsfackel entzünden. Eine vorausschauende Politik muß diese Eventualität beizeiten ins Auge fassen.“ Weiter entwickelte der Reichskanzler: Hätten sich die Gerüchte von einer englisch-russischen Marinekonvention bewahrheitet, „und zwar auch nur in der Form, daß die englische und russische Marine ihre Kooperation für den Fall festlegten, daß in einem zukünftigen Kriege England und Rußland gemein-

sam gegen Deutschland fechten sollten — ähnlich den Abmachungen, die England zur Zeit der Marokkokrisis mit Frankreich getroffen hat —, so wäre dadurch allerdings nicht nur der russische und französische Chauvinismus stark gereizt worden, sondern es hätte auch bei uns eine nicht unberechtigte Beunruhigung der öffentlichen Meinung Platz gegriffen, die ihren Ausdruck in einem navy scare und einer abermaligen Vergiftung der sich langsam bessernden Beziehungen zu England gefunden hätte. Inmitten der nervösen Spannung, in der sich Europa seit den letzten Jahren befindet, wären die weiteren Folgen unübersehbar gewesen. Jedenfalls wäre der Gedanke an eine gemeinschaftliche, den Frieden verbürgende Mission Englands und Deutschlands bei etwa auftauchenden Komplikationen von vornherein in verhängnisvoller Weise gefährdet worden.“ Fürst Lichnowsky wurde beauftragt, Sir Edward Grey für seine offenen und geraden Erklärungen zu danken.

Der Fürst entledigte sich dieses Auftrages am 24. Juni und brachte sodann die Gedankengänge des Reichskanzlers, wie ihm vorgeschrieben war, zwanglos und vorsichtig zum Ausdruck. Grey äußerte sich erfreut, betonte aber, sein Verhältnis zu Frankreich und Rußland sei nach wie vor ein sehr intimes und habe nichts von seiner früheren Festigkeit eingebüßt; über alle wichtigen Fragen stehe er mit den betreffenden Regierungen in dauernder Fühlungnahme. 15884

Im Auswärtigen Amt hatte man inzwischen auf geheimem Wege Kenntnis von dem einschlägigen Briefwechsel zwischen Sasonow, dem russischen Botschafter in London, Grafen Benckendorff, Iswolski und von den Vorbesprechungen des russischen Marineattachés Kapitäns Wolkow mit dem englischen Generalstabschef erhalten. Man hielt es daher für nötig, den Fürsten Lichnowsky bei seiner bevorstehenden Anwesenheit in Deutschland darüber nachdrücklich aufzuklären. Dies erfolgte am 29. Juni. Nach London zurückgekehrt suchte Lichnowsky am 6. Juli Sir Edward Grey auf und machte ihn darauf aufmerksam, die gewaltigen Rüstungen Rußlands und andere Anzeichen riefen in Berlin ein gewisses Unbehagen hervor. Schließlich sagte er zu Grey vertraulich: „Wir wüßten aus seinen Erklärungen, daß geheime Abmachungen politischer Natur zwischen England und Rußland nicht bestünden. Wir hätten selbstverständlich nicht den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit seiner Worte zu zweifeln, bedauerten aber um so mehr, daß immer wieder Gerüchte auftauchten, welche von einer Flottenverständigung zu berichten wüßten, die ein beiderseitiges Zusammenwirken gegen uns im Kriegsfalle bezwecke. Ich wäre nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Gerüchte zu prüfen, könne mir aber wohl denken, daß etwaige Besprechungen der beiderseitigen Seebehörden nicht in den Rahmen politischer Abmachungen und bindender Verträge fielen, und daß sie daher mit seinen Erklärungen zu vereinbaren wären. In diesem Falle aber glaubte ich ihn darauf aufmerksam machen zu müssen, daß derartige Verabredungen notwendigerweise dazu beitragen würden, die 15886

in Rußland zweifellos bestehende nationalistische Strömung zu bestärken und andererseits bei uns das Verlangen nach vermehrten Rüstungen zu fördern und der Regierung es zu erschweren, den ihm bekannten, den Rahmen der gesetzlich festgelegten Aufwendungen überschreitenden Forderungen entgegenzutreten."

Grey war offenbar etwas betroffen und stellte jedenfalls eine Fühlungnahme der beiden Marinen für den Fall eines gemeinsamen Krieges nicht direkt in Abrede. Am 9. Juli ließ er den deutschen Botschafter zu sich bitten und erklärte, die britische Regierung werde bei fest-
15887 ländischen Verwicklungen keinesfalls auf seiten des Angreifenden zu finden sein. „Da er mich aber nicht habe irreführen wollen — as I did not want to mislead you —, habe er gleich hinzugefügt, daß nichtsdestoweniger seine Beziehungen zu den genannten Mächten nichts von ihrer früheren Innigkeit verloren hätten. Wenn auch also keine Abmachungen bestünden, die irgendwelche Verpflichtungen auferlegten, so wolle er doch nicht in Abrede stellen, daß von Zeit zu Zeit Unterhaltungen (conversations) zwischen den beiderseitigen Marine- oder Militärbehörden stattgefunden hätten und zwar die erste schon im Jahre 1906, dann während der Marokkokrisis, als man hier geglaubt habe, wie er lachend hinzufügte, daß wir die Franzosen angreifen wollten. Aber auch diese Unterhaltungen, von denen er meist nichts Näheres gewußt habe, hätten durchaus keine aggressive Spitze, da die englische Politik nach wie vor auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei und in eine sehr peinliche Lage käme, wenn ein europäischer Krieg ausbräche."

Die wachsende Intimität zwischen England und Rußland kam auch in der Entsendung eines englischen Geschwaders nach Kronstadt
15885 zum Ausdruck, das unter dem Kommando des Admirals Beatty vom 22. bis 29. Juni dort verweilte; gewisse Reibungen zwischen der russischen und der englischen Regierung wegen der Erwerbung von Ölkonzessionen in Persien traten dagegen zurück. Botschafter Graf Pourtalès glaubte allerdings, mit zunehmenden Friktionen zwischen Petersburg und London rechnen zu müssen.

Die große Beunruhigung der deutschen Regierung über die maritimen Geheimabmachungen zwischen England und Rußland kommt in den Dokumenten Nr. 15 888 und 15 889 zum Ausdruck, mit denen der 39. Band und damit das gesamte Aktenwerk seinen Abschluß findet. Die der deutschen Regierung von russischer Seite in die Hände gespielten Dokumente über die Verhandlungen führten den Staatssekretär
15888 v. Jagow dazu, sich am 15. Juli mit der Bitte an den in Bad Kissingen weilenden Generaldirektor der Hapag Ballin zu wenden, ob er nicht durch seine vielfachen intimen Beziehungen zu maßgebenden Engländern einen Warnruf über den Kanal gelangen lassen könnte; Eile sei geboten, damit nicht inzwischen der Abschluß erfolge, auf den Poincaré in Petersburg wohl auch hinarbeite. Ballin ging auf Jagows Anregung sofort ein, zumal auch das „Berliner Tageblatt" vom 16. Juli darauf

hingewiesen hatte, es existiere ein russischer Vorschlag, man habe ihn von englischer Seite zwar keineswegs angenommen, aber auch nicht abgelehnt, und die russischen Bemühungen gingen weiter. Ballin reiste am 15. Juli nach Berlin und von dort nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt nach London. Bei einem Zusammensein mit Sir Edward Grey bei Haldane brachte er seine Besorgnisse zur Sprache, daß die Pressenachrichten über anglo-russische Flottenverhandlungen die freundlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland aufs neue trüben könnten, indem man deutscherseits sich vielleicht gezwungen sehe, eine so entstehende neue Lage durch vermehrte Kriegsschiffsbauten zu kompensieren. Das Ergebnis seiner Unterhaltung mit Grey und Haldane faßte Ballin wie folgt zusammen: 15889

„1. Grey erklärt, daß die freundlichen Beziehungen, welche als ein Ergebnis der damaligen Haldaneschen Mission zu betrachten seien, nicht nur im ganzen Umfange ungetrübt geblieben, sondern durch die Kooperation von Deutschland und England während der Balkanschwierigkeiten und durch die anderen inzwischen gepflogenen Verhandlungen noch verstärkt seien.

2. Die politische Situation habe sich im Laufe des letzten Jahrzehnts ja so gestaltet, daß auch England einer Gruppe angehöre, und es sei natürlich, daß von Mitgliedern dieser Gruppe Fragen zur Diskussion gestellt würden, deren Verhandlung man nicht ohne weiteres ablehnen könne. Wie es England in dieser Beziehung mit Frankreich und Rußland gehe, so würde es wohl Deutschland innerhalb seiner Gruppe mit Österreich und Italien gehen.

3. Das wolle er mir aber gern erklären, daß keine solche Flottenkonvention bestehe, und daß es nicht in Englands Absicht läge, in eine derartige Konvention zu willigen."

Die damals gerade ergangene österreichische Note an Serbien wurde von den englischen Staatsmännern „sehr milde" beurteilt. Ballin kehrte am 27. Juli mit dem Eindruck von London zurück, daß ein einigermaßen geschickter Diplomat sehr wohl zu einer Verständigung mit England und Frankreich kommen könne, die den Frieden sichern und Rußland verhindern würde, loszuschlagen[1]).

Mit den Dokumenten des 300. Kapitels, die zweckmäßig stets unter Benutzung der synchronistischen Zusammenstellung gelesen werden sollten, ist der Anschluß an die bereits 1919 herausgegebenen „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914"[2]) erreicht. Eine Reihe von Dokumenten aus der kritischen Übergangszeit finden sich in beiden Sammlungen.

---

[1]) Näheres über Ballins Eindrücke in London siehe bei B. Huldermann, „Albert Ballin", S. 301 und bei P. F. Stubmann, „Ballin, Leben und Werk eines deutschen Reeders", S. 253.

[2]) Gleichfalls erschienen bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8. (1. Ausgabe Charlottenburg, 1919.)

Schlußbemerkung

Das große Aktenwerk ist beendet, der letzte Band des Wegweisers ihm in verhältnismäßig kurzem Abstande gefolgt, eine ungeheure Arbeit bewältigt.

Da möchte es wohl lockend erscheinen, das Ergebnis der Gesamtarbeit in möglichster Kürze nochmals zusammenzufassen und mit dem Zwecke der großen Aktenpublikation in Beziehung zu bringen. Ich werde diesen Weg nicht gehen, da ich bis zur letzten Zeile meiner Wegweiser-Arbeit an dem Grundsatze festhalten möchte, durchaus nur als Vermittler des Aktenmaterials zu erscheinen. Aus demselben Grunde habe ich es mir überall versagt, meine eigene Auffassung zu den in den Akten behandelten Vorgängen darzulegen und sie nur gelegentlich, wo es unabweisbar erschien, ganz kurz angedeutet.

Eines darf ich zum Schluß sagen: bei meiner Arbeit an den Wegweisern hat mir stets der Wunsch vorgeschwebt, das große Aktenwerk des Auswärtigen Amtes zu einem nationalen Besitze des deutschen Volkes werden zu sehen. In die geradezu unübersehbare Aktenmasse einen Weg zu bahnen, der zu Aussichtspunkten und Erkenntnisgipfeln führt, war das Ziel der Tätigkeit, deren Umfang mitunter geradezu erdrückend erschien. Die Arbeit ist getan, der Weg zur Erkenntnis freigelegt.

Synchronistische Zusammenstellung
der
in den Bänden XXXIV–XXXIX enthaltenen Dokumente

Vorbemerkung

Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen Anlagen zu den Aktenstücken bezw. unsichere Daten

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1912										
31	Okt.						146 49			
6.	Nov.						146 50			
13.	,,						146 51			
14.	,,							151 50, 53		
15.	,,							151 51		
17.	,,							151 (55)		
18.	,,	125 00						151 52		
20.	,,	125 01					146 52	151 54		
21.	,,	125 02						151 55		
22.	,,						146 53			
23.	,,		22./23. November 1912 Notenwechsel zwischen Sir Edward Grey und Paul Cambon					151 56, 57		
24.	,,	125 03								
25.	,,							151 58		
27.	,,							151 59		
28.	,,							151 (61)		
29.	,,	125 04								
30.	,,							151 60		
1.	Dez.	125 05, 12								
2.	,,	125 06, 07, 08						151 61		
3.	,,	125 09, 14	3. Dezember 1912 Beginn des Waffenstillstandes auf dem Balkan							156 12
4.	,,	(125 10) (11)						151 62		
5.		125 13								
6.	,,	125 15, 16						151 63		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1912										
7.	Dez.	**125** 17, 18	7. Dezember 1912 Erneuerung des Dreibundes					**151** 64		
8.	,,						**146** 54			**155** 57, **156** 13
9.	,,	**125** 19, 20, 21, 28								
10.	,,	**125** 22, 23, 24, 37								
11.	,,	**125** 25, 26 27, 29, 30						**151** 65		
12.	,,	**125** 31, 32, 39	12. Dezember 1912 General Conrad v. Hötzendorf wieder Chef des K. u. K. Generalstabes							
13.	,,	**125** 33, 34, 35, 36, 38						**151** 66, (67)		
14.	,,									**155** 58 **156** 23
15.	,,	**125** 40, 42						**151** 67		
16.	,,	**125** 41, 44								
17.	,,	**125** 43, 45, 47, 52	17. Dezember 1912 Beginn der Londoner Botschafterreunion							**155** 59
18.	,,	**125** 46, (48), 49, 51, 53, 54, 64								**155** 60
19.	,,	**125** 50, 58								
20.	,,	**125** 55, 56, 57, 61	20. Dezember 1912 Londoner Botschafterreunion bis 2. Januar 1913 vertagt							**155** 61
21.	,,	**125** 59, 65, 67, 71, 74, 76								
22.	,,	**125** 60, 62, (63), 66, 73								
23.	,,	**125** 68, 69, 70								
24.	,,	**125** 72, 75								
26.	,,	**125** 87								
27.	,,	**125** 77, 78, 83, 86, 88, 89					**146** 55			

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1912										
28.	Dez.	**125** 79, 80, 81, 82, 84								
29.	,,	**125** 93								
30.	,,	**125** 85, 90, 91, **126** 03								
31.	,,	**125** 92, 94, 95, 96								
1913										
1.	Jan.							**151** 15		
2.	,,	**125** 97, 98, 99, **126** 00, 07, 28						**151** 16	**152** 82, **154** 35	
3.	,,	**126** 01, 02, 04, 05						**151** 17		
4.	,,	**126** 06, 08, 09, 10, 11, 12, 13, 14, 19, 20, (29)								
5.	,,	**126** 15, 16, 17, 18, 21	5. Januar 1913 Botschafter v. Jagow wird zum Staatssekretär des Ausw. Amtes ernannt							
6.	,,	**126** 22, 23, 24, 25, 26, 27, 30	6. Januar 1913 Letzte Sitzung der Londoner Friedenskonferenz							
7.	,,	**126** 29, 31, 32, 33, 34								
8.	,,	**126** 35, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 45, 49								
9.	,,	**126** 41, 43, 44, 46, 47, 50						**151** 68		
10.	,,	**126** 48, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 60, 61, 68						**151** (72)	**152** 83	

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		NeueGefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
11.	Jan.	126 59, 62, 63, (64), 65, 66, 67, (72), 73, 74					146 (56)	151 69		
12.	,,	126 69, 70, 71, 85								
13.	,,	126 72, 75, 76, 77, 86								
14.	,,	126 78, 79, 80, 83, 84						151 70		
15.	,,	126 81, 82, 87, 88, 89, 90, 96, 99						151 72		
16.	,,	126 91, 92, 94						151 71		
17.	,,	126 93, 95, 97, 98, 127 00, 09	17. Januar 1913 Poincaré wird zum Präsidenten Frankreichs gewählt				146 56			
18.	,,	127 01, 02, 04						151 73, 74		
19.	,,	127 03, 05, 06, 07, 11								
20.	,,	127 08, 10					146 57			
21.	,,	127 12, 13, 14, 15	21. Januar 1913 Kabinett Briand. Außenminister Jonnart					151 75		
22.	,,	127 16, 17, 19, 20, 36, 40						151 18, 76, 77, 78		
23.	,,	127 18, 21, 26, 27, 28, 35	23. Januar 1913 Sturz des türkischen Kabinetts Kjamil Pascha						152 84	
24.	,,	127 22, 23, 25, 30								
25.	,,	127 24, 29, 31, 32, 33, 34, 37, 39								
26.	,,	127 38, 41, 42, 48								

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
27.	Jan.	127 43, 44, 45, 46, 49, 50, 52						151 (79)		
28.	„	127 47, 51, 54								
29.	„	127 53, 55, 57, 58, 59, 61, 64	29. Januar 1913 Abbruch der Beziehungen zwischen den Balkanverbündeten und der Türkei					151 79		
30.	„	127 56, 60, 62, 63, 69								
31.	„	127 65, 66, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 84								
1.	Febr.	127 74, 75, 78, 79, 87, 90						151 80		
2.	„	127 76, 77, 80, 81, 82, 83, 88								
3.	„	127 85, 86, 89	3. Februar 1913 Wiederbeginn der Feindseligkeiten auf dem Balkan							
4.	„	127 95, 96						151 81		
5.	„	127 91, 92, 94, 97, 98, 128 06	5. Februar 1913 Erneuerung des Bündnisses von 1892 zwischen Oesterr.-Ung. u. Rumänien							
6.	„	127 93, 99, 128 00, 05, 08, 11							152 85	155 62
7.	„	128 01, 28						151 82		
8.	„	128 02, 03, 04, 07, 09, 12							152 86	155 63
9.	„	128 10, 13, 14, 17								155 64

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
10.	Febr.	128 15, 16, 18, 19, 20, 21, 23, (24), 33, 49								
11.	„	128 22, 24, 25, 26, 29, 30								155 65
12.	„	128 27, 31, 32, 34, 35, 38						151 (83)		
13.	„	128 36, 37, 39, 40, 41, 42, 50, 51, 52								155 66
14.	„	128 43, 44, 45, 46, 48								156 24
15.	„	128 47, 53, 54, 55, 57, 58, (62), 64								
16.	„	128 56, 59, 60								
17.	„	128 61, 62								156 25
18.	„	128 63, 65, 73						151 83		
19.	„	128 66, 67, 68, 69, 74, 80, 99								156 26
20.	„	128 70, 72, 76, 81								
21.	„	128 71, 75, 77, 78, 79, 85					146 58			
22.	„	128 82, 83, 84, (86)						151 84		156 27
23.	„	128 87, 89, 90, 92, 129 08								

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
24.	Febr.	128 86, 88, 91, 93					147 17		152 87	
25.	,,	128 94, 97					146 59			
26.	,,	128 95, 96, 98, 129 00, 01, 03, 05								
27.	,,	129 02, 04, 06, 14								
28.	,,	129 07, 09, 10, 11, 13, (15), 18, 19						151 85		
1.	März	129 12, 15, 16, 17, 20, 21, 23, 28						151 86		156 28, 29
2.	,,	129 22								
3.	,,	129 24, 26, 27					146 60			
4.	,,	129 25, 29, 30, 32	129 35					151 90		
5.	,,	129 31	129 33, 34 (36), 37, 39					151 87, 88, 89		156 30
6.	,,		129 36	6. März 1913 Janina wird von griechischen Truppen erstürmt						
7.	,,		129 38, 40, 43, 48					151 91		157 84
8.	,,		129 41, 42, 44, 45, 47, 50							
10.	,,		129 46, 49, 51, 52	10. März 1913 Französ. Regierungsvorlage zur Einführung der dreijähr. Dienstzeit						
11.	,,		129 53, 54, 55, 56, 57, 71				147 18			
12.	,,		129 58, 59					151 92		156 14, 31, 32

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
13.	März		**129** 60, 61, 62, 69, 70, 74, 79				**147** 19		**152** 88	**156** 33
14.	,,		**129** 63, 64, 65, 66, 67, 68				**146** 61			**155** 67
15.	,,		**129** 72, 73, 75, 78, 85					**151** 93		**156** 35
16.	,,		**129** 76, 77, 80, 81, 84				**147** 20			
17.	,,		**129** 82, 83, 86, 89, 90				**147** 21			**156** 34
18.	,,		**129** 87, 88, 99	18. März 1913 Ermordung König Georgs v. Griechenland in Saloniki. Sturz des Kabinetts Briand			**146** (62)			
19.	,,		**129** 91, 92, 93, 94, 96				**147** 22, 23			**157** 85
20.	,,		**129** 95, 97, 98, **130** 00				**146** 62			
21.	,,		**130** 01, 02, 03, 04, 05					**151** 94		
22.	,,		**130** 06, 07, 08, 14	22. März 1913 Kabinett Barthou						
23.	,,		**130** 09, 10, 11, 12, 13, 26							
24.	,,		**130** 41							
25.	,,		**130** 15, 16, 17, 19, 27, 42				**147** 24, 25			**156** 15
26.	,,		**130** 18, 20, 21, 23, 24, 25, 43	26. März 1913 Fall von Adrianopel. Churchill schlägt ein Rüstungs-Feierjahr im Flottenbau vor			**147** 26			
27.	,,		**130** 22, 28, 36, 38					**151** 95		**155** 68, **156** 36
28.	,,		**130** 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 37, 44, 45,	28. März 1913 Die „Nordd. Allg. Ztg." gibt die deutsche Wehrvorlage bekannt						

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
Tag	Monat									
1913										
29.	März		**130** 39, 40, 46, 56					**151** 96		**155** 69
30.	„		**130** 48							
31.	„		**130** 47, 49, 50, 51, 53, 54, 55, 57, 58, 76							**155** 70
1.	April		**130** 52, 59, 60, 61, 62, 63, 66, 67, 74, 75, 77				**147** 27			**155** 71
2.	„		**130** 64, 65, 68, 69, 70, 71, 72, 73				**146** 63		**154** 36	
3.	„		**130** 78, 79, 80				**147** 28			**156** 79
4.	„		**130** 81, 82, 83, 85, 86, 87						**154** 37	**156** 80, 81, 82
5.	„		**130** 84, 88, 89, 90, 95					**151** 97	**154** 38	**156** 37, (84)
6.	„		**130** 91, 92, 93, 94, 96, 98, **131** 19						**152** 89	
7.	„		**130** 97, 99, **131** 00, 01, 02, 03, 04, 05, 07, 09, 10							
8.	„		**131** 06, 08, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 25							**156** 38
9.	„		**131** 16, 20 21, 22, 24, 26, 28, 37						**152** 90, 91	**156** 39, 41, 84
10.	„		**131** 23, 27, 29, 30, 31, 32						**152** 93	**156** 40, 42, 83

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
11.	April		131 33, 34, 35, 38, 40							156 85
12.	,,		131 36, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 52, 53, 55, 56				147 29		152 92, 94	
13.	,,		131 46, 49, 51							
14.	,,		131 50, 54, 57, 58, 59, 60							
15.	,,		131 61, 62, 63, 64, 65	15. April 1913 Eintritt einer zehntägigen Waffenruhe zwisch. Bulgarien u. der Türkei					152 95	156 86, 87
16.	,,		131 66, 67, 68, 69, 76							156 16 88, 89
17.	,,		131 70, 71, 73, 74, 75, 77, 78						152 96, 97	156 90, 91, 92
18.	,,		131 72							156 93, 157 00
19.	,,							151 98, 99		156 94, 95
20.	,,		131 79, 80						152 98	
21.	,,		131 81, 82,				147 30	152 00, 01, 02	153 00	156 98
22.	,,		131 85, 86, 87, 92					152 03	152 99	156 96, 97
23.	,,		131 83, 84, 88, 89, 90, 91	23. April 1913 Übergabe Skutaris durch Essad Pascha an die Montenegriner. Bulgarisch-Türkische Waffenruhe um 10 Tage verlängert				152 04	153 01	156 99
24.	,,		131 93, 94, 95, 96, 98, 132 00, 01, 02, 03				147 32	152 05		
25.	,,		131 97, 99, 132 04, 05, 06, 09					152 07		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
26.	April		**132** 07, 08, 10, 11, 13, 14, 19, 20				**147** 31		**154** 39	
27.	,,		**132** 12, 15, 16, 17, 18, 21, 25					**152** 06		
28.	,,		**132** 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 34, 39, 55					**151** 19		**157** 01
29.	,,		**132** 33, 35, 36, 38				**147** 33			**156** 43, **157** 38
30.	,,		**132** 37, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 47							**155** 72
1.	Mai		**132** 46, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 62, 70, 80				**147** 34			**157** 39
2.	,,		**132** 54, 56, 57, 59, 60, 91							
3.	,,		**132** 58, 61, 63, 64, 65, 66				**147** 35			**157** 40, 41, 86
4.	,,		**132** 67, 68, 69, 76							
5.	,,		**132** 71, 72, 73, 74, 75, 79							**157** 03
6.	,,		**132** 77, 78, 81, 82, 83					**152** 08		**157** 02
7.	,,								**153** 02	**157** 04
8.	,,		**132** 85, 86, 89, 90				**147** 37			**156** 44
9.	,,		**132** 84, 97				**147** 36, 38, 39	**152** 09		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
10.	Mai		**132** 87, 88, 96, **133** 01							
11.	,,		**132** 92, **133** 03					**152** 10		
12.	,,		**132** 93, 94, 95, 98, 99							
13.	,,		**133** 00, 02				**146** 64, (65)	**152** 11		**157** 05, 06
14.	,,		**133** 04	14. Mai 1913 Antrittsbesuch des Staatssekretärs v. Jagow in Wien				**152** 12		**157** 07
15.	,,		**133** 19					**152** 13		
16.	,,		**133** 05				**147** (40)	**152** 14		
17.	,,		**133** 06				**147** 41	**152** 15, 17, 18	**153** 03	**156** 45
18.	,,		**133** 07, 08, 09, 18					**150** 45, **152** 16, 21		
19.	,,		**133** 10, 24					**152** 19, 20	**153** 04	
20.	,,		**133** 11, 12, 13, 14, 15, 16, (17).				**146** 66, **147** 42		**153** 05, 06, 08	
21.	,,		**133** 20, 27, (50)					**152** 23	**153** 12	
22.	,,		**133** 21, 22, 23				**146** 67, **147** 43	**150** 46	**153** 07, **154** 40	
23.	,,		**133** 25, 29					**152** 22, 24	**153** 09	
24.	,,		**133** 26, 28	24. Mai 1913 Hochzeit des Herzogs von Braunschweig u. d. Prinzess. Viktoria Luise in Berlin				**150** 47, **152** 25		
25.	,,								**153** 10, 11	
26.	,,		**133** 30, 31, 32, 33, 34, 36, 38, 42				**147** 44		**153** 13, 14	
27.	,,		**133** 35, 37, 39	**133** 55				**152** 26, (27)	**153** 15	
28.	,,		**133** 40, 41, 45				**147** 45, 46	**149** 16, **152** 31	**153** 16	

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
29.	Mai		133 43, 44, 46				147 47, 48	149 17, 150 48, 152 28, 29, 30	153 18	
30.	,,		133 47, 48, 49, 50, 51, 52	133 56, 70	30. Mai 1913 Unterzeichnung des Londoner Vorfriedens (2. Balkankrieg)			149 18		157 08
31.	,,		133 53, 54	133 57				149 19, 152 32	153 17	
1.	Juni	1. Juni 1913 Griechisch-serbischer Allianzvertrag						150 49		
2.	,,			133 59, 66			147 49, 50	149 20, 21, 22, 23, 152 33	153 19, 24	
3.	,,			133 58, 60, 136 21			147 51	152 34		
4.	,,			133 61, 62, 63, 65	4. Juni 1913 Eröffnung der internationalen Pariser Finanzkonferenz für Balkanfragen		147 52, 53	152 35	153 20, 21, 22, 23	
5.	,,			133 64, 69, 136 22, 23					153 25, 26, 27	156 46
6.	,,			133 67, 68, 73				151 20, 152 36, (39)	153 28	
7.	,,			133 71, 72				152 38, 39	153 29, 30, 33	
8.	,,			133 74, 76				152 37	153 31	
9.	,,			133 75, 77, 78, 92, 136 24				152 40	153 32	
10.	,,			133 79, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 93	10. Juni 1913 Schluß der Londoner Friedenskonferenz			152 41	153 34	
11.	,,			133 80, 86, 136 26				151 21		
12.	,,			133 88, 91, 136 27				152 42, 43	153 35	

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
13.	Juni			133 89, 90, 136 25						
14.	„			133 95						
15.	„			133 94, 136 28, 29			146 68			
16.	„			133 96, 136 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36	16. Juni 1913 25jähriges Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II.					
17.	„			136 37, 40				152 44		156 47, 48
18.	„			133 97, 98, 134 50, 136 38, 39, 42						
19.	„			133 99, 134 00, 06						
20.	„			134 01, 03, 04, 05, 07, 10, 51, 53, 136 41				152 45		155 73
21.	„			134 02, 09, 52, 54			147 54			
22.	„			134 08, 11, 12, 26				151 22		
23.	„			134 13, 14, 55, 136 43, 44, 45					153 36, 37	155 74
24.	„			134 15, 16, 17, 18, 57, 58	24.—27. Juni 1913 Poincaré in London			149 24, 152 46	153 38	
25.	„			134 19, 20, 27, 56, 59				149 25, 152 47		156 17
26.	„			134 21, 22, 23, 60, (136 47)			147 55	150 50	153 39, 42	
27.	„			134 24, 25, 36, 61, 136 47					153 43	

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
28.	Juni			**134** 28, 29, 30, 31, 32, 37, 62, 63, 64, **136** 46			**147** 56		**153** 40, 41	**156** 18, 49
29.	,,			**134** 33, 34, 35	29./30. Juni 1913 Bulgarischer Angriff. Beginn des 3. Balkankrieges		**147** 57, 58			
30.	,,	30. Juni 1913 Annahme der deutschen Wehrvorlage		**134** 38, 39, 40, 41, 46			**146** 69	**152** 48	**153** 44, **154** 41	
1.	Juli			**134** 42, 43, 44, 45, 65, 74, 75, 76, **136** 48			**146** 70, **147** 59	**149** 26		
2.	,,			**134** 47, 48, 49, 66, 77, 78			**146** 71, **147** 60, 62	**152** 49		
3.	,,	3./4. Juli 1913 Das italienische Königspaar zum Besuche des deutschen Kaiserpaares in Kiel		**134** 79, 81, 82, 85, **136** 49			**147** 61		**153** 46, 47, 49	
4.	,,			**134** 80, 83, 84				**150** 51	**153** 45, 48	
5.	,,			**134** 86, 87, 88, 89, **136** 50					**153** 50	**157** 87
6.	,,			**134** 90, 91				**150** 52, (53)		
7.	,,			**134** 67, 68, 92, 93, 94, 95, 97, **136** 51, 52			**146** 72	**152** 50	**153** 51	**156** 19
8.	,,	8. Juli 1913 Serbisches Kriegsmanifest		**134** 69, 96, 98, **135** 13				**150** 53	**153** 52, 53	**157** 88
9.	,,			**134** 70, 99, **135** 00, **136** 53				**150** 54	**153** 55, 56, 57	
10.	,,			**134** 71, **135** 01, **136** 54				**152** 51	**153** 54	

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		NeueGefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
11.	Juli			134 72, 135 02, 03, 04, 06, 07, 08, 136 55			147 63			
12.	„			135 05, 09, 10, 12, 136 56, 57					153 58	
13.	„			135 11, 20						
14.	„			135 14, 15, 18, 19				150 55	153 59	
15.	„			135 16, 17, 21, 22, 32, 136 58, 59					153 61	
16.	„			135 23, 24, 25, 26, 27, 30, 31			147 64, 65	149 27, 28, 31, 150 56	153 60	156 50
17.	„			135 (28), 29, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40			146 73	149 29		157 89
18.	„			135 41, 42, (43), 44, 47, 49, 51, 73	138 28		146 74	149 30, 152 52	153 62, 154 42	155 75
19.	„	19. Juli 1913 Annahme der dreijährigen Dienstzeit durch die französ. Deputiertenkammer		135 45, 48, 50, 52, 53, 55, 68, 136 60						
20.	„			135 46, 54, 56, 57, 136 61						
21.	„			135 58, 59, 60, 61, 62, 63, 65, 66 67, 136 62, 65			146 75			
22.	„			135 (64), 69, 70, 71 72, 136 63					153 68	

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
23.	Juli	23. Juli 1913 König Ferdinand v. Bulgarien wendet sich hilfesuchend an die Mächte		**135** 74, 75, 76, 78, 79, **136** 64				**149** (32)	**153** 64	
24.	„			**135** 77, 80, 81, 82, 95, 96, 97, **136** 66			**147** 66	**149** 33	**153** 63, 65, 66, 69	
25.	„			**135** 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, **136** 00, 02, 05, (67), 91						**156** 51
26.	„			**135** 98, 99, **136** 19, 92			**146** (77)			
27.	„			**136** 01, 03, 04, 10					**153** 67	
28.	„			**136** (06), 07, 08, 09, 13, 68, 69	**138** 29		**146** 76			
29.	„	29. Juli 1913 Vertrag über Kueit		**136** 11, 12, 14, 70, 71, 93						
30.	„	30. Juli 1913 In Bukarest beginnen Friedens-Vorbesprechungen		**136** 15, 16, 17, 94					**153** 70	
31.	„			**134** 73, **136** 18, 72, 73, 74, 95, 96, 97			**146** 77		**153** 71	
1.	Aug.			**136** 20, 75, 98, 99, **137** 00, 26					**153** 72	
2.	„			**136** 76, **137** 01, (02), 03, 04, 11	**137** 54					

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
3.	Aug.	3.—25. Aug. 1913 Französische Militärkommission unter Joffre in Rußland		136 79, 137 05, 06, 07, 08	137 55					
4.	„			136 77, 137 09, 10, 12, 14, 15	137 56, 69		146 78		153 75	
5.	„			136 78, 80, 137 13, 16, 17, 18, 20, 24, 25	137 57, 58			149 34	153 73	
6.	„			137 19, 21, 22, 23, 27, 38, 42	137 59, 60, 61, 62, 63			149 35		156 20, 157 69
7.	„	7. August 1913 Annahme der dreijährigen Dienstzeit durch den französischen Senat		137 28, 29, 30, 31, 32, 39, 40	137 64, 65, 67, 68, 138 30			152 53		
8.	„			136 81, 82, 83, 137 33, 34, 35, 43	137 66		146 79		153 76	156 52
9.	„			136 84, 137 36, 37, 41	137 71, 138 99				153 74	
10.	„	10. August 1913 Friede von Bukarest		136 85, 86, 137 44					153 77	
11.	„			136 87, 89, 90, 137 48	137 70, 72, 139 00					
12.	„	12. August 1913 Englisch-türkisches Abkommen über die Eisenbahnen in der asiat. Türkei wird paraphiert		136 88, 137 45, 46, 49, 51	137 73, 74, 75					
13.	„			137 47, 50, 52	137 76, 78		146 80			
14.	„				137 77, 82		147 67			
15.	„			137 53	137 79, 80, 85					
16.	„				137 81, 83, 84, 138 31		147 68			

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
17.	Aug.				**137** 86, **141** 34					
18.	„				**137** 87, **138** 32		**147** 69			
19.	„				**137** 88 **139** 01		**146** 81, **147** 70			
20.	„				**137** 89, 90, 91, 92, 95, **138** 33, **139** 02		**147** 71			**156** 53
21.	„				**137** 93, 94, 97, **138** 34, **139** 03		**147** 72			
22.	„							**150** 57, 58	**153** 78	
23.	„				**137** 96, **139** 04, 05					**157** 90
24.	„				**137** 98, 99, **138** 00, 02, **139** 06, 08				**154** 43	**157** 42
25.	„				**138** 01, **139** 07					**156** 54
26.	„				**138** 03, 04, 05					**157** 45, 91
27.	„				**138** 06, 07				**153** 80	**157** 43, 44, 92
28.	„				**138** 09			**149** 37		
29.	„				**138** 08, 10, 11, 35, **139** 09, 12		**146** 82, **147** 74	**149** 38, 40	**153** 79	
30.	„				**138** 12, 13, 14, **140** 25			**149** (36), 39	**153** 81	
31.	„				**138** 15					**157** 46
1.	Sept.				**138** 36, **139** 10, 11, **140** 26		**147** 73, 75		**153** 82	

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
2.	Sept.				138 16, 139 17, 140 27		147 76, 78, 79			
3.	,,				138 18, 37		147 77			
4.	,,				138 17, 19, 20, 139 13, 15		147 81			
5.	,,				138 21, 22, 139 14					
6.	,,	6. — 8. September 1913 König Konstantin von Griechenland in Berlin			139 18, 140 28		147 80			
7.	,,				138 39, 40, 47, 139 16, 19					157 09, 94,
8.	,,				138 38, 41 42, 139 21, 140 29, (30)		146 83		153 83	157 10, 93
9.	,,	9. September 1913 Beginn türkisch-bulgarischer Friedensverhandlungen			138 27, 44, 141 35		147 83	149 41		
10.	,,				138 43, 45, 46, 48, 139 20, 22, 140 30, 31		147 82		153 84, 85	157 47
11.	,,				139 23, 24, 141 36					
12.	,,				138 49, 139 25, 26, 27, 31					
13.	,,				138 23, 50, 51, 139 28, 29, 140 32					
14.	,,				140 33					
15.	,,				138 52, 139 30			149 42	153 86	
16.	,,				138 53, 141 37				153 87	157 95

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
17.	Sept.				**138** 54, **141** 38			**149** 43		
18.	„				**138** 24, 25, 55, **140** 34		**147** 84	**150** 59		**156** 21
19.	„				**138** 57, **139** 32, 33, 34, 35, 38, **141** 40			**150** 60		
20.	„				**141** 39				**153** 88, **154** 44	
21.	„				**139** 40					
22.	„				**138** 56, **139** 36, 37			**149** 44	**153** 89, 90	**157** 48
23.	„				**138** 58, **140** 35, **141** 41			**149** 45		
24.	„				**139** 39, 41, **140** (36), **141** 42, 43				**153** 91	
25.	„				**140** 36, 37					
26.	„				**138** 59, 60, **141** 44, 46			**149** 49, 50		**155** 76
27.	„				**138** 61, 62, 63, 73, **141** 45			**149** 46, 47, **150** 61		
28.	„				**140** (38)			**149** 48	**153** 92	
29.	„	29. September 1913 Abschluß des türkisch-bulgarischen Friedensvertrages			**138** 64, 65, 66, 67, 68, **140** 40, 42, 43, **141** 47				**153** 94, 95	
30.	„				**138** 69, 70, **140** 38, 39, **141** 48, 56			**149** 51	**153** 93	
1.	Okt.				**138** 71, 72, **140** 41, **141** 49, 52			**149** 52, **150** 62, 63		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
2.	Okt.				139 46, 141 50					157 96
3.	„	3. Oktober 1913 Serbischer Ministerpräsident Paschitsch in Wien			138 74, 76, 139 42, 43, 140 45, 141 51, 54			149 53		
4.	„				139 44, 140 44, 141 53					
5.	„				138 75, 139 47, 141 55			150 64		
6.	„				140 46			150 65		157 49
7.	„				139 45, 141 57					
8.	„				138 26, 77, 140 47					157 50
9.	„				138 27, 140 49, 141 59					
10.	„				138 78, 139 50			149 54		155 77
11.	„				138 79, 139 48, 51, 140 48			151 23		
12.	„				141 58					
13.	„				139 49					
14.	„				140 50, 51, 141 65				153 96	
15.	„				138 80, 140 52, 141 60, 68			150 66		
16.	„				140 53, 141 61, 62, 63, 64, 67				153 97	
17.	„				141 66, 70, 71, 72, 83			149 55		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
18.	Okt.	18. Oktober 1913 Kaiser Wilhelm II. und Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand in Leipzig			139 52, 140 54, 141 (69), 73, 74, 76					
19.	,,				140 55, 157 97 141 75, 77, 79, 80					157 97
20.	,,				140 56, 57, 58, 141 78, 81, 82, 84, 85, 86, 88			149 56, 152 60		155 78, 79, 80
21.	,,				139 57, 140 59, 61, 141 87, 89, 90, 91, 92, 94, 95, 96					155 81
22.	,,	22. Oktober 1913 Sasonow in Berlin			140 62, 70, 141 93				153 98	155 82, 83
23.	,,	23.—25. Oktober 1913 Kaiser Wilhelm II. in Konopischt			139 53, 61, 140 60, 66, 67, 68, 141 98		146 84	151 24	153 99	156 (55), 157 98
24.	,,				139 54, 55, 140 63, 64, 65, 141 (97)		147 85		154 00	156 55, 157 51
25.	,,				141 97, 99, 142 00			150 67, 152 61		157 70
26.	,,	26. Oktober 1913 Kaiser Wilhelm II. in Schönbrunn			139 56					157 11, 12
27.	,,				138 82		147 86	152 62, 63		
28.	,,	28. Oktober 1913 Deutsch-türkisches Abkommen über die Entsendung des Generals Liman v. Sanders			139 59, 142 01			149 57, 150 68	154 01	157 71
29.	,,								154 02	
30.	,,				138 81, 139 60			149 58		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
31.	Okt.				139 58, 139 64, 140 69					157 72
1.	Nov.	1. November 1913 Marine-Abkommen des Dreibundes tritt in Kraft			138 83					157 73
2.	„				139 68, 71					
3.	„							149 59		
4.	„				139 (63)		147 87	150 69	154 03	157 74
5.	„				139 62, 63, 65, 67, 72		147 88			155 84
6.	„	6. November 1913 König Ferdinand v. Bulgarien bei Kaiser Franz Joseph in Schönbrunn			138 84, 85, 139 66, 69, 74, 140 71		147 89	149 60, 61		157 75, 99
7.	„				138 86, 87, 89, 139 73, 140 72, 73		147 90	149 62	154 04, 45	158 00
8.	„				138 88, 139 70, 80				154 46	156 56
9.	„				138 90		146 85			157 52
10.	„				138 91, 139 76, 81		147 91			
11.	„				138 92, 142 02				154 47	
12.	„				138 93, 97, 139 75		147 92	150 70		
13.	„				138 94, 139 77, 78, 82					158 01
14.	„	14. November 1913 Unterzeichnung des griechisch-türkischen Friedensprotokolls			138 95, 98, 139 79, 86, 93, 94		147 93	149 63, 150 73		157 76, 77
15.	„				138 96		147 (94)	150 71		156 57
16.	„				139 83, 84, 140 74			150 72		
17.	„	17.—20. November 1912 Kokowzow in Berlin			139 85, 87		147 94	150 74	154 48	
18.	„				139 89, 91, 140 75				154 49, 50	157 53, 78
19.	„				139 88, 90, 140 76, 77			150 75	154 05, 51	157 54

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
20.	Nov.				139 92			150 76, 152 65		157 79
21.	„				140 78		147 95	150 77, 152 64	154 06	
22.	„				139 95, 99		147 (96)	150 78, 79, 80		157 55, 158 02
23.	„				139 97, 140 81				154 52	
24.	„				139 96		147 96, 97, 98	149 (64)	154 53	
25.	„				139 (97), 98		148 (00)	149 64		
26.	„				140 79		148 00		154 08, 54	156 58, 157 56
27.	„	27. November 1913 Vertrag zwischen der türkischen Regierung und General Liman v. Sanders			140 03, 80		147 99		154 55	157 57
28.	„							151 25	154 56, 57	
29.	„				140 82			150 81	154 58	156 59, 158 03, 04
30.	„				140 00, 02, 12			150 82	154 07, 59	155 85, 156 60
1.	Dez.				140 01, 14					157 80
2.	„	2. Dezember 1913 Sturz des Kabinetts Barthou			140 04, 83			152 66	154 60	
3.	„	3. u. 4. Dezember Zabern-Verhandlungen im Reichstage			140 05, (06), 84			149 (65), 150 83	154 09, 61	157 58
4.	„				140 07, 08, 09, 85, 88			149 65 150 84	154 62, 63, 64	156 61
5.	„				140 10, 11, 13			149 66, 67, 150 85, 87	154 65, 66, 68	158 06
6.	„							150 86, 151 26	154 67, 69, 70	158 05, 07
7.	„							152 67	154 71, 72, 73, 74, 75	
8.	„	8. Dezember 1913 Ministerium Doumergue			140 87			150 89, 151 27, 152 54		158 08

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1913										
9.	Dez.	9. Dezember 1913 Wichtige Reichstagsrede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg			140 16, 19, 23			149 68, 150 88, 90	154 10, 76	
10.	,,				140 15, 20, 86	142 04		150 91, 151 28	154 77	156 62
11.	,,				140 (22), 89					155 86, 158 09
12.	,,				140 17, 18, 22		146 86, 148 01, 02		154 78, 80	156 63, 157 81
13.	,,				140 21, 90, 92	142 (03)	146 87		154 79, 83	
14.	,,	14. Dezember 1913 General Liman v. Sanders trifft in Konstantinopel ein			140 24	142 03, 07				
15.	,,				140 93	142 05	146 88, 148(05)	150 92, 151 29	154 81, 82, 85	
16.	,,				140 91	142 06, 09	148 03	149 69	154 84, 86, 87, 88	
17.	,,						146 91, 148 04		154 93	
18.	,,					142 08, 10, 11	146 89		154 89, 90	155 87, 157 59
19.	,,							149 70	154 91, 92	
20.	,,						148 05	149 71, 72	154 11, 94	158 10
21.	,,					142 12				
22.	,,					142 13	146 90		154 95, 96	
23.	,,					142 15		149 73, 150 93, 151 (32)	154 97, 98, 99, 155 01	
24.	,,					142 14		151 30, 152 68	155 00	
25.	,,					142 16, 17, 20		149 74	154 12, 155 03	
26.	,,					142 26			155 02	
27.	,,				140 94,	142 18			155 04	156 64

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
Tag	Monat									
1913										
28.	Dez.					142 19 (21), 22		149 75	155 05, 07	
29.	,,					142 23, 24, 28			154 13, 155 06, 08	
30.	,,					142 25		149 76, 77, 150 94, 152 69		
31.	,,				140 95	142 29		149 78, 79, 80, 152 (55)	155 09	156 65
1914										
1.	Jan.					142 27				158 11
2.	,,					142 30, 32, 33		151 31		155 88
3.	,,				140 96	142 31, 34	146 92	150 96	155 10, 11	
4.	,,				140 97	142 35, 36, 37, 42		151 32		
5.	,,				140 98, 99			150 95	154 14	
6.	,,					142 38, 39, 40	148 06	151 33	154 15, 155 12	
7.	,,	7. Januar 1914 General Liman v. Sanders erhält in Konstantinopel eine andere Bestimmung			141 01	142 41, 43, 44	146 93, 94	150 97	155 17	
8.	,,				141 00, 04	142 45			155 13, 14, 15	
9.	,,				141 02, 03, 05, 06, 10			149 81, 82	154 16, 155 16	
10.	,,				141 07, 15	142 46			154 17, 155 18, 19, 20	
11.	,,				141 08, 09, 17	142 47, 48			154 18, 19	
12.	,,	12. Januar 1914 Abberufung Delcassés aus Petersburg			141 11, 12	142 49, 50, 51				
13.	,,				141 16		148 07	149 83		

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
14.	Jan.				141 13, 14	142 52, 53		149 84		
15.	,,						148 08	149 85	155 21, 22	
16.	,,				141 22		148 09	150 98	154 20	
17.	,,				141 18	142 54		150 99	154 21	
18.	,,				141 19, 20, 21				155 23	
19.	,,							151 34, 35, 152 70, 71, 72		
20.	,,								154 22, 155 24	
21.	,,							149 86		156 66
22.	,,				141 23, 24, 25			152 73		
23.	,,					142 (56), 144 06	148 10			
24.	,,				141 26	142 55, 56, 144 07	148 11	152 74		158 12
25.	,,						148 12	151 00		
26.	,,					142 57, 58, 144 08		149 87, 151 36, 152 75	154 23	
28.	,,					142 59, 60, 61, 144 09		149 88, 151 01		
29.	,,					142 62, 63, 64, 66, 144 10	146 95, 148 13, 17	151 02, 152 76		
30.	,,					142 65, 67, 68, 69, 70, 71	148 14	149 89, 90, 151 37 152 77	155 33	
31.	,,				141 27, 30	142 74	148 15	152 55	155 25	
1.	Febr.				141 28	142 72, 73, 75	148 16			

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
2.	Febr.	2. Februar 1914 Serbischer Ministerpräsident Paschitsch bei Zar Nikolaus				142 76, 77		151 38	154 24	
3.	„				141 29	142 78				
4.	„							149 91, 152 78		
5.	„	2.—5. Februar 1914 Veniselos in Petersburg			141 31					156 67
6.	„					142 81, 82, 144 11	148 18, 19			155 (89)
7.	„					142 79, 80, 144 12	146 96			
8.	„	8. Februar 1914 Russische Sonderkonferenz betr. die Dardanellen							155 26	155 90
9.	„								154 25	155 91
10.	„					142 83, (88)	148 20, 21		155 27	155 92
11.	„					142 84, 85, 86, 87, 90, 91, 144 13, 14			155 28, 34	
12.	„				141 32, 33,	142 88, 89, (93)	148 22, 23	149 93		
13.	„					142 92, 93, 94, 96	148 24, 25, 26	149 92		158 13
14.	„					142 95, 144 15, 16		149 94	154 26, 27, 155 35	
15.	„	15. Februar 1914 Deutsch-französisches Abkommen über die türk. Eisenbahnen				144 17		149 95, 96	155 36	
16.	„					144 18 145 53	148 27	149 97		155 93
17.	„	17. Februar 1914 Paléologue löst Delcassé als Botschafter in Petersburg ab						149 98		
18.	„					142 97		149 99		155 94, 157 13
19.	„					144 19, 25	148 (33)		155 29	156 22
20.	„					144 20				
21.	„	21. Februar 1914 Albanische Deputation in Schloß Neuwied				144 21		151 03		
22.	„						148 28			
23.	„							150 00, 151 39		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
24.	Febr.					144 23	148 29			158 39
25.	„					144 22		150 01, 151 40, 41	155 37	158 41
26.	„						146 97			156 68, 157 14, 158 40
27.	„					142 98		151 04	154 28	
28.	„					144 24		150 02	155 30	
1.	März					145 54	146 98			
2.	„	2. März 1914 Artikel der Kölnischen Zeitung „Rußland und Deutschland“					148 30			
3.	„					142 99, 143 00, 145 55	146 99, 148 32, (33)		154 29	
4.	„					143 02	148 31, 33, 34			158 42
5.	„									158 14
6.	„						148 36			158 43
7.	„	7. März 1914 Einzug des Prinzen Wied in Durazzo				143 01	147 00	151 43		
8.	„					143 03, 05	148 35	150 03		
9.	„					143 04, 06, 07, 08	148 37	151 42		
10.	„					143 09, 10, 11, 12, 13, 144 26			155 38	158 47, 48
		12. März 1914 Aufsehenerregender Aufsatz der Birschewija Wjedomosti „Rußland ist kriegsbereit“								
11.	„							150 04	155 39	158 44
12.	„					143 14, 16		150 05		158 45
13.	„	12.—13. März 1914 Prinz Wied in Wien				143 15, 145 56		150 06		158 46
14.	„					143 17, 19	148 38	150 07	154 30	158 49, 50
15.	„	14. März 1914 Serbisch-türkischer Frieden				143 18, 144 27	148 39	150 08, 09		
16.	„									158 51, 52
17.	„						148 40			156 69, 158 53

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
Tag	Monat									
1914										
18.	März						148 41, 46	150 10, 151 05	154 31	155 95
19.	„					143 20, 144 28	148 42, 44	150 11, 151 06, 07		158 54
20.	„						148 43			
21.	„						148 45, 47, 48, 49	151 08		158 55
22.	„						147 01	150 12	154 32	
23.	„	23. März 1914 Kaiser Wilhelm II. in Wien.					148 50 (69)			156 70, 157 15, 158 16
24.	„						148 51, 52	151 09	154 33	157 16, 158 15
25.	„	25. März 1914 Kaiser Wilhelm II. in Venedig				144 29				157 17, 18
26.	„					144 30, 145 57	147 02, 148 55, 56, 57			157 19, 158 56
27.	„	27. März 1914 Kaiser Wilhelm II. in Miramare				145 59	147 03, 148 58	150 13		157 20
28.	„					143 21	148 53, 54, (61)			157 21
29.	„	29. März 1914 Kaiser Wilhelm II. trifft in Korfu ein. Aufenthalt dort bis 4. Mai				145 58	148 59	151 10		
30.	„					143 32	147 04, 148 61			155 96, 158 17
31.	„					143 22, 23, 24, 144 31	148 60, (65)	150 (14)		157 60
1.	April					143 25, 27, 31	147 05, 148 62, 64	150 15		
2.	„					143 26, 28, 29	148 63, 65		155 40	
3.	„					143 30	148 (69)	151 11		

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
4.	April					144 32	147 06, 148 66, 67			
5.	,,					143 33, 34, 35, 36				157 22, 23
6.	,,						148 68, 69		154 34, 155 41	
7.	,,					143 (37)				
8.	,,					143 38, 39				158 18
9.	,,					143 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 144 33, 34		150 16, 17	155 42, 43	
10.	,,					143 (47), 48, 49, 50, 51, 144 35, 145 60	148 70			158 57
11.	,,					143 52, 53		150 18	155 31	157 24
12.	,,					143 54		150 20		157 25
13.	,,					143 55, 57, 144 36, 145 61		150 19		
14.	,,	14.—18. April 1914 Graf Berchtold und Marquis di San Giuliano in Abbazia				143 56, 58	148 71			
15.	,,					143 59				
16.	,,					145 62		150 21		158 58
17.	,,	15.—22. April 1914 Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in Korfu				143 60, 61, 145 63, 64, 67	147 07			157 27, 28, 158 19, 22, 62
18.	,,					143 63, 145 65, 66, 69	148 73			158 20, 63
19.	,,					143 62	148 72			157 26, 158 23
20.	,,					143 64, 65, 67, 145 68		150 22, 151 44	155 (52)	157 29, 30, 158 21, 24, 64

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
21.	April	21.—24. April 1914 Das englische Königspaar und Sir Edward Grey in Paris				143 66, 68, 144 37, 38		152 56	155 44	
22.	,,					143 69, 145 70	148 75, 76, 77	150 23	155 45	158 66
23.	,,					143 70, 73, 145 71, 72	148 74	150 24, 152 79	155 46	
24.	,,					143 71, 72		152 80		158 25, 26, 65, 67
25.	,,					143 74, 75	148 78			155 97, 158 68
26.	,,					145 73, 83				
27.	,,					145 74, 75		150 25		155 98, 157 31 158 27, 69
28.	,,					145 77,			155 47	158 59
29.	,,					143 76, 145 76, 78, 79, 85		150 26		158 70, 71
30.	,,					143 77, 145 80, 81	148 79	151 45		
1.	Mai					145 84		152 81		158 72
2.	,,					145 82, 86				157 61
3.	,,					143 78				
4.	,,					143 80			155 48	
5.	,,					143 79	148 80, 81			156 07, 157 62, 158 28, 29
6.	,,					143 81	148 82			156 05, 06
7.	,,					145 87		150 27, 151 46		155 99
8.	,,							150 28	155 49, 50	157 63

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
9.	Mai					145 (87)		150 29, 152 57, 58		157 64
10.	,,							151 47		156 00, 157 32, 158 30
		11. Mai 1914 Türkische Sondermission beim Zaren in Livadia								
12.	,,								155 51	
13.	,,					143 82, 84, 145 88, 89	148 84	151 12		158 73, 74
14.	,,					143 83	148 85	151 13		
15.	,,					143 87	148 83			157 65
16.	,,					143 85		150 30, 31		157 66
		Mitte Mai 1914 Aufstand in Mittelalbanien								
17.	,,					144 39			155 53	157 67
18.	,,					143 86, 88, 144 40	148 86, 87			157 33, 158 75
19.	,,					143 89, 90, 144 41, 42, 43, 145 90, 91		151 48		157 68
20.	,,					144 44, 45, 46, 47, 145 92	148 88, 89	151 14		
21.	,,					144 49, 145 93, 94				
22.	,,					144 48, 50				157 34
23.	,,					143 91, 144 51, 145 95	147 08			156 71, 158 31
24.	,,					143 92				
25.	,,					144 52, 56, 145 96			155 52	158 76
26.	,,					144 54, 145 97		152 59		158 77
27.	,,					144 53, 55, 57, 58, 59				
28.	,,					144 60, 61, 145 98				

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
29.	Mai					**144** 62, 65, 68	**147** 09, **148** 91	**150** 32		**158** 78
30.	„					**144** 63, 64, 66, 69, **145** 99, **146** 00	**147** 10, **148** 90	**150** 33		**157** 82, 83, **158** 60
31.	„					**144** 67, 72, 82				
2.	Juni					**143** 93, **144** 70, **146** 01				
3.	„					**144** 71, 73, 74, 83				
4.	„					**144** 75, 77	**147** 11, **148** 92, 93	**150** 34		**158** 79
5.	„					**143** 94, **144** 79				
6.	„					**143** 95, 96, **144** 76, 78, 86, **146** 02				
7.	„					**143** 97, **144** 80				
8.	„					**144** 81, **146** 03	**147** 12 **148** 96			**156** 72
9.	„					**144** 84, 85, **146** 11	**147** 13, **148** 94, 95, 97			
10.	„					**146** 04				**156** 74, **158** 80
11.	„					**144** 87, 88, 91		**150** 35		
12.	„	12.—14. Juni 1914 Kaiser Wilhelm II. bei Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand in Konopischt				**144** 93, **146** 05	**148** 98, 99	**150** 36		**158** 81
13.	„					**144** 89, 90, 94, **146** 06, 07				**158** 61, 82

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
14.	Juni	14. Juni 1914 Zar Nikolaus und Sasonow in Konstanza				144 92, 146 08, 09, 10				
15.	„	15. Juni 1914 Deutsch-englisches Bagdadbahn-Abkommen. Sasonow in Bukarest				144 95, 96, 146 12, 13	149 00			156 75, 157 35, 36
16.	„	16. Juni 1914 Kreuzer „Breslau“ nach Durazzo entsandt				144 99, 146 14, 15, 29		150 37	155 32	156 01, 158 32, 83
17.	„					144 97, 98, 146 16, 17, 18, 19, 20, 26	149 01	150 38		156 76, 157 37, 158 33, 34
18.	„					146 21				
19.	„					145 00, 01, 05, 146 22, 23, 24, 25	149 02, 04, 05			156 77, 158 35, 36
20.	„					145 02, 07, 146 27, 28	149 03			
21.	„					145 03, 04				
22.	„	22.—29. Juni 1914 Englisches Geschwader unter Admiral Beatty in Kronstadt				145 06, 08, 146 30	149 07			156 73
23.	„					146 31	149 09			
24.	„	23.—30. Juni 1914 Englisches Geschwader in Kiel				145 09, 10, 11, 14, 146 32	149 06			158 37, 84
25.	„					146 33	149 08			156 02, 03
26.	„					145 12, 18, 146 34				
27.	„					145 13, 15, 16, 17, 21, 146 35				156 04
28.	„	28. Juni 1914 Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajewo				145 20				
29.	„					145 19, 24		150 39		
30.	„					145 22, 146 36, 38				158 85

Jahr Tag	Monat	Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
		Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
1.	Juli					**145** 23, 25, **146** 37		**151** 49		
2.	„					**143** 98, **145** 28, 30, **146** 39				
3.	„					**145** 26, 27				**158** 38
4.	„					**145** 29			**155** 54	
6.	„								**155** 56	**158** 86
8.	„					**145** 31				**156** 08, 09
9.	„					**145** 35				**158** 87
10.	„					**145** 33			**155** 55	
11.	„					**143** 99, **145** 32				
12.	„					**144** 00, **145** 34				
13.	„					**144** 01, 02, 04, **145** 36, **146** 40				
14.	„					**144** 05, **145** 37	**147** 14, **149** 10			
15.	„	15. Juli 1914 Abreise Poincarés nach Petersburg				**146** 41	**149** 11			**158** 88
16.	„					**146** 42				**156** 78
17.	„					**144** 03, **145** 38, **146** 43	**149** 12	**150** 40		
18.	„					**145** 39, **146** 44	**149** 13	**150** 41		**156** 10
19.	„	23. Juli 1914 Oesterreich-ungarisches Ultimatum an Serbien				**146** 45, 46				
20.	„					**145** 40	**149** 14	**150** 42		
21.	„					**145** 41, 42		**150** 43		
22.	„	28. Juli 1914 Die Türkei beantragt Eintritt in den Dreibund					**149** 15			
23.	„					**145** 43, **146** 47, 48		**150** 44		
24.	„	31. Juli 1914 „Zustand drohender Kriegsgefahr" in Deutschland								**158** 89
25.	„					**145** 44				
27.	„						**147** 15, 16			

Jahr		Band 34,1	Band 34,2	Band 35	Band 36,1	Band 36,2	Band 37,1	Band 37,2	Band 38	Band 39
Tag	Monat	Die Londoner Botschafterreunion u. der Zweite Balkankrieg 1912—1913		Der Dritte Balkankrieg 1913	Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914		Entspannungen unter den Mächten 1912—1913		Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914	Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914
1914										
1.	Aug.	1. August 1914 Deutsche Mobilmachung. Kriegserklärung an Rußland								156 11
		2. August 1914 Deutsches Ultimatum an Belgien								
		3. August 1914 Deutschland erklärt Frankreich den Krieg								
		4. August 1914 Englische Kriegserklärung. Beginn des Weltkrieges								
6.	„					145 45				
16.	„					145 46				
25.	„					145 47				
27.	„					145 48				
28.	„					145 49				
29.	„					145 50				
31.	„					145 51				
3.	Sept.					145 52				

Übersetzungen
der fremdsprachigen Dokumente der Bände 34—39



Nr. 12504

Aide-mémoire

Reinschrift. Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, den 29. November 1912

Der deutsche Botschafter in London hat Sir Edward Grey gegenüber dem Wunsche der Kaiserlichen Regierung nach Frieden und ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Seiner Majestät Regierung zur Erhaltung desselben mit ihr zusammenarbeiten wird, und Sir Edward glaubt, daß die beiden Regierungen diesbezüglich von denselben Gefühlen beseelt sind. Keine Regierung ist unmittelbar an der Förderung oder Verhinderung der Erwerbung eines Hafens an der Adria durch Serbien interessiert, und keine von ihnen erachtet diese Frage als einen hinreichenden Grund für einen Krieg zwischen den Großmächten. Wenn indessen zwei Großmächte in einen Krieg verwickelt werden, kann keine der übrigen sicher sein, nicht auch hineingezogen zu werden; denn der eigentliche Kriegsgrund kann in andere, sich aus der Verwicklung, die sich ereignen würde, ergebende Streitfragen gänzlich mit verschmolzen werden und darin verloren gehen. Dies muß, nach Sir Edward Greys Ansicht, das starke Verlangen der beiden Regierungen nach Erhaltung des Friedens verdoppeln.

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen allen Mächten sind noch freundschaftlich, stellt er fest, aber sie sind sehr schwankend, und die in Österreich-Ungarn und Rußland ergriffenen militärischen Vorsichtsmaßregeln sind eine wachsende Quelle der Beunruhigung geworden.

Unter diesen Umständen ist Sir Edward Grey bestrebt, in Erfahrung zu bringen, wie die Kaiserliche Regierung zu dem Vorschlag stehen würde, daß die sechs Botschafter in einer der Hauptstädte — Sir Edward schlägt Paris vor, falls das allgemein genehm sein würde — mit Weisungen versehen werden sollten, Vorschläge über drei Punkte zusammen zu beraten und ihren Regierungen zu unterbreiten:

1) In welchem Maße haben die Verbündeten freie Hand, die Karte von Europa ohne irgendwelche von den Großmächten gemachten Bestimmungen zu verändern?

2) Bei welchem Punkte müssen sich die Großmächte ihr Recht der Mitbestimmung bei der Abmachung wahren? Albanien, der Zugang Serbiens zur Adria und die Inseln im Ägäischen Meere sind nach Sir Edward Greys Ansicht die Punkte der größten Bedeutung, in der Annahme, daß die Verbündeten die Meerengen von Konstantinopel nicht zu beanspruchen versuchen.

3) Welche Abmachung über jeden dieser Punkte würde die Billigung und Unterstützung der sechs Großmächte erlangen?

Sir Edward Grey wünscht keinen Vorschlag zu machen, der nicht annehmbar sein würde, und Sir Edward Goschen ist daher angewiesen worden, vorerst vertraulich die Ansicht seiner Exzellenz des Herrn v. Kiderlen-Wächter über diese Frage festzustellen, und, wenn er dieselbe Ansicht teilt, zu fragen, ob

Seine Exzellenz die österreich-ungarische Regierung sondieren will. Sir Edward glaubt, daß die anderen drei alle annehmen werden.

Seiner Ansicht nach besteht die Gefahr, daß eine Konferenz einen unversöhnlichen Streitfall zwischen Österreich-Ungarn und Rußland schaffen könnte, er meint aber, daß diese Gefahr auf das geringste Maß zurückgeführt werden würde, wenn die Beratung der Vertreter der Mächte so unverbindlich wie möglich erfolgen würde, und daß ohne eine solche Beratung die Ansichten Österreich-Ungarns und Rußlands nicht in Einklang gebracht oder auch nur endgültig festgestellt werden können, und es bestehe die Gefahr, daß sie infolge Mobilisierung in eine unversöhnliche Haltung hineingetrieben werden könnten.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 53/54

Nr. 12 545

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 207 London, den 17. Dezember 1912

...... Es wurden nachstehende Punkte einstimmig vereinbart:

Erstens. Autonomes und lebensfähiges Albanien, ausschließlich garantiert und beaufsichtigt durch die Mächte unter der Souveränität oder der Oberlehnsherrlichkeit des Sultans. Mein russischer Kollege hatte hierzu die Anregung gegeben, und sein Vorschlag wurde angenommen, nachdem der Zusatz: „Mit beschränkter Anzahl ottomanischer Truppen, deren Ziffer später festgesetzt werden würde" fallen gelassen worden war, da derselbe zu Bedenken Veranlassung gab. Ebenso wurde: „Der Gouverneur wird von den Mächten ernannt und vom Sultan bestätigt" ausgelassen; statt dessen mein österreichischer und italienischer Kollege gebeten, ihre Regierungen zu veranlassen, „ihre Ansichten über die Grundzüge der künftigen Gestaltung dieser Autonomie" auszuarbeiten und uns diese Projekte alsdann vorzulegen.

. . . .

Drittens gelangt zur Annahme: „Darüber einig zu sein, daß die Grenzen des autonomen Albaniens und Montenegros im Norden und Griechenlands im Süden auf alle Fälle sich berühren sollen."

...... Hinsichtlich der serbischen Verbindung mit der Adria wurde folgende Fassung einstimmig angenommen:

„Serbien wird der wirtschaftliche Zugang durch einen offenen und neutralen albanischen Hafen vorbehalten, der von der internationalen Eisenbahn unter europäischer Kontrolle und unter dem Schutze einer internationalen Macht bedient werden und Durchgangsfreiheit für alle Waren, einschließlich der Kriegsmunition, genießen wird."

. . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 63/64

Nr. 12 557

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 213 London, den 20. Dezember 1912

... Graf Benckendorff hatte vorher erklärt, daß seine Regierung den obigen Vereinbarungen zustimme unter folgender Voraussetzung: „Zugeständnis an Serbien hinsichtlich der Wahl der Führung der Eisenbahn und des End-

hafens. Jede Garantie für die serbische Regierung für die Freiheit der erforderlichen Studien zur Begründung ihrer Wahl und für diejenigen der Linienführung der Eisenbahn gegen die Schwierigkeiten, die möglicherweise durch die zukünftige albanesische Regierung geschaffen werden könnten. Das Recht für Serbien, an der internationalen Kontrolle der Linie und des Hafens teilzunehmen."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 75

Nr. 12563

Aide-mémoire

Reinschrift
Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen am 22. Dezember 1912 dem Staatssekretär von Kiderlen überreicht

Sir Edward Grey hat dem österreich-ungarischen Botschafter in London gesagt, daß seiner Meinung nach das vorgeschlagene Communiqué hinsichtlich des Ergebnisses der Besprechungen der Botschafter in dieser Woche auf die öffentliche Meinung Europas eine wunderbar wieder beruhigende Wirkung haben würde. Er fügte hinzu, daß er es indessen für sehr bedeutungsvoll hielte, wenn die österreichische Regierung Mittel ergreifen würde, um kundzutun, daß nach ihrer Meinung eine Besserung der Lage eingetreten sei. Sir Edward sprach von der durch die ständigen Berichte über Mobilisierung in Österreich verursachten Sorge. Alle letzten Berichte der britischen Konsuln hinsichtlich der Truppenbewegungen waren beunruhigend, aber er (Sir Edward Grey) hat sie nicht erwähnt, da er sie als Vorsichtsmaßregeln betrachtete, über die Erklärungen abzugeben nicht seine Sache sei, und indem er sich auf das verließ, was Graf Mensdorff ihm über die österreichische Haltung gesagt hatte. Wenn allerdings nach der Bekanntgabe des durch die Besprechungen der Botschafter gemachten Fortschrittes die Mobilisierung unvermindert vorschritte, würde nach Sir Edward Greys Ansicht die öffentliche Meinung besorgter werden als jemals. Graf Mensdorff sagte zu Sir Edward Grey, daß er seiner Regierung nicht gern berichtete, daß er (Sir Edward) die Mobilisierung erwähnt habe. Sir Edward erwiderte, daß er sie nur zur Illustration der öffentlichen Sorge erwähnt habe, und Graf Mensdorff erklärte sich einverstanden zu berichten, daß Sir Edward Grey der Ansicht sei, daß, wenn die österreichische Regierung Mittel und Wege finden könnte, um zu zeigen, daß die durch die Botschafter getroffenen Entscheidungen ihrer Meinung nach die Lage verbessert haben, die wieder beruhigende Wirkung auf die öffentliche Meinung vervollständigt werden würde.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 112/113

Nr. 12600

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 London, den 2. Januar 1913

. . . . . .

Sodann erklärte Graf Benckendorff, als die Ägäischen Inseln zur Sprache kamen: „Rußland erhebt gegen die Vereinigung aller Inseln des Ägäischen Meeres mit Griechenland keinen Einspruch unter Vorbehalt der Neutralisierung für die vier Inseln unter folgenden Bedingungen:

1. Verpflichtung von seiten Griechenlands, die bestehenden sowohl militärischen wie Marine-Befestigungen zu schleifen.

2. Verpflichtung, niemals neue Befestigungen oder andere Verteidigungsbauten zu errichten.

3. Verpflichtung, die Inseln für militärische Operationen und strategische Zwecke nicht zu benutzen, gegen welche Macht sich Griechenland auch immer im Kriege befinden würde.

4. Keiner anderen Macht die Besitz-, Ausbeutungs- oder sonstigen Rechte, die Griechenland durch die Vereinigung der Inseln mit dem Königreiche erhalten wird, abzutreten."

Mein österreichisch-ungarischer und italienischer Kollege erklärten, die Zustimmung ihrer Regierung zu obiger Verlautbarung einholen zu wollen, während mein französischer und englischer Regierungskollege erklärten: „daß sie gegen die Vereinigung aller Inseln mit Griechenland unter den festgesetzten Bedingungen keinen Einspruch erheben." . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 129/130

Nr. 12 616

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 5. Januar 1913

„ . . . Nachstehend der vereinbarte Text, der von allen Botschaftern an ihre Regierungen übermittelt wird:

„Nach der gestrigen Sitzung der Friedenskonferenz haben die Botschafter die Möglichkeit eines Bruches ins Auge fassen müssen. Wir haben uns gefragt, ob die Mächte zur Vermeidung einer Fortsetzung der Krisis nicht einschreiten müßten, sei es auf Ersuchen der Kriegführenden, sei es, daß sie die Initiative zu einer Vermittlung ergriffen. Sir Edward Grey hat die Ansicht vertreten, daß man sich zu einem Kollektivschritte bei der Hohen Pforte verstehen könnte, und hat folgende sechs Punkte formuliert: 1. Die Türken tragen den Ergebnissen des Krieges und den weiteren Folgen der Fortsetzung der Feindseligkeiten nicht hinreichend Rechnung. 2. Im letzteren Falle würden die Mächte gezwungen sein, die künftige Lage Konstantinopels und die Entwicklung des Krieges in Kleinasien ins Auge zu fassen. 3. Die Mächte werden gezwungen sein, zum Schutze ihrer finanziellen Interessen bei der Türkei zu intervenieren. 4. Wenn andererseits der Frieden einmal geschlossen ist, wird die Türkei in der Lage sein, eine finanzielle Unterstützung zu erhalten zur Befestigung der Lage in Konstantinopel und in Kleinasien, dem einzigen Teile ihres Reiches, der bis jetzt kein Moment der Schwäche für sie gebildet hat. 5. Was die Abtretung der Inseln betrifft, so werden die Mächte ihren Einfluß geltend machen, um sicherzustellen, daß die Inseln, die an die Verbündeten abgetreten werden und die eine strategische Bedeutung haben würden, mit einer den Bedingungen der Neutralisierung unterworfenen Verwaltung versehen werden, dergestalt, daß sie keine Bedrohung für die Türkei bilden könnten. 6. Was die Stadt Adrianopel betrifft, die allem Anschein nach kapitulieren muß, so werden die Mächte ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Bestimmungen der endgültigen Abtretung der Stadt an die Verbündeten dergestalt abgefaßt werden, daß sie die auf die Moscheen und die religiösen Güter bezüglichen türkischen Interessen wahren und deren Schutz sichern."

Auf Anregung Herrn Cambons wurde noch hinzugefügt: „Die Botschafter sind der Ansicht, daß die Regierungen dazu geführt werden könnten, zur Erleichterung der Annahme ihrer Anschauungen Zwangsmaßnahmen ins Auge zu fassen. Die Maßnahmen würden in Konstantinopel die Form einer Marine-

demonstration zum Schutze unserer Staatsangehörigen und unserer Interessen annehmen können."

Ferner nach einer Mitteilung Sir E. Greys: „Erfolgt heute der Abbruch der Verhandlungen, so müßten nach unseren Nachrichten die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden." . . .

v. Bethmann Hollweg

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 142

Nr. 12 629

Anlage

Aide-mémoire

Reinschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Stellvertretenden Staatssekretär Zimmermann überreicht

Berlin, den 4. Januar 1913

Sir E. Goschen sprach zu dem verstorbenen Herrn v. Kiderlen-Wächter gerade vor den Weihnachtsfeiertagen über einige von Sir E. Grey dem Grafen Mensdorff gegenüber gemachte Bemerkungen hinsichtlich einer kürzlich von den Botschaftern in London ausgegangenen Mitteilung und händigte Seiner Exzellenz ein den wesentlichen Inhalt dieser Bemerkungen wiedergebendes Memorandum aus.

Mit kurzen Worten bezogen sie sich darauf, daß zu erwarten wäre, daß die fragliche Mitteilung auf die öffentliche Meinung Europas einen in hohem Grade wieder beruhigenden Einfluß haben würde, daß es aber noch beruhigender wirken würde, wenn die österreich-ungarische Regierung Schritte unternehmen könnte, zum Beweise, daß nach ihrer Meinung eine deutliche Verbesserung der Lage Platz greife.

Indem Sir E. Goschen Herrn v. Kiderlen-Wächter von vorstehendem unterrichtete, sagte er Seiner Exzellenz, daß es Sir E. Greys einziges Ziel sei, die öffentliche Sorge so weit wie möglich zu beruhigen und alles zu verhindern, was möglicherweise störend auf die andauernde Verbesserung der diplomatischen Lage einwirken könnte; daß er wüßte, was für eine heikle Sache es wäre, einer Macht hinsichtlich der zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen ergriffenen Maßnahmen Vorschläge zu unterbreiten, und daß er es daher der Entscheidung des Herrn v. Kiderlen-Wächter überlassen würde, ob es nötig oder wünschenswert wäre, daß weiterhin in Wien über diesen Gegenstand etwas gesagt werde.

In Erwiderung darauf sagte Herr v. Kiderlen-Wächter zu Sir E. Goschen, daß er sich die Sache überdenken und den österreich-ungarischen Botschafter befragen, und daß er nach den Feiertagen nochmals wegen dieser Sache mit ihm sprechen würde.

Sir E. Grey hat nun einen weiteren Brief an Sir E. Goschen geschrieben, in dem er der Ansicht Ausdruck gibt, daß es genügen würde, wenn die österreich-ungarische Regierung durch die österreichische Presse bekanntgeben lassen könnte, daß sie angesichts der Verbesserung der diplomatischen Lage und der Beilegung der Prochaska-Angelegenheit keine weiteren Schritte auf dem Wege der militärischen Vorbereitungen unternehmen würde. Wenn auch noch andere schwebende Punkte geregelt wären, könnten Mitteilungen des gleichen wieder beruhigenden Charakters erfolgen, und so würden die Dinge allmählich zu einem normalen Zustande zurückkehren.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 143/144

Nr. 12 630

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 London, den 6. Januar 1913
[pr. 7. Januar]

. . . . . .

Als lediglich persönliche Anregung und unter Betonung, daß ich nicht hierzu beauftragt sei, habe ich das Nachstehende vorgebracht, nachdem ich mich mit meinem österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen ins Einvernehmen gesetzt hatte:

1. Es scheint mir verfrüht, schon jetzt einen Marine-Druck oder eine Marine-Demonstration in Konstantinopel ins Auge zu fassen, die gegebenenfalls auf den Kollektivschritt der Mächte folgen würden.

2. Es scheint mir angezeigt, dem von Herrn Poincaré Herrn Jonescu gegenüber geäußerten Gedanken beizutreten, dem obenerwähnten Kollektivschritte einen ähnlichen Schritt in Sofia zugunsten einer versöhnlichen Haltung gegenüber den Forderungen Rumäniens folgen zu lassen.

3. Mir scheint, daß Billigkeits- und Neutralitätserwägungen sich dem Gedanken widersetzen, der Türkei zugleich Adrianopel und die sämtlichen Inseln wegzunehmen, und daß, wenn sie in der Stadtfrage nachgibt, man ihr den Besitz der vier bei den Dardanellen gelegenen Inseln sowie den von Mytilene und Kios zusichern oder doch zum mindesten der Hohen Pforte die Möglichkeit eröffnen müßte, einige davon zu behalten.

. . . . Hierauf gelangte folgender Wortlaut zur Annahme: Nach der Besprechung über die Bemerkung des deutschen Botschafters hat sich die Versammlung gefragt, ob es nicht am Platze sein würde, falls Bulgarien dank der Schritte der Mächte seinen Wünschen entsprechende Friedensbedingungen erhielte, ihm zur Pflicht zu machen, sich Rumänien gegenüber entgegenkommend zu zeigen. . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 147/148

/ Nr. 12 634

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 London, den 7. Januar 1913

. . . . . .

Es wurde hierauf auf Vorschlag Sir E. Greys der nachstehende Text vereinbart:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Botschafter in Konstantinopel die Weisung erhalten müßten, sich über die Abfassung einer auf den Beobachtungen der verschiedenen Regierungen fußenden Note zu verständigen und sobald wie möglich zur Überreichung dieser Note durch Kollektivschritt zu schreiten.

Angesichts der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und von Unruhen, die sich daraus in Konstantinopel ergeben könnten, ist es notwendig, daß die Mächte Vorbereitungen treffen, um den Schutz ihrer Staatsangehörigen und ihrer Interessen sicherzustellen, indem sie Kriegsschiffe nach der Bai von Besica entsenden, um auf jeden Fall vorbereitet zu sein.

Hierauf erklärte Herr Cambon, daß Herr Poincaré etwa folgende Fassung für die Mahnung an die Türkei zum Einlenken wünsche:

„Sehen Sie sich vor, wenn Sie die Feindseligkeiten wiederaufnehmen, dann ist es die Frage von Konstantinopel und vielleicht diejenige von Kleinasien, die aufgeworfen werden wird. Um diesen Teil Ihres Reiches, der künftighin Ihre einzige Stärke bilden wird, nutzbar zu machen, können Sie auf die finanzielle Unterstützung Europas nicht rechnen, und durch Ihren Widerstand gegenüber den Ratschlägen der Großmächte verlängern Sie den Krieg."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 150/151

Nr. 12 637

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmerrman an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept

Nr. 11 Berlin, den 8. Januar 1913

. . . . . .

Sir E. Grey hat folgende gemeinsame Erklärung der sechs Botschafter vorgeschlagen: „1. Die Türken tragen den Ergebnissen des Krieges und den weiteren Folgen der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht hinreichend Rechnung. 2. Im letzteren Falle wären die Mächte gezwungen, die künftige Lage Konstantinopels und die Entwicklungen des Krieges in Kleinasien ins Auge zu fassen; 3. werden die Mächte gezwungen sein, zum Schutze ihrer finanziellen Interessen bei der Türkei zu intervenieren. 4. Ist der Frieden andererseits einmal geschlossen, so wird die Türkei in der Lage sein, eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, um die Lage in Konstantinopel und Kleinasien, dem einzigen Teile ihres Reiches, der bis jetzt kein Moment der Schwäche für sie gebildet hat, zu befestigen. 5. Was die Abtretung der Inseln betrifft, so werden die Mächte ihren Einfluß geltend machen, um sicherzustellen, daß die Inseln, die an die Verbündeten abgetreten werden sollen, und die eine strategische Bedeutung haben würden, mit einer den Bedingungen der Neutralisierung unterworfenen Verwaltung versehen werden, dergestalt, daß sie keine Drohung für die Türkei bilden könnten. 6. Was die Stadt Adrianopel betrifft, die allem Anschein nach kapitulieren muß, so werden die Mächte ihren Einfluß geltend machen, damit die Bestimmungen der endgültigen Abtretung der Stadt an die Verbündeten dergestalt abgefaßt werden, daß sie die auf die Moscheen und die religiösen Güter bezüglichen türkischen Interessen wahren und deren Schutz sichern."

Französischer Botschafter hat nachstehenden Zusatz angeregt:

„Die Botschafter sind der Ansicht, daß die Regierungen dazu geführt werden könnten, zur Erleichterung der Annahme ihrer Anschauungen Zwangsmaßnahmen ins Auge zu fassen. Die Maßnahmen würden in Konstantinopel die Form einer Marinedemonstration zum Schutze unserer Staatsangehörigen und unserer Interessen annehmen können."

Ferner hat Herr Cambon befürwortet, Hinweis auf Schutz finanzieller Interessen fortzulassen und demgemäß statt Punkt 2, 3 und 4 Greyschen Vorschlags zu sagen:

„Sehen Sie sich vor, wenn Sie die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, so ist es die Frage von Konstantinopel und vielleicht diejenige von Kleinasien, die aufgeworfen werden wird. Um diesen Teil Ihres Reiches, der künftighin Ihre einzige Stärke bilden wird, nutzbar zu machen, können Sie auf die finanzielle

Unterstützung Europas nicht rechnen, wenn Sie durch Ihren Widerstand gegenüber den Ratschlägen der Großmächte den Krieg verlängern."

. . . .

Zimmermann

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 165/167

Nr. 12 650

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 London, den 9. Januar 1913
[pr. 10. Januar]

. . . .

Nun gelangte die Frage der Flottenkundgebung zur Sprache. Es wurde folgende Erklärung vereinbart:

„Die Versammlung der Botschafter wünscht zu wissen, welche Schiffe und welche Anzahl die Regierungen nach Besica-Bai entsenden wollen, und welches Datum sie für die Ankunft dort in Aussicht nehmen."

Hierauf gab ich die nachstehende Erklärung ab:

„Die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß es unbedingt erforderlich ist, daß der Schritt der Mächte in Sofia zugunsten der rumänischen Ansprüche nicht auf den gemeinsamen Schritt bei der Hohen Pforte folgt, sondern daß er gleichzeitig erfolgt. Eine freundschaftliche Intervention in Sofia in diesem Sinne, die ebenso wie diejenige in Pera darauf abzielt, die Kriegsgefahr zu beseitigen, wird augenblicklich eine um so günstigere Aufnahme finden, als Bulgarien in der Lage ist, seiner öffentlichen Meinung gegenüber die Rumänien gemachten Zugeständnisse mit den wichtigen Vorteilen zu rechtfertigen, die die Mächte ihm bei der Hohen Pforte zu verschaffen im Begriffe sind."

. . . .

Hierauf verlas Sir E. Grey die nachstehende, ihm vom serbischen Geschäftsträger übergebene Erklärung:

„In dem Wunsche zu beweisen, wie es den einmütigen Willen Europas respektiert und welche Opfer es im Interesse des europäischen Friedens zu bringen bereit ist, gibt Serbien folgende Erklärung ab: Seinerzeit, bei Friedensschluß und nach der Regelung der Fragen, die sich daran anschließen, wird Serbien sich dem Willen Europas unterwerfen und die Truppen, die unter Aufbietung übermenschlicher Anstrengungen und gewaltiger Opfer seine ehemaligen, an das Adriatische Meer grenzenden Gebiete wiedererobert haben, deren Besitz ihm die freie Verbindung mit den anderen Staaten gewährleistet haben würde, aus den serbischen Gegenden an der Adria zurückziehen, aber indem es diese unzählbaren, durch soviel vergossenes Blut, durch den Verlust seiner besten Söhne dargestellten Opfer auf sich nimmt, erwartet Serbien, daß die Großmächte die Bedeutung seiner Opfer, in die sich Serbien nur — im Interesse des europäischen Friedens — findet, nach ihrem richtigen Werte einschätzen und nicht zulassen werden, daß noch weitere Opfer von ihm verlangt werden; denn nach allen denjenigen, die es schon ertragen hat, wird es weder die Möglichkeit noch die Mittel haben, neue zu bringen, und sie von ihm verlangen, hieße es zur Verzweiflung treiben und eine Lage schaffen, deren Folgen nicht vorausgesehen werden könnten."

Hierzu wurde die folgende Antwort vereinbart, welche den serbischen Vertretern übermittelt werden soll, nachdem der Text von den Mächten gebilligt worden ist:

„Die Mächte nehmen von dieser Erklärung Kenntnis. Sie sind der Ansicht, daß Serbien gehalten sein wird, den Küstenstrich und die Gebiete Al-

baniens nach ihrer Grenzberichtigung durch die Mächte zu räumen, sobald die genannten Mächte ihm ihre Entschließungen eröffnet haben werden."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 168/169

Nr. 12652

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 21 Berlin, den 10. Januar 1913

Baron Wangenheim meldet 9. Januar:

„Auf heutiger Botschafterkonferenz, die durchaus harmonisch verlief, wurde folgender Text verabredet:

‚Die Regierungen Österreich-Ungarns, Englands, Frankreichs, Rußlands, Deutschlands und Italiens haben gemeinsam die Bedingungen, unter denen die Friedensverhandlungen zwischen der Türkei einerseits und den vier verbündeten Staaten: Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien andererseits eingestellt worden sind, ins Auge gefaßt und sind übereinstimmend der Ansicht, daß die Hohe Pforte in ihren Vorschlägen an die Verbündeten den Ergebnissen des Krieges sowohl wie den Folgen, die die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für das ottomanische Reich haben könnten, und auf die sie ihre ernsteste Aufmerksamkeit lenken, nicht hinreichend Rechnung getragen hatte.

Sie sind geneigt, ihren Einfluß zu benutzen, damit die Inseln, die an die Verbündeten abgetreten werden sollen, und die eine strategische Bedeutung haben würden, mit einer den Bedingungen der Neutralisierung unterworfenen Verwaltung versehen werden, dergestalt, daß sie keine Drohung für die Türkei bilden könnten.

Was die Stadt Adrianopel betrifft, so werden sie ebenfalls ihren Einfluß benutzen, damit die Bestimmungen der endgültigen Abtretung dieses Platzes an die Verbündeten dergestalt abgefaßt werden, daß sie die auf die Moscheen und die religiösen Güter bezüglichen muselmanischen Interessen wahren sowie deren Schutz sichern.'

. . . . . . Zimmermann

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 172/173

Nr. 12657

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 London, den 10. Januar 1913

. . . .

„Entwurf einer Kollektivnote.

Die unterzeichneten Botschafter Österreich-Ungarns, Englands, Frankreichs, Rußlands, Deutschlands und Italiens sind von ihren Regierungen beauftragt worden, Seiner Exzellenz dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans folgende Mitteilung zu machen:

In dem Wunsche, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzubeugen, glauben die genannten Mächte die Aufmerksamkeit der Kaiserlich Ottomanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich laden würde, wenn sie durch Widerstand gegenüber ihren Ratschlägen die Wiederherstellung des Friedens verhinderte. Sie würde es nur sich selber zu-

zuschreiben haben, wenn die Verlängerung des Krieges zur Folge hätte, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reiches auszudehnen. In diesem Falle wird sie nicht auf ihren guten Willen rechnen können, um sie vor den Gefahren zu bewahren, von denen sie ihr bereits abgeraten haben . . . (Zifferngruppe unverständlich) und denen sich auszusetzen sie ihr auch jetzt widerraten.

Unter allen Umständen wird die Kaiserlich Ottomanische Regierung nach Friedensschluß die moralische und materielle Hilfe der europäischen Großmächte benötigen, um die Schäden des Krieges wiedergutzumachen, ihre Stellung in Konstantinopel zu befestigen und die weiten asiatischen Gebiete, deren Wohlstand ihre zuverlässigste Stärke bilden wird, nutzbar zu machen. Um dieses notwendige Werk zu unternehmen und mit Erfolg durchzuführen, könnte die Regierung Seiner Majestät des Sultans wiederum nur in dem Maße auf die wohlwollende Unterstützung der Großmächte rechnen, wie sie ihren Vorschlägen, die von den allgemeinen Interessen Europas sowie denjenigen der Türkei eingegeben sind, nachgekommen sein wird.

Unter diesen Umständen glauben die europäischen Großmächte der Kaiserlich Ottomanischen Regierung gegenüber ihren Rat gemeinsam wiederholen zu sollen, in die Abtretung der Stadt Adrianopel an die Balkan-Verbündeten einzuwilligen und ihnen die Sorge, über das Schicksal der Inseln des Ägäischen Meeres zu beschließen, zu überlassen.

Als Erwiderung auf diese Bewilligungen würden sich die genannten Mächte dafür verwenden, den Schutz der muselmanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt vorhandenen Moscheen, Gebäuden und religiösen Gütern sicherzustellen. Sie würden ebenfalls so handeln, daß die der Frage der Inseln des Archipels von ihnen gegebene Lösung jede Drohung für die Sicherheit der Türkei ausschlösse."

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 186/187

Nr. 12672

Anlage

Memorandum

Berlin, 11. Januar 1913

Sir Edward Grey ist durch Herrn Danew verständigt worden, daß die Balkanverbündeten zu keiner Diskussion eines Vorschlages, der die Abtretung der Stadt Adrianopel durch die Türkei ausschließt, bereit sind, daß sie aber geneigt sein werden, in eine Diskussion über die Bedingungen, unter denen diese Stadt abgetreten werden sollte, einzutreten. Sir Edward Grey stellt fest, daß er Herrn Danew in diesem Punkte unerschütterlich gefunden habe.

Das Obenstehende ist dem türkischen Botschafter und Reschid Pascha mitgeteilt worden, die kategorisch erklärten, daß es unter diesen Umständen für die türkischen Delegierten nutzlos wäre, noch länger in London zu bleiben. Sie fügten hinzu, daß der Eindruck, daß der von den Mächten ausgeübte Druck die Türkei veranlassen würde, in diesem Punkte nachzugeben, ganz unbegründet wäre, und schlugen vor, die Mächte sollten in Sofia in der Absicht vorstellig werden, Bulgarien zu überreden, hinsichtlich Adrianopels mäßiger zu sein. Ihnen wurde in Erwiderung darauf gesagt, daß keine Hoffnung bestände, daß die Mächte geneigt wären, in Sofia über jenen Punkt in diesem Sinne zu sprechen, daß aber Sir Edward Grey den Botschaftern bei der nächsten, am 13. d. Mts. stattfindenden Zusammenkunft mitteilen würde, was sich ereignet hätte. Sir Edward Grey hat Sir E. Goschen unterrichtet, daß er dem türkischen Botschafter und Reschid Pascha gegenüber vorläufig von den Argumenten, die für

die Kollektiv-„Démarche“ vorgeschlagen sind, Gebrauch gemacht habe, aber nur auf seine eigene Verantwortung.

Sir Edward Grey hat der Anschauung Ausdruck gegeben, daß nichts außer dem tatsächlichen Fall von Adrianopel auf die Lage Einfluß haben wird; er hält es aber für sehr wünschenswert, daß gemeinsamer Rat der Mächte bei der Pforte erfolge, und daß sie jeden Eindruck von Uneinigkeit untereinander vermieden; er fürchtet, daß sonst die Lage sogar durch den Fall Adrianopels nicht entspannt werden würde.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 191/192

Nr. 12677

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 London, den 13. Januar 1913

. . . .

„Auf Vorhaltungen des deutschen Botschafters, die hauptsächlich die technischen Schwierigkeiten betrafen, scheint die Möglichkeit einer gemeinsamen Flottenkundgebung ausgeschaltet werden zu müssen. Die Versammlung bittet die Regierungen um Äußerung ihrer Ansichten über den ihnen am 7. Januar d. J. unterbreiteten Vorschlag betreffend die Sendung der Kriegsschiffe in die Besikabai für den möglichen Fall einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und des Eintretens von Unruhen, die Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen bedrohen und die europäischen Interessen in Konstantinopel gefährden könnten.“

. . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 204/205

Nr. 12690

Der englische Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, den 15. Januar 1913

Ich sandte neulich an Sir Edward Grey ein Telegramm, das ihm den wesentlichen Inhalt von dem, was Euer Exzellenz mir neulich abend sagten, übermittelte.

Ich habe nun eine Antwort von ihm erhalten, und da ich Ihre wertvolle Zeit nicht in Anspruch zu nehmen wünsche, möchte ich Sie nicht mit einem Besuche belästigen, sondern nur zu Papier bringen, was er mir mitgeteilt hat.

Er gibt zu, daß viele Schwierigkeiten praktischer Natur hinsichtlich einer Marinedemonstration bestehen, und daß er sie beständig hervorgehoben habe. Aber er glaubt, daß es wünschenswert sein würde, in der Besikabai Schiffe postiert zu halten, da, falls die Feindseligkeiten wieder erneuert werden, in Konstantinopel Ereignisse Platz greifen könnten, die den Schutz der Botschaften durchaus erforderlich machen könnten. Die Schiffe könnten in diesem Falle wie bei früherer Gelegenheit von Besica nach Konstantinopel hinaufgehen.

Die von der Kaiserlichen Regierung gewünschten Veränderungen in dem Notenentwurf sind bei der Zusammenkunft der Botschafter sogleich angenommen worden.

Sir Edward Grey fügt hinzu, daß unter den Botschaftern das Gefühl bestand, daß der mäßigende Rat, den Sie auch in Sofia zu erteilen vorschlugen, mit dem Kollektivschritte in Konstantinopel nicht verbunden werden sollte.

Er hat jedoch den britischen Gesandten in Sofia angewiesen, der bulgarischen Regierung zu sagen, daß Herrn Danews sehr entmutigende Haltung bei seinen Verhandlungen mit den rumänischen Delegierten in London die Wirkung jedes in Bukarest erteilten Ratschlages nur beeinträchtigen könnte.

Zum Schluß erklärte Sir Edward Grey, daß er, während er die Türken hat wissen lassen, daß die Mächte zur Rettung Adrianopels für die Türkei nicht intervenieren würden, Herrn Danew ebenfalls verständigt habe, er dürfte nicht erwarten, daß die Mächte zu einer Marinedemonstration greifen würden, um die Türken zum Nachgeben zu veranlassen.

Dies, so betont Sir Edward Grey, läuft auf eine nachdrückliche Andeutung hinaus, daß, wenn die Kriegführenden ihre Angelegenheiten nicht friedlich regeln können, es ihnen überlassen bliebe, sie unter sich auszufechten.

W. E. Goschen

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 222

Nr. 12 704

Aide-mémoire

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 18. Januar 1913 übergeben

Berlin, den 18. Januar 1913

Telegramm Sir Edward Greys an Sir Edward Goschen.

Die hiesige Versammlung der Botschafter wird am Mittwoch mit der Diskussion über Skutari und die albanische Grenze beginnen. Ich werde es so einzurichten versuchen, daß die Feststellung von Meinungsverschiedenheiten auf jeder Seite in solcher Weise erfolgt, daß sie nicht unversöhnbar scheinen, um so die Gefahr einer vollständigen Stockung beim Beginne zu verhindern. Aber die russischen und österreich-ungarischen Ansichten sind beide so hartnäckig, daß es eine schwierige und ängstliche Aufgabe sein wird, zu einem Vergleich zu gelangen.

Der deutsche Kanzler weiß natürlich, wie ernst die Schwierigkeit ist, und ich hoffe, er wird in Wien seinen ganzen Einfluß benutzen, um eine Lösung zu fördern. Ich fürchte, Österreich-Ungarn ist der Ansicht, daß die Abtretung von Prisrend und Ipek die Sache regeln wird. Ich bin sicher, daß dies kaum ausreichend sein wird, wenn Österreich-Ungarn sich mit seinen Wünschen betreffs Skutari durchsetzt. Andererseits, wenn Skutari an Montenegro gegeben wird, würde eine Regelung leicht sein, aber das ist der Gegenstand der größten Schwierigkeit mit Österreich-Ungarn.

Sie sollten mit dem deutschen Kanzler, sobald Sie eine angemessene Gelegenheit vor Mittwoch dazu finden können, sprechen.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 237/238

Nr. 12 719

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 22. Januar 1913
[eingetroffen am 23. Januar]

Nr. 37

. . . Graf Benckendorff gab folgende Erklärung ab:

„Russische Regierung nimmt den von der österreich-ungarischen Regierung formulierten Vorbehalt unter der Bedingung an, daß der Verwaltung von Berg

Athos das Recht vorbehalten wird, mit Hilfe von leichten Fahrzeugen die Polizei an diesen Küsten auszuüben."

. . . .

Schließlich darf ich noch erwähnen, daß Herr Cambon den nachstehenden Text, der die Ansichten des Herrn Poincaré hinsichtlich des in den Friedensvertrag aufzunehmenden Finanz-Paragraphen wiedergibt, zur Kenntnis brachte:

„Jede durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzte Gebietsabtretung wird für den übernehmenden Staat die Verpflichtung einschließen, alle etwa von der Kaiserlichen Regierung oder den zuständigen ottomanischen Behörden zugunsten Dritter eingeführten Rechte zu achten. Der genannte Staat wird einen Teil der Gesamtheit der allgemeinen Schuld des ottomanischen Reiches nach Maßgabe der Einkünfte des abgetretenen Gebietes auf sich nehmen.

Die Anwendungs- und Ausführungsart der obigen Verfügung wird durch eine internationale Kommission, in der die sechs Großmächte repräsentiert werden, ausgearbeitet werden; die Verhandlungsberichte und Protokolle dieser Kommission werden dem vorliegenden Vertrage angefügt werden."

. . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 259

Nr. 12 739

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Wien, den 25. Januar 1913
[pr. 26. Januar]

Graf Berchtold beabsichtigt, heute nach Berlin und Rom folgenden Vorschlag zu machen, der durch die drei Botschafter der Tripelallianz in London ihren dortigen Kollegen von der Entente vertraulich mitzuteilen wäre:

„Angesichts der Ereignisse, die sich kürzlich in Konstantinopel zugetragen haben, glaubt die Kaiserliche und Königliche Regierung, daß es angezeigt sein würde, 1) wenn die sechs Großmächte eine Haltung strenger Neutralität beobachten, 2) daß sie, bevor sie irgendeinen Beschluß fassen, die Antwort der Hohen Pforte auf ihre Kollektivnote abwarten, 3) daß sie die Einigkeit, die glücklicherweise unter ihnen besteht, aufrechterhalten, um eine gesonderte Aktion zu verhindern. Es versteht sich von selbst, daß im letzteren Falle jede Macht das Recht haben würde, ihre Handlungsfreiheit zurückzunehmen." Gleichlautend telegraphiert Herr von Avarna nach Rom.

Tschirschky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 291/292

Nr. 12 775

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 London, den 1. Februar 1913

. . . Es wurde hierauf auf Vorschlag des Ministers der nachstehende, meines Erachtens harmlose, Wortlaut angenommen, der dem Text der englischen Anweisung entspricht:

„Es ist immer als selbstverständlich aufgefaßt worden, daß Bulgarien, wenn es auch die Abtretung der Stadt Adrianopel forderte, geneigt wäre, der Türkei Sonderbedingungen zu gewähren, die geeignet sind, das Prestige der Türkei zu schützen und ihre Empfindlichkeiten hinsichtlich der Gräber und

Moscheen zu schonen. Die Antwort der Pforte an die Mächte bedeutet einen Schritt vorwärts, der Bulgarien eine Gelegenheit zu bieten scheint, der Pforte die Bedingungen bekanntzugeben, die es zur Regelung der Frage von Adrianopel der Türkei zu gewähren bereit sein würde.

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 326/327

Nr. 12 799

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 London, den 6. Februar 1913
[pr. 7. Februar]

. . . Es wurde das nachstehende Protokoll vereinbart und angenommen: „Sir E. Grey unterrichtet die Versammlung von einem Vorschlage, der ihm von dem Fürsten Lichnowsky für die Abgrenzung Albaniens im Norden und Osten mitgeteilt worden ist. Die Grenze folgt vom Adriatischen Meere ab dem Lauf der Boiana bis zu einem zwischen Ruskuli und Samrich gelegenen Punkte, dann wendet sie sich gegen den See von Skutari, indem es Farakich Albanien überläßt, durchquert den See bis zur Bai Licenihotis und überläßt Montenegro die Hotis und die Groudas und Albanien die Castratis, die Clementis und die Serens. Plava, Gussuie, Ipek und das Kloster Vasoki Deceni bleiben außerhalb Albaniens ebenso wie Prisrend mit Ausnahme des Gebietes von Luma. Djakova, Dibra würden zu Albanien gehören, die Grenze setzt sodann ihren Weg auf dem linken Ufer des Drin auf eine gewisse Länge bis zum Ochridasee fort. Fürst Lichnowsky sagt, es wäre seiner Regierung bekannt, daß in Wien wie in Petersburg die entgegenkommendste Stimmung herrsche, und daß er mit dem Botschafter von Österreich-Ungarn diesen Vergleichsentwurf geprüft habe. Graf Mensdorff sagt, daß er, da er von dem Wunsche erfüllt sei, zu einer vergleichenden Lösung zu gelangen, sich diesem Vorschlage, nicht mühelos, angeschlossen habe; er erinnert nochmals an seine Bemerkungen, daß Montenegro dank der Trockenlegungs- und Bewässerungsarbeiten fruchtbare Gebiete erlangen könnte, wovon in einer früheren Versammlung bereits die Rede gewesen sei. Die Arbeiten könnten von einer internationalen Gesellschaft vorgenommen werden. Sir Edward Grey sagt, daß angesichts der Schwierigkeiten, die sich für gewisse Distrikte aus ihren geographischen und ethnographischen Verschiedenheiten und aus den Gebräuchen der sie bewohnenden Stämme ergeben würden, man die Möglichkeit bezweifeln könne, ohne eine örtliche, einer internationalen Kommission anvertraute Untersuchung zu einer Entschließung über die Streitpunkte zu gelangen. Dieser Vorschlag scheint ihm in Erwägung gezogen werden zu sollen, falls die Unmöglichkeit erkannt würde, durch andere Mittel zu einem Einvernehmen zu kommen."

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 354

Nr. 12 825

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 London, den 11. Februar 1913
[pr. 12. Februar]

Bei der heutigen Sitzung legte Sir E. Grey uns eine Mitteilung vor, die Tewfik Pascha ihm übergeben hatte:

„Der Ministerrat billigt die Anregung Euerer Hoheit. Wir bitten Sie demzufolge, Sir Edward Grey aufsuchen und ihm sagen zu wollen, daß die Kaiserliche Regierung nochmals Europa gegenüber ihre friedlichen Neigungen ebenso wie ihren versöhnlichen Geist zu beweisen wünscht. Von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, neues Blutvergießen zu verhindern und jede Furcht vor Verwicklungen zu zerstreuen, hat er beschlossen, den Großmächten das Mandat zur Festsetzung der Friedensbedingungen auf der ausdrücklichen Grundlage der in unserer Antwort enthaltenen Vorschläge anzuvertrauen."

. . . Auf Vorschlag Sir E. Greys wurde sodann die nachstehende Antwort vereinbart, welche nach eingeholter Zustimmung der betreffenden Regierungen als Antwort an Tewfik Pascha durch Vermittlung Sir. E. Greys übermittelt werden sollte:

„Die Mächte werden nur auf der Grundlage ihrer Kollektivnote handeln. Wenn die Pforte die in dieser Note enthaltenen Ratschläge annimmt, werden die Mächte sich mit den Verbündeten zwecks Erlangung des Friedens in Verbindung setzen."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 371

Nr. 12846

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 London, den 14. Februar 1913
[pr. 15. Februar]

. . . . . .

Es wurde hierüber das nachstehende Protokoll aufgenommen:

„Gemäß den Weisungen seiner Regierung macht Fürst Lichnowsky darauf aufmerksam, daß man gut tun würde, sich vor der Überreichung der mit dem besagten Entwurf Sir E. Greys übereinstimmenden Antwort an Tewfik Pascha zu vergewissern, daß die Verbündeten die Vermittlung der Mächte auf der Grundlage der Kollektivnote nicht zurückweisen werden. Die Versammlung fragt sich, welche Einwendungen die Verbündeten formulieren könnten. Das könnte nur wegen der Fragen über den Schutz der muselmanischen Interessen in Adrianopel geschehen. Nun weiß man durch die Erklärungen Danews selbst vor seinem Aufenthalte in London, daß die bulgarische Regierung bereit ist, den muselmanischen Interessen alle gewünschten Garantien zu geben, wenn die Stadt Adrianopel ihr abgetreten wird. Es scheint sicher, daß auf beiden Seiten im jetzigen Augenblick der Wunsch besteht, die Feindseligkeiten ein Ende nehmen zu sehen. Darum ist Eile geboten. Unter diesen Bedingungen hält die Versammlung die sofortige Überreichung der von Sir E. Grey vorgeschlagenen und zuvor gebilligten Antwort an Tewfik Pascha für im höchsten Grade wünschenswert. Diese Überreichung wird stattfinden, sobald der deutsche Botschafter die Antwort seiner Regierung erhalten haben wird."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 383

Nr. 12858

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Nr. 89 London, den 15. Februar 1913
. . . . [pr. 16. Februar]

„Die Mächte können nur auf der Grundlage der Antwortnote der Pforte handeln. Wenn sie sich geneigt zeigt, ihre Ratschläge anzunehmen, werden sich die Mächte mit den Verbündeten zwecks Erlangung des Friedens in Verbindung setzen."

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 386/387

Nr. 12862

Anlage

Englisches Telegramm

Berlin, 15. Februar 1913

Hinsichtlich der albanischen Frage hat Sir Edward Grey dem deutschen, österreich-ungarischen und italienischen Botschafter vertraulich die Regelung mitgeteilt, die die russische Regierung anzunehmen bereit ist. Der österreich-ungarische Botschafter zeigte große Enttäuschung und lenkte die besondere Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die von Rußland vorgeschlagene Regelung Tarabosh, die Ebene von Luma und Dibra sowohl wie Djakova von Albanien ausschließt.

Sir Edward Grey stellt fest, daß es andererseits berücksichtigt werden müßte, daß der russische Vorschlag zum ersten Male die Einschließung Skutaris in Albanien zugesteht; daß es, wenn dies bekannt wird, in Rußland sicherlich Geschrei verursachen und heftige Kritik der russischen Regierung und sogar des Kaisers heraufbeschwören wird; und daß die Lage Rußlands unmöglich sein wird, wenn Serbien außerdem noch Dibra sowohl wie Djakova verliert.

Sir Edward Grey bemerkt, daß die russische Grenzlinie sowohl bei Dibra wie bei Djakova der österreichischen sehr nahe kommt, so daß die strittige Frage nur eine Frage von Städten und nicht von großer Gebietsausdehnung ist. Die Schwierigkeit besteht in der Tatsache, daß die Städte, welchen eigentlichen Wert sie auch haben mögen, zu Zentren von Streitfragen geworden sind, und daß Rußland, das ja, wie man weiß, die österreichische Lösung der Adria-Hafen-Frage angenommen und jetzt die Abtretung Skutaris zu gewärtigen hat, irgendwelche Zugeständnisse in den anderen strittigen Punkten erhalten müßte. Er steht unter dem Eindruck, daß Rußland bestimmt werden könnte, hinsichtlich Tarabosh und der Ebene von Luma nachzugeben, wenn die Städte Djakova und Dibra zugestanden werden könnten.

Sir Edward Grey wirkt auf die russische Regierung ein, daß, sobald die österreichische Beurteilung der russischen Grenzlinie eingetroffen ist, beim Abschluß der Verhandlungen keine Verzögerung eintreten dürfte. Er hat noch die Hoffnung, daß auf Grund der obenbezeichneten Regelung eine Vereinbarung erreicht werden könnte, aber wenn das nicht der Fall wäre, könne er keine Alternative außer der Einsetzung einer internationalen „Commission d'Enquête" (Untersuchungskommission) sehen, die über die ethnographischen und geographischen Tatbestände usw. der strittigen Punkte zu berichten hätte.

Je näher Sir Edward Grey diese Kontroverse betrachtet, um so schwieriger scheint es ihm, ohne Sachverständige und örtliche Information zu sagen, welche Grenze für Albanien, an und für sich selbst gesehen, die beste wäre; aber er fühlt auch um so mehr, daß es ebenso vernunftwidrig wie unerträglich wäre,

wenn eine der Großmächte, selbst eine von den am direktesten betroffenen, wegen der strittigen Punkte in einen Krieg verwickelt werden sollte.

Sir Edward Grey gibt zu, daß für Österreich einige wichtige strategische Erwägungen in die Adria-Hafen-Frage eingeschlossen sind, und daß die Stadt Skutari für ein autonomes Albanien vielleicht wesentlich sei; er kann indessen nicht glauben, daß den Städten Dibra und Djakova die gleiche Bedeutung zukommt.

Er fügt hinzu, daß der schwierigste Punkt der Verhandlungen noch nicht erreicht worden ist, aber daß er die einzigen noch bleibenden Schwierigkeiten hinsichtlich Albaniens, die wahrscheinlich entscheidend sein werden, einschließt; er ist daher der Ansicht, daß es der Mühe wert sei, alle Anstrengungen zu machen, um eine Lösung ausfindig zu machen, und zu diesem Zwecke ist er besonders bestrebt, freundschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland aufrechtzuerhalten.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 402

Nr. 12 878

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 London, den 21. Februar 1913

. . . . . .

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß es nicht am Platze ist, schon jetzt die Friedensbedingungen oder die der Hohen Pforte zu gewährenden Garantien zu formulieren.

Das hieße sich einer Diskussion aussetzen, die Gefahr laufen würde, die Vermittlung unmöglich zu machen.

Man ist daher der Ansicht, daß es angezeigt ist, die Antwort der Hohen Pforte auf die Mitteilung von Sir E. Grey abzuwarten, um zu wissen, ob die ottomanische Regierung den Mächten die Sorge, die Friedensbedingungen festzustellen, überläßt und sich zur Annahme ihrer Beschlüsse verpflichtet.

Haben die Mächte diese Erklärung einmal erhalten, dann können sie sich an die Verbündeten wenden und sie fragen, ob sie ihre Vermittlung unter denselben Bedingungen annehmen.

Die Versammlung erachtet die Vorschläge des Fürsten Lichnowsky schon jetzt als im gegebenen Zeitpunkt annehmbar, unter Streichung des Artikels 4, der auf die 4 prozentige Erhöhung der Zölle abzielt, und der die Verbündeten nicht betrifft und in dem künftigen Friedensvertrag nicht erwähnt werden kann."

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 402/403

Nr. 12 879

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 London, den 21. Februar 1913

. . . . . . Es wurde nachstehende Fassung angenommen:

„Die Versammlung hält den deutschen Vorschlag vollkommen in Übereinstimmung mit den an die Vertreter der Mächte in Bukarest und Sofia bereits gerichteten Weisungen, die ihnen zu erreichen vorschreiben, daß die rumänische und die bulgarische Regierung die Lösung ihrer Streitigkeiten der Entscheidung

der Mächte überlassen. Die Versammlung denkt, daß diese Entscheidung Sache der sechs Mächte sei. Sie hält es für sehr wünschenswert, daß die Kollektivverklärung sofort erfolge, wenn sie nicht bereits gemacht worden ist."

. . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 408/09

Nr. 12 886

Anlage

Denkschrift

Berlin, 22. Februar 1913

Sir Edward Grey hat die russische Regierung von dem Zugeständnis in bezug auf Dibra unterrichtet, das, wie der österreich-ungarische Botschafter mitgeteilt hat, die österreich-ungarische Regierung unter der Bedingung zu machen bereit ist, daß es eine Lösung sicherstelle. Sir Edward Grey setzte dieses Zugeständnis in das günstigste Licht.

Er bemerkt indessen, daß die von der russischen Regierung aufrechterhaltene Meinung die ist, daß sie in die Ausschließung von Djakova und Dibra aus dem serbischen Gebiet nicht einwilligen könne. Wenn Österreich in diesen beiden Punkten nachgeben würde, sei es wirklich sicher, sagt er, daß eine vollkommene Lösung der albanischen Grenzfrage erreicht werden würde: Rußland würde dann in bezug auf Skutari, Tarabosh und Luma nachgeben, und andere wirkliche Streitpunkte würden nicht zurückbleiben; im Falle des Mißlingens, fürchtet Sir Edward Grey, würde ein vollständiger Stillstand folgen, und die Zusammenkünfte der Botschafter müßten unterbrochen werden.

Wenn die Mächte in diesem Sinne entschieden, so würden die Zusammenkünfte der Botschafter zweifellos nach wie vor eine brauchbare Einrichtung zur Regelung der Bedingungen des Friedens zwischen der Türkei und den Verbündeten und anderer Entwicklungen abgeben. Es würde aber nach Sir Edward Greys Ansicht irreführend und unwürdig sein, sie zu diesem Zwecke unbegrenzt fortzusetzen, wenn sie mit der albanischen Grenzfrage sich befriedigend zu befassen nicht in der Lage sind, die, meint er, die größte Schwierigkeit zwischen den Großmächten bildet.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 409/11

Nr. 12 887

Anlage

Englisches Telegramm

Berlin, 23. Februar 1913

Folgendes Telegramm ist von Sir Edward Grey eingegangen:

„Ich habe der russischen Regierung den letzten Vorschlag der österreichungarischen Regierung mit Bezug auf Dibra mitgeteilt, und indem ich das tat, habe ich ihn nicht nur in das möglichst günstige Licht gesetzt, sondern in meine Mitteilung an den russischen Minister des Äußeren auch die ernsten Darlegungen, auf die Graf Mensdorff bei Überreichung des Vorschlages an mich Gewicht legte, mit aufgenommen.

Der russische Minister des Äußeren hat nun auf meine Mitteilung geantwortet. Seine Exzellenz sagt, daß die russische Regierung in die Überlassung der Städte Dibra und Djakova, in denen sich slawische religiöse Einrichtungen befänden, an ein muselmanisches Albanien nicht einwilligen könne. Herr Sasonow fügt hinzu, daß Serbien seine Truppen aus diesen Städten nicht zurückziehen würde, und daß ein Versuch, sie mit Gewalt herauszutreiben, von Rußland nicht mit Gleichgültigkeit betrachtet werden könnte.

Ich weiß, daß Djakowa eine Stadt von nur 6000 Einwohnern ist. Es handelt sich um keine weite Gebietsausdehnung, über die gestritten wird, sondern nur um eine Stadt: und ihre Zukunft ist der einzige ausstehende Punkt, durch den die ganze diplomatische Lösung erreicht werden oder an dem sie scheitern wird. Es scheint ebenso unerträglich wie unvernünftig zu sein, daß diesem einen ausstehenden Punkte gestattet sein sollte, ernste Beunruhigung zwischen den Großmächten zu verursachen. Unglücklicherweise schließt jedoch die Sache eine Prestigefrage ein.

Persönlich kann ich nicht glauben, daß die Überlassung von Dibra und Djakova an Serbien so angesehen werden würde, als wenn sie für Österreich-Ungarn einen Verlust von Prestige zur Folge hätte, wenn erst die albanische Lösung als ein ganzes überblickt wird; denn Österreich hat seine Regelung mit Bezug auf den Adriahafen erreicht und wird außerdem Skutari für Albanien erhalten, eine größere und weit bedeutendere Stadt als Djakova oder Dibra oder sogar beide zusammen.

Auf der anderen Seite hat die Aufgabe des serbischen Anspruches auf einen eigenen Hafen durch Rußland letzteres bereits großer Kritik ausgesetzt, und die russische Regierung, ja selbst der Zar werden ganz bestimmt dafür angegriffen werden, daß sie Montenegro ihre Unterstützung in betreff Skutaris verweigerten und ihre Zustimmung dazu gaben, daß es ihm nicht freistehen soll, diese Stadt entweder zu erwerben oder zu behalten. Die Stellung der russischen Regierung könnte eine unmögliche werden, wenn sie außer den obengenannten Bewilligungen in der Frage von Djakova nachgäbe und sich auf die Seite derjenigen stellte, die einer gewaltsamen Vertreibung Serbiens aus diesen Plätzen zustimmen würden.

Aus diesen Gründen und in Berücksichtigung ihrer Zugeständnisse hinsichtlich Skutaris und des Adriahafens kann ich die russische Regierung nicht dazu drängen, in der Frage von Djakova nachzugeben. Ich könnte nur vorschlagen, die ausstehenden Streitpunkte einer internationalen Kommission zu überweisen, die nach Prüfung der örtlichen Verhältnisse berichten könnte, aber ich begreife, daß die österreich-ungarische Regierung einen solchen Vorschlag nicht günstig aufnehmen würde.

In seinen Mitteilungen wegen Djakova ist der österreich-ungarische Minister des Äußern sehr fest gewesen, aber er hat, was mich betrifft, in denselben einen so freundschaftlichen Ton angeschlagen, daß ich hinsichtlich dieses Punktes sehr ungern an ihn einen Appell richte, den er übel aufnehmen könnte.

Ich habe jedoch alle meine Anstrengungen nahezu erschöpft, eine Lösung zuwege zu bringen, und es ist notwendig, daß der Minister des Äußeren die Frage genau verstehe.

Ich habe eine Regelung fast erreicht, und doch wird sie unmöglich, wenn nicht Djakova Serbien zugestanden wird.

Soweit ich beurteilen kann, besteht keine Gefahr, daß die Frage akut wird, bis ein Versuch zur gewaltsamen Vertreibung Serbiens gemacht wird; aber bei der Parlamentseröffnung am 10. März kann ich nicht gut eine Erklärung entweder in der Debatte oder in der Kronrede vermeiden. Wenn wir bei dieser Gelegenheit zugeben müssen, daß ein diplomatischer Stillstand besteht, wird es einen außerordentlich schlechten Eindruck machen. Andererseits wird es eine große Erleichterung bedeuten, wenn wir während der nächsten vierzehn Tage ein Abkommen über die albanische Grenze bei den Botschafterzusammenkünften verzeichnen. Wenn aber die Frage vor die Botschafterzusammenkünfte gebracht würde, während Rußland und Österreich-Ungarn wegen Djakova noch unversöhnlich sind, würde das einen Stillstand beschleunigen, ihrer Meinungsverschiedenheit würde besonderer Nachdruck verliehen und der Anschein erweckt werden, als wenn die Mächte in zwei entgegengesetzte Lager geteilt

wären, entsprechend der Unterstützung, die sie Österreich oder Rußland bei den Botschafterzusammenkünften leihen würden.

Diese Zusammenkünfte sind glücklicherweise bis jetzt von einer solchen Teilung frei gewesen."

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 418

Nr. 12 894

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 London, den 25. Februar 1913

. . . . . .

Um gleiche Voraussetzungen zu schaffen, wurde nachstehender Beschluß von uns angenommen:

„Es scheint, als wenn sich in der Auffassung der Vertreter der Mächte in Bukarest ein Mißverständnis ergeben habe.

Die in Sofia Beglaubigten hatten die Weisung, einen Kollektivschritt zu unternehmen, um zu erreichen, daß die rumänische und die bulgarische Regierung die Lösung ihres Streitfalles der Entscheidung der Mächte unterbreiten.

Dieser Schritt ist in Sofia unternommen worden, und die bulgarische Regierung hat den Vorschlag der Mächte angenommen.

Da unsere Vertreter in Bukarest bereits jeder für sich von Vermittlung gesprochen und die Antwort erhalten haben, daß die rumänische Regierung sie annimmt, ohne sich aber zu verpflichten, sich der Entscheidung der Mächte zu unterwerfen, so zögern sie, den Kollektivschritt zu unternehmen, der ihnen vorgeschrieben worden ist.

Es ist indessen unerläßlich, in Bukarest einen mit dem in Sofia unternommenen identischen Schritt zu tun und gemeinsam auf der Notwendigkeit einer vorherigen Zustimmung zu der Entscheidung der Mächte zu bestehen.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß dringend Weisungen in diesem Sinne an die Vertreter der Mächte in Bukarest gerichtet werden sollten."

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 424/25

Nr. 12 903

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110 London, den 26. Februar 1913
[pr. 27. Februar]

Tewfik Pascha besuchte mich eben und übergab mir Abschrift des Sir A. Nicolson gestern eingehändigten Aide-mémoire:

„Sehr vertraulich.

Aide-mémoire

Da die Verteidigung der Hauptstadt nur unter der Bedingung sichergestellt werden kann, daß die neue Grenze von Kap San Stefano (am Schwarzen Meer) ausgeht und nach dem Flusse Maritza führt, derart, daß der Türkei der Besitz von Ineada, Lüle-Burgas und Baba-Eski gesichert wird, hofft die Kaiserliche Regierung, daß sie in diesem Punkte auf die Unterstützung und die Einwilligung der Großmächte rechnen kann.

Die Mausoleen, Moscheen und Gräber sowie die anderen sowohl religiösen wie historischen in der Stadt Adrianopel und ihrer Umgebung gelegenen Denk-

mäler und Erinnerungsstätten werden die grundsätzliche Exterritorialität genießen.

Die Lösung der Inselfrage wird den Großmächten überlassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Lösung den in der Antwortnote der Hohen Pforte dargelegten Ansichten und rechtmäßigen Betrachtungen entspricht.

Angesichts der enormen bewilligten territorialen Opfer ist die Kaiserliche Regierung nicht in der Lage, die Frage einer Kriegsentschädigung auch nur ins Auge zu fassen, und sie glaubt sich im Recht, in voller Gerechtigkeit zu verlangen, daß die Balkanstaaten einen angemessenen Teil der öffentlichen ottomanischen Schuld auf sich nehmen.

Stets im Hinblick auf die zu gewährleistende Sicherheit der Hauptstadt ist es ferner notwendig, daß die Großmächte die Schleifung der Befestigungen von Adrianopel und Kirk-Kilisse erreichen mit der Zusicherung, daß Bulgarien sie in Zukunft nicht wieder befestigen wird.

Wenn ein Abkommen zustande kommt, ist es von Bedeutung, daß die Stadt Adrianopel entweder mit Lebensmitteln versehen, oder daß es der Garnison gestattet wird, die Stadt unter Mitnahme aller Kanonen, Gewehre, Kriegsmunition und anderer . . . (Gruppe fehlt) zu verlassen, und daß die Kanonen und Kriegsmaterialien, die nicht sofort transportiert werden können, dennoch Eigentum der Kaiserlichen Armee bleiben, die sie, sobald sie über die erforderlichen Transportmittel wird verfügen können, zurückziehen wird.

Die ottomanische Garnison soll alle militärischen Ehren empfangen, und die Einwohner Adrianopels sowie die Flüchtlinge werden persönliche Freiheit genießen, falls sie die Stadt verlassen möchten."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte S. 432

Nr. 12913

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 London, den 28. Februar 1913
[pr. 1. März]

Sir A. Nicolson berief uns heute zu sich und übergab uns nachstehende Mitteilung von Tewfik Pascha:

„Die Kaiserlich ottomanische Regierung nimmt die Vermittlung der Großmächte zum Zwecke der Erreichung des Friedens an."

Hierauf wurde nachstehender Beschluß gefaßt:

„Die Versammlung hält es für angebracht, die Mitteilung Tewfik Paschas den verbündeten Regierungen zur Kenntnis zu bringen mit der Anfrage, ob sie die Vermittlung der Mächte unter den gleichen Bedingungen annehmen."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 434

Nr. 12915

Anlage
Denkschrift

Berlin, den 28. Februar 1913

Sir Edward Grey hat Sir Edward Goschen davon in Kenntnis gesetzt, daß er die Lage, in der Herr von Jagow sich hinsichtlich Österreich-Ungarns befindet,

wie sie am 23. d. Mts. durch Seine Exzellenz zum Ausdruck gebracht ist, vollkommen versteht, und daß die entsprechende Schwierigkeit der Lage Seiner Majestät Regierung mit Bezug auf Rußland ihn nicht nur verständnisvoll, sondern auch mitfühlend macht. Er stellt fest, daß, wenn Österreich-Ungarn in bezug auf Djakova wie auch in bezug auf Dibra nachgäbe, und wenn Rußland daraufhin dem übrigen Teile der zuletzt von Österreich-Ungarn vorgeschlagenen Grenze zustimmte, Rußland sich demzufolge an einer Vereinbarung beteiligen würde, wonach Montenegro daran verhindert werden soll, entweder Skutari zu erlangen oder zurückzubehalten, so daß diese Stadt aufhören würde, eine Gefahr für den Frieden Europas zu bilden. Bei einer solchen Regelung würde Rußland sich gleichfalls an dem Bestreben beteiligen, auf Serbien dahin zu wirken, daß es sich aus allen Plätzen, die innerhalb der als Grenze für Albanien angenommenen Linie gelegen sind, zurückziehe. Sir Edward Grey meint, daß Herr v. Jagow es sich kaum vergegenwärtige, wie schwer es für Rußland sein würde, einem Abkommen beizutreten, das von ihm verlangen würde, sowohl Serbien zur Zurückziehung von Djakova wie Montenegro zur Zurückziehung von Skutari zu zwingen. Seiner Meinung nach könnte Rußland dem einen oder dem anderen Falle, aber nicht beiden Fällen zustimmen, und er erklärt, daß, da Skutari für Albanien weit wichtiger ist als Djakova, es voraussichtlich vorzuziehen sei, daß Djakova an Serbien gegeben werden sollte, lieber als Skutari an Montenegro.

Er fügt hinzu, daß die Hoffnung besteht, daß es möglich sein würde, gewisse Handelsabmachungen mit Bezug auf Djakova zu finden, die für Albanien die Bedeutung, die es dem Besitze dieser Stadt beimißt, weniger bedeutungsvoll machen würden.

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 440/441

Nr. 12 922

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Bukarest, den 2. März 1913
[pr. 3. März]

. . . .

Die Kollektivdemarche der sechs Gesandten bei dem Ministerpräsidenten hat heute stattgefunden. Das Ergebnis gebe ich nachstehend in französischer Sprache wieder: „Herr Majorescu hat uns erwidert, daß die rumänische Regierung von der Entschließung, die sie uns am 22. Februar angezeigt hat, nicht zurücktreten könne, da dies die Interessen des Friedens gefährden würde, die wir im Auge hätten, da die Regierung angesichts einer anderen Entschließung als derjenigen, um die wir nachsuchten, sehr wahrscheinlich gestürzt werden und das dann zur Macht gelangende Kabinett sicherlich kriegerischer gesinnt sein würde als das gegenwärtige. Seiner Ansicht nach würde es besser sein, wenn die Botschaftervereinigung, die später beauftragt werden wird, die Rumänien und Bulgarien zu empfehlende Transaktion vorzubereiten, schon jetzt aufgefordert würde, die bulgarische und rumänische Antwort in Übereinstimmung zu bringen. Er verbürge sich dafür, daß der von den Mächten formulierte Vorschlag derart sein werde, daß er von Rumänien geachtet würde, und daß, wenn er sicher wäre, daß das Geheimnis in Sofia gewahrt werde, er nicht zögern würde, uns diese Ansicht formell zu bestätigen.

Diese Kombination, hat er uns zum Schluß gesagt, würde den Bulgaren erlauben, vor die Botschaftervereinigung mit dem einfachen Ersuchen um eine Vermittlung zu treten, die den Ersatz eines Schiedsspruches bilden könne, und die

die rumänische Regierung nicht zwingen würde, öffentlich zuzugeben, daß sie im voraus die Entscheidung der Mächte angenommen habe.

Herr Majorescu hat darauf bestanden, daß das weitgehendste Geheimnis über unseren Schritt gewahrt werde."

Waldthausen

Zu Band XXXIV, 1. Hälfte, S. 446/447

Nr. 12927

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120 London, den 3. März 1913
[pr. 4. März]

. . . . . .

„Sir E. Grey hat von dem britannischen Vertreter in Bukarest ein über eine Unterhaltung mit Herrn Majorescu berichtendes Telegramm vom 2. März erhalten; letzterer hat unter dem Siegel der Verschwiegenheit erklärt, er verbürge sich dafür, daß der von den Mächten formulierte Vorschlag, wie er auch sei, von Rumänien respektiert werden würde, und daß es ratsam sein würde, die Versammlung der Botschafter, die mit der Vorbereitung der Übereinkunft über den gegenwärtigen Streitfall beauftragt werden wird, schon jetzt einzuberufen, um zwischen der rumänischen und bulgarischen Antwort einen Ausgleich zu suchen.

Angesichts dieser Erklärung hält es die Versammlung für wichtig, den Vertretern der Mächte in Bukarest und Sofia vorzuschreiben, sich bei der rumänischen und der bulgarischen Regierung nach ihrer Wahl hinsichtlich der Hauptstadt zu erkundigen, wo die Vermittlung ausgeübt werden soll, und die in dieser Hauptstadt vereinigten Botschafter zu beauftragen, die an die beiden Parteien zu richtenden Mitteilungen in Vorschlag zu bringen."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 458

Nr. 12936

Anlage
Denkschrift

Berlin, 5. März 1913

Sir Edward Goschen ist von Sir Edward Grey dahin verständigt worden, daß nach Ansicht dieses letzteren Österreich-Ungarn bei einer seinen Wünschen entsprechenden Regelung der den Adriahafen und Skutari betreffenden Fragen, die die beiden wichtigsten seien, einen Posten diplomatischer Geltung zu seinen Gunsten stehen haben würde, auf den es sehr wohl den kleinen Betrag übernehmen könnte, der zur Überlassung eines kleinen Platzes wie Djakowa, der der großen Öffentlichkeit kaum dem Namen nach bekannt sein dürfte, erforderlich sein würde.

Sir Edward Grey bittet Sir Edward Goschen, Herrn v. Jagow daran zu erinnern, daß die Skutari-Schwierigkeit beigelegt werden würde, wenn Djakova sowohl wie Dibra zugestanden wären und Rußland den übrigen Teil der letzten österreichischen Linie annähme, was dann der Fall sein würde, wie Sir Edward Grey glaubt. Denn in solchem Falle würde Rußland gezwungen sein, sich an allen möglicherweise nötigen Maßnahmen zu beteiligen oder ihnen zuzustimmen, um entweder Montenegro oder Serbien daran zu hindern, irgendwelche

Plätze auf der albanischen Seite der verabredeten Grenze zu nehmen oder zurückzubehalten.

Der Grund, weshalb Rußland den letzten österreichischen Vorschlag nicht annehmen kann, ist der, daß solche Annahme seine Einwilligung zu der gewaltsamen Ausschließung sowohl Montenegros von Skutari wie Serbiens von Djakova nötig machen würde. Es muß ein gewisses Ansehen opfern, um sich an der Anwendung von Zwang entweder Montenegro oder Serbien gegenüber zu beteiligen, und es scheint Sir Edward Grey übertrieben, von ihm zu erwarten, in diese Stellung gegenüber beiden Ländern gleichzeitig gebracht zu werden. Nach seiner Meinung ist alles, was Rußland verlangt, ein Abkommen, das es der Notwendigkeit entheben wird, der Anwendung von Zwang gegenüber Serbien sowohl wie Montenegro zuzustimmen, und er meint, daß dies schwerlich als eine Art des Vorgehens ausgelegt werden könne, die geeignet wäre, den Einfluß und das Ansehen Österreich-Ungarns zu vermindern.

Sir Edward Grey erkennt vollkommen den guten Willen Herrn v. Jagows und die Schwierigkeit seiner Lage, und er wünscht Seine Exzellenz nicht zu drängen, etwas zu tun, was er für unfair hält. Zur gleichen Zeit wünscht er die obenerwähnten Erwägungen ihm vorgelegt zu sehen, wenn auch nur, um die Schwierigkeit von Sir Edward Greys eigener Lage zu erklären, wenn er den russischen Minister des Äußern zu weiterem Nachgeben drängt.

Sir Edward Grey ist indessen der Ansicht, daß, wenn Serbien die Zurückbehaltung von Djakova gestattet würde, jeder verständige Vergleich in bezug auf Handelsbedingungen oder irgendwelche sonstigen Begünstigungen des benachbarten albanischen Gebietes, den Österreich-Ungarn vorbringen könnte, in Erwägung gezogen werden müßte.

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 464/466

Nr. 12 940

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 London, den 7. März 1913

. . . .

Nachstehend der heutige Sitzungsbericht:

„Was die Grenzberichtigung im Norden und Nordosten von Albanien betrifft, meint die Versammlung, daß ein allgemeiner Vergleich über die verschiedenen Punkte, die in den Sonderbesprechungen erörtert worden sind, möglich ist. Durch die Lösung der Frage von Djakova, die übrigens noch verbleibt, würde dieser Vergleich auf die ganze Front ausgedehnt. Wenn diese Frage vorbehalten bleibt, könnte man nach Ansicht der Versammlung die Berichtigung der Grenze im Südosten und Süden von Albanien erörtern."

Ferner:

„Die Versammlung fragt sich, ob es nach den kürzlichen Mitteilungen der serbischen und montenegrinischen Vertreter nicht angebracht sein würde, die durch Sir Edward Grey dem serbischen Geschäftsträger gemachte Mitteilung wegen der Räumung der von den serbischen Truppen besetzten Punkte nach der Grenzberichtigung Albaniens von seiten der Versammlung am 23. Januar in Belgrad zu wiederholen und in Cetinje zu machen."

Und schließlich:

„Die albanesischen Abgeordneten haben in London Sir Edward Grey und den Botschaftern ein Memorandum übergeben, das die traurige Lage der Bewohner von Valona und seiner Umgebung kennzeichnet. Auf allen Seiten von

den Kriegführenden eingeschlossen, können sie sich keine Lebensmittel verschaffen und sind dem Hungertode ausgesetzt. Die Versammlung hält es daher für dringend angezeigt, die hellenische Regierung darum zu ersuchen, die Verproviantierung dieser Bevölkerung zu gestatten, indem sie alle Maßnahmen ergreift, die sie zur Überwachung der mit diesem Dienste beauftragten Transportschiffe für nützlich erachten wird. Sir Edward Grey sendet dem britannischen Vertreter in Athen Weisungen in diesem Sinne."

. . . . . .

„Nachdem die Botschafter in Paris von der französischen Regierung aufgefordert worden sind, sich in der mit der Prüfung der Finanzfragen, die im künftigen Friedensvertrage den Gegenstand von Sonderabmachungen bilden werden, beauftragten technischen Kommission vertreten zu lassen, hält es die Versammlung für angezeigt, alle Mitteilungen über diese Fragen nach Paris zu richten."

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 493/494.

Nr. 12 967

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Sofia, den 14. März 1913

Nachstehend die Antwort der hiesigen Regierung auf die Mediations-Demarche der Mächte:

„Die verbündeten Staaten sprechen den Großmächten ihren lebhaften Dank aus, und indem sie sich dem Schritte, durch den sie ihre Vermittlung angeboten haben, unterwerfen, erklären sie sich zu deren Annahme unter folgenden Bedingungen bereit:

1. Als Verhandlungsbasis über die Gebietsabgrenzung zwischen der Türkei und den Verbündeten wird eine Linie genommen werden, die von einem Punkte am Marmara-Meer östlich von Rodosto ausgehend das Schwarze Meer in der Nähe von Kap Malatra südöstlich von Midia erreicht, unter Ausschluß der Halbinsel von Gallipoli, die der Türkei verbleiben wird. Alle Gebiete westlich dieser Grenzlinie werden von der Türkei an die verbündeten Staaten abgetreten, unter Einschluß der belagerten Plätze Adrianopel und Skutari.

2. Die Türkei wird die Inseln des Ägäischen Meeres abtreten.

3. Sie wird in ihr vollkommenes Desinteressement an der Insel Kreta willigen.

4. Die Türkei wird grundsätzlich die Zahlung von Kriegsentschädigung, deren Höhe bei endgültigem Friedensschluß festgesetzt werden wird, an die Alliierten bewilligen, ebenso die Zahlung von Sonderentschädigung für die vor dem Kriege entstandenen Schäden. Die verbündeten Staaten sollen an den auf die Entschädigungen bezüglichen Beratungen teilnehmen.

5. Die verbündeten Staaten behalten sich vor, die ihren Untertanen und ihrem Handel im ottomanischen Reiche zu gewährende Behandlung, die Fragen der bestrittenen Nationalität sowohl wie die Garantien wegen der Vorzugsrechte der orthodoxen Kirchen und des öffentlichen Rechtes ihrer stammverwandten ottomanischen Untertanen durch den endgültigen Friedensvertrag zu regeln.

6. Die Kriegshandlungen werden nicht unterbrochen werden."

Below

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 510/512

Nr. 12978

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 London, den 15. März 1913
[pr. 16. März]

. . . .

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß es angezeigt ist, die Annahme der Vermittlung der Mächte durch die Verbündeten mit Befriedigung festzustellen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß es vor der Eröffnung einer Diskussion über die Friedensbedingungen den Mächten zukommt, ihre Ansichten über die Verhandlungsgrundlagen, die angenommen werden sollten, zu formulieren."

. . . .

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Verhandlungsgrundlagen folgende sein sollten:

1. Ottomanische Grenzen in Europa: Enos—Ergene—Midia. Alle Gebiete westlich dieser Linie sollen von der Türkei an die verbündeten Staaten abgetreten werden, mit Ausnahme von Albanien, dessen Verwaltung und Grenzberichtigung den Mächten vorbehalten wird.
2. Die Regelung der Frage der Inseln des Ägäischen Meeres wird der Entscheidung der Mächte überlassen.
3. Die Türkei hat ihr vollkommenes Desinteressement an der Insel Kreta auszusprechen.
4. Die Mächte können sich einem Entschädigungsverlangen nicht gewogen zeigen, aber sie gestehen den Verbündeten die Beteiligung an den Besprechungen der internationalen Pariser Kommission zu, die für eine billige Regelung ihrer Beteiligung an der ottomanischen Schuld und den finanziellen Abgaben der ihnen zuzusprechenden Gebiete sorgen sollen. Die Türkei wird eingeladen werden, sich an den Beratungen dieser Kommission zu beteiligen.

Falls die obengenannten Bedingungen von den Regierungen genehmigt werden, hält es die Versammlung für am Platze, sie den Kriegführenden mitzuteilen und zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, eine Einstellung der Feindseligkeiten von ihnen zu fordern."

. . . .

„Die Versammlung ist, ebenso wie Herr Jonnart und Sir Edward Grey, der Ansicht, daß im Falle einer Weigerung der Verbündeten, den Anschauungen der Mächte beizutreten, es am Platze wäre, ihnen zu erklären, wie es in der ersten Kollektivnote an die Türkei geschehen ist, daß sie auf die Unterstützung der Mächte bei der Regelung der finanziellen und anderen Fragen, deren Lösung sich nach Friedensschluß aufdrängen wird, nicht rechnen könnten."

. . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 526/527

Nr. 12994

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 136 London, den 19. März 1913

. . . „Die Kriegsentschädigungsfrage soll von der internationalen Pariser Kommission in Verbindung mit der Frage einer billigen Regelung der

Beteiligung der Verbündeten an der ottomanischen Schuld und den Finanzlasten der Gebiete, die ihnen zugesprochen werden sollen, behandelt werden. Die Verbündeten sowie die Türkei werden zur Teilnahme an den Entschließungen dieser Kommission aufgefordert.“ . . . „Die Versammlung ist der Ansicht, daß den Vertretern der Mächte in Konstantinopel, Belgrad, Sofia, Athen und Cetinje Weisungen zuzustellen sind, die ihnen vorschreiben, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, die vier, die Grundlagen einer Friedensverhandlung bildenden Punkte gemeinsam zur Kenntnis zu bringen. Die Vertreter der Mächte werden zu gleicher Zeit erklären, daß nach Annahme dieser Grundlagen die Feindseligkeiten beendet werden müßten.“

. . . Auf Vorschlag des Ministers wurde nachstehender Beschluß gefaßt: „Auf Vorschlag von Sir Edward Grey ist die Versammlung der Ansicht, daß den Vertretern der Mächte in Cetinje und Belgrad ein Kollektivschritt zur Abgabe einer Erklärung vorzuschreiben wäre, daß die Grenzberichtigung Albaniens den Mächten vorbehalten worden ist, daß, bis diese Grenzberichtigung vorgenommen sein wird, keine Handlung von seiten Serbiens oder Montenegros in Albanien als Schaffung von begründeten Rechten angesehen werden könnte; wenn z. B. Skutari fallen sollte, so wird das Schicksal dieser Stadt durch die Mächte und nicht durch die Tatsache geregelt werden, daß Montenegro sie besetzt halten wird.“ . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 544/545

Nr. 13 008

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 140 London, den 22. März 1913

. . . . . .

Es wurde auf Vorschlag des Sir E. Grey nachstehender Beschluß gefaßt:

„Sir E. Grey hat der Versammlung eine Mitteilung des österreich-ungarischen Botschafters vom 21. März bekanntgegeben, die allen Mächten hat unverzüglich zur Kenntnis gebracht werden sollen. Die Versammlung findet, daß diese Mitteilung den Vergleich hinsichtlich Djakovas gemäß den Ansichten, die sie bereits am 6. März geäußert hat, sicherstellt. Die Versammlung meint, daß diese Lösung die Ausdehnung des Vergleiches auf die ganze Grenze im Norden und Nordosten Albaniens einschließt, gemäß den vorhergehenden, von Graf Mensdorff abgegebenen Erklärungen, und daß eine diesbezügliche Anzeige unverzüglich an Serbien und Montenegro gerichtet werden müßte.

Die sechs Mächte könnten zu gleicher Zeit erklären, daß die sofortige Ergreifung von Maßnahmen zur Sicherstellung des zuverlässigen Schutzes der katholischen, muselmanischen und albanesischen Bevölkerungen in den an Montenegro und Serbien abgetretenen Gebieten unerläßlich ist.

Da die albanesische Frage durch die Weiterführung des Krieges zwischen der Türkei und den Verbündeten keineswegs berührt wird, könnten die sechs Mächte ihren Vertretern in Cetinje und Belgrad gleichfalls Weisung geben, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu bedeuten, die Belagerung von Skutari aufzuheben, den Feindseligkeiten in den an Albanien abgetretenen Gebieten ein Ende zu machen und schleunigst zur Räumung dieser Gebiete zu schreiten.“

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 552

Nr. 13 014

Anlage
Denkschrift

Belgrad, den 22. März 1913

Die Großmächte sind übereingekommen, den Balkanverbündeten die in nachstehenden vier Klauseln zusammengefaßten Friedenspräliminarien vorzuschlagen:

1. Die Grenze des ottomanischen Reiches in Europa wird von Enos ausgehen, dem Laufe der Maritza und dann des Ergène folgen und bei Midia enden. Alle westlich dieser Linie gelegenen Gebiete werden von der Türkei an die Verbündeten Staaten abgetreten, mit Ausnahme von Albanien, deren Grenzen und dessen Verwaltung durch die Mächte festgesetzt werden.
2. Die Frage der Ägäischen Inseln wird durch die Mächte geregelt werden.
3. Die Türkei erklärt ihr vollkommenes Desinteressement an Kreta.
4. Die Mächte können sich einem Entschädigungsverlangen nicht gewogen zeigen; aber sie werden den Verbündeten die Teilnahme an den Besprechungen der internationalen Kommission in Paris für eine entsprechende Regelung ihrer Beteiligung an der ottomanischen Schuld und den finanziellen Lasten der Gebiete zugestehen, die ihnen zugesprochen werden sollen. Die Türkei wird gleichfalls aufgefordert werden, an den Beratungen dieser Kommission teilzunehmen.

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 557

Nr. 13 021

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 London, den 26. März 1913

. . . . . .

„Da der am 22. März formulierte Vorschlag von allen Regierungen gebilligt worden ist, bleibt die Versammlung bei der Ansicht, daß es wichtig ist, auf Grund der Weisungen der Regierungen unverzüglich zu den Kollektivschritten in Cetinje und Belgrad zu schreiten. Da Herr Etter erklärt hat, daß die russische Regierung der österreich-ungarischen Anregung bezüglich der sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten in Albanien und der schnellen Räumung des albanischen Gebietes beipflichtet, aber darauf aufmerksam gemacht hat, daß hierfür die Ergreifung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit nötig sein würde, meint die Versammlung, daß die Bemerkung der russischen Regierung in Erwägung gezogen werden muß, um die möglichst schnelle Räumung nach Einstellung der Feindseligkeiten zu bewerkstelligen.“

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 567

Nr. 13 032

Anlage
Aide-mémoire

Berlin, 28. März 1913

Der österreich-ungarische Botschafter in London hat Sir Edward Grey mitgeteilt, daß Graf Berchtold gehört habe, die Kollektivvorstellung sei durch

die Vertreter der Mächte in Cetinje erfolgt, daß aber von dem Montenegrinischen Kriegsrat beschlossen worden sei, Skutari anzugreifen. Es werde angenommen, jene Stadt würde wahrscheinlich fallen und dabei ein Blutbad angerichtet werden. Graf Berchtold dringe daher darauf, daß ein gewisser Druck ausgeübt werden müsse, und er frage, welche Form dieser Druck haben sollte.

Sir Edward Grey hat dem österreich-ungarischen Botschafter erwidert, daß er bis jetzt noch nicht gehört hätte, daß die Kollektivvorstellung in Cetinje erfolgt sei, daß er aber hoffte, sie hätte entweder bereits stattgefunden oder würde unmittelbar vorgenommen werden. Er erwartete indessen, daß die Zurückziehung der Serben aus Skutari darauf folgen würde, und daß, wenn die Montenegriner allein gelassen wären, sie wahrscheinlich nicht imstande sein würden, viel zu erreichen. Infolgedessen hoffte er, daß es nicht nötig sein würde, Zwangsmaßnahmen zu treffen, aber er sagte, daß, wenn sie erforderlich wären, eine gemeinsame Marinedemonstration seines Erachtens für sie die geeigneteste Form sein würde. Sir Edward Grey ersucht die Admiralität um Entsendung von zwei Kreuzern nach Korfu oder einem im Dringlichkeitsfalle leicht erreichbaren Platze. Er hat indessen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Graf Berchtold sich mit den anderen Regierungen in Verbindung gesetzt habe oder es tun werde.

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 586/587

Nr. 13 050

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Homburg v. d. Höhe

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 1 Berlin, den 31. März 1913

Zum Vortrag.

Der Kaiserliche Gesandte in Athen meldet 30. März.

„Minister des Äußern teilte mir soeben folgendes mit:

‚Italien hat gegen jede Linie protestiert, die nicht die Mündung des Calamas an der Küste einschließen würde; da dadurch das ganze Land, was wir durch unsere Waffen befreit haben, unseren Händen und unserer Besetzung entrissen würde, und da sich die griechische Regierung vor der Unmöglichkeit sieht, eine andere Linie als die durch die Denkschrift über die Grenzen von Epirus vorgeschlagene und in London auf der Botschafterkonferenz vorgelegte anzunehmen, schlägt sie vor, zu einer Abstimmung aller Bewohner zu schreiten. Sie fordert daher die Großmächte auf, für diese Volksabstimmung Abgeordnete zu entsenden, und sie erklärt, das Verdikt der Abstimmung gern annehmen zu wollen. Sie vertraut darauf, daß die Mächte in ihrem Gerechtigkeitsgefühl diesen Vorschlag erhören und auch das Ergebnis der Abstimmung annehmen werden.‘ “

. . . . . .

Jagow

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 593/594

Nr. 13 058

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 150 London, den 31. März 1913
[pr. 1. April]

. . . .

Es wurde der nachstehende Wortlaut vereinbart:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß, da alle Mächte in die Flottendemonstration eingewilligt haben, dieselbe möglichst bald durch Entsendung von Kriegsschiffen nach Antivari vorgenommen werden kann.

Sir E. Grey sagt, daß er bereit sei, den in Korfu befindlichen Kreuzern den Befehl zukommen zu lassen, sich nach Antivari zu begeben, sobald er von der Absendung gleichartiger Instruktionen seitens anderer Mächte unterrichtet sein werde."

. . . .

„Sir Edward Grey kündigt die Absendung von Weisungen an den britannischen Gesandten in Athen an, um Herrn Venizelos die Entschließungen der Mächte hinsichtlich Albaniens und der Flottendemonstration anzuzeigen, und um ihn auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, die Entsendung von Truppen und Munition nach der albanischen Küste nicht durch die hellenische Marine unterstützen zu lassen; die Versammlung ist der Ansicht, daß ein ähnlicher Schritt den anderen Vertretern der Mächte in Athen vorgeschrieben werden müßte."

. . . .

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß den Vertretern in Sofia Weisungen erteilt werden sollten zwecks Einstellung der Kriegsoperationen unter der Bedingung der Annahme der geraden Linie Enos—Midia und der Lösung aller Fragen finanzieller Art durch die technische Kommission in Paris, an der die Abgeordneten der Kriegführenden teilzunehmen hätten."

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 597

Nr. 13 062

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 Konstantinopel, den 1. April 1913

. . . .

In soeben Doyen übergebener Antwortnote teilt türkischer Minister des Äußern mit, daß er von gestriger Kollektivnote Kenntnis genommen, und daß „die Kaiserliche Regierung in Würdigung der Wohltaten des Friedens nicht gezögert hätte, die freundschaftliche Vermittlung ihrer Regierungen anzunehmen, um dem zwischen dem ottomanischen Reiche und den Balkanstaaten bestehenden Kriegszustande ein Ende zu bereiten.

Von denselben friedlichen Neigungen geleitet, nimmt die Kaiserliche Regierung die in der obenerwähnten Mitteilung vorgeschlagenen Präliminarien in ihrer Gesamtheit an und vertraut sich bezüglich der Wiederherstellung des Friedens den Großmächten an."

Wangenheim

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 614/616

Nr. 13 082

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 162 London, den 4. April 1913

. . . Nachfolgend die dem englischen Vizeadmiral an Bord „Edward VII" gegebenen Befehle:

„Mit Ihren Schiffen in Übereinstimmung mit dem französischen Kreuzer nach Antivari begeben. Nach Ankunft in Antivari die älteren Offiziere des internationalen Geschwaders zusammenberufen zwecks Verständigung über die zur Ausübung eines Druckes auf die montenegrinische Regierung geeignetesten Mittel, um diese zur Unterwerfung unter den Beschluß der Mächte zu bringen. Die Ausschiffung von Landungskompagnien oder Geschützen ebenso wie das Bombardement der Stadt dürfen nicht ohne neue Weisungen ins Auge gefaßt werden."

Cambon gab nachstehendes bekannt:

„Der Kommandant des ‚Edgar Quinet', der von Korfu entsandt worden ist, hat den Befehl erhalten, sich mit den Kommandanten der englischen Schiffe zu verständigen, um sich gemeinsam mit ihnen nach Antivari zu begeben."

Graf Mensdorff verlas die dem österreichisch-ungarischen Befehlshaber erteilten Aufträge:

„Befehl, sich mit den zur Teilnahme an einer Blockade ermächtigten Kommandanten in Verbindung zu setzen."

. . . . . .

Marquis Imperiali gab nachstehendes bekannt:

„‚Saint-Bon' und ‚Ferucco' fahren am 3. von Brindisi nach Antivari ab. Kommandant hat Weisung erhalten, sich mit den anderen in Verbindung zu setzen. Keine Operation darf befohlen werden, solange die Schiffe der anderen Mächte nicht eingetroffen sind."

. . . . . .

„Über die der bulgarischen Regierung gemäß der in der Versammlung vom 31. März festgesetzten und von allen Regierungen angenommenen Formel zu machenden Mitteilung scheinen sich Mißverständnisse ergeben zu haben.

Die Versammlung hält es für angezeigt, den Vertretern der Mächte in Sofia aufs neue vorzuschreiben, sich nach dieser Formel folgenden Inhalts zu richten, ohne etwas hinzuzufügen: (folgt die Formel vom 31. März. Siehe oben Nr. 13 058)."

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 616

Nr. 13 083

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 St. Petersburg, den 4. April 1913

. . . . . .

„Die Vertreter Rußlands, Englands und Frankreichs würden die Abtretung Silistrias an Rumänien grundsätzlich unter der Bedingung annehmen, daß

1. alle übrigen territorialen Zurückforderungen Rumäniens wegfallen,

2. daß die rumänische Regierung die bulgarischen Einwohner von Silistria, die diese Stadt verlassen möchten, und diejenigen des Gebietsteiles, der an

Rumänien übergehen würde, entschädigt. Es versteht sich, daß Bulgarien, um Rumänien vom strategischen Standpunkte aus vollkommen zu beruhigen, die Verpflichtung übernehmen wird, keine Befestigungen längs der gegenwärtigen Grenze von Silistria nach dem Schwarzen Meere zu errichten."

. . . . . .

Pourtalès

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 621/622

Nr. 13 088

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Sofia, den 5. April 1913

. . . . . .

1. „Bei der endgültigen Festsetzung der thrazischen Grenze soll die in den von den Mächten formulierten Bedingungen bezeichnete Linie als Grundlage und nicht als endgültige Linie genommen werden.

2. Die Inseln des Ägäischen Meeres werden von der Türkei an die Verbündeten abgetreten.

3. Die Verbündeten sind der Ansicht, daß sie von den geplanten Grenzen Albaniens vorher Kenntnis erhalten müßten, wobei sie hoffen, daß dieselben mit den von ihnen in London vorgeschlagenen übereinstimmen werden.

4. Die Forderung einer Kriegsentschädigung muß grundsätzlich angenommen werden, wobei die Sorge, ihre Höhe zu bestimmen, der Kommission überlassen bleibt, welche die Finanzfragen prüfen wird, einer Kommission, in der die verbündeten Staaten vertreten sein werden.

5. Die verbündeten Staaten willigen ein, daß die Kriegsoperationen aufhören, sobald die oben dargelegten Bedingungen günstig aufgenommen und genehmigt sein werden."

Below

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 668/671

Nr. 13 140

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 London, den 11. April 1913
[pr. 12. April]

. . . . . .

Es wurde hierüber das Nachstehende vereinbart:

„Nachdem er erklärt hat, daß seine Regierung die drei ersten Punkte der Antwort an die Verbündeten annehme, teilt Graf Benckendorff mit, er sei von seiner Regierung beauftragt, bei der Versammlung nachdrücklichst für die Zulassung des Grundsatzes der Entschädigung einzutreten, der die Kaiserliche Regierung die allergrößte Bedeutung beimesse, da sie allein geeignet sei, die unmittelbare Einstellung der Feindseligkeiten mit Sicherheit zu bewirken. Da gegen eine Abänderung der zuvor angenommenen Formel Einwendungen erhoben worden seien, und die Versammlung nicht geneigt scheine, von ihren ersten Entschlüssen abzuweichen, erklärt Graf Benckendorff, daß seine Regierung, um mit den übrigen Mächten in Übereinstimmung zu bleiben, den vierten Punkt in der vorliegenden Fassung annimmt.

Der französische Botschafter teilt mit, daß seine Regierung der Formel der vier Punkte für die Antwort an die Verbündeten beitritt. Nachdem die

Zustimmung aller Mächte erreicht ist, glaubt die Versammlung, daß die Mitteilung an die Verbündeten in kürzester Frist erfolgen muß.

Der französische Botschafter gibt der Versammlung zur Kenntnis, daß der Standpunkt seiner Regierung der folgende sei:

„Die Regierung der Republik ist geneigt, die Frage zu prüfen, ob die Zuteilung einer Geldentschädigung an die Balkanverbündeten sich mit den berechtigten Interessen der Türkei und dem Schutze der den französischen Gläubigern gewährten Sicherheiten verträgt."

. . . Es wurde nachstehendes aufgestellt:

„Sir E. Grey gibt zu bemerken, daß, falls die Friedensverhandlungen keinen Anfang nehmen, es sich empfiehlt, die Folgen einer Fortsetzung der Feindseligkeiten und eines etwaigen Vorrückens der bulgarischen Armee auf Konstantinopel ins Auge zu fassen. Der französische Botschafter teilt mit, daß den Nachrichten seiner Regierung zufolge aus Adrianopel und Sofia ernste Angriffsvorbereitungen gegen die Tschataldschalinien gemeldet würden. Die französische Regierung würde daher vorschlagen, zu prüfen, ob es sich nicht empfehlen würde, augenblicklich zur Entsendung einer internationalen Flotte in die Dardanellen nach Rodosto und nach Konstantinopel zu schreiten. Die Aufgabe dieser Flotte würde sein:

1. die Ordnung in Konstantinopel aufrechtzuerhalten;
2. die Kriegsoperationen auf der Halbinsel Gallipoli, auf dem südlichen Ufer des Marmarameeres und am Bosporus zu verhindern;
3. die Freiheit der Schiffahrt in den Meerengen zu sichern. Sie würde sich erst nach erfolgtem Friedensschlusse zurückziehen. Graf Benckendorff bemerkt, seine Regierung habe diesem Plane bereits zugestimmt. Sir Edward Grey wird den Premierminister befragen. Die übrigen Botschafter werden den französischen Vorschlag ihren Regierungen vorlegen.

. . . Die Stimmung war dem Gedanken entschieden günstig, und es wurde hierüber nachstehendes aufgesetzt:

„Der italienische und der französische Botschafter sind von ihren Regierungen aufgefordert worden, in der Versammlung die finanzielle Lage Montenegros zur Sprache zu bringen und Mittel, ihr abzuhelfen, ausfindig zu machen, um so schnell wie möglich zur Befriedung des Landes zu gelangen.

Eine von den Mächten gewährleistete Anleihe kann als das brauchbarste Mittel angesehen werden, der montenegrinischen Regierung die erforderlichen Hilfsquellen zu verschaffen.

Es würde sich empfehlen, über die Höhe dieser Anleihe einige Angaben zu besitzen. Marquis Imperiali hat von 30 Millionen Kronen reden hören. Sir Edward Grey kann sich nicht äußern, ohne die britische Finanzverwaltung befragt zu haben.

Die Versammlung bittet die italienische und die französische Regierung, Vorschläge zu machen und gegebenenfalls die Höhe der Anleihe zu bestimmen."

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 703/704

Nr. 13 181

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 83 Sofia, den 21. April 1913

Offizielle Antwort der Verbündeten auf Mediationsdemarche lautet:

„Die verbündeten Staaten betrachten es als ihre Pflicht, den Großmächten ihren lebhaften Dank für die Mitteilung auszusprechen, die sie ihnen gemacht haben, und der zufolge:

1. Die Linie Enos—Midia als Verhandlungsgrundlage und nicht als endgültige Linie genommen werden soll.

2. Die Abtretung der Inseln des Ägäischen Meeres durch die Türkei mit der Einschränkung genehmigt wird, daß für einige davon eine Entscheidung vorbehalten bleibt.

3. Die Großmächte bereit sind, schon jetzt die Abgrenzung Albaniens im Norden und Nordosten bekanntzugeben, und daß sie diejenige im Süden und Südosten gleich nach ihrer Festsetzung bekanntgeben werden.

4. Die Großmächte der Ansicht sind, daß, da die Lösung aller finanziellen Fragen der technischen Kommission in Paris vorbehalten ist, an der die Bevollmächtigten der Kriegführenden teilnehmen werden, keine Veranlassung vorliegt, sich bereits jetzt über den Grundsatz der Entschädigung auszusprechen.

Die verbündeten Staaten stellen fest, daß obige Bedingungen, unter denen die Mächte einwilligen, als Vermittler für den Abschluß des Friedens mit der Türkei einzutreten, ein wenig von denen abweichen, die sie in ihrer Antwort vom 5. April aufgestellt hatten. In ihrem aufrichtigen Wunsche jedoch, die angebotene Vermittelung zu erleichtern und zum Erfolge zu führen, erklären die Verbündeten unter der erneuten Bitte an die Großmächte, den Grundsatz der Kriegsentschädigung zulassen zu wollen, daß sie diese Vermittelung annehmen, wobei sie sich vorbehalten, im Laufe der Verhandlungen die Fragen, die sich auf die Inseln und auf die endgültige Festsetzung der thrazischen und der für ganz Albanien geltenden Grenzen beziehen, mit den Großmächten zu erörtern."

Below

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 760/762

Nr. 13 232

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 London, den 28. April 1913
[pr. 29. April]

Über die heutige Sitzung wurde das nachstehende Protokoll vereinbart:

„Graf von Mensdorff kommt im Auftrage seiner Regierung auf die Frage zurück, welche Zwangsmaßregeln gegen den König von Montenegro und seine Regierung anzuwenden sein würden, falls er den Mächten gegenüber zu einem Verschleppungsverfahren greift, oder wenn er ablehnend antworten oder auch wenn er, nachdem er ihnen eine befriedigende Antwort erteilte, Skutari nicht räumen lassen sollte. Der österreichische Botschafter meint, daß diese Zwangsmaßregeln in der Beschießung einer oder mehrerer Küstenstädte oder in der Besetzung dieser Städte, ja selbst in einem Marsch auf Skutari bestehen könnten. Er dringt darauf, daß die Versammlung diese Möglichkeiten ins Auge fasse, und fügt hinzu, daß für den Fall, daß es ihr nicht gelänge, die zu ergreifenden Maßregeln zu bestimmen, die österreichische Regierung sich vorbehält, im gegebenen Augenblicke die Maßregeln zu ergreifen, die nach ihrem Ermessen erforderlich sein würden, um die Beschlüsse Europas zur Ausführung zu bringen. Fürst von Lichnowsky unterstützt die Ansichten des Grafen von Mensdorff. Marquis Imperiali unterstützt sie gleichfalls; er betont die Notwendigkeit eines energischen, internationalen Schrittes. In diesem Zusammenhange fügt er hinzu, daß die Besetzung eines oder mehrerer Häfen eine gewisse moralische Wirkung haben, daß sie ein Zeichen für die Einigkeit der Mächte sein würde, und daß diese Maßregel zweifellos genügen werde, König Nikolaus zur Unterwerfung zu veranlassen. Fürst von Lichnowsky spricht sich im gleichen Sinne aus. Der französische Botschafter antwortet auf eine Frage

Sir E. Greys, er glaube an die Bereitwilligkeit seiner Regierung zu einer Truppenlandung ebensowenig wie an die Wirksamkeit einer solchen und einer Beschießung. Seines Erachtens würde es sich empfehlen, ehe man sich um Zwangsmaßregeln kümmert, die Mittel ausfindig zu machen, König Nikolaus eine befriedigende Antwort zu erleichtern, indem man ihm zu verstehen gibt, daß die Mächte gleich nach der Räumung Skutaris eine gewisse Montenegro zu gewährende Entschädigung in Erwägung ziehen werden. Sir E. Grey erklärt, er werde seinem Kabinett den Vorschlag eines militärischen Vorgehens unterbreiten. Er bezweifelt jedoch, daß hier ein Fall vorliege, wo man von Großbritannien ein derartiges Vorgehen erwarten könnte. Andererseits meint er, daß Großbritannien keine Einwendung erheben könnte, wenn andere Mächte in letzter Instanz zu solchen angemessenen und notwendigen Maßregeln ihre Zuflucht nehmen, wie sie ergriffen werden könnten, um das Abkommen über Skutari, an dem auch Großbritannien beteiligt ist, zur Durchführung zu bringen.

Was Sir E. Grey vorziehen würde, wäre eine Erklärung an den König von Montenegro des Inhalts, daß, wenn er sich dem Willen der Mächte unterwirft, diese mit ihm gemeinsam nach der Räumung von Skutari über angemessene Entschädigungen verhandeln würden. Sollte er sich jedoch der Forderung der Mächte widersetzen, so wird die britische Regierung ihm keinerlei Unterstützung gewähren und sich nicht weiter um sein Schicksal kümmern.

Sir E. Grey wird indessen die Frage dem Premierminister und dem Kabinett vorlegen und sich nächsten Mittwoch in diesem Sinne äußern. Er wird dann der Versammlung die endgültige Entscheidung der Regierung bekanntgeben.

Die Botschafter werden die Auffassung Sir E. Greys ihren Regierungen zur Kenntnis bringen mit der Bitte, sie ihre Ansichten über diesen Punkt vor der nächsten Versammlung am Donnerstag wissen zu lassen."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 778/779

Nr. 13 251

Aide-mémoire

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Auswärtigen Amt am 1. Mai 1913 überreicht

Berlin, 1. Mai 1913

Wie Sir Edward Grey hört, wird der österreichische Botschafter auf der für heute angesetzten Botschafterversammlung erklären, daß angesichts der Tatsache, daß die letzte Versammlung nicht imstande war, zu einer Vereinbarung über die Anwendung von Zwangsmaßregeln zu gelangen, die von Graf Mensdorff auf dieser Versammlung angedeutete Lage eingetreten ist, und daß demgemäß Österreich sich für verpflichtet hält, sich die Ergreifung von Maßregeln zur Durchführung der Mächteentscheidung vorzubehalten. Sollte dieser Fall eintreten, so würde damit nach dem Dafürhalten Sir Ed. Greys eine kritische Lage entstanden sein.

Obwohl die herausfordernde Haltung Montenegros zweifellos Verwickelungen herbeigeführt hat, ist nichtsdestoweniger, da der Hauptpunkt — nämlich die Einverleibung Skutaris in Albanien — vollkommene Zustimmung gefunden hat und beschlossen worden war, daß dies das zu erreichende Ziel sei, Sir Edward Grey der Meinung, daß die Frist, in der dieses Ziel erreicht werden muß (vorausgesetzt, daß sie sich nicht zu lang ausdehnt), von geringerer Bedeutung sei als die unbedingte Notwendigkeit, das europäische Konzert zu erhalten.

Obwohl Sir Edward Grey nicht vorauszusehen vermag, inwieweit das europäische Konzert durch ein unmittelbares und alleiniges Vorgehen von

seiten Österreichs gefährdet werden wird, hegt er doch schwere Befürchtungen hinsichtlich der Wirkung, die ein solches Vorgehen auf die öffentliche Meinung anderer Länder ausüben kann, einer Wirkung, die eine Sache der Wirklichkeit und nicht der Theorie sein würde.

Sollte indessen dieses Ereignis unvermeidlich eintreten müssen, so möchte Sir Edward Grey dringend darum bitten, der Möglichkeit die ernsteste Beachtung zu schenken, daß jeder von irgendeiner Macht allein unternommene Schritt eine sehr starke Wirkung auf die öffentliche Meinung in anderen Ländern auszuüben vermag und die Haltung ihrer Regierungen beeinflussen kann. Sir Edward Grey hofft, die Kaiserliche Regierung werde, noch ehe irgendwelche Schritte wirklich getan sind, diesem Punkte ihre aufmerksamste Erwägung zuteil werden lassen, da keine, auch noch so geringe Möglichkeit, den Frieden Europas zu bewahren, vernachlässigt werden sollte.

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 779/782

Nr. 13 252

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 201 London, den 1. Mai 1913

. . . Hierauf machte Graf Mensdorff nachstehende Mitteilung:

„Die letzte Versammlung ist sich nicht über die Zwangsmaßregeln gegenüber Montenegro einig geworden, die zu ergreifen wären, falls der Kollektivschritt in Cetinje zu keinem raschen und befriedigenden Ergebnisse führen sollte. Wir stehen infolgedessen der Lage gegenüber, die ich in meinen früheren Mitteilungen angezeigt hatte, d. h., die österreich-ungarische Regierung behält sich vor, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um die Beschlüsse der Mächte zur Ausführung zu bringen.

Die im Verlauf der letzten Versammlung von den Vertretern mehrerer Mächte über die zu ergreifenden Zwangsmaßregeln ausgesprochenen Ansichten lassen uns hoffen, daß andere Mächte es nicht ablehnen werden, mit uns bei dem Vorgehen zu Lande oder einem Flottenunternehmen zusammenzuwirken, obwohl hierüber auf der letzten Versammlung kein Beschluß gefaßt worden ist.

Der von dem französischen Botschafter gegen die Truppenlandung vorgebrachte Einwand scheint dem Grafen Berchtold unbegründet. Meine Regierung ist im Gegenteil der Ansicht, es sei keineswegs unmöglich, daß eine — selbst kampflose — Landung dem Könige Nikolaus einen hinreichenden Anlaß bieten würde, seinem Volke gegenüber seine Unterwerfung unter den Willen der Mächte zu rechtfertigen. Allerdings leuchtet ein, daß dieses Vorgehen nicht die gewünschte Wirkung haben könnte, wenn man — wie es Herr Sasonow in einem Gespräche mit dem Grafen Thurn vorgeschlagen hat, — schon jetzt erklären wollte, man werde sich auf die Besetzung der Häfen ohne eine weitere Ausdehnung der militärischen Operationen beschränken.

Was den Vorschlag Sir Edward Greys betrifft, König Nikolaus schon jetzt zu erklären, daß, wenn er sich dem Willen der Mächte unterwirft, sie mit ihm nach der Räumung von Skutari über angemessene Entschädigungen verhandeln werden, so hat die österreich-ungarische Regierung folgendes zu bemerken:

Montenegro muß vor allem den Willen der Mächte achten und Skutari räumen, ohne daß die Mächte ihm Entschädigungen in Aussicht stellen. Wie wir bereits zu wiederholten Malen erklärt haben, könnten wir Gebietsentschädigungen auf Kosten der von den Mächten endgültig festgelegten Nord- und Nordostgrenze Albaniens nicht in Erwägung ziehen. Für den Fall, daß nach der Räumung Skutaris die Mächte dazu übergehen sollten, die wirtschaftlichen

Maßregeln ins Auge zu fassen, die zu ergreifen wären, um dem erschöpften Lande die Mittel zum Weiterbestehen zu verschaffen, behalten wir uns vor, an einer Besprechung hierüber teilzunehmen."

Nunmehr eröffnete Sir E. Grey, daß Herr Popowitsch der hiesigen montenegrinischen Vertretung folgende Mitteilung gemacht habe, die er bereit sei, amtlich zu wiederholen, falls sie in der Versammlung Anklang findet: „Ich bin von meiner Regierung beauftragt, die Königlich Englische Regierung zu fragen, ob, falls Montenegro dem Willen der Großmächte nachgibt und unter Aufopferung seiner natürlichsten Bestrebungen die Lösung Skutari an Albanien annimmt, die Großmächte ihm eine Gebietsentschädigung gewähren würden, die seinen Opfern angemessen sein und deren Grenzziehung Genehmigung finden würde, — nebst einer wirksamen Unterstützung zur Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Lage und zur Erleichterung der Lebenshaltung seiner Einwohner."

. . . .

Nachstehend der vereinbarte Wortlaut: „Sir E. Grey meint, daß die aus eigenem Antriebe und freiwillig erfolgte Mitteilung des Herrn Popowitsch eine neue Tatsache bildet, die anzuzeigen scheint, daß König Nikolaus den Ernst der Lage zu erkennen beginnt. Angesichts dieser Lage kann die britische Regierung nicht sagen, daß die letzten Mittel erschöpft seien, und es würde unter diesen Umständen der Mühe wert sein, noch eine Anstrengung, und wäre es die letzte, zu machen, um die Zuflucht zur Gewalt zu vermeiden. Diese Anstrengung könnte die Form einer ernsten Vorstellung in folgender Fassung annehmen:

Wenn die montenegrinische Regierung Skutari räumt, wie es die Mächte fordern, wird sie die Unterstützung zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die sie bereits ins Auge gefaßt haben, erhalten. Wenn sie Skutari aber nicht räumt, wird sie bestimmt auf die eine oder die andere Art daraus vertrieben werden, und Montenegro muß alsdann auf die Hoffnung einer späteren Unterstützung seitens der Mächte verzichten. In diesem Falle würden die Folgen seiner Haltung unheilvoll sein.

Die Versammlung glaubt, daß, wenn die Mächte die Fassung der von Sir Edward Grey vorgeschlagenen Mitteilung billigen, es angezeigt wäre, den Vertretern der Mächte in Cetinje Weisungen zur unverzüglichen Ausführung dieser Vorstellung zu erteilen.

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 796

Nr. 13 267

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Cetinje, den 4. Mai 1913

Der König hat soeben durch Vermittelung des englischen Gesandten folgendes an Sir E. Grey telegraphiert:

„Meine Regierung hat in ihrer Note vom 30. April die Gründe für ihre Haltung in der Skutarifrage auseinandergesetzt.

Diese Haltung ist von den unbedingt gültigen Grundsätzen der Gerechtigkeit bestimmt.

Ich beteuere noch einmal mit meinem Volke unser durch die Geschichte und die Eroberung geheiligtes Recht.

Meine Würde wie die meines Volkes erlauben mir nicht, mich Forderungen zu unterwerfen, die von nur einer Seite an mich gestellt werden. Ich überantworte das Los der Stadt Skutari den Händen der Mächte."

Eckardt

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 800/801

Nr. 13 270

Anlage
Entwurf eines Friedensvertrages zwischen der Türkei und den Verbündeten

Seine Kaiserliche Majestät der Sultan der Türkei einerseits und Seine Majestät der König der Hellenen, Seine Majestät der König der Bulgaren, Seine Majestät der König von Serbien und Seine Majestät der König von Montenegro (in folgendem als die Verbündeten bezeichnet) andererseits, getrieben von dem Wunsche, dem bestehenden Zustande der Feindseligkeiten ein Ende zu machen und zwischen ihren Ländern und Völkern die Segnungen des Friedens wiederherzustellen, haben beschlossen, einen Friedensvertrag zu schließen, und zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Kaiserliche Majestät der Sultan der Türkei:
Seine Majestät der König der Hellenen:
„ „ „ „ „ Bulgaren:
„ „ „ „ von Serbien:
„ „ „ „ „ Montenegro:

die nach Austausch ihrer wechselseitigen, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Artikel vereinbart haben:

I. Die Grenze zwischen der Türkei und Bulgarien in Europa soll sich von Enos nach Midia erstrecken. Die genaue Grenzlinie wird von einer internationalen Kommission abgesteckt werden.

Das ganze westlich von dieser Grenze in Europa gelegene ottomanische Gebiet mit Ausnahme von Albanien wird von Seiner Kaiserlichen Majestät dem Sultan der Türkei den Verbündeten abgetreten.

II. Die Festsetzung der Grenzen und alle anderen Albanien betreffenden Fragen werden einer Regelung durch die Mächte vorbehalten.

III. Seine Kaiserliche Majestät der Sultan der Türkei verzichtet auf alle Hoheits- und anderen Rechte auf die Insel Kreta, die hiermit an Seine Majestät den König der Hellenen abgetreten wird. Die Regelung der Frage betreffend die Zukunft aller Inseln im Ägäischen Meer wie auch der Halbinsel des Berges Athos wird der Entscheidung der Mächte überlassen.

IV. Alle Fragen finanzieller Art werden der Internationalen Kommission zu Paris überlassen, an der die Abgeordneten der Türkei und der Verbündeten teilnehmen werden.

V. Gegenwärtiger Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikation sobald wie möglich niedergelegt werden.

Zu Urkund dessen haben die verschiedenen Bevollmächtigten gegenwärtigen Vertrag unterschrieben und ihre Siegel beigedrückt.

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 803/804

Nr. 13 274

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 206 London, den 5. Mai 1913

. . . Nachstehendes wurde beschlossen:

„Nachdem Sir E. Grey vom Könige von Montenegro eine Botschaft erhalten hat, worin erklärt wird, daß er das Schicksal der Stadt Skutari den Händen der Mächte überantwortet, ist es nach Ansicht der Versammlung ge-

boten, diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig werden die Vertreter der Mächte in Cetinje der montenegrinischen Regierung mitteilen, daß Maßregeln getroffen sind, um die Übergabe der Stadt an die Befehlshaber des internationalen Geschwaders durchzuführen. Sie werden verlangen, daß die montenegrinischen Behörden in Skutari Weisungen erhalten, die ihnen vorschreiben, im Einvernehmen mit dem Befehlshaber zur Räumung der Stadt zu schreiten.

Sir Edward Grey läßt dem britischen Vertreter in Cetinje in diesem Sinne gehaltene Weisungen zugehen zur Ausführung si omnes (wenn alle anderen Vertreter die gleichen Weisungen erhalten). Die Versammlung hält es ferner für geboten, den das internationale Geschwader kommandierenden Admiral anzuweisen, sich mit den montenegrinischen Behörden vor Skutari in Verbindung zu setzen, um den Tag zu bestimmen, wo eine von den Kommandanten ausgewählte und von internationalen Truppenabteilungen begleitete Offizierskommission die Besitzergreifung der Stadt im Namen der Mächte vornehmen wird. Diese Kommission wird die Einzelheiten der Räumung und der Fortschaffung des Kriegsmaterials regeln. Die Mächte bleiben bis zur Errichtung einer autonomen Regierung im Besitze der Stadt. Die Blockade wird nach erfolgter Räumung sofort aufgehoben. Entsprechende Weisungen gehen dem britischen Admiral zu, der sie ausführen wird, sobald die Kommandanten von ihren verschiedenen Regierungen die gleichen Weisungen erhalten haben werden."

Hierauf wurde über die Frage der Einschiffung der türkischen Truppen in Albanien nachstehender Beschluß gefaßt:

„Da die Hohe Pforte den Beistand der Mächte angerufen hat, damit der Heimbeförderung der ottomanischen Truppen aus Albanien keinerlei Hindernis in den Weg gelegt werde, hält es die Versammlung für angezeigt, die Vertreter der Mächte in Athen anzuweisen, sich mit der Bitte an die hellenische Regierung zu wenden, sie möge sich dem Durchzuge der von der ottomanischen Regierung heimbeförderten Truppen nicht widersetzen."

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 816/819

Nr. 13 289

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 287 London, den 8. Mai 1913

In der Anlage beehre ich mich, Abschrift des heute von meinem österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen unterbreiteten Verfassungsentwurfs für Albanien mit dem Bemerken einzureichen, daß hierüber der nachstehende Verhandlungsbericht aufgesetzt wurde:

„Der österreich-ungarische und der italienische Botschafter haben der Versammlung den Entwurf für die Verfassung Albaniens vorgelegt mit dem Bemerken, er sei in Übereinstimmung mit dem im Dezember vorigen Jahres von der Versammlung gefaßten Beschlusse ausgearbeitet. Beide Botschafter haben erklärt, daß Artikel 7 dieses Entwurfes noch nicht endgültig sei.

Der österreich-ungarische Botschafter äußerte, indem er seine Ansicht begründete, seine Regierung zöge vor, die Artikel 1 und 2, die sich mit der Oberhoheit des Sultans befaßten, zu streichen und diese Oberhoheit selbst fallen zu lassen.

Der italienische Botschafter hat sich in demselben Sinne ausgesprochen. Es wurde beschlossen, den Verfassungsentwurf den verschiedenen Regierungen zur Prüfung vorzulegen."

. . . . . . Lichnowsky

Anlage

1.

Albanien soll unter der Oberhoheit Seiner Majestät des Sultans autonom sein.

2.

Die Oberhoheit Seiner Majestät des Sultans wird rein nominell sein.

Jede andere Verbindung zwischen der Türkei und Albanien muß ein für alle Male ausgeschlossen sein.

3.

Albanien soll neutralisiert werden; seine Neutralität wird von den sechs Mächten garantiert.

4.

Die Sicherheit und öffentliche Ordnung werden von der internationalen Gendarmerieorganisation aufrechterhalten. Diese Organisation soll ausländischen Offizieren anvertraut werden, die das tatsächliche Oberkommando über die Gendarmerie führen.

Diese Offiziere sind aus den europäischen Armeen zu entnehmen, wie z. B. Belgien, Holland, Schweiz, Schweden, Norwegen, Spanien, unter Ausschluß der sechs Großmächte, der Balkanstaaten und der Regierungen, die unmittelbar an den Balkanfragen interessiert sind. Die Aufgabe der fremden Instruktionsoffiziere wird weder der Einheitlichkeit des Dienstes noch der Verwendung von einheimischen Offizieren, Unteroffizieren und Gendarmen Eintrag tun.

5.

Eine aus je einem Vertreter jeder Großmacht und der albanischen Regierung gebildete Kommission wird beauftragt, ein Gerichtsstatut für die Dauer von 10 Jahren vorzuschlagen, das sich den albanischen Verhältnissen anpaßt und von den Grundsätzen bestimmt wird, die bei der Schaffung der in Ägypten eingeführten Gerichtsverfassung zur Anwendung gelangt sind.

Die Einrichtung und Beaufsichtigung der Zivilverwaltung und der Finanzen Albaniens werden einem aus je einem Vertreter jeder Großmacht und der albanischen Regierung gebildeten Komitee anvertraut, über dessen Befugnisse die oben genannte internationale Kommission Vorschläge machen wird.

6.

Nach Ablauf der in Artikel 5 genannten Frist werden die sechs Großmächte nach den im Lande obwaltenden Verhältnissen entscheiden, ob das in Punkt 4 und 5 festgesetzte Statut erneuert werden soll, oder ob Veranlassung vorliegt, es abzuändern.

7.

Um die schädlichen Wirkungen, die ein zu schneller Übergang von dem System der Kapitulationen (konsulare Gerichtsbarkeit) zu einem Zustande des internationalen Rechtes notwendigerweise für die Interessen des ausländischen Handels hervorbringen muß, zu vermeiden, kommen die Mächte überein, das System der Kapitulationen in Sachen des Handels und der kaufmännischen Einrichtungen, der Industrie, der Schiffahrt, der Zölle und Abgaben sowie deren Erhebung, mit einem Wort aller jener Vorrechte, die ihre Staatsangehörigen in diesen Beziehungen genießen, beizubehalten.

Die Mächte behalten sich vor, jede für sich und als Gegenleistung für mit Albanien abzuschließende, neue Handelsverträge auf die Ausübung der genannten Vorrechte zu verzichten, sobald die politische und administrative Festigung Albaniens hinreichende Sicherheiten bieten wird, um ihnen zu erlauben, ihre bevorzugte Stellung aufzugeben, ohne ihre Handelsinteressen und die wirtschaftliche Lage ihrer in Albanien ansässigen Staatsangehörigen zu gefährden.

Es versteht sich von selbst, daß die von der Kaiserlich Ottomanischen Regierung fremden Gesellschaften und Unternehmen oder Unternehmern mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Albanien gewährten Sonderbewilligungen von der albanischen Regierung als geltend anerkannt werden.

8.

Der Fürst wird von Österreich-Ungarn und Italien den übrigen Großmächten vorgeschlagen werden.

9.

Italien und Österreich-Ungarn schlagen vor, den Albanesen die Möglichkeit zu lassen, ihre eigenen Wünsche zum Ausdruck zu bringen, wohlverstanden, solange dieselben mit den von den Großmächten getroffenen allgemeinen Bestimmungen vereinbar sind.

10.

Solange das in Artikel 5 genannte Gerichtsstatut nicht zur Anwendung gelangt ist, bleiben die Kapitulationen in ihrem vollen Umfange, und nicht nur innerhalb der in Artikel 7 vorgesehenen Grenzen, in Kraft.

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 834

Nr. 13 298

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 Sofia, den 12. Mai 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 86.

Nachstehend Antwort auf unsere unterm 1. Mai unternommene Demarche:

„Die verbündeten Regierungen hatten die Ehre, die Mitteilung vom 18. April zu empfangen, durch welche die Großmächte Kenntnis nehmen von der Annahme der Friedensgrundlagen durch die vier Balkanstaaten, wie sie in der Kollektivnote vom 1./14. April formuliert sind, . . . (Zifferngruppen fehlen) und sie auffordern, die Feindseligkeiten einzustellen und ihre Bevollmächtigten sowie den Versammlungsort für die Friedensverhandlungen anzugeben.

Die Großmächte wiederholen in dieser Mitteilung, daß sie die in bezug auf die Abgrenzung Albaniens und die Inseln gemachten Vorbehalte nicht zulassen. Die verbündeten Regierungen können indes nicht glauben, daß es sich bei der vorgeschlagenen Vermittelung um ihre Weigerung handelte, Fragen zu erörtern, die ihre Lebensinteressen berühren, und die sich aus dem von ihnen unternommenen siegreichen Befreiungskriege ergeben. Die Verschiedenheit der beiden Standpunkte darf jedoch die zum Zwecke des Friedensabschlusses angebahnten Verhandlungen nicht zum Stillstand bringen, und so erklären sich die verbündeten Regierungen in ihrem Wunsche, den Schritten der Großmächte entgegenzukommen, bereit, die Feindseligkeiten einzustellen, und benennen London als Ort der Zusammenkunft für die Friedenskonferenz, zu der sie dieselben Bevollmächtigten ernennen wie zuvor."

Below

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 847/848

Nr. 13 315

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 215 London, den 20. Mai 1913

. . . Nach kurzer Besprechung auf Antrag Sir E. Greys nachstehende Fassung vereinbart:

„Vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Verbündeten und der Türkei erbittet die serbische Regierung von den Mächten eine Zusicherung wegen des Handelsausfuhrplatzes, den sie ihr am Adriatischen Meer in Verbindung mit einer unter europäischer Kontrolle stehenden Eisenbahn vorbehalten.

Nach Ansicht der Versammlung besteht kein Bedenken gegen eine erneute Abgabe der Erklärung, über die sie am 20. Dezember 1912 übereingekommen ist, und die von den sechs Mächten gebilligt wurde. Diese Erklärung kann nicht in den zwischen den Verbündeten und der Hohen Pforte im Abschluß befindlichen Vertrag aufgenommen werden; sie kann aber den Gegenstand einer besonderen Erwähnung in einer diplomatischen Akte bilden, und sie kann inzwischen von Sir Edward Grey im Namen der sechs Mächte gegenüber den serbischen Bevollmächtigten auf der Londoner Konferenz wiederholt werden."

Nach Besprechung griechischer und türkischer Abänderungswünsche wurde nachstehendes festgelegt:

Herr von Kühlmann teilt der Versammlung mit, der griechische Gesandte in Berlin habe gesagt, seine Regierung verlange in Artikel 3 und 5 die Streichung der Worte „und Ihre Majestäten die verbündeten Herrscher". Herr Skuludis hat auf dem Foreign Office in gleichem Sinne gesprochen.

Andererseits hat der türkische Botschafter in Artikel 7 die Aufnahme einer Bemerkung betreffs der Wakufs beantragt, sowie bestimmtere Angaben über die Fragen der Rechtsgebarung.

Nach einem Meinungsaustausch über diese verschiedenen Forderungen macht Sir E. Grey der Versammlung folgenden Vorschlag, den sie angenommen hat: Die Mächte sind der Ansicht, daß eine Erörterung der am Vertrage etwa vorzunehmenden Abänderungen unvermeidlich zu Verzögerungen führen würde, (sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Türkei und die Verbündeten sobald wie möglich zu einer Verständigung über den Abschluß des Friedens gelangen werden).

. . . . . . Kühlmann

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 848/850

Nr. 13 316

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 316 London, den 20. Mai 1913

Nach Besprechung der besten Mittel, um die Verbündeten zur raschen Unterzeichnung des Friedens zu veranlassen, machte Graf Mensdorff die nachstehende Mitteilung, von welcher die Versammlung Akt nahm:

„Indem die k. u. k. Regierung dem Wortlaute des Präliminarfriedensvertrages zustimmt, legt sie Wert darauf, daß folgende Bemerkungen, zu denen dieser Wortlaut Veranlassung gibt, in einen Versammlungsbeschluß aufgenommen werden.

I.

Die österreich-ungarische Regierung ist, unter Aufrechterhaltung des in der Versammlung vom 15. März eingebrachten Vorschlages, betreffend die aus den türkischen Kapitulationen für die von den Verbündeten zu annektierenden Gebiete sich ergebenden Rechte, bereit, nicht auf der Aufnahme einer hierauf bezüglichen Bestimmung in die Artikel des Präliminarfriedens zu bestehen.

Dieser Beschluß ist von der k. u. k. Regierung aus folgenden Gründen gefaßt worden:

Der Präliminarfrieden enthält noch keine bestimmten Angaben über die Ausdehnung der Gebiete, die einem jeden der Balkanstaaten einverleibt werden

sollen. Infolgedessen ist die Lösung der an die Gebietsoberhoheit in diesen Landesteilen geknüpften Fragen, zumal der gegenwärtig von den Kapitulationen geregelten, einem späteren Zeitpunkte vorbehalten, wo über die jedem der Balkanstaaten zugesprochenen Gebietsanteile vollkommene Klarheit herrschen wird.

Österreich-Ungarn wird alsdann seine Anerkennung der territorialen Veränderungen von einer befriedigenden Lösung der oben angedeuteten Fragen abhängig machen.

II.

Es erscheint uns nicht als im Interesse der Großmächte gelegen, den Vertretern der Balkanstaaten bei der in Paris tagenden Kommission die gleiche entscheidende Stimme zu gewähren wie den Großmächten, und zwar in Anbetracht des Umstandes, daß die kriegführenden Staaten gleich nach dem Friedensschlusse zahlreiche Lasten zu übernehmen haben werden, die sich aus der öffentlichen Schuld ergeben sowie aus den Bewilligungen, die privaten, jetzt in ihre Hände übergehenden Gesellschaften gewährt wurden.

Einen derartigen Grundsatz anzunehmen, würde sich bei der praktischen Durchführung als gefährlich und schwierig erweisen.

Übrigens hatte man anfänglich den Gedanken gehabt, den Kriegführenden die Beschlüsse, die von der Botschafterversammlung (nach dem von Frankreich vorgeschlagenen Artikelentwurf) über alle die finanziellen Dinge berührenden grundsätzlichen Fragen gefaßt werden würden, einfach als den Willen der Mächte zu notifizieren.

Ebenso war vorgeschlagen worden, daß die Pariser Kommission sich nur mit der Ausarbeitung von Einzelheiten abzugeben haben würde, und daß sie nur aus den Vertretern der Großmächte zusammengesetzt sein sollte.

Erst später war dann beschlossen worden, der Pariser Kommission die Regelung aller grundsätzlichen Fragen zu übertragen und den Kriegführenden zu erlauben, sich in besagter Kommission vertreten zu lassen.

Infolgedessen scheint es uns, als könnten die Kriegführenden nur eine beratende Stimme haben.“

. . . . Nach längerer Besprechung wurde folgende Redaktion vereinbart:

„Auf Anregung Sir Edward Greys hält es die Versammlung für angezeigt, die Befehlshaber der internationalen Streitkräfte in Skutari anzuweisen, sich wegen der Bildung einer vorläufigen Zivilverwaltung, die unter ihrer Aufsicht die Munizipalgewalt ausüben würde, ins Einvernehmen zu setzen.“

. . . . . . R. v. Kühlmann

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 850/852

Nr. 13 317

Anlage zu Nr. 13 316

Zu dem von dem österreich-ungarischen und dem italienischen Botschafter unterbreiteten Verfassungsentwurf für Albanien hat der französische Botschafter folgende Bemerkungen gemacht:

Was die Oberhoheit des Sultans betrifft, so kann eine Entscheidung hierüber verschoben werden, denn diese rein nominelle Oberhoheit kann auf die innere Einrichtung Albaniens keinen Einfluß haben. Wird sie angenommen, so ist die politische Aktion des Sultans gleich null; wird sie es nicht, dann werden die muselmanischen Völkerschaften ihre religiösen Beziehungen zum Kalifen beibehalten wie alle jene Völkerschaften, die politisch von der Türkei getrennten Gegenden angehören.

Die Prüfung dieser Frage kann also zunächst einmal verschoben werden.

Anders ist es mit dem Vorschlage betreffend die Ernennung eines von Österreich und Italien vorzuschlagenden Fürsten oder Staatsoberhauptes. Diese Ernennung müßte, die Annahme der Maßregel vorausgesetzt, allen Mächten

zukommen. Es wäre jedoch vorzuziehen, darauf zu verzichten, dem neuen autonomen Staate einen Fürsten zu geben.

Albanien besitzt vorläufig weder Regierung, noch Verfassung, noch Mittel; was soll es mit einem von draußen gekommenen Fürsten ohne Zuständigkeit und ohne Autorität anfangen, dem man eine Zivilliste aussetzen müßte? Sein Rang wird ihm eine Zurückhaltung voller Unzuträglichkeiten auferlegen, wenn er mit den Stammeshäuptern in Verbindung treten muß. Wahrscheinlich geht er einem gewaltsamen Ende entgegen, und dann werden die Mächte sich in ein gefahrvolles Eingreifen hineingezogen sehen.

In Wahrheit ist der Augenblick für die Schaffung einer endgültigen Einrichtung in Albanien noch nicht gekommen. Die Mächte sollten es sich zunächst angelegen sein lassen, eine lebensfähige Regierung zu schaffen, und diese Regierung würde um so mehr Aussichten haben, angenommen zu werden, als sie die alte Feudalverfassung von Gebieten achtet, die in Wahrheit niemals eine regelrechte Regierung besessen haben. Wir haben die Aufgabe übernommen, die Regierung zu bilden, aber wir wissen nichts von Albanien, und wenn wir an den Küsten und in den zugänglichen Teilen des Landes eine ottomanische Verfassung finden, so entzieht es sich doch vollkommen unserer Kenntnis, ob im Innern eine feste Ordnung besteht. Jedesmal, wenn die Hohe Pforte die Gebirgsvölkerschaften irgendeiner Satzung unterwerfen und ihnen eine Abgabe auferlegen wollte, hat sie Aufstände hervorgerufen. Wie also jetzt ein endgültiges Statut ausarbeiten?

Es möchte wohl zweckmäßiger erscheinen, zunächst einem Bevollmächtigten auf Zeit die Aufgabe zu übertragen, einen Mechanismus aufzustellen, dessen Ingangsetzung Zeit und Geduld erfordern würde. Dieser für zwei oder drei Jahre ernannte Bevollmächtigte würde den Titel Oberkommissar der Mächte führen und, wenn sich nicht etwa in Europa ein Mann findet, der Erfahrung genug besitzt und mit den albanischen Angelegenheiten genügend vertraut ist, um auf unsere gewöhnlichen Verwaltungsmethoden verzichten zu können, so wird es immer noch das beste sein, einen rasseechten Albanier zu wählen.

Ist der Oberkommissar einmal gefunden, so würde man alsbald die internationale Verwaltungs- und Finanzkontrollkommission einsetzen. Der von unserem österreich-ungarischen und unserem italienischen Kollegen vorgelegte Entwurf schlägt zunächst eine Studienkommission vor, die nach erfolgter Annahme dieser Verfassungsentwürfe zur Einrichtung einer Kontrollkommission schreiten würde.

Diese Studienkommission wird uns Zeitverlust verursachen. Es ist besser, sofort die Kontrollkommission einzusetzen, die mit dem Oberkommissar eine Regierung bilden könnte, deren Wirkung sich in nutzbringender Weise in den zugänglichen Teilen Albaniens entfalten, und die mit den einflußreichen Persönlichkeiten im Innern in Verbindung treten und mit ihnen einen annehmbaren modus vivendi herstellen wird.

Es mag seltsam erscheinen, eine Verwaltungs- und Finanzkontrolle einzurichten, ehe noch Albanien eine Verwaltung oder Finanzen besitzt, aber noch seltsamer wäre es, einem Lande Gesetze vorschreiben zu wollen, von dem uns alles unbekannt ist.

Ebenso erwähnt der von unserem österreichischen und unserem italienischen Kollegen vorgelegte Entwurf eine Gerichtsverfassung nach Art derjenigen Ägyptens. Aber in Ägypten ist die Einrichtung der gemischten Gerichtshöfe mit ihrer der französischen nachgebildeten Gesetzgebung und Verfahrungsart für die Ausländer bestimmt. In Albanien gibt es keine Ausländer. Wollen wir denn so von Grund auf eine ganze Gesetzgebung zum Gebrauche für die Albanier aufbauen?

Nach Ansicht der französischen Regierung ist es ratsam, vorzeitige Maßregeln und Einrichtungen nach europäischem Muster zu vermeiden. Nach ihrer Meinung würde die internationale Kontrollkommission im Einvernehmen mit dem

Oberkommissar die doppelte Aufgabe haben, sofortige oder eine gewisse Zeit geltende Maßregeln in den schon mit einer ottomanischen Verfassung versehenen Gegenden zu ergreifen und sich wegen der übrigen Teile Albaniens nach den Gebräuchen und überlieferten Einrichtungen des Landes zu erkundigen, um sich ihnen in ihren Entwürfen für eine endgültige Verfassung anzupassen. In welchem Umfange wird die Bevölkerung berufen sein, sich zu diesen Vorschlägen zu äußern? In welcher Form wird sie ihre Wünsche zum Ausdruck bringen? Bestehen bereits Volksversammlungen? Wie wird im Landesinnern Recht gesprochen? Gibt es anerkannte Gerichtsbarkeiten, oder nimmt man einfach seine Zuflucht zu den Stammeshäuptern? Sind die Völkerschaften selbst Abgaben unterworfen und in welcher Form?

Diese Fragen müssen geklärt sein, ehe es möglich ist, an die Schöpfung von Einrichtungen zu denken, deren Angestellte, wie zu den Zeiten der türkischen Herrschaft, Aufstände gegen die Mächte hervorrufen würden.

Kurz, Ernennung eines Oberkommissars und einer internationalen Kontrollkommission, die zugleich Regierungs- und Studienorgane sein würden. Zeitweilige, fortschreitende und möglichst wenig zentralisierte Organisation. Das sind die Anträge, welche die französische Regierung den Mächten zur Prüfung vorlegt.

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 867/868

Nr. 13 334

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 London, den 26. Mai 1913

. . . Auf Antrag Sir E. Greys wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen:

„Auf Vorschlag Sir E. Greys nimmt die Versammlung folgenden Antrag an:

Die Versammlung bedauert die Verzögerung der Unterschrift des Friedensvertrages und bleibt bei ihrer Ansicht, daß eine Erörterung über Abänderungen am Vertrage endlose Verschleppungen nach sich ziehen würde und vermieden werden muß."

Herr Cambon, der mit großem Eifer für die Griechen plädiert hatte, gab folgendes zu Protokoll: „Der französische Botschafter bemerkt für sich persönlich, er habe Grund zu der Annahme, daß die griechischen Bevollmächtigten ihre Unterschrift verweigern würden, wenn in Artikel 3 und 5 die Erwähnung der verbündeten Herrscher nicht gestrichen wird. In diesem Falle legt er sich die Frage vor, wie man die Griechen zur Unterschrift des Vertrages bestimmen wird, und meint, man könnte ihnen in der einen oder anderen Form die Zusicherung geben, daß sie im geeigneten Augenblicke in die Lage versetzt werden sollen, ihre Rechte bei den Großmächten geltend zu machen.

Der italienische Botschafter wendet ein, daß es schwierig sei, den Griechen ein Recht zu bewilligen, das weder den Serben noch den Montenegrinern zugestanden wurde.

Der österreichische ebensowohl als der italienische Botschafter sind nicht ermächtigt, einem Vorschlage zuzustimmen, der sich im Widerspruche mit den voraufgegangenen Beschlüssen der Versammlung zu befinden scheint. Graf von Mensdorff und Marquis Imperiali behalten sich überdies vor, hierüber an ihre Regierungen zu berichten. Herr von Kühlmann gibt dieselbe Erklärung ab." Darauf wurde nach kurzer Debatte auf Antrag des Grafen Mensdorff folgendes beschlossen:

„Die österreichische Regierung ist der Ansicht, daß die albanische Nord- und Nordostgrenze, so wie sie durch die Beschlüsse der Versammlung bestimmt

und den Balkanstaaten mitgeteilt worden ist, unverzüglich an Ort und Stelle von einer internationalen technischen Kommission festgelegt werden sollte.

Die Versammlung hält es für angezeigt, sobald wie möglich zur Berufung dieser Kommission, die aus Offizieren der Großmächte gebildet werden könnte, zu schreiten, damit sie ihre Tätigkeit noch vor Eintritt der guten Jahreszeit beginnen kann."

Die nächste Sitzung ist anberaumt auf nächsten Freitag.

Kühlmann

Zu Band XXXIV, 2. Hälfte, S. 885/887.

Nr. 13 354

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 350 London, den 31. Mai 1913

. . . Nachstehend das hierüber aufgesetzte Protokoll:

„Sir Edward Grey setzt die Versammlung von der Unterzeichnung des Friedens durch die Bevollmächtigten der ottomanischen Regierung und der verbündeten Staaten in Kenntnis.

Er fügt hinzu, daß die Versammlung sich nunmehr bestimmten Fragen gegenüber befindet, auf deren Lösung sie ihre Arbeiten um so notwendiger beschränken muß, als neue, nicht zu ihrer Zuständigkeit gehörige Fragen auftauchen könnten, und sie sich alsdann veranlaßt sehen würde, über den von den verschiedenen Regierungen vorgezeichneten Plan hinauszugehen.

Diese Fragen sind:

1. Die Organisation Albaniens. Es kann sich nicht um eine Organisation im einzelnen handeln, aber es ist von Wichtigkeit, daß es zwischen den Mächten über die einzelnen Richtlinien der Einrichtung des autonomen Staates zu einer Einigung komme.
2. Die Festlegung der albanischen Grenze im Südosten und Süden.
3. Die Frage der Inseln im Ägäischen Meer.

Wenn diese Fragen erst einmal erschöpft sind, würde es sich empfehlen, die Versammlung zu vertagen."

(S. 887) . . . Von englischer Seite wurde demgegenüber ein Telegramm des Admirals Burney mitgeteilt nachstehenden Inhalts:

„Nach der einstimmigen Ansicht der Kommission haben die montenegrinischen Truppen an der Fortschaffung des Kriegsmaterials aus der Stadt Skutari und den Forts außerordentlich gut gearbeitet und fahren auch so fort. So rasch ist diese Arbeit ausgeführt worden, daß sie nahezu eine Woche vor dem Zeitpunkte beendet sein wird, der ursprünglich als der frühest mögliche angesetzt worden war."

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 124

Nr. 13 484

Der englische Botschafter in Berlin Sir E. Goschen an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändige Ausfertigung.

4. Juli 1913

Bei der Rückkehr von meinem Besuche bei Ihnen fand ich ein Telegramm von Sir E. Grey vor, das folgendermaßen lautet:

„Ich habe Lichnowsky benachrichtigt, daß auch ich Nichteingreifen empfohlen habe, sowie daß ich zustimmende Antworten auf den Gedanken, daß der Krieg zu lokalisieren sei, erhalten habe. Ich habe ihn gleichfalls davon in Kenntnis gesetzt, daß, soweit ich mir eine Meinung zu bilden vermag, es nicht wahrscheinlich ist, daß eine der Mächte eingreifen wird, wenn Österreich sich enthält, dies zu tun."

Dies ist die Antwort auf ein Telegramm, das ich neulich Sir E. Grey sandte, um ihm zu sagen, daß Herr von Jagow mir mitgeteilt habe, er sei ein Anhänger des Nichteingreifens und empfehle diese Politik.

W. E. Goschen

Zu Band XXXV, S. 165

Nr. 13533

Der englische Geschäftsträger in Berlin Earl Granville an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändiger Privatbrief.

17. Juli 1913

Ich bin von Sir Edward Grey beauftragt, Euere Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß er gestern nach Konstantinopel die Weisung telegraphiert hat, ohne auf seine Kollegen zu warten, die türkische Regierung dringend aufzufordern, nicht über die Enos—Midia-Linie hinaus vorzurücken. Der Geschäftsträger Sr. Majestät ist beauftragt worden, die türkische Regierung darauf hinzuweisen, daß jede neue Verwickelung die Gefahr des Eingreifens einer der Großmächte vermehrt, und daß, möge nun ein solches Eingreifen das europäische Konzert sprengen oder nicht, es doch aller Wahrscheinlichkeit nach die ganze Frage Konstantinopels aufrollen würde, die bis jetzt durch den in London unterzeichneten Friedensvertrag geschlossen gewesen sei. Erneuert die Türkei den Krieg, so fährt das Telegramm fort, so kann sie Folgen hervorrufen, die ebenso unheilvoll für sie ausfallen würden, wie diejenigen, welche über Bulgarien infolge der voreiligen Politik der bulgarischen Regierung hereingebrochen sind.

Granville

Zu Band XXXV, S. 167/168

Nr. 13536

Note

Ausfertigung.

Vom rumänischen Gesandten in Berlin Beldiman dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow überreicht

Berlin, den 4./17. Juli 1913

Der rumänische Gesandte ist von seiner Regierung beauftragt worden, die Kaiserliche Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß das militärische Vorgehen Rumäniens in Bulgarien weder Eroberungsziele verfolgte noch die Vernichtung der bulgarischen Nation.

Der gegenwärtige Streit zwischen den Balkanstaaten, der aus der Unnachgiebigkeit der Sofioter Regierung hervorgegangen ist, und von dem Angriffe herausgefordert wurde, den diese gegen ihre Verbündeten von gestern unternommen hat, hat bei der Königlichen Regierung die Überzeugung befestigt, daß eine strategische Grenze nach Bulgarien zu unbedingt erforderlich ist, um in Zukunft friedliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten herzustellen. Diese Grenze ist eine Linie, die, in Anpassung an das Gelände, eine gewisse Anzahl von Kilometern westlich und südlich von Turtukaja, Dobritsch und Balschik verläuft.

Andererseits hat Bulgarien in einem solchen Grade seine Ansprüche auf die Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel zum Schaden seiner Nachbarn, und zwar unmittelbar nach ihrem gemeinsamen Kampfe gegen die Türkei, erkennen lassen, daß sich hieraus für Rumänien die Pflicht ergab, dafür zu sorgen, daß ein gerechtes Gleichgewicht in der Kräfteverteilung zwischen den Balkanstaaten gewahrt werde, und sich zu diesem Zwecke an der Aufrichtung der neuen Ordnung der Dinge auf der Halbinsel auf dauerhaften Grundlagen zu beteiligen.

Durch sein Handeln in dieser Richtung glaubt Rumänien, nicht nur zum Schutze seiner berechtigten Interessen als unmittelbar beteiligte Partei beizutragen, sondern es ist sich bewußt, auch die Friedensbemühungen der Großmächte zu unterstützen.

A. Beldiman

Zu Band XXXV, S. 171/172

Nr. 13543

Promemoria

Ausfertigung.
Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Earl Granville dem Auswärtigen Amte am 18. Juli 1913 überreicht.

Balkankrieg

Die österreich-ungarische Regierung hat Sir Edward Grey davon in Kenntnis gesetzt, daß nach ihrer Ansicht jedes Vorgehen der Mächte in erster Linie auf die Aufforderung zur Einstellung der Feindseligkeiten gerichtet sein sollte, während die Lösung territorialer Fragen entweder unmittelbar den Kriegführenden oder aber der Vermittelung der Mächte überlassen bliebe, deren Zustimmung zu der Gebietsverteilung ja unter Umständen in jedem Falle notwendig sein würde.

Sir Edward Grey hat geantwortet, daß die Territorialfrage bei einer Aufforderung, die Feindseligkeiten einzustellen, sofort zur Sprache kommen wird, da Serbien und Griechenland die Forderung von territorialen Festsetzungen als eine Bedingung für die Einstellung der Feindseligkeiten geltend machen werden.

Sir Edward Grey glaubt daher, daß die Mächte nur wenig tun können, es sei denn, daß sie sich über die territoriale Regelung in wesentlicher Übereinstimmung befinden. Nach seiner Kenntnis besteht keine Unversöhnlichkeit zwischen den in St. Petersburg und den in Wien vertretenen Ansichten hinsichtlich der beiden Hauptpunkte der Teilung Mazedoniens, nämlich: 1., daß Serbien und Griechenland eine gemeinsame Grenze haben sollen; und 2., daß Bulgarien einen Hafen am Ägäischen Meer behalten und nicht gänzlich durch Griechenland vom Meere abgeschlossen sein soll. Dieser Hafen würde dann voraussichtlich Dedeagatsch sein müssen.

Sir E. Grey sieht nicht ein, warum keine wesentliche Übereinstimmung zwischen den Mächten vorhanden sein sollte, wenn weder Rußland noch Österreich gegen einen oder den anderen dieser beiden Hauptpunkte Einwendungen zu erheben hätten. In diesem Falle würden dann die Mächte in der Lage sein, darauf zu dringen, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden und diese Regelung ihren Händen überlassen bleibt.

Zu Band XXXV, S. 184/185

Nr. 13 560

Anlage
Note

Von der türkischen Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt überreicht
Ausfertigung.

Berlin, den 21. Juli 1913

Im Auftrage der Hohen Pforte beehre ich mich, Euerer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Trotz der von ihr bekundeten großen Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung der Vorfriedensbedingungen hat die bulgarische Regierung die Räumung der zur Rückkehr an das Kaiserreich bestimmten Gebiete verweigert. Sie handelte hierbei zweifellos in der unverkennbaren Absicht, sich eine Grenze entsprechend der falschen Auslegung, die sie der Bezeichnung Midia—Enos-Linie zu geben gedachte, zu sichern. Erst als die ottomanische Regierung, des Wartens müde, ihrer Armee den Befehl erteilt hatte, ihre Gebiete von neuem zu besetzen, hat die bulgarische Regierung sich entschlossen, ihre Truppen zurückzuziehen.

Andererseits hat die Kaiserlich Ottomanische Regierung in ihrem Bestreben, die Möglichkeit zur Verteidigung der Hauptstadt und der Meerengen der Dardanellen zu besitzen, stets darauf bestanden und dargetan, daß eine Grenze mit dem Ausgangspunkte Enos einzig und allein durch eine nach Norden aufsteigende, dem Laufe der Maritza folgende Linie bezeichnet werden könnte.

Die Tatsache, daß diese Linie im Text des Friedensvertrages nicht in der Weise festgelegt wurde, wie es hätte geschehen müssen, erklärt sich ohne allen Zweifel aus dem von den Mächten gehegten Wunsche, die damals von Bulgarien erhobenen Schwierigkeiten zu beseitigen und so rasch wie möglich den Zusammentritt der Bevollmächtigten in London zu bewerkstelligen.

In dieser Gedankenfolge und hauptsächlich mit der Absicht, alle Verwickelungen zu vermeiden, hat sich die Kaiserlich Ottomanische Regierung unmittelbar an die bulgarische Regierung mit der Mitteilung der Gründe gewandt, aus denen sie genötigt ist, auf einer Grenzführung entlang der Maritza bis nach Adrianopel zu bestehen.

Die Kaiserlich Ottomanische Regierung hätte gewiß vorgezogen, diese Frage mit Bulgarien auf diplomatischem Wege zu regeln. Allein durch die Greuel, denen sich die Bulgaren in den besetzten Gebieten mit einer unbeschreiblichen Wildheit und Zerstörungswut hingeben, die mit der gleichen Entrüstung sogar von ihren einstigen Verbündeten wie von den kaiserlichen Truppen festgestellt werden konnten, sieht sich die Kaiserlich Ottomanische Regierung unglücklicherweise verhindert, auf eine diplomatische Lösung zu warten.

Die Erfahrung hat andererseits gezeigt, daß alle mit Bulgarien angebahnten Verhandlungen dazu verdammt sind, endlos in die Länge gezogen zu werden.

Unter diesen Umständen sieht sich die Kaiserlich Ottomanische Regierung genötigt, die in Rede stehende Grenze von jetzt an zu besetzen, indem sie sich verpflichtet, das künftige Schicksal Thraziens im Einvernehmen mit den Mächten zu bestimmen.

Sie beeilt sich, hinzuzufügen, daß sie, in ihrem Wunsche, einerseits die Entscheidungen der Großmächte zu achten und andererseits mit Bulgarien normale und dauerhafte Beziehungen aufzurichten, die genannte Linie als eine endgültige Grenze betrachtet, wobei sie sich verpflichtet, dieselbe unter keinerlei Vorwand zu überschreiten.

Die Kaiserlich Ottomanische Regierung überläßt sich der Hoffnung, die Großmächte möchten sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß der gegenwärtige Krieg zwischen den Balkanstaaten und die Pläne, die für Thrazien emp-

fohlen werden, sie zwingen, sich etwas früher eine Grenze zu verschaffen, die die Sicherheit der Hauptstadt gewährleistet, und daß sie in Berücksichtigung der ganz besonderen Lage, in der sich Thrazien befindet, ihrerseits Bulgarien die erforderlichen Ratschläge für eine günstige und friedliche Lösung der Frage in dem oben dargelegten Sinne erteilen werden. Die Kaiserlich Ottomanische Regierung glaubt schon jetzt die ganze Verantwortung für eine etwaige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten Bulgarien zuschieben zu müssen.

Zu Band XXXV, S. 212

Nr. 13 591

Verbalnote

Ausfertigung.
Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Earl Granville dem Auswärtigen Amt überreicht

25. Juli 1913

Sir Edward Grey hat bisher alles, was in seiner Macht stand, getan, um eine jede Macht davon abzuhalten, zu übereilten Zwangsmaßregeln gegen die Türkei zu greifen, in der Hoffnung, daß es für jetzt sich als möglich erweisen würde, ein solches Vorgehen zu vermeiden, solange die Türken ihre Truppen nicht über Adrianopel hinaus vorrücken ließen.

Wenn aber die letzte Meldung wahr ist, und die Türken wirklich weiter nach Bulgarien selbst hinein vorgerückt sind und eine tätige Politik der Wiedererlangung und Vergeltung gegen Bulgarien angenommen haben, dann tritt die Wahrscheinlichkeit ein, daß die Umstände einen Zwang auf die russische Regierung ausüben werden. Da Rußland ursprünglich der Befreier Bulgariens war, sieht Sir E. Grey keine Möglichkeit, daß irgendeine Macht Rußland veranlassen könnte, müßig zuzusehen, wie das wehrlose Bulgarien von den türkischen Truppen verwüstet wird.

Sollten aber die Mächte zu keiner Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen gelangen und so eine Sonderaktion Rußlands unvermeidlich machen, dann ist es auf jeden Fall im höchsten Grade wünschenswert, daß die Form, die ein solches Vorgehen annimmt, für die anderen Mächte möglichst wenig unangenehm sei. Wenn daher die Kaiserliche Regierung über diesen Punkt irgendwelche bestimmten Ansichten hegt, so hält Sir Edward Grey es für sehr wünschenswert, daß sie mit der russischen Regierung Fühlung nehme. Er hat sich dementsprechend dem Fürsten Lichnowsky gegenüber ausgesprochen.

Zu Band XXXV, S. 220

Nr. 13 599

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 150 Bukarest, den 26. Juli 1913

Alle hiesigen Vertreter der Großmächte übersenden heute nachstehendes Telegramm an ihre Regierungen:

„Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat uns, meinen englischen, österreichischen, französischen, italienischen und russischen Kollegen und mich gebeten, die Aufmerksamkeit unserer Regierungen auf die üble Wirkung zu lenken, welche die Haltung der Türkei und das Vorgehen ihrer Armee nicht verfehlen können, auf die Arbeiten der nächste Woche in Bukarest zu eröffnenden Konferenz auszuüben.

Die rumänische Regierung fürchtet, daß die Beschlüsse der Konferenz nur unter den allergrößten Schwierigkeiten Gestalt gewinnen werden, wenn Bulgarien nicht von vornherein die Gewißheit erhält, daß die Türkei sich an die Bestimmungen des Londoner Vertrages halten wird. Es erscheint ihr ferner mißlich, Bulgarien einerseits Zugeständnisse abzuverlangen oder aufzuerlegen, während es andererseits der Gefahr ausgesetzt bleibt, von ihm eroberte Gebiete aufgeben zu müssen.

Wenn andererseits es den Mächten nicht gelingt, ihrem Willen bei der Türkei Geltung zu verschaffen und ihr die Ausführung des Londoner Vertrages aufzuzwingen, so wird es ihnen nach Ansicht der rumänischen Regierung ebenfalls schwer werden, im Einvernehmen mit ihr erfolgreich auf Serbien und Griechenland einzuwirken, um diese zu einer Mäßigung ihrer Forderungen Bulgarien gegenüber zu bewegen.

Unter diesen Umständen glaubt der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, daß es, um den Erfolg der Bukarester Konferenz zu sichern, von dem allergrößten Interesse wäre, daß die Mächte ihren ganzen Einfluß in Konstantinopel aufbieten, um die Türkei zu nötigen, unverzüglich ihre Truppen diesseits der Linie, die durch den Londoner Vertrag als Grenze mit Bulgarien festgesetzt worden ist, zurückzunehmen.

Ein gleichlautendes Telegramm ist von meinen Kollegen an ihre verschiedenen Regierungen abgesandt worden.

Waldthausen

Zu Band XXXV, S. 224

Nr. 13 606

Aide-mémoire

Ausfertigung.
Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Earl Granville am 28. Juli 1913 dem Unterstaatssekretär Zimmermann überreicht

Sir Edward Grey hat Seiner Majestät Geschäftsträger in Konstantinopel am 26. Juli telegraphisch angewiesen, dem Großwesir mitzuteilen, daß, solange die türkischen Operationen auf Thrazien beschränkt blieben, die allgemeine Ansicht der Mächte dahin gehe, daß gewisse angemessene Abänderungen und Klauseln in einem für die Türkei günstigen Sinne an der Enos—Midia-Linie angebracht werden könnten, wenngleich an dieser Linie festgehalten werden müsse, und daß Sir Edward Grey dieser Ansicht bereitwilligst beigetreten sei.

Der Geschäftsträger habe jedoch zu betonen, daß die Lage durch den türkischen Einfall in Bulgarien und die Umstände, die ihn begleitet zu haben schienen, gänzlich verändert sei. Die Türkei könne keine Unterstützung gegen die Folgen, die sie durch ihr eigenes Tun vielleicht auf sich ziehen würde, erhalten, und diese Folgen könnten sehr ernste sein. Es sei der Wunsch Großbritanniens gewesen, nach dem Abschlusse des Londoner Vertrages eine Politik der Unterstützung und Festigung der türkischen Herrschaftsgebiete zu treiben, und die Regierung Seiner Majestät habe gehofft, auch die übrigen Mächte würden diese Politik befolgen. Nun aber habe die Türkei durch ihr gewaltsames Vorgehen alles über den Haufen geworfen, und man könne von der Regierung Seiner Majestät nicht erwarten, daß sie sie gegen die Folgen schützen werde.

Lord Granville ist beauftragt worden, die Kaiserliche Regierung von obigem Telegramm in Kenntnis zu setzen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß die Türken höchstwahrscheinlich darauf rechnen werden, gegen jedwede schlimmen Folgen durch Unstimmigkeiten zwischen den Mächten geschützt zu sein. Sir Edward Grey hält es für sehr wünschenswert, jeden derartigen Eindruck zu beseitigen.

Zu Band XXXV, S. 226

Nr. 13 610

Aide-mémoire

Von der russischen Botschaft in Berlin am 29. Juli 1913 dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, den 27. Juli 1913

Die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß gleichlautende Vorstellungen im Sinne der auf den beiden letzten Botschafterversammlungen in London gefaßten Beschlüsse sobald wie möglich und mit der größten Bestimmtheit und Energie sowohl bei der Hohen Pforte wie bei den Regierungen der kriegführenden Staaten zu erheben sind.

Es ist dringend erforderlich, so bündig wie möglich den oben genannten Regierungen zu erklären, daß sie nicht hoffen dürfen, irgendwelche finanzielle Hülfe von seiten Europas vor der Klärung der gegenwärtigen Krise zu erhalten. Nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung kann nämlich dieses letztere Druckmittel, wenn ernstlich und allgemein angewandt, sich als hinreichend wirksam erweisen.

Die Kaiserliche Regierung hofft, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung ihren Vertretern in Konstantinopel und den Balkanhauptstädten die nötigen Weisungen erteilen wird, um die oben bezeichneten Schritte, deren Dringlichkeit durch den Gang der Ereignisse mit zwingender Notwendigkeit gegeben zu sein scheint, ausführen zu können.

Zu Band XXXV, S. 226/227

Nr. 13 611

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Eigenhändiges Konzept

Nr. 252 Berlin, den 29. Juli 1913

Letzte Konferenz London hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Auf Antrag Sir Edward Greys ist die Versammlung der Ansicht, daß die Mächte durch einen gleichlautenden Beschluß die ottomanische Regierung auffordern sollten, den Londoner Vertrag und insbesondere die auf die Linie Enos—Midia bezügliche Bestimmung zu achten.

Gleichzeitig könnte der ottomanischen Regierung mitgeteilt werden, daß die Mächte bei der Festsetzung der Grenze geneigt sein würden, die Bedingungen, welche die Türkei als unerläßlich für den sicheren Schutz dieser Grenze ansehen könnte, in Erwägung zu ziehen."

. . . .

Jagow

Zu Band XXXV, S. 240/241

Nr. 13 623

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 359 London, den 5. Juni 1913

. . . Es wurde hierüber der nachstehende Beschluß gefaßt:

„Auf Antrag des russischen Botschafters hält es die Versammlung für angezeigt, die Kriegführenden zur sofortigen Verminderung ihrer Kriegsstärken aufzufordern."

. . . Nachstehend der gefaßte Beschluß:

„Ohne schon jetzt die Einführung einer endgültigen staatlichen Ordnung in Albanien ins Auge zu fassen, hält die Versammlung es für angezeigt, zur Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission zu schreiten, die aus je einem Bevollmächtigten aller Großmächte unter Hinzuziehung eines albanischen Mitgliedes zusammengesetzt sein würde. Diese Kommission würde an Ort und Stelle mit der Ausarbeitung einer fortschreitenden Organisation des Landes beginnen und die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlichen Maßregeln treffen. Die erste dieser Maßregeln müßte die Aufstellung einer von europäischen Offizieren ausgebildeten und befehligten Gendarmerie sein, welch erstere einer neutralen Macht unter Ausschluß der sechs Großmächte, der Balkanstaaten und der Mächte, die unmittelbare Interessen in der Balkangegend besitzen, zu entlehnen wären.

Sir Edward Grey bemerkt, es sei nicht leicht, sich bis zur Einführung der endgültigen staatlichen Ordnung eine vorläufige Regierung ohne ein Exekutivorgan zu denken. Er regt die Ernennung eines Sonderbevollmächtigten durch die Mächte an, dessen Aufgabe es sein würde, die von der Kontrollkommission beschlossenen Maßregeln zur Ausführung zu bringen.

Der französische und der russische Botschafter schließen sich diesem Gedanken an. Der österreich-ungarische und der italienische Botschafter können sich nicht äußern, da sie die Antwort ihrer Regierungen wegen der vom französischen Botschafter in einer früheren Sitzung vorgebrachten Bemerkungen erwarten. Fürst Lichnowsky tritt dem Vorschlage Sir Edward Greys bei, wobei er die Ansicht äußert, die endgültige Verfassung müsse die Ernennung eines Fürsten enthalten.

Die Versammlung hält es für ratsam, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Notwendigkeit zu lenken, von vornherein die zur Sicherstellung des Dienstes der internationalen Kontrollkommission und der Gendarmerie unbedingt erforderlichen Geldmittel bereitzustellen.“

. . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 241/243

Nr. 13 624

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 367 London, den 9. Juni 1913

. . . .

Nachstehend der vereinbarte Sitzungsbericht:

Nachdem der französische Botschafter die Erörterung der der serbischen Regierung wegen der internationalen Eisenbahn zu machenden Erklärung beantragt hat, meint Sir Edward Grey, es sei notwendig, die am 17. Dezember v. J. angenommene Erklärung zu bestätigen, da es sich hier um einen Vertrauenspunkt für die Mächte handle.

Der österreich-ungarische Botschafter meint, es sei notwendig, Klarstellungen über gewisse, in dieser Erklärung nicht genau umschriebene Punkte zu erhalten.

Nach kurzer Beratung schlägt Sir Edward Grey vor, die österreichungarische Regierung könne sagen, daß sie, indem sie der Erneuerung der Erklärung zustimme, wünsche, es möge als abgemacht gelten, daß im Falle eines Krieges zwischen Serbien und Österreich-Ungarn diese letztere Macht berechtigt

sein soll, mit Hülfe ihrer Seestreitkräfte die Einführung von Kriegsbedarf durch den neutralen Hafen zu verhindern.

Der österreich-ungarische Botschafter teilt mit, er werde seiner Regierung diese Anregung unterbreiten, und meint, daß nach seinen Weisungen es Sache der Botschafterversammlung sein würde, sich über die in dem Meinungsaustausche zwischen der russischen und der österreich-ungarischen Regierung berührten Punkte und die ihnen zu gebende Auslegung auszusprechen. Der Wortlaut dieses Meinungsaustausches werde der Versammlung vorgelegt werden.

Der russische Botschafter erklärt, daß auch nach Ansicht seiner Regierung die Versammlung über gewisse Punkte zu befragen sei.

Es wird vereinbart, daß Graf Mensdorff und Graf Benckendorff sobald wie möglich Sir Edward Grey und ihren Kollegen die verschiedenen Punkte, die zu einer Erörterung Veranlassung geben können, mitteilen werden.

Sir Edward Grey bemerkt, daß in jedem Falle die Notifizierung an die serbische Regierung nicht von einem Übereinkommen in den wenigen noch nicht geklärten Punkten abhängen darf.

Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 245/248

Nr. 13 626

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 368 London den 11. Juni 1913
[pr. 14. Juni]

Bei der heutigen Sitzung wurde zunächst die Inselfrage besprochen, wobei Marquis Imperiali nachfolgende Erklärung abgab:

„Die Regierung Seiner Majestät, gebunden, wie sie ist, durch die Bestimmungen des Lausanner Vertrages, ist gehalten, die von den königlichen Truppen besetzten Inseln zur Verfügung der ottomanischen Regierung zu halten.

Die Regierung Seiner Majestät glaubt daher nicht, an der Beratung der Mächte über das Los der genannten Inseln teilnehmen, noch sich an den Schritten beteiligen zu können, welche die Mächte gegebenenfalls unternehmen werden, um der Hohen Pforte die getroffene Entscheidung zu notifizieren.

In Anbetracht des Interesses aller Mächte an der Aufrechterhaltung der Unversehrtheit des Ottomanischen Reiches und an der Sicherheit seiner in der asiatischen Türkei gelegenen Provinzen zweifelt die Regierung des Königs nicht daran, daß die Mächte, im Augenblick, wo das allgemeine Los der Inseln im Ägäischen Meer geregelt werden wird, ihren Standpunkt hinsichtlich der Notwendigkeit, soviel wie möglich die Interessen und das Ansehen der Türkei zu schützen, teilen werden."

. . . . . .

Nachstehend der vereinbarte Bericht:

„Zu dem Antrage des österreich-ungarischen und des italienischen Botschafters wegen der südlichen Abgrenzung Albaniens äußert Sir Edward Grey, er könne an keinem Abkommen teilnehmen, ohne bereit zu sein, sich an geeigneten Maßnahmen für dessen zwangsweise Durchführung zu beteiligen, und ohne zu prüfen, ob es Griechenland mit Gewalt aufgezwungen werden kann. Die hier zu treffende Entscheidung sei eine sehr ernste, und er müsse hierüber den Premierminister und seine Kollegen im Kabinett zu Rate ziehen. Er wünscht in der Lage zu sein, in bestimmter Form erklären zu können, ob Großbritannien, wenn es Griechenland die Annahme eines Mächtebeschlusses empfiehlt, nötigenfalls hinzufügen kann, daß Griechenland die Folgen seiner Weigerung, dieses Ab-

kommen anzunehmen, ins Auge fassen müsse, oder ob im Gegenteil Großbritannien zu erklären haben werde, es vermöge an dem vorgeschlagenen Abkommen nicht teilzunehmen.

Der französische Botschafter äußert sich dahin, daß seine Weisungen ihm nicht erlauben, dem Antrage des österreich-ungarischen und des italienischen Botschafters zuzustimmen, und zwar insbesondere hinsichtlich der Zuteilung Koritzas an Albanien. Er behält sich vor, seine Regierung zu befragen.

Der österreich-ungarische und der italienische Botschafter erklären sich außerstande, ihre Anträge abzuändern."

Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 261/263

Nr. 13 642

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 377 London, den 18. Juni 1913
[pr. 21. Juni]

. . . .

Nachstehend die vorgeschlagene Fassung:

„Die sechs Mächte könnten erklären, es sei unerläßlich, daß die serbische und die montenegrinische Regierung beschleunigte Maßregeln ergreifen, um allen Völkerschaften ohne Unterschied der Religion in den an Serbien und Montenegro abgetretenen Gebieten die Freiheit und den wirksamen Schutz ihres Kultus und ihres Unterrichtes zu gewährleisten."

. . . .

Lichnowsky

Anlage

Räumung Albaniens durch die Serben

Serbische Truppen halten folgende Punkte des albanischen Gebietes besetzt:
Auf der Straße von Skutari nach Prisren Pouka (34 km von Skutari);
Tschafa Malit (43 km von Skutari);
Oura Vezirit(die Vezirbrücke, 68 km von Skutari) mit 3 Bataillonen;
Orochi, Bezirkshauptort der Mirditie, 50 km von Skutari mit 450 Soldaten.

Unter dem Vorwand der Entwaffnung, oder um Unterschriften für Eingaben zugunsten Serbiens zu erlangen, lassen sich diese Truppen alle möglichen Quälereien gegen die Einwohnerschaft des Landes zuschulden kommen, und das wird zu Aufständen und bewaffneten Zusammenstößen führen.

Außerdem ist die k. u. k. Regierung mit einer Klage eines in dem Dorfe Zumbi in Albanien ansässigen österreichischen Staatsangehörigen befaßt des Inhalts, daß die serbischen Besatzungsbehörden in diesem Dorf von ihm die Zahlung von Kontributionen verlangt hätten.

Endlich ist zur Kenntnis der k. u. k. Regierung gelangt, daß die serbischen Behörden 20 jungen Leuten im Dorfe Zumbi zur Pflicht gemacht haben, als Freiwillige in das serbische Heer einzutreten, wobei sie ihnen zu verstehen gaben, daß, wenn sie sich weigerten, man Gewalt gebrauchen werde.

Das Dorf Zumbi liegt zwischen Prisren und Djakova auf dem rechten Ufer des Drin, in dem Gebiete, das durch die Bestimmung der Nord-Ost-Grenzen Albanien zugesprochen wurde.

Es geht also aus dieser Beschwerde hervor, daß die Serben immer noch das Gebiet innerhalb der von den Mächten für Albanien bestimmten Grenzen besetzt halten und daselbst behördliche Rechte ausüben.

Das österreich-ungarische Kabinett würde Wert darauf legen, das albanische Gebiet endlich ganz von den Serben geräumt zu sehen.

Als die k. u. k. Regierung auf ihr Drängen, daß Djakova Albanien einverleibt werde, verzichtete, tat sie es mit dem Vorbehalte gewisser Bedingungen, auf deren genauer Erfüllung sie durchaus bestehen muß.

Eine dieser Bedingungen war, daß das für Albanien bestimmte Gebiet von den Verbündeten geräumt werde.

Zu Band XXXV, S. 267/268

Nr. 13 647

Anlage

Telegramm Sir E. Greys an Sir F. Cartwright
Abschrift

Foreign Office, den 26. Juni 1913

In Beantwortung Ihres gestrigen Telegramms kann, wie ich fürchte, eine Vereinbarung über eine ständige Verfassung vor den Ferien nicht getroffen werden. Ich würde vorschlagen, daß die Mächte sich dahin einigen, eine vorläufige Regierung einzusetzen und einen neutralen Staat um die Gestellung von Gendarmerieoffizieren zu ersuchen. Graf Berchtold scheint nicht zu würdigen, daß, obwohl zuerst über diesen letzteren Punkt Uneinigkeit bestand, seine Ansicht nun freundlich aufgenommen ist. Die ständige Verfassung des Landes würde durch die vorläufige Regierung nicht in Frage gestellt werden. Wenn dagegen die ständige Verfassung späterhin zur Ausarbeitung gelangt, so werden sich die Anregungen und Erfahrungen der vorläufigen Regierung als sehr wertvoll erweisen. Die, wie es scheint, in Wien bestehende Befürchtung, der von der französischen Regierung hinsichtlich einer vorläufigen Regierung gemachte Vorschlag gehe darauf aus, eine ständige Regelung unnötig zu machen, entbehrt der Begründung. Meiner Ansicht nach besteht das einzig brauchbare Verfahren in dem Vorgehen vermittels einer vorläufigen Regierung.

Ich bin immer noch der Meinung, daß eine Kommission zur Festsetzung der Grenze in Übereinstimmung mit den geographischen und ethnographischen Verhältnissen die meiste Aussicht auf das Zustandekommen eines Abkommens gewährt. Ich bin außerstande, ohne ein solches Hilfsmittel zu einer Entscheidung hinsichtlich der Grenze zu gelangen.

Von Graf Mensdorff höre ich, Graf Berchtold habe die von ihm ausgedrückte Ansicht, die österreichische Regierung werde eine Kommission wie die von mir gekennzeichnete nicht annehmen, gebilligt.

Wenn die Frage nicht von einer Kommission gelöst werden kann, dann gibt es einen Stillstand. Sie wollen Graf Berchtold fragen, ob er nicht Bedingungen vorschlagen kann, unter denen er die Lösung der Grenzfrage durch eine Kommission annehmen würde.

Zu Band XXXV, S. 268/271

Nr. 13 648

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 394 London, den 1. Juli 1913

. . . .

Nachstehend der beschlossene Wortlaut: Auf die Erklärung hinsichtlich der internationalen Eisenbahn und des neutralen Adriahafens, zu deren amtlicher

Abgabe an die serbische Regierung die Mächte sich verpflichtet haben, beschließt die Versammlung, daß Sir Edward Grey beauftragt werden wird, im Namen der sechs Mächte dem serbischen Geschäftsträger den von der Botschafterversammlung am 17. Dezember 1912 gefaßten Beschluß zu bestätigen, der folgendermaßen lautet:

Serbien bleibt ein Handelszugang vorbehalten durch einen freien und neutralen albanischen Hafen, der mit einer internationalen Eisenbahn unter europäischer Kontrolle verbunden und unter den Schutz einer besonderen internationalen Streitmacht gestellt ist, und der Durchgangsrecht für alle Waren unter Einschluß des Kriegsbedarfs genießt.

Sir Edward Grey wird die Überreichung einer diese Erklärung erläuternden und von den sechs Mächten gebilligten Denkschrift hinzufügen. Diese Denkschrift lautet folgendermaßen:

1. Besondere Neutralisierung des Hafens.

Wenn die Neutralität des künftigen Albaniens die Aufführung von Befestigungen zum Zwecke der Landesverteidigung zuläßt, so müßte der mit der internationalen Eisenbahn verbundene Handelshafen einer besonderen Ordnung unterliegen, welche die Verpflichtung auferlegt, diesen Platz nicht zu befestigen.

2. Internationale Eisenbahn und Durchgangsrecht.

Die sechs Großmächte sowie Serbien und Albanien werden sich mit ihrem Kapital an der Gründung einer internationalen Gesellschaft für den Bau und Betrieb der in Rede stehenden, von der albanischen Regierung bewilligten Eisenbahn beteiligen; sie werden ein aus diesem Sachverhältnis sich ergebendes Einmischungsrecht an dem Unternehmen genießen.

Die freie Benutzung der Eisenbahn sowie des Hafens wird von den unterzeichnenden sechs Großmächten allen Staaten auf gleiche Weise, unter denselben Bedingungen und zu jeder Zeit gewährleistet.

3. Kontrolle und Schutz der Eisenbahn.

Die internationale Kontrolle wird von einer aus den Vertretern der sechs Großmächte sowie Serbiens und Albaniens zusammengesetzten Kommission ausgeübt, und zwar nach dem Muster der in Artikel 8 des Suezabkommens von 1888 vorgesehenen Kontrolle mit den durch die Verschiedenheit der Lage geforderten Abänderungen.

Der Schutz der Eisenbahn wird der Gendarmerie, der Miliz oder jedem anderen albanischen öffentlichen Machtmittel unter europäischer Kontrolle (sechs Großmächte) anvertraut.

4. Durchfuhr von Kriegsbedarf.

Da gegen das Recht auf Durchfuhr von Kriegsmaterial keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, wird den kriegführenden Staaten das Durchsuchungs- und Aufbringungsrecht für alle Handelsschiffe vor ihrem Eintritt in den mit der internationalen Eisenbahn verbundenen Hafen zugestanden.

Gleichzeitig wird Sir Edward Grey dem serbischen Geschäftsträger die ihm am 11. März d. J. gemachte und am 29. März in Belgrad erneuerte Mitteilung ins Gedächtnis rufen und auf der Notwendigkeit bestehen, unverzüglich mit der Räumung der Albanien zugeteilten Gebiete zu beginnen.

Eine gleichlautende Mitteilung wird an die montenegrinische Regierung gerichtet werden.

Sir Edward Grey schlägt vor, die Vertreter der Mächte in Cetinje sollten bei der Übergabe dieser Mitteilung hervorheben, daß der versprochene Beistand für die Regelung der Bewässerungsfrage und für die finanzielle Beihilfe von der Räumung der Albanien zugeteilten Gebiete abhängig ist.

. . . .

Graf Mensdorff teilt mit, seine Regierung fände den Beschluß vom 23. Juni unvollständig. Er legt einen detaillierten Entwurf vor, der, wie er sagt, gegenwärtig der Gegenstand von Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg bildet.

Die Versammlung hält es für ratsam, das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten. Sir Edward Grey bemerkt, daß, wenn es auf Grund der detaillierten Fassung des Beschlusses vom 23. Juni zu einer Vereinbarung kommen sollte, diese die Form eines Zusatzes zu dem Beschlusse erhalten müsse.

. . . . . . Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 284

Nr. 13 659

Anlage

1. Albanien wird als selbständiges, souveränes Fürstentum mit durch Erstgeburtsrecht geregelter Erbfolge unter dem Schutze der sechs Mächte errichtet. Der Fürst wird von den sechs Mächten ernannt werden.

2. Jedes Oberhoheitsverhältnis zwischen der Türkei und Albanien ist ausgeschlossen.

3. Albanien wird neutralisiert; seine Neutralität wird von den sechs Mächten gewährleistet.

4. Die Kontrolle der Zivilverwaltung und der Finanzen Albaniens wird einer internationalen, aus den Bevollmächtigten der sechs Mächte und einem albanischen Bevollmächtigten zusammengesetzten Kommission übertragen.

5. Die Befugnisse dieser Kommission dauern 5 Jahre und können erforderlichenfalls erneuert werden.

6. Diese Kommission erhält den Auftrag, einen ins einzelne gehenden Verfassungsentwurf für alle Zweige der albanischen Verwaltung auszuarbeiten. Sie wird den Mächten innerhalb sechs Monaten einen Bericht über das Ergebnis dieser Arbeiten vorlegen nebst ihren Schlußfolgerungen hinsichtlich der administrativen und finanziellen Einrichtung des Landes sowie der Gestaltung der Mächtekontrolle für die Dauer des Auftrages der Kommission.

7. Der Fürst wird spätestens nach Ablauf von sechs Monaten ernannt werden. Bis zur Ernennung des Fürsten wird die Tätigkeit der nationalen Behörden, die ihr Land vorläufig und tatsächlich verwalten, von der oben erwähnten internationalen Kommission beaufsichtigt.

8. Die Sicherheit und öffentliche Ordnung werden von der internationalen Gendarmerieorganisation aufrechterhalten. Diese Organisation soll ausländischen Offizieren anvertraut werden, die das tatsächliche Oberkommando über die Gendarmerie führen.

9. Diese Offiziere sind aus den europäischen Armeen zu entnehmen, wie Schweden, Belgien, Holland, Schweiz, Norwegen, Spanien, unter Ausschluß der sechs Großmächte, der Balkanstaaten und der unmittelbar an den Balkanfragen interessierten Regierungen.

10. Die Aufgabe der fremden Instruktionsoffiziere wird weder der Einheitlichkeit des Dienstes noch der Verwendung von einheimischen Offizieren, Unteroffizieren und Gendarmen Eintrag tun.

11. Die Gehälter dieser Offiziere können aus den Mitteln des Landes unter Haftung der Großmächte gedeckt werden.

Zu Band XXXV, S. 289/290

Nr. 13667

Verbalnote

Ausfertigung

Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Earl Granville dem Unterstaatssekretär Zimmermann am 25. Juli 1913 überreicht

Die Botschafter-„Réunion“ in London hat nun viele Monate hindurch ohne Unterbrechung praktische Arbeit geleistet, und Sir Edward Grey hält

es für unbedingt erforderlich, daß das Personal unter Einschluß seiner selbst soviel Ruhe erlange, wie die Umstände erlauben. Er schlägt daher vor, nach Ablauf der nächsten Woche die Sitzungen zu vertagen. Später kann dann je nach den Umständen und den Wünschen der Regierungen entschieden werden, ob die Sitzungen, nachdem eine Unterbrechung stattgefunden hat, wieder aufgenommen werden sollen.

Abgesehen von dem Bedürfnis nach Ruhe sind die verschiedenen Regierungen durch die jüngsten überraschenden Vorgänge auf dem Balkan, die noch für keine endgültige Entscheidung reif sind, daran verhindert, den noch ausstehenden Fragen betreffend Albanien und die Inseln, in denen eine Entscheidung getroffen werden muß, um das ursprünglich von den „Réunions" unternommene Werk zu vollenden, eine mehr als beiläufige Aufmerksamkeit zu schenken.

Letzthin war auch die Neigung vorhanden, die Summe der Einzelheiten und der mehr auf die Form als auf die Sache bezüglichen Punkte zu vermehren, und es scheint, daß diese Neigung durch die große Leichtigkeit, mit der solche Punkte während der Sitzungen aufgeworfen und erörtert werden können, ermutigt wird. Auf diese Weise ist das Vorwärtskommen in der Frage der Verfassung Albaniens und der Regulierung seiner Südgrenze stark behindert worden.

Sir Edward Grey hofft noch, daß es möglich sein wird, im Laufe der nächsten Woche zu einer Vereinbarung über die albanische Kontrollkommission, die Aufforderung an die schwedische Regierung, Offiziere für die Gendarmerie auszuwählen, und über die Regelung einiger Punkte betreffend den Schutz der albanischen Minderheiten usw. zu gelangen.

Italien läßt jetzt die Neigung erkennen, die Frage der Inseln, auf jeden Fall der von ihm besetzten, zurückzustellen, bis die griechischen Ansprüche im ganzen behandelt werden. Dies wird natürlich jede etwa sich darbietende Entscheidung betreffend Koriza und Stylos verzögern.

Sir Edward Grey möchte daher vorschlagen, alle nach Ablauf der nächsten Woche übrig gebliebenen Fragen für den Augenblick zwischen den Mächten auf den üblichen Wegen oder auf jede andere, den Mächten am meisten zusagende Art zu behandeln.

Zu Band XXXV, S. 302/304

Nr. 13680

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 451 London, den 5. August 1913

Über die heutige Sitzung wurde nachstehender Bericht verfaßt:

„Sir Edward Grey fragt die Botschafter, ob sie die Antworten ihrer Regierungen auf die von ihm in der letzten Sitzung formulierten 5 Punkte erhalten haben.

Der französische Botschafter antwortet, seine Regierung sei bereit, einer südlichen Abgrenzung Albaniens ihre Zustimmung zu geben, die ihren Ausgangspunkt am Kap Stylos haben und in Koritza enden würde, unter der Bedingung, daß alle Inseln im Ägäischen Meer mit Ausnahme von Imbros und Tenedos und unter Einschluß der gegenwärtig von Italien besetzten nach ihrer Räumung Griechenland zugeteilt werden.

Der italienische Botschafter bemerkt, daß dieser Standpunkt den Ansichten seiner Regierung nicht entspricht. Er beschränkt sich auf folgende Erklärung, die keinerlei Verpflichtung hinsichtlich einer etwaigen Überlassung der von

Italien besetzten Inseln an Griechenland noch die Anerkennung eines Zusammenhanges zwischen der Inselfrage und der Frage der Abgrenzung Albaniens bedeutet:

‚Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, daß die Frage der Inseln des Dodekanes, die ihren Ursprung dem italienisch-türkischen Kriege verdankt, rechtlich durch den Lausanner Vertrag geregelt ist. Da dem so ist, wiederholt die italienische Regierung, daß sie diese Inseln der Türkei zurückgeben wird, sobald die ottomanische Regierung ihrerseits die aus Artikel 2 des Lausanner Vertrages ihr obliegenden Verpflichtungen in vollem Umfange erfüllt haben wird. Es versteht sich von selbst, daß nach erfolgter Rückgabe der Inseln an die Türkei die italienische Regierung mit den übrigen Mächten an den einmütigen Beschlüssen teilnehmen wird, die gegebenenfalls hinsichtlich des endgültigen Loses der oben genannten Inseln in Verbindung mit der allgemeinen Lösung aller schwebenden Fragen unter Berücksichtigung des allgemeinen Interesses Europas an der Integrität und der Sicherheit der asiatischen Türkei zur Erörterung und zur Annahme gelangen werden.‘

Der österreich-ungarische und der deutsche Botschafter unterstützen die Erklärung des italienischen Botschafters.

Der russische Botschafter äußert sich dahin, daß seine Regierung zur Annahme der fünf Punkte bereit sei, wenn alle Mächte ihre Zustimmung gäben, jedoch mit dem Vorbehalte einer Bemerkung betreffend die Insel Sasseno, die Griechenland gehöre, und deren Einverleibung in Albanien zur Forderung einer Entschädigung von seiten Griechenlands Veranlassung geben könnte.

Marquis Imperiali bemerkt, das Recht Griechenlands auf die Insel Sasseno sei strittig; diese Insel sei als ein Zubehör zu der Bucht von Valona anzusehen und müsse daher das Los dieser Bucht teilen. Graf Mensdorff und Fürst Lichnowsky unterstützen die Bemerkung des Marquis Imperiali über Sasseno.

Fürst Lichnowsky hat die Weisung, zu beantragen, daß die kleine Insel Kastelloritza, die zwischen Rhodos und dem Kap Kelidonia das südliche Küstengebiet Kleinasiens berührt, unter ottomanischer Herrschaft belassen werde.

(Mein italienischer Kollege hatte mich gebeten, den Antrag zu stellen.)

Der österreich-ungarische und italienische Botschafter unterstützen diesen Antrag, gegen den die Versammlung angesichts der geringen Bedeutung dieses Inselchens und seiner Nähe an der Küste keine Einwendungen erheben zu sollen glaubt.

Der deutsche Botschafter erklärt, daß seine Regierung die 5 Punkte annimmt.

Der österreich-ungarische Botschafter erklärt, daß seine Regierung ebenfalls zur Annahme bereit ist, unter folgenden Vorbehalten:

1. Das Wiener Kabinett wünscht eine genauere Bestimmung der zwischen Stylos und Koritza festzusetzenden Linie.

2. Bezüglich der Kutzo-Wallachen beantragt er, in den zu fassenden Beschluß eine Bestimmung aufzunehmen, die Rumänien die Möglichkeit gibt, die Rechte und Interessen der Kutzo-Wallachen in Epirus zu schützen.

3. Außerdem betrachtet das Wiener Kabinett die Festsetzung folgender Punkte als unerläßlich:

1) Genauer Zeitpunkt der Eröffnung und des Abschlusses der Arbeiten der Grenzkommission,

2) zur Durchführung dieser Arbeiten wird die Kommission die abzugrenzenden Gebiete in Abschnitte einteilen,

3) die Abgrenzung hat auf ethnographischer und geographischer Grundlage zu erfolgen,

4) es wäre zu wünschen, daß die Versammlung einstimmig die Notwendigkeit anerkennte, Griechenland unverzüglich aufzufordern, die Albanien zuge-

teilten Gebiete sofort und die anderen Landesteile nach Maßgabe ihrer Zuteilung an Albanien durch die Grenzkommission zu räumen.

Marquis Imperiali und Fürst Lichnowsky unterstützen diese Anträge.

Zu Absatz 1 der österreich-ungarischen Anträge bemerkt Sir Edward Grey, daß es Sache der Kommission sei, die Grenze zwischen Stylos und Koritza zu bestimmen, und daß es sehr schwierig sein würde, zu einer Vereinbarung über eine mehr ins einzelne gehende und genauere Bestimmung zu gelangen, da die Versammlung nicht die erforderlichen Unterlagen besitze.

Der französische, russische und deutsche Botschafter teilen diese Ansicht, der österreich-ungarische und italienische Botschafter behalten sich vor, sie ihren Regierungen vorzulegen.

Zu Absatz 2:

Sir Edward Grey bemerkt, daß, da Rumänien und Griechenland verbündet sind, es ihre Sache sei, sich über die Sicherheiten zu verständigen, die den Kutzo-Wallachen in den an Griechenland abgetretenen Gebieten gegeben werden könnten, ohne daß die Mächte von sich aus einzugreifen hätten.

Der französische, russische und deutsche Botschafter glauben, daß diese Ansicht von ihren Regierungen geteilt werden wird. Der österreich-ungarische und italienische Botschafter behalten sich vor, sie ihren Regierungen zu unterbreiten.

Zu Absatz 3:

1. Die Versammlung stimmt darin überein, daß es sich empfiehlt, bestimmte Zeitpunkte für die Eröffnung und den Abschluß der Abgrenzungsarbeiten festzusetzen; sie schlägt als Daten den 1. September und den 30. November vor.

2. Die Versammlung sieht keine Bedenken gegen eine Einteilung der abzugrenzenden Gebiete in einzelne Abschnitte.

3. Sie befindet im Sinne des Antrages.

4. Sir Edward Grey sowie der französische und der russische Botschafter sind der Ansicht, daß alsbald nach Beendigung der Grenzfestsetzung Griechenland dringend aufzufordern ist, die Albanien einverleibten Gebiete zu räumen.

Sir Edward Grey glaubt, daß, falls die österreich-ungarische und die italienische Regierung diese Fassung annehmen, man sich dahin verständigen könnte, Griechenland zur Pflicht zu machen, sich aller Einschüchterungsversuche gegenüber den Völkerschaften in den von ihm besetzten Gebieten zu enthalten.

Der österreich-ungarische, italienische und deutsche Botschafter behalten sich vor, ihre Regierungen mit den zu Absatz 3 der österreichischen Vorschläge angeregten Abänderungen zu befassen.“

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 307/309

Nr. 13 683

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 455 London, den 8. August 1913

Über die heutige Sitzung wurde der nachstehende Bericht aufgesetzt:

„Der französische Botschafter berichtet der Versammlung über eine Besprechung zwischen Herrn Pichon und dem italienischen Botschafter in Paris vom 6. d. Mts., aus der hervorgeht, daß der französische Außenminister bereit ist, seine Zustimmung zu Artikel 5 der am 1. August von Sir Edward Grey vorgeschlagenen Formel zu geben, und der besagt, daß im Augenblick der end-

gültigen Regelung die Mächte über das Los der von Italien besetzten Inseln entscheiden werden. Diese Zustimmung werde unter der Bedingung gegeben, daß Italien es den Mächten anheimstellt, sich über die Zuteilung des Dodekanes auszusprechen, ohne einen Einwand gegen die in gemeinsamer Übereinstimmung der 6 Mächte getroffene Entscheidung zu erheben. Der italienische Botschafter erklärt, ohne Weisungen zu sein und sich hierzu nicht äußern zu können.

Graf Mensdorff macht folgende Mitteilung: Die Kaiserliche und Königliche Regierung macht ihre Zustimmung zur Ernennung einer internationalen Kommission, der die Festsetzung der albanischen Südgrenze übertragen werden soll, von folgenden Punkten abhängig:

1. Die Gebiete, auf die sich die Arbeiten der Kommission erstrecken, dürfen nicht unbestimmt bleiben. Im Westen werden ihre Grenzen die Berge sein, die den Küstenstrich, der bis Phtelia Albanien zugeteilt worden ist, von dem Argyrokastrotal trennen. Im Nordosten die Grenzlinie des früheren ottomanischen Kaza Koritza. Zwischen diesen beiden Landstrecken wird die von Herrn Venizelos der Versammlung in seiner Denkschrift vorgelegte Linie die nördliche Begrenzung der Kommissionsarbeiten bilden, während im Süden und Südosten dieselben sich bis zu der von Österreich-Ungarn vorgeschlagenen Linie erstrecken werden.

2. Es gilt schon jetzt als festgesetzt, daß der Küstenstrich bis Phtelia unter Einschluß der Insel Sasseno, das im Norden der griechischen Linie gelegene Gebiet sowie das frühere ottomanische Kaza Koritza mit dem West- und Südufer des Ochridasees, die sich von dem Dorfe Lin bis an das Kloster Svet Naoum erstrecken, in vollem Umfange zu Albanien gehören werden.

3. Die Kommission beginnt ihre Arbeiten am 1. September und beendet sie am 30. November d. J.

4. Bei der Durchführung ihrer Arbeiten verfährt die Kommission abschnittsweise unter Berücksichtigung der natürlichen Formation der Täler.

5. Die Grenzbestimmung erfolgt auf ethnographischer und geographischer Grundlage; für die ethnographischen Erhebungen ist die Muttersprache der Bevölkerung, d. h. die in den Familien gesprochene Sprache, festzustellen; die Kommission wird in keiner Weise die Versuche zur Herbeiführung von Volksentscheiden oder sonstigen politischen Manifestationen berücksichtigen.

6. Was den von den Walachen bewohnten Distrikt betrifft, so wird es Aufgabe der Kommission sein, ihre Nationalität festzustellen. Die Frage der Zuteilung, sei es an Albanien, sei es an Griechenland, wird den Gegenstand einer unmittelbaren Verständigung zwischen Griechenland und Rumänien bilden.

7. Spätestens einen Monat nach Abschluß der Kommissionsarbeiten findet die Räumung der Albanien zugeteilten Gebiete durch die griechischen Truppen statt.

Marquis Imperiali und Fürst Lichnowsky unterstützen diese Mitteilung. Der französische und der russische Botschafter behalten sich vor, wegen dieser Mitteilung ihre Regierungen zu befragen.

Zu Artikel 6 bemerkt Sir Edward Grey, daß er den Mächten die Grenzbestimmung für das von den Kutzowalachen bewohnte Gebiet nimmt und sie Griechenland und Rumänien überläßt.

Wenn man auch, wie er bereits vorgeschlagen habe, es diesen beiden Mächten anheimstellen könne, sich über die den Völkerschaften dieser Gegend zu gewährenden Sicherheiten unmittelbar zu verständigen, so empfehle es sich doch, die Frage der Gebietsabgrenzungen in den Händen der Mächte zu belassen. Er schlägt daher für Artikel 6 folgende Fassung vor:

Was den von den Walachen bewohnten Distrikt betrifft, so wird es Aufgabe der Kommission sein, ihre Nationalität festzustellen. Die Zuteilung, sei es an Albanien, sei es an Griechenland, unterliegt der Entscheidung der Mächte nach erfolgter Prüfung des Berichtes der internationalen Kommission. Was die den kutzowalachischen Völkerschaften zu gewährenden Sicherheiten betrifft, so

werden sie den Gegenstand einer unmittelbaren Verständigung zwischen Griechenland und Rumänien bilden.

Graf Benckendorff und Graf Mensdorff haben bemerkt, daß die Übergehung von Thasos bei dem während der letzten Sitzung gemachten Vorschlage nicht bedeutet, daß diese Insel ipso facto Griechenland überlassen wird.

Sir Edward Grey erinnerte daran, daß im Dezember vorigen Jahres Thasos Bulgarien zugeteilt worden ist, daß jedoch, falls die Mächte sich mit dem Schicksal Kavallas zu beschäftigen hätten, er bemerken möchte, daß es sich empfehlen würde, die Lage dieser Insel von neuem in Erwägung zu stellen.

Der französische Botschafter äußert sich dahin, daß nach Ansicht seiner Regierung der Besitz von Thasos von demjenigen Kawalas abhängt."

. . . . . .

Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 312/315

Nr. 13689

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 462 London, den 11. August 1913
[pr. 14. August]

. . . Nachstehend der hierüber aufgenommene Sitzungsbericht:

„Graf Mensdorff eröffnet der Versammlung, daß der von Sir Edward Grey vorgeschlagene Abänderungsantrag zu Artikel 6 der österreich-ungarischen Vorschläge betreffend die internationale Kommission zur Abgrenzung des albanischen Südens von seiner Regierung angenommen wird unter der Bedingung. daß der Rest des Vorschlages genehmigt wird. Da alle Botschafter von ihren Regierungen ermächtigt sind, den österreich-ungarischen Vorschlag mit dem von Sir Edward Grey in der Sitzung vom 8. August d. J. zu Artikel 6 vorgelegten Abänderungsvorschlage anzunehmen, ist die Versammlung einstimmig der Ansicht, daß diesem Vorschlage zuzustimmen sei."

Sodann kam Graf Mensdorff auf eine Anregung über die Marktverhältnisse in Diakowa zurück, die er in voriger Sitzung gemacht hatte. Nachstehend der Bericht:

„Graf Mensdorff hat der Versammlung im Verlaufe der letzten Sitzung einen Erklärungsentwurf vorgelegt, der folgendermaßen lautet:

Der freie Zutritt zu den Märkten von Diakowa und Dibra wird den Bewohnern der an Albanien angrenzenden Distrikte zugesichert, da diese beiden Städte den genannten Bewohnern zu allen Zeiten als für ihr wirtschaftliches Bestehen unentbehrliche Märkte gedient haben. Sie dürfen also in die Städte kommen, ihre Erzeugnisse hineinbringen, um sie dort zu verkaufen, und daselbst die Gegenstände ihres Bedarfs kaufen, ohne daß ihnen irgendeine Einschränkung auferlegt, und ohne daß dieser freie Zutritt von irgend welchen Bedingungen abhängig gemacht wird. Es versteht sich hierbei, daß sie sich den bestehenden Gesetzen, sowie den Zoll- und Polizeivorschriften zu fügen haben.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß sich die Annahme dieses Entwurfes empfiehlt, und hält es für angezeigt, ihn der serbischen Regierung durch die Vertreter der Mächte mitteilen zu lassen."

. . . . . .

Es wurde der nachstehende Bericht aufgesetzt:

„Sir Edward Grey richtet an den italienischen Botschafter die Frage, ob er wegen der in der letzten Sitzung von dem französischen Botschafter be-

züglich der gegenwärtig von Italien besetzten Inseln vorgeschlagenen Formel eine Antwort von seiner Regierung erhalten habe. Marquis Imperiali antwortet, daß diese Formel seiner Regierung einige Widersprüche zu enthalten scheint, und als Folge des ersten Teiles seiner Erklärung vom 5. August schlägt er folgende Fassung vor, die nach dem Dafürhalten der italienischen Regierung den von der französischen Regierung ausgedrückten Ansichten entspricht:

Wenn in Gemäßheit des ersten Teiles der italienischen Erklärung vom 5. August der Artikel 2 des Lausanner Vertrages in seinem vollen Umfange von den beiden vertragschließenden Teilen erfüllt sein wird, werden die sechs Großmächte einstimmig über das endgültige Los der Inseln des Dodekanes beschließen unter Berücksichtigung des Interesses Europas an der Integrität und der Sicherheit der asiatischen Türkei.

Sir Edward Grey bemerkt, daß, da man die Türkei erwähnt, es angemessen sein würde, Griechenland zu erwähnen. Er empfiehlt, den letzten Teil der Wendung „unter Berücksichtigung . . .“ zu streichen.

Ohne ermächtigt zu sein, dieser Streichung zuzustimmen, erklärt der italienische Botschafter, um ein Übereinkommen zu erleichtern, ihr für seine Person beizutreten und sie seiner Regierung vorschlagen zu wollen.

Der französische Botschafter ist nicht ermächtigt, eine andere Formel anzunehmen, als die, von der er der Versammlung in der letzten Sitzung Mitteilung gemacht hat. Er wird seiner Regierung die von der italienischen Regierung vorgeschlagene Fassung mit der Streichung, der Marquis Imperiali unter dem Vorbehalte, seine Regierung zu befragen, beitritt, bekanntgeben.

Sir Edward Grey schlägt folgende Fassung vor, die ihm geeignet scheint, den Ansichten der beiden Regierungen zu entsprechen:

Wenn . . ., werden sich die sechs Großmächte über die Zuteilung des Dodekanes aussprechen und in gemeinsamer Übereinstimmung die Entscheidung hierüber treffen.

Der französische und der italienische Botschafter werden diese Anregung ihren Regierungen unterbreiten.“

. . . .

Nachstehend der betreffende Bericht:

„Der Vertreter Montenegros hat den französischen, russischen, italienischen und deutschen Botschafter gebeten, die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß es wünschenswert sein würde, im Augenblick der Festsetzung der albanisch-montenegrinischen Grenze den Erfordernissen der Be- und Entwässerung, für die der montenegrinischen Regierung eine Beihülfe versprochen worden sei, Rechnung zu tragen. Der französische und der russische Botschafter beantragen, diese Bitte der Aufmerksamkeit der Regierungen zu empfehlen. Die übrigen Botschafter erklären, sie ihren Regierungen unterbreiten zu wollen.“

Lichnowsky

Zu Band XXXV, S. 323

Nr. 13696

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 234 Athen, den 31. Juli 1913

Königin Sophie an Seine Majestät den Kaiser:

„Tino drahtete mir soeben mit der Bitte, ich möchte Dir telegraphieren, daß es von der größten Bedeutung sein würde, ein gutes Wort bei dem König von Rumänien einzulegen, damit er die griechischen Ansprüche auf Kawala unterstütze. Entschuldige bitte, daß ich diese wichtige Nachricht sende. Sophie.“

Nachstehend der Wortlaut des Telegramms Seiner Majestät des Königs vom 30. d. Mts.:

„Soeben erfahre ich ganz vertraulich aus Bukarest, daß es von der größten Bedeutung für uns sein würde, wenn man von Berlin dem Könige von Rumänien und seiner Regierung einen Wink gäbe, unsere Ansprüche auf Kawala zu unterstützen. Du könntest durch die Gesandtschaft ein Telegramm senden, um Willy zu bitten, ein gutes Wort einzulegen. Bitte Quadt in meinem Namen ganz vertraulich, von mir persönlich an Jagow zu telegraphieren, nur um dem Könige von Rumänien zu sagen, er möge freundlich gegen uns sein. Konstantin."

Quadt

Zu Band XXXV, S. 341

Nr. 13 717

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 Bukarest, den 5. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 120.

König, von welchem empfangen wurde, hat mir folgendes sehr vertrauliches Memorandum mitgeteilt:

„Grenze zwischen Serbien und Bulgarien

Die beiden Wardarufer mit der Eisenbahn sollten an Serbien kommen; die beiden Ufer der Struma an Bulgarien. Die Grenze zwischen beiden Staaten wäre zwischen den beiden Flußläufen im Zuge der Wasserscheide zu führen. Die Stadt Istip sollte an Serbien kommen, das wahrscheinlich auch darauf bestehen würde, daß die Städte Kotschana und Strumitza dem serbischen Gebiete einverleibt werden.

Grenze zwischen Bulgarien und Griechenland

Die Grenze sollte von Gewgeli ausgehen, das Strumatal bis Drama durchschneiden und so Seres und Drama Griechenland lassen. Was die Linie von Drama nach dem Meere betrifft, so wird die Führung derselben wahrscheinlich der Entscheidung der Mächte überlassen werden müssen, denn es wird wahrscheinlich sehr schwer sein, die Griechen auf der Bukarester Konferenz zu einem Verzicht auf die Stadt Kawala zu überreden."

. . . . . . Waldthausen

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 21

Nr. 13 774

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1456 Berlin, den 12. August 1913

Zur Orientierung.

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet:

„Großwesir hat heute jedem einzelnen Vertreter auf die identische Demarche vom 7. d. Mts. mündlich erklärt:

„In Beantwortung der Erklärung, welche Euere Exzellenz die Güte hatten, mir im Namen Ihrer Regierung abzugeben, beeile ich mich, Ihnen zu versichern, daß die Kaiserliche Regierung stets bemüht gewesen ist, unabhängig von jeder Rücksicht die durch den Londoner Vertrag aufgestellten Grundsätze zu befolgen.

Wenn nichtsdestoweniger die Bestimmung bezüglich der Linie Enos—Midia nicht die gleiche Beachtung hat finden können, wie die übrigen Bestimmungen des genannten Vertrages, so liegt der Grund darin, daß die Kaiserliche Regierung sich in der gebieterischen und dringenden Notwendigkeit befand, einzugreifen, um die planmäßige Vertilgung von Völkerschaften zu verhindern, deren einziges Unrecht war, sich jenseits der Linie Enos—Midia zu befinden.

Sie befand sich überdies in der nicht minder gebieterischen Notwendigkeit, sich eine Grenzlinie zu sichern, die geeignet war, den Schutz ihrer Hauptstadt sowie der Meerengen zu gewährleisten und damit die Aufrichtung von normalen und dauernden Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu ermöglichen.

Mit lebhafter Dankbarkeit stelle ich fest, daß Euere Exzellenz in Ihrer Erklärung diese letztere Notwendigkeit zugeben, denn ich erlaube mir, darin eine Rechtfertigung der von der Kaiserlichen Regierung befolgten Richtschnur zu erblicken.

Im Vertrauen auf ihre Gesinnung hoher Gerechtigkeit und Billigkeit hoffe ich fest, daß die Großmächte ebenfalls werden zugeben wollen, daß die Grenzlinie, die sich die Kaiserliche Regierung in ihrer Mitteilung vom 19. Juli 1913 gezogen hat, die einzige ist, welche die erforderlichen Bedingungen der Sicherheit und Dauerhaftigkeit zu erfüllen vermag."

. . . . . .

Zimmermann

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 27

Nr. 13780

Anlage

Promemoria

Zum Zwecke einer greifbaren Inkraftsetzung des einstimmig gefaßten Mächtebeschlusses betreffend den finanziellen Druck, der auf die Hohe Pforte ausgeübt werden soll, um sie zur Achtung der Bestimmungen des Londoner Vertrages anzuhalten, würde es sich empfehlen, die Einzahlung der im nächsten Monat von der Tabakregie zu zahlenden Summe an den türkischen Staatsschatz auszusetzen.

Es wäre daher sehr wünschenswert, daß hierüber ein Abkommen zwischen den interessierten Mächten rechtzeitig zustande komme.

Es würde gleichfalls gut sein, gemeinschaftlich eine gleichlautende Erklärung der Regierungen auszuarbeiten, um die Finanzkreise und Banken aufzufordern, sich aller Vorschüsse und Beihilfen gegenüber der Türkei zu enthalten, unter dem Hinweise, daß diese Operationen Gefahr laufen würden, gegebenenfalls des Schutzes ihrer zuständigen Regierung beraubt zu sein, solange die Pforte die von ihr auf der Londoner Konferenz eingegangenen Verpflichtungen nicht achtet.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 120/121

Nr. 13890

Der englische Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 9. November 1913

Meine Regierung hat von der griechischen Regierung eine Mitteilung erhalten mit der Bitte, die Ententemächte möchten die Türkei drängen, dem gegenwärtigen unentschiedenen Zustande ein Ende zu machen. Die griechische

Regierung bemerkt, daß der Londoner Vertrag von Griechenland unter einem Drucke unterzeichnet wurde, während es bei weitem vorgezogen haben würde, alle ausstehenden Fragen mit einem Male zu erledigen. Griechenland glaubt daher, einen Anspruch auf die Unterstützung der Mächte zu haben.

Die griechische Regierung hebt ferner hervor, daß die türkischen Vertreter mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattete Bevollmächtigte und mithin befähigt sind, sowohl zu verhandeln wie zu unterzeichnen; daß die ottomanische Regierung jedoch nichtsdestoweniger darauf besteht, Fragen, die in Athen eine befriedigende Lösung gefunden haben, von neuem aufzurollen. Die Mitteilung fügte hinzu, daß das Land infolge der eingetretenen Verzögerungen erbittert und nervös geworden sei, und daß, wenn die Lage noch lange andauere, sie sich zu einer Gefahr auswachsen würde, und zwar besonders hinsichtlich der Unsicherheit, die in bezug auf eine Verständigung zwischen Bulgarien und der Türkei bestände.

Sir E. Grey hat mich beauftragt, Sie von dieser Mitteilung der griechischen Regierung in Kenntnis zu setzen und Sie zu bitten, mich die Ansichten der Kaiserlichen Regierung über die an die griechische Regierung zu erteilende Antwort wissen lassen zu wollen.

Da ich Sie nicht am Sonntag stören möchte, werde ich, wenn Sie erlauben, morgen früh bei Ihnen vorsprechen, um Ihre Meinung zu hören.

W. E. Goschen

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 139/140

Nr. 13 913

Aide-mémoire

Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville am 4. September 1913 übersandt
Reinschrift

Berlin, 4. September 1913

Lord Granville ist von Sir Edward Grey davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die griechische Regierung den Antrag gestellt hat, ein griechischer Vertreter möge ermächtigt werden, die Kommission für die Festlegung der albanischen Südgrenze zu Informationszwecken zu begleiten. Lord Granville ist beauftragt worden anzufragen, welche Stellung die Kaiserliche Regierung diesem Antrage gegenüber einnimmt unter gleichzeitiger Erinnerung Sr. Exzellenz des Herrn von Jagow an die Tatsache, daß einem von der serbischen Regierung für die albanische Nordgrenze eingegangenen Antrag von den Mächten nicht stattgegeben worden ist.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 175/176

Nr. 13 949

Anlage

(Beschluß der südalbanischen Grenzkommission)

1. Weigerung, jedwede griechische oder albanische Abordnung zu empfangen. Eine Erklärung in diesem Sinne ist bei erster Gelegenheit vom Vorsitzenden der Kommission der Bevölkerung bekanntzugeben und gleichzeitig von den Delegierten ihren Regierungen zur Weiterleitung an die hellenische Regierung mitzuteilen.

2. Während ihrer Untersuchung in den einzelnen bewohnten Ortschaften wird die Kommission von keinem griechischen oder albanischen Zivil- oder Militärbeamten begleitet werden. Eine etwa vorhandene Begleitmannschaft bleibt am Dorfeingang zurück.

3. Die Kommission wird keinen Privatmann empfangen, der sich melden könnte, um seine Dienste anzubieten, wenn sie im Verlaufe ihrer Arbeiten die einzelnen bewohnten Ortschaften besucht.

4. Die Kommission entscheidet im Augenblick des Aufbruches, an welche Plätze sie sich zu begeben gedenkt.

5. Die Kommission hält alle ihre Beschlüsse geheim.

6. Die derzeitig in Athen anwesenden Delegierten, d. h. der deutsche, österreich-ungarische, großbritannische, italienische und russische Delegierte, hatten sich bereits an ihre Regierungen mit der Bitte gewandt, bei der hellenischen Regierung vorstellig zu werden, um ein Verbot für alle Journalisten zu erwirken, das von der Kommission zu erforschende Gebiet während der Arbeit dieser letzteren zu betreten. Da bis heute keine Antwort eingegangen ist, verpflichten sich die Delegierten förmlich, keine Beziehungen mit Journalisten zu unterhalten und ihnen keinerlei Mitteilungen zu machen. Sie werden ihren Angestellten im gleichen Sinne gehaltene Befehle erteilen. Für den Fall, daß es infolge der Anwesenheit der Journalisten zu Schwierigkeiten kommen sollte, behalten sich die Delegierten das Recht vor, darüber an ihre Regierungen zu berichten.

7. Zur Erleichterung der Arbeiten der Kommission und zur Durchführung obiger Beschlüsse sowie zur Vermeidung jedweder Kundgebung oder drohenden Haltung seitens der Bevölkerung, einerlei welcher Nationalität, hält es die Kommission für ratsam, die vorgenannten Beschlüsse durch Vermittlung der sechs in der Kommission vertretenen Regierungen der hellenischen Regierung zu notifizieren und dieselbe aufzufordern, als landbesetzende Macht ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit nichts die Arbeiten der Kommission stören möge.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 189/190

Nr. 13 963

Anlage

Den Vertretern der sechs Großmächte in Athen übereichte Note

Athen, den 22. Oktober/4. November 1913

Indem sie auf das nachdrücklichste gegen die Meldung Einspruch erhebt, sie habe die Bevölkerung mehrerer Dörfer durch Schreckmittel eingeschüchtert und so die Kommission zur Bestimmung der hellenisch-albanischen Grenze an der Feststellung der Muttersprache verhindert, glaubt die Regierung Seiner Hellenischen Majestät darauf hinweisen zu sollen, daß der Ausbruch der patriotischen Gefühle bei den Bevölkerungen in den von der Kommission besuchten Gegenden so ganz aus eigenem Antriebe erfolgte, daß er, um sich kundzutun, keiner weiteren Beihilfe bedurfte. Die Vorgänge, die sich in Koritza und den anderen Ortschaften abgespielt haben, und durch welche die gesamte Bevölkerung in einem unbezwinglichen Drange angetrieben wurde, von ihrer nationalen Gesinnung Zeugnis abzulegen, haben der internationalen Kommission zur Genüge beweisen müssen, wie stark die Bande waren, die jene oben erwähnten Völkerschaften mit dem angestammten Vaterlande verknüpften.

Leider hat sich die Kommission vom Beginne ihrer Arbeiten an zur Feststellung, welche Sprache gesprochen wird, darauf beschränkt, sich an das alleinige Zeugnis von über sechzig Jahre alten Frauen zu halten, ein Verfahren, das offenbar weit davon entfernt ist, den in London getroffenen Entscheidungen zu entsprechen. Andererseits haben einige der Herren Kommissare für gut befunden, in die Behausungen mehrerer Einwohner einzudringen, Jahrhunderte alten Gebräuchen zuwider, die Fremden den Zutritt zu den Frauen verbieten. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen die Bevölkerung in ihrer Furcht, geopfert zu werden, verstimmt und in Aufregung versetzt wurde. Über-

dies ließen sich die Delegierten von einem zahlreichen Aufgebot albanischer Kawassen und Beys begleiten, von denen einige in üblem Rufe standen und eine lebhafte Propaganda gegen den Hellenismus trieben. Diese Kawassen drängten die muselmanischen Albanen, zu erklären, sie würden von den hellenischen Behörden unterdrückt und seien durch die Furcht vor den hellenischen Bajonetten gezwungen, ihre wahren Gefühle zu verbergen.

Endlich ist ein Angehöriger einer der Delegationen auf frischer Tat dabei ertappt worden, wie er die von den Bauern erteilten Antworten in seiner Übersetzung in einer völlig irrigen Weise wiedergab.

Wie vorauszusehen, wurde so die Ausführung der der Kommission gestellten Aufgabe schwierig, und so ist denn auch das anfänglich angenommene Arbeitsverfahren abgeändert worden. Wenigstens ist dies den Nachrichten zu entnehmen, die am 13. Oktober beim Ministerium eintrafen, und wonach die in den Dörfern Vodista und Gostiwitzi angestellten Erhebungen in vollkommener Ordnung und zur völligen Zufriedenheit der Kommission vonstatten gegangen sind.

Wenn die Arbeiten der Kommission sich über den 30. November (neuen Stiles) hinziehen sollten, so kann die Königliche Regierung in keinem Falle hierfür verantwortlich gemacht werden. Denn sie hat nicht verfehlt, ihren Behörden rechtzeitig die strengsten Befehle zur Erleichterung der Aufgabe der internationalen Kommission zu erteilen, und sogar in diesen Tagen noch ihre ersten Weisungen auf das nachdrücklichste erneuert. Den Gesandtschaften Seiner Majestät bei den sechs Großmächten, die auf den nach London zur Behandlung der epirotischen Frage einberufenen Versammlungen vertreten waren, sind die in Rede stehenden Befehle mitgeteilt worden.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 198

Nr. 13970

Aide-mémoire

Von der englischen Botschaft in Berlin am 8. November 1913 überreicht
Reinschrift

Berlin, den 8. November 1913

Sir Edward Goschen ist von Sir Edward Grey davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der britische Delegierte bei der südalbanischen Grenzkommission angeregt hat, es sei angesichts der Schwierigkeiten, denen die Kommission bei der Anwendung der Sprachenprobe und der Gewinnung richtiger Schlüsse daraus gegenüberstände, wünschenswert, die auf den Beschlüssen der Botschafterkonferenz beruhenden Vorschriften in einer der tatsächlichen Lage Rechnung tragenden Weise abzuändern. Der britische Delegierte empfiehlt, der Kommission die Ermächtigung zu erteilen, das in Frage stehende Landesgebiet in seiner ganzen Ausdehnung zu bereisen und dabei nicht nur, soweit sie es vermag, die Nationalität der Einwohner zu erforschen, sondern auch die ökonomischen, strategischen und geographischen Verhältnisse des Landes. Am Ende einer solchen Reise hätten dann die Kommissare ihre gemeinsamen Empfehlungen für eine annehmbare Grenze den verschiedenen Regierungen zur Genehmigung vorzulegen.

Nach einer erschöpfenden Besprechung mit seinen Kollegen steht der britische Delegierte unter dem Eindruck, daß es durchaus nicht unmöglich sein würde, auf der oben bezeichneten Grundlage zu einer Übereinkunft zu gelangen, vorausgesetzt, daß Genehmigung erteilt wird, weder auf der Sprachenprobe noch auf der abschnittweisen Ausarbeitung der Grenzlinie zu bestehen.

Sir Edward Goschen ist mitgeteilt worden, daß die Regierung Sr. Majestät dieser Anregung kein geringes Verdienst beimißt, da sie ein brauchbares Mittel

angibt, einer schwierigen Lage zu entgehen und die der Kommission zur Verfügung stehende Zeit aufs beste auszunutzen. Sie wäre daher geneigt, den Vorschlag anzunehmen, wenn die anderen Mächte das Gleiche tun.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 218/219

Nr. 13 990

Aide-mémoire

Von dem englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen am 20. November 1913 überreicht

Reinschrift

Berlin, den 19. November 1913

Der britische Delegierte bei der südalbanischen Grenzkommission hat Sir Edward Grey einen Vorschlag für die Grenzlinie unterbreitet, die nun wie folgt verlaufen würde:

Ausgehend von einem noch endgültig zu bestimmenden Punkte nahe dem Zusammentreffen der südlichen Grenze des Koritzadistriktes und der Grammoskette würde die Linie dem Grammoskamme bis Golo folgen.

Sir Edward Grey ist sich bewußt, daß wegen dieses Anfangsabschnittes der Grenzlinie eine leichte Meinungsverschiedenheit besteht, meint aber, sie könne allem Anscheine nach sehr wohl an Ort und Stelle durch einen Meinungsaustausch zwischen den Delegierten behoben werden.

Von Golo würde sich die Linie in südwestlicher Richtung bis zum Sarandaporosflusse hinabziehen, und zwar zwischen den Dörfern Kukesi und Biltok, und dann diesem Flusse bis zu seiner Vereinigung mit der Viosa folgen. Von hier würde sie südwestlich weiterverlaufen bis zu einem noch zu vereinbarenden Punkte zwischen Caraplana und Tumba. Von hier aus würde sie südlich Sopiki durch Zrimazes führen mit einer Biegung in südwestlicher Richtung bis nahe Ksirovalto, das Griechenland überlassen werden würde, und dann weiter genau nach Süden bis zum Zrimosflusse und Kakavia. Etwas südlich von Kakavia würde die Linie sich nach Südosten neigen und westlich an Kastanjani vorbei und weiter, wieder in genau südlicher Richtung, mit einer Biegung nach Westen durch Murgana in einem nordwestlich gerichteten Bogen bis nahe Stugara führen, von hier einen südöstlichen Bogen bis Kocka beschreiben und von diesem Punkte aus bis nach Kap Stilo verlaufen.

Bei der hier vorgeschlagenen Regelung würde Vlach an Griechenland fallen.

Sir Edward Grey erklärt, daß die vorgeschlagene Grenzlinie natürlicherweise keine endgültige sei, sondern der Erörterung und Änderungen im einzelnen unterworfen bleibe, und zwar insbesondere in betreff des Abschnittes zwischen ihrem Ausgangspunkte und Tumba. Er ist jedoch der Meinung, daß diese Erörterung nur an Ort und Stelle zwischen den Delegierten durchgeführt werden könne, wenn keine Zeit verloren werden solle, und seiner Ansicht nach ist es wichtig, so schnell wie möglich zu einer Lösung der Frage zu gelangen.

Da nach dem Dafürhalten Sir Edward Greys die vorgeschlagene Grenzlinie zum mindesten eine allen Delegierten allgemein annehmbare Grundlage bietet, ist der britische Delegierte ermächtigt worden, in sofortige Verhandlungen über diese Grundlage einzutreten, sobald seine Kollegen gleichlautende Weisungen erhalten haben werden.

Sir Edward Goschen ist beauftragt worden, anzufragen, ob die Kaiserliche Regierung ihrem Delegierten entsprechende Weisung erteilen wird, und zu erklären, daß, wenn sie hierzu bereit ist, es keiner weiteren Beachtung des am 8. d. Mts. der Kaiserlichen Regierung mitgeteilten Vorschlages bedarf.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 263

Nr. 14 025

Aide-mémoire

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, den 30. August 1913

Sir Edward Goschen ist von Sir Edward Grey beauftragt worden, Se. Exzellenz Herrn von Jagow davon in Kenntnis zu setzen, daß von Vizeadmiral Sir C. Burney eingegangene Berichte erkennen lassen, wie die Aufgabe der Admiralskommission in Skutari immer schwieriger wird. Angesichts dieser Tatsache sowie der von einigen Mächten gegen die Ausdehnung der Gerichtsbarkeit der Kommission erhobenen Einwände hält Sir Edward Grey es für dringend erforderlich, daß die internationale Kontrollkommission sobald wie möglich ihr Amt antrete. Er hofft daher bestimmt, daß der deutsche Vertreter bei der Kommission die Weisung erhalten wird, ohne unnötige Verzögerung nach Skutari aufzubrechen.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 264

Nr. 14 026

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, den 1. September 1913

Wie ich Ihnen gestern abend sagte, stimme ich vollkommen mit Sir Edward Grey darin überein,, daß die internationale Kontrollkommission für Albanien so bald wie möglich ihr Amt antreten müßte. Generalkonsul Winckel, der deutsche Delegierte, verbringt jetzt seinen Urlaub in Deutschland. Ich habe ihm telegraphiert, sofort nach Berlin zu kommen, um seine Weisungen zu empfangen und unverzüglich nach Skutari aufzubrechen. Ich hoffe, daß er noch im Laufe dieser Woche dort eintreffen kann.

Jagow

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 267/268

Nr. 14 030

Anlage

(Englische Notiz)

Berlin, den 8. September 1913

Sir Edward Grey fürchtet ihm zugegangenen Nachrichten zufolge, daß es in einigen Teilen Albaniens, auf jeden Fall aber in dem Gebiet um Skutari, zu ernsten Unruhen kommen wird, wenn nicht bald die eine oder die andere Art von Regierung eingesetzt wird.

Gegen den Vorschlag, die Verwendbarkeit der internationalen Streitkräfte in Skutari auszudehnen, sind Bedenken erhoben worden, und auch die Regierung Seiner Majestät hat kein besonderes Interesse, sich darum zu bemühen, sie ist vielmehr darauf aus, den britischen Admiral und die britische Streitmacht zurückzuziehen, sobald dies nach Ansicht der Mächte ohne Nachteil geschehen kann.

Nun ist es aber bei dieser Lage der Dinge von wesentlicher Bedeutung, daß die Kontrollkommission sobald wie möglich nach Albanien gelange. Die Regierung Sr. Majestät wird bei dieser Sache nicht in besonderem Maße in Mitleidenschaft gezogen, aber da die Dinge einem Zustande entgegenzutreiben scheinen, wo die Mächte sich einer höchst unliebsamen Lage und ernsten Un-

ruhen in Albanien gegenüber sehen könnten, ist Sir Edward Grey der Ansicht, daß im allgemeinen Interesse der Aufbruch der Kontrollkommission und die Einrichtung der Gendarmerie soviel wie möglich beschleunigt werden sollten. Wenn für die internationalen Streitkräfte keine weitere Verwendung in Frage kommt, als nur für die Besetzung von Skutari selbst, so sollte, meint Sir Edward Grey, eine in bestimmterer Form gehaltene Verständigung darüber herbeigeführt werden, wann und wie sie zurückgezogen werden sollen.

Sir Edward Grey ist bereit, jeder Politik, die von den anderen Mächten vorgeschlagen wird oder sich ihnen empfiehlt, zuzustimmen.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 271/272

Nr. 14 035

Note

Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt überreicht

Berlin, den 23. September 1913

Nach Ansicht der Regierung Sr. Majestät deutet alles auf eine zunehmende Unsicherheit in Albanien hin, eine Unsicherheit, die gegebenenfalls zu ernsten Unruhen in Albanien selbst und zu Verwickelungen an der Grenze führen muß, wo sie diese jeden Augenblick überstürzt herbeiführen kann. Nichts geschieht, um eine Besserung herbeizuführen. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Ortsbehörden sich in Zersetzung befinden, und die Kommission, deren Aufgabe es war, die Mächte zu beraten und bis zur Errichtung einer endgültigen Regierung eine Kontrolle über die einheimischen Behörden auszuüben (gemäß Abschnitt 7 der von der Botschafterversammlung am 29. Juli angenommenen Formel), kann nicht in Wirksamkeit treten, weil ihr österreichisches Mitglied noch nicht ernannt ist. Gleichzeitig werden gegen jede ausgedehntere Verwendung der Admirale und der internationalen Streitkräfte in Skutari Einwendungen erhoben. Unter diesen Umständen ist die Stellung der letzteren kaum eine würdige zu nennen. Sie werden in Untätigkeit erhalten, und man trifft keinerlei Maßnahmen, die sie in den Stand setzen könnten, ihre beschränkten Befugnisse einer anderen Behörde zu übertragen. Vor einiger Zeit hat Sr. Majestät Regierung erklärt, daß sie den Admiral Burney nicht auf unbestimmte Zeit in Skutari belassen könne. Sie wird sich daher genötigt sehen, den Admiral und die gesamte britische Streitmacht unverzüglich zurückzuberufen, wenn sich nicht einige Aussicht zeigt, daß es mit den Kommissaren vorwärts geht.

Lord Granville ist von Sir Edward Grey beauftragt worden, Sr. Exzellenz, dem Herrn von Jagow, vor Augen zu führen, in welch ernster Weise die Regierung Sr. Majestät die Lage betrachtet, und zu betonen, daß, wenn die Kommissare an Ort und Stelle wären, sie sich mit den albanischen Ortsbehörden in Verbindung setzen, sie aneifern, beaufsichtigen und beraten könnten. Gegenwärtig ist niemand vorhanden, der auch nur mit den einheimischen Behörden zu verkehren vermöchte, und es erscheint den Admiralen und den internationalen Streitkräften in Skutari nicht angemessen, daß man sie dort als Zuschauer der wachsenden Unruhen beläßt, die sie nicht einmal in der Nachbarschaft Skutaris zu verhindern befugt sind, und gegen die ihr Schutz keine Abhilfe zu schaffen vermag. Dies ist jedenfalls der Standpunkt der Regierung Sr. Majestät hinsichtlich des Admirals Burney und der britischen Streitmacht in Skutari.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 278

Nr. 14 038

Anlage

Berlin, den 28. September 1913

Die Regierung Seiner Majestät hat von der russischen Regierung folgende Vorschläge erhalten:

1. Die Kontrollkommission möge innerhalb der nächsten vierzehn Tage nach Albanien aufbrechen und die Admirale von ihren Posten in Skutari ablösen.

2. Im Hinblick auf die von gewissen Mächten gegen Skutari als Versammlungsplatz erhobenen Bedenken solle die Kommission in Valona zusammenkommen.

3. Die Kommission möge beauftragt werden, nach Anstellung der erforderlichen Erhebungen an Ort und Stelle ein Programm für die Art ihres Vorgehens oder ihre weiteren Arbeiten auszuarbeiten.

Lord Granville ist von Sir Edward Grey davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Regierung Sr. Majestät durchaus bereit ist, diesen Vorschlägen zuzustimmen in der Hoffnung, daß sie allgemeine Annahme finden werden.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 283/285

Nr. 14 046

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt überreicht

Berlin, den 6. Oktober 1913

Die Regierung Sr. Majestät hat von der österreich-ungarischen Regierung eine mündliche Mitteilung erhalten, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß nach wie vor Sitzungen der Admiralskommission in Skutari abgehalten wurden trotz einer von dem österreich-ungarischen Admiral abgegebenen Erklärung, er werde keiner Sitzung mehr beiwohnen, solange nicht die vor kurzem von der Kommission in betreff der Drinbrücke getroffene Entscheidung aufgehoben sei.

Die österreich-ungarische Regierung erklärt, sie vermöge keine von der Kommission getroffene Entscheidung, welcher der österreich-ungarische Admiral nicht zugestimmt habe, als gültig anzuerkennen. Sie schlägt daher vor, die Kommission zurückzuziehen, ohne auf die Bildung und den Zusammentritt des Kontrollkomitees zu warten. Sie schlägt ferner vor, die Verwaltungsfunktionen der Kommission unmittelbar auf die vorläufige Regierung in Valona zu übertragen, während die internationalen Streitkräfte unter dem Oberbefehl des rangältesten Offiziers fortfahren sollen, den militärischen Dienst der Kommission zu versehen.

Admiral Burney erhält Weisung, einen Bericht darüber einzureichen, unter welchen Umständen er sich dazu entschloß, weitere Kommissionssitzungen ohne den österreich-ungarischen Admiral abzuhalten, ein Verhalten, mit dem alle seine anderen Kollegen einverstanden gewesen zu sein scheinen. Nach Eingang dieses Berichtes wird Sir Edward Grey in der Lage sein, darüber zu urteilen, ob dem Admiral Burney eine andere Möglichkeit gegenüber dem wohlerwogenen und anscheinend unbeschränkten Austritt des österreich-ungarischen Admirals gelassen war, und ob es angängig ist, daß eine einzelne Macht das Recht für sich in Anspruch nimmt, die Arbeit der Kommission lahmzulegen, indem sie einfach ihrem Admiral den Befehl erteilt, den Sitzungen nicht mehr beizuwohnen.

Für den Augenblick vermag die Regierung Sr. Majestät nicht anzuerkennen, daß die Kommission ihre Tätigkeit aufgeben kann, ehe nicht die sechs Regie-

rungen von dem Kontrollkomitee die Mitteilung erhalten haben, daß in Skutari eine mit der erforderlichen Amtsgewalt ausgestattete Behörde besteht, welcher der bisher von der Kommission ausgeübte Verwaltungsdienst in geeigneter Weise übertragen werden kann.

Die Regierung Sr. Majestät vermag den Vorschlag nicht zu unterstützen, die internationalen Truppenkontingente in vollkommener Untätigkeit und ohne ihnen angemessene Obliegenheiten in Skutari zu belassen, bis von der albanischen Regierung eine Streitmacht gebildet wurde, die stark genug wäre, sich mit äußeren Feinden in einen Kampf einzulassen. Sie teilt überdies nicht den Glauben an eine ernste Gefahr eines erneuten Angriffes Montenegros auf Skutari. Ebensowenig sind die Umstände, unter denen jetzt der Antrag auf Zurückziehung der Admiralskommission vorgebracht wird, ermutigend für die Hoffnung, daß sich die Truppenkontingente nicht den gleichen Schwierigkeiten gegenübersehen werden, denen die Kommission bei der Erledigung ihrer Obliegenheiten begegnet ist.

Wenn die Regierung Sr. Majestät einwilligt, das einstweilige Verbleiben des britischen Kontingents in Skutari zu gestatten, so geschieht dies in der Voraussetzung, daß das Kontrollkomitee ohne weiteren Aufschub ans Werk geht und eine befriedigende Regelung für die Ablösung der Admirale in Vorlage bringt.

Als die passendste Lösung erscheint Sr. Majestät Regierung das Verbleiben der Admirale in Skutari bis zur Ankunft des Kontrollkomitees in Albanien. Die Admirale könnten dann ihre Amtstätigkeit einstellen, während die internationalen Truppenkontingente, falls dies gewünscht wird, noch eine Zeitlang bleiben würden.

Die Regierung Sr. Majestät wird demgemäß verfahren, wenn diese Ansicht von den anderen Mächten geteilt wird. Sollte jedoch die Abberufung der Admirale beschlossen werden, ehe das Kontrollkomitee ins Leben getreten ist, so würde die Regierung Sr. Majestät nicht in der Lage sein, das britische Kontingent einer von keiner internationalen Behörde kontrollierten vorläufigen albanischen Regierung weiterhin zur Verfügung zu stellen. Sie würde vielmehr das britische Kontingent zugleich mit Admiral Burney sofort zurückziehen.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 289

Nr. 14 050

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, den 14. Oktober 1913

Sir Edward Grey hat mit Überraschung vernommen, daß der deutsche Kapitän von der Admiralskommission in Skutari zurückgetreten ist, ohne daß der Regierung Sr. Majestät oder, soweit es Sir Edward Grey bekannt ist, einer anderen Macht irgendein Grund hierfür genannt oder sonst eine Mitteilung gemacht worden wäre. Gemäß der Mitteilung an die österreich-ungarische Regierung, von der Herr von Jagow am 6. Oktober durch Lord Granville in Kenntnis gesetzt wurde, würde die logische Folgerung die sein, daß Sir Edward Grey die Abberufung des deutschen Kapitäns als eine Andeutung dahin auffaßte, daß nach Ansicht der deutschen Regierung die Admiralskommission, ohne den Zusammentritt der Kontrollkommission abzuwarten, aufgelöst und der britische Admiral sowie das britische Kontingent sofort zurückgezogen werden sollten, wie dies in der obengenannten Mitteilung ausgeführt ist.

Im Hinblick jedoch auf den neuerlichen österreich-ungarischen Vorschlag gibt Sir Edward Grey anheim, eine Entscheidung auszusetzen, bis die Mächte ihre Ansicht über diesen Vorschlag und die dazu von Sir Edward Grey gegebenen Anregungen geäußert haben werden.

Indessen gibt Sir Edward Grey zu bemerken, daß es für die Arbeiten der Kontrollkommission, die ehestens zusammentreten soll, verhängnisvoll sein würde, wenn die Regierung Sr. Majestät oder andere Mächte dem von der österreich-ungarischen und der deutschen Regierung aus Anlaß der Admiralskommission geschaffenen Präzedenzfalle folgen und, so oft sie sich unbefriedigt fühlen, ihre Mitglieder abberufen wollten, ohne sich mit den anderen Mächten auf Erörterungen einzulassen.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 289/290

Nr. 14 051

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, den 14. Oktober 1913

Mit Bezug auf die Mitteilung an die österreich-ungarische Regierung, von der Herr von Jagow am 6. Oktober durch Lord Granville in Kenntnis gesetzt wurde, erhebt Sir Edward Grey gegen den neuerdings von der österreich-ungarischen Regierung gemachten Vorschlag, die Admiralskommission in Skutari aufzulösen, sobald die Kontrollkommission in Valona zusammentritt, keine Einwendungen, vorausgesetzt, daß alle Mächte diesem Vorgehen zustimmen.

Dem in jener Mitteilung gekennzeichneten Standpunkte gemäß würde Sir Edward Grey auch bereit sein, das britische Truppenkontingent nach der Abberufung der Admirale in Skutari zu belassen, falls die Zurückbehaltung der internationalen Streitkräfte von den übrigen Mächten gewünscht werden sollte.

Sir Edward Grey erklärt jedoch, als Bedingung hierfür habe zu gelten, daß sogleich ein Zivilgouverneur oder eine führende Behörde in Skutari von der Kontrollkommission oder doch im Einvernehmen mit ihr ernannt werde. Er hält es ferner für notwendig, daß, bis zum Eintreffen des Zivilgouverneurs, die Mächte eine Entscheidung darüber herbeiführen, welcher Offizier die zeitweilige Zivilkontrolle sowohl wie den Oberbefehl über die internationalen Truppenabteilungen ausüben soll.

Da dem österreich-ungarischen Vorschlage ohne ein Einverständnis zwischen den Mächten nicht stattgegeben werden kann, würde Sir Edward Grey sich freuen, sobald wie möglich eine Antwort von der Kaiserlichen Regierung zu erhalten.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 294

Nr. 14 059

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt überreicht

Berlin, den 21. Oktober 1913

Sir Edward Grey ist von dem britischen Mitgliede der internationalen Kontrollkommission für Albanien benachrichtigt worden, daß diese während ihrer vorbereitenden Sitzung am 16. d. M. die Frage des albanischen Delegierten erörtert und beschlossen hat, ihren Regierungen den Vorschlag zu machen, entweder die bestehenden Lokalbehörden in Valona, Durazzo und Skutari zur Angabe der Namen zweier geeigneter Persönlichkeiten aufzufordern, zwischen denen dann die Kommission durch das Los entscheiden würde, oder aber die Ernennung des albanischen Delegierten einfach der vorläufigen Regierung in Valona zu überlassen.

Sir Edward Grey erklärt, die erste Art des Verfahrens vorzuziehen, da sie den Anschein erwecken würde, als werde das ganze Land befragt, wogegen die zuletzt genannte Art geeignet sei, die Stellung der Kommission in den Augen von zwei Dritteln Albaniens zu schädigen.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 301/302

Nr. 14 067

Anlage II

(Bedingungen des Prinzen Wied)

1. Da in Artikel I des Londoner Protokolls über die Verfassung Albaniens vorgesehen ist, daß die Ernennung des Fürsten durch die sechs Mächte zu erfolgen habe, muß zuvörderst ihre Zustimmung zu meiner Kandidatur erlangt werden. Man muß sich also von vornherein vergewissern, daß dieselbe zu keiner Einwendung seitens gewisser Kabinette Veranlassung geben wird.

2. Zustimmung des albanischen Volkes durch Vermittelung der vorläufigen Regierung.

3. Sicherheit, daß Essad Pascha den Willen der Großmächte anerkennt und sich der Entscheidung der vorläufigen Regierung hinsichtlich der Wahl unterwirft.

4. Die Großmächte oder ein Teil von ihnen gewährleisten eine vierprozentige Anleihe von 75 Millionen Franken, die ratenweise bezahlt werden kann.

5. Der Fürst erhält eine Zivilliste von 200 000 Franken, die bis zur Einrichtung eines regelmäßigen Staatshaushaltes aus der Anleihe zu zahlen ist.

6. Das Versprechen, daß die Geltungsdauer der Vollmachten der internationalen Kommission abgekürzt werden kann, wenn die Verwaltung Albaniens genügende Sicherheiten in diesem Punkte bietet.

7. Der Verfassungsentwurf für die Verwaltung Albaniens muß vom Fürsten genehmigt, das parlamentarische Regime darf nicht zugelassen werden.

8. Das regierende Haus bleibt steuerfrei.

9. Die albanische Südgrenze muß in den Hauptpunkten festgelegt sein, damit jeder Streitfall ausgeschlossen bleibt.

ad 9) Dies besagt, daß dieser Grenzverlauf von den Großmächten gegen jede Anfechtung seitens eines anderen Staates sichergestellt sein muß, da der Fürst nicht in die Angelegenheiten der Bestimmung der Südgrenze hineingezogen zu werden wünscht.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 308

Nr. 14 075

Aide-mémoire

Von dem Sekretär der englischen Botschaft in Berlin H. Gurney am 19. November 1913 dem Auswärtigen Amt überreicht

Berlin, den 18. November 1913

Wie der Geschäftsträger Sr. Majestät in Wien Sir Edward Grey vor kurzem meldete, ist ihm auf dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt worden, daß, nachdem die österreich-ungarische Regierung festgestellt habe, daß keine Macht gegen die Wahl des Prinzen Wied zum Herrscher Albaniens Einwendungen erheben würde, dieser jetzt nach ihrer Meinung die Initiative ergreifen und sich selbst zum Fürsten ausrufen solle.

Der Geschäftsträger Sr. Majestät ist beauftragt worden, Graf Berchtold darauf aufmerksam zu machen, daß die Mächte am 29. Juli eine Formel angenommen hatten, wonach der Prinz von den sechs Mächten ernannt werden sollte. Er könnte sich also daher nicht selbst ausrufen, da seine Kandidatur den

Mächten nicht förmlich vorgeschlagen wurde und sie ihn infolgedessen noch nicht formell gewählt hatten. Der Geschäftsträger Sr. Majestät war beauftragt worden, darum zu bitten, daß Graf Berchtold den Mächten einen förmlichen Vorschlag hierüber mache.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 309/310

Nr. 14 078

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 2 Valona, den 21. November 1913

Euerer Exzellenz beehre ich mich gehorsamst zu melden, daß die Internationale Kontrollkommission in ihrer heutigen Sitzung beschlossen hat, den Regierungen der sechs Mächte folgendes mit der Bitte um Prüfung und Entscheidung zu unterbreiten:

„Da die Internationale Kontrollkommission aus mehreren zuverlässigen Quellen erfahren hat, daß die Bevölkerung in den vorübergehend von den griechischen Truppen besetzten albanischen Gebieten bei der Zurückziehung dieser Truppen voller Sorge schwere Unruhen und Gefahren voraussieht, und da ihr ferner bekannt ist, daß diese Bevölkerung sowohl in ihrem christlichen wie in ihrem muselmanischen Teile bewaffnet und von den Gefühlen wechselseitigen Hasses auf das höchste erregt ist, gibt sie einstimmig dem Wunsche Ausdruck, gleich jetzt die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Notwendigkeit der Ergreifung von geeigneten Maßregeln zu lenken, um die Übertragung der gegenwärtig von den griechischen Behörden ausgeübten Machtbefugnisse auf eine neue albanische Behörde, die zu bilden wäre, und die von einer hinreichend starken Exekutivgewalt gestützt werden müßte, sicherzustellen."

. . . . . .

Nadolny

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 318

Nr. 14 088

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 7 Valona, den 4. Dezember 1913
[pr. 11. Dezember]

. . . Die Kommission hat darauf beschlossen, den Mächten folgendes zu unterbreiten:

„Die Internationale Kontrollkommission ist infolge des Vorschlages des italienischen Delegierten, nach Erörterung der Frage, welche Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Zeit der Räumung der albanischen Gebiete durch die griechischen Truppen zu ergreifen seien, übereinstimmend zu der Einsicht gelangt, die beiden einzigen wirksamen Maßregeln würden sein: entweder die sofortige Schaffung eines Gendarmeriekorps in Stärke von mindestens 3000 Mann oder aber die internationale Besetzung der betreffenden Gebiete. Die erstere, obwohl vorzuziehen, ist abhängig von der Zeit (einige Monate), von der

beschleunigten Ankunft der zur Bildung und Führung dieser Gendarmerie bestimmten holländischen Offiziere sowie von den Finanzmitteln, welche die Kommission ganz annäherungsweise auf 3 000 000 Franken veranschlagt."

. . . . . .

Nadolny

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 338/339

Nr. 14 115

Aide-mémoire

Von der englischen Botschaft in Berlin am 14. Januar 1914 mitgeteilt

Berlin, den 10. Januar 1914

Der britische Delegierte bei der Internationalen Kontrollkommission in Albanien hat Sir Edward Grey gegenüber die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn Prinz Wied in Durazzo landen sollte, er seine Aussichten auf Errichtung einer dauerhaften nationalen Verwaltung in Albanien ernstlich gefährden würde. Herr Lamb erklärt, das Gebiet von Durazzo sei ganz und gar in der Gewalt Essad Paschas, dem es, so wenig Zuneigung und Achtung er auch bei seinen Landsleuten genießen möge, doch gelungen sei, sich gefürchtet zu machen, und der augenblicklich die stärkste materielle Kraft in Albanien bilde. Bei einer Landung in Durazzo, so meint Herr Lamb, würde Prinz Wied den Eindruck hervorrufen, daß er seine Sache mit der Person Essads identifiziert habe und sich gänzlich unter dem Einflusse dieses letzteren befinde, während die Zustimmung der österreichischen Regierung zu diesem Schritte ebenfalls Veranlassung zu Mißverständnissen geben könnte. Seine Durchlaucht würde also gleich von Anfang an die Geltung Essads auf Kosten seiner eigenen stärken und könnte sich so sehr wohl in gar nicht langer Zeit mit Essad in einen Kampf um die Vormacht in dem Lande verwickelt sehen, über das er berufen sei zu herrschen.

Was den Vorschlag des Prinzen Wied angeht, er möge von Triest nach Durazzo ebensowohl von einem englischen wie von einem österreich-ungarischen Kriegsschiffe begleitet werden, ist Herr Lamb der Ansicht, daß es vorzuziehen wäre, wenn Seine Durchlaucht in internationaler Begleitung in Albanien einträfe, und daß sein erstes Auftreten in Skutari stattfinden sollte, da dieser Platz als der einzige von der zwischen den beiden hauptsächlichsten „Vorläufigen Regierungen" in Albanien bestehenden Nebenbuhlerschaft nicht berührt werde.

Sir Edward Goschen ist von Sir Edward Grey beauftragt worden, Se. Exzellenz Herrn von Jagow zu bitten, vorstehendes als die Ansicht der Regierung Sr. Majestät enthaltend dem Prinzen Wied gütigst zur Kenntnis bringen zu wollen.

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 344

Nr. 14 121

Der Gesandte im Haag von Müller an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Nr. 8 Haag, den 18. Januar 1914

. . . Der Minister fügte dieser Nachricht folgende Erklärung hinzu mit der Bitte, sie Euerer Exzellenz zu unterbreiten: „Die niederländische Regierung wird endgültig beschließen, Offiziere nach Albanien zur Bildung der Gendarmerie daselbst zu entsenden, wenn die sechs Mächte die Gewähr für die Rechtslage und die materiellen Bedingungen übernehmen, wie sie in dem Reglement, das ihr von der Internationalen Kontrollkommission unterbreitet wurde, festgelegt sind."

. . . . . .

von Müller

Zu Band XXXVI, 1. Hälfte, S. 401

Nr. 14 179

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 141 Belgrad, den 19. Oktober 1913
[pr. 20. Oktober]

Der englische Geschäftsträger ist beauftragt, der serbischen Regierung folgenden Rat zu erteilen: „Eine beruhigende Erklärung darüber abzugeben, daß die in London festgesetzte Grenze geachtet werden wird, und daß die serbischen Truppen sie nur infolge außergewöhnlicher Umstände überschritten haben und sobald wie möglich zurückgezogen werden sollen."

. . . . . .

Griesinger

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 426/428

Nr. 14 203

Anlage

Aide-mémoire

Berlin, den 13. Dezember 1913

1. Sir Edward Grey stellt fest, man könne binnen kurzem auf die Nachricht rechnen, daß die südalbanische Grenzkommission sich über eine Linie geeinigt hätte und ihre Arbeiten infolgedessen zum Abschlusse gekommen seien. Es würde nun insofern eine schwierige Lage entstehen, als die in den Grenzdistrikten wohnende christliche Bevölkerung offenbar entschlossen sei, sich der Einverleibung in Albanien zu widersetzen.

2. Unter diesen Umständen hält es Sir Edward Grey für wesentlich, daß bei der Zurückziehung der griechischen Truppen und der griechischen Verwaltung eine gewisse Truppenmacht verfügbar sei, um das Ausbrechen blutiger Unruhen zu vermeiden. Die Regierung Sr. Majestät teilt den, wie sie glaubt, allgemeinen Widerwillen gegen die Verwendung der internationalen Kontingente hierzu.

3. Die österreich-ungarische Regierung hat, wie Sir Ed. Grey ferner erklärt, die schleunige Bildung einer lokalen Miliz von genügender Stärke angeregt. Auch die vom britischen Delegierten bei der Kontrollkommission eingegangenen Berichte lassen erkennen, daß die holländischen Offiziere anscheinend die Aufstellung einer Truppe von eintausend Gendarmen innerhalb dreier Wochen und mit einem annähernd auf 6000 £ monatlich zu veranschlagenden Kostenaufwande für möglich halten. Sir Edward Grey erklärt, es sei schwierig, sich auf Grund der dürftigen Informationen, die zur Verfügung stehen, eine Meinung über die Durchführbarkeit und Zulänglichkeit dieser Pläne zu bilden. Alles aber deute auf die Notwendigkeit hin, vor dem Eintritt des griechischen Räumungstermins eine hinreichend lange Zeit für angemessene Vorbereitungen zu gewähren.

4. Einem von der Botschafterkonferenz gefaßten förmlichen Beschlusse zufolge könnte diese Räumung korrekterweise nicht vor Ablauf eines Monats, nachdem die Grenzkommission ihre Arbeiten beendet hat, d. h. nicht vor Mitte oder vielleicht sogar Ende Januar, gefordert werden, und nach Ansicht der Regierung Sr. Majestät sind die Mächte förmlich gebunden, keine geringere als diese einmonatliche Frist zu gewähren.

5. Wenn der Augenblick herannaht, wo die Räumung Platz zu greifen hat, werden sich die Mächte vor die Inselfrage gestellt sehen, die ja im Verlaufe der Verhandlungen der Botschafterkonferenz absichtlich mit der südalbanischen Grenzfrage verbunden worden war. Wie erinnerlich, war nur die Einverleibung von Koritza und Stilos in Albanien zugestanden worden, da die Mächte dahin übereingekommen waren, daß die Inseln mit Ausnahme von Tenedos und Imbros an Griechenland fallen sollten. Abgesehen davon, daß die Gerechtigkeit fordert, diesem Übereinkommen jetzt Wirksamkeit zu verleihen, ist Sir Edward Grey der Ansicht, daß diese Art des Vorgehens das beste Mittel an die Hand gibt, die Mitwirkung Griechenlands bei einer allgemeinen Regelung zu erlangen, die unter anderem die Bewältigung der südalbanischen Schwierigkeiten um ein gutes Stück Weges vorwärtsbringen wird.

6. Ohne eine solche Regelung, das liegt klar auf der Hand, gibt es nicht nur Unruhe in Griechenland selbst, sondern es entsteht auch die Gefahr weiterer Unruhen zwischen Griechenland und der Türkei, die dann wieder wichtigere Fragen in Fluß bringen könnten. Es liegt im Interesse aller Mächte mit Einschluß der Türkei, daß nun endlich Frieden auf dem Balkan geschlossen werde. Eine allgemeine Regelung auf der von Herrn Venizelos vorgezeichneten Grundlage erscheint sowohl gerecht wie brauchbar, und die Regierung Sr. Majestät hofft, daß die sechs Mächte sich einverstanden erklären werden, für ihre sofortige Durchführung zusammenzuwirken.

7. Demgemäß ist Sir Edward Grey der Ansicht, die Mächte sollten alsbald nach erfolgter Festsetzung der südalbanischen Grenze Griechenland die Entscheidung darüber mitteilen mit dem Bedeuten, daß sie endgültig angenommen werden muß, und mit der Bitte um bestimmte Zusicherung, daß die Albanien einzuverleibenden Gebiete bestimmungsgemäß bis zu dem angegebenen Zeitpunkte von den griechischen Truppen geräumt sein werden. Gleichzeitig müßten die griechische und die türkische Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden, daß die Mächte beschlossen haben, Griechenland nicht der ganz von Griechen bewohnten Inseln, die es in diesem Kriege eroberte, zu berauben, mit Ausnahme von Tenedos und Imbros, die aus strategischen Gründen an die Türkei zurückfallen sollen. Der Türkei wären von Griechenland hinreichende Sicherheiten dafür zu geben, daß die Inseln nicht befestigt, noch für irgendwelche maritimen oder militärischen Zwecke verwendet werden, sowie daß wirksame Maßregeln zur Verhinderung des Schmuggels zwischen den Inseln und dem türkischen Festlande getroffen werden sollen. Sir Edward Grey ist der Ansicht, die Mächte sollten aus Gründen der Gerechtigkeit der Türkei gegenüber eine gewisse Verantwortung hierfür übernehmen, die bis zu dem Versprechen gehen könnte, sie seien bereit, ihren Einfluß bei Griechenland in einer Weise geltend zu machen, die eine wirksame Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Bedingungen sicherstellen würde.

8. Um der Türkei diese Entscheidung so annehmbar und schmackhaft wie möglich zu machen, hält es Sir Edward Grey für wesentlich, nunmehr seitens der Mächte eine endgültige Regelung des Schicksales der unter italienischer Besetzung befindlichen Inseln zu vereinbaren und der Türkei mitzuteilen. Da Italien die feierlichsten und unbedingtesten Versicherungen für seinen Entschluß abgegeben hat, sich alsbald nach der Erfüllung der Bedingungen des Lausanner Vertrages von den Inseln zurückziehen zu wollen, könnte, falls die Mächte diese Lösung annehmen, der Pforte nunmehr mitgeteilt werden, es sei beschlossen worden, daß alle diese Inseln an die Türkei zurückfallen sollen, unter dem Vorbehalte der Einführung einer brauchbaren Selbstverwaltung unter der Souveränität des Sultans und gewisser Vorkehrungen in bezug auf Befestigungen usw., wie solche hinsichtlich der griechischen Inseln aufzuerlegen sind.

9. Die Regierung Sr. Majestät überläßt sich dem Vertrauen, daß die Mächte den versöhnlichen Charakter werden zu schätzen wissen, in welchem

dieser Kompromiß gehalten ist, zu dem sie sich in Gegensatz zu ihrer anfänglich betonten starken Vorliebe für die Zuteilung aller ägäischen Inseln an Griechenland jetzt im Interesse einer freundschaftlichen Verständigung zwischen den Mächten, deren Annahme Herrn Venizelos dringend empfohlen werden kann, bereit erklärt.

10. Sir Edward Goschen ist beauftragt worden, der ernsten Hoffnung Ausdruck zu geben, die Kaiserliche Regierung werde bereit sein, dem hier gekennzeichneten Verfahren beizutreten, das, soviel die Regierung Sr. Majestät sieht, das einzige ist, das mit einiger Wahrscheinlichkeit zur Regelung einer Frage führen wird, die, solange sie offen bleibt, eine beständige Bedrohung des europäischen Friedens bilden wird und sogar in überraschender Weise eine unliebsame Wendung nehmen könnte.

Diese Befürchtung ist der einzige Beweggrund, der die Regierung Sr. Majestät leitet, wenn sie heute den Mächten einen Vorschlag unterbreitet und ihn auf das nachdrücklichste ihrer Aufmerksamkeit empfiehlt.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 441/442

Nr. 14 217

Note

Vom griechischen Geschäftsträger in Berlin Theotokis am 27. Dezember 1913 dem Auswärtigen Amt überreicht

Athen, den 12./25. Dezember 1913

Wie die Königliche Regierung erfährt, hat die Hohe Pforte der französischen Regierung erklärt, sie könne dem englischen Vorschlage nicht zustimmen und werde auf jede Weise suchen, die von Griechenland besetzten Inseln wiederzunehmen. Nun aber haben der Sultan und die verbündeten Herrscher nicht allein im Artikel 5 des Londoner Vertrages erklärt, daß sie die Sorge, über das Los aller ottomanischen Inseln im Ägäischen Meer, mit Ausnahme der Insel Kreta, zu beschließen, den Herrschern der sechs Großmächte anvertrauen, sondern auch Griechenland und die Türkei haben durch das zu Athen in Bestätigung des Londoner Vertrages unterzeichnete griechisch-türkische Abkommen, als sie sich zur Aufrechterhaltung dieses Vertrages verpflichteten, den Artikel 5, der sich auf die Inseln bezieht, ausdrücklich herangezogen. Da also die Hohe Pforte sich heute ihren formellen Verpflichtungen zu entziehen versucht, hält die hellenische Regierung es für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Großmächte auf diesen Gegenstand zu lenken und sich bei ihnen auf die Tatsache zu berufen, daß, da die Frage der von Griechenland besetzten Inseln einen Verhandlungspunkt der Londoner Botschafterkonferenz in ihrer Sitzung vom 5. August d. J. gebildet und daselbst keine Einwendungen hervorgerufen hat, sie endgültig entschieden worden ist, mit einem einzigen Vorbehalte, nämlich der Neutralitätsbedingung und mit Ausnahme von Imbros und Tenedos.

Als Griechenland vermöge des Londoner Vertrages die Verpflichtung übernahm, es wegen des Loses der Inseln und der Festsetzung der südalbanischen Grenze auf die Entscheidung der Mächte ankommen zu lassen, betrachtete es, wie es dies auch heute noch tut, diese beiden Fragen als eng miteinander verbunden und nur gemeinsam lösbar. Es erachtet es daher als seine Pflicht, die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, von seiner Ansicht und um so wichtigeren Ansicht in Kenntnis zu setzen, da die Mächte durch ihre Beschlüsse in der vorgenannten Sitzung die Verbundenheit dieser beiden Fragen selbst rückhaltlos anerkannt haben.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 446

Nr. 14 220

Notiz

Von der österreich-ungarischen Botschaft am 28. Dezember dem Auswärtigen Amte überreicht

Berlin, den 25. Dezember 1913

Graf Berchtold hat mit dem italienischen Geschäftsträger in Wien, welcher bei ihm eine diesbezügliche Demarche ausführte, nachstehenden Text einer identischen Antwort auf die englische Proposition vereinbart:

„Nach Kenntnisnahme des Vorschlages Sir Edward Greys vom 12. Dezember d. J. erklären sich das Wiener und das römische Kabinett, um den Geist der Versöhnung, der sie beseelt, zu bezeugen, bereit, einer Hinausschiebung des Zeitpunktes für die Räumung des albanischen Gebietes durch die griechischen Truppen bis zum 18. Januar n. J., d. h. 30 Tage nach Abschluß der Arbeiten der Kommission für die Bestimmung der Südgrenze, zuzustimmen.

Nichtsdestoweniger vermögen sich die beiden Kabinette die Gefahren nicht zu verhehlen, welche diese Hinausschiebung des Räumungstermins nach sich ziehen könnte, wenn man bedenkt, daß diese neue Zeitspanne den Aufwieglern das Anstiften von gefährlichen Unruhen in den betreffenden Gegenden erleichtern könnte.

Demzufolge erachten es die österreich-ungarische und die italienische Regierung für unerläßlich, daß die sechs Großmächte der Königlich Hellenischen Regierung eine Mitteilung zugehen lassen, um sie zur Räumung des albanischen Gebietes an dem oben genannten Zeitpunkte anzuhalten und sie für alle etwaigen Unruhen, die daselbst entstehen könnten, verantwortlich zu machen.

Im Hinblick auf die für eine Verständigung über den Räumungstermin gebotene Eile legen die beiden Regierungen Wert darauf, dem Londoner Kabinett schon jetzt ihren in obigem dargelegten Standpunkt, der dem Vorschlage Sir Edward Greys entgegenkommt, bekanntzugeben, und behalten sich vor, auf die Inselfrage zurückzukommen.“

. . . . . .

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 447/448

Nr. 14221

Italienische Fassung für die Antwort der Dreibundmächte auf das englische Aide-mémoire vom 13. Dezember 1913

Von der italienischen Botschaft in Berlin am 28. Dezember 1913 überreicht

Die . . . Regierung willigt ein, daß die Frist für die Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete durch die hellenischen Truppen bis zum 18. Januar (oder einem nahegelegenen Zeitpunkte) verlängert werde. Sie hat sich zu diesem Zugeständnisse entschlossen, um ihre versöhnliche Gesinnung zu bekunden, sowie aus Entgegenkommen für die englische Regierung, und obgleich nach ihrer Ansicht eine derartige Verzögerung nicht frei ist von Gefahren hinsichtlich der Organisation eines bewaffneten Widerstandes gegen die Beschlüsse der Mächte. Die Zustimmung der ... Regierung ist jedoch der Bedingung unterworfen, daß alle sechs Mächte der hellenischen Regierung sogleich den festgesetzten Zeitpunkt mitteilen, indem sie sie auffordern, an dem obengenannten Zeitpunkte zur Zurückziehung ihrer Truppen zu schreiten, und sie für alle Folgen ihres etwaigen entgegengesetzten Verhaltens verantwortlich machen. Die Mächte könnten bei dieser Gelegenheit die griechische Regierung wissen lassen, daß, falls sie sich beeilen sollte, diesen Beschlüssen nachzukommen, ihre Haltung bei

der Prüfung der verschiedenen Fragen, soweit sie hellenische Interessen berühren, eine wohlwollende Berücksichtigung finden werde.

Die . . . Regierung beeilt sich hierdurch, Antwort zu erteilen auf Punkt D und Abschnitt 1 des Punktes G, die als die dringendsten in dem englischen Vorschlage angesehen werden.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 456

Nr. 14 229

Anlage

Aide-mémoire

Nach Kenntnisnahme des Vorschlages Sir Edward Greys vom 12. Dezember d. J. erklärt sich das Berliner Kabinett, um den Geist der Versöhnung, der es beseelt, zu bezeugen, bereit, einer Hinausschiebung des Zeitpunktes für die Räumung des albanischen Gebietes durch die griechischen Truppen bis zum 18. Januar n. J., d. h. 30 Tage nach Abschluß der Arbeiten der Kommission für die Bestimmung der Südgrenze, zuzustimmen.

Nichtsdestoweniger vermag sich das Berliner Kabinett die Gefahren nicht zu verhehlen, welche diese Hinausschiebung des Räumungstermins nach sich ziehen könnte, wenn man bedenkt, daß diese neue Zeitspanne den Aufwieglern das Anstiften von gefährlichen Unruhen in den betreffenden Gegenden erleichtern könnte.

Demzufolge erachtet es die Kaiserliche Regierung für unerläßlich, daß die sechs Großmächte der Königlich griechischen Regierung eine Mitteilung zugehen lassen, um sie zur Räumung des albanischen Gebietes an dem oben genannten Zeitpunkte anzuhalten und sie für alle etwaigen Unruhen, die daselbst entstehen könnten, verantwortlich zu machen. Die Mächte könnten bei dieser Gelegenheit die griechische Regierung wissen lassen, daß, falls sie sich bestreben sollte, diesen Beschlüssen nachzukommen, ihre Haltung bei der Prüfung der verschiedenen Fragen, soweit sie hellenische Interessen berühren, eine wohlwollende Berücksichtigung finden werde.

Im Hinblick auf die für eine Verständigung über den Räumungstermin gebotene Eile legt die Kaiserliche Regierung Wert darauf, dem Londoner Kabinett schon jetzt ihren in obigem dargelegten Standpunkt, der dem Vorschlage Sir Edward Greys entgegenkommt, bekanntzugeben, und sie behält sich vor, auf die Inselfrage zurückzukommen.

London, den 31. Dezember 1913.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 464/465

Nr. 14 239

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 21 Berlin, den 6. Januar 1914
[abgegangen am 7. Januar]

Die Botschafter Österreichs und Italiens waren von ihren Regierungen ermächtigt worden, die Antwort auf die Proposition Sir Edward Greys hinsichtlich der Inselfrage mit mir zu vereinbaren. Wir sind heute über folgenden ungefähren Tenor übereingekommen: „Deutschland willigt ein, daß die von Griechenland besetzten Inseln des Ägäischen Meeres — mit Ausnahme von Imbros und Tenedos — Griechenland zugeteilt werden unter der Bedingung, daß die griechischen Truppen bis zum 18. Januar die Albanien zugesprochenen Gebiete geräumt haben und die hellenische Regierung die Verpflichtung über-

nimmt, soweit es in ihrer Macht steht, jeden Widerstand gegen den von den Mächten in Südalbanien geschaffenen Zustand zum Aufhören zu bringen. Es folgt hieraus, daß die Überweisung der Inseln an Griechenland erst nach Erfüllung der oben genannten Bedingungen in Kraft tritt.

Deutschland stimmt den in der englischen Note für die Inseln geforderten Sicherheiten zu und schlägt überdies vor, daß von Griechenland weitere Sicherheiten für den Schutz der muselmanischen Minderheiten gegeben werden."

. . . . . .

„Bezüglich des neuesten, den Dodekanes betreffenden Vorschlages Sir E. Greys erklärt Italien sich schon jetzt bereit, diese Inseln an die Türkei zurückzugeben. Es erklärt jedoch, daß der Zeitpunkt der Rückgabe von einer späteren Vereinbarung zwischen diesen beiden Mächten abhängen soll. Deutschland tritt diesem Standpunkte bei."

. . . . . . Jagow

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 476

Nr. 14 253

Anlage

Aide-mémoire

London, den 14. Januar 1914

Deutschland willigt ein, daß die von Griechenland besetzten Inseln des Ägäischen Meeres — mit Ausnahme von Imbros und Tenedos sowie Kasteloritzo — Griechenland zugeteilt werden unter der Bedingung, daß die griechischen Truppen bis zum 18. Januar die Albanien zugesprochenen Gebiete mit Einschluß der Insel Sasseno geräumt haben und die hellenische Regierung die Verpflichtung übernimmt, jeden Widerstand gegen den von den Mächten in Südalbanien geschaffenen Zustand zum Aufhören zu bringen. Es folgt hieraus, daß die Überweisung der Inseln an Griechenland erst nach Erfüllung der oben genannten Bedingungen in Kraft tritt.

Deutschland stimmt den in der englischen Note für die Inseln geforderten Sicherheiten zu und schlägt überdies vor, daß von Griechenland weitere Sicherheiten für den Schutz der muselmanischen Minderheiten gegeben werden.

Bezüglich des neuesten, den Dodekanes betreffenden Vorschlages Sir E. Greys erhält die italienische Regierung ihre Erklärung aufrecht, daß sie bereit ist, diese Inseln an die Türkei zurückzugeben. Sie erklärt jedoch, daß der Zeitpunkt und die Bedingungen der Rückgabe den Gegenstand einer späteren Vereinbarung der beiden Regierungen in Gemäßheit des Lausanner Vertrages bilden sollen.

Die deutsche und die österreich-ungarische Regierung sind mit diesem Standpunkte einverstanden.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 478/480

Nr. 14 256

Anlage I

Foreign Office, den 23. Januar 1914

Ich beehre mich, den Empfang der vom 14. Januar datierten Note zu bestätigen, die mir im Auftrage von Euerer Exzellenz Regierung wegen der Ägäischen Inseln und der südalbanischen Grenze zugestellt wurde, und meine Befriedigung über den Inhalt der Antwort der deutschen Regierung auf die Vorschläge der Regierung Sr. Majestät für die Lösung dieser Fragen zum Ausdruck zu bringen. Ich habe nunmehr die Ehre, folgende Bemerkungen zu der oben erwähnten Note vorzutragen.

Mit Bezug auf Paragraph 1 der Note, wo die Regierung Euerer Exzellenz einwilligt, daß die unter griechischer Besetzung befindlichen Ägäischen Inseln — mit Ausnahme von Imbros, Tenedos und Kasteloriso — unter der Bedingung von Griechenland behalten werden sollen, daß es mit dem 18. Januar die Albanien zugesprochenen Gebiete räumt, ist zu sagen, daß, da der genannte Zeitpunkt bereits vorüber ist, die Worte „bis zum 18. Januar" durch einen anderen Ausdruck wie etwa „sobald wie möglich" oder aber die Angabe eines neuen Datums oder neuer Daten ersetzt werden müssen. Als eine weitere Bedingung für diese Einwilligung wird von der deutschen Regierung noch vorgeschlagen, „daß die hellenische Regierung die Verpflichtung übernimmt, jeden Widerstand gegen den von den Mächten in Südalbanien geschaffenen Zustand zum Aufhören zu bringen". Der Wortlaut dieser Bedingung scheint in den Augen der Regierung Sr. Majestät einer gewissen Abänderung zu bedürfen, insofern, als die griechische Regierung gerechterweise nicht für etwaige Unruhen in jenen Gegenden verantwortlich gemacht werden könnte, die aus Ursachen stammen, über die sie keine Macht besitzt, wie innere Rivalitäten oder das Treiben eines unabhängigen Abenteurers. Ich möchte daher vorschlagen, die oben angeführte Stelle etwa durch folgende Fassung zu ersetzen: „daß die hellenische Regierung sich verpflichtet, dem von den Mächten in Südalbanien geschaffenen Zustande keinen Widerstand entgegenzusetzen und weder unmittelbar noch mittelbar einen dagegen gerichteten Widerstand, er möge Formen annehmen, welche er wolle, zu unterstützen oder zu ermutigen."

Die Regierung Sr. Majestät ist mit der Forderung der Regierung Euerer Exzellenz einverstanden, daß die endgültige Überweisung der betreffenden Inseln an Griechenland erst nach Erfüllung der oben genannten Bedingungen in Kraft treten soll.

Ebenso stimmt die Regierung Sr. Majestät dem Vorschlage der deutschen Regierung zu, daß von Griechenland Sicherheiten für den Schutz der muselmanischen Minderheiten gegeben werden sollen.

Die Regierung Sr. Majestät nimmt Kenntnis von der Erklärung der italienischen Regierung, daß sie bereit sei, den Dodekanes an die Türkei zurückzugeben, daß aber der Zeitpunkt und die Bedingungen dieser Rückgabe den Gegenstand einer späteren Verständigung zwischen diesen beiden Regierungen in Gemäßheit des Lausanner Vertrages bilden müßten. Ich möchte indessen hervorheben, daß, solange sich eine der Großmächte im Besitze dieser ägäischen Inseln befindet, die Lage eine unregelmäßige bleibt, und daß, wenn es auch für Italien und die Türkei eine Angelegenheit ersten Ranges ist, die Rückkehr dieser Inseln zu letzterer in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Lausanner Vertrages zu regeln, dennoch alle diejenigen Mächte, denen es zufolge dem Zusatzabkommen vom August v. J. überlassen blieb, letzten Endes über das Los dieser Inseln zu entscheiden, ein Interesse an ihrem Schicksale haben.

Zum Schlusse möchte ich vorschlagen, daß die hier im Wortlaute anliegenden zwei Erklärungen, die auf der oben erwähnten Note vom 14. Januar fußen und in dem von mir angeregten Sinne abgeändert sind, von den sechs Mächten in Athen und Konstantinopel übergeben werden, unter der Bedingung des förmlichen Anerkenntnisses seitens der Mächte, daß sie erforderlichenfalls in gemeinsamer Übereinstimmung Schritte tun werden, um ihren Beschlüssen in jedem der beiden in Frage kommenden Länder Achtung zu verschaffen.

(gez.) E. Grey

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 480

Nr. 14 256

Anlage I a

Abschrift

In Artikel 5 des Londoner Vertrages vom 17. (30.) Mai 1913 zwischen der Türkei und den verbündeten Balkanstaaten und ebenso in Artikel 15 des in Athen zwischen der Türkei und Griechenland am 1. November 1913 unterzeichneten Vertrages hat die hellenische Regierung eingewilligt, den sechs Mächten die Entscheidung über das Schicksal der Ägäischen Inseln zu überlassen.

Dementsprechend haben die sechs Mächte beschlossen, Griechenland alle gegenwärtig unter griechischer Besetzung befindlichen ägäischen Inseln zu überweisen, mit Ausnahme von Tenedos und Imbros, die an die Türkei zurückzugeben sind, sowie der Insel Kasteloriso. Die Mächte haben ferner beschlossen, daß hinsichtlich der für Griechenland bestimmten Inseln den Mächten und der Türkei von der hellenischen Regierung hinreichende Sicherheiten dafür gegeben werden sollen, daß diese Inseln weder befestigt, noch für irgendwelche maritimen oder militärischen Zwecke verwendet, sowie daß wirksame Maßregeln getroffen werden, um den Schmuggel zwischen diesen Inseln und dem türkischen Festlande zu verhindern.

Die sechs Mächte haben sich verpflichtet, ihren Einfluß bei der hellenischen Regierung in einer Weise geltend zu machen, die eine gewissenhafte Ausführung und Aufrechterhaltung dieser Bedingungen gewährleistet. Sie bitten ferner darum, daß Griechenland hinreichende Sicherheiten für den Schutz der muselmanischen Minderheiten auf den Inseln, die es gemäß der obigen Entscheidung der sechs Mächte erworben hat, geben möge.

Die endgültige Überweisung der nach dem Beschluß der Mächte in griechischem Besitz zu belassenden Inseln an Griechenland wird erst nach erfolgter Räumung der für Albanien bestimmten Gebiete sowie der Insel Sasseno durch die griechischen Truppen in Kraft treten, und nachdem die griechische Regierung sich förmlich verpflichtet haben wird, dem von den Mächten in Südalbanien geschaffenen Zustande keinen Widerstand entgegenzusetzen und weder unmittelbar noch mittelbar einen dagegen gerichteten Widerstand, einerlei welcher Art, zu unterstützen oder zu ermutigen.

Die sechs Mächte hoffen zuversichtlich, daß obige Beschlüsse die gewissenhafte Beachtung der hellenischen Regierung finden werden.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 481

Nr. 14 256

Anlage I b

Abschrift

Die Hohe Pforte hat sich in Artikel 5 des Londoner Vertrages vom 17. (30.) Mai 1913 zwischen der Türkei und den verbündeten Balkanstaaten und ebenso in Artikel 15 des in Athen zwischen der Türkei und Griechenland am 1. November 1913 unterzeichneten Vertrages verpflichtet, den sechs Mächten die Entscheidung über das Schicksal der Ägäischen Inseln zu überlassen.

Die sechs Mächte haben daraufhin die Sache in sorgfältige Erwägung gezogen und nach erfolgtem Meinungsaustausch beschlossen, daß Griechenland die Inseln Tenedos und Imbros an die Türkei zurückgeben und die übrigen Ägäischen Inseln, die es augenblicklich besetzt hält, in dauerndem Besitze behalten soll. Die Insel Kasteloriso wird ebenfalls an die Türkei zurückgegeben. Die sechs Mächte haben ferner beschlossen, daß den Mächten und der Türkei von Griechenland hinreichende Sicherheiten dafür gegeben werden sollen, daß die Inseln, die es im Besitz behalten wird, nicht befestigt, noch für irgend welche maritimen

oder militärischen Zwecke verwendet, und daß wirksame Maßregeln getroffen werden, um den Schmuggel zwischen den Inseln und dem türkischen Festlande zu verhindern.

Die sechs Mächte verpflichten sich auch, ihren Einfluß bei Griechenland in einer Weise geltend zu machen, die eine tatsächliche Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Bedingungen gewährleistet. Die sechs Mächte werden ferner von Griechenland genügende Sicherheiten für den Schutz der muselmanischen Minderheiten auf den Inseln, die es erwirbt, verlangen.

Die sechs Mächte hoffen zuversichtlich, daß obige Beschlüsse die gewissenhafte Beachtung der ottomanischen Regierung finden werden.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 503

Nr. 14288

Anlage

Aide-mémoire

Von der englischen Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt am 10. Februar übersandt

Berlin, den 10. Februar 1914

Sir Edward Grey erklärt sein Einverständnis mit der neuerdings vorgeschlagenen Fassung der in Athen und Konstantinopel zu machenden Mitteilungen. Er glaubt jedoch, daß, bevor endgültig beschlossen wird, diese Mitteilungen zu machen, die Mächte erwägen sollten, in welcher Lage sie sich befinden werden, wenn Griechenland, von dem positives Handeln verlangt wird, die Annahme des Mächtebeschlusses verweigert oder seine Annahme dieses Beschlusses von einer Verpflichtung seitens der Mächte abhängig macht, ihm den friedlichen Besitz der Inseln nach der vollzogenen Räumung von Epirus zu gewährleisten.

In diesem Falle werden die Mächte entweder die verlangte Verpflichtung eingehen oder zu Zwangsmaßregeln gegen Griechenland greifen oder aber zulassen müssen, daß ihr Beschluß hinsichtlich der Grenze unwirksam bleibt. Die Regierung Seiner Majestät wäre bereit, sich Maßregeln zur Inkraftsetzung des Beschlusses über die südalbanische Grenze anzuschließen, wenn alle Mächte dies tun, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß alle Mächte erforderlichenfalls später ebenfalls zusammengehen, um die Entscheidung hinsichtlich der geforderten Inseln zu treffen.

Nach dem Dafürhalten Sir Edward Greys laufen die Mächte Gefahr, in eine schwierige Lage zu geraten, wenn sie ihre Beschlüsse anderen Staaten amtlich mitteilen, ohne daß irgendeine Abmachung zwischen ihnen darüber getroffen wurde, ob sie gewillt sind, darauf zu bestehen, daß diese Beschlüsse geachtet werden. Er würde sich daher freuen, von den Ansichten Sr. Exzellenz des Herrn von Jagow hierüber unterrichtet zu werden.

Sir Edward Grey möchte weder einer freihändigen Regelung zwischen der Türkei und Griechenland auf dem Wege eines Inseltausches, wie er seinem Vermuten nach an gewissen Stellen angeregt wurde, noch auch einer Berichtigung der südalbanischen Grenze nach erfolgter Überreichung der Mitteilung der Mächte in Athen vermöge einer freien Vereinbarung zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Griechenland, die, wie er hört, von Herrn Venizelos sowohl in Griechenland als auch anderswo erwähnt wurde, die Wege ebnen.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 509

Nr. 14 293

Anlage
Aide-mémoire

Von dem englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen am 12. Februar 1914 überreicht

Berlin, den 12. Februar 1914

Sir Edward Grey hat Sir Edward Goschen davon in Kenntnis gesetzt, daß, da alle Mächte wünschen, sofort eine Mitteilung an Athen und Konstantinopel zu richten, die Regierung Sr. Majestät in ihrem Widerstreben, sich von den übrigen Mächten zu trennen, den britischen Botschafter in Konstantinopel und den britischen Gesandten in Athen angewiesen hat, sich den verschiedenen in diesen Hauptstädten zu machenden Mitteilungen anzuschließen, sobald alle ihre Kollegen die gleichen Weisungen erhalten haben werden. Die Regierung Seiner Majestät ist indessen nicht der Ansicht, daß die britischen Interessen an der gesicherten Räumung von Epirus durch Griechenland, noch an der Entscheidung über griechischen und türkischen Inselbesitz beteiligt seien. Das Ziel, das die Regierung Sr. Majestät bei der Befürwortung dieser Regelung, deren beide Teile sie als voneinander abhängig ansieht, verfolgte, war die Aufrechterhaltung der Einheit zwischen den Mächten.

Sollten sich für die Erlangung der Annahme des Beschlusses über die südalbanische Grenze oder desjenigen über die Inseln Schwierigkeiten herausstellen, so darf die Regierung Sr. Majestät auf Grund der nunmehr an Athen und Konstantinopel gelangenden Mitteilungen nicht für verpflichtet erachtet werden, weiteren Schritten beizutreten; es sei denn, daß zwischen allen Mächten Einvernehmen darüber herrsche, die Verantwortung, beiden Beschlüssen Achtung zu verschaffen, zu teilen. Ohne ein solches Einvernehmen muß sich die Regierung Seiner Majestät ihre künftige Haltung hinsichtlich dieser Beschlüsse vorbehalten.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 553/554

Nr. 14 347

Notenentwurf

Vom russischen Botschafter in Berlin Sverwejew am 10. April 1914 überreicht

Der unterzeichnete russische Gesandte in Athen ist von der Kaiserlichen Regierung beauftragt, Seiner Exzellenz dem Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Griechenlands folgende Mitteilung zu machen: Die Kaiserlich Russische Regierung weiß den Wert der Versicherungen zu schätzen, welche die griechische Regierung in ihrer Note vom . . Februar d. J. betreffend die Ausführung der gemeinsamen Mächtebeschlüsse über die albanischen Grenzen und die Zuteilung der Inseln im Ägäischen Meer gegeben hat. Sie nimmt die von der griechischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen zur Kenntnis, mit der Räumung der von ihren Truppen besetzten, Albanien zugesprochenen Gebiete zu beginnen; weder mittel- noch unmittelbar irgendwelchen Widerstand gegen den von den Mächten in Südalbanien geschaffenen Zustand zu unterstützen; der Türkei die Inseln Imbros, Tenedos und Kasteloriso zurückzugeben; die Annahme des für die Abtretung der Insel Sasseno erforderlichen Gesetzes zu erlangen; den muselmanischen Minderheiten auf den ihr zugeteilten Inseln alle erwünschten Sicherheiten zu gewähren. Bei der Notifizierung ihrer Zustimmung zu den Entscheidungen der Mächte hat die griechische Regierung eine gewisse Anzahl von Wünschen vorgebracht, die inzwischen den Gegenstand einer aufmerksamen Prüfung durch die sechs Regierungen gebildet haben. Es ist bereits von der internationalen albanischen Kontrollkommission beschlossen

worden, daß den Völkerschaften dieses Staates in seiner ganzen Ausdehnung vollkommene Gleichheit hinsichtlich der Rechte der verschiedenen Religionen und des Gebrauches aller Sprachen zugesichert werden würde. Die Kaiserliche Regierung erklärt sich mit denen der übrigen Mächte bereit, allen ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der von der albanischen Kontrollkommission aufgestellte Grundsatz zur praktischen Ausführung gebracht werde, und daß wirksame Maßregeln den albanischen Völkerschaften ihre materiellen und moralischen Vorteile sichern, besonders aber den Völkerschaften in den von den griechischen Truppen zu räumenden Gebieten. Sie ist geneigt, der albanischen Regierung im Verein mit denen der übrigen Mächte zu empfehlen, die von der griechischen Regierung hinsichtlich der Einstellung von ortsangesessenen Mannschaften in die südalbanische Gendarmerie gegebene Anregung in Erwägung zu ziehen. — Die Kaiserliche Regierung ist wie die der übrigen Mächte gleichfalls bereit, ihren ganzen Einfluß bei der türkischen Regierung dahin geltend zu machen, daß die griechischen Völkerschaften der Inseln Imbros, Tenedos und Kasteloriso unter der ottomanischen Herrschaft die für den Schutz ihrer Religions- und Unterrichtsinteressen erforderlichen wirksamen Sicherheiten erhalten, und daß die Insel Kasteloriso eine besondere staatliche Einrichtung, wie sie späterhin für den Dodekanes festgesetzt werden wird, genieße. — Da von der Botschafterversammlung in London der Grundsatz der Neutralisierung des Kanals von Korfu aufgestellt worden ist, erklärt sich die Kaiserliche Regierung wie die der übrigen Mächte gleichfalls bereit, sich an einem internationalen Abkommen zur Feststellung der Bedingungen hierfür zu beteiligen. — Zwischen verschiedenen Mächten und der griechischen Regierung ist es zu einer Vereinbarung über eine etwaige Berichtigung der griechisch-albanischen Grenze in der Gegend von Argirokastro gekommen. Die Kaiserliche Regierung erklärt wie die übrigen Mächte, gegen die Verwirklichung des Grenzberichtigungsplanes keine Bedenken zu hegen. — Hingegen erklärt die Kaiserliche Regierung, sich an die Grenzführung zu halten, die von den Regierungen für die Gegend von Koritza angenommen wurde, ohne dagegen Einspruch zu erheben, daß bei der endgültigen Festsetzung der Grenze geprüft werde, ob die Wünsche der griechischen Regierung sich mit den in dieser Grenzführung angegebenen Richtungen vereinigen lassen. — Was endlich die Griechenland zugeteilten Inseln im Ägäischen Meer angeht, so erklärt sich die Kaiserliche Regierung wie die der übrigen Mächte bereit, ihren ganzen Einfluß bei der Hohen Pforte dahin geltend zu machen, daß die hellenische Regierung in dem Besitze dieser Inseln nicht gestört werden kann, sowie daß der ihre Neutralisierung betreffende Gesamtbeschluß Europas von der ottomanischen Regierung geachtet werde. —

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 576

Nr. 14 381

Anlage

Neue von Herrn Varatassi von Mufid Bey geforderte Zugeständnisse

1. Ein orthodoxer, von den „Aufständischen“ genehmigter Inspekteur für die Sandschaks Koritza und Argyrokastro. Condonriotis, de Hydra, geborener Albanier, Bruder des Admirals, — zum Beispiel — würde angenommen werden.

2. Trennung der Verwaltung der Sandschaks Koritza und Argyrokastro in dem Sinne, daß die muselmanische Bevölkerung in diesen Sandschaks den Sandschaks Berat und Valona einverleibt wird, damit nur die Orthodoxen in den beiden ersteren verbleiben.

3. Die Amtssprache für die öffentlichen Dienste in beiden Sandschaks soll nebeneinander griechisch und albanisch sein.

4. Die Gendarmerieoffiziere der beiden Sandschaks sollen nach Möglichkeit orthodox sein.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 579/580

Nr. 14385

Notiz

Von dem österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Szögyényi am 16. Mai 1914 überreicht

Berlin, den 16. Mai 1914

. . . . . .

Nach langen Beratungen, am 11. und 12. d. Mts., sei beschlossen worden, folgende Formel den Mächten zu unterbreiten:

„Die Durchführung und Aufrechterhaltung der für die Organisation der beiden südlichen Provinzen getroffenen Bestimmungen sind gegenwärtig der Kontrollkommission übertragen.

Dieselbe wird gleichfalls die Abgrenzung und administrative Unterteilung dieser Provinzen wahrnehmen, die, wenn einmal ins Leben gerufen, nicht mehr ohne die Zustimmung der Mächte abgeändert werden dürfen.

Die Mächte übernehmen die Gewähr für die Durchführung und Aufrechterhaltung obiger Bestimmungen."

. . . Marquis di San Giuliano habe . . . demselben folgendes geantwortet:

Es scheint mir notwendig, eine Lösung zu finden, die das Ansehen und die Autorität der albanischen Regierung mit einer gewissen Garantie seitens der Kontrollkommission vereinigt. Diese Garantie könnte den Charakter einer mehr oder weniger weiten Auslegung einiger Artikel des Verfassungsstatutes annehmen. Alsdann würde es sich empfehlen, diese Garantie von den internationalen Befugnissen der Londoner Konferenz herzuleiten, die sich nicht auf Epirus allein, sondern auf ganz Albanien erstrecken und in dem der Kontrollkommission erteilten Auftrage zur Abfassung der albanischen Verfassung ihren praktischen Ausdruck finden. Auf diese Weise wird die Gefahr regionaler Vorrechte vermieden.

. . . . . .

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 752

Nr. 14556

Anlage

Wir wünschen lebhaft, die Inselfrage mit Griechenland auf gütlichem Wege zu regeln. In der Absicht haben wir, dem persönlichen Verlangen des Herrn Venizelos folgend, den Austausch der zum Dodekanes gehörigen Inseln Psara, Kariot, Levitha, Astropalia, Karpathos, Kachot gegen Mytilene und Chios vorgeschlagen. Der griechische Ministerpräsident hat unserem Gesandten erklärt, daß unser Vorschlag nicht als Grundlage für eine Verständigung dienen kann. Wir sind der Ansicht, daß Griechenland, dessen Gebietsstand sich durch seine Erwerbungen verdoppelt hat, uns mit Leichtigkeit diese beiden Inseln überlassen kann, um durch Aufrichtung von Beziehungen guten Einvernehmens mit der Kaiserlichen Regierung seine mannigfachen Interessen zu wahren.

Ich bitte Euere Exzellenz, sich zu erkundigen, ob Seine Majestät der Kaiser in seiner wohlwollenden Fürsorge für unser Land und im wahren Interesse Griechenlands geruhen würde, seine erhabene Vermittelung für eine gerechte Regelung dieser Frage zu verwenden. —

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 767/768

Nr. 14575

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 Athen, den 27. April 1914
Geheim

. . . . . .

Unter der von ihm als Bedingung erwähnten „Respektierung des ab antiquo auf dem Dodekanes bestehenden Zustandes" versteht Veniselos Anerkennung folgender Privilegien:

1. Örtliche Verwaltung einer jeden Insel durch die Volksbeauftragten (Demogeronten), die auch die Gerichtsbarkeit ausüben sollen.
2. Fester jährlicher Grundzins.
3. Befreiung vom Militärdienst.

Im übrigen übergab mir Veniselos noch folgende schriftlich von ihm fixierte Erklärung:

„Um ihren aufrichtigen Wunsch zu bezeugen, das Bündnis auf einer noch festeren Grundlage abzuschließen, und im Hinblick auf die Reibungsgefahren, die künftighin das gute Einvernehmen zwischen den beiden Ländern trüben könnten, würde die Königliche Regierung sich nicht weigern, für den Fall, daß die Türkei auch weiterhin die Gleichartigkeit der Bevölkerung in Thrazien anstreben sollte, dem Austausche der griechischen Bevölkerung in Thrazien gegen die muselmanische Bevölkerung in Mazedonien grundsätzlich zuzustimmen, und zwar vermittels eines Abkommens zwischen den beiden Regierungen, das namentlich auch den Austausch des Besitzes der beiden Bevölkerungen festsetzen würde."

. . . . . .

Bassewitz

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 770

Nr. 14578

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 187 Pera, den 29. April 1914
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 186.

Großwesir läßt mir soeben mit der Bitte, denselben durch Euerer Exzellenz Vermittlung in Athen vorzulegen, folgenden von ihm entworfenen Vorschlag für ein zu schließendes griechisch-türkisches Abkommen zugehen:

„Zwischen der Türkei und Griechenland wird ein Verteidigungsbündnis zum Schutze ihrer Besitzungen auf dem europäischen Festlande geschlossen.

Dieses Bündnis wird auf fünf Jahre geschlossen mit einer Verlängerungsperiode von weiteren fünf Jahren, so oft es nicht von der einen oder anderen Partei drei Monate vor Erlöschen des laufenden Termins gekündigt worden ist.

Die hierauf bezügliche Militärkonvention wird in gemeinsamer Übereinstimmung vorbereitet und kann, wenn nötig, bei Beginn jeder neuen Periode abgeändert werden.

Zufolge diesem Bündnisse wird Griechenland die souveränen Rechte Seiner Majestät des Sultans über alle von Griechenland in Besitz gehaltenen Inseln außer Kreta anerkennen.

Die Kaiserliche Regierung ihrerseits verpflichtet sich, den staatlichen Zustand, der vor dem Kriege auf diesen sowie auf den einstweilig von Italien besetzten Inseln bestanden hat, nicht zu verändern und den administrativen status quo daselbst aufrechtzuerhalten.

. . . . . .

Mutius

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 789/790

Nr. 14 589

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 Athen, den 13. Mai 1914

. . . Ich telegraphiere daher an Kaiserlichen Botschafter nachstehendes:

„Die von der Kaiserlichen Gesandtschaft in Athen übermittelten Vorschläge der ottomanischen Regierung weichen in mehreren Punkten sehr wesentlich von den Vorschlägen ab, die, als für den Gegenstand einer Verständigung geeignet, in Anregung gebracht, und bezüglich derer von der Königlichen Regierung die Erklärung abgegeben worden war, daß Griechenland dieselben, falls sie gemacht würden, würde annehmen können; nachdem die von der Kaiserlichen Gesandtschaft gütigst mitgeteilten Vorschläge weder dem oben bezeichneten Gedankengange noch der angenommenen Grundlage entsprechen, kann die Königliche Regierung sich nur an ihre frühere Erklärung halten; sie würde es mit Vergnügen sehen, wenn von der Hohen Pforte der vorausgesetzten Grundlage entsprechende Vorschläge gemacht würden. Überdies aber sieht sich die Königliche Regierung genötigt, auf den Zeitraum hinzuweisen, den Seine Exzellenz Herr Venizelos für die grundsätzliche Verständigung hat angeben müssen, und der bald abgelaufen sein wird. Er war notwendig, weil es wegen der öffentlichen Meinung im Lande unmöglich ist, die Erklärung der förmlichen Einverleibung der Griechenland zugeteilten Inseln zu verzögern, sobald die von den Mächten gestellten Gegenbedingungen erfüllt sein werden."

. . . . . .

Quadt

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 798

Nr. 14 596

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 236 Konstantinopel, den 25. Mai 1914

Ich telegraphierte soeben an Graf von Quadt:

Großwesir bittet Sie, folgendes mündlich zur Kenntnis Veniselos' zu bringen:

„Angesichts der Verpflichtungen und Lasten, welche die Kaiserliche Regierung sich infolge des etwaigen Bündnisses wird auferlegen müssen, ist es ihr unmöglich, ihre Forderungen auf die beiden Inseln Chios und Mytilene zu beschränken. Sie kann daher nur auf der Anerkennung der souveränen Rechte des Sultans über alle von den Mächten Griechenland zugeteilten Inseln bestehen.

Indessen ist die Kaiserliche Regierung durchaus geneigt, eine weitgehende Selbständigkeit hinsichtlich der Verwaltung dieser Inseln zu gewähren, unter der einzigen Bedingung, daß ihr das Recht zustehen soll, auf den Inseln Lemnos, Mytilene und Chios Garnisonen zu halten.

Es versteht sich, daß die Insel Samos ihre Verfassung aus der Vorkriegszeit behalten wird.

Was die Annexionserklärung, die Euer Exzellenz erwähnen, angeht, so würde ihre alleinige Folge sein, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verschlimmern und jede Möglichkeit einer gütlichen Verständigung auszuschließen."

Wangenheim

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 799/800

Nr. 14 598

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Athen, den 28. Mai 1914

. . . .

„Griechische Regierung bittet Euere Exzellenz, nachstehendes zur Kenntnis Großwesirs zu bringen:

Die Königliche Regierung bittet Seine Exzellenz den Herrn deutschen Gesandten, der Kaiserlich Deutschen Regierung den Ausdruck ihres aufrichtigen Dankes übermitteln zu wollen für ihre liebenswürdige Vermittelung, die von der Absicht geleitet war, den Frieden auf dem Balkan sowie die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei gefestigt zu sehen. Die neuen Vorschläge der Kaiserlich Ottomanischen Regierung, weit entfernt, der in den Besprechungen von Korfu gewonnenen Grundlage zu entsprechen, entfernen sich vielmehr noch weiter von ihr als die früheren Vorschläge.

Unter diesen Umständen bedauert die Königliche Regierung feststellen zu müssen, daß es vollkommen ausgeschlossen ist, daß derartige Vorschläge zu einer grundsätzlichen Vereinbarung führen, wie sie in den genannten Besprechungen ins Auge gefaßt worden war.

Die Annexionserklärung, ein notwendiges Erzeugnis der ebensowohl kraft der Entscheidung der Mächte wie durch innere Rücksichten geschaffenen Lage, bringt kein neues Moment zu dem durch die ebengenannte Entscheidung hervorgerufenen Zustand hinzu, dessen natürliche Folge sie vielmehr ist. Demnach kann die Annexionserklärung die Beziehungen zwischen beiden Ländern, deren Festigung der Königlichen Regierung am Herzen liegt, nicht verschlimmern.

Athen, den 15./28. Mai 1914."

. . . .

Quadt

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 817/818

Nr. 14 620

Aide-mémoire

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen überreicht

Berlin, den 17. Juni 1914

Sir Edward Grey stimmt mit der Ansicht Herrn von Jagows überein, daß, falls es zum Ausbruch von Feindseligkeiten kommt, die Großmächte gemeinsam dahin wirken müßten, daß der Krieg lokalisiert und womöglich auf das Ägäische Meer beschränkt wird. Er ist indessen sehr stark der Meinung, daß es gleichfalls sehr wichtig sei, die Meerengen für Handelsschiffe offen zu halten, und nach seinem Dafürhalten sollten die Großmächte erwägen, wie dies auf eine Art geschehen könnte, bei der vermieden würde, daß Konstantinopel dauernd einem Angriff der Griechen ausgesetzt ist.

Sir Edward Grey hatte neuerdings einigen Grund zu der Annahme, daß Griechenland bereit sei, einen Vergleich mit der Türkei wegen Mytilene in Erwägung zu ziehen, obwohl es Chios nicht aufgeben würde. Wie es scheint, ist aber die Spannung für den Augenblick doch zu groß, als daß ein derartiger Vorschlag gemacht werden könnte, zumal da er gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

Zu Band XXXVI, 2. Hälfte, S. 823

Nr. 14 626

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 169 Therapia, den 17. Juni 1914
[pr. 20. Juni]

Graf Quadt hat mir am 13. d. Mts. folgende Antwort der griechischen Regierung zur Übermittlung an die Pforte telegraphiert:

„Gegenüber dem von Seiner Hoheit dem Großwesir geäußerten Wunsche, es möchten maßvollere Vorschläge als die von Korfu von der Königlichen Regierung gemacht werden, muß diese noch einmal feststellen, daß sie in Korfu keine Vorschläge die Inseln betreffend gemacht hat. Sie hat auf die liebenswürdige Vermittlung der Kaiserlichen Regierung hin, welch letztere einige als Grundlage für Verhandlungen zwischen den beiden Mächten über die Inseln geeignete Gedanken an die Hand gegeben hatte, erklärt, daß, wenn ihr in diesem Sinne von der ottomanischen Regierung Vorschläge gemacht würden, die Königliche Regierung bereit wäre, dieselben mit Wohlwollen zu prüfen, in dem Wunsche, einen neuen Beweis ihrer versöhnlichen Gesinnung zu geben und den Ratschlägen der Kaiserlich Deutschen Regierung nachzukommen.

Die Königliche Regierung hat jedoch stets klar und deutlich den Standpunkt vertreten, daß sie nicht in der Lage ist, irgendwelche Vorschläge betreffs der Inseln zu machen, die ihr kraft der Entscheidung der Großmächte gehören, einer Entscheidung, die gemäß dem zwischen Griechenland und der Türkei getroffenen Übereinkommen den durch einen Krieg geschaffenen Tatbestand nachträglich bestätigt hat."

. . . . . . Wangenheim

Zu Band XXXVII, 1. Hälfte, S. 113/114

Nr. 14 703

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 27. März 1914

Es tut mir außerordentlich leid, daß ich Ihren Besuch heute abend verfehlt habe, aber eine preußische Ministerkonferenz, die nur eine halbe Stunde dauern sollte, hat mich mehrere Stunden aufgehalten. Ich würde mich indessen sehr freuen, Sie morgen gegen 12 Uhr zu empfangen, und möchte Sie bitten, mich telephonisch wissen zu lassen, ob Ihnen das paßt. Ich habe von Herrn von Stumm den Gegenstand Ihres Besuches erfahren und möchte schon jetzt sagen, daß, wie ich glaube, die Sache, um die es sich handelt, sich auf einem guten Wege befindet.

Ganz besonders liegt mir daran, mich mit Ihnen bei dieser Gelegenheit über eine andere Frage zu unterhalten, über die Sie, wie ich vermute, sich auf dem laufenden befinden. Es handelt sich um unser Abkommen wegen der portugiesischen Kolonien. Wie wir aus den Berichten Lichnowskys wissen, legt Sir E. Grey ein gewisses Gewicht darauf, daß unsere Abmachungen der Öffentlichkeit übergeben werden. Wir hatten uns damit abgefunden, der Veröffentlichung zuzustimmen, obwohl wir dieselbe aus Gründen, auf die zurückzukommen hier zu weit führen würde, als unseren Interessen recht sehr zuwider betrachteten, als wir das Vorhandensein eines Vertrages erfuhren, der im Jahre 1899 zwischen der englischen und der portugiesischen Regierung zustande gekommen war, eines Vertrages, der in gewissem Sinne die alten, mehrere Jahrhunderte zurückliegenden englisch-portugiesischen Bündnisverträge erneuerte. Durch diesen, allgemein als „Vertrag von Windsor" bezeichneten Vertrag garantiert die britische Regierung für immer der portugiesischen Regierung ihr Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung mit Einschluß der Kolonien. Nun hat nach dem, was Sir E. Grey zu Lichnowsky gesagt hat, jener die Absicht, auf die dringenden Bitten der portugiesischen Regierung hin auch diesen Vertrag zu veröffentlichen. Sie kennen zur Genüge die Einstellung unserer öffentlichen Meinung, um sich sagen zu können, welche verheerende Wirkung diese Veröffentlichung, möge sie nun zugleich mit unserem neuen Vertrage stattfinden oder vorher, bei uns hervorbringen müßte. Kein Zweifel, daß man uns vorwerfen würde, uns von England haben übers Ohr hauen lassen; ein heftiges Geschrei gegen „Albion" würde sich erheben, das man der Doppelzüngigkeit zeihen würde, da es schon ein Jahr nach unserem Vertrage von 1898 die portugiesische Regierung gegen den etwaigen Verlust ihrer Kolonien schützte. Weit entfernt, zur Annäherung der beiden Länder beizutragen, würde so unsere koloniale Abmachung eine neue und ernste Abkühlung zur Folge haben. Ich gehe noch weiter und zögere nicht, Ihnen zu sagen, daß meiner Überzeugung nach die Veröffentlichung des Vertrages von Windsor eine Erregung in unserem Lande hervorrufen würde, welche die Stellung des Kanzlers ernstlich erschüttern könnte. Es versteht sich von selbst, daß ich nicht verfehlt habe, Lichnowsky meine Gesichtspunkte auseinanderzusetzen. Aber, was ich eben gesagt habe, ist ein so heikler Punkt, daß ich in den Weisungen, die ich ihm habe zugehen lassen, nicht so deutlich habe sein können. Daher muß ich Sie auch bitten, nur einen ganz vertraulichen Gebrauch davon zu machen. Wenn aber, wie es meines Wissens der Fall ist, Sir E. Grey ein möglichst langes Verbleiben Herrn von Bethmanns an der Spitze der Reichsgeschäfte als im Interesse der Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern gelegen betrachtet, so hoffe ich, daß er sich zu diesem, wie mir scheint, vom englischen Standpunkt aus gesehen, ziemlich unbedeutenden Opfer entschließen und auf die Veröffentlichung des Vertrages von Windsor verzichten wird. Worum ich Sie morgen bitten wollte, ist, sich in diesem Sinne in London verwenden zu wollen. Ich habe es jedoch für nützlich gehalten, Sie zuvor davon in Kenntnis zu setzen. Wir wünschen sehr, daß unser Vertrag wegen der portugiesischen Kolonien sobald wie möglich unterzeichnet werde, aber wir haben bis jetzt gezögert, es in London ausdrücklich vorzuschlagen, eben wegen dieser Frage, welche die Besprechungen zwischen Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky nicht in endgültiger Form zu lösen vermochten.

Jagow

Zu Band XXXVII, 2. Hälfte, S. 660

Nr. 15 056

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den italienischen Botschafter in Berlin Bollati

Eigenhändiges Konzept

Sehr vertraulich Berlin, den 16. Juli 1913

Auf Ihren Wunsch wiederhole ich Ihnen heute, was ich neulich in Kiel Herrn Marquis di San Giuliano hinsichtlich unserer Interessen in Kleinasien gesagt habe.

Der Bau der anatolischen und der Bagdadbahn und die verschiedenen damit zusammenhängenden Arbeiten (Bergwerke, Bewässerungsanlagen, Hafenbauten usw.), die seit Jahren vom deutschen Kapital betrieben werden, stellen ein Ganzes von Konzessionen und Interessen dar, das sich über einen gewissen Teil der asiatischen Türkei erstreckt und daselbst eine deutsche Arbeitszone bildet. Diese Arbeitszone geht auch bis zur Südküste Kleinasiens, wo sich gerade mehrere der wichtigsten Unternehmungen befinden. Gegen Osten erstreckt sich diese Zone ungefähr bis Akra oder selbst bis Ladikieh, während sie im Westen bis nach Alaja geht. Von da wendet sich ihre Grenze nach Nordwesten dem Zuge des Taurus folgend, wobei sie den Kirilisee (Lacus Carolis) [1]) umschließt, der das für die Bewässerung der Koniaebene erforderliche Wasser liefern soll. Weiter, nach Osten und Norden zu, kann die Grenzlinie nicht genau gezogen werden, weil hier französische und russische Interessen, die noch keine feste Form angenommen haben, in Frage kommen.

Indem ich noch einmal den streng vertraulichen Charakter dieser Mitteilung betone, bin ich, mein lieber Botschafter, Ihr aufrichtig ergebener

Jagow

Zu Band XXXVII, 2. Hälfte, S. 697

Nr. 15 101

Der italienische Botschafter in Berlin Bollati an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Ausfertigung

Berlin, den 28. Januar 1914

Ich habe den Brief vom 16. Juli v. Js. erhalten, worin Sie unter Bezug auf die Herrn Marquis di San Giuliano zuvor mündlich abgegebenen Erklärungen die Güte hatten, mir zu bestätigen, daß die deutsche „Arbeitszone" in der asiatischen Türkei sich im Osten ungefähr bis Akra oder selbst bis Ladikieh erstreckt, während sie im Westen bis Alaja geht, von wo ihre Grenze sich nach Nordwesten wendet, der Tauruskette folgend und den Kirilisee (Caralis Lacus) [1]) umschließend.

Indem ich Ihnen für diese Mitteilung, die ich nicht verfehlt habe, dem Königlichen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zur Kenntnis zu bringen, danke, beeile ich mich, Ihnen meinerseits zu erklären, daß die Königliche Regierung das Gebiet westlich von der oben bezeichneten Linie, das an der Küste den Golf von Cos und den Golf von Mendeliah einschließt, bis zum Zusammentreffen mit den Interessen anderer Mächte als eine italienische „Arbeitszone" betrachtet. Die italienische Tätigkeit kann verschiedene Formen annehmen, wie den Bau von Häfen, Eisenbahnen, der Ausbeutung von Bergwerken, Waldungen usw., usw.

---

[1]) So in den Dokumenten.

Ich zweifle nicht, daß Sie die Bedeutung dieser Erklärung in dem gleichen freundschaftlichen Geiste — und entsprechend den zwischen Italien und Deutschland bestehenden Bündnisbeziehungen — werden zu würdigen wissen, in welchem wir von der in Ihrem vorgenannten Briefe enthaltenen Erklärung Kenntnis genommen haben. Es bleibt dabei, daß alles, was den hierüber zwischen uns gepflogenen Gedankenaustausch betrifft, einen streng vertraulichen und zurückhaltenden Charakter bewahren muß.

R. Bollati

Zu Band XXXIX, S. 74/76

Nr. 15 589

Aide-mémoire

Abschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen am 6. Februar 1914 überreicht

Sir Edward Goschen hat von Sir Edward Grey ein Telegramm erhalten des Inhalts, daß der Bericht der „Times" über die Verhandlungen im Reichshaushaltsausschuß am 4. d. Mts. den Admiral Tirpitz sagen läßt, daß der Gedanke eines Feierjahres sich nicht verwirklichen ließe, daß jedoch positive Vorschläge bis jetzt nicht an Deutschland gelangt seien, und daß, wenn dies geschähe, sie gewiß mit Wohlwollen geprüft werden würden.

Sir Edward Grey stellt fest, daß der einzige Grund, warum keine positiven Vorschläge seitens der Regierung Seiner Majestät an Deutschland gelangt sind, dieser ist, daß der Regierung Seiner Majestät durch private, aus hohen deutschen Quellen an sie gelangende Andeutungen zu verstehen gegeben worden war, daß derartige Vorschläge unwillkommen sein und eine ungünstige Wirkung auf die öffentliche Meinung in Deutschland ausüben würden. Es gegeschah infolge dieser Andeutungen, daß er am 3. d. Mts. in Manchester so, wie er es tat, gesprochen hat, um zu verhüten, daß ein Druck auf die Regierung Seiner Majestät in Großbritannien ausgeübt werde, um sie zu veranlassen, Vorschläge zu machen.

Nun aber würde die Regierung Seiner Majestät beim Zusammentritt des Parlaments daran erinnert werden, daß, nachdem Herr Churchill zuerst den Gedanken eines Flottenfeierjahres erwähnt hätte, der Kaiserliche Kanzler geäußert habe, er sähe Vorschlägen von seiten der Regierung Seiner Majestät entgegen, und auch die eben jetzt von Admiral Tirpitz gemachte Erklärung würde zur Sprache gebracht werden.

Unter diesen Umständen ist es, wie Sir Edward Grey feststellt, für die Regierung Seiner Majestät von wesentlicher Bedeutung, genau zu wissen, um im Parlament davon Gebrauch machen zu können, was Admiral Tirpitz gemeint hat, und wie Vorschläge für ein Flottenfeierjahr aufgenommen werden würden. Die Regierung Seiner Majestät, so führt er aus, hege keineswegs den Wunsch, einen Vorschlag zu machen, der unwillkommen sein würde; da sie jedoch ihrerseits durchaus bereit sei, Vorschläge zu machen, wenn dieselben willkommen wären, so sei sie gehalten, entweder mit solchen Vorschlägen hervorzutreten, oder aber dem Parlament eine Erklärung über den Grund zu liefern, warum dies nach der Äußerung, die Admiral Tirpitz getan haben soll, nicht geschehe.

Es würde, wie Sir Edward Grey hinzufügt, sehr wünschenswert sein, daß eine Antwort auf diesen Punkt möglichst bis zum 9. d. Mts. einträfe.

Zu Band XXXIX, S. 105/106

Nr. 15 603

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an König Georg V. von England

Telegramm. Konzept

Kiel, den 25. Juni 1914

Seiner Majestät dem Könige, London

Ich möchte Dir meinen allerherzlichsten Dank aussprechen für den Kieler Besuch des schönen Geschwaders unter Führung von Sir George Warrender, dem zu begegnen mich sehr gefreut hat. Laß uns hoffen und vertrauen, daß der Geist echter und guter Kameradschaft und gegenseitiger Achtung, der jetzt zwischen der britischen und deutschen Flotte besteht, stets dauern möge.

William I. R.

Zu Band XXXIX, S. 106

Nr. 15 604

König Georg V. von England an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Abschrift

Welbeck Abbey, den 27. Juni 1914

An den Kaiser, Kiel

Ich danke Dir aufs wärmste für den gastfreundlichen Empfang, der meiner Flotte in Kiel bereitet wurde, und für alle die Freundlichkeiten, die Du ihr persönlich erzeigt hast. Von Herzen erwidere ich die von Dir hinsichtlich unserer beiden Flotten zum Ausdruck gebrachten Gefühle.

(gez.) George R. I.

Zu Band XXXIX, S. 112/113

Nr. 15 608

Colonel Edward M. House, z. Z. in London, an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann

Eigenhändiger Privatbrief

Amerikanische Botschaft, London, den 8. Juli 1914

Mein lieber Herr Zimmermann,

Als Seine Majestät mir die Ehre erwies, mich nach Potsdam einzuladen, und ich den Wunsch ausdrückte, ihn über gewisse mit meinem Besuch in England in Zusammenhang stehende Dinge unterrichten zu dürfen, hatte Seine Majestät die Güte, dies zu gewähren, und ich wurde angewiesen, irgendeine Verbindung durch Sie und das Auswärtige Amt zu finden. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie einliegenden Brief an Seine Majestät weiterleiten wollten. Ich bleibe, falls es Seiner Majestät gefallen sollte, mit mir in Verbindung zu treten, bis zum 21. Juli in London. Von da ab bin ich durch das Weiße Haus in Washington erreichbar. Mit der Versicherung der größten Hochachtung und mit meinem Dank für alle Ihre Freundlichkeit während meines Aufenthaltes in Potsdam bin ich, mein lieber Herr Zimmermann,

Ihr aufrichtig ergebener

Edward M. House

Zu Band XXXIX, S. 113/115

Nr. 15 609

Colonel Edward M. House an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholm

Eigenhändige Ausfertigung

London, den 8. Juli 1914

Sir!

Euere Kaiserliche Majestät werden sich zweifellos unserer Unterredung in Potsdam sowie dessen entsinnen, daß ich mit des Prasidenten Zustimmung und Billigung nach Europa gekommen war in der Absicht, zu ermitteln, ob oder ob nicht die Möglichkeit bestehe, ein besseres Einvernehmen zwischen den Großmächten zustande zu bringen, zum Zwecke der Fortdauer des Friedens und späterhin einer wohltätigen wirtschaftlichen Neuordnung, die eine Verringerung der Rüstungen mit Sicherheit herbeiführen würde. Wegen der überragenden Stellung, die Euere Majestät einnehmen, und wegen Ihres allgemein bekannten Wunsches, den Frieden zu erhalten, kam ich, wie Euere Majestät wissen, sofort nach Berlin. Ich vergesse niemals die huldvolle Aufnahme des allgemeinen Zwecks meiner Sendung, die meisterhafte Darlegung der weltumspannenden politischen Verhältnisse unserer Zeit durch Euere Majestät und Ihren prophetischen Vorausblick auf die fernere Gestaltung der Zukunft. Ich empfing jede nur irgend mögliche Versicherung von Euerer Majestät herzlicher Zustimmung zu dem Vorhaben des Präsidenten, und ich verließ Deutschland glücklich in dem Glauben, daß Euerer Majestät großer Einfluß zugunsten des Friedens und der Ausbreitung des Welthandels in die Wagschale fallen würde. In Frankreich versuchte ich die Gesinnung der Bevölkerung gegen Deutschland zu erfassen und festzustellen, welche Hoffnungen sie nährte. Das Ergebnis für mich beim Verlassen des Landes war, daß seine Staatsmänner jeden Gedanken an Vergeltung oder Wiedergewinnung der beiden Provinzen aufgegeben haben. Seine Bevölkerung im allgemeinen hegt noch Hoffnungen in beiden Richtungen, aber seine besser unterrichteten Führer würden vollkommen zufrieden sein, wenn Frankreich seiner Selbständigkeit, wie sie jetzt besteht, gewiß sein könnte. Alsdann, Sir, kam ich nach England, und zwar mit hohen Hoffnungen, die mich nicht getäuscht haben. Ich näherte mich zuerst Sir Edward Grey und fand in ihm einen im höchsten Grade Gleichgesinnten. Nach einer zweistündigen Besprechung trennten wir uns mit der Verabredung, in einigen Tagen wieder zusammenkommen zu wollen. Dies bedeutete meiner Auffassung nach, daß er sich mit dem Premierminister und mit seinen Kollegen zu beraten wünschte. Bei unserer nächsten Besprechung, die wiederum zwei Stunden dauerte, brachte er mich mit dem Lord-Kanzler (Haldane), Lord Crewe und Sir William Tyrrell zusammen. Seitdem bin ich mit dem Premierminister und in der Tat mit allen bedeutenden Mitgliedern der britischen Regierung zusammengekommen, und ich bin überzeugt, sie wünschen eine solche Verständigung, die eine Grundlage für einen dauernden Frieden und beständige Sicherheit schaffen wird. England muß notwendigerweise vorsichtig zu Werke gehen, um nicht die französische und russische Empfindlichkeit zu verletzen, aber mit dem Wandel der Gefühle in Frankreich wird es nach und nach zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und diesem Lande kommen, und dann wird England sich freuen, diese Beziehungen zu fördern. Wenn nun auch schon viel erreicht ist, so bleibt doch noch einiges in der Richtung zu wünschen, daß ein besseres Mittel für einen leichten und freien Austausch von Gedanken und Vorschlägen geschaffen werde. Niemand kennt besser als Euere Majestät die außergewöhnliche Erregung, die jetzt die Welt durchdringt, und keiner befindet sich in einer so bevorzugten Lage, um ein gesundes und vernünftiges Einvernehmen zwischen den Staatsmännern der westlichen Völker zuwege zu bringen, auf daß unsere Zivilisation ohne Unterbrechung fortbestehen möge. Wenn diese Mitteilung

auch, wie Euere Majestät wissen, ganz unamtlich ist, so ist sie doch in Übereinstimmung mit den allgemein bekannten Ansichten des Präsidenten geschrieben, und auch, wie mir zu verstehen gegeben wurde, mit der Hoffnung der Regierung Seiner Britannischen Majestät, daß sie eine Antwort von Euerer Majestät bringen werde, die einen weiteren Schritt vorwärts möglich machen würde.

Erlauben Sie mir, Sir, mit der Anführung einer Stelle aus einem Briefe, den ich vom Präsidenten erhielt, zu schließen: „Ihr gleich nach Ihrer Ankunft von Berlin geschriebener Brief aus Paris erfüllt mich mit großer Freude. Sie haben, wie ich hoffe und glaube, eine große Sache begonnen, und ich freue mich von ganzem Herzen darüber."

Ich habe die Ehre, Sir, mit der größten Hochachtung zu sein Euerer Majestät ganz gehorsamer Diener

Edward M. House

Zu Band XXXIX, S. 116

Nr. 15 611

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann an Colonel Edward M. House

Privatbrief. Entwurf

Berlin, den 1. August 1914

Ich freue mich, Sie davon in Kenntnis setzen zu können, daß ich den Brief, den Sie von London an Seine Majestät den Kaiser gerichtet hatten, Seiner Majestät vorgelegt habe. Ich bin beauftragt, Ihnen den aufrichtigen Dank Seiner Majestät zu übermitteln, und darf hinzufügen, daß der Kaiser von dem Inhalte des Briefes mit großem Interesse Kenntnis genommen hat.

Zimmermann

Zu Band XXXIX, S. 347

Nr. 15 726

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Achilleion, den 19. April 1914

Der Herr Reichskanzler läßt Euerer Exzellenz das folgende Telegramm San Giulianos und Berchtolds, sowie die darauf ergangenen Antworten zugehen:

„Seiner Exzellenz Herrn von Bethmann Hollweg, Korfu. Unsere Unterhaltungen über alle unsere Interessen berührenden Fragen haben uns von neuem die zwischen den drei verbündeten Mächten bestehende vollkommene Übereinstimmung der Ansichten feststellen lassen, und es geschieht mit wahrem Vergnügen, wenn wir Ihnen im Augenblick unserer Trennung den Ausdruck unserer aufrichtigsten Freundschaft übermitteln. San Giuliano. Berchtold."

„Seiner Exzellenz Herrn Marquis di San Giuliano, Rom. Empfangen Sie meinen besten Dank für das liebenswürdige Telegramm, das Sie und Graf Berchtold mir gesandt haben. Ich beglückwünsche Sie aufs wärmste zu dem glücklichen Ergebnis Ihrer Unterhaltungen in Abbazia und möchte mich den Gefühlen der Genugtuung, die Sie darüber empfinden, anschließen. Es ist mir ein wahres Vergnügen, Ihnen bei dieser Gelegenheit den Ausdruck meiner aufrichtigsten Freundschaft zu erneuern. Bethmann Hollweg."

. . . . . .

Treutler

Zu Band XXXIX, S. 497

Nr. 15819

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Rosenberg

Reinschrift

Berlin, den 17. April 1914

Wie Herr Beldiman streng vertraulich mitteilt, hat Herr Sasonow dem rumänischen Gesandten Diamandi in Petersburg, als dieser kürzlich mit dem Kronprinzenpaar nach Bukarest abreiste, folgendes gesagt:

„Sagen Sie in Bukarest, daß wir nichts von Rumänien verlangen, weder eine Kehrtwendung seiner Politik, noch eine aggressive Haltung gegenüber Österreich-Ungarn. Wir wünschen nur, daß Rumänien seine Verbindung mit uns fester knüpfe, und daß es, indem es die Schlüsse zieht aus den jüngsten Ereignissen, die unsere Interessen an der Aufrechterhaltung des Friedens, des Gleichgewichts und des neuen Status quo in Übereinstimmung gebracht haben, eine selbständigere Politik annehme als bisher."

Der russische Gesandte in Bukarest sagte zu Diamandi bei seiner Ankunft:

„Ich weiß nicht, welches die geheimen Abmachungen sind, die Sie mit dem Dreibunde haben mögen. Aber schließlich ist das jetzt gleichgültig, denn gegebenenfalls würde angesichts Ihrer öffentlichen Meinung Ihre Armee sich weigern, gegen uns zu marschieren."

Rosenberg

Zu Band XXXIX, S. 522

Nr. 15834

Anlage

Mitteilungen Bratianus über die Bukarester Besprechungen mit Sasonow

Abschrift

Seine Majestät der König [1]) in seinem Trinkspruch und ebenso wir in allen unseren Besprechungen haben unterstrichen und betont, daß die unerläßliche Bedingung für die Entwickelung der freundschaftlichen Beziehungen, die wir mit Rußland zu entwickeln wünschen, der Friede sei. Auf die Frage, ob wir von jeder Verpflichtung frei seien, habe ich zu wiederholten Malen geantwortet, daß wir unter allen Umständen die rumänischen Interessen verteidigen würden, wie wir dies auch das letzte Jahr getan haben, und daß gerade diese Interessen uns diejenigen unterstützen ließen, die den Frieden verteidigten. Herr Sasonow hat mir wiederholt versichert, daß Rußland die friedlichste Politik verfolge, daß, obwohl er nicht mit der Art und Weise zufrieden gewesen wäre, wie man die deutsche Militärmission nach Konstantinopel geschickt hätte, er doch sicher sei, daß nichts die freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland gefährde, weder von russischer noch auch von englischer Seite, und daß selbst Frankreich keinerlei kriegerische Absicht hege. Er hat mich gleichfalls der friedlichen Absichten Rußlands gegenüber Österreich versichert, jedoch hinzugefügt, daß unter keinem Vorwande Rußland einen österreichischen Angriff auf Serbien zulassen könne, und in diesem Zusammenhange fürchtete er die Zwischenfälle, welche die Anarchie in Albanien entstehen lassen könnte, hinsichtlich derer er mir seine trüben Ahnungen nicht verhehlt hat. Er hat rückhaltlos seine Sympathie für das versöhnliche Wirken Rumäniens zwischen den einzelnen Balkanstaaten ausgesprochen, und namentlich für den starken Druck, den wir in den

[1]) Es handelt sich um den König von Rumänien.

letzten Tagen in Athen und Konstantinopel ausgeübt haben. In Athen haben wir wissen lassen, daß die aggressive Haltung, die sie an den Tag legen, nicht den Grundlagen unserer Verständigung entspräche, und daß die Folgen selbst den Bulgaren gegenüber uns nicht zu berühren vermöchten. Dem Vorschlage Herrn Sasonows folgend werde ich unseren Gesandten in Konstantinopel anweisen, daselbst den gleichen Schritt zu tun, wie der russische Botschafter, um die Aufmerksamkeit der türkischen Regierung auf die Unmöglichkeit zu lenken, die Dardanellen von neuem dem Schwarzen-Meer-Handel zu verschließen, der schon im vergangenen Jahre so sehr darunter gelitten hat.

Nach unserer Gewohnheit habe ich es mir angelegen sein lassen, die Berliner Regierung nicht nur über den allgemeinen Charakter des russischen Besuches auf dem laufenden zu erhalten, sondern auch über die oben angeführten Einzelheiten, die ihn deutlicher erkennen lassen.

In den Mitteilungen, die ich in Wien machen werde, werde ich die Einzelheiten vermeiden, die mich, wenn sie in Petersburg bekannt würden, Herrn Sasonow gegenüber in eine peinliche Lage bringen könnten, was vielleicht in diesem Augenblick gewissen österreich-ungarischen Kreisen nicht unwillkommen wäre. Aus diesem Grunde bitte ich, den Wortlaut dieser Mitteilung in Berlin für sich behalten zu wollen.

Verzeichnis

der in den

BÄNDEN 34—39

des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente

Vorbemerkung

Die in der letzten Vertikalspalte stehenden Seitenzahlen des „Wegweisers“ bezeichnen die deutschen Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente

34. Band

Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg 1912—1913

Erste Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,1	Kap. 267
12644	Berlin	9. Jan.	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	157	
12645	London	8. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	158	
12646	Berlin	9. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	159	
12647	London	9. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	160	
12648	Bukarest	10. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	161	
12649	Petersburg	8. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	163	
12650	London	9. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	165	50*
12651	Berlin	10. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	167	
12652	„	10. „	Desgl.	168	51*
12653	„	10. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	169	
12654	Konstantinopel	10. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	169	
12655	Petersburg	10. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	170	
12656	London	10. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	171	
12657	„	10. „	Desgl.	172	51*
12658	„	10. „	Desgl.	173	
12659	Berlin	11. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	175	
12660	Sofia	10. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . . .	175	
12661	Bukarest	10. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	176	
12662	Neues Palais	11. „	Kaiser Wilhelm II. an Ausw. Amt	176	
12663	London	11. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	177	
12664	—	(11. „)	Österreich-Ungarische Note	178	
12665	Wien	11. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . . .	180	
12666	Bukarest	11. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	181	
12667	Wien	11. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	182	
12668	Petersburg	10. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	183	
12669	Pera	12. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	184	
12670	Konstantinopel	12. „	Desgl.	185	
12671	„	12. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	185	
12672	Berlin	13. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	186	
	„	11. „	Anlage. Memorandum	186	52*
12673	Wien	11. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	187	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd.	Kap.
		1913		34,1	267
12674	Wien	11. Jan.	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	188	
12675	Berlin	13. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. v. Tschirschky	189	
12676	„	13. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	190	
12677	London	13. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	191	53*
12678	Berlin	14. „	Wolffsches Telegraphenbureau an Kaiser Wilhelm II.	193	
12679	Wien	14. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	193	
12680	„	14. „	Desgl.	194	
12681	Berlin	15. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	195	
12682	„	15. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Fürst Lichnowsky	195	
12683	Petersburg	14. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	197	
12684	Wien	14. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	197	
12685	Rom	12. „	Botsch. v. Jagow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	198	
12686	„	13. „	Desgl.	200	
12687	Berlin	15. „	Wolffsches Telegraphenbureau an Kaiser Wilhelm II.	202	
12688	London	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	202	
12689	Petersburg	15. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	204	
12690	Berlin	15. „	Botsch. Sir W. E. Goschen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	204	53*
12691	„	16. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. v. Tschirschky	205	
12692	Konstantinopel	16. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	208	
12693	Berlin	17. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	208	
12694	Petersburg	16. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	209	
12695	Berlin	17. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Ges. v. Waldthausen	209	
12696	London	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	210	
12697	Berlin	17. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. v. Tschirschky	212	
12698	London	17. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	212	
12699	Belgrad	15. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	213	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd.	Kap.
		1913		34,1	268
12722	Pera	24. Jan.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	240	
12723	Berlin	24. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Fürst Lichnowsky	240	
12724	„	25. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	241	
12725	London	24. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	241	
12726	Petersburg	23. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	242	
12727	„	23. „	Desgl.	244	
12728	„	23. „	Desgl.	245	
12729	„	25. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	245	
12730	Wien	24. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	247	
12731	Berlin	25. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	247	
12732	„	25. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Ges. v. Waldthausen	248	
12733	Paris	25. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	248	
12734	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Staatssekr. v. Jagow . .	249	
12735	Wien	23. „	Botsch. v. Tschirschky an Unt.-Staatssekr. Zimmermann	249	
12736	„	22. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen v. Kageneck	253	
12737	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Reichsk. v. Bethmann Hollweg	255	
12738	„	26. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	257	
12739	Wien	25. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	259	55*
12740	London	22. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	260	
12741	Berlin	26. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	263	
12742	„	26. „	Unt.-Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Graf Pourtalès	263	
12743	„	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	264	
12744	„	27. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Fürst Lichnowsky	266	
12745	„	27. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	268	
12746	Wien	27. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	269	
12747	Berlin	28. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	269	
12748	London	26. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	270	
12749	Petersburg	27. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	271	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,1	Kap. 269
12797	Wien	5. Febr.	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	322	
12798	Rom	5. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff und v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	325	
12799	London	6. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	326	56*
12800	Konstantinopel	6. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	328	
12801	Belgrad	7. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	328	
12802	Berlin	8. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	329	
12803	„	8. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	329	
12804	„	8. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf v. Pourtalès	330	
12805	Petersburg	6. „	Botschafter Graf Pourtalès an Staatssekr. v. Jagow	330	
12806	Belgrad	5. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	333	
12807	Konstantinopel	8. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	335	
12808	Pera	6. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	335	
12809	Bukarest	8. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	337	
12810	Berlin	9. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	338	
12811	Sofia	6. „	Ges. v. Below-Saleske an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	339	
12812	Wien	8. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	340	
12813	„	9. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	341	
12814	Pera	9. „	Botsch. Freiherr v. Wangenheim an Ausw. Amt	342	
12815	Berlin	10. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	343	
12816	„	10. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	343	
12817	London	9. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	345	
12818	Berlin	10. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Minister Graf Berchtold	346	
12819	„	10. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Below-Saleske	348	
12820	London	10. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	349	
12821	Paris	10. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	350	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,1	Kap. 269
12851	Petersburg	13. Febr.	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	375	
12852	„	13. „	Desgl.	377	
12853	Berlin	15. „	Notiz des Reichsk. v. Bethmann Hollweg	378	
12854	„	15. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	378	
	—	—	Anlage. Instruktion an Graf Pourtalès	379	
12855	Bukarest	15. Febr.	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	379	
12856	Berlin	16. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	380	
12857	London	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	382	
12858	„	15. „	Desgl.	383	58*
12859	Berlin	16. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	383	
12860	Petersburg	16. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	384	
12861	Berlin	17. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	385	
12862	„	17. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	386	
	„	15. „	Anlage. Telegramm von Sir Edw. Grey	386	58*
12863	„	18. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	387	
12864	Bukarest	15. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Bronsart v. Schellendorff	388	
12865	Wien	18. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	390	
12866	„	19. „	Desgl.	392	
12867	Berlin	19. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	392	
12868	London	19. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	393	
12869	Wien	19. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	394	
12870	Sofia	20. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt	395	
12871	Berlin	21. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Below-Saleske	395	
12872	London	20. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	395	
12873	Pera	18. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	396	
12874	Wien	19. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	399	
12875	Berlin	21. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	399	
12876	Paris	20. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	400	
12877	Berlin	21. „	Aufzeichnung des Dirigenten v. Stumm	401	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,1	Kap. 269
12878	London	21. Febr.	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	402	59*
12879	„	21. „	Desgl.	402	59*
12880	Petersburg	19. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	403	
12881	„	20. „	Desgl.	405	
12882	Bukarest	22. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	406	
12883	London	22. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	406	
12884	Pera	22. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	407	
12885	Rom	21. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	407	
12886	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	408	
	„	22. „	Anlage. Aide-mémoire	408	60*
12887	Berlin	23. „	Aufzeichnung des Staatssekr. v. Jagow	409	
	„	23. „	Anlage. Englische Depesche	409	60*
12888	„	24. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	411	
12889	Bukarest	23. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	413	
12890	Paris	23. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	414	
12891	Berlin	24. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.	414	
12892	Wien	23. „	Botschafter v. Tschirschky an Staatssekr. v. Jagow	416	
12893	Pera	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	417	
12894	London	25. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	418	62*
12895	Berlin	26. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	419	
12896	Berlin	26. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Fürst Lichnowsky	419	
12897	London	25. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	420	
12898	Konstantinopel	26. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	420	
12899	Petersburg	19. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Eggeling	421	
12900	„	26. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	422	
12901	„	26. „	Desgl.	422	
12902	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter Graf Pourtalès	423	
12903	London	26. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	424	62*
12904	Berlin	27. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	425	
12905	Wien	26. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	426	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,1	Kap. 269
12906	Wien	27. Febr.	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	427	
12907	Berlin	28. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	428	
12908	Cetinje	23. „	Ges. v. Eckardt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	429	
12909	Berlin	28. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	430	
12910	„	28. „	Desgl.	430	
12911	„	28. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Frhr. v. Wangenheim	431	
12912	„	1. März	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Waldthausen	431	
12913	London	28. Febr.	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	432	63*
12914	Wien	27. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	432	
12915	Berlin	1. März	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	434	
	„	28. Febr.	Anlage. Aide-mémoire	434	63*
12916	Konstantinopel	1. März	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	435	
12917	„	1. „	Desgl.	435	
12918	Petersburg	28. Febr.	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	436	
12919	„	28. „	Desgl.	437	
12920	Wien	1. März	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . . .	439	
12921	„	1. „	Desgl.	439	
12922	Bukarest	2. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	440	64*
12923	Wien	1. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	441	
12924	Sofia	3. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . . .	443	
12925	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	443	
12926	„	3. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	444	
12927	London	3. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	446	65*
12928	Belgrad	1. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	447	
12929	London	4. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	448	
12930	„	4. „	Desgl.	449	

34. Band

Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg 1912—1913

Zweite Hälfte

270. Kapitel

Herabsetzung der Truppenstärken in Österreich-Ungarn und Rußland Österreichs Nachgeben bezüglich Diakowas; sein Vorgehen gegen Montenegro Die Vorschläge der Mächte für die Friedensbedingungen und für Räumung Skutaris

März 1913

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,2	Kap. 270
12972	Berlin	15. März	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	502	
12973	„	15. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	503	
12974	Wien	13. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	504	
12975	Petersburg	15. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	508	
12976	Berlin	16. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	509	
12977	„	16. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	509	
12978	London	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	510	68*
12979	Pera	13. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	512	
12980	Berlin	16. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Fürst Lichnowsky	513	
12981	Wien	16. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	513	
12982	Berlin	17. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	514	
12983	Athen	17. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	517	
12984	Konstantinopel	16. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	518	
12985	Petersburg	15. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	518	
12986	Wien	17. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	519	
12987	Berlin	18. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	520	
12988	Petersburg	18. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	521	
12989	London	17. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	522	
12990	Wien	17. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	523	
12991	Petersburg	19. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	524	
12992	Wien	19. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	524	
12993	Belgrad	19. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	525	
12994	London	19. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	526	68*
12995	Berlin	20. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	528	
12996	Wien	19. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	528	
12997	Berlin	20. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	530	
12998	„	20. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	531	
12999	Wien	18. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	532	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,2	Kap. 271
13054	Petersburg	31. März	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	589	
13055	„	31. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	590	
13056	Pera	29. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	590	
13057	Konstantinopel	31. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	592	
13058	London	31. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	593	72*
13059	„	1. April	Desgl.	595	
13060	Berlin	1. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	595	
13061	„	1. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	596	
13062	Konstantinopel	1. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	597	72*
13063	Paris	1. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	597	
13064	Berlin	2. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Schoen	598	
13065	Wien	2. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	599	
13066	Cetinje	1. „	Ges. v. Eckardt an Ausw. Amt	600	
13067	Wien	1. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	600	
13068	Rom	2. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	602	
13069	„	2. „	Desgl.	602	
13070	London	2. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	603	
13071	„	2. „	Desgl.	605	
13072	Paris	2. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	606	
13073	Cetinje	2. „	Ges. v. Eckardt an Ausw. Amt	608	
13074	Petersburg	1. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	608	
13075	„	1. „	Desgl.	610	
13076	Rom	31. März	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	610	
13077	Wien	1. April	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	611	
13078	Berlin	3. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	612	
13079	London	3. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	612	
13080	Wien	3. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	613	
13081	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	614	
13082	London	4. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	614	73*
13083	Petersburg	4. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	616	73*
13084	Berlin	5. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	617	
13085	Wien	4. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	617	
13086	Belgrad	4. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt . .	618	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,2	Kap. 271
13087	Wien	4. April	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	619	
13088	Sofia	5. "	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt	621	74*
13089	"	5. "	Desgl.	622	
13090	Berlin	5. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	623	
13091	"	6. "	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	623	
13092	"	6. "	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	625	
13093	"	6. "	Desgl.	625	
13094	"	6. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	627	
13095	Wien	5. "	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	627	
13096	London	6. "	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	630	
13097	Berlin	7. "	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	630	
13098	Wien	6. "	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	632	
13099	Berlin	7. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	632	
13100	Homburg v. d. Höhe	7. "	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt	633	
13101	Berlin	7. "	Staatssekr. v. Jagow an Rat Gesandten v. Treutler	634	
13102	Rom	7. "	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	634	
13103	Berlin	7. "	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	636	
13104	Homburg v. d. Höhe	7. "	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt	636	
13105	Rom	7. "	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	637	
13106	Berlin	8. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	638	
13107	Homburg v. d. Höhe	7. "	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt	639	
13108	Berlin	8. "	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Rat Ges. v. Treutler	640	
13109	Konstantinopel	7. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	642	
13110	Petersburg	7. "	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	643	
13111	Berlin	8. "	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	644	
13112	London	8. "	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	644	
13113	"	8. "	Desgl.	647	
13114	"	8. "	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	647	
13115	Rom	8. "	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	647	
13116	Berlin	9. "	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	648	
13117	Wien	8. "	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	649	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,2	Kap. 271
13183	Berlin	23. April	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	707	
13184	Sofia	23. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . . .	707	
13185	„	22. „	Ges. v. Below-Saleske an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	708	
13186	Pera	22. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	709	
13187	Athen	22. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	712	
			272. Kapitel **Die Frage der Mandatserteilung an Österreich-Ungarn und Italien Der Griechisch-Italienische Zwist über Griechenlands Nordgrenze Der Präliminarfrieden von London April bis Mai 1913**		
		1913		Bd. 34,2	Kap. 272
13188	Berlin	23. April	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	715	
13189	Wien	23. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	716	
13190	Homburg	23. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	717	
13191	London	23. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	718	
13192	Rom	22. „	Botschafter v. Flotow an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	721	
13193	Berlin	24. „	Staatssekretär v. Jagow an Rat Gesandten v. Treutler	722	
13194	Paris	24. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt . .	723	
13195	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	723	
13196	London	24. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	724	
13197	Berlin	25. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	725	
13198	Petersburg	24. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	725	
13199	Berlin	25. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	727	
13200	Wien	24. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	727	
13201	Cetinje	24. „	Ges. v. Eckardt an Ausw. Amt	728	
13202	Wien	24. „	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	728	
13203	„	24. „	Botschafter v. Tschirschky an Staatssekr. v. Jagow	731	
13204	Metz	25. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt	732	
13205	„	25. „	Desgl.	733	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,2	Kap. 272
13299	Konstantinopel	12. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	835	
13300	Berlin	13. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	835	
13301	Rom	10. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	836	
13302	Berlin	13. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Fürst Lichnowsky	837	
13303	Sofia	11. „	Ges. v. Below-Saleske an Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg	838	
13304	Petersburg	14. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	839	
13305	Rom	16. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	841	
13306	Konstantinopel	17. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	841	
13307	Berlin	18. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Below-Saleske	842	
13308	„	18. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Waldthausen	843	
13309	Rom	18. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	844	
13310	„	19. „	Desgl.	845	
13311	Berlin	20. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	845	
13312	„	20. „	Staatssekretär v. Jagow an Ges. Graf Quadt	846	
13313	Konstantinopel	20. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	846	
13314	Athen	20. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	847	
13315	London	20. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	847	83*
13316	„	20. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	848	84*
13317	—	—	Anlage zu Nr. 13 316. Französische Aufzeichnung über Organisation Albaniens	850	85*
13318	Wien	18. Mai	Bericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	853	
13319	Athen	15. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	854	
13320	Konstantinopel	21. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	855	
13321	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	856	
13322	„	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	857	
13323	Rom	22. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	857	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,2	Kap. 272
13324	Sofia	19. Mai	Bericht des Militär-Attachés Majors v. Massow	858	
13325	Athen	23. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	860	
13326	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	861	
13327	Rom	21. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	862	
13328	Sofia	24. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt	862	
13329	London	23. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	863	
13330	Berlin	26. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	864	
13331	„	26. „	Desgl.	864	
13332	Sofia	26. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt	865	
13333	Petersburg	26. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	866	
13334	London	26. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	867	87*
13335	„	27. „	Desgl.	868	
13336	Konstantinopel	26. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	869	
13337	Berlin	27. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Graf Pourtalès	870	
13338	Wien	26. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	870	
13339	Petersburg	27. „	Geschäftstr. v. Lucius an Ausw. Amt	871	
13340	Berlin	28. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	871	
13341	London	28. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	872	
13342	Belgrad	26. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	872	
13343	Berlin	29. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Waldthausen	873	
13344	„	29. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. Graf Quadt	874	
13345	Wien	28. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	874	
13346	Bukarest	29. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	875	
13347	Berlin	30. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Waldthausen	876	
13348	„	30. „	Staatssekretär v. Jagow an Botsch. v. Szögyényi-Marich	877	
13349	„	30. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	878	
13350	„	30. „	Desgl.	878	
	Rom	21. „	Anlage. Botsch. v. Mérey an Min. Graf Berchtold	880	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 34,2	Kap. 272
13351	Petersburg	30. Mai	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	882	
13352	Wien	30. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	883	
13353	London	31. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	884	
13354	„	31. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	885	88*

35. Band

Der Dritte Balkankrieg 1913

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913	273. Kapitel **Die Krise im Balkanbund Der Bruch zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten Griechisch-Türkische Allianzverhandlungen Mai bis Juni 1913**	Bd. 35	Kap. 273
13355	Sofia	27. Mai	Ges. v. Below-Saleske an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	3	
13356	Wien	30. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	5	
13357	Konstantinopel	31. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	5	
13358	Berlin	3. Juni	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	6	
13359	Sofia	2. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . .	7	
13360	Wien	3. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	7	
13361	„	4. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	8	
13362	Belgrad	4. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	8	
13363	Athen	4. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	9	
13364	Wien	5. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	9	
13365	Belgrad	4. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	10	
13366	Sofia	2. „	Ges. v .Below-Saleske an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	11	
13367	Therapia	6. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	13	
13368	Bukarest	6. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	14	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 35	Kap. 273
13369	Wien	5. Juni	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	15	
13370	„	30. Mai	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	16	
13371	Athen	7. Juni	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	19	
13372	Konstantinopel	7. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	20	
13373	Petersburg	6. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	20	
13374	Athen	8. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	22	
13375	„	9. „	Desgl.	23	
13376	Belgrad	8. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	23	
13377	Athen	9. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	24	
13378	London	9. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	24	
13379	„	10. „	Desgl.	25	
13380	Berlin	11. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim . . .	26	
13381	Konstantinopel	10. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	27	
13382	Athen	10. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	27	
13383	Sofia	10. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . .	28	
13384	„	10. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . .	29	
13385	Konstantinopel	10. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	29	
13386	Berlin	11. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	31	
13387	Wien	10. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	31	
13388	Berlin	12. „	Aufzeichnung des Staatssekr. v. Jagow . .	32	
13389	Konstantinopel	13. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	32	
13390	Belgrad	13. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt . .	33	
13391	Petersburg	12. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	33	
13392	Athen	9. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	35	
13393	Bukarest	10. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	37	
13394	Athen	15. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	39	
13395	Wien	14. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	39	
13396	„	16. „	Desgl.	41	
13397	Belgrad	18. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt . .	42	
13398	Sofia	18. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . . .	42	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 35	Kap. 273
13399	Konstantinopel	19. Juni	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	43	
13400	„	19. „	Desgl.	43	
13401	Belgrad	20. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt	44	
13402	„	21. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	44	
13403	Bukarest	20. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	46	
13404	„	20. „	Desgl.	48	
13405	Athen	20. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	48	
13406	Petersburg	19. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	49	
13407	Wien	20. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	49	
13408	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	50	
13409	Athen	21. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	51	
13410	Wien	20. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	52	
13411	Belgrad	22. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt	54	
13412	„	22. „	Desgl.	55	
13413	Petersburg	23. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	55	
13414	Wien	23. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	56	
13415	Belgrad	24. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt	57	
13416	Konstantinopel	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	57	
13417	Petersburg	24. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	58	
13418	Athen	24. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	58	
13419	Petersburg	25. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	59	
13420	Athen	25. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	59	
13421	Konstantinopel	26. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	60	
13422	Bukarest	26. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	60	
13423	Berlin	26. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	61	
13424	Bukarest	27. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	62	
13425	Athen	27. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	63	
13426	„	22. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	63	
13427	Petersburg	25. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	64	
13428	Berlin	28. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	66	
	„	28. „	Anlage. Erlaß des Grafen Berchtold	68	
13429	Therapia	28. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	70	
13430	Athen	28. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	71	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 35	Kap. 274
13489	Paris	5. Juli	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	127	
13490	Berlin	6. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. v. Tschirschky	128	
13491	Therapia	6. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	130	
13492	Berlin	7. „	Aufzeichnung des Staatssekr. v. Jagow	131	
13493	„	7. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	134	
13494	London	7. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	135	
13495	Wien	7. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	135	
13496	Berlin	8. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	136	
13497	Wien	7. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	136	
13498	Berlin	8. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	137	
13499	„	9. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Frhr. v. Schoen	138	
13500	Bukarest	9. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	139	
13501	Berlin	10. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	140	
13502	Bukarest	11. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	140	
13503	Petersburg	11. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	141	
13504	Wien	11. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	142	
13505	Berlin	12. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	142	
13506	Athen	11. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	143	
13507	Wien	11. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	144	
13508	„	11. „	Desgl.	146	
13509	Bukarest	12. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	149	
13510	Berlin	12. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	149	
13511	„	13. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	151	
13512	Konstantinopel	12. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	151	
13513	Athen	8. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	152	
13514	Wien	14. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	153	
13515	Konstantinopel	14. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	154	
13516	Berlin	15. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. Graf Quadt	155	
13517	„	15. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. v. Tschirschky	156	
13518	Wien	14. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	156	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 35	Kap. 274
13588	Berlin	25. Juli	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	209	
13589	Therapia	25. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	210	
13590	Wien	25. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	211	
13591	—	25. „	Englische Note verbale	212	92*
13592	Athen	25. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	213	
13593	Belgrad	25. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	214	
13594	Balestrand	25. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	214	
13595	Petersburg	24. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	216	
13596	„	24. „	Desgl.	218	
13597	„	24. „	Desgl.	218	
13598	Wien	26. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	219	
13599	Bukarest	26. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	220	92*
13600	Fiuggi	25. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	220	
13601	Petersburg	27. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	221	
13602	Wien	25. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	221	
13603	Athen	27. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	222	
13604	Berlin	27. „	Aufzeichnung des Dirigenten v. Stumm . .	222	
13605	Paris	25. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	223	
13606	—	(28. „)	Englisches Aide-mémoire	224	93*
13607	London	28. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	224	
13608	Petersburg	28. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	225	
13609	Fiuggi	28. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	225	
13610	Berlin	27. „	Russisches Aide-mémoire	226	94*
13611	„	29. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	226	94*
13612	„	29. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. Freiherr v. Griesinger	228	
13613	Konstantinopel	28. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	228	
13614	Therapia	29. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	229	
13615	Berlin	30. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	230	
13616	Therapia	30. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	231	
13617	Paris	30. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	232	
13618	London	31. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	232	
13619	Athen	26. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	233	
13620	Therapia	1. Aug.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	234	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 35	Kap. 275
13645	London	23. Juni	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	264	
13646	Wien	29. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	265	
13647	London	27. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	266	
	Foreign Office	26. „	Anlage. Telegramm Sir E. Greys an Sir F. Cartwright	267	98*
13648	London	1. Juli	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	268	98*
13649	„	3. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	271	
13650	Blumendorf b. Oldesloe	5. „	Staatssekr. v. Jagow an Stellv. Staatssekr. Zimmermann	272	
13651	London	7. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	274	
13652	Wien	7. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	275	
13653	„	9. „	Desgl.	276	
13654	Berlin	10. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	277	
13655	London	11. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	279	
13656	Berlin	12. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	280	
13657	Rom	12. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	280	
13658	London	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	280	
13659	„	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	281	
	—	—	Anlage. Entwurf zur albanischen Regelung	284	100*
13660	Fiuggi Fonte	19. Juli	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	284	
13661	Berlin	20. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	285	
13662	Fiuggi Fonte	21. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	286	
13663	London	22. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	286	
13664	Berlin	23. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	287	
13665	London	21. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	287	
13666	„	24. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	288	
13667	—	(25. „)	Englische Note verbale	289	100*
13668	Fiuggi Fonte	28. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	290	
13669	London	28. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	291	
13670	„	29. „	Desgl.	291	
13671	„	29. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	291	
	—	—	Anlage. Organisation Albaniens	295	
13672	London	31. Juli	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	295	
13673	„	31. „	Desgl.	296	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 35	Kap. 275
13674	London	31. Juli	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	297	
13675	„	1. Aug.	Desgl.	298	
13676	Fiuggi	2. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	300	
13677	Berlin	4. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	300	
13678	London	5. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	301	
13679	Rom	3. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	301	
13680	London	5. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	302	101*
13681	Rom	8. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	305	
13682	London	8. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	306	
13683	„	8. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	307	103*
13684	Athen	9. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	309	
13685	Rom	10. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	310	
13686	Berlin	10. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Flotow	310	
13687	London	11. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	311	
13688	„	12. „	Desgl.	312	
13689	„	11. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	312	105*
13690	„	11. „	Beschluß der Botschafterkonferenz vom 11. Aug. 1913 betr. die Abgrenzung von Süd-Albanien	315	
			276. Kapitel **Der Friede von Bukarest und die Frage seiner Revision Kawala und der Österreichisch-Russische Wettstreit um Bulgarien Juli bis August 1913**		
		1913		Bd. 35	Kap. 276
13691	Athen	25. Juli	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	319	
13692	Bukarest	26. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	320	
13693	„	29. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	320	
13694	„	30. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	321	
13695	„	31. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	321	
13696	Athen	31. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	323	106*
13697	„	31. „	Desgl.	323	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 35	Kap. 276
13698	Berlin	1. Aug.	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Waldthausen	324	
13699	Bukarest	1. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	324	
13700	Berlin	1. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	325	
13701	„	2. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	328	
13702	—	(2. „)	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	329	
13703	Berlin	2. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	331	
13704	Bukarest	2. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	332	
13705	„	3. „	Desgl.	332	
13706	„	3. „	Desgl.	334	
13707	Berlin	3. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Rat Ges. v. Treutler	334	
13708	Bergen	3. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt	335	
13709	Berlin	4. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Ges. v. Waldthausen	336	
13710	Bukarest	4. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	337	
13711	Petersburg	2. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	337	
13712	Wien	4. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	338	
13713	Berlin	5. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	339	
13714	Rom	4. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	339	
13715	Bukarest	4. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	340	
13716	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Ges. v. Waldthausen	340	
13717	Bukarest	5. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	341	107*
13718	London	5. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	342	
13719	Berlin	6. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Fürst Lichnowsky	343	
13720	Bukarest	5. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt	343	
13721	„	6. „	Desgl.	344	
13722	Berlin	6. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Rat Ges. v. Treutler	344	
13723	„	6. „	Desgl.	345	
13724	Wien	5. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	346	
	—	—	Anlage. Österreichisches Aide-mémoire	346	
13725	Wien	5. Aug.	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	349	
13726	„	1. „	Minister Graf Berchtold an Botsch. Graf Szögyényi-Marich	353	

36. Band

Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914

Erste Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 277
13775	Therapia	12. Aug.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	22	
13776	Petersburg	13. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	22	
13777	Berlin	14. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Rat Ges. v. Treutler	23	
13778	London	13. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	24	
13779	Homburg v. d. Höhe	15. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	26	
13780	Berlin	15. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Graf Pourtalès	26	
—	—	—	Anlage. Russisches Promemoria	27	108*
13781	Homburg v. d. Höhe	16. Aug.	Kaiser Wilhelm II. an Ausw. Amt	27	
13782	Paris	14. „	Geschäftstr. v. Radowitz an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	30	
13783	Therapia	16. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	31	
13784	Konstantinopel	16. „	Desgl.	32	
13785	Petersburg	15. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	33	
13786	Therapia	17. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	34	
13787	Saltino	18. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	35	
13788	Berlin	19. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	36	
13789	Therapia	20. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	36	
13790	Konstantinopel	20. „	Desgl.	37	
13791	Therapia	20. „	Desgl.	37	
13792	Petersburg	20. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	38	
13793	Paris	21. „	Geschäftstr. v. Radowitz an Ausw. Amt . .	39	
13794	Therapia	21. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	40	
13795	Saltino-Vallombrosa	20. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	41	
13796	Berlin	23. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	41	
13797	Petersburg	21. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	42	
13798	Sofia	24. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt . . .	43	
13799	Therapia	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	44	
13800	„	24. „	Desgl.	44	
13801	Berlin	25. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	45	
13802	Therapia	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	46	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 278
13831	Konstantinopel	16. Aug.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	70	
13832	Athen	18. "	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	70	
13833	Berlin	20. "	Staatssekr. v. Jagow an Ges. Grafen Quadt	71	
13834	Athen	21. "	Geschäftstr. Graf v. Bassewitz an Ausw. Amt	71	
13835	Therapia	29. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	72	
13836	"	1. Sept.	Desgl.	73	
13837	Athen	3. "	Geschäftstr. Graf v. Bassewitz an Ausw. Amt	74	
13838	Berlin	8. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	74	
13839	Konstantinopel	7. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	74	
13840	"	7. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	75	
13841	Berlin	8. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	76	
13842	"	8. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	77	
13843	"	10. "	Desgl.	78	
13844	Therapia	9. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	79	
13845	Berlin	10. "	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim	80	
13846	Therapia	10. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	80	
13847	Athen	7. "	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	83	
13848	Rom	10. "	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	84	
13849	Athen	12. "	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	86	
13850	Berlin	13. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	86	
13851	Therapia	13. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	87	
13852	Berlin	15. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	90	
13853	Therapia	16. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	90	
13854	Berlin	17. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	91	
13855	Therapia	18. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	91	
13856	Athen	22. "	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	92	
13857	Therapia	19. "	Botsch. Freiherr v. Wangenheim an Staatssekretär v. Jagow	92	
13858	"	23. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	95	
13859	Athen	26. "	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	96	
13860	Therapia	26. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	97	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 278
13861	Therapia	27. Sept.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	98	
13862	„	27. „	Desgl.	99	
13863	„	27. „	Desgl.	100	
13864	Berlin	29. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	100	
13865	Rominten	29. „	Rat Ges. Graf Wedel an Ausw. Amt	101	
13866	Berlin	29. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Waldthausen	102	
13867	Athen	29. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	102	
13868	Therapia	29. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	103	
13869	London	30. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	104	
13870	Sofia	30. „	Ges. v. Below-Saleske an Ausw. Amt	105	
13871	Therapia	1. Okt.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	105	
13872	Sinaia	1. „	Geschäftstr. v. Waldburg an Ausw. Amt	106	
13873	Athen	27. Sept.	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	107	
13874	Königsberg	3. Okt.	Rat Ges. v. Wedel an Ausw. Amt	108	
13875	Petersburg	5. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	109	
13876	Therapia	3. „	Botsch. Freiherr v. Wangenheim an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	109	
13877	„	8. „	Desgl.	112	
13878	Konstantinopel	10. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	112	
13879	Petersburg	11. „	Geschäftstr. Freiherr v. Lucius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	113	
13880	Sinaia	15. „	Geschäftstr. v. Waldburg an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	114	
13881	Konstantinopel	30. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	114	
13882	Athen	27. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	115	
13883	Konstantinopel	1. Nov.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	116	
13884	Berlin	6. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim	116	
13885	„	6. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Ges. v. Waldthausen	117	
13886	Konstantinopel	7. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	117	
13887	„	7. „	Desgl.	118	
13888	Berlin	8. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Graf Pourtalès	118	
13889	Petersburg	7. „	Geschäftstr. Freiherr v. Lucius an Ausw. Amt	119	

279. Kapitel

Die Konstituierung des Albanischen Staates

A. Die Grenzkommissionen und ihre Tätigkeit

August bis Dezember 1913

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 279, A
13939	London	24. Sept.	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	165	
13940	Skutari	21. „	Delegierter Major v. Laffert an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	165	
13941	„	24. „	Desgl.	168	
13942	Salonik	3. Okt.	Konsul Walter an Ausw. Amt	170	
13943	Skutari	3. „	Delegierter Major v. Laffert an Ausw. Amt	170	
13944	Athen	4. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	171	
13945	Berlin	7. „	Österreich-ungarische Notiz	171	
13946	Athen	2. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	172	
13947	Monastir	5. „	Delegierter Major Thierry an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	173	
13948	Berlin	11. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Ges. Freiherr v. Griesinger	174	
13949	„	13. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftsträger Graf Bassewitz	175	
	—	—	Anlage. Beschluß vom 4. 10. 1913 . . .	175	109*
13950	Skutari	10. Okt.	Delegierter Major v. Laffert an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	176	
13951	Monastir	11. „	Delegierter Major Thierry an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	178	
13952	Herseg	18. „	Desgl.	179	
13953	Kolonia	23. „	Delegierter Major Thierry an Ausw. Amt	182	
13954	Berlin	24. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Fürst Lichnowsky	182	
13955	Kolonia	24. „	Delegierter Major Thierry an Ausw. Amt	183	
13956	„	26. „	Desgl.	183	
13957	Athen	21. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	183	
13958	Bitolia	31. „	Delegierter Major v. Laffert an Ausw. Amt	184	
13959	London	28. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	184	
13960	Athen	30. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	184	
13961	Lin	23. „	Delegierter Major v. Laffert an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	185	
13962	Petersburg	5. Nov.	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	188	
13963	Berlin	5. „	Aufzeichnung des Unt.-Staatssekr. Zimmermann	189	
	Athen	4. „	Anlage. Griechische Note	189	110*
13964	Herseg	31. Okt.	Identisches Telegramm der Delegierten des Dreibundes	190	
13965	Berlin	5. Nov.	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftsträger Graf Bassewitz	192	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 279, A
13966	Athen	6. Nov.	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	193	
13967	London	5. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	193	
13968	Herseg	2. „	Delegierter Major Thierry an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	194	
13969	Paris	6. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	197	
13970	Berlin	8. „	Englisches Aide-mémoire	198	111*
13971	Gorni Belica	2. „	Delegierter Major v. Laffert an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	199	
13972	Athen	5. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	203	
13973	Wien	7. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	206	
13974	Herseg	6. „	Delegierter Major Thierry an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	206	
13975	London	12. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	208	
13976	Rom	10. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	208	
13977	Berlin	13. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftsträger v. Kühlmann	209	
13978	Wien	13. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	210	
13979	Berlin	14. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftsträger v. Kühlmann	210	
13980	Leskowik	8. „	Identisches Telegramm der Dreibunddelegierten	211	
13981	„	10. „	Desgl.	211	
13982	Rom	13. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	212	
13983	Berlin	16. „	Aide-mémoire des Staatssekr. Zimmermann	214	
13984	„	16. „	Notiz des Stellv. Staatssekr. Zimmermann	215	
13985	„	17. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Delegierten Major v. Laffert	215	
13986	Leskowik	14. „	Delegierter Major Thierry an Ausw. Amt	215	
13987	Berlin	17. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Delegierten Major Thierry	216	
13988	Rom	19. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	216	
13989	London	18. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	217	
13990	Berlin	19. „	Englisches Aide-mémoire	218	112*
13991	Rom	18. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	219	
13992	Berlin	20. „	Österreich-ungarische Notiz	221	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 279, A
14019	Argyrokastron	9. Dez.	Delegierter Major Thierry an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	250	
14020	„	10. „	Delegierter Major Thierry an Ausw. Amt	252	
14021	Petersburg	13. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	253	
14022	Athen	12. „	Ges. Graf Quadt an Staatssekr. v. Jagow	255	
	—	11. „	Anlage. Brief König Konstantins an Graf Quadt	257	
14023	Prisren	9. „	Delegierter Major v. Laffert an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	258	
14024	Athen	14. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	259	
			B. Die Internationale Kontrollkommission und ihre Tätigkeit bis zur Übernahme der provisorischen Regierung des Landes		
		1913	**August 1913 bis Januar 1914**	Bd. 36,1	Kap. 279, B
14025	Berlin	30. Aug.	Englisches Aide-mémoire	263	113*
14026	„	1. Sept.	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Sir W. E. Goschen	264	113*
14027	„	2. „	Geschäftstr. Frhr. v. Flotow an Staatssekr. v. Jagow	264	
14028	München	6. „	Generalkons. Winckel an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	265	
14029	Berlin	8. „	Dirigent Wilh. v. Stumm an Geschäftstr. Prinz zu Stolberg	266	
14030	„	10. „	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftstr. Prinz zu Stolberg	267	
	„	8. „	Anlage. Englische Notiz	267	113*
14031	„	10. „	Chef des Admiralst. Vizeadmiral v. Heeringen an Staatssekr. v. Jagow	268	
14032	Wien	13. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	269	
14033	„	14. „	Desgl.	270	
14034	„	18. „	Desgl.	270	
14035	Berlin	23. „	Englische Note	271	114*
14036	Wien	25. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	272	
	„	24. „	Anlage. Österreichische Note	273	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 279, B
14037	Wien	25. Sept.	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	275	
14038	Berlin	30. „	Dirigent Wilh. v. Stumm an Botschafter v. Tschirschky	277	
	„	28. „	Anlage. Englische Aufzeichnung	278	115*
14039	„	30. „	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftstr. Prinz zu Stolberg	278	
14040	Rom	29. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	278	
14041	Wien	1. Okt.	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	279	
14042	„	29. Sept.	Marineattaché Korvettenkapitän v. Freyberg an Staatssekr. Großadm. v. Tirpitz	279	
14043	Sinaia	29. „	Geschäftstr. Graf Waldburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	281	
14044	Berlin	4. Okt.	Staatssekr. v. Jagow an Delegierten Generalkonsul Winckel	282	
14045	Wien	3. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	283	
14046	Berlin	6. „	Englisches Aide-mémoire	283	115*
14047	„	8. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Kaiser Wilhelm II.	285	
14048	„	11. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Rat Ges. Graf Wedel	286	
14049	Wien	9. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	287	
14050	Berlin	14. „	Englisches Aide-mémoire	289	116*
14051	„	14. „	Desgl.	289	117*
14052	„	15. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	290	
14053	Valona	16. „	Delegierter Gen.-Konsul Winckel an Ausw. Amt	291	
14054	Rom	18. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Ausw. Amt	291	
14055	Berlin	19. „	Geschäftstr. Frhr. v. Flotow an Stellv. Staatssekr. Zimmermann	292	
14056	„	20. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Delegierten Gen.-Konsul Winckel	293	
14057	Valona	20. „	Delegierter Generalkons. Winckel an Ausw. Amt	293	
14058	Wien	20. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Ausw. Amt	293	
14059	Berlin	21. „	Englisches Aide-mémoire	294	117*
14060	„	23. „	Aide-mémoire für die englische Botschaft	294	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 279, B
14085	Valona	4. Dez.	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt	316	
14086	„	10. „	Desgl.	317	
14087	Rom	8. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	317	
14088	Valona	4. „	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	318	119*
14089	Rom	11. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	319	
14090	Valona	13. „	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt	319	
14091	Berlin	16. „	Stellvertr. Staatssekretär Zimmermann an Stellvertr. Delegierten Leg.-Rat Nadolny	320	
14092	Valona	13. „	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	320	
14093	„	15. „	Desgl.	321	
14094	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Prinz Wilhelm zu Wied	324	
14095	Neuwied	31. „	Prinz Wilhelm zu Wied an Staatssekr. v. Jagow	325	
		1914			
14096	Valona	3. Jan.	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt	327	
14097	Konstantinopel	4. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt	327	
14098	Berlin	5. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Müller	328	
14099	Konstantinopel	5. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt	328	
14100	Valona	8. „	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt	329	
14101	Wien	7. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	329	
14102	Berlin	9. „	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftsträger v. Mutius	330	
14103	Valona	9. „	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt	330	
14104	Wien	8. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	331	
14105	Valona	9. „	Stellvertr. Delegierter Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt	332	
14106	„	9. „	Desgl.	332	
14107	Konstantinopel	10. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt	333	
14108	„	11. „	Desgl.	333	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 280
14155	Belgrad	5. Okt.	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt	379	
14156	Athen	30. Sept.	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	379	
14157	Belgrad	7. Okt.	Ges. Freiherr v. Griesinger an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	380	
14158	Berlin	12. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Ges. Freiherr v. Griesinger	382	
14159	Wien	9. „	Militärbericht des Milit.-Attachés Majors Grafen Kageneck	382	
14160	„	15. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Ausw. Amt	384	
14161	Berlin	16. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Rat Ges. Graf Wedel	386	
14162	„	16. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	388	
14163	„	16. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftsträger v. Scharfenberg	388	
14164	„	16. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Fürst Lichnowsky	389	
14165	Rom	14. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	389	
14166	Berlin	17. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Fürst Lichnowsky	391	
14167	Belgrad	16. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	392	
14168	Wien	15. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	392	
14169	London	(18. „)	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	394	
14170	Wien	17. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Ausw. Amt	394	
14171	Belgrad	17. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	395	
14172	Bonn	17. „	Rat Ges. Graf Wedel an Ausw. Amt . . .	396	
14173	Petersburg	18. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	397	
14174	Berlin	18. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Ges. v. Waldthausen	397	
14175	„	19. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim . . .	398	
14176	Wien	18. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Ausw. Amt	398	
14177	Petersburg	19. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	399	
14178	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftstr. Freiherr v. Lucius	400	
14179	Belgrad	19. „	Ges. Freiherr v. Griesinger an Ausw. Amt	401	121*
14180	Rom	19. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff und v. Hindenburg an Ausw. Amt	402	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,1	Kap. 280
14181	Berlin	20. Okt.	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftstr. v. Beneckendorff und v. Hindenburg	402	
14182	Rom	20. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff und v. Hindenburg an Ausw. Amt	403	
14183	„	17. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	403	
14184	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Kaiser Wilhelm II.	404	
14185	Wien	20. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Ausw. Amt	404	
14186	„	20. „	Desgl.	405	
14187	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	406	
14188	London	20. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	407	
14189	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftsträger v. Kühlmann	408	
14190	„	21. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	408	
14191	Petersburg	21. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	409	
14192	Wien	21. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Ausw. Amt	410	
14193	Berlin	22. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	410	
14194	Rom	21. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	412	
14195	„	21. „	Desgl.	413	
14196	Belgrad	21. „	Geschäftstr. Freiherr v. Griesinger an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	414	
14197	Berlin	25. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Flotow	416	
	„	24. „	Anlage. Serbisches Exposé	416	
14198	Belgrad	23. „	Geschäftstr. Freiherr v. Griesinger an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	417	
14199	Petersburg	25. „	Geschäftstr. Freiherr v. Lucius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	418	
14200	„	25. „	Desgl.	419	
14201	„	28. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	420	
14202	Berlin	11. Nov.	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	421	

36. Band

Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914

Zweite Hälfte

281. Kapitel

Die Evakuierung Südalbaniens durch Griechenland und ihre Verquickung mit der Inselfrage
Der Epirotische Aufstand
Dezember 1913 bis Juli 1914

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 36,2	Kap. 281
14223	Rom	29. Dez.	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	449	
14224	Berlin	29. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	449	
14225	Konstantinopel	30. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	451	
14226	Athen	26. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	451	
		1914			
14227	London	1. Jan.	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	452	
		1913			
14228	Rom	29. Dez.	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	453	
14229	London	31. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	454	
	„	31. „	Anlage. Aide-mémoire des Botsch. Fürsten Lichnowsky	456	125*
		1914			
14230	Rom	2. Jan.	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt . . .	457	
14231	Berlin	3. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	457	
14232	Wien	2. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	458	
14233	„	2. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	459	
14234	Rom	3. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	460	
14235	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftsträger v. Mutius	460	
14236	„	4. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	461	
14237	Rom	4. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	463	
14238	Berlin	6. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	464	
14239	„	6. „	Desgl.	464	125*
14240	Rom	6. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	466	
14241	Berlin	7. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	466	
14242	Rom	4. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	467	
14243	Konstantinopel	7. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	469	
14244	London	7. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	470	
14245	Rom	8. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	470	
14246	„	10. „	Desgl.	471	
14247	Berlin	11. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	472	
14248	London	11. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	472	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 36,2	Kap. 281
14274	London	31. Jan.	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	491	
14275	Wien	1. Febr.	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	491	
14276	Berlin	2. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	493	
14277	Rom	2. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	493	
14278	Berlin	3. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	494	
14279	„	7. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	495	
14280	Petersburg	7. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	496	
14281	„	6. „	Desgl.	498	
14282	Pera	6. „	Geschäftstr. v. Mutius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	498	
14283	Athen	10. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	499	
14284	Rom	11. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt . . .	500	
14285	Konstantinopel	11. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	500	
14286	Berlin	11. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	501	
14287	Wien	11. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	501	
14288	Berlin	12. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	502	
	„	10. „	Anlage. Englisches Aide-mémoire	503	129*
14289	Bukarest	12. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	503	
14290	London	11. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	505	
14291	„	11. „	Desgl.	507	
14292	Berlin	13. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	508	
14293	„	13. „	Desgl.	509	
	„	12. „	Anlage. Englisches Aide-mémoire . . .	509	130*
14294	Konstantinopel	13. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	510	
14295	Petersburg	14. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	511	
14296	Bukarest	13. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	513	
14297	Pera	18. „	Geschäftstr. v. Mutius an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	516	
14298	Berlin	27. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	517	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 36,2	Kap. 281
14362	Berlin	19. April	Staatssekr. v. Jagow an Ges. Graf Quadt	563	
14363	Durazzo	18. „	Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt . .	564	
14364	Athen	20. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	564	
14365	Berlin	20. „	Staatssekr. v. Jagow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	565	
14366	Athen	21. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	566	
14367	Wien	20. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	566	
14368	Achilleion	21. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Ausw. Amt	568	
14369	„	22. „	Desgl.	569	
14370	Athen	23. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	570	
14371	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Legationsrat Nadolny	570	
14372	Athen	24. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	570	
14373	Rom	23. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	571	
14374	Durazzo	25. „	Legationsrat Nadolny an Ausw. Amt . .	572	
14375	Berlin	25. „	Geschäftstr. Dragumis an Staatssekr. v. Jagow	572	
14376	„	29. „	Desgl.	572	
14377	Rom	30. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt . . .	573	
14378	Valona	3. Mai	Delegierter Winckel an Ausw. Amt . . .	573	
14379	Athen	5. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	574	
14380	Durazzo	4. „	Legationsrat Nadolny an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	574	
14381	„	6. „	Desgl.	575	
	—	—	Anlage. Neue, an Mufid Bey gestellte Bedingungen	576	131*
14382	Korfu	13. Mai	Delegierter Winckel an Ausw. Amt . . .	576	
14383	Athen	14. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	577	
14384	Rom	13. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	578	
14385	Berlin	16. „	Österreich-ungarische Notiz	579	132*
14386	„	18. „	Staatssekr. v. Jagow an Delegierten Winckel	580	
14387	Rom	15. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	580	
14388	Athen	18. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	581	
14389	Valona	19. „	Delegierter Winckel an Ausw. Amt	582	
14390	Athen	19. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	583	
14391	Rom	23. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	583	

282. Kapitel

Der Albanische Königstraum und der Österreichisch-Italienische Gegensatz Januar bis August 1914

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 36,2	Kap. 282
14505	Bukarest	19. Juni	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	705	
14506	Valona	22. „	Delegierter Gen.-Konsul Winckel an Ausw. Amt	706	
14507	Rom	20. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	707	
14508	Berlin	22. „	Österreich-ungarische Notiz	708	
14509	Paris	24. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	709	
14510	Durazzo	24. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	710	
14511	London	24. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	711	
14512	Durazzo	26. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	712	
14513	Berlin	27. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. v. Tschirschky	712	
14514	Rom	24. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	713	
14515	Durazzo	27. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	714	
14516	Kiel	27. „	Rat Ges. Graf Wedel an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	715	
14517	Wien	27. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	715	
14518	Rom	26. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	716	
14519	Konstantinopel	29. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	718	
14520	Wien	28. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	718	
14521	Belgrad	27. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	720	
14522	Durazzo	30. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	721	
14523	Rom	1. Juli	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	722	
14524	Durazzo	29. Juni	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	722	
14525	„	1. Juli	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	724	
14526	Berlin	3. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. v. Tschirschky	724	
14527	Rom	3. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	725	
14528	Petersburg	2. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	726	
14529	Berlin	4. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. v. Flotow	727	
14530	Durazzo	2. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	727	

283. Kapitel

Neue Zuspitzung der Inselfrage Deutschlands Wirken für die Erhaltung des Friedens zwischen Türkei und Griechenland Februar bis Juli 1914

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 36,2	Kap. 283
14584	Athen	1. Mai	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	775	
14585	Pera	29. April	Geschäftstr. v. Mutius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	776	
14586	Wien	2. Mai	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	776	
14587	Pera	7. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Staatssekr. v. Jagow	779	
	„	9. „	Anlage. Aufzeichnung des Botsch. Frhr. v. Wangenheim	784	
14588	Berlin	13. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	788	
14589	Athen	13. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	789	134*
14590	Konstantinopel	19. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	790	
14591	Athen	19. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	792	
14592	„	20. „	Desgl.	792	
14593	„	21. „	Desgl.	793	
14594	Konstantinopel	21. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	793	
14595	Petersburg	23. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	795	
14596	Konstantinopel	25. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	798	134*
14597	Athen	26. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	798	
14598	„	28. „	Desgl.	799	135*
14599	Therapia	30. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	800	
14600	„	30. „	Desgl.	802	
14601	„	2. Juni	Desgl.	802	
14602	„	6. „	Desgl.	803	
14603	„	8. „	Desgl.	804	
14604	Athen	10. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	805	
14605	„	12. „	Desgl.	806	
14606	Therapia	13. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	807	
14607	Athen	13. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	808	
14608	Therapia	14. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	808	
14609	Athen	14. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	810	
14610	„	14. „	Desgl.	810	
14611	„	9. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	811	
14612	„	15. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	811	
14613	Therapia	15. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	812	
14614	Konstantinopel	16. „	Desgl.	814	
14615	Petersburg	16. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	815	
14616	Bukarest	17. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	815	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 36,2	Kap. 283
14617	Athen	17. Juni	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	816	
14618	„	17. „	Desgl.	817	
14619	Rom	17. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	817	
14620	Berlin	17. „	Englisches Aide-mémoire	817	135*
14621	Athen	18. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	818	
14622	Konstantinopel	19. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	820	
14623	Athen	19. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	820	
14624	„	19. „	Desgl.	821	
14625	Bukarest	19. „	Ges. v. Waldthausen an Ausw. Amt . . .	822	
14626	Therapia	17. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	823	136*
14627	„	20. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	825	
14628	Konstantinopel	20. „	Desgl.	825	
14629	Athen	16. „	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	826	
14630	Therapia	22. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	827	
14631	Athen	23. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	828	
14632	„	24. „	Desgl.	830	
14633	„	25. „	Desgl.	831	
14634	Berlin	26. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Rat Ges. Graf Wedel	831	
14635	Kiel	27. „	Rat Ges. Graf Wedel an Ausw. Amt . . .	832	
14636	Athen	30. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	832	
14637	Konstantinopel	1. Juli	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	833	
14638	Petersburg	30. Juni	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	834	
14639	Athen	2. Juli	Ges. Graf Quadt an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	835	
14640	„	13. „	Ges. Graf Quadt an Ausw. Amt	836	
14641	„	15. „	Desgl.	837	
14642	Therapia	16. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	837	
14643	Athen	17. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	838	
14644	„	18. „	Desgl.	839	
14645	Therapia	19. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	840	
14646	Athen	19. „	Geschäftstr. Graf Bassewitz an Ausw. Amt	841	
14647	Berlin	23. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	842	
14648	„	23. „	Desgl.	843	

37. Band

Entspannungen unter den Mächten 1912—1913

Erste Hälfte

284. Kapitel

Das Deutsch-Englische Kolonialabkommen November 1912 bis Juli 1914

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 37,1	Kap. 284
14664	London	13. Mai	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	42	
	—	—	Anlage. Englischer Vertragsentwurf . . .	43	
14665	—	(18. Mai)	Aufzeichnung des Dirigenten v. Stumm . .	47	
14666	Berlin	20. „	Staatssekr. Solf an Staatssekr. v. Jagow	50	
14667	„	23. „	Desgl.	51	
14668	London	13. Juni	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	54	
14669	Berlin	30. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	56	
14670	London	1. Juli	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	58	
14671	„	2. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Staatssekr. v. Jagow	58	
14672	„	7. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	59	
14673	„	17. „	Desgl.	60	
14674	„	18. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	60	
14675	Berlin	21. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	62	
14676	London	28. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	63	
14677	„	31. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	64	
	Foreign Office	26. „	Anlage I. Sir E. Grey an Botsch. Fürst Lichnowsky	66	
	—	—	Anlage II. Englischer Vertragsentwurf . .	66	
14678	Berlin	4. Aug.	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Rat Ges. v. Treutler	70	
14679	„	8. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	71	
14680	London	13. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	72	
14681	„	19. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	73	
	—	—	Anlage. Vertragsentwurf	73	
14682	Berlin	29. Aug.	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftsträger v. Kühlmann	77	
	—	—	Anlage. Vertragsentwurf	78	
14683	London	8. Sept.	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	82	
14684	Lissabon	23. Okt.	Ges. Rosen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	83	
14685	„	9. Nov.	Desgl.	86	
14686	Berlin	12. Dez.	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	88	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd.	Kap.
		1913		37,1	284
14687	Lissabon	13. Dez.	Ges. Rosen an Ausw. Amt	89	
14688	London	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	90	
14689	Berlin	18. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	91	
14690	Lissabon	22. „	Ges. Rosen an Ausw. Amt	92	
14691	„	17. „	Ges. Rosen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	93	
		1914			
14692	Berlin	3. Jan.	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	96	
14693	„	7. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. Rosen	98	
14694	London	7. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	99	
14695	„	29. „	Desgl.	100	
14696	„	7. Febr.	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	101	
14697	Berlin	26. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	102	
14698	London	1. März	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	106	
14699	„	3. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	106	
14700	„	7. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Staatssekr. v. Jagow	108	
14701	Berlin	22. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Fürst Lichnowsky	111	
14702	London	26. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	112	
14703	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Sir W. E. Goschen	113	136*
14704	„	30. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	114	
14705	London	1. April	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	115	
14706	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	117	
14707	„	7. „	Desgl.	118	
14708	London	23. Mai	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	119	
14709	Berlin	29. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Fürst Lichnowsky	120	
14710	„	30. „	Aufzeichnung des Ges. Rosen	121	
14711	London	4. Juni	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	128	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 37,1	Kap. 285
14730	Konstantinopel	21. April	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	161	
14731	Berlin	26. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Fürst Lichnowsky	161	
14732	Pera	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	163	
14733	„	29. „	Desgl.	165	
14734	Konstantinopel	1. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	165	
14735	Berlin	3. „	Direktion der Deutschen Bank an Ausw. Amt	166	
14736	„	9. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	168	
14737	London	8. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	169	
14738	„	9. „	Desgl.	171	
14739	„	9. „	Desgl.	173	
14740	—	(16. „)	Aufzeichnung des Botsch. Fürsten Lichnowsky	174	
14741	Berlin	17. „	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftsträger v. Kühlmann	175	
	—	—	Anlage. Notiz der Deutschen Bank	175	
14742	London	20. Mai	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	179	
14743	„	23. „	Desgl.	181	
	—	—	Anlage. Entwurf einer Formel	184	
14744	Konstantinopel	26. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	185	
14745	London	28. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	185	
14746	Berlin	28. „	Staatssekretär v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	187	
	—	—	Anlage. Entwurf einer Klausel	187	
14747	Berlin	29. Mai	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	188	
14748	„	29. „	Desgl.	188	
14749	„	2. Juni	Desgl.	190	
14750	London	2. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	191	
14751	Hamburg	3. „	Generaldirektor Ballin an Staatssekr. v. Jagow	192	
14752	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	195	
14753	„	4. „	Desgl.	195	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 37,1	Kap. 285
14875	London	22. April	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	424	
14876	„	22. „	Desgl.	426	
14877	„	22. „	Desgl.	427	
14878	„	25. „	Desgl.	428	
14879	Berlin	30. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	429	
14880	Konstantinopel	5. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	430	
14881	London	5. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	431	
14882	„	6. „	Desgl.	431	
14883	Berlin	15. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	432	
14884	London	13. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	432	
14885	„	14. „	Desgl.	433	
14886	Berlin	18. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	433	
14887	Konstantinopel	18. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	434	
14888	Berlin	20. „	Die Direktion der Deutschen Bank an Ausw. Amt	434	
14889	London	20. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	435	
14890	Berlin	30. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	436	
14891	London	29. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	440	
	„	29. „	Anlage. Englische Antwort	441	
14892	„	4. Juni	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	442	
14893	„	4. „	Desgl.	443	
14894	Berlin	9. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	444	
14895	„	9. „	Desgl.	445	
14896	London	8. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	446	
14897	„	9. „	Desgl.	446	
14898	„	12. „	Desgl.	447	
14899	„	12. „	Desgl.	448	
14900	„	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	448	
14901	„	17. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	448	

37. Band
Entspannungen unter den Mächten 1912–1913

Zweite Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 37,2	Kap. 286
14944	Berlin	22. Sept.	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftsträger v. Kühlmann	511	
14945	Therapia	23. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	512	
14946	"	27. "	Desgl.	514	
14947	Berlin	27. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	515	
14948	Therapia	28. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	515	
14949	London	26. "	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	515	
14950	Berlin	26. "	Gedankenaustausch über die türkischen Eisenbahnfragen	517	
14951	Konstantinopel	30. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	519	
14952	Therapia	1. Okt.	Desgl.	520	
14953	"	3. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	520	
14954	Konstantinopel	10. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	522	
14955	Therapia	17. "	Desgl.	522	
14956	"	20. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Unt.-Staatssekr. Zimmermann	523	
14957	Konstantinopel	28. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	525	
14958	Paris	30. "	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	526	
14959	Berlin	3. Nov.	Die Direktion der Deutschen Bank an Ausw. Amt	526	
14960	"	6. "	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Schoen	529	
14961	Paris	6. "	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	530	
14962	"	7. "	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	530	
14963	Berlin	14. "	Aide-mémoire	532	
14964	"	25. "	Aufzeichnung des Unt.-Staatssekr. Zimmermann	535	
	"	24. "	Anlage. Denkschrift der Deutschen Bank	535	
14965	"	4. Dez.	Direktor Helfferich an Unt.-Staatssekr. Zimmermann	544	
	"	3. "	Anlage. Verhandlungen über die Bagdadbahn	545	
14966	Paris	5. "	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	553	
14967	Berlin	5. "	Aufzeichnung des Unt.-Staatssekr. Zimmermann	553	
14968	Pera	9. "	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	554	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 37,2	Kap. 286
15013	Paris	27. März	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	604	
15014	—	(31. „)	Notenentwurf	606	
15015	Berlin	1. April	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	607	
15016	„	9. „	Aufzeichnung des Vortr. Rats v. Rosenberg	607	
	„	—	Anlage. Entw. einer Antwort an Cambon	608	
15017	„	9. April	Aide-mémoire	609	
15018	„	11. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Schoen	610	
15019	Paris	13. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	611	
15020	Konstantinopel	12. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	612	
15021	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann	612	
	—	—	Anlage. Promemoria der Deutschen Bank	613	
15022	Konstantinopel	20. April	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	616	
15023	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	617	
15024	„	23. „	Staatssekretär v. Jagow an Geschäftstr. v. Mutius	617	
15025	Pera	27. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	618	
15026	Berlin	29. „	Staatssekretär v. Jagow an Geschäftstr. v. Mutius	618	
15027	London	7. Mai	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	619	
15028	Pera	8. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	620	
15029	Berlin	9. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	621	
15030	„	16. „	Die Direktion der Deutschen Bank an Ausw. Amt	621	
15031	„	16. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	625	
	—	—	Anlage. Grundzüge des Notenwechsels über die Bagdadbahn und Mesopotamien . .	627	
15032	Therapia	29. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	629	
15033	„	30. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	630	
15034	„	4. Juni	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	632	
15035	Berlin	11. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	632	
15036	Therapia	12. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	633	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 37,2	Kap. 286
15037	Therapia	16. Juni	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	635	
15038	Berlin	17. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim . . .	635	
15039	Therapia	29. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	636	
15040	Berlin	17. Juli	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Fürst Lichnowsky	636	
15041	Therapia	18. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	637	
15042	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim . . .	638	
15043	Therapia	21. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	639	
15044	Berlin	23. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	639	
			287. Kapitel **Die Kleinasiatischen „Arbeitszonen" Österreich-Ungarns und Italiens Mai 1913 bis Juli 1914**		
		1913		Bd. 37,2	Kap. 287
15045	Wien	18. Mai	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	643	
15046	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	645	
15047	Rom	24. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	646	
15048	Berlin	29. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	648	
15049	Rom	1. Juni	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	650	
15050	London	26. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Staatssekr. v. Jagow	653	
15051	„	4. Juli	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	654	
15052	Berlin	6. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	655	
15053	„	8. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	656	
	„	6. „	Anlage. Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Jagow	657	
15054	Wien	9. „	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	658	
15055	Berlin	14. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	659	
15056	„	16. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Bollati .	660	138*
15057	Wien	22. Aug.	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	660	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 37,2	Kap. 287
15058	Saltino-Vallombrosa	22. Aug.	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	661	
15059	Rom	18. Sept.	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	662	
15060	London	19. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	663	
15061	Rom	27. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	663	
15062	Konstantinopel	1. Okt.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	664	
15063	Therapia	1. „	Botsch. Freiherr v. Wangenheim an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	664	
15064	„	5. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	665	
15065	Berlin	6. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	666	
15066	Therapia	15. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	666	
15067	„	27. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	668	
15068	Pera	28. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	668	
15069	Berlin	4. Nov.	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Tschirschky	669	
15070	Konstantinopel	12. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	671	
15071	„	15. „	Desgl.	671	
15072	„	16. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	672	
15073	Wien	14. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	674	
15074	Konstantinopel	17. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	674	
15075	Rom	19. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	675	
15076	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim	676	
15077	„	21. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter v. Flotow	676	
15078	Rom	22. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	676	
15079	Wien	22. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	677	
15080	Rom	22. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	678	
15081	London	29. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	679	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 37,2	Kap. 287
15082	Rom	30. Nov.	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	680	
15083	Wien	3. Dez.	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	680	
15084	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	681	
15085	Rom	5. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	681	
15086	Berlin	6. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	682	
15087	Rom	5. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	682	
15088	Berlin	9. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	683	
15089	Konstantinopel	8. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	684	
15090	Berlin	9. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	684	
15091	„	10. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	685	
15092	Rom	15. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	686	
15093	Wien	23. „	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	686	
15094	„	30. „	Desgl.	688	
		1914			
15095	Berlin	5. Jan.	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	689	
15096	Wien	3. „	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	690	
15097	„	7. „	Minister Graf Berchtold an Botsch. Graf Szögyényi-Marich	690	
15098	London	16. „	Zweiter Sekretär v. Schubert an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	693	
15099	Rom	17. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	695	
15100	Berlin	25. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	695	
15101	„	28. „	Botsch. Bollati an Staatssekr. v. Jagow	697	138*
15102	Pera	29. „	Geschäftstr. v. Mutius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	698	
15103	London	21. Febr.	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	698	
15104	„	27. „	Desgl.	699	
15105	Rom	18. März	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	700	
15106	London	19. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	701	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 37,2	Kap. 287
15107	Rom	19. März	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	702	
15108	„	21. „	Desgl.	702	
15109	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	704	
15110	Rom	29. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff u. v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	705	
15111	„	3. April	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	705	
15112	„	13. Mai	Desgl.	706	
15113	London	14. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	707	
15114	„	20. „	Desgl.	707	
			Anhang		
			Österreich-Ungarn und die Internationalisierung der Orientbahnen Januar 1913 bis Juli 1914		
		1913		Bd. 37,2	Kap. 287, Anhang
15115	Wien	1. Jan.	Minister Graf Berchtold an Botsch. Graf Szögyényi-Marich	711	
15116	Berlin	2. „	Stellv. Staatssekr. v. Stumm an Ges. Frhr. v. Griesinger	712	
15117	Belgrad	3. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Ausw. Amt	712	
15118	Berlin	22. „	Aide-mémoire	713	
15119	Wien	28. April	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	714	
15120	Berlin	6. Juni	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Ges. Frhr. v. Griesinger	715	
15121	Belgrad	11. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	715	
15122	„	22. „	Desgl.	716	
15123	„	11. Okt.	Desgl.	717	
15124	„	23. „	Desgl.	718	
15125	Wien	28. Nov.	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	718	
15126	Paris	6. Dez.	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	719	
15127	Belgrad	8. „	Ges. Frhr. v. Griesinger an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	720	
15128	Wien	10. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	722	
15129	„	15. „	Desgl.	722	
15130	„	24. „	Desgl.	724	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 37,2	Kap. 288
15173	Berlin	18. Jan.	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Schoen	787	
15174	Paris	18. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	788	
15175	„	21. „	Desgl.	788	
15176	Berlin	22. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	789	
15177	„	22. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Schoen	790	
15178	Konstantinopel	22. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	790	
15179	Paris	29. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	791	
	„	27. „	Anlage I. Französisches Aide-mémoire	791	
	—	27. „	Anlage II. Entwurf der Friedensartikel	792	
15180	Berlin	1. Febr.	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	793	
	—	—	Anlage. Neuer Wortlaut des Artikels 2	793	
15181	Berlin	4. Febr.	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Schoen	794	
	—	—	Anlage. Exposé der Deutschen Bank	794	
15182	Paris	7. Febr.	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	796	
15183	„	18. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	797	
	„	12. „	Anlage. Französisches Aide-mémoire	798	
15184	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Schoen	799	
15185	„	28. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	799	
15186	„	1. März	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Schoen	800	
15187	London	5. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	800	
15188	Paris	5. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	801	
15189	„	5. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	802	
15190	Rom	4. „	Geschäftstr. v. Beneckendorff und v. Hindenburg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	802	
15191	Paris	7. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	803	
15192	Berlin	12. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	804	
15193	Paris	15. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	804	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 37,2	Kap. 288
15194	Paris	21. März	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	806	
—	—	—. „	Anlage. Französisches Rundschreiben . .	807	
15195	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Schoen	808	
15196	Paris	29. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	809	
15197	„	5. April	Desgl.	809	
15198	„	19. „	Desgl.	809	
15199	„	19. „	Desgl.	810	
15200	Berlin	21. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Schoen	810	
15201	„	21. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	812	
15202	Paris	21. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	812	
15203	„	22. „	Desgl.	813	
15204	Berlin	23. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Schoen	814	
15205	Paris	24. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	814	
15206	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	816	
15207	Paris	25. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	816	
15208	„	6. Mai	Desgl.	817	
15209	„	9. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	819	
15210	Berlin	11. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	819	
—	—	—	Anlage. Auszug aus einem Telegramm des Grafen Berchtold	821	
15211	Berlin	13. Mai	Aufzeichnung des Stellv. Staatssekretärs Zimmermann	822	
15212	„	14. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Schoen	825	
15213	Paris	15. „	Geschäftstr. Frhr. v. der Lancken an Ausw. Amt	826	
15214	„	16. „	Desgl	826	
15215	Wien	17. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	827	
15216	Paris	18. „	Geschäftstr. Frhr. v. der Lancken an Ausw. Amt	827	
15217	Rom	17. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	828	
15218	Wien	17. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	829	

38. Band

Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914

289. Kapitel

Die Frage der Armenischen Reformen Januar 1913 bis April 1914

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 38	Kap. 289
15283	Berlin	10. Jan.	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim . . .	4	
15284	Petersburg	23. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	4	
15285	Paris	6. Febr.	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	7	
15286	„	8. „	Desgl.	8	
15287	Pera	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	10	
15288	„	13. März	Desgl.	15	
15289	Berlin	6. April	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	17	
15290	Konstantinopel	9. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	18	
15291	London	9. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	19	
15292	„	12. „	Desgl.	19	
15293	Pera	10. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Staatssekretär v. Jagow	20	
15294	„	12. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	22	
15295	„	15. „	Desgl.	26	
15296	Konstantinopel	17. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	28	
15297	Rom	17. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	29	
15298	Konstantinopel	20. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	29	
15299	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	30	
15300	Konstantinopel	21. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	32	
15301	Berlin	23. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	32	
15302	Konstantinopel	7. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	32	
15303	„	17. „	Desgl.	33	
15304	Berlin	19. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	35	
15305	Konstantinopel	20. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	35	
15306	„	20. „	Desgl.	37	
15307	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	37	
15308	Pera	20. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	38	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 38	Kap. 289
15309	Konstantinopel	23. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	39	
15310	Berlin	25. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	39	
15311	Konstantinopel	25. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	40	
15312	Pera	21. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	41	
15313	Therapia	26. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	49	
15314	Konstantinopel	26. „	Desgl.	49	
15315	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	50	
15316	London	28. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	52	
15317	Berlin	31. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	54	
15318	Therapia	29. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	56	
15319	London	2. Juni	Botsch. Fürst Lichnowsky an Staatssekr. v. Jagow	61	
15320	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	62	
15321	Rom	4. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	64	
15322	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	64	
15323	Wien	4. „	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt	64	
15324	London	2. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	65	
15325	„	5. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	66	
15326	Rom	5. „	Botsch. v. Flotow an Ausw. Amt	67	
15327	Therapia	5. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	67	
15328	Berlin	6. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	68	
15329	„	7. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	68	
15330	„	7. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	69	
15331	„	8. „	Desgl.	69	
15332	Therapia	9. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	70	
15333	„	7. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Staatssekretär v. Jagow	71	
15334	„	10. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	73	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 38	Kap. 289
15362	Therapia	18. Juli	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	110	
15363	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	110	
15364	Konstantinopel	23. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	111	
15365	Therapia	24. „	Desgl.	111	
15366	Petersburg	24. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	112	
15367	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	113	
15368	Therapia	22. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Staatssekretär v. Jagow	114	
15369	„	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	117	
	—	—	Anlage. Erklärung d. Dreibundbotschafter	117	
15370	Therapia	30. Juli	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	119	
15371	Konstantinopel	31. „	Desgl.	119	
15372	Therapia	1. Aug.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	121	
15373	Petersburg	5. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	123	
15374	Berlin	9. „	Österreich-Ungarisches Aide-mémoire . .	124	
15375	Therapia	4. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	124	
15376	„	8. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Staatssekretär v. Jagow	127	
15377	„	10. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	132	
15378	Petersburg	22. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	133	
15379	Berlin	29. „	Russisches Promemoria	134	
15380	Therapia	27. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	135	
15381	„	30. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	136	
15382	Berlin	1. Sept.	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	137	
15383	Konstantinopel	8. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	138	
15384	Berlin	10. „	Promemoria	140	
15385	„	10. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Rosenberg	141	
15386	Therapia	15. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	143	
15387	Berlin	16. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	144	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 38	Kap. 289
15388	Berlin	20. Sept.	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	144	
15389	Therapia	22. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	145	
15390	„	22. „	Desgl.	146	
15391	Wien	24. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	147	
15392	„	28. „	Geschäftstr. Prinz zu Stolberg an Ausw. Amt	148	
15393	Berlin	30. „	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	148	
15394	Therapia	29. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	149	
15395	„	29. „	Desgl.	150	
15396	Konstantinopel	14. Okt.	Desgl.	150	
15397	London	16. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	152	
15398	Berlin	22. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim	152	
15399	Konstantinopel	23. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	153	
15400	Berlin	24. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Freiherr v. Wangenheim	154	
15401	Konstantinopel	28. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	156	
15402	„	29. „	Desgl.	157	
15403	Berlin	4. Nov.	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Botschafter Graf Pourtalès	157	
15404	Konstantinopel	7. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	158	
15405	Pera	19. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	159	
	—	—	Anlage. Türkische Denkschrift	161	
15406	Pera	21. Nov.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	162	
15407	Berlin	30. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	164	
15408	Pera	26. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	164	
	—	—	Anlage. Russischer Vorschlag	166	
15409	Pera	3. Dez.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	168	
15410	London	9. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	169	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 38	Kap. 289
15411	Konstantinopel	20. Dez.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	170	
15412	„	25. „	Desgl.	170	
15413	„	29. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	171	
		1914			
15414	Pera	5. Jan.	Desgl.	172	
15415	Konstantinopel	6. „	Desgl.	173	
15416	„	9. „	Desgl.	173	
15417	„	10. „	Desgl.	174	
15418	Petersburg	11. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt . .	175	
15419	Pera	11. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	176	
15420	Konstantinopel	16. „	Desgl.	176	
15421	Berlin	17. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	176	
15422	Pera	20. „	Geschäftstr. v. Mutius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	177	
15423	Konstantinopel	26. „	Geschäftstr. v. Mutius an Ausw. Amt . .	178	
15424	„	2. Febr.	Desgl.	179	
15425	Pera	9. „	Geschäftstr. v. Mutius an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	179	
15426	Berlin	14. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	182	
15427	Petersburg	14. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	183	
15428	Konstantinopel	27. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	184	
15429	London	3. März	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	185	
15430	„	14. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	185	
15431	Petersburg	18. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	186	
15432	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	186	
15433	Konstantinopel	24. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	187	
15434	„	6. April	Desgl.	188	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			290. Kapitel **Die Liman Sanders-Affäre** **Januar 1913 bis Juni 1914**	Bd. 38	Kap. 290
		1913			
15435	Konstantinopel	2. Jan.	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	193	
15436	Homburg v. d. Höhe	2. April	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	195	
15437	„	4. „	Desgl.	196	
15438	Berlin	5. „	Staatssekr. v. Jagow an den Rat Gesandt. v. Treutler	196	
15439	Pera	26. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	196	
15440	Konstantinopel	22. Mai	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	201	
15441	Berlin	30. Juni	Chef des Milit.-Kabinetts General Frhr. v. Lyncker an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	202	
15442	Therapia	18. Juli	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	203	
15443	Berlin	24. Aug.	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Wangenheim	204	
15444	„	20. Sept.	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	204	
15445	Petersburg	7. Nov.	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	206	
15446	Berlin	8. „	Stellvertr. Staatssekr. Zimmermann an Geschäftsträger Freiherr v. Lucius	206	
15447	Petersburg	11. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	207	
15448	„	17. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	208	
15449	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Milit.-Attachés Majors v. Strempel	209	
15450	„	18. „	Aufzeichnung des Reichsk. v. Bethmann Hollweg	212	
15451	„	19. „	Desgl.	216	
15452	„	23. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	217	
15453	Petersburg	24. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	220	
15454	Berlin	26. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Graf Pourtalès	220	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 38	Kap. 290
15455	Berlin	27. Nov.	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Min.-Präs. Kokowzow	221	
15456	Konstantinopel	28. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	224	
15457	Petersburg	28. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	225	
15458	Berlin	29. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Geschäftstr. Frhr. v. Lucius	227	
15459	Petersburg	30. „	Geschäftstr. Frhr. v. Lucius an Ausw. Amt	228	
15460	Wien	2. Dez.	Botsch. v. Tschirschky an Ausw. Amt . .	228	
15461	Konstantinopel	3. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	229	
15462	Berlin	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftstr. v. Kühlmann	232	
15463	„	4. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	233	
15464	Konstantinopel	4. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	234	
15465	„	5. „	Desgl.	234	
15466	Berlin	5. „	Staatssekr. v. Jagow an Rat Ges. v. Treutler	235	
15467	Stuttgart	6. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	237	
15468	Konstantinopel	5. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	237	
15469	Berlin	6. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	238	
15470	Petersburg	6. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	239	
15471	Berlin	7. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Pourtalès	240	
15472	„	7. „	Staatssekr. v. Jagow an Geschäftstr. v. Kühlmann	240	
15473	Paris	7. „	Geschäftstr. v. Radowitz an Ausw. Amt	241	
15474	Pera	7. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	242	
15475	Petersburg	7. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	244	
15476	London	9. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	245	
15477	Petersburg	10. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	247	
15478	„	12. „	Botsch. Graf Pourtalès an Ausw. Amt	247	
15479	Konstantinopel	13. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	249	
15480	London	12. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	249	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 38	Kap. 290
15481	Berlin	15. Dez.	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Kaiser Wilhelm II.	250	
15482	„	15. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	252	
15483	Petersburg	13. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	253	
15484	Konstantinopel	16. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	256	
15485	London	15. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	257	
15486	Berlin	16. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	259	
15487	Pera	16. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	259	
15488	Konstantinopel	16. „	Desgl.	260	
15489	„	18. „	Desgl.	261	
15490	Berlin	18. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Graf Pourtalès	263	
15491	„	19. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	264	
15492	Konstantinopel	19. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	264	
15493	Pera	17. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Staatssekretär v. Jagow	265	
15494	Petersburg	20. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	269	
15495	Berlin	22. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Graf Pourtalès	270	
15496	„	22. „	Stellv. Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Fürst Lichnowsky	270	
15497	London	23. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Ausw. Amt	271	
15498	Konstantinopel	23. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	272	
15499	„	23. „	Desgl.	272	
15500	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Wangenheim	274	
15501	Paris	23. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	274	
15502	Berlin	26. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Frhr. v. Schoen	276	
15503	Konstantinopel	25. „	Botsch. Frhr. v. Wangenheim an Ausw. Amt	277	

39. Band

Das Nahen des Weltkrieges 1912—1914

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1912		Bd. 39	Kap. 292
15559	Berlin	17. Dez.	Notiz des Reichsk. v. Bethmann Hollweg für den Staatssekr. v. Kiderlen	7	
15560	„	18. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.	9	
15561	„	20. „	Aufzeichnung des Reichsk. v. Bethmann Hollweg	11	
		1913			
15562	London	6. Febr.	Bericht des Marine-Attachés Korvettenkapitäns v. Müller	12	
15563	„	8. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	15	
15564	Paris	9. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	19	
15565	London	11. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	20	
15566	„	13. „	Desgl.	21	
15567	„	14. März	Desgl.	23	
15568	„	27. „	Desgl.	24	
15569	„	29. „	Bericht des Marine-Attachés Korvettenkapitäns v. Müller	28	
15570	„	31. „	Aufzeichnung des Dirigenten v. Stumm .	35	
15571	„	1. April	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	37	
15572	„	30. „	Desgl.	38	
15573	„	20. Juni	Bericht des Marine-Attachés Korvettenkapitäns v. Müller	39	
15574	„	23. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	46	
15575	„	18. Juli	Desgl.	48	
15576	„	26. Sept.	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	50	
15577	„	10. Okt.	Desgl.	51	
15578	„	20. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Ausw. Amt	52	
15579	„	20. „	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	53	
15580	„	20. „	Desgl.	53	
15581	„	21. „	Desgl.	58	
15582	„	22. „	Desgl.	60	
15583	Paris	22. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	62	
15584	London	5. Nov.	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	64	
15585	„	30. „	Bericht des Marine-Attachés Korvettenkapitäns v. Müller	65	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 39	Kap. 292
15586	London	11. Dez.	Geschäftstr. v. Kühlmann an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	69	
15587	"	18. "	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	70	
		1914			
15588	"	2. Jan.	Desgl.	72	
15589	—	(6. Febr.)	Englisches Aide-mémoire	74	139*
15590	Berlin	8. "	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.	77	
15591	"	9. "	Kaiser Wilhelm II. an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	78	
15592	"	10. "	Aide-mémoire	79	
15593	London	16. "	Bericht des Marine-Attachés Korvettenkapitäns v. Müller	80	
15594	Berlin	18. "	Chef des Marinekabinetts Admiral v. Müller an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	82	
15595	London	18. März	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	82	
15596	"	30. "	Bericht des Marine-Attachés Korvettenkapitäns v. Müller	86	
15597	Berlin	25. April	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	99	
15598	Korfu	27. "	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt	100	
15599	Berlin	7. Mai	Staatssekr. v. Jagow an Rat Gesandten v. Treutler	100	
15600	London	10. "	Botsch. Fürst Lichnowsky an Staatssekr. v. Jagow	101	
15601	Petersburg	16. Juni	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	104	
15602	Kiel	25. "	Rat Ges. Graf Wedel an Ausw. Amt	105	
15603	"	25. "	Kaiser Wilhelm II. an König Georg V. von England	105	140*
15604	Welbeck Abbey	27. "	König Georg V. an Kaiser Wilhelm II.	106	140*
			Anhang		
			Die Europamission Colonel House's Mai 1914	Bd. 39	Kap. 292, Anhang
		1914			
15605	Berlin	6. Mai	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Graf Bernstorff	109	
15606	Washington	6. "	Botsch. Graf Bernstorff an Ausw. Amt	110	
15607	"	5. "	Botsch. Graf Bernstorff an Vortr. Rat Graf Montgelas	110	
15608	London	8. Juli	Colonel House an Unt.-Staatssekr. Zimmermann	112	140*

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 39	Kap. 294
15624	Paris	14. Febr.	Bericht des Milit.-Attachés Majors v. Winterfeldt	148	
15625	,,	17. ,,	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	152	
15626	,,	19. ,,	Botsch. Frhr. v. Schoen an Ausw. Amt	153	
15627	,,	22. ,,	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	156	
15628	Petersburg	1. März	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	163	
15629	Paris	1. ,,	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v Bethmann Hollweg	163	
15630	,,	5. ,,	Bericht des Milit.-Attachés Majors v. Winterfeldt	169	
15631	,,	12. ,,	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	171	
15632	,,	12. ,,	Bericht des Milit.-Attachés Majors v. Winterfeldt	172	
15633	,,	13. ,,	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	174	
15634	Berlin	17. ,,	Aufzeichnung des Reichsk. v. Bethmann Hollweg	177	
15635	,,	15. ,,	Aufzeichnung des Vortr. Rats Freiherrn Langwerth v. Simmern	178	
15636	Paris	27. ,,	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	181	
15637	Moskau	5. April	Gen.-Konsul Kohlhaas an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	183	
15638	Paris	8. ,,	Botsch Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	184	
15639	,,	9. ,,	Desgl.	185	
15640	Berlin	10. ,,	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Freiherr v. Schoen	185	
15641	Wien	9. ,,	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	186	
15642	Paris	10. ,,	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	187	
15643	,,	29. ,,	Desgl.	188	
15644	Moskau	8. Mai	Gen.-Konsul Kohlhaas an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	192	
15645	Petersburg	17. ,,	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	192	
15646	London	5. Juni	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	194	
15647	Paris	17. ,,	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	194	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 39	Kap. 294
15648	Paris	17. Juni	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	197	
15649	"	28. "	Desgl.	198	
15650	"	16. Juli	Desgl.	200	
15651	"	25. "	Desgl.	201	
15652	"	8. Aug.	Desgl.	202	
15653	"	20. "	Bericht des Milit.-Attachés Majors v. Winterfeldt	205	
15654	"	25. "	Desgl.	216	
15655	Berlin	24. Okt.	Chef des Generalstabes Generalleutnant v. Moltke an Ausw. Amt	219	
	"	23. "	Anlage. Verlängerung der Dienstzeit in Rußland	219	
15656	Paris	8. Nov.	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	220	
15657	"	15. "	Desgl.	222	
15658	"	26. "	Desgl.	229	
15659	Berlin	29. "	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Schoen	231	
15660	Paris	30. "	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	232	
15661	"	4. Dez.	Desgl.	233	
15662	"	10. "	Geschäftstr. v. Radowitz an Reichskanzl. v. Bethmann Hollweg	237	
15663	"	12. "	Desgl.	240	
15664	London	27. "	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	241	
15665	Paris	31. "	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	244	
		1914			
15666	"	21. Jan.	Desgl.	247	
15667	"	5. Febr.	Desgl.	248	
15668	"	26. "	Desgl.	251	
15669	"	17. März	Geschäftstr. v. Radowitz an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	253	
15670	"	23. "	Bericht des Stellvertr. Militär-Attachés Hauptmanns Janensch	255	
15671	"	23. Mai	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	256	
15672	"	8. Juni	Desgl.	258	
15673	"	22. "	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	259	
15674	"	10. "	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	260	
15675	"	15. "	Desgl.	266	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 39	Kap. 294
15676	London	17. Juni	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	271	
15677	Paris	19. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	271	
15678	„	16. Juli	Desgl.	274	
			Anhang A		
			Die Zwischenfälle von Lunéville und Nancy	Bd. 39	Kap. 294, Anhang A
		1913			
15679	Berlin	3. April	Unt.-Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Freiherr v. Schoen	281	
15680	Paris	4. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	281	
15681	Berlin	4. „	Unt.-Staatssekr. Zimmermann an Botsch. Freiherr v. Schoen	282	
15682	Paris	4. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	282	
15683	„	10. „	Desgl.	283	
15684	Berlin	9. „	Kriegsminister General v. Heeringen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	284	
	Metz	5. „	Anlage. Sonderbericht über die Zwischenlandung des L. Z. 16 in Lunéville	284	
15685	London	11. „	Bericht des Mil.-Attachés Majors Ostertag	290	
15686	Berlin	15. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Schoen	290	
15687	„	15. „	Staatssekr. v. Jagow an Kaiser Wilhelm II.	291	
15688	„	16. „	Desgl.	291	
15689	„	16. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Schoen	292	
15690	„	17. „	Desgl.	294	
15691	„	17. „	Desgl.	295	
15692	Paris	17. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	295	
15693	„	18. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	298	
15694	Berlin	19. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Schoen	299	
15695	Paris	19. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	299	
15696	„	22. „	Desgl.	300	
15697	Berlin	22. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Freiherr v. Schoen	300	
15698	Paris	21. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	301	
15699	„	23. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Ausw. Amt	302	

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			Anhang B		
		1913	**Die Verständigungskonferenzen von Bern und Basel**	Bd. 39	Kap. 294, Anhang B
15700	Bern	18. April	Ges. Freiherr v. Romberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	307	
15701	Paris	28. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	309	
15702	Bern	6. Mai	Ges. Freiherr v. Romberg an Ausw. Amt	311	
15703	Paris	5. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	312	
15704	Berlin	7. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. Freiherr v. Romberg	312	
15705	Bern	13. „	Ges. Freiherr v. Romberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	313	
15706	Paris	13. „	Botsch. Freiherr v. Schoen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	315	
15707	Bern	14. „	Geschäftstr. Graf Einsiedel an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	316	
15708	„	30. „	Ges. Freiherr v. Romberg an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	319	
			295. Kapitel		
		1913	**Die Dreibundkonstellation vor dem Weltkriege Monarchen- und Ministerbegegnungen: Konopischt und Miramare. Venedig und Abbazia September 1913 bis Juni 1914**	Bd. 39	Kap. 295
15709	Bad Salzbrunn	7. Sept.	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	325	
15710	„	8. „	Kaiser Wilhelm II. an Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich	326	
15711	Kaiserl. Sonderzug	26. Okt.	Desgl.	327	
15712	Wien	26. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	327	
		1914			
15713	„	18. Febr.	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	328	
15714	Rom	26. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	332	
15715	Berlin	23. März	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	333	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd.	Kap.
		1914		39	295
15716	Venedig S. M. Y. Hohenzollern	24. März	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	336	
15717	Wien	25. „	Botschafter v. Tschirschky an Staatssekr. v. Jagow	338	
15718	Venedig S. M. Y. Hohenzollern	25. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	339	
15719	Venedig	26. „	Desgl.	341	
15720	Adriatisches Meer	27. „	Desgl.	342	
15721	Berlin	28. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	343	
15722	Rom	5. April	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	343	
15723	„	5. „	Desgl.	344	
15724	„	11. „	Desgl.	345	
15725	„	12. „	Desgl.	346	
15726	Achilleion	19. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	347	142*
15727	Rom	17. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	348	
15728	„	17. „	Desgl.	349	
15729	Wien	20. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	351	
15730	Rom	20. „	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	354	
15731	„	27. „	Desgl.	356	
15732	Wien	10. Mai	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	358	
15733	Wiesbaden	18. „	Rat Ges. v. Treutler an Ausw. Amt . . .	361	
15734	Wien	22. „	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekretär v. Jagow	361	
15735	Berlin	15. Juni	Staatssekretär v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	364	
15736	—	15. „	Rat Ges. v. Treutler an Unt.-Staatssekr. Zimmermann	365	
	—	—	Anlage. Aufzeichnung über Unterredungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Erzherzog Franz Ferdinand	365	
15737	Wien	17. Juni	Botsch. v. Tschirschky an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	369	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1913		Bd. 39	Kap. 298
15804	Rom	29. Nov.	Botsch. v. Flotow an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	460	
15805	Berlin	6. Dez.	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	462	
15806	Bukarest	5. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	464	
15807	„	6. „	Desgl.	466	
15808	„	8. „	Desgl.	467	
15809	Wien	11. „	Botsch. v. Tschirschky an Staatssekr. v. Jagow	468	
15810	„	20. „	Desgl.	469	
		1914			
15811	Bukarest	1. Jan.	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	471	
15812	„	24. „	Desgl.	473	
15813	Petersburg	13. Febr.	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	474	
15814	Berlin	5. März	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	476	
15815	Wien	24. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	477	
15816	Bukarest	23. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	478	
15817	„	30. „	Desgl.	481	
15818	„	8. April	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	487	
15819	Berlin	17. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Rosenberg	497	143*
15820	„	18. „	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	498	
15821	„	20. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. v. Flotow	499	
15822	Bukarest	17. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	500	
15823	„	19. „	Desgl.	502	
15824	Achilleion	20. „	Rat Ges. v. Treutler an Staatssekr. v. Jagow	503	
15825	Berlin	24. „	Staatssekr. v. Jagow an Ges. v. Waldthausen	505	
15826	Bukarest	24. „	Ges. v. Waldthausen an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	506	
15827	Wien	27. „	Botsch. v. Tschirschky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	510	
15828	Berlin	5. Mai	Staatssekr. v. Jagow an Botschafter v. Tschirschky	512	

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1914		Bd. 39	Kap. 300
15867	Petersburg	24. April	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	602	
15868	Paris	25. „	Botsch. Frhr. v. Schoen an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	604	
15869	London	27. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	608	
15870	Petersburg	29. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	609	
15871	London	29. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	610	
15872	„	1. Mai	Desgl.	611	
15873	Berlin	12. „	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	612	
15874	„	13. „	Desgl.	614	
15875	London	18. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	614	
15876	Berlin	25. „	Staatssekr. v. Jagow an Legationsrat vom Rath	617	
15877	Petersburg	26. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	618	
15878	London	29. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	619	
15879	Berlin	4. Juni	Staatssekr. v. Jagow an Botsch. Fürst Lichnowsky	620	
15880	London	10. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	621	
15881	„	12. „	Desgl.	623	
15882		13. „	Desgl.	626	
15883	Berlin	16. „	Reichsk. v. Bethmann Hollweg an Botsch. Fürst Lichnowsky	628	
15884	London	24. „	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	630	
15885	Petersburg	30. „	Botsch. Graf Pourtalès an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg	634	
15886	London	6. Juli	Botsch. Fürst Lichnowsky an Reichsk. v. Bethmann Hollweg	636	
15887	„	9. „	Desgl.	638	
15888	Berlin	15. „	Staatssekr. v. Jagow an Generaldirektor Ballin	640	
15889	London	24. „	Generaldirektor Ballin an Staatssekretär v. Jagow	643	

